

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
63020 Offenbach

1. Auflage 2002

ISBN 3-932636-43-0

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946)

Alexander Abusch: Irrweg einer Nation ■

Georg Rehberg: Hitler und die NSDAP in Wort und Tat ■

Walter Ulbricht: Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘ ■

Paul Merker: Das Dritte Reich und sein Ende ■

Inhalt:

Vorwort	I
---------------	---

Alexander Abusch, „Irrweg einer Nation“

Einleitung	1
I. Unvollendete Gestalt einer Nation	2
II. Das Wesen des Preußentums	14
III. Zwei Versuche deutscher Freiheit	30
IV. Die Legende vom „preußischen Sozialismus“	51
V. Das „innere Reich“ der Deutschen	65
VI. Zweimal deutscher Imperialismus	80
VII. Wege, die nicht zu Hitler führen mussten	101
VIII. Hitler, Traum und Wirklichkeit der Bestialität	121
IX. Die Verantwortung der Deutschen	125
Inhalt	135

Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat“

Einleitung	137
Was Hitler den deutschen Arbeitern versprochen hat	139
Was Hitler den Bauern versprochen hat	152
Was Hitler den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern versprochen hat	161
Was Hitler den deutschen Mädchen und Frauen versprochen hat	164
Was Hitler der deutschen Jugend versprochen hat	167
Wessen Interessen vertrat Hitler in Wirklichkeit	172
Inhalt	183

Walter Ulbricht, „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘“

Einleitung	185
Am Tiefpunkt der Krise	186

Dreihundert deutsche Rüstungsindustrielle und Bankherren suchen einen Ausweg.....	189
Wie Hitler die Arbeitslosigkeit „beseitigte“	198
Arbeiter oder Sklave?.....	201
Der große Betrug.....	204
Mit „Kraft durch Freude“ in den Weltkrieg.....	206
Wer bestimmt in Wirtschaft und Staat?	212
Die Soldaten fielen, die Gewinne stiegen.....	220
Der Raub in fremden Ländern	226
Das Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus	229
Ausblick	229
Anhang: Literaturangabe.....	230
Biographie des Verfassers	230
Inhalt.....	231

Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende“

Vorwort	234
Die ideologische Grundlage der nazistischen Politik und die Rolle der SS	236
Hitlers Außenpolitik und die Ursachen ihres Scheiterns	281
Wandlungen der deutschen Wirtschaft unter der Hitlerdiktatur	361
Hitlers Wehrmacht und ihr Zusammenbruch	394
Nach der bedingungslosen Kapitulation	468
Literatur-Verzeichnis	477
Personen-Register	484
Sach-Register.....	509
Inhalt.....	517

Anhang:

Bemerkungen zu: Alexander Abusch, „Irrweg einer Nation“	521
Bemerkungen zu: Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat“	527
Bemerkungen zu: Walter Ulbricht, „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘“	532
Bemerkungen zu: Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende“	534

Vorwort

Vorliegender Reader enthält Dokumente, die für das Verständnis und die Einschätzung der Geschichte der SED und ihrer Entstehung von Bedeutung sind. Seine Herausgabe steht im Zusammenhang mit der im Verlag Olga Benario und Herbert Baum veröffentlichten Untersuchung „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“. Um die dort vorgenommenen Analysen und kritischen Einschätzungen zu wichtigen Fragen nachvollziehen und beurteilen zu können, ist die Kenntnis dieser Dokumente eine Voraussetzung. Die folgende „Gesamtzusammenfassung“ der genannten Arbeit kann auch als Orientierung zum Studium der hier wiederveröffentlichten Originaldokumente dienen:

„Ausgangspunkt der Analyse war eine Bestandsaufnahme der weltgeschichtlichen Dimension der Verbrechen des Naziregimes. Angesichts des Fehlens eines bewaffneten Aufstands innerhalb Nazi-Deutschlands wurde die Notwendigkeit und Problematik der Anti-Hitler-Koalition als Koalition eines sozialistischen Staates, der UdSSR, mit imperialistischen Staaten, den USA, England und Frankreich, geklärt, die gezwungen waren, Deutschland gemeinsam militärisch zu besetzen.

Der tagespolitische Rahmen der KPD/SED wurde zunächst durch das Potsdamer Abkommen abgesteckt, das auf der Konferenz der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam verabschiedet wurde.

Anhand der völlig berechtigten Positionen des Potsdamer Abkommens, die im einzelnen dargestellt und entwickelt wurden, standen Kernpunkte der Linie des antinazistisch-demokratischen Kampfes der KPD/SED nach 1945 auf dem Prüfstand.

Dabei wurden die Unzulänglichkeiten der KPD/SED, aber auch ihre geschichtlichen Leistungen eingeschätzt – konzentriert zunächst auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 und dessen Umsetzung.

Bei Berücksichtigung aller wesentlichen Schwachpunkte der Politik der KPD/SED muß als Ergebnis zunächst festgehalten werden: Die KPD/SED vertrat sehr wichtige und richtige Positionen und erzielte entsprechende Erfolge im Kampf für die Entnazifizierung Deutschlands, realisiert auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie verurteilte deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massensterbe (allerdings ohne den Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen). Die KPD/SED anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein, vollzog handfest die Entfernung von Nazis aus dem Staatsapparat, ergriff antinazistische Maßnahmen bis hin zu Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft. In der Praxis war die KPD/SED weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die Kritik der ideologischen Schwächen des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 berührt bereits einen Kernpunkt der Kritik an der KPD/SED nach 1945 (und auch davor): Nationalistische Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen statt Aufklärung und Kampf auf Leben und Tod gerade auch gegen die „deutsche Ideologie“.

Es hat sich gezeigt, daß die Anerkennung der realen Lage des Bewußtseinsstandes der breiten werktätigen Massen mit opportunistis-

tischen Konsequenzen verbunden wurde, daß selbst im Bereich des antinazistisch-demokratischen Kampfes in Inhalt und Wortwahl ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht wurde, um an den verheerenden Bewußtseinsstand der breiten werktätigen Massen anzuknüpfen.

Die KPD/SED stand von Anfang an vor der doppelten und doppelt schwierigen Aufgabe: Es galt, die praktisch-politischen und demokratischen Aufgaben im vollen Ausmaß auf allen Gebieten konsequent anzupacken, wozu der Aufruf von 1945 ein erster gewichtiger Schritt war. Gleichzeitig galt es im Sinne der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms auf dem Niveau des wissenschaftlichen Kommunismus zuzulassen (das heißt konkret: Propagierung der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats und einer klaren Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus). Hierzu galt es, selbstkritisch alle eigenen programmatischen Dokumente zu überprüfen, die Dialektik von Maximal- und Minimalprogramm, von kommunistischen Zielen und konsequent verfolgten demokratischen Aufgaben, auch theoretisch und programmatisch in Grundsatzdokumenten zu verankern.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 stand dabei zu Recht im Mittelpunkt bei der Prüfung dieser Fragen. Denn anders als im Aufruf vom Juni 1945 konnte und mußte nun Bilanz der kommunistischen Tätigkeit der letzten Jahrzehnte gezogen werden, insbesondere seit der Gründung der KPD im Dezember 1918.

Diese Aufgabe stellte sich um so mehr, als die große historische Chance wirklich bestand, große Teile sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie abzulösen, sie bei der Verwirklichung des Programms der demokratischen Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen, ja sogar in der SBZ die konterrevolutionäre Sozialdemokratie als Organisation zu zerschlagen, genauer

gesagt, dort den Wiederaufbau dieser Agentur des deutschen Imperialismus zu verhindern.

Die Analyse der Dokumente des Vereinigungsparteitags hat gezeigt, daß die SED bei ihrer Gründung diese Aufgabe nicht erfüllt hat. Statt Aufklärung über die eigenen Fehler, statt gründlicher Kritik und Selbstkritik ließ sich die KPD bei der Vereinigung mit der SPD bei der Festlegung der programmatischen Grundlagen auf opportunistischen Handel mit Prinzipien ein und verabschiedete „Grundsätze“, die den Kriterien des „konsequenten Marxismus“ nicht entsprechen.

Als Kernfehler gegenüber dem Sozialdemokratismus ist deutlich geworden, was schon als Fehler im demokratischen Kampf gegenüber dem deutschen Nationalismus sichtbar wurde: Statt Aufklärung der Differenzen und Kampf um die Widersprüche wurde eine Art „Umarmungstaktik“ eingeschlagen. Auf diese Weise wurden durch große Zugeständnisse stillschweigend die eigentlichen Probleme zugedeckt, etwa realistische Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung der Arbeiterklasse auf dem Boden demokratischer Kämpfe ideologisch klar zu diskutieren und zu formulieren.

Der Gründungsparteitag der SED zog indes im Kern revisionistische Konsequenzen aus der Analyse der Besonderheiten Deutschlands – dessen Staatsapparat vor allem von der Sowjetarmee zerschlagen worden war, die auch die eigentliche, weil militärische Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bildete – und bündelte diese zur These vom „besonderen deutschen friedlichen Weg“. Gleichzeitig wurden bei demokratischen Kernaussagen, wie sie noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 festgehalten worden waren, erhebliche Rückzieher gemacht, die alle in Richtung Nationalismus und Lobhudelei gegenüber den Massen statt realistischer Einschätzung der Lage gingen. Fragen der Mitschuld wurden weggewischt. Der Selbstbetrug, sich über die Verpflichtung zur realistischen Einschätzung des wirklichen Bewußtseinsstandes der

werktätigen Massen mit Phrasen hinwegzumogeln, ist hier dokumentiert worden.

Die harte Kritik an den Fehlern des Gründungsparteitags der SED hätte ein anderes Gewicht, wenn diese rasch selbstkritisch korrigiert worden wären. Dem war aber nicht so: In vielerlei Hinsicht wurden die opportunistischen Fehler des Gründungsparteitags Ausgangspunkt für die weitere Fehlentwicklung der SED nach 1946.

Doch nicht nur die Beurteilung der programmatischen Grundlagen der Vereinigung von KPD und SPD zur SED stand auf dem Prüfstand. Gegen alle antikommunistischen Propagandalügen von der „Zwangsvereinigung“ wurde bei der historisch konkreten Einschätzung der Vereinigung selbst herausgearbeitet, daß das Hauptproblem der – aus gewichtigen, aber nicht überzeugenden Gründen – in großer Hast vollzogenen Vereinigung nicht die Vereinigung selbst war, sondern die Verwischung der Widersprüche zwischen KPD und SPD und die fehlende selbstkritische Korrektur des von führenden Kadern der KPD um des Tageserfolgs willen bewußt betriebenen Prinzipienhandels.

Als grundlegendes Problem einer Kritik der Fehler der SED auf solidarischer Grundlage hat sich erwiesen, daß die Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht abgeschwächt werden darf, daß die Fehler mit ihren Wurzeln möglichst tiefgehend aufgedeckt werden müssen. Ein entscheidendes und unverzichtbares Mittel war dabei, ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus alle aufzufindenden positiven Stellungnahmen auch von zweitrangigen Führungskadern der KPD/SED heranzuziehen, um deutlich zu machen, daß wichtige Grundsatzfragen diskutiert, richtige Antworten bereits angelegt oder in einzelnen Fragen auch schon entwickelt waren.

So ist klar geworden, daß es sich lohnte, in der KPD und SED zu dieser Zeit solidarisch für richtige Positionen zu kämpfen. Ebenso ist aber auch klar geworden, daß die falschen Positionen nicht zufäl-

lig, sondern im innerparteilichen Kampf, der mit falschen, vertuschenden Methoden geführt wurde, gegen richtige Ansätze und Antworten durchgesetzt und festgeschrieben wurden. Damit sind die Fehler der KPD/SED in ihrer Größe und in ihrer Bedeutung besser sichtbar geworden, und so wurde auch ein lebendiger Einblick in die Geschichte der KPD/SED ermöglicht.



Bei der bei uns geführten Diskussion über die Ergebnisse der Analyse der KPD/SED 1945/46 gab es eine gewichtige Kontroverse darüber, auf welchem Gebiet und worin die **Ursachen** der Fehler der KPD/SED vor allem liegen. In einem ersten Entwurf wurde mit einer gewissen Dramaturgie insbesondere der deutsche Nationalismus, das Nachgeben gegenüber den „Massen“, die man ja gewinnen wollte, herausgearbeitet. Die deutschen Besonderheiten, vor allem das Ausmaß der Verhetzung der breiten Massen mit nazistischer und reaktionärer Ideologie sei nicht erkannt worden. Mit deutlicher, durchaus berechtigter Empörung wurde vor allem registriert und gebrandmarkt, daß die KPD/SED selbst einfache demokratische Gesichtspunkte in Frage gestellt, falsch beantwortet und dem allgemeinen reaktionären Druck nachgegeben hat. Wenn von „unseren Kriegsgefangenen“ gesprochen, den deutschen Gebieten im Osten nachgeweint, das Vaterland „über alles“ gestellt wird, die „kleinen Nazis“ in Schutz genommen, Reparationen als „Last“ dargestellt werden, ja gar gönnerhaft festgestellt wird, daß „die Juden auch Opfer“ waren – dann ist eine solche Empörung sehr verständlich. Doch warum greift diese Akzentuierung dennoch zu kurz?

In erster Linie, weil sich die Kritik am Kern der Fehler der KPD/SED so auf den demokratischen Sektor konzentrieren würde. Jede demokratische Kraft könnte und müßte an denselben Maßstäben gemessen werden.

Die KPD aber hatte einen kommunistischen Anspruch und mußte und muß vor allem an kommunistischen Prinzipien gemessen werden. Die Gefahr, sozusagen bis zu diesem Punkt gar nicht mehr zu kommen, hat zwei Quellen:

Erstens kann angesichts übler antidemokratischer Positionen diese Frage scheinbar gar nicht mehr analysiert werden, denn wer kein konsequenter Demokrat ist, kann auch keinen kommunistischen Anspruch haben.

Zweitens spricht die KPD in den zentralen Dokumenten selbst so gut wie gar nicht über kommunistische Prinzipien. Kritisiert man ihre Dokumente anhand der Dinge, die dort stehen, wird sozusagen wie von selbst das Thema „kommunistische Prinzipien“ nicht auftauchen. Wo nichts ist, kann man auch, zumindest im Detail, nichts kritisieren.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion über diese Fragen wurde deutlich, daß Lenins Schrift „Was tun?“ in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel ist, um gerade die kommunistischen Prinzipien als Kernfrage zu verstehen und bei aller nötigen Kritik an typisch deutschen Fehlern der KPD nicht die Voraussetzung dieser Fehler zu übersehen: die Revision kommunistischer Prinzipien.

Lenin erklärt in „Was tun?“ – um es nur ganz kurz anzureißen –, daß die kommunistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats sowohl durch die Ideologie des Revisionismus als auch durch die Anbetung der Spontaneität, des Selbstlaufs und des Bücklings vor den breiten Massen, die angeblich spontan zu richtigen Ideen kommen, ausgehöhlt und in Frage gestellt, schließlich revidiert werden.

Daß die breiten Massen nicht spontan demokratisches und sozialistisches Bewußtsein aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen allein erhalten, daß in den Kämpfen aufgeklärt werden muß, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen im eigenen Land und im internationalen Maßstab ausgewertet und hinzugezogen werden müssen, daß die Kommunisten als

„Volkstribune“ im wirklich demokratischen Kampf gegen jegliche reaktionäre Willkür vorangehen müssen, daß aber gerade all dies nur eine prinzipienerprobte Kommunistische Partei garantieren kann, die nach festen Kaderkriterien aufgebaut ist und deren Aufnahmepolitik sich an der Qualität und nicht der Quantität ihrer Mitglieder orientiert – das ist sozusagen eine Art Kriegserklärung an die ganze Gedankenwelt, die die Gründung der SED begleitete. Die rasante Mitgliederentwicklung der SED nach dem Motto Quantität vor Qualität legt die Vermutung nahe, daß beispielsweise Lenins Hinweise zur Einführung einer Kandidatenzeit für potentielle Mitglieder nicht beachtet wurden. Kein Wunder, daß Lenins Schrift „Was tun?“ keine zentrale Bedeutung bei der Vorbereitung der kommunistischen Kader auf die Vereinigung von KPD und SPD und der Ausarbeitung ihrer programmatischen Grundlagen hatte, da sozusagen aus jeder Zeile dieser grundlegenden Schrift das Gegenteil von dem deutlich wird, was bei der Gründung der SED dann geschah.“

Autorenkollektiv: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“, Offenbach 2000, S. 419 – 427

Diese Einschätzung und die ihr zugrunde liegenden Analysen und Kritiken zur Diskussion zu stellen und deren kritische Überprüfung anhand des Studiums der Originaldokumente zu ermöglichen – dies ist nicht zuletzt der Zweck dieses Dokumenten-Readers.

Der Verlag

A L E X A N D E R A B U S C H

DER IRRWEG EINER NATION

Ein Beitrag zum Verständnis
deutscher Geschichte



AUFBAU-VERLAG GMBH BERLIN W 8

1946

EINLEITUNG

Deutschland ist in Europa ein Land der Mitte. Völkerwanderungen und große Kriegszüge im Altertum und im Mittelalter, kriegerische Einfälle in der Neuzeit gingen über Deutschlands Gebiet; sie gruben ihre Spuren in das Gesicht des Volkes. In der Frühzeit der deutschen Geschichte kam viel römisches Blut nach Deutschland. Die ersten Klöster, die Herrschaft der Frankenkönige, die Neigung der Hohenstaufenkaiser zu ihren italienischen Herrschaftsgebieten, später die Ara der spanisch-flämisch orientierten Habsburger förderten das Eindringen lateinischer Bildung in Deutschland. Seit dem 12. Jahrhundert erhielten die Deutschen durch die Germanisierung Ostelbiens eine mächtige slawische Blutzufuhr — und auch im 19. Jahrhundert, nach den Teilungen Polens, wanderten slawische Menschen ununterbrochen in das Innere von Deutschland ab; sie gingen im deutschen Volk auf. Aus Frankreich kamen unter dem „Großen Kurfürsten“ 20 000 verfolgte Hugenotten nach Preußen; manche ihrer Abkömmlinge stiegen bis in die Spitzen des junkerlichen Adels und bis in die „Elite“ der SS empor. Im Dreißigjährigen Krieg, in Friedrichs II. Siebenjährigem Krieg und in den Eroberungszügen des ersten Napoleons waren viel fremdes Kriegsvolk und ausländische Armeen Jahrzehnte auf deutschem Boden. So gibt es kaum ein Volk in Europa, das aus einem solchen Gemisch von Rassen gebildet wurde wie das heutige deutsche Volk. Andererseits haben das englische, das französische und das italienische Volk in ihrem Blut auch Blut von germanischen Stämmen aus der Zeit der Völkerwanderung vererbt.

Aber nicht das „rassische Erbe“, sondern das eigene geschichtliche Handeln der Völker, als sie zu einheitlichen Nationen heranreiften, hat ihren besonderen heutigen Volkscharakter geprägt. Er ist ein Ergebnis der Geschichte, nicht

eine Folge der Rasse. Er ist eine soziale Erscheinung und kein fatalistisch vorbestimmtes Produkt von „Blut und Boden“.

Nur in der dumpfen und zweckbedingten „biologischen Weltanschauung“ der Nazis gab es einen einheitlichen und unabhängigen, „mythisch vorbestimmten“ Zug einer Volksrasse über die Jahrtausende. Die allseitige geschichtliche Betrachtung der Entwicklung eines Volkes besitzt realere Methoden. Sie geht von den Naturbedingungen seiner materiellen Existenz aus und von ihren Veränderungen, wie sie allmählich durch das eigene Handeln der Menschen entstanden. Keine moderne Nation in Europa ist aus einer einzigen Rasse entstanden; jede hat sich aus Menschen verschiedener Rassen gebildet, die zu einer Gemeinschaft der Sprache, der Kultur, des Territoriums und der wirtschaftlichen Organisation wuchsen. Das gilt auch für die deutsche Nation.

Jede „rassische“ Geschichtsbetrachtung muß deshalb anti-historisch sein. Der Charakter eines Volkes — das ist: seine geistige und politische Gesamthaltung — kann sich im Handeln des Volkes selbst an einem Wendepunkt seiner Geschichte grundlegend wandeln, wie es die Revolutionen der Engländer, Amerikaner, Franzosen und Russen augenfällig beweisen.

Weil Hitler in Deutschland zur Macht kommen konnte, wurde der deutsche Name am Ende des zweiten Weltkrieges zum meistgehaßten in der Welt. Doch Hitlers Ende in Blut und Schande auf dem Trümmerfeld Deutschlands ist nicht das Ende der deutschen Nation, so tief auch ihr Absturz sein mag. Um zu wissen, wohin Deutschland nun gehen soll, muß geklärt sein, woher das Deutschland Hitlers kam.

So wollen wir hier ein Blickfeld abstecken: An welchen Wendepunkten der deutschen Geschichte setzte die unheilvolle Entwicklung ein, die zur Etablierung der Nazibestialität auf deutschem Boden führte oder zumindest ihr Kommen erleichterte?

I

UNVOLLLENDETE GESTALT EINER NATION

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts stand Deutschland an einer entscheidenden Wende seiner Geschichte. Die deutschen Zustände waren überlebt. In ihnen hatten sich bereits die Elemente entwickelt, die berufen waren, die Geburtshelfer des Neuen zu sein: der Drang der Bauern nach Abwälzung der Fron der fürstlichen und klerikalen Grundherren, der Ruf der niederen Ritterschaft nach Verweltlichung und Aufteilung der riesigen Kirchengüter, das Streben der handeltreibenden städtischen Bürger nach Schutz vor der Willkür des Hochadels boten in einer seltenen Weise die Möglichkeit, sich zu der politischen Forderung auf ein freies deutsches Reich unter der wirklichen Regierung des Kaisers zu verschmelzen. Deutschland ging großen sozialen Erschütterungen entgegen.

Um diese Zeit vollendete der westliche Teil des früheren Reiches der Frankenkönige bereits seinen Weg zu einem zentralisierten Nationalstaat, zu Frankreich. Karl VII.*) hatte eine ständige besoldete Armee geschaffen (zweihundert Jahre vor ihrer Entstehung in Preußen). Die Bildung des stehenden Heeres war ein entscheidender Schritt zur Einheit des Landes: der König konnte nun seine Herrschaft über das gesamte Gebiet sichern, die Willkür der adligen Herren in Schach halten und allgemeine Geldsteuern auch für sie einführen. Auf den Überresten der römischen und griechischen Zivilisation, besonders im Süden des Landes, entwickelten sich eine Geldwirtschaft und ein Bürgertum. Henri IV.***) wurde später der Vollender der Nationwerdung Frankreichs.

*) Karl VII. (1422—1461).

**) Henri IV. (1553—1610).

DIE INNERE ZERRISSENHEIT

Die Entwicklung im östlichen Teil des ehemaligen Frankenreichs, im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, hätte eine ähnliche Lösung erfordert. Nur in der Phantasie der früheren und der modernen Mystiker des „Reiches“ war dieses tief zersplitterte Gebilde jemals ein nationales Ganzes. Das „Reich“ der deutschen Kaiser war wahllos zusammen-erobertes Gebiet vom Mittelmeer bis zum Atlantischen Ozean und zur Nordsee. Im eigentlichen Deutschland aber war in fünf Jahrhunderten die Macht der Kaiser nach innen immer schwächer geworden. Die Abhängigkeit der deutschen Fürsten vom Kaiser war bereits nichts anderes als das Verhältnis von zu Gefolgsdiensten verpflichteten Grundherren zum stärksten Grundherrschaft des Reiches. Jeder herrschte auf seinem Landgebiet zu eigenem Nutzen und nach eigenem Gutdünken. Die Kirche verfügte über gewaltige Ländereien, etwa ein Viertel des gesamten deutschen Bodens, und zahlreiche Bauern standen als Hörige in ihren Diensten. Sie war zu einer weltlichen Macht geworden und konnte diese um so stärker ausüben, da sie in der geistlichen Macht der Päpste in Rom und deren Einfluß auf die deutschen katholischen Kaiser ihre starke außerdeutsche Stütze besaß. Die selbständige Gewalt des hohen Adels und des hohen Klerus machte die kaiserliche Herrschaft besonders unter dem Habsburger Maximilian immer sichtbar zu einer Scheinmacht.

Die fünf Jahrhunderte seit der Proklamierung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hatten bedeutsame Wandlungen der sozialen Struktur in den deutschen Landen gebracht. Die eigenartige primitiv-demokratische Form der Markgenossenschaften, in der sich bis in das 7. Jahrhundert die deutschen Dörfer entwickelt hatten, war bereits in der Zeit der Frankenkönige mehr und mehr von dem wachsenden Grundbesitz der Kirche und einzelner Herren verdrängt worden. Die Verwandlung der freien Bauern in Hörige und

sogar Leibeigene der adligen Grundbesitzer, die sich als Beamte und Richter im Namen des Kaisers etablierten, war bis an das 14. Jahrhundert zunehmend fortgeschritten. Der Auflösung des alten Heerbannes war im Jahre 1156 das Verbot des Waffentragens für die Bauern durch den Hohenstaufenkaiser Friedrich Barbarossa gefolgt. Aufstieg und Glanz des neuen Ritterstandes waren vorübergezogen, sein Verfall und Elend gekommen. Der niedere arme Ritter wurde von fürstlichen Herren seiner Ländereien und Rechte beraubt, als nach der Erfindung des Pulvers durch den Mönch Berthold Schwarz (1340) sich der Umsturz der mittelalterlichen Kriegstechnik vollzog. Große Landsknechtshaufen, bewaffnet mit Mörsern und Schießgewehren, führten jetzt Krieg für Fürsten und Kaiser. Aus einem historisch überlebten Stand gingen die Raubritter hervor, die wegelagernd die großen Handelsstraßen unsicher machten und reisende Kaufleute ausplünderten; aber die besten Männer dieses niederen Adels, wie Ulrich von Hutten und Franz von Sickingen, wurden zu Vorkämpfern für die Brechung der Allmacht von Klerus und Fürsten.

Keiner der deutschen Kaiser hatte in jenen fünf Jahrhunderten die Fähigkeit besessen, die Zentralisation des deutschen Landes herbeizuführen und damit die Schaffung seiner nationalen Einheit voranzutreiben. Das „Reich“ war unter den verschiedenen Wahlkaisern die Beute der mächtigsten unter den fürstlichen Herren und den weltlichen Machthabern aus der päpstlichen Hierarchie. So sang schon zu Zeiten des Hohenstaufen Friedrich II. der Minnesänger Walther von der Vogelweide gegen Fürstenwillkür, gegen den großen Magen der Kirche und die Auspressung Deutschlands durch Rom:

„So weh Dir, deutsche Zunge,
Wie steht Dein Ordenunge,
Daß selbst die Mücke ihren König hat,
Und daß Dein Ehr' also zergat.“

Der Minnesang, die mittelalterliche höfische Poesie, wuchs zur Klage über die wachsende Zerrissenheit der deutschen Lande. Die Hohenstaufenkaiser zog es nach dem Süden — und Friedrich II., Sizilianer von Geburt, lebte um die Wende des 12. zum 13. Jahrhunderts ganz in lateinischer Kultur: in der von deutschen Dingen abgewandten Welt des Mittelmeeres. Die Hohenstaufen ließen auf Geheiß der Päpste, in den Kreuzzügen zur Befreiung des Heiligen Grabes in Jerusalem von den „Ungläubigen“ und auch in dem Vorstoß der Ordensritter in die baltischen Länder, viel deutsches Blut verströmen. Mit flammendem Glaubenseifer — und bei den ersten Zügen, vor der Staufenzzeit, mit Judenpogromen in den rheinischen Städten als eigene Anfeuerung — zogen die Haufen der Kreuzritter und mit ihnen viel Gesindel von West nach Ost. Aber die Wege des mittelalterlichen Handels in den Orient, für deren Verteidigung die Ritter in Wirklichkeit streiten mußten, wurden durch die türkische Eroberung Konstantinopels (1453) wieder und endgültig versperrt. Die slawischen Völker in Preußen siegten über die Ordensritter.

Die Habsburger Kaiser wurden dann durch ihre Herrschaft über Spanien gehemmt, einen festen Einfluß in ihren deutschen Regierungsgeschäften auszuüben. Die Entdeckung Amerikas und Cortez' Conquistadorenzug nach Mexiko verlagerten in den letzten Jahrzehnten des 15. und in den ersten des 16. Jahrhunderts das Hauptinteresse der Kaiser an die Küste des Atlantischen Ozeans. Sie blickten mehr auf das fremde schätzerreiche „Neuspanien“ als auf das nur an Wirren reiche deutsche Land, in dem die Blüte des spätmittelalterlichen Handels zusehends abstarb. Die Eigenmacht der Fürsten und des Klerus hinderte auf den Versammlungen des Reichstages selbst die formale Einführung eines „Landfriedens“, eines Gesetzes, gültig für ganz Deutschland.

MONCHISCHER WUNDERGLAUBE UND GESCHLAGENE STÄDTE

Die tief in die deutsche Literatur und in das deutsche Denken eingedrungene Romantik malte die geistige Welt des Mittelalters als die einer illuminierten Mystik, in der Welt und Gott in Harmonie und Verzückung eins geworden waren. Tatsächlich sind die Schriften der deutschen Mystiker Meister Eckehart, Johann Tauler und Heinrich Suso mit ihrem Reichtum an überirdischen Gesichten nur der Ausdruck einer ziemlich späten, kurzen Zeitspanne: der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Die reine Mystik blühte in den Klöstern der Dominikaner auf. Einige Nonnen, inbrünstig der bis ins Erotische gesteigerten religiösen Verzückung hingegeben, schenkten in dieser Zeit der frühen deutschen Literatur ihre zartesten Dichtungen.

Die feudale Gesellschaft war auch in Deutschland längst von tiefen sozialen Konflikten durchschnitten — und die Kirche als ihr Kulturträger wachte mit Verfolgung und Scheiterhaufen gegen jede „Ketzerei“ darüber, daß die „Harmonie“ des Feudalismus nicht durch die Ausbreitung von zweiflerischen Gedanken gestört würde. Durch die Kreuzzüge nach Vorderasien wurde aber unbeabsichtigt das Eindringen von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen aus der entwickelten arabischen Philosophie, der Erbin griechischen Geistes, nach Mittel- und Westeuropa gefördert. Die Kirche hatte sich ihr geistiges Verteidigungsmittel in der scholastischen Philosophie geschaffen, die mit allen Mitteln der formalen Logik die Richtigkeit und Unantastbarkeit der religiösen Dogmen zu beweisen und zu lehren hatte. Die Philosophie sollte nur eine Stütze der Theologie sein. Das Hauptwerk des strenggläubigen Scholastikertums war die „Summa Theologiae“ des Dominikanermönches Thomas von Aquino, geschaffen im 13. Jahrhundert auf dem Höhepunkt der päpstlichen Macht. Thomas von Aquino forderte

für jedes Abweichen vom wahren Glauben, für jede Ketzerei nicht nur Ausstoßung aus der Kirche, sondern die Verbrennung bei lebendigem Leibe durch die weltliche Macht.

Der hohe Klerus lag in erbittertem Kampfe auch um seine materielle Macht. Hatte das Christentum in den Klöstern die Form der asketischen Vergeistigung angenommen, und zugleich bei den Erzbischöfen die des üppigen weltlichen Prunkes, so entwickelte sich in den unteren Volksschichten nun vom 12. bis zum 14. Jahrhundert der christliche Glaube immer schärfer zu religiös-kommunistischen Forderungen. Die ihres Bodens beraubten Bauern und das arme Volk in den anwachsenden Städten fanden in den Bettelmönchen die Sprecher ihrer schrecklichen Nöte; alte Bibelworte wurden zu Fahnen für ein neues plebejisch-revolutionäres Christentum. Die Dunkelheit des späten Mittelalters ist erhellt von den brennenden Leibern solcher christlichen Vorkämpfer des Volkes, die auf dem Scheiterhaufen starben. Es konnte damals in England, in Frankreich, in Böhmen und in Deutschland nicht anders sein, als daß die geistigen Wortführer des gemeinen Mannes aus dem Schoße der Kirche selbst hervorgingen.

Eine gesonderte Entwicklung in Deutschland hatten die Stadtrepubliken der Hanse an den nördlichen Küsten, die in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ihren Handel von Lübeck bis Nowgorod nach dem Nordosten und über ihre eigene Faktorei in London bis in das Mittelmeer entwickelten. Dieser mächtige Bund von Handelsstädten an der Ostsee- und Nordseeküste, denen Köln zugesellt war, schlug im Jahre 1283, in einem Bündnis mit den slawischen Städten Pommerns, den Versuch der Brandenburger Markgrafen, zur See vorzudringen, siegreich zurück. In ihren Kämpfen gegen die Könige Dänemarks und Norwegens vereinigte die Hanse 57 Städte; aber als sie gerade auf dem Höhepunkt ihrer Macht und ihres Glanzes stand, wurden die im Schwäbischen Städtebund vereinigten süddeutschen Städte von fürstlichen Armeen unter der Führung des Herzogs von Bayern (1388) entschei-

dend geschlagen. Das warf die Städte in Franken, Schwaben und am Oberrhein aus ihrem Streben nach eigener Geltung zurück in die drückende Botmäßigkeit der Fürsten. Im Jahre 1450 wurde Nürnberg mit dreißig anderen Städten erneut besiegt. Die Kraft der Hanse war so sehr auf den Nordrand Deutschlands begrenzt, daß sie die Folgen der städtischen Niederlage in Süddeutschland nicht abwenden konnte. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts begann die Hanse selbst, infolge der Verlagerung des Welthandels an die spanischen und portugiesischen Küsten, schwer zu leiden und sich aufzulösen.

Die Hanse, mit ihrem Hauptsitz in Lübeck, besaß eine eigene Währung und eigene Maße. Von den 3000 städtischen Siedlungen, die es im 15. Jahrhundert in Deutschland gab, waren nur zwei Dutzend von einer größeren Bedeutung durch ein hoch entwickeltes Handwerk, einige Werkstätten der Manufaktur und einen stärkeren Handel. Im Süden errangen sich Augsburg und Nürnberg durch ihre großen Handelshäuser, und Nürnberg besonders durch seine Meister der Kunst, einen Ruf weit über die Grenzen des Landes. Doch die wenigen Städte von wirtschaftlicher Kraft in Nord-, Süd- und Mitteldeutschland vermochten allein nicht mehr den Anstoß zur ökonomischen und politischen Umwälzung in ihrem rückständigen Hinterland zu geben, dessen primitive Naturalwirtschaft den Fürsten und dem hohen Klerus zu eigenem Nutz und Frommen diente.

Es gab im 13. und 14. Jahrhundert nicht nur den Versuch der Auflehnung der süddeutschen Städte zur Sprengung der unerträglich gewordenen feudalen Fesseln, — in den deutschen Städten selbst ging ein Ringen um eine städtische Demokratie gegen eine patrizische, handeltreibende und viel Land besitzende Herrschaft vor sich. Manche der Unterliegenden in dem Kampf, ob patrizische Geschlechterherrschaft oder Teilnahme der Handwerksmeister an den Stadträten, büßten ihr Rebellentum auf Scheiterhaufen oder Schafott.

Auch in den Zünften tobten Kämpfe der Gesellen gegen Gruppen der Meister, die den größten Teil der Gesellen von der Zulassung als Meister ausschlossen. Die strenge Abschließung der Zünfte entsprang dem Wunsch, das Handwerk vor dem Eindringen der vielen in die Städte strömenden, entlaufenen Leibeigenen zu schützen; so wurde eine vierte Volksschicht geschaffen: der sogenannte Pöbel. Aus ihm gingen meist die ungelerten Arbeiter und Tagelöhner hervor. Weder auf sie noch auf die Gesellen erstreckte sich die städtische Demokratie, obwohl sie für diese sehr oft als die kühnsten Kämpfer im Gefolge der Zunftbürger stritten und litten.

Städtische Aufstände wurden in Lübeck, Wismar, Rostock, Hamburg, Magdeburg, Breslau, Bautzen und Görlitz in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts verzeichnet. Die Rebellionen flackerten durch das ganze Jahrhundert immer wieder hie und da auf: in Köln, Bamberg, Erfurt, Aachen, Mainz, Speyer, Konstanz und in anderen Städten. Eine „Harmonie“ gab es nur, wenn sie das Schwert oder der Scheiterhaufen den Besiegten aufzwang.

In diesen wenig idyllischen Jahrhunderten, deren Romantik durch viel menschliche Not und viel vergossenes Blut gekennzeichnet ist, war das Aufblühen der deutschen reinen Mystik nur eine vorübergehende Episode. Das Land erzitterte unter den heftiger werdenden sozialen Erschütterungen des Feudalismus — und in den abgeschiedenen Zellen von Klöstern rang man in Ekstasen um eine direkte Verbindung mit Gott, ohne Zwischenschaltung der Kirche. Es war die Flucht aus einer sozialen Wirklichkeit, für die die scholastischen Lehren nicht mehr ausreichten. Vor den Augen des hohen Klerus wurde auch die reine Mystik bald zu einer Art von Ketzerei; als Karl IV. um die Mitte des 14. Jahrhunderts wieder die Inquisition einführte, wurden auch die Mystiker verfolgt. Nicht nur das plebejische Suchen nach der von den Urchristen verkündeten sozialen Gerech-

tigkeit, sondern auch das erdenferne mystische Gottsuchen galten als „gefährliche Gedanken“.

In jener Zeit erlebte Deutschland die fast vollständige Ausrottung seiner Judenschaft in Südwest- und Süddeutschland durch Pogrome, die von den Fürsten und dem hohen Klerus geschürt wurden. Vier Jahre lang hatte der „Schwarze Tod“, der ganz Europa überzog (1348 bis 1352), auch in Deutschland seine Opfer gefordert im Volke, das durch die Landenteignung und den Hunger widerstandsunfähiger geworden war. Die soziale Funktion des Pogroms war: die Pest als die Folge einer teuflischen „jüdischen Verschwörung“, die die Brunnen vergiftet habe, hinzustellen und dadurch den ganzen aufgespeicherten Groll der Bevölkerung gegen die Juden zu lenken. Die sozialen Ursachen der Volksnot blieben nach diesem Ausbruch der Barbarei wie eine schwärende Wunde; sie wurden in der weiteren Entwicklung noch schmerzhafter fühlbar. (Im Wandel der Zeiten und der Auftraggeber sollte die soziale Funktion des Judenpogroms vom 14. Jahrhundert bis in die Tage der Nazi-bestialität unverändert bleiben.)

Um die Wende des 15. zum 16. Jahrhunderts bot Deutschland — mit seinen selbstherrlichen Landesherren, seinen Bischöfen als weltlichen Herrschern, seinen meist hörigen oder leibeigenen Bauern, seiner primitiven Tausch- und Abgabewirtschaft auf dem Lande, seinem in Armut und Räubertum verkommenden niederen Adel und mit den wenigen handeltreibenden Städten — ein tragisches Bild der territorialen Zersplitterung und gesellschaftlichen Widersprüche. Überall im Lande gärte es. Die unmittelbaren Bedrücker der Volksfreiheit waren die Fürsten, Landgrafen und Erzbischöfe. Diesem Zustand entsprang es, daß die freiheitlichen Regungen und Bewegungen der Ritterschaft und der Bauern sich nicht direkt gegen den Kaiser richteten, sondern Beistand und Schutz von ihm erhofften.

„IN TYRANNOS“

Es war keine zufällige Erscheinung, daß die Jahrzehnte der Wendung vom 15. zum 16. Jahrhundert gerade im fränkisch-schwäbischen Gebiet, so reich an Aufständen und Kämpfen, die unvergeßliche Blüte deutscher Künste hervorbrachten. Das Ringen von Rittern, Bürgern und Bauern um die Zerstörung der feudalen Welt, die geistige und politische Gärung in allen Klassen der alten Gesellschaft, die Sehnsucht nach dem Neuen schien zur höchsten Steigerung der schöpferischen Fähigkeiten vieler Künstler zu führen. Die Nürnberger Meister Peter Vischer, Adam Kraft und Veit Stoß brachten fränkische Härte in ihre Werke, ob aus Erz gegossen, in Stein gehauen oder aus Holz geschnitzt. Der junge Dürer gestaltete das apokalyptische Gesicht der Zeit. Meister Matthias Grünewald schuf in dem Christus des Isenheimer Altars den geschundenen Bauern am Kreuze. Arbeiten des jüngeren Holbein gingen als Flugzettel für die Reformation und die Bauernbewegung in das Volk. In den neuen Druckpressen war ja ein revolutionäres Mittel geschaffen, das Wort und Bild schnell verbreiten half. Mancher anonyme Holzschnitt, der für „deutsche Freiheit“ stritt, hatte einen bekannten Meister zum Schöpfer, der ihn nicht signierte, weil er Achtung und Verfolgung fürchtete. Die Kunst widerspiegelte das geistige Drängen der ganz verschiedenen Elemente der erschütterten Gesellschaft: von der Qual und dem Zorn der bäuerlichen Kämpfer für eine irdische Gerechtigkeit bis zu den selbstbewußten stolzen Gesichtern der Patrizier, wie sie Albrecht Dürer und seine Zeitgenossen malten.

Es war alles nebeneinander da: der neue Individualismus der Humanisten und mit ihm verbunden das Einströmen des italienischen Renaissance-Einflusses in die Malerei; realistische und kämpferische Härte bei den volksverbundeneren Meistern; Holzschnitte als Waffen für die aktuellen Bauern-

forderungen — und in der Literatur Spottszenen gegen die Herrschenden. Aus England und Böhmen hatten seit mehr als einem Jahrhundert antifeudale Ideen nach Deutschland gestrahlt. Nun gaben die Schweizer Humanisten 1518 Thomas Mores „Utopia“ heraus, die mit ihrem naturrechtlich begründeten Bild eines sozialistischen Zukunftsstaates das Denken solcher Männer wie Hutten und Münzer aufwühlte. Es war der Beginn einer neuen Zeit. Sie bot alle Möglichkeiten in ihrem Schoß.

An diesem Zeitpunkt beginnt ein Vorspiel zum modernen deutschen Drama. Gewiß mußte sein Ablauf über die Jahrhunderte nicht zwangsläufig zum Hitlerismus als letztem Absturz treiben; es wurde aber von zusätzlich hemmendem Einfluß auf die späteren Kämpfe um die innere Freiheit Deutschlands, daß in den großen sozialen Kämpfen, die an der Schwelle des 16. Jahrhunderts entbrannten, die freiheitsfeindlichen Mächte gesiegt hatten. Gerade als Folge jenes Sieges verstanden sie es leichter, ihren unheilvollen selbstsüchtigen Einfluß auf Deutschlands Geschick zu wahren.

Der folgenschweren Niederlage des großen deutschen Bauernkrieges von 1525 voraus ging die Niederlage der isolierten Erhebung der fränkischen, schwäbischen und rheinischen Ritterschaft, die sich Franz von Sickingen zum Hauptmann gewählt hatte. Sickingens Freund und Ideologe Ulrich von Hutten — der Gestalt gewordene Ritter ohne Furcht und Tadel, zugleich größter deutscher Dichter seines Jahrhunderts — lebte in dem weltweiten geistigen Bezirk des Humanismus von Rotterdam und Basel bis Nürnberg: „O Jahrhundert, o Wissenschaften, es ist eine Lust zu leben!“ Er wurde zum geschworenen Feind der römischen Knechtung.

Hutten war nicht der einzige streitbare Humanist seiner Zeit, in der so viel auf eine Reformierung oder den Umsturz der deutschen Zustände drängte. Der Stuttgarter Humanist Johannes Reuchlin, der als Philologe auch die

hebräische Sprache studiert und — wie später Herder und Humboldt — ihre einfache Schönheit pries, verteidigte kühn die verbürgte Religionsfreiheit der Juden gegen die Kölner „Dunkelmänner“. Der Dominikanerprior Hochstraten in Köln und sein getauftes Werkzeug, der frühere Jude Johannes Pfefferkorn, scheiterten zwiefach bei ihrem Versuch, den Talmud auf den Scheiterhaufen werfen zu lassen: Papst Leo X. de Medici ließ Reuchlin durch eine Kommission von der Anklage der Ketzerei freisprechen — und durch einige, sie geistig zerfetzende Pamphlete (Dunkelmänner-Briefe, 1515—1517) wurden Hochstraten und seine Sippe vor aller Welt bloßgestellt.

Hutten war ein streitbarer Humanist von besonderer Art, ein Humanist der Tat, der den Aufrufen seiner Feder die Fehde gegen die gehaltenen Bedrücker der Nation folgen lassen wollte. Ihm genügte weder die Vermittlung griechischer Bildung durch die Universitäten noch das geruhige Betrachten der Dinge durch den dichtenden Nürnberger Patrizier Willi Pirckheimer, der sein und Albrecht Dürers Freund war. Die kühle Ironie und zu keiner Tat sich verpflichtet fühlende Weisheit eines Erasmus von Rotterdam brachten Hutten in Wallung. Er wollte den Humanismus nicht als „Weltanschauung“ eines reichen Patriziertums, das seit der Niederlage des Städtekrieges auch gern zu eigenem Nutzen mit Fürsten und Bischöfen paktierte, — Hutten verfocht den Humanismus als aktive Politik mit sofortigen einschneidenden Reformen, wie Verweltlichung der Kirchengüter und Verminderung der Geistlichkeit, um das innere Gefüge der Nation zu reformieren.

Hutten und Sickingen erkannten nicht die Bedeutung der unterdrückten Bauernmasse als der stärksten, geschichtlich bewegenden Kraft ihrer Zeit. Bei all seinem Zorn über das Bündnis der patrizischen Handels- und Geldhäuser, wie Fugger in Augsburg, mit dem Papst in Rom verstand Hutten auch niemals die Notwendigkeit eines Kampfbündnisses mit

den plebejischen Kräften des Stadtvolkes. So blieb der Begriff der deutschen Freiheit bei Hutten einseitig vom Blickpunkt seines ritterlichen Standes bestimmt: die idealste Form eines freien Reiches der deutschen Nation schien ihm eine Adelsdemokratie mit direkter Regierung des Kaisers zu sein. Diese Utopie starb mit Sickingen und Hutten.

Franz von Sickingen erhielt die tödliche Wunde auf seiner belagerten Burg Landstuhl am 7. Mai 1523 in dem vorzeitig und allein geführten Kampf gegen den Trierer Erzbischof Richard von Greifenclau, der die Hilfe des Kurfürsten der Pfalz und des Landgrafen von Hessen fand. Der Schwäbische Bund, der nun Fürsten und Städte umfaßte, leistete (wie zwei Jahre später gegen die Bauern) Henkerarbeit gegen die fränkischen Ritter und brach ihre Burgen, ohne daß sie die erbetene Hilfe vom Kaiser erhielten. Ulrich von Hutten starb ein Jahr nach dem Freunde, auf der Insel Ufenau im Zürcher See, wo ihm der Reformator Zwingli ein Asyl geschaffen hatte. Dort schrieb der Letzte eines untergehenden Standes und der erste deutsche Ritter der neuen humanistischen Welt noch knapp vor dem frühen Tod eine Schrift, die den Titel trägt: „In Tyrannos“. Zweieinhalb Jahrhunderte später sollte dieses Wort wieder in der deutschen Literatur auftauchen, als Motto zu den „Räubern“ des jungen Schiller.

Es ist unsinnig, aus Huttens Schriften indirekt die Folgerung zu ziehen, er würde sicherlich auf die Seite der Bauern getreten sein, wenn er bei ihrer Erhebung im Jahre 1525 noch gelebt hätte. Der große deutsche Bauernkrieg kam ja nicht wie der überraschende Ausbruch eines Gewitters, nachdem der Himmel noch kurz vorher blau und sonnig gestrahlt hatte. In einem halben Jahrhundert von Bauernrebellionen gab es die direkten Vorläufer des großen Aufstandes. 1476 zogen 16 000 Bauern mit dem Pfeifer-Hänslein von Niklashausen gegen den Erzbischof von Würzburg. Die Verschwörung der Bauern und des armen Stadtvolkes von

Baden und dem Elsaß in der Geheimorganisation „Der Bundschuh“ führte von 1493 bis 1517 zu einzelnen Aufständen in der Südwestecke Deutschlands. Des „Bundschuhs“ legendärer Führer, der verborgen auf seiner Brust die Rebellenfahne mit dem farbigen Schuh durch die Jahre der Niederlage trug, war Joss Fritz. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts existierte im schwäbischen Land auch der „Arme Konrad“, in seiner sozialen Zusammensetzung und mit seinen religiös begründeten Bauernforderungen dem „Bundschuh“ ähnlich. Hutten und Sickingen hätten also auch vor ihrem Tod genug Anregung gehabt, die Mission der Bauernschaft im Kampf um eine wirkliche deutsche Freiheit zu erkennen. Zudem gab es auch zu ihrer Zeit in Deutschland noch genügend Kunde von dem englischen Bauernaufstand unter Wat Tylers und John Balls Führung in den achtziger Jahren des 14. Jahrhunderts und von dem böhmischen Hussitenkrieg, hundert Jahre vor dem deutschen Bauernkampf.

Daß Hutten und Sickingen nach ihrer ganzen Herkunft nicht fähig wurden, das revolutionsschwangere Jahrhundert und das anbrechende Zeitalter der Wissenschaften auch als Ära eines neuen Volksbündnisses zu erkennen, gehört zu dem unglückseligen Kapitel der „deutschen Zwietracht“. Hutten appellierte daher an die Herrschaft in den Städten — und an Martin Luther, der auch in der ritterlichen Rebellion nur „großes greuliches Unrecht“ sah und auch sie verriet. Hutten und Sickingen mußten wie Utopisten handeln, weil sie eben nicht die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Bauern begriffen.

DER „TOTENGRÄBER DER DEUTSCHEN FREIHEIT“

Die Erhebung der Bauern von Südwest-, Süd-, Mitteldeutschland, Österreich und dem Elsaß, grandios in ihrer ersten Aufwallung, drohte das ganze Gefüge der römisch-fürstlichen Herrschaft zu zertrümmern. Sie war eine ern-

stere Gefahr als einst der bäuerlich-nationalrevolutionäre Sturm der Hussiten bis ins Herz Deutschlands. Zu den Führern der Revolutionäre zählten viele arme Pfarrer und Mönche. Das Feuer des Aufstandes, das vom Schwarzwald bis zum Odenwald, vom Allgäu bis jenseits des Rheins flammte, war von Thomas Münzer auf einer Reise durch Süddeutschland geschürt worden. Die Bauernerhebung war der erste planmäßig auf lange Sicht vorbereitete Aufstand in Deutschland. In den mitteldeutschen Gebieten, vom Harz bis ins Vogtland, führte Münzer selbst die Aufständischen.

Der Bauernkrieg brachte im deutschen Südwesten hervorragende und mutige Führer hervor, wie Jäcklein Rohrbach, Georg Metzler und Wendel Hipler, die zu kämpfen und ungebeugt zu sterben verstanden. In Österreich hatten die aufständischen Bauern in Michael Geismaier ihren militärisch talentvollsten Führer, der auch ein politischer Kopf war. Über alle ragte Thomas Münzer, die gewaltigste revolutionäre Persönlichkeit seiner Zeit: der Verkünder der irdischen Gerechtigkeit im Namen der „reinen Furcht Gottes“. Er forderte das Recht einer Gemeinde oder Landschaft, „ihren schädlichen Herren zu entsetzen“. Seine besondere Forderung auf Gemeineigentum an Wald, Feld, Wasser und Wild, scheinbar eine utopisch-kommunistische Forderung, knüpfte direkt an die noch lebendige Tradition der Markgenossenschaften an. Münzer vertrat aggressiver, mit biblischer Sprachkraft, die bäuerlich-demokratischen Forderungen, die in gemäßigerer Form in den Memminger „Zwölf Artikeln“ vom 19. März 1525 formuliert wurden und die im „Reichsreformplan“ Friedrich Weygands von Miltenberg das Gesicht einer freien Nation zeigten.

Thomas Münzer war in seiner Art eine einzige Gestalt: ein prophetisch drohender Rebell, ein rebellisch-glühender Prophet, ein politischer Führer mit plebejischem Instinkt, ein wortgewaltiger Pamphletist der deutschen Sprache — und der erste Stratege des Volkskrieges in Deutschland. Ihm

schwebte vor: ein Kampfbündnis von Bauern und Städtebürgern mit den ersten Proletariern, den Zwickauer Tuchknappen und den Mansfelder Bergknappen.

Die Bauern besaßen in dem bürgerlich-plebejischen Teil des Stadtvolkes, allerdings nur in einigen Städten, aktiv handelnde Verbündete. Nur wenige Ritter, wie Götz von Berlichingen und Florian Geyer, kämpften, mit großen inneren Schwankungen, auf der Bauern Seite. Münzer, der durch seine Sendboten die zersplitterten Bauernhaufen zur Vereinigung, „mit Volk und Geschütz“ bei Erfurt aufforderte, um mit geeinter Heeresmacht die nunmehr vereinigten protestantischen und katholischen Bauernschlächter zu schlagen, drang mit seiner ständigen Mahnung zur Einheit und einem konsequenten Handeln nicht durch. Es gelang ihm auch nicht, die waffenkundigen Mansfelder Bergknappen mit seiner Botschaft „Dran, dran, dran!“ zur Unterstützung des Endkampfes in Mühlhausen zu mobilisieren. Der Heerführer des Schwäbischen Bundes, Georg Truchseß, schlug die einzelnen Bauernhaufen im Süden. Der protestantische Landgraf Philipp von Hessen und die teils katholischen, teils evangelischen Fürsten der sächsischen Länder überfielen mit ihrer konzentrierten Streitmacht während einer Verhandlung hinterlistig Münzers Bauern- und Bürgerheer bei Mühlhausen am 14. Mai 1525.

Die militärische Seite der Bauernniederlage — begünstigt durch die ganze territoriale Zersplitterung in den deutschen Landen — ist weniger wichtig als ihre entscheidende politische Ursache. Die wesentlichste Schuld an der Niederlage der Bauern und daran, daß kein großes Volksbündnis von Stadt und Land für ein gemeinsames Freiheitsprogramm zustande kommen konnte, trägt die deutsche Reformation. Sie begann als revolutionäre Fanfare im Jahre 1517, da die letzten Aufstände des „Bundschuh“ und „Armen Konrad“ eben niedergeschlagen waren. Sie endete in Luthers Ruf zum Totschlag „wider die räuberischen und mörderischen

Rotten der Bauern“, an der Seite der Fürsten und Erzbischöfe: „Solche wunderlichen Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen besser verdienen kann, denn andere mit Beten ...“ Martin Luther wurde zur größten geistigen Figur der deutschen Gegenrevolution für Jahrhunderte.

Die deutsche Reformation war zuerst ein Ansturm gegen die päpstliche Macht und die drückenden Ablafzahlungen des Volkes an die römische Kirche; so entsprach sie dem innersten Wunsch des gemeinen Mannes und auch des Ritters. Luthers Glaubenssätze, aus der Sprache der Theologie in das Empfinden des Volkes übersetzt, mußten als Anfeuerung zum Umsturz des Bestehenden wirken. Als Luther auf dem Reichstag zu Worms von 1521 mit dem scheinbar unerschrockenen Wort auftrat: „Ich kann nicht anders! Hier stehe ich, Gott helfe mir. Amen!“ — da konnte er bereits wirklich nicht anders, denn er hatte mächtige Landesfürsten als festen Rückhalt hinter sich und diese erwarteten in ihrem eigenen Interesse eine solche Erklärung von ihm. Noch vor Ausbruch des Bauernkrieges geißelte Thomas Münzer, der wegen seiner rebellischen Predigten von Luther an die späteren fürstlich-sächsischen Bauernhenker denunziert wurde, die Rolle Luthers als Helfer bei dem Wucher, der Dieberei und Räuberei der Herren und Fürsten: „So sie nun den armen Ackersmann, Handwerksmann und alles, was da lebt, schinden und schaben, so er sich dann vergreift am allergeringsten, so wird er gehenkt. Dazu saget dann der Doktor Lügner Amen.“ Das stand in der Streitschrift „Hochverursachte Schutzrede und Antwort wider das geistlose, sanftlebende Fleisch zu Wittenberg, welches in verkehrter Weise durch den Diebstahl der Heiligen Schrift die erbärmliche Christenheit also ganz jämmerlich besudelt hat.“ Münzer ließ sie in Nürnberg drucken, wo der Drucker dann von dem lutherischen Rat der Stadt ins Gefängnis gesperrt wurde. Das Pamphlet entfachte zu seiner Zeit viel Auf-

sehen; es ging als die klassische Anklageschrift gegen die deutsche Reformation in die Geschichte ein.

Als die Bauernrebellion in das Gebiet der protestantischen Fürsten übergriff, verriet „das sanftlebende Fleisch zu Wittenberg“ offen die Revolution der deutschen Bauern an die Fürsten. Luther nützte seinen weitwirkenden geistigen Einfluß nicht nur aus, um das Bündnis der Städtebürger mit den Bauern für eine wahre gesellschaftliche Reformation zu verhindern, — er und sein Jünger Melanchthon feuerten das Wüten der Gegenrevolution gegen den „Teufel“ Münzer direkt an. In der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung und im deutschen Schulunterricht war viel von „dem Sengen und Morden“ der Bauernhaufen die Rede, aber nichts davon, daß — bei welcher Gegenrevolution war es je anders? — die Zahl der Bauern und Bürger, die durch die Fürsten abgeschlachtet wurden, zehnmal so hoch war wie die der Opfer der Revolution. 130 000 Bauern und kleine Bürger fielen der fürstlichen Rache zum Opfer. Fünfunddreißigjährig starb Thomas Münzer, von den Fürsten zu Tode gefoltert. Luther sagte von sich selbst: „Ich, Martin Luther, habe im Aufruhr alle Bauern erschlagen, denn ich habe sie totschiessen heißen: alle ihr Blut ist auf meinem Hals. Aber ich weise es auf unseren Herren Gott, der hat mir das zu reden befohlen.“

Nur das Bündnis der Bauern, der Mehrheit der Städtebürger und des kriegserfahrenen niederen Adels hätte an dieser wichtigen Wende der deutschen Geschichte dem Ruf nach einer freien deutschen Nation eine umstürzende Kraft verleihen können. Der bäuerlich-städtische Sieg wäre zum Geburtshelfer der Nationwerdung Deutschlands geworden; er hätte Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit dreihundert Jahre früher in Deutschland zerstört und durch eine Zentralisierung der Staatsgewalt eine moderne wirtschaftliche Entwicklung angebahnt. In Deutschland hätte es dann freie

Bauern und eine Entfaltung des Handels auf sinnvoll geschaffenen, neuen Verkehrswegen gegeben.

Der junge Kaiser Karl V., Herrscher im „Reich, in dem die Sonne nicht unterging“, hatte wenig Interesse an den innerdeutschen Problemen. Aus Luthers Rede von 1521, die er sich ins Latein übersetzen lassen mußte, klang ihm wohl die Zurückweisung der päpstlichen Macht, die so oft die deutschen Kaiser gedemütigt hatte, nicht unangenehm in die Ohren, — aber er brauchte zu dieser Zeit die Unterstützung des Papstes gegen Frankreich. So mußte Karl V. wohl oder übel Luther wenigstens formal mit der Reichsacht belegen, als dieser bereits auf der Wartburg in Sicherheit gebracht war. Im weiteren Handeln Martin Luthers zeigte sich jedoch, daß der soziale Verrat, der Verrat an den natürlichsten Lebensforderungen des Volkes, identisch war mit dem Verrat an der Nation. Der durch Jahrhunderte die nationale Entwicklung Deutschlands hemmende Streit zwischen dem kaiserlichen Regiment und dem fremden päpstlichen Einfluß wurde nicht im Sinne einer von unten her erneuerten, vereinheitlichten Nation gelöst; durch Luthers neue religiöse Lehre wurde das eigensüchtige Interesse der Fürsten und Landgrafen gefördert. Friedrich „der Große“ — ein zynischer, aber in diesem Falle gültiger Zeuge — schrieb mehr als zweihundert Jahre später (und er sprach von seinen eigenen Vorfahren, dem kurfürstlichen Haus Hohenzollern): „Luther gewann sich für seine Partei viele Fürsten, denen der Raub der Kirchengüter ein süßer Köder war.“

Soweit noch universalistischer Geist von Rom und andererseits durch die Humanisten über Deutschland gestrahlt hatte, wurde er durch Luthers Auftreten zersprengt. Das Leben wurde eingeeengt in die einzelnen Herrschaftsbereiche der Landesfürsten, die Besitzer der enteigneten Kirchengüter und Häupter ihrer reformierten Landeskirchen wurden. Die auseinanderstrebenden Tendenzen im Reiche entfal-

teten sich verstärkt durch die Schaffung des Schmalkaldischen Bundes der protestantischen Fürsten (1530) und durch die nun ausbrechenden Kriege zwischen den Landesfürsten und dem katholischen Kaiser, die trotz wechselnder Fronten und unzähliger gegenseitiger Verrätereien zu Religionskriegen erklärt wurden.

Doch zur Treibjagd gegen die letzten Nachfahren Thomas Münzers, um sie dem Scheiterhaufen oder dem Richtblock zu überliefern, waren katholische und protestantische Fürsten noch zehn Jahre nach dem Bauernkrieg einig. Gemeinsam zogen sie 1535 gegen die „Wiedertäufer“, die in der westfälischen Stadt Münster eine primitive christlich-kommunistische Gütergemeinschaft errichtet und viel Zuzug aus Holland erhalten hatten. Die Gebeine dieser rebellischen Schwärmer — von den Siegern in den eisernen Käfigen des Lambertitürmes abschreckend zur Schau gestellt — blieben das letzte Wahrzeichen der niedergeschlagenen, einst so mächtigen deutschen Volksbewegung. Und zwei Jahre später wurde auch Lübecks demokratisch-protestantischer Führer Jürgen Wullenweber hingerichtet, — kein Fürstendiener wie Luther, sondern ein Mann, der Bündnisse mit Bürgern und Bauern ohne nationalen Unterschied, rund um die Ostsee, gegen die schwedischen und dänischen Könige zu knüpfen begonnen hatte.

Eine große Erhebung der in Hörigkeit und Leibeigenschaft verknechteten Bauern war nun für lange Zeit völlig unmöglich gemacht. In den deutschen Ländern, zerfleischt von Kriegen und drangsaliert durch landesherrliche Despotie, konnte auch das Bürgertum zu keiner neuen Blüte seines Handels und seiner politischen Macht gelangen. Die lutherische Religion diente den Fürsten fortan zur Verewigung der Sklaverei, indem sie dem Volke als wichtigsten Glaubenssatz einflößte: „Seid untertan der Obrigkeit!“ Die gottgegebene Obrigkeit war zuerst einmal der große Grund-

besitzer, zugleich Kirchenherr und Richter. Kleinstaatliches Untertanentum erstickte den deutschen Patriotismus.

Dennoch hat Luther, indem er durch seine Bibelübersetzung auf der Wartburg die moderne deutsche Sprache schuf, das künftige einheitliche Deutschland vorbereiten helfen. Es lag im Zuge aller europäischen Reformatoren vor Luther, daß sie in ihrer eigenen nationalen Sprache zu predigen und zu schreiben begannen. Huß büßte seine Predigten in Tschechisch hundert Jahre vorher auf dem Scheiterhaufen. Auch Münzer predigte schon vor Luther in Deutsch. Hutten hatte deutsch zu dichten begonnen: „Nun schrei' ich an das Vaterland.“ Luther war nicht ein Beginner, aber der meisterhafte Vollender. Doch da Luther selbst die partikularistische Fürstenmacht auf der deutschen Erde gestärkt hatte, konnte die deutsche Schriftsprache ihr Reich nur zerstückelt und verspätet in der Welt der Dichtung und der Philosophie errichten. Treffender als Heinrich Heine, der in Luther vorwiegend den Begründer der modernen deutschen Sprache sah, schrieb im Jahre 1836 Ludwig Börne: „Die Reformation war die Schwindsucht, an der die deutsche Freiheit starb, und Luther war ihr Totengräber.“

In Westeuropa errang der französische Reformator Jean Calvin, der in Genf die Kirche republikanisierte, grundlegend andere ideelle Wirkungen als Luther in Deutschland. Calvins Lehren wurden in Frankreich zum Antrieb für den Kampf der Hugenotten; ihr Führer Henri trat zwar im Augenblick des Sieges zum Katholizismus über, — aber „eine Messe wert“ war ihm nicht Paris allein, sondern die ganze französische Nation beider Glaubensbekenntnisse, die er als Henri IV. unter seinem Königtum einigte. Bei dem Abfall der Niederlande von der spanisch-deutschen Kaiserherrschaft und in der englischen Revolution entfachte später der Calvinismus die Flamme der bürgerlichen Erhebung. In dem Kontrast von zwei Gestalten, des Franzosen

Calvin und des Deutschen Luther, werden die Ergebnisse echten und verfälschten Reformatorentumes sichtbar in den Zeiten, da der gesellschaftliche Fortschritt sich noch des Gewandes neuer religiöser Ideen bediente, um die mittelalterliche Welt zu zertrümmern. Calvin leistete seinen geistigen Beitrag zur Schaffung des demokratischen englischen und französischen Wirklichkeitssinnes, Luther den seinen zur deutschen „Verinnerlichung“ unter der wirklichen Allmacht der Fürsten.

Im Gefolge der deutschen Reformation trieben die inneren deutschen Kämpfe zur nationalen Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges. Das zur stärksten Macht des europäischen Festlandes gewordene, national einheitliche Frankreich wurde naturgemäß zur Intervention verlockt. Der Kardinal Richelieu stützte die protestantischen Landesfürsten gegen den katholischen deutschen Kaiser; der Schwedenkönig Gustav Adolf war ein hoch bezahltes Werkzeug der französischen Politik. Aber auch das „Reich“, für das des Kaisers böhmischer Heerführer Wallenstein angeblich seine Schlachten schlug, war nicht die deutsche Nation; Wallenstein wurde vor allem getrieben von der Gier nach Reichtum und persönlicher Macht.

Es muß dem rückschauenden Betrachter schwer fallen, in dem deutschen Volk des 16. und 17. Jahrhunderts die „ewigen Aggressoren“, die Erben der „germanischen Tücke und Raublust“ zu entdecken. Deutschland wurde von Armeen aus aller Herren Ländern, die mehr oder weniger im Bunde mit einheimischen hochgefürsteten „Quislingen“ standen, attackiert und gebrandschatzt. Die deutsche Bevölkerung sank in den dreißig blutigen Jahren von 1618 bis 1648 von 18 auf 6 Millionen Menschen.

Die deutsche Nation war zu Zeiten des Dreißigjährigen Krieges die unglücklichste und zerrissenste in Europa; die Dichtungen von Andreas Gryphius und Johannes Christian Günther waren eine einzige Wehklage ohne Trost, eine

einzige Sehnsucht nach endlichem Frieden ohne Hoffnung. Aus jener Zeit überkam der Reim, den noch heute, im 20. Jahrhundert, jedes deutsche Kind singt:

„Maikäfer, flieg'!
Dein Vater ist im Krieg,
Deine Mutter ist im Pommerland —
Pommerland ist abgebrannt.“

Boten Land und Volk vom Bauernkrieg bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges das Bild unerschöpflichen Leides, so war doch selbst damals der deutsche Name verhaßt; da sich viele Deutsche zu Landsknechtsdiensten in aller Welt dinge ließen und sich an dieses schlechte Handwerk gewöhnten. Entlaufene Leibeigene, deren Vorfahren seit Jahrhunderten keine Waffen mehr geführt hatten, wurden durch Not und durch Zwangswerber zu Landsknechten gemacht. Dies war eine Folge der sozialen Zustände, nicht Erbe und Ausdruck eines besonderen kriegerischen Charakters der Deutschen. Wir finden die abenteuersüchtigen Landsknechte Georg von Frundsbergs, die Rom plünderten, wieder bei der Armee von Georg Truchseß als Verräter und Schlächter der Allgäuer revolutionären Bauern.

Die Niederlage der deutschen Freiheit im großen Bauernkrieg hüllte drei Jahrhunderte der deutschen Geschichte in die Finsternis der Reaktion.

II DAS WESEN DES PREUSSENTUMS

Das 17. Jahrhundert brachte die Geburt des preußischen Staates und mit ihm die Entwicklung jenes preußischen Geistes, den man heute mit dem Geist des brutalen Militarismus und oftmals mit dem Geist Deutschlands überhaupt identifiziert. In der Tat war der „Preußengeist“ eine entscheidende — wenn auch nicht die einzige — reaktionäre Quelle des Nazigeistes. Die Schilderung der historischen Entwicklung des Preußentums und seiner Wirksamkeit bis in die Kriege des 20. Jahrhunderts liefert einen der Schlüssel — wenn auch nicht den alleinigen — zur Lösung des deutschen Rätsels.

In den zwei Jahrhunderten, die vom Erscheinen des „Großen Kurfürsten“ Friedrich Wilhelm an der Spitze Brandenburg-Preußens bis zum Aufstieg Preußens zur Führung des neuen Deutschen Reiches unter Bismarck vergingen, bildeten sich im wesentlichen die besondere militaristische Organisation des preußischen Staates und seine Staatsideologie heraus. Diese zwei Jahrhunderte haben das noch halb mittelalterliche Europa des Dreißigjährigen Krieges an die Schwelle des modernen Imperialismus herangeführt. Die industrielle Revolution, die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik wurden in den Staaten Westeuropas und Amerikas politisch von großen bürgerlichen Revolutionen begleitet, die die feudalen Fesseln der Wirtschaft und Gesellschaft sprengten. In dieser Zeit sehen wir den eigenartigen Vorgang, daß sich das reaktionäre Preußentum an der Macht hielt und alle Stürme des aufsteigenden „Dritten Staates“ überstand.

Die Grundlagen für die Entstehung des Preußentums hatten sich bereits lange vor dem Auftauchen des „Großen Kurfürsten“ entwickelt. Die beiden Kernstücke des späteren brandenburgisch-preußischen Staates, das Ordensland Preußen (Ostpreußen) und die Mark Brandenburg, waren ursprünglich Militärkolonien, entstanden durch kriegerisches Vordringen in das Gebiet slawischer Völker: der Wenden, Polen und Litauer. Aber im Leben jedes Volkes wechseln die Staatsformen und politischen Tendenzen mit dem Wechsel der führenden Gesellschaftsklassen und ihrer hervorragenden Männer. Nur wenn eine bestimmte Kaste durch Jahrhunderte die Fähigkeit bewahrte, sich auch bei veränderter Staatsform an der Macht zu halten, konnten die primitiven politischen Tendenzen des Mittelalters in ihrem Staate bis in die neueste Zeit wirksam bleiben. Preußen ist ein solcher Fall.

Der junkerliche Militäradel, der unter der Herrschaft der askanischen Markgrafen (auch Anhaltiner genannt) und unter den ersten hohenzollerischen Kurfürsten vom 12. bis zum 17. Jahrhundert zur stärksten sozialen Kraft der Mark Brandenburg geworden war, und mit ihm die junkerlichen Nachfahren des Ritterordens in Ostpreußen wurden zur wirtschaftlich und militärisch führenden Kaste des neuen preußischen Staates. Sie errangen ihre besondere Machtstellung nur nach zahlreichen Kämpfen mit den Hohenzollern, aber sie wurden doch deren wichtigste feudale Stütze. Sie dominierten vollkommen die preußische Politik.

Die preußische Militärkaste, organisiert als Führung einer mächtigen Armee auch in Friedenszeiten, gewann durch Jahrhunderte ein so starkes Eigengewicht, daß es weder in Preußen noch später im kaiserlichen Deutschland eine Regierung gegen sie geben konnte. Der militaristische Charakter des reaktionären Preußentums ließ dem modernen deutschen Imperialismus der großkapitalistischen Trusts eine

zusätzliche aggressive Note. Diese Besonderheit der Rolle des preußischen Militarismus drückte der ganzen deutschen Entwicklung bis nach 1918 ihren Stempel auf. Es machte sie so unterschiedlich zu andern Ländern, in denen es wohl auch Trusts, Imperialismus und Kriegshetze gab, aber wo doch siegreiche demokratische Revolutionen früher das innere Leben dieser Nationen geformt hatten.

Das Preußentum, geboren aus dem Unglück und der nationalen Katastrophe Deutschlands, wurde in drei Jahrhunderten zu einem Wegbereiter seines größten Unglücks und seiner tiefsten nationalen Katastrophe. Preußens Herrenkaste trägt ihr gerütteltes Maß Schuld daran, daß Deutschland schließlich in die tragisch-verbrecherische Entwicklung eines überheblichen Militarismus und Imperialismus gedrängt wurde.

So nimmt die Schilderung des Preußentums ein großes Kapitel im Buche der deutschen Verantwortung ein. Drei Grundzüge im politischen Wesen des Preußentums sollen hier zuerst gezeichnet werden.

„GEN OSTLAND WOLLEN WIR REITEN!“

Der brandenburgisch-preußische Staat übernahm bei seiner Gründung durch den „Großen Kurfürsten“ bereits aus seinen beiden Kernländern den aggressiven Kampf gegen das Slawentum als politisches Erbe. Ostpreußen, als ein den slawischen Völkern im Kampf abgerungenes Land, war im Augenblick der staatlichen Vereinigung mit der Kurmark durch einen breiten Korridor polnischen Landes vom übrigen Deutschland getrennt. Auch die Mark Brandenburg war nach langem blutigem Kampf gegen die slawische Bevölkerung entstanden, als der Askanier Albrecht der Bär im Jahre 1134 vom deutschen Kaiser das Amt des Markgrafen verliehen erhielt. Während jedoch in Ostpreußen im 17. Jahrhundert neben einer dünnen adligen Herrenschaft nur die Kaufleute

und Handwerker der wenigen Städte an der Ostseeküste deutscher Herkunft waren — die Masse des geknechteten Landvolkes blieb slawisch —, war Brandenburg unter der Herrschaft der askanischen Landgrafen durch Zustrom von deutschen Bauern seit langem germanisiert worden. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts waren dort zahlreiche deutsche Dörfer und Städte entstanden. Brandenburg sollte die nordöstliche Grenzmark, ein Wall gegen die slawischen Völker sein.

Die Mark Brandenburg war unter den Askaniern erobertes Feindesland, die Markgrafen regierten mit absoluter Gewalt und stützten sich dabei auf die Kriegsgefolgschaft, mit deren Hilfe sie das Land erobert hatten. Die Ritter und ihre „Mannschaft“ auf den Burgen sowie die „Zaunjunker“ auf den Dörfern erhielten Landbesitz zugewiesen — nicht um auf dem Boden der Mark Ackerbau zu treiben, sondern um durch seinen Ertrag die Kriegsmannschaft zu erhalten. So entwickelte sich die Mark Brandenburg in der eigenartigen Form einer Militärkolonie, in der — wie Franz Mehring schrieb — „die Rücksicht auf den Krieg die Grundlage aller Besitzverhältnisse bildete“. Aus den ursprünglich unfreien „Mannschaften“ der Markgrafen entstanden im Laufe von zwei Jahrhunderten die junkerlichen Grundbesitzer, die allmählich genug eigene Kraft entwickeln konnten, um — als Entgelt für ihre Gefolgschaft und Geldhilfe bei Kriegszügen — den askanischen Markgrafen die Rechte auf Besteuerung der Bauern und auf ihre Dienste abzuzwingen. Die Junker führten dazu neue Steuern und Dienstleistungen ein, wurden oberste Richter über die Dörfer — und begründeten damit ihre „Gutsherrlichkeit“ über die Bauern.

Der Deutsche Orden, auf dem Dritten Kreuzzug im Jahre 1190 unter den Hohenstaufenkaisern gegründet (ein ritterlicher Mönchsorden), war, ursprünglich dem Rufe des polnischen Herzogs Konrad von Masovien folgend, um das Jahr 1230 in das spätere Ostpreußen gekommen, um die „heidni-

schen Preußen“ zu bekämpfen. Der Deutsche Orden vereinigte sich später mit den Resten der Schwarzen Ritter des Schwertbrüder-Ordens. Diese hatten 1242 auf dem Eis des Peipus-Sees ihre zerschmetternde Niederlage von einem Volksheer unter der Führung des Prinzen Alexander Newski erhalten, als sie in ihrem weiteren Vordringen nach Osten in Rußland einzufallen versuchten. Im Jahre 1309 schuf der Deutsche Orden den geistlichen Ordensstaat Preußen, mit seinem Hauptsitz auf der Marienburg. Aber nach einem Jahrhundert von Kriegszügen und Unterdrückerherrschaft in den baltischen Ländern stießen die deutschen Ritter wieder auf einen überlegenen Gegner: das Jahr 1410 sah die entscheidende Niederlage des Ordens in der Schlacht bei Tannenberg (Grünwald), wo er von den Litauern geschlagen wurde. Diese Niederlage hatte ihre Auswirkung für Jahrhunderte; sie galt selbst der wilhelminischen Regierung des Kaiserreiches nach einem halben Jahrtausend noch als so schmachvoll, daß sie auf Vorschlag des Generals Ludendorff der Schlacht bei den Masurischen Seen im August 1914, die in ihren Hauptkämpfen weit nördlicher stattfand, den Namen „Schlacht von Tannenberg“ gab, um die Niederlage von einst im Kampfe gegen slawische Völker wettzumachen.

Der Ordensstaat wurde nach 1410 ein Vasall des polnisch-litauischen Reiches, zu dessen König der litauische Herzog Jagiello aufgestiegen war. Die westlichen Gebiete Westpreußens fielen wieder an Polen zurück; der östliche Teil wurde der polnischen Lehenshoheit unterworfen. Im Jahre 1511 trat der junge Albrecht von Hohenzollern aus dem fränkischen Zweig der Familie an die Spitze des morschen ostpreußischen Scheinstaates, der sich einen Hochmeister des Deutschen Ordens aus einer mächtigen deutschen Fürstenfamilie gesucht hatte. 14 Jahre später verwandelte jedoch dieser Hohenzoller — mit Zustimmung des polnischen Königs und um den Preis der ausdrücklichen Anerkennung der polnischen Oberhoheit — den geistlichen Ordensstaat in das welt-

liche erbliche Herzogtum Preußen. Albrecht verdiente sehr gut an diesem zeitgemäßen Geschäft. Er brachte, indem er gleichzeitig zum Protestantismus übertrat, mit einem räuberischen Griff die großen Ländereien und Besitztümer des Ordens in seinen und der Ritter Privatbesitz. Aus der geistlich-adligen Militärkolonie wuchs das Regiment der feudalen Großgrundbesitzer. So entstand das ostpreußische Junkertum.

Der brandenburgisch-preußische Staat fühlte sich also traditionell als Vorkämpfer gegen das Slawentum, das seit der Jahrtausendwende in der Verteidigung gegen das gewaltsame Vordringen deutscher Ritterheere stand und ihnen auf ihrem „Ritt gen Ostland“ so viele harte Schläge zugefügt hatte. Aus der Niederlage von Tannenberg resultierte der eigenartige Zustand, daß das östliche Kerngebiet von Brandenburg-Preußen keine direkte Landverbindung mit der Kurmark besaß. Seit 1618 war die preußische Linie der Hohenzollern ausgestorben. Der „Große Kurfürst“ erhielt nun — durch Erbvertrag und gegen die Zusicherung der Gefolgschaft im Krieg gegen Schweden — vom polnischen König Johann Kasimir das Herzogtum Preußen als Lehensgut. Dieses Versprechen der Kriegshilfe für Polen hinderte den Kurfürsten von Brandenburg-Preußen nicht, sich kurz darauf heimlich mit den Schweden zu verständigen, um Länderraub auf Kosten Polens zu betreiben. Der brandenburgisch-preußische Staat, im Jahre 1701 unter Friedrich I. zum Königreich Preußen aufsteigend, entwickelte sich schnell zum hauptsächlichen Interessenten an der staatlichen Vernichtung Polens.

Der „Drang nach Osten“ war der Junkerkaste seit den Tagen der askanischen Kurfürsten und des Deutschen Ordens eigen. Der Osten — das waren die eingeborenen slawischen Bauern, die man mit militärischer Gewalt in Leibeigene auf dem Großgrundbesitz verwandeln wollte. Preußen verlor diesen „Drang nach Osten“ nicht durch die Jahrhunderte, auch als es gleichzeitig seinen erfolgreichen Drang nach Westen, Norden und Süden betätigte. Unter König Friedrich II.,

der dank seiner vielen Kriege, seiner Treubrücke und seiner militärischen Organisation des ganzen preußischen Staates „der Große“ genannt wurde, trat Preußen als der Haupttreiber zur Teilung Polens auf, das durch seine verrottete Adelsherrschaft in völlige Ohnmacht abgesunken war.

Friedrich „der Große“ begann, kaum daß ihn ein geschichtlicher Zufall aus seinen katastrophalen Niederlagen im Siebenjährigen Krieg (1756—1763) gerettet hatte, seinen Angriff auf Polen. Gemeinsam mit Katharina II. von Rußland und mit Maria Theresia von Österreich betrieb er die erste Teilung Polens. Um den „polnischen Korridor“, der bei Danzig an die Ostsee reichte, abzuschneiden und eine feste Landverbindung mit Ostpreußen herbeizuführen, wollte Friedrich (wie 170 Jahre später Hitler) mit Intrige und Gewalt die Zerstörung Polens herbeiführen. In einem nachgelassenen Manuskript „Preußen (Die Kanailen)“ schildern Karl Marx und Friedrich Engels die hinterlistig-heimtückische Politik Friedrichs II. und die Greuelmethode seiner Armee in den besetzten Gebieten Polens: „Ganze Kantone von Preußisch-Polen wurden seit 1771 durch preußische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten.“

Friedrich verbündete sich aber plötzlich mit Polen, als nach dessen erster Teilung Danzig und Thorn nicht zu preußischen Städten gemacht wurden. Sein Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II., der sich mit dem russischen Zarismus und mit Österreich gegen das Frankreich der Großen Revolution vereinte, erhielt als Lohn für Preußen durch die zweite und dritte Teilung Polens: Danzig, Thorn, Posen und das ganze mittlere Polen einschließlich Warschau.

Die polnischen Grenzen waren vorher nur 60 Kilometer von Breslau und 150 Kilometer von Berlin entfernt gewesen. Nun reichte Preußen bis östlich von Warschau. Aufgebläht von dem fetten Raub, war es von 1795 bis 1807 „ebensosehr

ein polnischer wie ein deutscher Staat, in dem die Zahl der polnischen Bewohner nicht sehr weit hinter der Zahl der Deutschen zurückstand“, wie selbst die deutsche reaktionäre Geschichtsschreibung gesteht (Professor Dietrich Schäfer: „Preußen als Führer zu deutscher Macht“. Berlin 1911).

Der preußische König Friedrich Wilhelm III., der zur Zeit der preußischen Niederlage von 1806 regierte, hätte nicht der reaktionäre, stumpfe und feige Zauderer sein dürfen, der er in jeder seiner Handlungen und Nichthandlungen war, um selbst im schwersten Augenblick Preußens durch eine kühne und fortschrittliche Tat auf die Versklavung polnischer Gebiete zu verzichten. Freiherr vom Stein, Scharnhorst und Grolman fanden kein Gehör, als sie ihm im Jahre 1808 rieten, den Polen für die Lossagung von Napoleon die Wiederaufrichtung ihres selbständigen Staates zu versprechen.

So behielt Preußen, als das von Napoleon I. begründete Herzogtum Warschau auf dem Wiener Kongreß von 1815 liquidiert wurde, nicht nur das Gebiet des „Korridors“ unter dem Namen Westpreußen, sondern erhielt auch wieder die westlichsten Gebiete Polens, denen es den Namen eines Großherzogtums Posen gab. Der Bevölkerung wurde eine weitgehende kulturelle Autonomie versprochen. Wie der sogenannte Befreiungskrieg gegen Napoleon in der dynastisch-junkerlichen Reaktion endete, so wurde auch aus der Forderung auf neue staatliche Selbständigkeit Polens seine „vierte Teilung“ zwischen den Großmächten Preußen, Rußland und Österreich. Es blieb nur der fromme Wunsch von Stein und Hardenberg, „den polnischen Bürgern jeden mit dem Staatsbestand vereinbarten Wunsch zu erfüllen“. Der Staat hieß Preußen.

Wie in Schlesien, das Friedrich II. dem slawischen Besitz der österreichischen Krone entrissen hatte, so breitete sich auch in diesen Gebieten bald der junkerliche Großgrundbesitz aus. Bei den revolutionären Bewegungen des polnischen Volkes in Russisch-Polen (Königreich Polen unter der

Zarenkrone) im europäischen Sturmjahr 1830 und dann 1863 betätigte sich Preußen als Helfer des Zarismus, da die Berliner Regierung stets ein Übergreifen der Aufstände auf die eigenen polnischen Gebiete fürchtete. 1863 schickte Bismarck, der eben mit seiner „Eisen und Blut“-Rede die Macht übernommen hatte, den General Gustav von Alvensleben nach Petersburg und ließ dem Zaren erklären: „Der König von Preußen ist von der Überzeugung durchdrungen, daß die Interessen beider Regierungen durch jede polnische Schilderhebung in gleicher Weise gefährdet sind und daß jede Emanzipation des polnischen Elements von der Autorität des Kaisers (Zaren) ihre Wirkungen nicht auf die Grenzen des Königreiches Polen beschränken, sondern ebenso sehr die Sicherheit der benachbarten königlichen Provinzen wie die der westlichen Gouvernements des Kaiserreiches gefährden wird.“ Im Landtag warf Bismarck den protestierenden Liberalen, wie dem großen Arzt Virchow, vor, daß sie „sich für fremde Nationalitäten auf Kosten des Vaterlandes opfern“.

Bismarcks Politik zielte darauf, die eroberten und doch im wesentlichen polnisch gebliebenen Gebiete Westpreußens, Posen, Oberschlesiens und teilweise Ostpreußens zu „verdauen“, das heißt: sie gewaltsam zu germanisieren. Er fühlte sich darin als Erbe einer zweihundertjährigen antipolnischen Politik Preußens, deren Früchte er voll ernten wollte. Er war gegen die Polen, weil sie revolutionär waren — und gegen alles, was in und außerhalb Deutschlands revolutionär war, hatte er seit 1848 einen panischen Haß.

Später, nach Errichtung des deutschen Kaiserreiches, bekundete Bismarck ausdrücklich durch seinen Rückversicherungsvertrag mit Rußland, daß er nicht an eine Fortsetzung des „Dranges nach Osten“ gegen das russische Reich dachte; er warb um es als einen halben oder ganzen Verbündeten gegen Frankreich. Das hing mit der ganzen Konzeption der Bismarckschen Politik zusammen, der das Ergebnis des Sieges von 1870/71 in einem allmählichen wirtschaftlichen und

politischen Erstarken des jungen deutschen Reiches voll ausschöpfen wollte, ohne in ein Kriegsabenteuer an zwei Fronten gestürzt zu werden. Erst in der Ära Wilhelms II. sollte der von Bismarck modifizierte „Drang nach Osten“ mit scharfer antirussischer Spitze neu vorwärtsstoßen.

Bismarck hatte mit seiner Politik der gewaltsamen Eindeutschung der östlichen Provinzen, die sich in der wilhelminischen Epoche fortsetzte, die Junker an seiner Seite. Sie und die ihnen geistesverwandten preußischen Beamten fühlten und benahmen sich gegenüber den Polen als hochmütige Herrennation, als Kolonialherren über die „minderwertigen“ polnischen Bauern und Arbeiter Ost- und Westpreußens, Posen und Oberschlesiens. Die ganze Germanisierungspolitik hatte verhältnismäßig geringen Erfolg. Der bereits zitierte Professor Dietrich Schäfer berichtete 1911 über die Methoden der deutschen Ansiedlungskommission in diesen Gebieten: „Mit guten Gründen hat die Ansiedlungskommission bei ihrer Tätigkeit ... zunächst Gebiete ins Auge gefaßt, die nicht unmittelbar im Anschluß an das rein deutsche Land liegen, sondern nahe der russischen Grenze, um auf diese Weise gleichsam einen Kordon deutscher Ansiedlungen zwischen dieser Grenze und dem in Deutschland wohnenden Polentum zu ziehen. Leider ist man dieser Grundauffassung bei der neueren Tätigkeit der Ansiedlungskommission nicht treu geblieben.“ Der spätere deutschnationale Führer und Hitler-Minister Alfred Hugenberg, einer der Gründer des Alldeutschen Verbandes, unterstützte zu Beginn unseres Jahrhunderts die gewaltsame Eindeutschung dieser Provinzen, indem er als Sachbearbeiter für Ostfragen im Preußischen Finanzministerium ein Gesetz zur Enteignung polnischen Besitzes durchsetzte.

Auch nördlich der ostpreußischen Grenze, in den russisch gewordenen baltischen Ländern, saßen seit dem Untergang des Deutschen Ordens Abkömmlinge der Ordensritter: 200 junkerliche Großgrundbesitzerfamilien, die unter polnischer,

schwedischer und nunmehr russischer Regierung die feudale Versklavung der Völker Kurlands, Livlands und Estlands betrieben. Sie sicherten sich unter dem Zarismus eine eigene autonome Gesetzgebung; keineswegs zugunsten einer „deutschen Kulturmission“, denn sie waren nie daran interessiert, ihren leibeigenen Bauern deutsche Kultur zu vermitteln; Kultur war nicht nutzbringend, konnte nur die feudale Ausbeutung stören. Die deutschen Adligen im Baltikum wirkten im Bereiche ihrer Güter als Polizeikommandeure des Zarismus; sie stellten Rußland bekannte Generale und Diplomaten. Sie herrschten im ganzen 19. Jahrhundert als die sozialen und nationalen Unterdrücker der Völker Lettlands und Estlands — und im 20. Jahrhundert, nach dem Sturz des Zarismus, sollte sich erweisen, daß sie der preußisch-deutsche Keil im Leibe der slawischen Völker geblieben waren.

DER STAAT DER JUNKER

Das Preußen der hohenzollerischen Könige war in seinem politischen Wesen ein Junkerstaat. Bei den preußischen Adligen galt von jeher das Wort: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Die Geschichte des Stammlandes Brandenburg ist seit den Tagen der askanischen Markgrafen vor allem eine Geschichte des Junkertums und seiner Herrschaft.

Nach dem Aussterben der Askanier war die Mark nur Schacherobjekt der Kaiser, und fast ein Jahrhundert konnte kein fremder Markgraf in ihr festen Fuß fassen. Gegen Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts war sie völlig der Willkür der Junker ausgeliefert. Die Herren von Bredow, von Quitzow, von Alvensleben, von Schulenburg, von Ruppin und viele andere, deren Namen bis in die neueste Zeit mit dem politischen Handeln der preußischen Herrenschaft verknüpft blieben, peinigten damals mit ihren „kecken Streichen“ als Raubritter die Mark. Sie überfielen die reisenden Kaufleute, brachen in die Städte ein und brandschatzten ihre

Bürger. Die Quitzows waren in dem Gebiet um Berlin die absoluten und gefürchteten Gewalthaber.

Der kaiserliche Burggraf Friedrich von Nürnberg, der im Jahre 1411 als erster Hohenzoller in die Mark kam, brachte vom Kaiser Sigismund einen doppelten Auftrag für sein Amt als Markgraf mit. Friedrich sollte die Mark zum Wall gegen die Polen und Litauer ausbauen, denn der Deutsche Orden hatte gerade seine vernichtende Niederlage bei Tannenberg erhalten und mehr im Süden war ein anderes slawisches Volk durch das Auftreten von Jan Huß, der in tschechischer Sprache predigte und die Existenz einer tschechischen Nation verkündete, in nationale Gärung gegen die kaiserliche Oberherrschaft geraten. Friedrichs andere Aufgabe war, die märkischen Junker unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Dieser erste hohenzollerische Markgraf, der 1415 erblicher Kurfürst wurde, ist von dem Ruf umwittert, die Junker gehändigt zu haben, weil er einige Burgen der Quitzows mit bewaffneter Hand stürmen ließ. In Wirklichkeit zwang er nur mit Hilfe eines Teiles der Junker die anderen, seine, Friedrichs, Obergewalt als Markgraf anzuerkennen; er bestätigte dafür die Junker in ihren Vorrechten über die Bauern. Unter diesem ersten Friedrich begann das Junkertum bereits, sich in die wichtigste politische Stütze der Hohenzollernherrschaft zu verwandeln, soviel Streit es später noch über die Verteilung der Macht zwischen Junkern und Hohenzollern geben mochte.

Der zweite Kurfürst Friedrich stärkte die Macht der Junker durch die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Selbständigkeit der brandenburgischen Städte, die seinem Vater Waffenhilfe gegen die Quitzows geliehen hatten. Diesem Kurfürsten Friedrich II. kommt der zweifelhafte Ruhm zu, die wirtschaftliche Entwicklung der märkischen Städte erstickt zu haben, indem er sie zum Austritt aus der Hanse und faktisch zur Lösung ihrer bescheidenen Beziehungen zum überseeischen Handel über Hamburg und Lübeck zwang. Die Gewaltpolitik

dieses Hohenzollern gegen die Städte, die er im Jahre 1443 mit dem Niederschlagen eines Bürgeraufstandes in Berlin, des „Berliner Unwillens“, krönte, hatte für sie jahrhundertlang tiefgehende Folgen. Sie führten zum wirtschaftlichen Niedergang der märkischen Städte und gleichzeitig zum Erstarren der junkerlichen Machtstellung.

Die Regierungszeit dieses zweiten Hohenzollern hat mehr als die seiner Nachfolger das spätere Brandenburg-Preußen zu einem Staat ohne große handeltreibende Städte und ohne ein selbstbewußtes Bürgertum geformt. Nach der Niederschlagung des „Berliner Unwillens“ nahm Markgraf Friedrich II. den Städten Berlin und Kölln Gerichte, Mühlen, Zölle, fast ihren gesamten Landbesitz und belegte die großen Kaufmannsfamilien mit einer Strafzahlung von einem Ausmaß, die einer Konfiskation ihres Vermögens gleichkam. Die aufgeblühten Städte Berlin-Köln, Frankfurt und Stendal wurden dadurch vollständig geschwächt.

Parallel setzte nun jene Entwicklung ein, die von konservativen und nationalistisch-liberalen preußischen Historikern vertuscht wird, deren Klarstellung wir aber Franz Mehring verdanken: die Junker, die die feudale Versklavung ihrer erbuntertänig gewordenen Bauern betrieben, bemächtigten sich entscheidender Zweige des Handels. Sie holten sich ausländische Makler ins Land, die sie bei dem Export von Getreide und Lebensmitteln berieten. Die Junker monopolisierten den Getreidehandel zum Schaden der städtischen Kaufleute. Da die Junker sich 1488 das Recht errangen, für den eigenen Bedarf Bier ohne Zahlung der Steuer (Bierziese) zu brauen, konnten sie auch unter Mißbrauch dieser Steuerfreiheit zum Schaden des städtischen Brauhandwerks den damals riesigen Gewerbezweig der Bierbrauerei monopolisieren. Die Hohenzollern, die selbst die größten Grundherren des Landes waren und ebenfalls von dem Raub profitierten, unternahmen nichts, um den Klagen der verarmten Städte Genugtuung zu leisten. Franz

Mehring schrieb: „Der Gewalt der Raubritter hatten die Städte widerstanden, der ökonomische Krieg des Adels machte sie zu elenden und traurigen Nestern ...“

Wir sehen hier ein entscheidendes Entwicklungselement für den brandenburgisch-preußischen Staat — und zugleich die Widerlegung einer Legende, die auf den deutschen Schulen bis in unsere Zeit gelehrt wurde. Nicht die Karglichkeit und Unfruchtbarkeit des Sandbodens in der Mark Brandenburg war schuld daran, daß sich Preußen im 17. und 18. Jahrhundert „großhungern“ mußte, sondern Preußens ökonomische Erstickung nach der Erwürgung der Städte unter dem Markgrafen Friedrich II. Wir beharren auf diesem Punkt mit besonderer Aufmerksamkeit, weil er nicht allein als wirtschaftsgeschichtliche Forschung interessant ist, sondern uns die aktuelle Frage beantworten hilft, warum und wie sich das reaktionäre Preußentum so lange Zeit ohne starke bürgerlich-revolutionäre Gegenkräfte entwickeln und seine Machtgrundlagen ungestört festigen konnte. Die märkischen Junker monopolisierten durch Jahrhunderte den Handel mit Getreide, Flachs, Wolle, Vieh und den verschiedensten Lebensmitteln, die die Produkte ihrer feudalen Wirtschaftsweise waren. Während in den Ländern Westeuropas Hand in Hand mit der Blüte des Welthandels ein starkes Bürgertum zu entstehen begann, das mit seinen eigenen politischen Forderungen die geschichtliche Arena betrat, wurden im hohenzollerisch-junkerlichen Brandenburg Handel und Gewerbe in den Städten abgedrosselt. Während in andern Ländern das angesammelte Handelskapital die Anfänge der modernen industriellen Entwicklung zu schaffen begann, diente den feudalen Junkern ihr Handelsgewinn nur für ihren privaten Luxus.

Der „Große Kurfürst“ fand bei der Schaffung des brandenburgisch-preußischen Staates das märkische Stammland in seiner ökonomischen Entwicklung weit hinter den westlichen und südlichen Teilen des Reiches zurückgeblieben vor. In

den brandenburgischen Städten war seit der Niederschlagung des „Berliner Unwillens“ eine scharf bewachte Ruhe des Friedhofes geschaffen worden. Nur wehklagende Bitten um Schutz gegen die junkerliche Anmaßung und Übervorteilung tönnten gelegentlich aus den Reihen der Bürger, denen seit 1443 die Angst vor der kurfürstlichen Gewalt in den Gliedern saß und die getreue Untertanen zu sein hatten. Die Stimme eines wirtschaftlich starken und bürgerlich selbstbewußten Patriziertums war in den märkischen Städten für immer verstummt.

Indessen hatte die Macht der Junker im 16. Jahrhundert eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß der erste protestantisch gewordene Hohenzoller Joachim II., ein toller Verschwender, sich trotz der Plünderung der märkischen Kirchengüter in ständiger Geldnot befand. Finanzhilfe gegen erweiterte Mitregierung war das Tauschgeschäft, das die Junker mit ihm machten. Die Junker nahmen sich das Recht, die Steuern bei den Bauern und den Städten einzutreiben; sie erweiterten die „Gütherrlichkeit“ dahin, die Bauern aus bestimmten Stücken ihres Landes auszukaufen und sie mit noch drückenderen Hand- und Spanndiensten für die junkerliche Wirtschaft zu belasten. Die Bauern waren zwar nicht direkt leibeigen, aber erbuntertänig und zu Sklavendiensten verpflichtet. Sie hatten im großen Bauernkrieg, weil es ihnen etwas besser ging, nicht die Bauern Mittel- und Süddeutschlands unterstützt, — nun spannten die Junker auch in Brandenburg die Fesseln der Bauern enger.

Der Sieg des Hohenzollern über den „Berliner Unwillen“ von 1443 war ein nationales Unglück — und er gebar neues Unglück. Dieses gewaltsam rückständig gehaltene Brandenburg litt nunmehr besonders stark unter den allgemeinen Faktoren, welche die gesamte deutsche Entwicklung unglücklich beeinflussten: unter der Verlagerung des Welt Handels an den Atlantischen Ozean seit der Besetzung Kon-

stantinopels durch die Türken im Jahre 1453 und der Entdeckung Amerikas im Jahre 1492. Der hauptsächlich nordwestliche Handelsweg in Deutschland ging über Magdeburg; er berührte Brandenburg nicht. Der auf feudale Ausbeutung und adlige Willkür gegründete Junkerstaat Brandenburg mußte, weil die Junker einerseits den Bauern das Recht des Waffenführens genommen hatten, andererseits aber dem markgräflichen Kurfürsten nicht die Mittel für ein Söldnerheer bewilligten, im Dreißigjährigen Krieg von allen deutschen Ländern am grausamsten unter der Brandschatzung und Entvölkerung durch schwedische und kaiserliche Armeen leiden.

Im Ordensstaat und späteren Herzogtum Preußen trug die Entwicklung einige andere Züge. Die deutschen städtischen Siedlungen hatten sich in Verbindung mit dem Aufstieg der Hanse entwickelt; ihre ersten Einwohner waren aus Lübeck gekommen. Der Hanseatengeist, der weltweitere Geist handeltreibender Bürger, regte und wehrte sich in den preußischen Küstenstädten gegen die räuberische Gewalt Herrschaft der Ritter, die von ihren Ordensburgen nicht nur das slawische Hinterland beherrschten und aussaugten, sondern auch die deutschen Städte brandschatzten. Im Jahre 1260 konnten die Ordensritter einen Aufstand deutscher Bürger und angesiedelter deutscher Bauern niederschlagen. Aber die Niederlage der preußischen Raubritter bei Grünwald im Jahre 1410, im Kampfe gegen ihre slawischen Nachbarn, wurde zum Segen für die deutschen Städte. In den gleichen Jahrzehnten, wo der Hohenzoller Friedrich in Brandenburg die Städte niedertrat, nützten die Städte im Ordensstaat Preußen dessen Schwächung aus, um sich — im Bündnis mit Polen — siegreich gegen den deutschen Ritterorden zu erheben. Die bescheidene Freiheit, die sich Ostpreußens Städte errangen, war nur mit Hilfe der slawischen Nachbarn gegen die Vorfahren der Junker erstritten. Im Herzogtum Preußen wurden auch die Junker der Steuerpflicht unterworfen.

Als der „Große Kurfürst“ im Jahre 1660 mit bewaffneter Hand den Widerstand Königsbergs gegen die Zugehörigkeit zum neuen brandenburgisch-preußischen Staat brach, verständigten sich die Junker bald mit dem Hause Hohenzollern. Die Provinz Ostpreußen bekam nun die Faust der Junker zu spüren: die Form der adligen Herrschaft erfuhr einige Veränderungen, aber sie wurde totaler als zu den Zeiten der Ordensritter und auch die deutschen Bauern verfielen der Leibeigenschaft.

Die erste Hälfte von fünfhundert Jahren Hohenzollernregiment in Brandenburg-Preußen zeigt also bereits in einigen sozialen Besonderheiten, auf denen sich später das Königreich Preußen aufbaute: wer „berufen“ war, seine herrschende Klasse zu bleiben. Der „Große Kurfürst“ Friedrich Wilhelm, der im Jahre 1640 mitten im Dreißigjährigen Krieg zur Regierung in der grausig verwüsteten Mark Brandenburg kam, sah sich nach dem Westfälischen Frieden vor die Aufgabe gestellt, das größte deutsche Land außer Österreich zu regieren. Teils durch Erbschaftsverträge, teils mit Frankreichs und Polens Hilfe hatte Friedrich Wilhelm das Herzogtum Preußen, das Herzogtum Pommern, in Rheinland das Herzogtum Kleve und die Grafschaft Mark, ferner die ehemaligen Bistümer Magdeburg, Halberstadt, Minden und Teile des nördlichen Schlesiens erschachert.

Die erste Maßnahme des „Großen Kurfürsten“, um diese verstreuten Länder zusammenzuhalten, mußte sein, den Junkern einen Zaum anzulegen und seine eigene Zentralgewalt zu stärken. Er nahm dabei keineswegs den Kurs auf eine Verständigung mit den Städten, um sie gegen die Junker zu stärken, sondern er hatte das gleiche billigere Rezept, das schon zweihundert Jahre zuvor von seinen Vorfahren erprobt war. Er einigte sich nach einigen Kämpfen mit den Junkern dahin, daß er ausdrücklich ihre feudalen Vorrechte garantierte, wofür sie ihm, auf sechs Jahre, für ein stehendes Heer jährlich 56 000 Taler bewilligten. In dem

Landtagsabschied von 1653 wurde dem märkischen Adel bestätigt „sein Vorrecht auf den Besitz von Rittergütern, seine Herrenstellung im Gutsbezirk, seine obrigkeitlichen Rechte über die Bauern, seine Steuer- und Zollfreiheit, seine Verfügung über die Frondienste der Bauern“. Auf dieses Dokument beriefen sich die Junker noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als sie gegen die Stein-Hardenbergschen Reformen kämpften. In der Tat ist dieser kurfürstliche Garantiebrief an die Junker in der Folge die eigentliche Verfassung Preußens gewesen.

Brandenburg-Preußen war das erste deutsche Land, das sich sein stehendes Heer schuf. Die Obersten der Regimenter wurden nunmehr von dem Kurfürsten ernannt und waren staatliche Beamte, wenn sie auch hauptsächlich aus Junkerkreisen stammten. Ein System von Verbrauchsteuern (Akzise) brachte die Mittel für das Heer auf; die Junker setzten durch, daß die Steuern nur für die städtische Bevölkerung galten, aber die Junker bezogen aus der Staatskasse große Summen für die Verpflegung der Regimenter. Der „Große Kurfürst“ ließ die Soldaten zuerst aus dem Gesindel werben, das es nach dem Dreißigjährigen Krieg reichlich auf den deutschen Landstraßen gab. Um diese Armee aus Landstreichern und gewaltsam rekrutierten Ausländern zu einer zuverlässigen, blind gehorchenden Masse zu machen, wurden in ihr das Speißrutenlaufen und der Prügelstock das hauptsächlichste Strafmittel. Die Junker erhielten, als diese Armee unter den Nachfolgern des „Großen Kurfürsten“ zur entscheidenden staatlichen Einrichtung ausgebaut wurde, das Privileg, ihre Söhne auf die neu geschaffenen Kadettenanstalten zu schicken. Damit wurde der exklusiv aristokratische Charakter des preußischen Offizierskorps begründet, der es dann bis in das 20. Jahrhundert zu einem Staat im Staate machte.

Die Schaffung dieses preußischen „Schwertadels“ fällt in die Regierungszeit des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I.,

des Enkels des „Großen Kurfürsten“. Das adlige Offizierskorps bekam ein eigenes Ehrengesetz. Da aber die Offiziere eine sehr niedrige Bezahlung erhielten und einem harten Pflichtgesetz in der Armee unterworfen waren, mußte der „Soldatenkönig“ einige Male die adligen Söhne, gegen den Willen der Eltern, von den Gütern holen und in die Kadettenanstalten stecken lassen. Hier finden wir eine der Quellen der preußischen Legende: das „bis in den Tod ergebene, arme, entsagende, treue, von höchster Ehrliche und Pflichtbewußtsein erfüllte Offizierskorps“ als Kernstück des Preuentums. Aber die Junkersöhne waren meist weder arm noch entsagend; ihre Väter gingen bis zum Reichshofrat in Wien, um sich dagegen zu wehren, daß der „Soldatenkönig“ ihre verbrieftete Steuerfreiheit durchlöcherte, und er mußte bei ihnen mit militärischer Gewalt die Zahlung einer einzigen geringen Steuer eintreiben.

Friedrich Wilhelm I. schob bürgerliche Beamte in seinen Staatsapparat, um sich in ihnen eine gewisse Stütze gegen die Junker zu schaffen; aber er dachte nicht im geringsten daran, die Städte wirklich zu fördern und zu stärken, wie dies längst in Frankreich geschehen war, als die Könige ihre zentrale Macht im Kampfe gegen den Adel schufen. Die Stärkung der militärischen Zentralgewalt in Preußen brachte also nur einige bescheidene Beschränkungen für die Junker mit sich; sie war aber von der Verankerung des Junkertums in der Führung der preußischen Armee begleitet. Von sieben Millionen Talern Staatseinkünften wurden sechs Millionen für die Armee ausgegeben, die auf 80 000 Mann anwuchs.

Der „Soldatenkönig“ ist — außer durch seine geistige Beschränktheit und seinen kleinlichen Geiz bei allen zivilen und persönlichen Ausgaben — durch dreierlei berühmt geworden: erstens durch seine Garde aus „langen Kerlen“, für die er riesige Summen ausgab; zweitens durch seine Erklärung: „Ich befestige die Souveränität wie einen rocher de bronze“, die ebensowenig eine praktische Folge hatte wie

seine gelegentlichen wilden Schimpfworte und Drohungen gegen die Junker — und drittens durch den Rat, den er in seinem Testament dem Sohne gab, man müsse „dem Adel den Daumen aufs Auge drücken“. (Der Sohn tat das genaue Gegenteil.) Diese drei Dinge haben Friedrich Wilhelm I. den Ruf eines Junkerfeindes und eines „starken Führers“ eingebracht.

In Wirklichkeit konnten die Junker unter der Herrschaft dieses Königs, der als ein „Ahnherr des deutschen Sozialismus“ bezeichnet wird, in brutalster Weise das „Bauernlegen“ betreiben. Ganze Dörfer wurden aufgelöst und ihre Bewohner davongetrieben; die Zahl der noch freien Bauern nahm rapid ab. Die „Erbuntertänigkeit“ verschlimmerte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts und nahm vielfach die Formen der Leibeigenschaft an. Die erbuntertänigen Bauern hatten nicht das Recht, ohne Wissen ihrer adligen Herren zu heiraten, und auch kein Recht, den Beruf ihrer Kinder zu bestimmen. Die Prügelstrafe war auf den Gütern bis ins 19. Jahrhundert gesetzlich erlaubt.

Der Vollender des Junkerstaates sollte Friedrich „der Große“ werden. Er löste die Garde der „langen Kerle“ als unnütze Spielerei auf; dafür verwandelte er ganz Preußen in eine Kaserne. Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756) hatte er, gegenüber der Zeit seines Vaters, die Heeresstärke verdoppelt. Friedrich besetzte planmäßig alle entscheidenden Beamtenstellen bis zu den Ministern mit Adligen. Preußens militärische Macht und seine zivile Verwaltung, die gleichbedeutend mit einem besonderen Polizeisystem war, lag nun fest in den Händen der Junker.

In seinem Testament konnte Fridericus als innerpolitisches Vermächtnis verkünden: Hauptpflicht der preußischen Könige sei die Erhaltung des Adels. Nicht der letzte Wunsch seines Vaters, sondern Friedrichs Forderung wurde zum Leitstern der preußischen Staatspolitik. Friedrich starb 1786, drei Jahre vor Ausbruch der großen französischen Revo-

lution. Sein Vermächtnis stellte sich, gestützt auf die preußischen Bajonette, dem Anbruch des neuen bürgerlichen Zeitalters entgegen.

Dieser friderizianische Staat beruhte auf keiner geschriebenen Verfassung. Zur Zeit Friedrichs des Großen wurde der Entwurf für ein Preußisches Allgemeines Landrecht ausgearbeitet, aber es wurde erst veröffentlicht im Jahre 1796, in der Regierungszeit seines Neffen Friedrich Wilhelm II., als Preußen bereits unter der Erschütterung zu erbeben begann, die von der großen französischen Revolution ausging. Der Kern dieses Preußischen Allgemeinen Landrechts, das weitere fünfzig Jahre statt einer Verfassung die einzige Rechtsgrundlage in Preußen blieb, bestand darin, daß alle Rechte und Pflichten des Staates sich in dem König als seinem Oberhaupt vereinigten. Der König allein hatte „sowohl die äußere als die innere Ruhe und Sicherheit zu erhalten“. Dem König allein kam es zu, „für Anstalten zu sorgen, wodurch den Einwohnern Mittel und Gelegenheit verschafft werden, ihre Fähigkeiten und Kräfte auszubilden und dieselben zur Beförderung ihres Wohlstandes anzuwenden“. Der König war zum ausschließlichen Träger der Staatsgewalt erklärt. Das Preußische Allgemeine Landrecht begründete die Allgewalt einer zentralistisch geleiteten Polizei über alle Lebensgebiete der Bürger; es hielt wie eine eiserne Klammer die auseinandergelegenen und verschiedenartigen Provinzen zusammen. Dies schien dem Haus Hohenzollern um so mehr eine Notwendigkeit, als besonders in den rheinischen Gebietserwerbungen Preußens keine Junkerherrschaft wie in Brandenburg existierte, sondern dort die Stände immer wieder mit eigenen Forderungen auftraten. Die Träger der Staatsgewalt waren überall Junker.

Friedrichs Staat war bereits im Augenblick seines Todes morsch. Die friderizianische Armee zeigte aber erst zwanzig Jahre später, daß sie — trotz ihres Drills und tapferer Offiziere — den Heeren Napoleons, des Sohnes der großen

französischen Revolution, unterlegen sein mußte. Es wurde die Kraftprobe mit einem Volksheer und einer neuen Kriegsführung, die in den revolutionären Stürmen geboren worden war. Die preußische Armee erhielt bei Jena und Auerstädt in Thüringen ihren vernichtenden Schlag. Die freiheitlichen Reformen in Staat und Armee, die bei diesem tiefsten Sturz Preußens von Stein und Scharnhorst dem Hohenzollernhaus und den Junkern abgerungen wurden, hätten eine entscheidende Wende in der Entwicklung des preußischen Staates bedeuten können. Ein wirklicher Einfluß freier Bauern und freier Bürger auf die Führung des Staates hätte alles Überlebte in den friderizianischen Traditionen liquidiert und Preußen „entpreußt“.

Aber zum Unglück für Deutschland verstanden die sozialen und ideellen Träger des reaktionären Preußentums es besser als ihre Gegenspieler, Preußen schnell wieder „aufzupreußen“. Die Junker blieben mit Hilfe von höfischer Intrige, politischer Tücke und nackter Gewalt Preußens feudale Führungsschicht. Sie konnten zwar weder mit frommen Wünschen noch mit reaktionärem Geist die moderne industrielle Entwicklung in Preußen aufhalten. Ja, die Entwicklung der Eisenbahn und der Industrie in den Jahrzehnten nach 1820 zwang gerade das gebietsmäßig zerstückelte Preußen selbst, den Anstoß zur Niederreißung der Zollschranken zwischen den deutschen Ländern zu geben und den Deutschen Zollverein zu begründen. Aber als aus den acht Provinziallandtagen, die den Bürgern zugestanden wurden, sich die Forderung nach einem wirklichen preußischen Parlament und nach der 1815 vom König versprochenen Verfassung erhob, — auch da verstanden es die „Ostelbier“, die wirkliche Herrschaft in Preußen zu bleiben.

Die Junker dominierten jede Regierung, mochte sie auch liberal gefärbt sein. Allmächtig im Staate war der König, dem die Armee und die Bürokratie, beide völlig beherrscht von den Junkern, zur Seite standen. Der König und die

feudalen Herren waren ständig bemüht, die militaristische Organisation des Staates fortzuführen und das „preußische Pflichtgesetz“ wie einen ehernen Felsen aufgerichtet zu halten gegen alle demokratischen Strömungen. „Soldat sein, Steuer zahlen, Maul halten — das ist die preußische Parole“, sagte man bereits zu jener Zeit in Süddeutschland; dort gab es nach 1815 im Gegensatz zu Preußen in den einzelnen Ländern Verfassungen und Landtage mit ständischer Zusammensetzung, allerdings mit sehr begrenzten Rechten.

Der zweite innere Gefahrenpunkt für das reaktionäre Preußentum entstand, als am 18. März 1848 das revolutionäre Volk von Berlin die Garderegimenter des Königs aus der Hauptstadt vertrieb und die allgemeine Volksbewaffnung, die Presse- und Vereinsfreiheit und das allgemeine, gleiche, geheime, noch indirekte Wahlrecht erzwang, um eine verfassungsgebende Volksvertretung zu wählen. Doch auch das Sturmjahr 1848 endete damit, daß es der inzwischen wieder erstarkten Gewalt von Krone und Adel gelang, die verfassungsgebende Versammlung und die Bürgerwehren durch die reguläre Armee auseinandersprengen zu lassen. Das preußische Dreiklassenwahlgesetz, das am 30. Mai 1849 eingeführt wurde (und dann bis zur Revolution von 1918 bestand), sicherte die Macht des Hauses Hohenzollern und der Junker. Drei Wahlklassen konnten je eine gleiche Zahl von Abgeordneten wählen. Die erste und zweite Wählerklasse aus großen Gutsbesitzern und einer reichen Oberschicht der Bürger hatten doppelt soviel Stimmrecht wie das gesamte übrige Volk; ein Junker hatte das siebenfache Stimmrecht gegenüber einem gewöhnlichen Bürger. Dieses Wahlrecht war der Ausdruck der „tatsächlichen Machtverhältnisse“ nach der siegreichen preußischen Gegenrevolution.

So blieb Preußens Führung im Junkertum verwurzelt, das auch im 19. Jahrhundert sein „natürliches Recht“ in einer feudalen Form der Herrschaft sah. Der preußische Militärstaat wurde mit den Paragraphen einer Verfassung um-

kleidet, deren einziger Sinn war, eine Hülle für den königlichen Absolutismus zu sein. Noch am 11. April 1847 hatte der romantisch-mittelalterliche König Friedrich Wilhelm IV. in seiner Thronrede eine Verfassung mit den verstiegenen Worten abgelehnt: „Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung, daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge.“ Die Ereignisse des 18. März 1848 hatten den König und die Junker belehrt, daß man das „beschriebene Blatt Papier“ nicht einfach ablehnen könne, sondern daß es darauf ankam, dem Volke statt einer demokratischen Konstitution eine Scheinkonstitution zu geben, den Absolutismus vor der demokratischen Revolution durch die Einführung des Halbabsolutismus zu retten. Und der sah dem „reinen“ Absolutismus ähnlich wie ein Ei dem andern, denn der preußische König blieb Kriegsherr; er besetzte alle Stellen im Heer, das auf ihn und nicht auf die Verfassung vereidigt wurde. Er hatte mit der Armee das organisierte Machtmittel in den Händen, mit dem er das Volk jederzeit im Schach halten, Parlamente auseinanderjagen und eine demokratische Erhebung im Blute ersticken konnte, wie 1848.

Die dritte innere Krise trat für das reaktionäre Preußentum — knapp bevor es sich zum Beherrscher ganz Deutschlands aufschwingen konnte — im Jahre 1862 beim „Heeresetat-Konflikt“ ein, als die Mehrheit des Parlaments die Finanzmittel für die Erweiterung der Armee ablehnte. Die Scheinkonstitution, und gerade sie, hatte das Anwachsen des liberalen Widerstandes nicht verhindern können. Industrie und Handel hatten sich mit der Entwicklung der Eisenbahnen und der modernen Kohlenbohrung an der Ruhr stark entfaltet. Das preußische Bürgertum, obwohl es nach 1848, aus Schreck vor der jäh sichtbar gewordenen Volksrevolution, dankbar den Kürassierstiefel der Junker geküßt

hatte, meldete doch wieder verstärkt seine Ansprüche auf Mitbestimmung in der Staatsführung an. Besonders aus dem wirtschaftlich aufblühenden Rheinland kam der bürgerliche Druck, der den noch immer mittelalterlich-despotischen Bau des preußischen Staates verändern wollte.

Die Stärke der preußischen Armee entsprach um diese Zeit nicht mehr der Aufgabe, die Macht des neuen Königs Wilhelm I. nach innen zu sichern und Preußens Aufstieg zu einer gewaltsamen Durchsetzung seiner politischen Ziele zu garantieren. Wilhelm I. und sein Kriegsminister Albrecht von Roon forderten daher die Erhöhung der Armeestärke im Frieden von 140 000 auf 217 000 Mann, die Umwandlung der Landwehrregimenter der Infanterie in Linienregimenter. Die liberale Mehrheit des Landtages sah in dieser Forderung eine neue Stärkung der feudal-militaristischen Regierungsmacht gegen die innere Opposition und lehnte am 23. September 1862 die Ausgaben für die Heereserneuerung ab. Wollte sich Wilhelm I., der frühere „Kartätschen-Prinz“, nicht in seinen heiligsten Militärwünschen geschlagen geben, so mußte er Parlament und Verfassung übergehen. Dazu fehlte ihm der Mut. Da erschien, von ihm gerufen, im schwierigsten Augenblick die außergewöhnliche Gestalt des märkischen Junkers Otto von Bismarck in der Führung der preußischen Politik.

Das Junkertum, das mit wenig Verstand, aber mit viel Brutalität, den preußischen Staat durch die Jahrzehnte der neuen kapitalistisch-industriellen Entwicklung mehr laviert als geführt hatte, war politisch längst am Ende seines Lateins. Die preußische Staatskrise war auf dem Höhepunkt. Jede Verlängerung dieser Krise brachte die Gefahr mit sich, daß Bürger und Arbeiter sich wieder der Traditionen von 1848 besinnen würden und daß die schwächliche liberale Parlamentsopposition vielleicht doch den Weg zum revolutionär-demokratischen Volkskampf finden könnte. In Bismarck entstand dem Junkerstaat nicht nur der Retter, sondern der

Staatsmann, der sich zur gewaltsamen reaktionären Lösung der Probleme seines Zeitalters fähig erweisen sollte. Schon bei seinem ersten Auftreten erklang ein neuer Ton, der ganz Deutschland und alle Regierungen Europas aufhorchen ließ: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.“

PREUSSEN GEGEN DEUTSCHLAND

Dem Wesen des Preußentums würde ein ihm seit der Reformation eigentümlicher Zug fehlen, wenn wir nicht seine traditionell antideutsche Haltung zeichnen würden. Sie trat bereits ausgereift bei der Gründung des brandenburgisch-preußischen Staates in Erscheinung.

Deutschlands Unglück war der Taufpate dieses neuen Staatsgebildes. Deutschland, völlig ausgeblutet und verheert durch den Dreißigjährigen Krieg, auf ein Drittel seiner Bevölkerung durch Krieg und Seuchen gesunken, war ein politisch hoffnungslos zerrissener Bund von 365 fürstlich regierten Kleinstaaten und Landfetzen nach dem Westfälischen Frieden von 1648. Es gab keine reale Zentralgewalt mehr, wenn auch noch formell das deutsche Kaisertum der Habsburger bestand. Der preußische Staat, der sich in einem solchen Augenblick des tiefsten Sturzes von Deutschland zu formieren begann, profitierte für seinen eigenen Aufstieg viel von dem allgemeinen deutschen Unglück. Preußen entwickelte sich eigensüchtig gegen Deutschland; es stärkte sich ländergierig auf Kosten der übrigen deutschen Länder.

Hitler nannte in seinem Buch „Mein Kampf“ die Schaffung dieses brandenburgisch-preußischen Staates — neben der „hauptsächlich von Bajuwaren betätigten Kolonisation der Ostmark“ (Österreich) und „der Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe“ (im Kampfe gegen die slawischen Völker) — die drei „bleibenden Früchte“ der

deutschen Geschichte unseres Jahrtausends. Der Gründer dieses Staates war aber nichts anderes als ein Werkzeug der Politik des französischen Königs Ludwigs XIV. und seines Ministers Richelieu, die auf die Aufspaltung Deutschlands und die Entmachtung des Hauses Habsburg zielte. Kurfürst Friedrich Wilhelm I. besaß am Ende des Dreißigjährigen Krieges nur die verheerte Mark Brandenburg; er verfügte weder über eine bedeutende militärische noch politische Macht. Er war politisch schlau genug, zu erkennen, daß er mit Hilfe Frankreichs, in dieser Stunde der allgemeinen Ausblutung und Erschöpfung in den deutschen Landen, sich erheblich an Landbesitz bereichern konnte. Er wurde der „Große Kurfürst“, weil er Brandenburg-Preußen nach dem Westfälischen Frieden zu dem größten deutschen Land zu machen verstand. Politisch war er der Degen Frankreichs gegen das wunde Heilige Römische Reich Deutscher Nation.

Friedrich Wilhelm begann also seinen Aufstieg als Diener eines französischen Königs, der die Großmachtinteressen des national geeinten Frankreichs durch den weitgehenden Zerfall Deutschlands in die 365 Fürstentümer und Grafschaften am besten gesichert glaubte. Es ist eine einfache geschichtliche Wahrheit — und es bedeutet weder einen Vorwurf gegen das heutige französische Volk, das zweimal in einem Lebensalter ein Opfer des deutschen Imperialismus wurde, noch eine Entschuldigung der deutschen Aggressionspolitik seit 1870. —, wenn man rückschauend feststellt, daß die Politik Frankreichs unter Ludwig XIV. und Ludwig XV. die national-demokratische Entwicklung der Deutschen durch die bewußte Förderung ihrer feudalen Zersplitterung entscheidend hemmen half. Unter den kleinstaatlich rückständigen Verhältnissen konnten die besten deutschen Köpfe im 18. Jahrhundert wohl demokratische Ideen aus den zentralisierten Staaten England und Frankreich übernehmen und in Verbindung mit dem eigenen deutschen humanistischen

Geisteserbe aus dem 15. und 16. Jahrhundert schöpferisch zu einer klassisch gewordenen Blüte der deutschen Literatur und Philosophie weiterentwickeln, — aber diese besten Köpfe stießen überall auf die engen Mauern der deutschen Realität. Die kleinstaatliche Enge und die politisch-ökonomische Schwäche des Bürgertums hinderten, daß in den deutschen Landen aus den klassischen demokratisch-humanistischen Gedanken eine klassische demokratisch-revolutionäre Tat erwuchs. Am Beginn dieser verhängnisvollen Entwicklung standen Ludwig XIV. und Kardinal Richelieu — die direkten Geburtshelfer der reaktionären Vormacht Preußens innerhalb Deutschlands.

Der „Große Kurfürst“ wechselte zwanzig Jahre nach dem Westfälischen Frieden die Front. Als kaiserlicher, wenig erfolgreicher Heerführer zog er gegen Ludwig XIV., weil dieser die linksrheinischen Besitzungen des Kurfürsten besetzt hatte. Ludwigs Verbündete, die Schweden, schlug er in der Reiterschlacht bei Fehrbellin. Da er aber bei Friedensschluß nicht Vorpommern mit der Odermündung erhielt, leistete er Ludwig XIV. bald wieder politische Hilfe bei der Annexion der Freien Reichsstadt Straßburg im Jahre 1681. Der brandenburgisch-preußische Kurfürst blieb bei diesem treubruchigen Streich gegen das Reich der um den Lohn betrogene Betrüger: auch Ludwig half ihm dann nicht, von Schweden die Odermündung zu erhalten.

Die offizielle deutsche Geschichtsschreibung entschuldigt die egoistisch-preußische Politik des „Großen Kurfürsten“ damit, daß es damals keine einheitliche deutsche Nation gab. Aber die Politik des Hitlerschen Vorbilds diente dazu, ihre Konstituierung erst recht unmöglich zu machen. Sein Urenkel Friedrich, ebenfalls von der preußischen Geschichte mit dem Titel „der Große“ belegt, schritt in seinen Fußtapfen.

Friedrich II. zerriß in seinen Kriegen um Schlesien gegen die österreichische Kaiserin Maria Theresia, deren Gatte Franz deutscher Kaiser war, die letzten Bande der deut-

schen Einheit aus dem Mittelalter. Friedrich war groß darin, seine starke Armee mit Drohungen und tückischen Gewaltstreichen gegen den Kaiser in Wien einzusetzen. Zwischen 1741 und 1763 stand er im Ersten und Zweiten Schlesischen Krieg und dann im Siebenjährigen Krieg — insgesamt elf von zweiundzwanzig Jahren — in einem Kampf gegen die Österreicherin Maria Theresia, in dem viel Blut vergossen wurde und in dessen Verlauf Friedrich skrupellos antideutsche Bündnisse schloß.

Als Friedrich im Jahre 1741 Schlesien raubte, hatte er Frankreichs Hilfe. Mit dem ihm eigenen Zynismus gestand er in seinem Werk „Geschichte meiner Zeit“, daß er den Zweiten Schlesischen Krieg führte, um Frankreich gegen Maria Theresia zu helfen, als diese einige Erfolge im Kampfe um die Rückeroberung des Elsaß hatte: „Das Bündnis mit Preußen war damals das Vorteilhafteste, was den Franzosen zufallen konnte“. Um diese Zeit war er auch Fürsprecher, um das ganze nördliche linke Rheinufer an Frankreich abzutreten, weil er die französische Hilfe für die Einverleibung Mecklenburgs in Preußen erhoffte — und er sprach dies in dem 1746 geschriebenen Teil seiner „Geschichte meiner Zeit“ unverblümt aus. „Sie brauchen nur eine Landkarte in die Hand zu nehmen“, — schrieb er — „um sich zu überzeugen, daß die natürlichen Grenzen Frankreichs bis zum Rhein reichen, dessen Lauf ausdrücklich gemacht zu sein scheint, um Frankreich von Deutschland zu trennen, um die Grenzen dieser Länder festzulegen und zu bestimmen, wo ihre Herrschaft aufhört.“

Das Spottlied, das im Siebenjährigen Krieg nach Friedrichs Sieg bei Roßbach (1757) aufkam:

„Und wenn der große Friedrich kommt und klopft nur auf die Hosen, so läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen“ —

es war preußisch und antideutsch. Denn Friedrich kämpfte im Siebenjährigen Krieg gegen Frankreich nicht für irgend-

welche deutschen Interessen, sondern nur weil Frankreich sich gegen ihn mit dem Reich verbündet hatte. Friedrich hatte dieses Bündnis selbst provoziert, als er sich durch den Londoner Vertrag vom Januar 1756 im Kampfe zwischen England und Frankreich um die Seebeherrschung auf die englische Seite geschlagen hatte. Friedrich hatte durch seine ganze Raubpolitik die Schaffung einer deutsch-französisch-schwedisch-russischen Koalition gegen sich provoziert; von seinem englischen Verbündeten wurde er allerdings schmähslich im Stich gelassen. Friedrich erhielt in diesem Siebenjährigen Krieg, nach anfänglichen Siegen, schwere Niederlagen.

Der Frieden von Hubertusburg (1763) sicherte Friedrich zwar mit Hilfe des Zaren Peter III. die schlesische Beute, aber die Folgen dieses Friedens waren von größerer geschichtlicher Tragweite. Österreich, das sich schon in zwei Jahrhunderten des Niederganges des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu einem besonderen Staatengebilde mit slawisch-ungarischer Bevölkerungsmehrheit zu entwickeln und in Wien ein eigenartiges, stark slawisch beeinflusstes Kulturzentrum zu schaffen begonnen hatte, wurde durch Friedrichs Gewaltpolitik hart auf seine staatliche Sonderentwicklung außerhalb Deutschlands abgedrängt.

Preußen kannte nunmehr kein anderes Bemühen, als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation vollends zu einem leeren machtlosen Schein zu machen. Durch die strenge militaristische Organisation seines Staates und als größtes deutsches Land war Preußen längst allen kleineren deutschen Ländern und auch Österreich militärisch überlegen geworden. Die spätere formelle Auflösung des Reiches unter den Schlägen Napoleons I. war nur noch die Bestätigung einer historisch längst vollzogenen Tatsache.

Wenn man die brandenburgische Geschichte zurückgeht, findet man, daß der „Große Kurfürst“ und Friedrich „der Große“ nicht die ersten Diener französischer Könige waren. Im Jahre 1519 trat der Hohenzoller Joachim I. als einziger

von den sieben deutschen Kurfürsten bei der Kaiserwahl, da es einen Kampf zwischen dem Haus Habsburg und dem Haus Valois gab, gegen die Kandidatur Karls V. und für die Wahl des Franzosen zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auf. Joachim hatte sich für diesen Hilfsdienst riesige Zahlungen vom französischen König ausbedungen. Die Nachfolger dieses Joachim bemühten sich im Zuge der Reformation, in oftmaligem Frontwechsel, die klaffenden Gegensätze zwischen dem Kaiser und den nur zu eigenem Nutzen protestantisch gewordenen Landesfürsten auszunützen, wie es gerade für die Ausdehnung der brandenburgischen Hausmacht dienlich sein mochte. Der „Große Kurfürst“ übernahm also bereits von seinen Vorgängern eine Tradition, die selbstüchtig antideutsch war; oft religiös maskiert. Friedrich II. fühlte sich so stark als Erbe dieses reichsfeindlichen Geistes, daß er in seinem Werk „Geschichte meiner Zeit“ die national-verräterische Politik der protestantischen Fürsten in der Mitte des 16. Jahrhunderts dreist verteidigte: „Hätten die Fürsten des Schmalkaldischen Bundes sich nicht nach dem Siege Karls V. bei Mühlberg auf Frankreich gestützt, so hätte der Kaiser sie in Ketten geschlagen, wie er es längst wollte“.

Der alt gewordene Fridericus, der seine sehr private Liebe für die französische Literatur hegte, hatte nur eine tiefe Mißachtung für die zu seiner Zeit wieder aufblühende deutsche Dichtung, der in Gotthold Ephraim Lessing der Vorkämpfer erstanden war, um den bürgerlich-humanistischen Geist auf deutschem Boden zu fördern. Nach dem Sturz durch den Dreißigjährigen Krieg mußte jede geistige Regsamkeit in deutscher Sprache eine Vorbereitung der nationalen Einigung, eine Wegbereitung für das noch schwach entwickelte Bürgertum und für seinen kommenden Ansturm gegen die feudalen Fesseln sein. Friedrich sah dieses geistige Leben in den anderen deutschen Ländern nur mit giftig nörgelndem Haß, denn nach seinem Willen sollte

Preußen allein den Platz der deutschen Nation okkupiert halten.

Die Fridericus-Legende zitiert gerne Goethes Wort: „Der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Taten des Siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie“. Doch Goethe selbst hat gegen diese Behauptung gehandelt; er hat als weimarerischer Staatsminister zur Zeit der Versuche Friedrichs II., einen deutschen Fürstenbund unter preußischer Vorherrschaft zu gründen, eine ausgesprochen antipreußische Politik betrieben. Goethe hat seine ablehnende Haltung zum Preußentum bis in die Zeit der Befreiungskriege fortgesetzt. Heinrich Heine schrieb weitaus richtiger („Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“, 1834): „Wegen solcher Vorliebe für ausländische Talente konnte nun freilich Friedrich der Große keinen allzu großen Einfluß auf den deutschen Geist gewinnen. Er beleidigte vielmehr, er kränkte das deutsche Nationalgefühl. Die Verachtung, die Friedrich der Große unserer Literatur angedeihen ließ, muß sogar uns Enkel noch verdrießen. Außer dem alten Gellert hatte keiner derselben sich seiner allergnädigsten Huld zu erfreuen.“

Preußens Politik war auch im Jahrhundert nach Friedrich II. niemals auf Deutschlands nationale Einigung gerichtet, sondern stets plump und einfach auf Länderraub für sich selbst. „Seit Friedrich II. sah Preußen in Deutschland wie in Polen ein bloßes Eroberungsgebiet, von dem man sich nimmt, was man kriegen kann“, schrieb Friedrich Engels in seiner Arbeit „Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches“.

Es gibt in der Geschichte niemals eine Tendenz, die sich geradlinig durchsetzt, ohne von der Wirkung der Gegenkräfte unterbrochen zu werden. In der preußischen Geschichte ist es nicht anders. Die großen Männer um den Freiherrn vom Stein, die Preußen im Kriege gegen Napoleon I. hervorbrachte oder die — anderen Ländern entstammend —

an Preußens Spitze treten konnten, hatten wenig oder gar nichts mit der traditionellen, eigensüchtig preussischen Ideologie gemein. Sie waren indirekt und direkt beeinflusst von der geistigen Ausstrahlung der großen französischen Revolution, von der Gedankenwelt Lessings, Kants, Schillers und Fichtes. Sie dachten nicht reaktionär und preussisch, sondern freiheitlich und deutsch.

Als vierzig Jahre später, im Revolutionsjahr, die unglücklich hin und her schwankende Nationalversammlung in Frankfurt dem König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbot, da lehnte er sie ab, obwohl der ganze industrielle Aufschwung Deutschlands zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes und zur politischen Vereinheitlichung Deutschlands drängte. Deutsch trug, trotz aller romantischen Anklänge an das Mittelalter, auch für diesen Preußenkönig den verhassten Geruch von Demokratie — und ein paar Wochen später ließ sein Bruder bei Rastatt die Kämpfer für eine deutsche Reichsverfassung zusammenkartätschen. Deutsche Solidarität wurde von dem Preußenkönig um diese Zeit nur geübt, um auf sächsischem, badiischem und pfälzischem Boden die deutsche demokratische Revolution zu meucheln. Dieser Bruder, dann als Nachfolger auf dem Thron König Wilhelm I., dachte noch nach 1866 nur engstirnig an ein durch Eroberungen vergrößertes Preußen.

Auch in dem Ringen Preußens gegen Deutschland war es schließlich Bismarck, der die reaktionäre Zauberformel für die Lösung des Gegensatzes fand: die politische und ideologische Annexion Deutschlands durch das junkerliche Preußentum. Wilhelm I. sagte knapp drei Wochen vor der Kaiserkrönung grollend zu seinem Sohne Friedrich: Für sein, Wilhelms, Preußenherz sei es unerträglich, den Namen Preußens zurücktreten zu sehen „vor einem anderen, der ein Jahrhundert lang dem preussischen Namen feindlich entgegenstand“. Dieser andere Name war: Deutschland.

III

ZWEI VERSUCHE DEUTSCHER FREIHEIT

Der Absturz nach der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg in die staatliche Zersplitterung ließ die deutschen Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weit hinter dem Westen Europas zurückbleiben. In den vielen Fürstentümern und von Duodezfürsten absolut regierten Landfetzen herrschte die kleinbürgerliche muffige Enge des ganzen Lebens: schwach entwickelte Volksklassen, mit zersplitterten Interessen und politischer Ohnmacht, bedrückt von der übermächtigen fürstlichen Bürokratie. Die deutschen Lande waren nur durch Hamburg und Bremen mit dem Welthandel verbunden, der sich mit seinem entscheidenden Gewicht in das nach dem Dreißigjährigen Krieg erstarkte Holland verlagert hatte.

Aber auch im deutschen Volk begann sich um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert das Drängen zur sozialen und politischen Freiheit, zur nationalen Einheit neu zu entfalten. Es lag an den ganzen deutschen Zuständen, daß der geistige und später der materielle Anstoß von außen her kommen mußte. Der amerikanische Unabhängigkeitskampf und die große französische Revolution prägten das Bild jener Jahrzehnte, in denen sich auch das Netz des Verkehrs zwischen den Völkern verdichtete und die Welt einheitlicher wurde. Der Handel mit Nordamerika, als es die englische Vormacht gebrochen hatte, führte zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte Hamburgs und Bremens.

Die Intervention der revolutionären Sansculottenarmee wurde von der Bevölkerung der Rheinlande mit Begeisterung empfangen; nicht weil diese rheinischen Deutschen Franzosen werden wollten, sondern weil sie sich nun dem Lande der Bauern- und Bürgerfreiheit, des Selbstbestim-

mungsrechtes der Völker, der Niederreißung der Ghetto-mauern für die Juden, eben dem Lande der Menschenrechte, zugehörig fühlten. Sie sahen in ihm die Erfüllung ihrer Hoffnungen, die sie aus eigener Kraft nicht zu realisieren vermocht hatten. In Mainz entstand im Jahre 1791 die Convention des Allemands Libres unter der Führung des großen deutschen Schriftstellers und Weltreisenden Georg Forster, des Freundes Alexander von Humboldts. Forster wurde der Vertreter dieser ersten Freien Deutschen im Pariser Konvent, in dem auch Deputierte von Köln saßen. Die erste Vereinigung der Freien Deutschen erlag bald dem Wüten der deutschen Gegenrevolution in Mainz.

Napoleon I. trug aber im Gefolge seiner Kriegszüge die Ideen der großen französischen Revolution nach ganz Deutschland, wo sie seit einem Jahrzehnt gärend waren, wenn auch immer wieder selbst in den besten Köpfen, wie in Schiller und Klopstock, durch den Druck der Umwelt erstickt. Der Imperator verwandelte sie in eine Realität, aber nur zum Nutzen der eigenen Eroberungspolitik.

In den Männern um den Freiherrn vom Stein erstanden die politischen und militärischen Gegenspieler für Napoleon auf deutschem Boden. Um ihn, den fremden Eroberer, zu schlagen und eine Volkserhebung gegen ihn möglich zu machen, mußten jene Männer in die verrotteten preußischen Zustände eingreifen und sie umzustürzen versuchen. Doch die Gestalt und die Zielsetzung des Freiherrn vom Stein widerspiegelten die ganze Tragödie der deutschen Rückständigkeit: dieser kühnste Kopf unter den deutschen Staatsmännern seiner Zeit kämpfte dreihundert Jahre nach Ulrich von Hutten, mit einigen Modernisierungen, noch um den gleichen Fortschritt, für den der streitbare Humanist vor den Bauernkriegen gestritten und gelitten hatte. Die ganze Erstarrung der deutschen Verhältnisse zeigte sich darin: Städter und Bauern rangen um Rechte, die sie im ausgehenden Mittelalter verloren hatten. Der Reichsfreiherr

Stein hatte noch wie der Reichsritter Hutten ein Bild von einem zu erkämpfenden freiheitlichen Kaiserreich der deutschen Nation — zu einer Zeit, wo nur noch eine tief aufwühlende demokratische Revolution imstande war, die deutsche Misere umzustürzen.

Aber das Zwischenspiel der Männer um Stein, die nicht siegen konnten, war auch ein Vorspiel. Ihm mußte notwendigerweise eine neue Schlacht zwischen Revolution und Gegenrevolution in Deutschland folgen.

DIE MÄNNER UM STEIN

Es ist nicht so wichtig, daß Preußens größter fortschrittlicher Staatsmann nicht preußisch von Geburt war, das wird gewöhnlich überbetont von modernen Geschichtsschreibern, die trotz der Gestalten Kants, Herders und Kleists beweisen wollen, Preußen habe keine großen Geister hervorgebracht. Wichtiger ist, daß der Freiherr vom Stein nicht preußisch von Gesinnung war. Aus der Reichsritterschaft stammend, noch erfüllt von überkommenen Vorstellungen und von Vorurteilen gegen die große französische Revolution, strebte Stein doch in seinen Gedanken und Taten weit über seine Kaste und das junkerliche Preußentum hinaus.

Weil Stein eine Verkörperung des Freiheitswollens seiner Zeit wurde, weil er freiheitlich und deutsch dachte, mußte er landflüchtig und ein Emigrant werden. Weil Preußens großer Reformator freiheitlich und deutsch handelte, war er für die Quislinge seiner Zeit ein „russischer Agent“, ein „Werkzeug des Auslandes“. Weil er von dem bürgerlichen Fortschritt in England und von den Ergebnissen des französischen Umsturzes beeindruckt war, weil er aus hörigen Bauern und rechtlosen Untertanen freie Bauern und Bürger machen wollte, haßten die preußischen Junker den Abkömmling der Reichsritter und seine engsten Freunde als „die Jakobiner“.

Herz und Hirn des Kreises der Scharnhorst, Gneisenau, Clausewitz, Boyen und Grolman war Karl vom Stein eine Gestalt von einem fortschrittlichen Geist und einem Mut zu seiner Durchsetzung, wie sie kein zweites Mal mehr einer Berliner Regierung angehört hat. Dieser kräftige unter setzte Mann aus Nassau, der sich rebellierend Königen, Fürsten und dem größten Eroberer seiner Zeit entgegen stellte, soll — nach den Schilderungen seiner Zeitgenossen — etwas „Dämonisches“ an sich gehabt haben. Und dennoch sollte die Kraft dieser großen Persönlichkeit nicht ausreichen, den Widerstand der junkerlichen Großgrundbesitzer und ihrer höfischen Clique, und damit der reaktionärsten Kraft der ganzen preußisch-deutschen Misere, dauernd zu brechen.

Freiherr vom Stein war in jungen Jahren in den preußischen Verwaltungsdienst getreten, wenige Jahre vor Friedrich II. Tod. Zuerst angelockt von dem Nimbus des siegreichen Preußens, lernte Stein die friderizianische Despotie bald in ihrer bürokratischen Geistlosigkeit kennen. Stein erhielt zwei Voraussetzungen für eine reformerische Weitsicht bereits in seinen jungen Jahren: 1778 lernte er auf einer Reise nach England die Heranziehung der Bürger zur Selbstverwaltung in den englischen Grafschaften kennen. Als Berg rat in Wetter an der Ruhr und als Leiter aller westfälischen Bergämter war er mit der Arbeit und dem Leben der Bergleute und der einzigen sich entwickelnden Grundindustrie Preußens verbunden. Die Provinz Westfalen, deren Verwaltung Stein dann übernahm, hatte sich auch seit ihrer Verpreufung noch gewisse politische Freiheiten ihrer Stände zu wahren vermocht. Es gelang Stein, anknüpfend an diese freiheitlicheren Traditionen des Westens, in Westfalen ein kleines Probestück für seine künftigen Reformen abzulegen: er hob die friderizianische Akzise auf, ersetzte sie durch direkte Steuern, beseitigte die handelshemmenden Binnenzölle, ließ Landstraßen bauen und Stadtverordnete wäh-

len. Das war weniger, als er wollte; aber viel für Preußens anachronistische Verhältnisse.

Als preußischer Minister setzte Stein den Kampf gegen diese Zölle fort und zog sich sofort den Haß der Junker zu, da er durch Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer ihre Privilegien anzutasten versuchte. Der schwächliche Hohenzoller Friedrich Wilhelm III. regierte in der durch den Druck der europäischen Entwicklung schon ein wenig zerlöcherten Form des absoluten Königtums weiter. Als Stein wagte, nach der Katastrophe von Jena und Auerstädt, vom König die Abschaffung der friderizianischen Kabinettsräte und die Einsetzung von verantwortlichen Ressortministern zu fordern, mußte es zum Konflikt kommen. Stein trat furchtlos gegen die verrottete Staatswirtschaft auf, die eine Mischung von Absolutismus und unfähiger Schwäche war, und nach Ablehnung seiner Forderung verweigerte er weitere Mitarbeit in der preußischen Zentralverwaltung. Das war ein ungewohnter Mut bei einem preußischen Beamten. Der König hieß den „widerspenstigen, trotzigem, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener“ gehen, dem es nichts nützte, daß er nach der Katastrophe von Jena die Staatskasse gerettet hatte.

Nur die Gewalt der geschichtlichen Ereignisse ermöglichte Stein schon ein Jahr später die Wiederkehr. Preußen war nach dem Tilsiter Frieden von 1807 ein ohnmächtiger Staat östlich der Elbe geworden: Im Osten waren ihm die Früchte des Länderraubs bei den Teilungen Polens durch die Schaffung des Herzogtums Warschau abgenommen, an dessen Spitze der König von Sachsen gesetzt war; im Westen und Süden hatte Napoleon I. das neu geschaffene Königreich Westfalen und die zu Königen und Großherzogen avancierten Beherrscher Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens im Rheinbund vereinigt. Der Habsburger Franz hatte als Kaiser abgedankt. Bei seiner tyrannischen Aufteilung

Europas ließ der Imperator aber mit seinen Armeen die Bauernbefreiung nach französischem Muster marschieren und dem Rheinland durch den Code Napoleon viele bürgerliche Freiheiten bringen. Die früheren reichsunmittelbaren Adligen und Ritter waren ihrer Regierungsgewalt beraubt, mediatisiert, d. h. politisch den Ländern unterworfen worden. Napoleons Kontinentalsperre erstickte Preußens Außenhandel. In dieser Zeit großer Veränderungen und zugleich des tiefsten Sturzes von Preußen, dessen vorhergehende eigensüchtige Politik den Übergang der süddeutschen Länder zu Napoleon begünstigt hatte, konnte ein Mann von der persönlichen Kraft Steins zeitweilig die Leitung der preußischen Staatsgeschäfte erringen. Er kam als Innenminister ins Amt: mit der Vollmacht der Aufsicht über alle andern Ministerien, also faktisch mit den Rechten eines Ministerpräsidenten ausgestattet.

Die reaktionäre deutsche Geschichtsschreibung hat sich später reichlich bemüht, nachzuweisen, daß Stein mit seinen Reformen weder englischen noch französischen Vorbildern gefolgt sei, sondern nur an alte deutsche Tradition angeknüpft habe. Stein hatte natürlich die englische Verwaltung und die von der großen französischen Revolution geschaffenen Gemeindegesetze vor den Augen, als er gegen den erbitterten Widerstand der Junker sein Reformprogramm formulierte und durchzusetzen begann. Die Militärs wie Scharnhorst und Gneisenau waren durch die Erfahrungen, die sie im Kampf gegen das französische Volksheer gesammelt hatten, zu ihren Erkenntnissen über die Notwendigkeit der grundlegenden Reform des veralteten preußischen Heeres gelangt. Sie alle wollten die Ideen der großen französischen Revolution in eine Waffe gegen Napoleons Welt-herrschaftspolitik verwandeln. Sie scheuten nicht das „demokratische Gift“ aus dem Westen oder den „Import aus England“, wie ihn der junkerliche General York zuerst haßerfüllt nannte.

Stein war bei jedem Schritt als Minister von der Feindschaft und den Ränken der Junker am Königshof umgeben. Seine Reform der Regierungsspitze des preußischen Staates wurde von ihnen, die stets das Ohr des Königs hatten, wie eine revolutionäre Tat gehaßt. Der geschichtliche Umstand, daß Stein nicht durch eine revolutionäre Volkserhebung an die Spitze des Staates gehoben worden war, sondern nur von dessen reaktionären wirklichen Beherrschern notgedrungen an die Regierungsmacht herangelassen wurde, bedeutete eine unüberwindliche Hemmung für Steins Werk. Er hatte die Volksklassen, für die er die freiheitliche Reform anbahnte, nicht als bewegte und ihn selbst bewegende Kraft hinter sich. Sie waren im vorhergehenden Jahrhundert niedergedrückt, körperlich und geistig versklavt worden; sie waren erbittert, aber noch nicht revolutionär. Es hatte sich die bürgerliche Klasse noch nicht zu einer selbständig handelnden Kraft formiert. Dazu kam, daß der nationale Feind Napoleon im Lande stand, der vor allem anderen drückend empfunden wurde und zuerst geschlagen werden mußte. So verfügte Stein nie über die revolutionäre Macht, die preußischen Zustände über Nacht aufzuheben, wie die französische Revolution vor ihm und die russische Revolution nach ihm mit einem Dekret den Willen des revolutionären Volkes ihrer Zeit zum Gesetz erheben konnten.

Steins Reformen waren dennoch für das damalige Preußen ein gewaltiger Schritt vorwärts, um die feudale Macht der Junker zu begrenzen. Am 9. Oktober 1807 erließ Stein das Edikt über die Aufhebung der Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft der Bauern, das als das „Oktoberedikt“ berühmt geworden ist. Das Gesetz sah vor, daß es vom Martinitag des Jahres 1810 nur noch freie Bauern in Preußen geben solle. Dieses Gesetz bedeutete zwar noch nicht die volle Befreiung der Bauern von den gutsherrlichen Belastungen, aber es rief die keuchende Wut der Junker hervor, die sich in ihrem traurig berühmten, landesverräteri-

schen Wort ausdrückte: „Lieber drei Schlachten von Jena als ein Oktoberedikt.“ Einer der klarblickendsten Mitarbeiter Steins an diesem Edikt war Schön, der noch hochbetagt als bürgerlicher Demokrat im Jahre 1848 in Erscheinung treten sollte. Steins Oktoberedikt wurde später, unter dem Staatskanzler von Hardenberg, durch ein Regulierungsgesetz am 14. September 1811 noch zugunsten der Bauern erweitert, um sie vor den Mißbräuchen des Edikts durch die Junker zu schützen.

Steins nächster Schritt war im November 1808 die Verordnung über die Selbstverwaltung. Sie brachte gewählte Stadträte und ihre freie Verfügung über die wichtigsten Fragen des Stadthaushalts; die Stadtverwaltung führte die Polizei im Auftrage des Staates. Obwohl das Stände- und Zunftwesen abgeschafft wurde, blieb in diesem Gesetz die Gleichheit der Bürger noch eingeschränkt, da das Bürgerrecht an Haus- oder Bodenbesitz oder die Ausübung eines bestimmten Gewerbes gebunden war. Über den gemeindlichen Vertretungen der Bürger sollten die Provinzvertretungen stehen und dann schließlich ein allgemeines preußisches Parlament, zur Mitwirkung des Volkes an der Staatsführung.

Diese Reformen, die ein Jahrhundert lang für Preußen und die anderen deutschen Länder wegweisend waren, machten keineswegs das Volk zur einzigen konstitutionellen Kraft des Staates. Sie verminderten die Macht der absolutistischen Bürokratie und sicherten den Bürgern und Bauern nur eine Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ihres Ortes und ihrer Provinz. Diesem Gesetz hätten in den darauffolgenden Jahren weitere Schritte zu einer tatsächlichen Selbstverwaltung folgen müssen; es durfte nur eine Etappe auf dem Wege zur demokratischen Reform Preußens an Haupt und Gliedern sein. Stein sah in seinen Reformgesetzen die wichtigste Voraussetzung dafür, die niedergehaltenen Untertanen in freiwillige Mitarbeiter des

Staates und zuerst einmal in begeisterte Kämpfer gegen Napoleon zu verwandeln.

Neben Stein wirkten der weitsichtige Militärreformer Gerhard Johann David Scharnhorst, ein niedersächsischer Pächterssohn, und Neithardt von Gneisenau, sein nächster Gehilfe, in der Kommission zur Reorganisierung des Heeres. Sie sollte in Preußen ein Volksheer statt des früheren Söldnerheeres schaffen. Beide Männer waren als Soldaten von Bewunderung für die gewaltigen Volkskräfte erfüllt, die die französische Revolution geweckt hatte. Die allgemeine Wehrpflicht einführen hieß: auch dem Adel die patriotischen Gebote aufzuzwingen. Vor allem waren aber der Prügelstock und das Spießrutenlaufen aus den Zeiten des „Großen Kurfürsten“ und Friedrichs II. für ein Volksheer untragbar.

Neithardt von Gneisenau appellierte an die Öffentlichkeit; er erhob am 1. Juli 1808 im „Königsberger Volksfreund“ mutig seine Stimme in einem Artikel, der die „Freiheit der Rücken“ forderte: „Vor 20 Jahren begann das Wort Freiheit durch Europa zu tönen. Wir fühlen seine Erschütterungen noch, obgleich dem Worte nun ein ganz anderer Sinn unterlegt ist. Laßt uns unsern Blick abwenden von dieser Freiheit, so mancherlei Gestalt und Art, und uns mit der Freiheit der Rücken beschäftigen, die wahrlich einer aufgeklärten Nation nicht unwürdig ist... Die Proklamation der Freiheit der Rücken scheint also der Verallgemeinerung der Wapppflichtigkeit vorangehen zu müssen. Dünkt dies nicht möglich, nun, so laßt uns Verzicht tun auf unsere Ansprüche an Kultur und die Beweggründe zum Wohlverhalten noch fernerhin im Holze aufsuchen, da wir sie im Ehrgefühl nicht zu finden vermögen.“

Gneisenaus Artikel widerspiegelte die Ideen der Freiheit aus Frankreich, die inzwischen durch Napoleon verfälscht worden waren. Einen Monat später wurde durch ein Gesetz

die „Freiheit der Rücken“ für die preußische Armee festgelegt.

Scharnhorst konnte als Kriegsminister und Chef des neu geschaffenen Generalstabes eine gewisse Sympathie bei dem König erwerben, weil der beschränkte Verstand dieses Hohenzollern wenigstens den Sinn der militärischen Reform als Kampfvorbereitung gegen Napoleon begriff. Aber der spätere geniale Feldherr Gneisenau war eine ebenso rebellische Erscheinung wie Stein, ohne die zähe Geduld Scharnhorsts; Gneisenau war deshalb beim König ebenso unbeliebt wie Stein, dessen Reformen von der ganzen höfischen Junkerclique unter der besonderen Mitwirkung der Königin Luise befehdet wurden. Die preußische Geschichtslegende hat die „edle Königin Luise“ wegen ihres Bittganges zu Napoleon reif für die billigen Wandbilder in jedem Bürgerheim gemacht, aber sie sollte eher wegen ihres unheilvollen Intrigenspiels gegen die Männer des Fortschrittes in die Geschichte eingehen.

Als im Jahre 1808 Stein, unter dem Eindruck des spanischen Volkskrieges, an eine Volkserhebung gegen Napoleon in Westfalen und Preußen zu denken begann, spielten die Junker einen seiner Briefe in die Hände der Agenten des Kaisers. Stein wurde von Napoleon geächtet, vom König entlassen und mußte auf österreichischen Boden nach Böhmen flüchten. Die Junker jubelten und hofften, daß nun „das andere Natterngeschmeiß sich in seinem eigenen Gift selbst auflösen“ werde. Der Mann des Oktoberedikts, dem später die Welt „neben der Beharrlichkeit des Zaren Alexander in den Jahren 1812/13/14 den Sturz der napoleonischen Tyrannei am meisten zu danken“ hatte (wie Arndt 1831 schrieb), sollte nie wieder preußischer Minister werden, um sein Reformwerk gereift weiterzuführen.

Es war die Zeit, wo König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809 unter dem junkerlichen Einfluß Österreich in seinem Kampf gegen Napoleon im Stich ließ; wo Arndt in seinem

„Geist der Zeit“ nicht nur den fremden Tyrannen, sondern auch die deutschen Fürsten anklagte, daß ihnen das Volk gleichgültig und nur ein Schacherobjekt sei, und daß es ihnen nichts ausmache, „Deutsche zu vertilgen, wenn durch viel Blut und mehr Schmach einige Quadratmeilen Land zu gewinnen wären“; wo der Philosoph Fichte mit seinen Reden an das Gewissen der deutschen Nation die unter der Ägide Wilhelm von Humboldts gegründete Berliner Universität einweihte. Die besten preußischen Offiziere gingen in diesen Jahren in Länder, die gegen Napoleons Tyrannei kämpften. Gneisenau trat in englischen Dienst; Grolman, Oppen und die Brüder Hirschfeld kämpften in Spanien, Grolman später in Österreich; Clausewitz, Boyen und eine Reihe anderer Offiziere traten in die russische Armee ein. Der junge Carl von Clausewitz hatte schon 1808 die grundlegende Bedeutung der spanischen Aufstands- und Guerillamethoden für den neuen Volkskrieg erkannt und in einem Brief an Gneisenau gefordert, „aus Schlesien ein Spanien zu machen“, um Napoleon zu schlagen. Auch Scharnhorst schickte seine Söhne in die englische Armee.

Freiherr vom Stein fand im Jahre 1812 in Rußland ein politisches Tätigkeitsfeld als Berater des Zaren im Kampf gegen Napoleon. Stein schilderte seine Haltung: „Ich erklärte dem Beauftragten des Zaren, meine Absicht sei keineswegs, in russische Dienste zu treten, sondern nur, an den deutschen Angelegenheiten, die im Laufe der kriegerischen Ereignisse sich entwickeln würden, auf meinem Vaterlande nützliche Art teilzunehmen. Durch diese Erklärung behielt ich die Freiheit, nach meiner Überzeugung zu handeln...“

Wer in jenen Jahren freiheitlich-deutsch fühlte, kämpfte in den Armeen anderer Länder außerhalb Deutschlands. Nur Scharnhorst, gemäßregelt, zurückversetzt, harrte auf seinem Posten aus. Und ein Mann von der liberalen Geistigkeit Wilhelm von Humboldts war, mit Steins Hilfe, Preußens Kultusminister geworden.

Als Napoleon im Jahre 1812 seinen großen Kriegszug gegen Rußland unternahm, hatte er unter den 400 000 Mann der Grande Armée 150 000 Deutsche aus den Rheinbundstaaten und auch ein Hilfskorps, das Preußen vertragsgemäß stellen mußte. Ähnlich wie 130 Jahre später das Nationalkomitee Freies Deutschland in Moskau, so formierte sich damals in St. Petersburg ein Deutsches Komitee unter der politischen Führung des Freiherrn vom Stein. Er erließ Aufträge an die Deutschen in der napoleonischen Armee und begann auch eine Propaganda unter den Kriegsgefangenen in den Gefangenenlagern Rußlands. Freiherr vom Stein gab in dem ersten Aufruf an die deutschen Truppen den Ton an: „Deutsche, Ihr, die Eroberer auf die Grenzen Rußlands getrieben, verlaßt die Fahnen der Knechtschaft, sammelt Euch unter denen des Vaterlandes, der Freiheit, der nationalen Ehre . . .“

Der wortgewaltigste Sprecher dieses Kreises war der deutsche Dichter Ernst Moritz Arndt, Steins treuester Mitarbeiter, der — verkleidet als Kaufmann — auf illegalen Schleichwegen nach Petersburg kam. Dort schrieb er Ende 1812 die „Glocke der Stunde“: einen Aufruf an die deutschen Flüchtlinge und Überläufer, auf russischem Boden eine deutsche Freiheitslegion zu bilden. Sein „Katechismus für deutsche Soldaten“ wandte sich an die Kämpfer dieser Legion mit einer Unbändigkeit des Freiheitswillens, wie sie in deutscher Sprache seit den Tagen Ulrich von Hutten und Thomas Münzers nicht mehr dagewesen war. So schrieb er: „Sie meinen, wenn sie zur Fahne eines Fürsten oder Königs geschworen haben, müssen sie blind alles tun, was er ihnen gebietet; sie achten sich also nicht als Menschen, die einen freien Willen von Gott erhalten haben, sondern als dumme Tiere, die sich treiben lassen. Und diesen tierischen Zustand und diesen blinden Gehorsam gegen ihre Herren nennen sie ihre Soldatenehre und meinen, Soldatenehre sei ein andres Ding als Bürgerehre und Menschenehre. Das ist aber nicht

wahr. Das ist die wahre Soldatenehre, daß keine Gewalt noch Herrschaft den edlen und freien Mann zwingen kann, das Schändliche oder Unrechte zu tun oder tun zu helfen. . . . Das ist deutsche Soldatenehre, daß der Soldat fühlt: er war ein deutscher Mensch, ehe er von deutschen Königen und Fürsten wußte; daß er tief und inniglich fühlt: das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig sein, aber die Herren mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich.“

In seiner Flugschrift „Zwei Worte über die Entstehung und Bestimmung der Deutschen Legion“ steigerte Arndt seine Abrechnung mit den deutschen Fürsten, die „gegen jedes deutsche und menschliche Gefühl“ verstießen: „In den zu traurigen Jahren von 1805 bis 1812 wurden Deutschlands Ketten immer fester geschmiedet durch Deutschlands Fürsten, die ohne ein deutsches Vaterland und ohne deutsche Liebe und Treue, mit kleinen und gierigen Herzen, einem fremden Tyrannen dienten, der sich Kaiser des Abendlandes und Befreier und Wiederhersteller Deutschlands nannte.“

Stein, der politische Kopf dieser Gruppe freiheitlicher Deutscher auf russischem Boden, hatte nur Verachtung für die deutschen Fürsten, die er „Zaunkönige“ und „Lumpengesindel“ nannte. Aber in dem damaligen Europa konnte der Befreiungskrieg auch von außen her nur mit der Hilfe dynastisch geführter Länder nach Deutschland hineingetragen werden. Stein erwartete sicherlich, daß Kampfmethoden nach spanischem Muster, ausmündend in eine allgemeine Volkserhebung, das preußische Volk zum selbständig handelnden Faktor gegen die fremde Tyrannei machen und es auch aus seiner politischen Lethargie reifen würden.

Steins Stunde reifte im Januar 1813. Die kläglichen Trümmer der Grande Armée Napoleons wälzten sich aus den eisigen Schlachtfeldern Rußlands zurück nach Deutschland. Der ganze Kontinent erzitterte unter dem ungeheuerlichen Geschehen, in dem der strahlende Glanz der Unbesiegbarkeit

des Imperators so jäh verblaßt war. „Trommler ohne Trommelstöck, Kürassier im Weiberrock; mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen!“ sang man in deutschen Landen. Es war eine einmalige geschichtliche Stunde; alles hing davon ab, ob die Schwäche Napoleons, bevor er seine Menschen- und Materialverluste in Frankreich und in den Rheinbundstaaten durch neue Rekrutierungen wieder ausgleichen konnte, von Preußen zur befreienden Tat genützt wurde. Es war bereits ein erster Schritt getan: General Yorck, der Kommandeur des preußischen Hilfskorps der französischen Armee, hatte — bestürzt von Rußlands jungem Unterhändler Carl von Clausewitz — am 30. Dezember 1812 in der Mühle von Poscherun die „Konvention von Taurroggen“ mit dem russischen General Diebitsch abgeschlossen. Ihr Inhalt war, daß Yorcks Korps „neutrale Quartiere“ bezog und die weitere Entscheidung des preußischen Königs abwarten wollte.

Stein eilte im Januar nach Königsberg, um Yorcks Neutralität in die offene Tat gegen Napoleon zu verwandeln. „Er wurde bei seinem Eintreffen in Königsberg zuerst mit Mißtrauen empfangen; man sah in ihm einen russischen Beamten“, berichtete ein zeitgenössischer Chronist. Der von solchem Mißtrauen Empfangene warf seine ganze leidenschaftliche Kraft den Skrupeln des Junkers Yorck entgegen, der sein einstiger verbissener Feind war. Stein forderte von Yorck das sofortige und kühne Handeln gegen Napoleon, unabhängig vom Willen des schwankenden feigen Königs von Preußen. In tagelangem Ringen überwand Stein den inneren Zwiespalt Yorcks, der alle Begriffe der absoluten Gehorsamspflicht eines preußischen Offiziers gegenüber seinem König verletzt sah, wenn er auf eigene Faust handelte. Stein riß den zaudernden Yorck mit; ein Kurier des Königs, der Yorcks Entlassung überbringen sollte, kam nicht bis zu ihm durch.

Yorck rief zur Volksbewaffnung in Ostpreußen auf. Die ostpreußische Landwehr wurde — im Sinne Scharnhorsts als Miliz — nach einem Entwurf von Clausewitz aufgestellt. Yorcks Bruch des Gehorsams angesichts der vaterlandsschädigenden Politik seines Königs — also eine durch und durch „unpreußische Handlung“ — verhinderte nicht, daß er als Korpskommandeur gegen Napoleon ziehen durfte, und daß er später in der offiziellen preußischen Geschichtsschreibung zum eigentlichen Helden von 1813 aufstieg und zu einer größeren Figur als der Freiherr vom Stein erklärt wurde. (Yorck erhielt nach seinem Sieg in der Schlacht von Wartenburg den Namen dieses Ortes als Beinamen. Unter Hitler wurde ein Träger dieses glanzvollen Namens gehängt, weil er ihm auch im 20. Jahrhundert Ehre gemacht hat: durch die Teilnahme am Attentat vom 20. Juli 1944 gegen den Verderber der deutschen Nation.)

Während nach Yorcks Tat das Feuer der Erhebung von Ostpreußen nach Schlesien und Brandenburg überzuflammen begann, fuhr Stein zum König, der in Breslau residierte. Dort wurde Stein von reaktionärem Haß und kleinlichem Grollen empfangen. Nur seine Stellung als „russischer Schützling“ — er war offizieller Gesandter des Zaren Alexander — schützte ihn bei dem schwierigen Unternehmen, den König zum Bündnis mit Rußland und zum Freiheitskrieg gegen Napoleon zu bewegen. Krank, statt Pflege Feindschaft vom Hof erhaltend, lag Stein in Breslau. Endlich nach Wochen, am 28. Februar 1813, kam in Kalisch der preußisch-russische Bündnisvertrag zustande. Die Beharrlichkeit Steins, der von Scharnhorst unterstützt wurde, hatte gesiegt.

Stein setzte zwar nicht durch, daß in dem Aufruf, den der Zar und der König in Kalisch zum Krieg gegen Napoleon erließen, die Rheinbundfürsten mit Absetzung bedroht wurden, falls sie nicht binnen sechs Wochen die napoleonische Front verlassen würden; aber der Aufruf von Kalisch versprach den Preußen und allen Deutschen Freiheit und Unab-

hängigkeit in einem neuen Reich. Das Volk stand auf, der Sturm brach los; die Freiwilligen strömten im ganzen östlichen Preußen zu den Waffen gegen Napoleon — und ihre stärkste Waffe war dieses Freiheitsversprechen. Zeitgenössische Beobachter sahen einen Ausbruch „spanischen Geistes“ in dieser preußischen Erhebung. Bald darauf trat auch Österreich in die entscheidende Auseinandersetzung mit Napoleon ein.

Napoleons eigentlicher politischer Besieger hieß Karl vom Stein, mochte auch Preußens militärischer Anteil an der Besiegung des Korsen nur der eines einzelnen Landes in der großen antinapoleonischen Koalition sein. Stein hatte die außergewöhnlichen Möglichkeiten der geschichtlichen Situation nach dem Debakel von Moskau politisch zu nützen verstanden.

Napoleons politischer Erbe wurde hingegen ein Mann, dessen geschmeidige Gestalt sich nun zum Dirigenten Europas aufschwang: der österreichische Staatskanzler Klemens Lothar Wenzel von Metternich. Für ihn bedeutete der Aufruf von Kalisch nicht mehr als ein Stück Papier. Es blieben nur die Ziele der Dynastien, der Streit um das Fell des besiegten Löwen Napoleon auf dem Wiener Kongreß.

Stein hat sicherlich an eine Weiterführung seiner Reformen nach dem Siege geglaubt — und wenn er sich später nicht mehr von seinen alten ständischen Vorstellungen losreißen konnte, so lag es an der hoffnungslosen Lage in Preußen: daß nach dem Versprechen des Königs vom 22. Mai 1815, dem Lande eine Verfassung zu geben, keine starke Volksbewegung seine Erfüllung zu erzwingen versuchte. Steins letzte politische Tat war, daß er als Landmarschall im Jahre 1831 ein Gesuch des westfälischen Landtages auf Einberufung eines preußischen Reichstages an die Berliner Regierung weiterleitete, wofür ihn der biederfeige Friedrich Wilhelm III., dessen Land er vor zwei Jahrzehnten gerettet hatte, rügen ließ: Stein habe seine Befugnisse überschritten.

Steins politische Konzeption war wohl am klarsten in einem Brief an den Grafen Münster in London am Vorabend der Befreiungskriege formuliert (1. Dezember 1812): „Es tut mir leid, daß Euer Exzellenz in mir den Preußen vermuten und in sich den Hannoveraner entdecken — ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehörte, so bin ich auch nur ihm und nicht einem besonderen Teil desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig. Es sind bloß Werkzeuge. Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erringen... Das ist das Interesse der Nation und ganz Europas. Es kann auf dem Wege alter, zerfallener und verfallener Formen nicht erhalten werden, das hieße das System einer militärischen, künstlichen Grenze auf den Ruinen der alten Ritterburgen und der mit Mauern und Türmen befestigten Städte gründen wollen. — Setzen Sie an die Stelle Preußens, was Sie wollen, lösen Sie es auf, stärken Sie Österreich mit Schlesien und der Kurmark und dem nördlichen Deutschland, machen Sie Österreich zum Herren von Deutschland — ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist...“

Bei allem Mut in seinem Haß gegen die dunkelhaften ostelbischen Junker wurde Stein doch bewußt und unbewußt von der Ideologie des mittelalterlichen Reichsritterstandes geleitet. Ihm wehte „zuviel polnische und russische Luft“ bei den Junkern Hinterpommerns, Mecklenburgs und Brandenburgs. Zu Arndt sagte er: „Das ist kein ritterlicher Reichsadel, kaum ein halbdeutscher Adel zu nennen, es ist ein genus hybridum, in welchen noch ein Stück von einem wilden, längst ausgestorbenen, vorsintflutlichen Tier steckt. Ich verbinde mit die Anwendung für uns andere, die man Edelleute aus dem Reiche zu nennen pflegt; bei uns am

Rhein und in Westfalen haben die Bauern solches Geschlecht nicht aufkommen lassen.“ (E. M. Arndt „Meine Wanderungen und Wandlungen mit Freiherrn vom Stein“.)

Diese Verachtung für den junkerlichen Adel, weil er „minderwertiger“ sei, vereinte sich in Steins Denken mit seinem Bild von einem freiheitlichen Reich der deutschen Nation, das vom Volke und nicht von den Dynastien ausging, aber doch einen Kaiser an seiner Spitze haben sollte. Das war der geringe Fortschritt von Hutten bis Stein.

Im ostelbischen Adel sah Stein die verbissenste Reaktion nicht nur Preußens, sondern Deutschlands. Er glaubte, daß eine Weiterführung seiner Reformpolitik eine schrittweise Überwindung des reaktionären Preußentums bringen würde. So gelangte er, bei all seiner Verachtung für Könige und Fürsten, auch nach 1815 niemals zur Erkenntnis, daß das preußische Übel nur durch eine reinigende und gründliche demokratische Revolution vernichtet werden konnte. Als Reformers von einem Ungestüm und einer persönlichen Furchtlosigkeit gegenüber den deutschen Fürsten, war Stein in seiner geistigen Grundhaltung doch kein Jakobiner. Er war nicht ein bürgerlicher Revolutionär, der den geschichtlichen Auftrag des „Dritten Standes“ verwirklichen konnte. Er blieb ein adlig-liberaler Reformers.

Ihm und seinen Freunden mußte deshalb später das verbitterte passive Abseitsstehen und Grollen auf den „undankbaren König“ näher liegen, als zum Haupt einer oppositionellen Volksbewegung zu werden und dieser den Glanz seiner Volkstümmlichkeit zum Kampf gegen den königlichen Absolutismus zu leihen. Der Schwung, mit dem Preußens Bürger und Bauern die Befreiungskriege geführt hatten, versackte, ohne zum Aufstand für die versprochenen Volksrechte zu entflammen. Die Völker Deutschlands waren von Napoleon befreit, doch die Freiheit war nicht auf die deutsche Erde gekommen.

DAS ZWISCHENSPIEL METTERNICH

Steins großer Gegenspieler Fürst von Metternich, aus dem Rheinland stammend, wollte als österreichischer Staatsmann nicht, daß Österreich wieder zum führenden Land in einem deutschen Kaiserreich werde; er wünschte überhaupt kein einiges Deutschland. Metternich sah in einem neu geeinten Reich eine Gefahr für das Habsburgerreich, das — seit seiner Bedrängung durch das friderizianische Preußen — sein wirtschaftlich-politisches Fundament in den nichtdeutschen Völkern Südosteuropas besaß, mit den deutschen Österreichern als der Herrennation. Metternich fürchtete die Idee der nationalen Freiheit, die seit der großen französischen Revolution in allen europäischen Ländern brodelte. Er baute Österreich, das durch seine Reformen unter Maria Theresia und besonders unter Joseph II. zeitweilig ein liberaler Gegenpol zum reaktionären Preußentum Friedrich II. gewesen war, mit Hilfe einer erblichen Bürokratie zum Völkergefängnis aus. Deutschlands Verharren im Zustand der inneren Rivalitäten und der ohnmächtigen Zersplitterung sollte auch Österreichs eigenen staatlichen Bestand sichern helfen.

Metternich sah in den süddeutschen Ländern die Werkzeuge, die er benützte, um Preußen nicht zu stark werden zu lassen. Er bedachte und betrieb diese Politik bereits während des Krieges gegen Napoleon, indem er im Jahre 1813 den Fürsten der Rheinbundstaaten (mit Ausnahme Westfalens) ihr weiteres Verbleiben an der Regierung garantierte, als Kaufpreis für den Übergang in das Lager der Verbündeten. Metternich hatte damit Steins Plan auf Absetzung der verachteten „Zaunkönige“ frühzeitig durchkreuzt.

Im Gefeiße des Wiener Kongresses von 1815 — Landgebiete wurden mit allen Schlichen zwischen den siegreichen Dynastien hin- und hergetauscht — triumphierte Metternich in der „deutschen Frage“: mit der Gründung des Deutschen

Bundes, einem Gebilde, das in seinem ganzen ferneren Leben würdig der schmachvollen Stunde seiner Erzeugung und dem Bild seiner Erzeuger blieb. Die Schaffung des Deutschen Bundes war der gutgezielte Schlag gegen den Plan, ein einheitliches Deutschland zu schaffen, wie Stein und Arndt es in ihrem leidenschaftlichen Streben verfochten. Die allzu geschickte Hand des österreichischen Staatsmannes drängte mit der Bildung dieses losen Staatenbundes Preußen auf seine Selbständigkeit zurück — und gerade das war der Junkerclique um den König recht, um Preußen auch von den „jakobinischen“ Spuren der Stein, Scharnhorst, Gneisenau und Boyen eiligst zu „reinigen“. Der politische Zutreiber der Junker, der Retter des reaktionären Preußentums aus dem freiheitlich-deutschen Strom der Zeit hieß Metternich.

Im Deutschen Bund dominierte Metternichs Geist, der nun bis zum Revolutionssturm von 1848 zu dem Geist der verewigten deutschen Misere werden sollte. Es gab kein deutsches Parlament, kein oberstes deutsches Gericht, keine Gemeinsamkeit im Münz-, Maß-, Verkehrs- und Militärwesen, keine volle Emanzipation der Juden und vorerst auch keine Niederreißung der Zollmauern innerhalb Deutschlands. Es gab lediglich einen Bundestag von Gesandten der Länder in Frankfurt am Main. Charakteristisch für die feudal-monarchistische Zerklüftung Deutschlands war, daß Englands König für Hannover, Dänemarks König für Holstein und der niederländische König für Luxemburg im Deutschen Bund vertreten waren. Preußen gehörte dem Bunde ohne Ostpreußen, Westpreußen und Posen an, da diese als nicht ursprünglich deutsch galten. Österreich repräsentierte nur seinen deutschsprechenden Bevölkerungsteil. Freiherr vom Stein zog sich düster von jeder Tätigkeit in diesem Bunde zurück, der ihm in Form und Inhalt als die Karikatur einer deutschen Reichsvertretung erschien.

Die Junker nützten die geänderte Lage: sie erreichten beim König die Deklaration vom 29. Mai 1816, durch die Steins Oktoberedikt und das Regulierungsgesetz von 1811 in einem neuen großzügigen Landraub zugunsten der Junker umgebogen wurden. Alle nicht „spannfähigen“ und nicht bei den provinziellen Steuerämtern eingetragenen Bauerngüter wurden willkürlich von den Junkern eingezogen, die Bauern in landlose Tagelöhner verwandelt. Es blieben dadurch (wie Knapp in seinem Buch über die Bauernbefreiung berechnet) in den wichtigsten preussischen Provinzen nur ein Viertel der freien Bauernstellen übrig. Die Junker, die 1811 geschrien hatten: „Unsere Güter werden uns zur Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigentümer unsere Nachbarn sind“ — fühlten sich wieder obenauf. Bald sollten sich auch ihre politischen Wünsche erfüllen, denn die in Wien begründete „Heilige Allianz“ Rußlands, Österreichs und Preußens bediente sich des Deutschen Bundes als Instrument, um alle freiheitlichen Strömungen, Bewegungen und literarischen Tendenzen in den deutschen Ländern zu ächten und zu verfolgen.

„Ich hoffe, die deutsche Revolution mit Gottes Hilfe zu schlagen, wie ich den Eroberer der Welt besiegt habe“, schrieb Metternich, als er 1819 die Konferenz von Karlsbad einberief. Die deutsche Revolution — das waren für ihn die seit 1815 entstandenen Burschenschaften, welche die Fahne Schwarzrotgold, die Kaiserfahne des Mittelalters und die Fahne des Freikorps Lützow aus dem Befreiungskrieg, zu der ihrigen machten. Die deutsche Revolution — das waren die neue Turnerbewegung Friedrich Ludwig Jahns, die liberalen Professoren an den Universitäten, die Pressefreiheit. Die deutsche Revolution — das war die Ermordung des Bühnendichters Johann August Kotzebue, der ein literarischer Preiskämpfer der Reaktion gewesen und als Agent des russischen Zarismus galt, am 23. März 1819 in Mannheim durch den Theologiestudenten Karl Sand. Diese Tat lieferte

Metternich den Vorwand, der „revolutionären Hydra“ den Kopf zu zertreten. Metternich war von provokatorischer Schläue — und der preußische König, bedrängt von den Junkern und mit erschreckenden Polizeiberichten von seinem Minister Fürst Wittgenstein gefüttert, hatte ein allzu offenes Ohr für Metternich.

Die Vertreter von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Mecklenburg, Baden und Nassau wurden von Metternich, unter Umgehung der übrigen 28 Bundesstaaten, im Sommer 1819 in Karlsbad zusammenberufen. Die Karlsbader Beschlüsse wurden dann im Bundestag in Frankfurt durchgepeitscht. Sie brachten das Ende der Lehrfreiheit, die strengste Zensur für alle Schriften von weniger als zwanzig Bogen und die Einsetzung einer zentralen Untersuchungskommission in Mainz gegen die freiheitlich-deutsch denkenden „Demagogen“. Der Herbst des Jahres 1819 sah die entfesselte Demagogenverfolgung. Unter den Professoren, die aus dem Amte gejagt und deren Manuskripte beschlagnahmt wurden, befand sich auch der patriotische Kündler der Freiheit Ernst Moritz Arndt. Unter den Verhafteten war Jahn. Die Wellen des Hasses der Verfolger schäumten auch bedrohlich nahe zur Person des Freiherrn vom Stein.

Da nun der König die Landwehr ihres Charakters einer Volksmiliz beraubte und sie als Reserve in das Heer der allgemeinen Wehrpflicht eingliederte, sah der Kriegsminister Hermann von Boyen Scharnhorsts Erbe reaktionär verfälscht. Was als eine demokratische Volksbewaffnung gedacht war, wurde in eine Stärkung des junkerlichen Militarismus umgebogen. Boyen verließ die Regierung. Zwei andere Minister protestierten gegen die Karlsbader Beschlüsse durch ihren Austritt aus der Regierung; einer von ihnen war Wilhelm von Humboldt, der Vorkämpfer einer liberalen Staatsgestaltung. Da die Spitze des Staates nun vom „Nattergeschmeiß“ gesäubert war, konnten die Männer um Stein kein Hindernis mehr sein. Das friderizianische

Erbe lebte wieder ungeschmälert auf; der Klotz des Absolutismus lastete auf allem wirklichen Leben und geistigen Streben.

Der deutsche Befreiungskrieg hatte an dem inneren Zwiespalt gelitten, daß verrottete Monarchien ihn gegen einen fremden Eroberer führten, der mit der Bauernbefreiung und dem Code Napoleon als Herold des Fortschrittes in Deutschland auftrat. Der Befreiungskrieg hätte zu einem revolutionären Volkskrieg, zu einem Freiheitskrieg werden müssen, um alle Hemmungen für eine bürgerliche Entwicklung zu zerschmettern und Deutschland zu einer freien aufblühenden Nation zu machen. Wäre das geschehen, so hätte auch sicher der „Weltbürger“ Goethe nicht eine solch reservierte Haltung zum Befreiungskrieg eingenommen, zu der ihn das ganze Gehabe des hohenzollern-junkerlichen Pacts und die unerträgliche Romantik der ihm befreundeten Dichter verleiten mußte. Goethe hätte sich für den handgreiflichen Gedanken einer demokratischen Nation erwärmen können. Aber da es kein Freiheitskrieg, sondern eine Restauration der alten Mächte geworden war, breitete sich die ganze romantische Verseuchung im Volke weiter aus, die aus der Literatur seit dem Beginn des Jahrhunderts und besonders seit der Niederlage von Jena geströmt war. Der Sieg der Reaktion wirkte geistig vergiftend auch auf die Opposition.

Eine deutsche und freiheitliche Opposition mußte die Flamme ihrer Leidenschaft aus dem Blick in die Zukunft gewinnen und ihre Wissenschaft der Tat aus den demokratischen Erfahrungen der Nachbarvölker erwerben. Doch der Kreis um den „Turnvater“ Jahn, die Burschenschaften und die neue Turnerbewegung, richtete den Blick zurück auf das Mittelalter und die alten Germanen. An germanische Sitten und Bräuche, an den altgermanischen Geist sollte wieder angeknüpft werden, um die „deutsche Idee“ dem internationalen Polizeiregime Metternichs, der drückenden Wirk-

lichkeit des reaktionären Preußentums und der kleinstaatlichen Enge entgegenzustellen.

Diese Deutschtümelei war ein Fäulnisprodukt der Zeit, in der die vorwärtstreibenden Strömungen der Gesellschaft in Fesseln geschlagen wurden. Da wucherten Romantik, Phantasterei und ein, mittelalterlicher Mystizismus auf. Auch die mangelnde praktische Erfahrung und Tradition im demokratisch-revolutionären Kampf auf „platter Erde“ in Deutschland drückte sich in dieser Deutschtümelei aus, die an dem Befreiungskrieg das nationale Moment überbetonte und das Ringen um demokratische Freiheit noch mehr verwischte.

Die deutsche reaktionäre Geschichtsschreibung schreibt dem „Turnvater“ Jahn die Erfindung des Begriffes „deutsches Volkstum“ zu. Dieses „Volkstum“ knüpfte an die Erinnerung des mittelalterlichen „Reiches“ an, das in der Phantasie Jahns — wie in der romantischen Dichtung seiner Zeit — grob verfälscht war. Es war national gefälscht, da es eben nie ein nationales deutsches Reich gegeben hatte. Es war sozial gefälscht, da die sagenhafte, kernig-deutsche Einheit von Barbarossa bis zu Karl V. nie bestanden hatte; die Zerklüftungen und Kämpfe der mittelalterlichen Gesellschaft hatten in Deutschland besonders tiefe Furchen gezogen. Zudem war das Zurückgehen in diese längst überlebte Vergangenheit eine neue gefährliche Abschweifung der deutschen Geistigkeit von den irdischen Möglichkeiten des demokratischen Kampfes in das Verstiegene, Stimmungsmäßige, Formlose.

Diese Strömung, der auch Arndt verfiel, hinderte in dieser Zeit die deutsche demokratische Opposition, eine Bewegung mit realen Zielen zu schaffen. Der ebenfalls irrealer deutsche Kosmopolitismus — die „weltbürgerliche“ Strömung im Bürgertum — wandte sich mit Abscheu von der altgermanischen Maskerade ab. In eine realistische Bewegung für eine demokratische Nation vermochten sich auch diese allzu weit schweifenden Weltbürger nicht zu verwandeln. Aber als 1830

aus Paris die Fanfare der Julirevolution erklang und die Deutschen wieder einmal bürgerliche Freiheit und den Kampf für sie praktisch von den „platten rationalistischen“ Franzosen hätten lernen können, da mündete bald die Teutomanie in eine Franzosenfresserei.

Der Gegensatz dieser Strömung für „deutsches Volkstum“ zum reaktionären Preußentum konnte nur ein zeitweiliger sein; er wurde aufgehoben, als sich am Ende des Jahrhunderts der deutsche Imperialismus unter preußischer Führung entwickelte. Der reaktionäre Nationalismus bediente sich dann gerne des Begriffes „Volkstum“, statt des demokratischen und klar begrenzten Begriffes der Nation. So gab es bereits vor 1848 eine ideelle Wurzel für die spätere „völkische“ Lehre des deutschen Imperialismus. Um für diese reif zu werden, mußte die Deutschtümelei allerdings von allen demokratischen Ideen befreit werden, mit denen sie vor 1848 vermengt war.

Stein hatte an diesen Vorgängen keinen Anteil. Er starb 1831 als Landmarschall der Provinz Westfalen, seit sieben Jahren politisch kaltgestellt. Fast zur gleichen Zeit starb sein Freund Gneisenau in Posen, seit 1815 von der Ungnade des Königs verfolgt. Carl von Clausewitz, der Lehrmeister der Strategie und Taktik des Volkskrieges, Deutschlands größtes militärtheoretisches Genie, erhielt niemals eine führende Stellung in der preußischen Armee, — und er fand in der Provinzstadt Breslau, verärgert, enttäuscht, den Tod als Opfer einer Seuche. Er ist knapp 52 Jahre alt geworden. (Ihm widerfuhr nach seinem Tode das sonderbare Geschick und die eigentümliche Ehrung, daß Karl Marx und Friedrich Engels, dann im 20. Jahrhundert die Führer der russischen Revolution Lenin und Stalin, die Bedeutung seiner Militärtheorie besser verstanden als die gesamte preußische Generalität und Hitler.)

In wenigen Monaten des Jahres 1831 waren drei Männer dahingegangen, die von der junkerlichen Kaste so gehaßt

wurden. Nur Scharnhorst hatte 1813 auf dem Schlachtfeld eine tödliche Wunde erhalten — und so blieb ihm erspart, was in der Ära der Karlsbader Beschlüsse über seine Kameraden kam. Das Kapitel Stein endete in der Sackgasse der deutschen Zustände: die große Persönlichkeit scheiterte in ihrem Wollen an der mangelnden Reife ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Deutschlands einzige Einheit blieb die Einheit der Sprache und der Polizei und Zensur Metternichs.

Dennoch waren in die drückende deutsche Stidkluft schon wieder die ersten Stöße eines frischen Windes gefegt. Der verspätete, aber schnelle industrielle Aufschwung übertrumpfte alle Schläue Metternichs und der Junker: indem er ein wirtschaftlich gestärktes Bürgertum und eine Arbeiterschaft schuf, bereitete er vor, daß diese ihre eigenen politischen Wünsche anmelden und durch eigene Kraft vertreten konnten. Die Julirevolution von 1830 schleuderte ihre ideellen Funken nach Deutschland und ließ die Fürsten ob der Wirkung erleichen. Und wenn auch das stimmungsmäßige Aufwallen im Volke wieder abflaute, so wurde nun doch in einem Jahrzehnt des Siegeszuges der Dampfmaschine das Bürgertum so stark, daß es mit Energie seinen Wunsch nach einer Verfassung und Mitbestimmung im Staate aussprach und diese Forderung nicht mehr von der politischen Bildfläche in Preußen verdrängen ließ.

Das Jahr 1840, in dem Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, war diese Wende. Die folgenden acht Jahre, in denen er mit und gegen die Provinziallandtage zu regieren versuchte, behängt mit dem altgermanischen Plunder der Verfassungsfreunde, aber die Verfassung verweigernd, waren nur ein Vorspiel. Das große Stück, das anhub, sollte die Freiheit aus dem „Reich der Träume“ auf die deutsche Erde herunterholen.

Es war auch manche geistige Vorbereitungsarbeit dazu getan worden: von der antiromantischen Literatur des

„Jungen Deutschland“, die nach der französischen Julirevolution erwuchs, und dem Ansturm der Junghegelianer anfangs der vierziger Jahre, — bis zu dem großen Dokument der Weltliteratur, das am Vorabend der Revolution von 1848 erschien. Wir sprechen von dem „Kommunistischen Manifest“, geschrieben von zwei jungen Sozialisten: dem Rechtsanwaltssohn Karl Marx aus dem sonnigen Trier der Weinberge und dem Kaufmannssohn Friedrich Engels aus dem arbeitsamen Barmen der Textilfabriken. Dieses Programm für den Kommunistenbund, damals eine kleine internationale Propagandaorganisation der industriellen Arbeiterklasse, hatte seine unmittelbare praktische Bedeutung für Deutschland darin, daß es ankündigte: „Deutschland steht am Vorabend einer bürgerlichen Revolution“ — und daß es dem Bürgertum seine historische Aufgabe zuwies, die Revolution zu führen. Die Arbeiter konnten in dieser Revolution keine andere Mission haben, als ihre Kraft und ihren Mut dem bürgerlich-demokratischen Kampf zur Zerstümmung der feudalen Knechtschaft zu leihen.

Siebzehn Jahre waren seit dem Tod des Dreigestirns Stein-Gneisenau-Clausewitz verflossen. Was zu ihrer Zeit sich als unmöglich erwies, schien nun möglich zu werden.

BARRIKADEN FÜR EINE DEUTSCHE DEMOKRATIE

Bismarck sprach fünfzig Jahre nach 1848 in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ die Meinung aus, den ganzen revolutionären Ereignissen des „tollen Jahres“ habe von seiten der preußischen Reaktion eigentlich nur ein Irrtum über das Kräfteverhältnis zugrunde gelegen, „eine Unterschätzung der Lebenskraft der Dynastien und ihrer Staaten, und eine Überschätzung der Kräfte, die man unter dem Wort Barrikade zusammenfassen kann, so daß darunter alle die Barrikade vorbereitenden Momente, Agitation und Drohung mit dem Straßenkampfe, begriffen sind. Nicht in diesem

selbst lag die Gefahr des Umsturzes, sondern in der Furcht davor.“ Bismarck vertrat damit in seiner „Altersweisheit“ nur die sture Auffassung aller Reaktionen, welche die elementaren Kräfte der modernen gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu verstehen vermögen. Gerade seine eigene Erfahrung und seine Regierungspraxis von 1862 bis 1890 hätten ihn belehren müssen, daß der demokratische Umsturz über entscheidendere Triebkräfte als nur die Furcht der Herrschenden auch in Deutschland verfügte. Diese Furcht, die moralische Wirkung der Barrikade, ist stets nur eine Widerspiegelung der Volksbewegung von unten.

Im Sturm der Revolutionstage hatte der Junker Bismarck selbst am 2. April 1848, zur Einsetzung des liberalen Ministeriums Camphausen-Hansemann im Vereinigten Landtag, nach der Kapitulation des Königs vor dem revolutionären Volk von Berlin erklärt: „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, akzeptiere, so will ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für dies danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß.“ Diese Gewalt der Umstände war der jähe Ansturm der Barrikadenbauer von Berlin, die dem Februaraufstand von Paris und den Aufständischen von Wien mit ihrer eigenen Tat gefolgt waren.

Nach der Finsternis der politischen Reaktion Metternichs und der Junker, nach der mittelalterlichen Deutschtümelei der Turner Jahns, nach der geistigen Vernebelung durch die romantische Reaktion in der deutschen Dichtung und nach Hegels Bekenntnis zur preußischen absoluten Monarchie als der Staatsweisheit letztem Schluß waren nun auf deutschem Boden die Bürger, Kleinbürger, kleinen Bauern und in-

dustriellen Arbeiter zum Kampf angetreten. Die modernen Gesellschaftsklassen, wie sie der beginnende kapitalistische Aufschwung entwickelte, hatten das Schlachtfeld betreten. Die Deutschen waren mit den Franzosen, den Österreichern und den Ungarn von der einen großen Welle des demokratisch-revolutionären Kampfes in Europa erfaßt.

Die deutsche Revolution von 1848 kam eben nicht aus dem blauen Himmel oder aus der hypochondrischen Angst der Herrschenden, sondern in ihr explodierten die revolutionären Energien des Volkes, die sich in den „dreiunddreißig Jahren der Knechtschaft“ seit 1815 angesammelt hatten. Es gab nicht nur das reich gewordene liberale Bürgertum, besonders erstarkt im Westen Deutschlands, das schon in den Provinziallandtagen seine Schlachten gegen den Absolutismus geschlagen hatte und auf die endliche Einlösung des Verfassungsversprechens drängte. Es gab in Preußen die starke Opposition der Kleinbürger, der Studenten und vieler Universitätsprofessoren seit den Tagen der Karlsbader Beschlüsse. Es gab den Übergang des niederen Adels, von dem sich ein erheblicher Teil einer gewerblichen Tätigkeit zugewandt hatte, in das Lager der konstitutionellen Monarchie. Neben dieser allgemeinen liberalen Opposition gab es noch die zur Sprengung der feudalen Fesseln drängenden Kräfte innerhalb der Bauernschaft, die in Süddeutschland seit Napoleons Tagen stärker und erfolgreicher waren als in den nördlichen Herrschaftsgebieten des Junkertums. Daneben wurde die eigene Bewegung der jungen Arbeiterklasse doppelt sichtbar: wirtschaftlich in dem Aufstand der Langenbielauer Weber von 1844, die seit Friedrichs II. Tagen in entsetzlichem Elend vegetierten, und in den Hungerunruhen von 1847; ideologisch in einer wachsenden sozialistisch-kommunistischen Propaganda. In den Revolutionskämpfen von 1848/49 kämpften die Vertreter dieser Richtung als der fortgeschrittenste Flügel der Demokratischen

Partei im allgemeinen demokratischen Kampf, ohne eigene sozialistische Ziele hervorzuheben.

Die realen Kräfte der Revolution — das waren nicht mehr die verschwärmten und oft sehr weltfernen Tugendbündler um den Freiherrn vom Stein aus den Jahren von 1808 bis 1813, nicht mehr nur die schmale Schar der „Demagogen“, Studenten, Professoren und Staatsbeamte aus der Zeit der Karlsbader Beschlüsse. Es waren die zum eigenen Handeln übergehenden oppositionellen Klassen des Volkes selbst — und wenn in der unglückseligen ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche noch die hervorragendsten Überlebenden aus der Epoche Steins saßen, auch der alte Arndt, so war die Bewegung des Volkes selbst schon weit energischer vorgestoßen als das Denken ihrer einstigen Vorkämpfer.

Der Ausbruch der Revolution in Berlin war durch die Ereignisse in Paris und Wien nicht hervorgerufen, sondern nur beschleunigt worden. Das Volk von Berlin, das mit seinen 200 Toten in den Schloßhof zog und den geschlagenen König zwang, diesen Toten zu huldigen, wirkte auf ganz Deutschland anfeuernd zur Nachahmung. Die Dialektik der Entwicklung machte nun Berlin, das seit den Tagen des niedergeworfenen „Berliner Unwillens“ der politischen Reaktion verfallen gewesen, aber nun seit einem halben Jahrhundert ein geistiges Zentrum war, zu einem Haupt der deutschen Revolution.

In den März- und Oktobertagen von 1848 waren preußische Berliner und österreichische Wiener noch einmal zu einer großen Einheit zumindest ihrer demokratischen Hoffnungen vereint; eine nationale Einheit wurde daraus nicht. Die siegreiche Reaktion sprengte diesen Zusammenklang, warf nach wenigen Monaten das Verhältnis zwischen den deutschen Ländern und Österreich auf den Zustand des Deutschen Bundes von 1815 zurück, mit der erbitterten Rivalität zwischen Preußen und Österreich um die Vormacht.

Als das revolutionäre Wien durch die Regimenter von Windischgrätz niedergeworfen und von den Fluten der gegenrevolutionären Rache überströmt war, führte die kaiserlich-habsburgische Regierung ihren entscheidenden Schlag gegen die in Frankfurt gewählte Zentralgewalt: sie erklärte durch die Verfassung vom 4. März 1849 Österreich zur unteilbaren selbständigen und zentralisierten Monarchie, in der ihre deutschen und nichtdeutschen Länder ein gemeinsames Finanz-, Zoll- und Heerwesen besitzen sollten.

Der junge Karl Marx verstand schon 1848 besser als später der alte Bismarck am Ende seines Lebens: daß die deutsche Märzrevolution in ihrem Wesen und ihrer Erscheinung eine echte Volksrevolution war, aber daß die tödliche Gefahr für sie in ihrer „Nichtvollendung“ lag. Deshalb geißelte Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zwischen dem März und dem November die Halbheiten, Schwächen und Schwankungen der Bourgeoisvertreter in der Berliner verfassunggebenden „Vereinbarer-Versammlung“, die auf „Ruhe und Ordnung“ hielten und die Revolution für beendet ansahen. Marx forderte das außerparlamentarische Handeln gegen die Vorstöße der Reaktion. Am 11. November, als die neue reaktionäre Regierung des illegitimen Hohenzollernsohnes Graf von Brandenburg befahl, diese preußische Nationalversammlung zwangsweise in das Landstädtchen Brandenburg zu verlegen und damit weg von den Demonstrationen des Berliner Volkes, da warnte Karl Marx davor, daß „auf die halbe Revolution mit einer ganzen Konterrevolution geantwortet“ werden würde.

Zur gleichen Stunde war General Wrangel mit 40 000 Soldaten in Berlin eingerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen; er konnte die Bürgerwehr auflösen und den Belagerungszustand verhängen. Die Nationalversammlung hatte in tragischer Verblendung die Forderung auf Bewaffnung der Arbeiter abgelehnt. Das Berliner Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüderung hatte ihr in einer Botschaft an-

geboten: „Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, Eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volkes in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrat üben wollte an Euch und den Freiheiten des Volkes.“ Die Versammlung wollte, nach den Worten ihres Präsidenten von Unruh, die Arbeiter „nicht zu unrechter Zeit und am unrechten Ort opfern“. Sie lieferte sich damit nur der Auflösung durch die bewaffnete Gewalt Wrangels aus und entmachtete gerade jene Kraft, die im März in den Straßen Berlins die königlichen Garderegimenter besiegt hatte.

In Berlin wie in Wien wurde durch die Haltung des Großbürgertums und der liberal auftretenden Adligen der Weg zum Sieg der Gegenrevolution freigemacht. Diesen Kreisen, die in der Berliner „Vereinbarer-Versammlung“ über die Mehrheit der Abgeordneten verfügten, und auch bis Ende 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung, fehlte die Erkenntnis und der Wille zu einer konsequent demokratischen Politik, die Deutschland tatsächlich auf das Niveau Frankreichs von 1789 bis 1794 gehoben hätte. Die Revolution mußte in einem Sturm zu Ende geführt werden, ohne Zaudern und Zögern, ohne Zersplitterung und „deutsche Zwietracht“ — das war die, von der ganzen deutschen Entwicklung gebieterisch gestellte Aufgabe. Von den Volkskräften, die in revolutionären Monaten schneller wachsen als in ruhig dahinschleichenden Jahrzehnten, wäre ein Nachholen der jahrhundertelangen Versäumnisse in einem großen Aufräumen zu erwarten gewesen: Kronen konnten fallen, die Junkerherrschaft in Preußen gebrochen und Hunderttausende von freien Bauern neu geschaffen werden.

Die Haltung der liberal-monarchistischen Kreise des Bürgertums und des Adels war beeinflusst von der Sehnsucht nach Kompromissen, von dem Zurückscheuen vor den Folgen des offenen bewaffneten Kampfes gegen die Reaktion und

von Mißtrauen gegen die Arbeiterschaft, deren eigene wirtschaftliche Forderungen man seit der Weberempörung in Schlesien fürchtete. Das „Gespenst des Kommunismus“ ging um, obwohl gerade der kommunistische Flügel der Demokratischen Partei des kleinen Bürgertums keine eigenen sozialistischen Ziele verkündete, sondern getreu den Kampf für die Demokratie unterstützte. Er zeichnete in seinem Eintreten für die einige und unteilbare deutsche Republik nur den Weg vor, auf den der gesamte demokratische Kampf in Deutschland unvermeidlich führen mußte. Der Kreis um Karl Marx und Friedrich Engels, im Frankfurter Parlament, am klarsten vertreten durch den Abgeordneten Wilhelm Wolff aus Striegau, hatte diese national wie demokratisch einzig kühne Haltung. In der Frankfurter Nationalversammlung wirkte hemmend die Vorherrschaft einer konstitutionell-monarchistischen Mehrheit, besonders wenn es galt, demokratisch zu handeln.

In dieser ersten Versammlung gewählter Vertreter der Deutschen wurde manche Rede gehalten, die Gedanken und Forderungen enthielt, die den deutschen Zuständen zu Leibe gehen wollten. Die Abgeordneten aus dem einfachen Volk sprachen sie mit plebejischer Kraft aus, wie der Abgeordnete Adolf Rösler aus dem schlesischen Ols in seiner Rede für die Abschaffung des Adels. Manche Reden sollten in Preußen bis 1918 Gültigkeit behalten, so die Forderungen des Abgeordneten Wilhelm Löwe aus Calbe nach Freizügigkeit und nach einem einheitlichen Recht für alle Deutschen, ohne Standesunterschied freie Staatsbürger zu werden. Die Debatte zwischen den Abgeordneten Paus aus Neisse, dem Dichter Friedrich Theodor Vischer aus Tübingen und dem Freiherrn Wilhelm Emanuel von Ketteler aus Münster (dem späteren Bischof von Mainz) über die gründliche Erneuerung des deutschen Schulwesens atmete den Geist einer wirklichen Toleranz, die eine freie Entwicklung nach Glauben und Überzeugung für jeden sichern wollte. Doch die

schönen und weniger schönen Reden der Nationalversammlung, ohne ihre materielle Sicherung durch die revolutionäre Macht des Volkes, mußten zu einem professoralen leeren Gerede herabsinken, und ihr Entwurf einer Reichsverfassung war wiederum ein echt deutscher Ausflug in das Luftreich der Träume. Die Gegenrevolution aber handelte draußen in den deutschen Ländern.

Der Feind stand im Parlament selbst; er hatte in dessen Mehrheit seine Stützen. Der Präsident Eduard Simson aus Königsberg verweigerte am 11. August 1848 die Rechtsgültigkeit der Wahl des oberbadischen Revolutionärs Hecker, weil dieser noch zu den Waffen gegriffen hatte, als die hochwohlwollliche Versammlung nach dem März die Revolution bereits „für abgeschlossen“ hielt. Die Mehrheit des Parlaments hoffte auf ein gütliches Kompromiß mit den bestehenden Monarchien über ein neues Deutsches Reich, das zu einem Verfassungsstaat liberalisiert und von einem erblichen Kaiser regiert werden sollte. Ernst Moritz Arndt — nun 78 Jahre alt und weißhaarig, umgeben von dem Ruhm seiner einstigen Tätigkeit an der Seite des Freiherren vom Stein und seiner Verfolgung nach den Karlsbader Beschlüssen, eine Art deutscher Recke des Vormärz — sprach zwar auch für die Abschaffung der Vorrechte des Adels, deren verheerende Folgen für die Bauern er in seinen Schriften geißelt hatte. Doch erbittert wandte er sich, ganz seinen Ideen von 1815 verhaftet, gegen den Gedanken einer einigen deutschen Republik. So klaffte tief der Widerspruch zwischen den Diskussionen der Männer in der Paulskirche und draußen dem Volke, das von ihnen die Tat und — wenn es notwendig war — den Ruf an das Volk zu neuer Tat erwartete.

Nichts schwächt revolutionäre Volkskräfte so sehr, wie sie ungenützt zu lassen in Stunden, die nach einem überlegten energischen Handeln schreien. Nichts zersetzt sie so sehr, wie von der „Vermeidung von Opfern“ in einem Augenblick zu sprechen, dessen Versäumen später so viel größere

Opfer kostet. Das lehrte 1848 (wie nachher alle deutschen Erfahrungen bis 1933). Es folgen auf das Versäumen des großen Augenblicks unvermeidlich zersplitterte Aktionen und ihre Niederschlagung mit verhältnismäßig geringer Mühe durch die Gegenrevolution, die dann das Gesetz des Handelns zu diktieren versteht. Der rückschauende Bismarck hat die Kräfte der „Barrikade“ so unterschätzt, weil er sie nicht in ihrem möglichen einheitlichen Aufstieg, sondern in ihrem Verfall und in ihrer Zersplitterung nach dem März sah.

Es hatte im Sommer 1848 nicht wenige einzelne Bewegungen und heroische Leistungen der Revolution in Süd und Nord, in West und Ost gegeben. Die Berliner hatten das Zeughaus gestürmt; das empörte Volk in Frankfurt, Baden und Köln war mit Hilfe des Militärs niedergeschlagen worden, kurz bevor der Wiener Oktoberaufstand ausbrach und nach drei Wochen den entfesselten Banden des Fürsten Windischgrätz erlag. Während das demokratische Wien, durch die Schuld seines großbürgerlichen Flügels schlecht vorbereitet, doch mit unvergleichlichem Heldenmut gegen Windischgrätz kämpfte, kam es in Berlin zu den Tumulten vor dem Parlament. Erschreckt auch durch die Wiener Niederlage, versäumte die Berliner „Vereinbarer-Versammlung“ die letzte Stunde des Aufstandes. Der offene Kampf des demokratischen Berlins gegen die Armee des Generals Wrangel hätte selbst im Falle seiner Niederlage die revolutionär-demokratische Tradition Berlins gestärkt und seine dauernde Nachwirkung im Bewußtsein der Berliner gefunden.

Das „tolle Jahr“ war gekennzeichnet durch das tolle Durcheinander: die gewählte Frankfurter Nationalversammlung bestand neben dem Deutschen Bundestag. Der Habsburger Erzherzog Johann trieb als erwählter „Reichsverweser“ sein Unwesen neben den Monarchien, doch im gegenrevolutionären Bunde mit ihnen. Die von der Frank-

furter Nationalversammlung eingesetzte Zentrale Exekutivgewalt steigerte nur den Konflikt mit Preußen und Österreich. Kein Beschluß der Nationalversammlung wurde anerkannt, keines ihrer verkündeten Gesetze durchgeführt. Doch selbst das Schicksal dieses ersten allgemeinen deutschen demokratischen Parlaments, das so lange geschwätzt und gezaudert und auch die standrechtliche Ermordung seines Abgeordneten Robert Blum in Wien nicht mit einer Kriegserklärung an die österreichische Gegenrevolution beantwortet hatte, ward zu einem blutigen Drama. Dahin nahmen die Dinge im April und Mai 1849 ihren Lauf.

Es ging noch ein komödienhafter Akt voraus: das Angebot der erblichen deutschen Kaiserkrone an den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Vergeblich hatte der schwäbische Dichter Ludwig Uhland am 23. Januar 1849 in der Nationalversammlung den Satz geprägt: „Die Revolution und ein Erbkaiser — das ist ein Jüngling mit grauen Haaren“; vergeblich hatte er gesagt: „Ich gestehe, einmal geträumt zu haben, daß der großartige Aufschwung der deutschen Nation auch bedeutende politische Charaktere hervorrufen werde, und daß hinfort nur die Hervorragendsten an der Spitze des deutschen Gesamtstaates stehen werden.“ Als Antwort auf Österreichs Selbständigkeitsklärung vom 4. März beschloß die Nationalversammlung, dem Preußenkönig die „kleindeutsche“ erbliche Kaiserkrone unter Ausschluß Österreichs anzubieten. Die Mehrheit zählte allerdings nur 290 Abgeordnete; 248 hatten sich der Stimme enthalten und 200 fehlten bei der Abstimmung.

Trotz aller seiner gegenrevolutionären Streiche wurde Friedrich Wilhelm IV. zum Kandidaten der Frankfurter schwankenden Vertreter der Nation. Diese ließen sich in ihrer Wahl nicht dadurch beirren, daß er gerade im Februar auch die neu berufenen widerspenstigen Kammern in Preußen aufgelöst hatte. Aus den Reden dieses Königs hatte in den Jahren vor 1848 die mittelalterliche, verstiegene und

bornierte deutsche Kaiserromantik geweht; er war im Vorjahre an der Spitze einer Volksdemonstration für ein einiges Deutschland geritten (drei Tage nach dem Blutbad vom 18. März 1848 hatte er sich derart dem „Druck des Pöbels“ gebeugt und den Zorn solcher Junker wie Bismarck erregt). Friedrich Wilhelms Kandidatur war nun die letzte Weisheit von Frankfurt. Er lehnte die Kaiserkrone ab, weil er eben im Zuge war, Preußen nach den Revolutionsstürmen endgültig wieder „aufzupreußen“.

Der Kandidat von Frankfurt wurde vier Wochen später der Henker der Demokraten von Sachsen und Südwestdeutschland, die sich für die Reichsverfassung von Frankfurt zum Kampfe gegen die intervenierende preußische Armee stellten. Diese Erhebung in Sachsen und Süddeutschland, wo die Revolution noch nicht „abgeschlossen“ war wie in Wien und Berlin, hat ein unvergängliches Kapitel im Kampf um die deutsche demokratische Freiheit geschrieben.

Die Frankfurter Nationalversammlung erklärte in einer Anwendung von Energie am 12. April die Reichsverfassung zum Gesetz. Die Landtage von Preußen, Sachsen, Baden, Württemberg und Hannover sprachen sich für sie aus. Friedrich Wilhelm IV. antwortete mit der erneuten Auflösung der beiden Kammern in Preußen; er ließ die Reichsverfassung als „ein höchst anarchisches und revolutionäres Dokument“ bezeichnen. Damit nicht genug, begann er Truppen nördlich von Frankfurt zu konzentrieren; gleichzeitig bewog er die Regierung Sachsens und Hannovers, ebenfalls ihre Landtage aufzulösen. Während es in Berlin nur noch zu kleinen Unruhen kam, bereitete sich in Sachsen, in Rheinland-Westfalen und vor allem im Süden von der Pfalz bis nach Franken der bürgerlich-bäuerliche Widerstand vor. Die Mehrheit in der Frankfurter Nationalversammlung war in dieser Entwicklung ganz auf die Demokratische Partei übergegangen, zumal viele reaktionäre Länderabgeordnete allmählich ihr ferngeblieben waren und im Augenblick des

offenen Kampfes nun auch die Vertreter von Adel und Großbürgertum dem Rufe ihrer Regierungen folgten, um sich kampflos dem preußischen Militärstiefel zu beugen. Der Rumpf-Nationalversammlung kam jetzt wieder zum Bewußtsein, daß sie eigentlich ein Kind der Barrikade war. Sie setzte aus eigener Machtvollkommenheit für den 15. Juli allgemeine geheime und freie Abgeordnetenwahlen zu einem Deutschen Reichstag an.

Am 4. Mai 1849 begann der Abschnitt in der Geschichte der Volksrevolution von 1848/49, der über alle ihre Fehler und Halbheiten hinaus ihre Ehre rettete. In Dresden antwortete das Volk auf die Landtagsauflösung mit dem bewaffneten Aufstand, vertrieb den König und verteidigte die Stadt mit Hilfe der aufständischen Arbeiter aus der ganzen Umgebung vier Tage in blutigen Straßenkämpfen gegen die preußisch-sächsischen Truppen. In Rheinland und Westfalen weigerte sich die Landwehr auszumarschieren, einige Zeughäuser wurden erstürmt, aber die Kräfteverhältnisse waren dort gegenüber den konzentrierten preußischen Truppen zu ungleich, und es kam nur zu wenigen Gefechten. In der Pfalz und in Baden flammte der Aufstand über das ganze Land — und für zehn Wochen erhob durch den gemeinsamen Kampf von kleinen Bürgern, Arbeitern und Bauern die demokratische Revolution wieder ungestüm ihr Haupt. Friedrich Engels und der junge Wilhelm Liebknecht kämpften in ihren badischen Freischaren.

Karl Marx und Friedrich Engels schätzten auch noch zwei Jahre später (Aufsätze in der „New York Daily Tribune“) die Aussichten des Aufstandes nicht als schlecht ein: „Die Landbevölkerung stand auf ihrer (der Demokratischen Partei) Seite. Zwei Drittel der Truppen der kleineren Staaten, ein Drittel der preußischen Armee, der größere Teil der preußischen Landwehr waren bereit, sich ihr anzuschließen, wenn sie nur entschlossen und mit jener Kühnheit handelte, die sich aus klarer Erkenntnis der Sachlage

ergibt.“ Aber die Politiker der Frankfurter Nationalversammlung hatten zu lange in der Atmosphäre der Illusionen gelebt; sie waren selbst in den Wochen des Aufstandes weder entschlossen noch kühn genug. Sie verlegten ihren Tagungs-ort nach Stuttgart, wo die württembergische Regierung eine Neutralität vortäuschte, aber dann die Nationalversammlung ihres Sitzungssaales beraubte. Da erst ging diese zu den Aufständischen nach Baden, als es zu spät für eine Wirkung dieses Schrittes auf ganz Deutschland war. Ihre Vertreter hatten auch nicht verstanden, den Aufstand in Franken auszulösen, auf diesem alten Kampfboden des Bauernkrieges; obwohl dort die Landbevölkerung — erbittert über die großen Steuerlasten und die feudalen Abgaben — zur Erhebung bereit war. 20 000 Volkskämpfer, gegen die eine Heeresmacht von 100 000 preußischen, bayerischen und hessischen Soldaten aufgeboden werden mußte, wurden in der Schlacht von Rastatt auseinander- und niederkartätscht.

Das junkerliche Preußen war der ruhmlose Sieger, Prinz Wilhelm der Würger der süddeutschen Revolution. Es gab nun weder eine Reichsverfassung, noch Landesparlamente mit der alleinigen Souveränität des Volkes, noch eine demokratische Erneuerung des deutschen Schulwesens. Die erste deutsche Revolution seit den Bauernkriegen war geschlagen. Sie erlitt aus drei Gründen ihre Niederlage: weil das reich gewordene Bürgertum die Kompromisse mit Krone und Adel dem Kampfbündnis mit dem Volk vorzog; weil die demokratische Partei der kleinen Bürger und Bauern sich nicht rechtzeitig zu konsequenten und kühnen Taten entschloß — und weil die Kräfte der jungen Arbeiterklasse um diese Zeit noch zu unbedeutend waren, um an die Führung des allgemeinen demokratischen Kampfes in Deutschland zu denken. Dazu kam, daß die Zerschneidung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens Deutschlands in einzelne Partikel auch noch 1848/49 das Entstehen einheitlicher Volksbewegungen hemmte. Die freiheitlichen Strömungen

in den unteren Volksklassen traten in den verschiedenen Gegenden Deutschlands noch zu unähnlich und zersplittert in Erscheinung.

Doch die Revolution von 1848/49 bedeutete etwas grundlegend Neues: zum erstenmal seit den Bauernkriegen kam der Kampf um die deutsche Freiheit wieder als Revolution von unten. Trotz seines negativen Ausgangs zeigte das Revolutionsjahr, welches ein großer Sprung vorwärts im Kampfe zwischen Fortschritt und Reaktion getan war seit den Tagen, da Freiherr vom Stein isoliert und von oben um Bauernbefreiung und demokratische Reformen in den Gemeinden gerungen hatte.

Vier Jahre vorher hatte Karl Marx mit grausam-schmerzlichem Hohn geschrieben: „Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung“ („Deutsch-französische Jahrbücher“, 1844). Die Deutschen waren nunmehr in der Gesellschaft der Freiheit auch in den eigenen Revolutions- und Aufstandstagen gewesen — und die deutsche Bewegung war ein Teil eines revolutionären europäischen Ereignisses. Die Deutschen erlitten jetzt die Restauration, nachdem sie auch die Revolution anderer Völker geteilt hatten.

Als Marx schrieb, die Deutschen hätten sich in der Gesellschaft der Freiheit nur am Tage ihrer Beerdigung befunden, da wollte er den „kühnen“ Kritizismus der Junghegelianer treffen, der nur die ideelle Kehrseite der praktischen

Schwäche des deutschen Bürgertums war. Nun hatte aber der Kampf auf der realen Erde in Deutschland begonnen. Marx und Engels in ihrer tiefen Erkenntnis der Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden das Neue: daß der Sieg der Gegenrevolution von 1849 kein Ende sein konnte, sondern ein Anfang zum weiteren Kampf der deutschen Volksmassen um ihre Freiheit sein mußte. Deshalb schrieben Marx und Engels 1851 in einem ihrer Briefe an die „New York Daily Tribune“: „Wenn das deutsche Volk seine erste Revolution auch nicht bis zu Ende durchgeführt hat, so hat es die revolutionäre Bahn wenigstens wirklich betreten.“

Die junkerlich-monarchistische Reaktion konnte — trotz der Niederlage der Revolution — nicht verhindern, daß sich das fortschrittliche Bürgertum und die aufsteigende Arbeiterklasse zunächst einen wesentlich erweiterten Kampfplatz erobert hatten. Das halbabsolutistische Regime mit einer Verfassung und Parlamenten, mit einer formalen und natürlich nicht wirklichen Garantie von Presse- und Redefreiheit unterschied sich doch wesentlich von dem Preußen und dem Deutschland vor 1848. Diese erweiterte bürgerliche Freiheit war das Ergebnis des eigenen Volkskampfes, auch wenn dieser die stärksten Bastionen der preußisch-deutschen Reaktion nicht zu brechen und das Dreiklassenwahlrecht nicht zu verhindern vermocht hatte.

Es gibt in der Geschichte eines Volkes keine endgültig versäumten Gelegenheiten und keine für immer unterbrochene Entwicklung des Freiheitskampfes. Es gibt folgenschwere geschichtliche Verspätungen, die allerdings von den Völkern teuer mit Blut und Tränen abgegolten werden müssen. Sie zu erkennen und durch eigenes Handeln zu ändern, macht zurückgebliebene Völker fähig, sprunghaft das Versäumte nachzuholen. Die deutsche Volksrevolution von 1848 war ein klassischer Versuch, alle deutsche Rückständigkeit in einem kühnen Sprung zu überwinden und die deutsche

demokratische Revolution in einen Zusammenklang mit dem demokratischen Freiheitskampf in ganz Europa zu bringen. Hätte sie gesiegt, so wären die deutschen Zustände auf ein allgemein europäisches Niveau gehoben worden.

Die Niederlage von 1848/49 brachte mit sich, daß jede demokratische Bewegung in Deutschland künftig auch das Bündnis des Großbürgertums mit der feudalen Reaktion gegen sich haben würde. Das deutsche Volk mußte nun die neuen Kräfte hervorbringen und die nächste historische Gelegenheit suchen, um diese alte Reaktion in ihrer neuen Gestalt endgültig zu besiegen.

IV DIE LEGENDE VOM „PREUSSISCHEN SOZIALISMUS“

Das Preußentum ist von vielen Legenden umrankt, nicht nur von bieder-konservativen. Der preußische Staat blieb feudal, als in vielen andern Ländern der aufgeklärte Despotismus die bürgerliche Entwicklung förderte. Der preußische Staat blieb halb absolutistisch, als in den Ländern des Westens längst die demokratische Revolution gesiegt hatte. Dieser Staat, der seine hohenzollerisch-junkerliche Spitze auch in der Epoche des Industriekapitalismus zu bewahren suchte, brauchte einen besonderen sozialen Aufputz. So entstand die Legende vom preußischen Sozialismus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfanden deutsche Professoren im Kampfe gegen den modernen Sozialismus den „preußischen Staatssozialismus“ — und sie ernannten Friedrich II. zu dem Gestalt gewordenen Ideal eines „preußischen Sozialisten“. Ihm folgt in der Ahnenreihe des „preußischen“ oder — wie er später von den Nazis und ihren philosophischen Wegbereitern genannt wurde — des „deutschen Sozialismus“: Bismarck, der letzte hervorragende Kopf des Preußentums.

FRIDERICUS REX, „PREUSSISCHER SOZIALIST“ UND AGGRESSOR

König Friedrich, wir haben ihn den Vollender des Junkerstaates genannt, ist für das wahre Wesen des Preußentums viel charakteristischer als der „Große Kurfürst“ und der „Soldatenkönig“, seine Vorgänger. Der erste Kurfürst des brandenburgisch-preußischen Staates war ein einigermaßen gebildeter Mann, hatte eine gewisse politische Schlaueit, war zu jedem einbringlichen Verrat an Deutschland bereit.

und besaß sicherlich auch einige militärische Fähigkeiten. Friedrichs Vater, der „Soldatenkönig“, war einfach ein beschränkter Despot, der manchmal sogar deutsch dachte. Friedrich jedoch war in allem von einem außergewöhnlichen persönlichen Format: ein talentierter Militarist und brutaler Machtpolitiker, Zyniker in seinen großen Entscheidungen wie in der Behandlung seiner Untertanen. In seiner Jugend schrieb er den „Antimacchiavell“, als ein Bekenntnis zum „ethischen Moment“ in der Regierungskunst; aber in seinen Taten als preußischer Herrscher war er bar aller Skrupel, die politischen Lehren des florentinischen Staatsmannes Nicolo Macchiavelli anzuwenden. In seiner „Geschichte meiner Zeit“ verfocht Friedrich offen das Recht des Fürsten, „im Gegensatz zur Privatmoral“ zu handeln.

Der Staat Friedrichs des Großen war auf folgende Grundlagen gebaut: auf dem ehernen Pflichtgesetz der preußischen Armee und des Beamtentums, deren Spitzen von dem junkerlichen Schwertadel beherrscht wurden; auf der Gehorsamspflicht der Untertanen, die jeden Befehl von oben widerspruchslos durchzuführen hatten, und auf der „spartanischen Genügsamkeit“ des Volkes. Der König bildete die „erster Diener des Staates“ und zugleich als nicht zu kritisierende, nicht zu verändernde, absolute Macht den Mittelpunkt des „preußischen Wohlfahrtsstaates“.

Die gutsherrliche Sklaverei war die soziale Basis dieses selbst für die damalige Zeit halb barbarischen Staates. Berlin war, drei Jahrhunderte nach der Niederschlagung des „Berliner Unwillens“ seiner patrizischen Bürger, vorwiegend eine arme Beamten- und Soldatenstadt geworden. In den preußischen Städten lebten die Gewerbetreibenden in kümmerlichen Verhältnissen; die Überbleibsel der mittelalterlichen Zünfte hemmten jede moderne industrielle Entwicklung. Die Garnisonskommandanten regierten wie die Herrgötter. Die preußischen Könige waren das Oberhaupt der protestantischen Kirche, die Junker die Kirchenherren in

ihrem Gutsbezirk. In dieser Atmosphäre der strengen Unterordnung des Volkes unter den Adel und Krone erwuchs dem Staate die Glorie seiner „Gottgewolltheit“, seines Daseins unabhängig von dem Willen und den Wünschen der Regierten.

Die vornazistischen und nazistischen Theoretiker haben den absoluten Zwang des preußischen Staates — den gewaltsamen Eingriff in das Leben des einzelnen, gleichviel für welchen Zweck — zum Muster des „nationalen Sozialismus“ erklärt. Dieser Zwang war in Brandenburg-Preußen in der Regel durch die Gebote der Kriegsvorbereitung und des Krieges bestimmt. Die Maßlosigkeit seiner Eroberungsträume, die in keinem Verhältnis zu seiner materiellen Macht standen, trieben Friedrich, sein Land mit den eisernen Klammern des Pflichtgesetzes zu umspannen. Der preußische Zwang jener Zeit war ein primitiver Vorläufer des „totalen Krieges“ der Nazis im 20. Jahrhundert. In dieser preußisch-militaristischen Karikatur des Sozialismus war das Kernstück das „eherne Pflichtgesetz für arm und reich“. So betrachtet, begann der „preußische Sozialismus“ allerdings bereits bei dem „Soldatenkönig“, als er die Junkersöhne in die Kadettenanstalten schleppen ließ.

Für Friedrich II. war typisch, daß er bei all seinen so oft gerühmten „sozialen Erlassen“ die Vorrechte der Junker als unantastbar nahm. Sein Erlaß gegen das „Bauernlegen“ wollte dieses nur begrenzen, die Annexion ganzer Dörfer durch die Junker verhindern. Der einzige Beweggrund zu diesem Erlaß war, daß Friedrich die Bauern als Steuerzahler und Rekrutenlieferanten brauchte. Das flache Land stellte die Hauptmasse der Steuerzahler; das eherne Pflichtgesetz, direkte und indirekte Steuern zu zahlen, reichte nicht bis zu den Junkern. Nie war auch jedes „Bauernlegen“ verboten.

Friedrichs Einführung der Regie, deren Aufgabe es war, die Zölle und indirekten Steuern einzutreiben, ist ebenfalls

vom Glanz der Legende besonnen. Friedrich hatte die Regie unter der Direktion eines Herrn de Launay mit vielen französischen Beamten in dem durch den Siebenjährigen Krieg verwüsteten Land geschaffen, um jährlich 2 Millionen Taler mehr für die Militärausgaben aus dem notleidenden Volk zu pressen. Zum Zweck der Regie erklärte Friedrich, die Steuerlast so zu verteilen, daß zwischen Reichen und Armen „ein gerechtes und verständiges Verhältnis besteht“. Dieses oft zitierte „sozialistische“ Bekenntnis des Königs hatte folgende praktische Wirkungen: die Brotsteuer wurde zwar herabgesetzt, aber die Steuer für das Volksgetränk Bier verdoppelt und der Tabakverkauf staatlich monopolisiert; lediglich die Weinsteuer wurde etwas erhöht. Der Adelsstand konnte nach wie vor alle besteuerten Genußmittel steuerfrei beziehen. Als der Geheime Finanzrat Ursinus in einer Eingabe an den König wagte, auf die unheilvollen Folgen dieser Steuerpolitik für den Handel hinzuweisen, schickte ihn Friedrich auf die Festung Spandau, damit Ursinus „exemplarisch bestraft“ werde und „die Canaillen in Subordination“ gebracht würden. Der königliche „Sozialist“ drohte, er werde alle Fürsprecher des Volkes gegen die drückenden Steuern, „es mögen Räte oder Minister sein, ohne alle Umstände und auf Zeit Lebens zur Festung bringen“.

Eine andere Blüte dieses „preußischen Sozialismus“ war die Festlegung von Höchstlöhnen für die Arbeiter; die Überschreitung dieser Löhne nach oben — nicht nach unten — wurde mit Zuchthausstrafe belegt. Friedrich ließ auch Höchstpreise für die besteuerten Waren festlegen, damit alles, was aus dem Volke herauszupressen war, in die königliche Kasse fließen sollte. Die Kriegsbedürfnisse waren ihm vor allem andern maßgebend. Friedrichs Vater hatte eine Tuchfabrik zur Versorgung seiner Armee in Berlin geschaffen und verordnet, daß die Bevölkerung nur einheimischen Stoff tragen dürfe. Als er einmal einer Frau vor der Stadt begegnete, die ein Kleid von ausländischem Kattun trug, be-

fahl er seinen Dienern, ihr auf offener Straße das Kleid vom Leibe zu reißen. (Diese Tat des „Soldatenkönigs“ würde für würdig und vorbildlich befunden, in preußische Schulbücher des 20. Jahrhunderts aufgenommen zu werden.) Es ist seltsam und doch nicht zufällig, wie Anfänge von Zwangswirtschaft und autarkischen Tendenzen sich bereits im Preußen des 18. Jahrhunderts mit seiner Kriegspolitik paarten. Die Aufstellung von Kriegszielen, die über die eigene Kraft hinausgingen, erforderte in dem leicht zu blockierenden Land in Mitteleuropa immer wieder eine rücksichtslos strenge Auspressung der materiellen Kräfte des eigenen Volkes.

In den Kriegen Friedrichs gegen seine gesamte Umwelt finden wir bereits Elemente jener Verstiegtheit, mit der später im Jahre 1914 der kaiserlich-wilhelminische Imperialismus den Eroberungskrieg um die Beherrschung Europas und Vorderasiens begann, und mit der im Jahre 1939 der Hitlerimperialismus den Krieg um die Beherrschung der Welt aufnahm. Friedrich war in primitiver, seiner Zeit gemäßer Form der Begründer der späteren Aggressionsmethoden und der Strategie des preußisch-deutschen Großen Generalstabes.

Dreieinhalb Monate nach Friedrichs Londoner Bündnisvertrag mit England, der Friedrich faktisch zu einem englischen Satelliten machte, hatte sich die „Union der Großmächte“ gegen die preußischen Kriegsvorbereitungen gebildet — als ein Defensivbündnis, das allein durch seine Existenz hoffte (wie die preußische Geschichtsschreibung höhnisch vermerkt), Friedrich vom Kriege abschrecken zu können. In seiner „Geschichte meiner Zeit“ entwickelte Friedrich am Beispiel seines damaligen Einfalles in Sachsen (1756) die klassische preußische Theorie der Aggression: es war „vorteilhaft, den Feinden durch sofortigen Angriff zuvorzukommen“. Alles sprach dafür, „daß ein Zuvorkommen dem ersten Feldzug manche Vorteile verhieß, die man durch eine Verzögerung aus angebrachtem Zartgefühl verlieren

würde". Man konnte dadurch auch „den Krieg ins Land der feindlichen Nachbarn tragen und die eigenen Lande verschonen". Friedrich glaubte also an einen schnellen Blitz-erfolg, der alle Verwüstungen des Krieges in die Länder der Gegner tragen würde. Durch die Ausnützung der „inneren Linie" sollte Preußen die Truppen schnell von einer Front zur andern werfen, um die gegnerische Armee getrennt und hintereinander zu schlagen. Friedrich war in all dem unstreitig ein Lehrmeister Wilhelms II. und Hitlers. Friedrichs Methode des „Zuvorkommens" durch einen Angriff und ihre nachträgliche „Begründung" durch mehr oder weniger „dokumentarische Nachweise", das überfallene Land wäre an den „Feindbund" gebunden gewesen, finden wir wieder bei dem Überfall der wilhelminischen Armee auf das neutrale Belgien im August 1914, in Hitlers Aggression gegen Norwegen, Holland und Belgien im April/Mai 1940 und gegen die Sowjetunion im Juni 1941.

Da „ganz Europa von dem Wehgeschrei der Sachsen schallte", veröffentlichte Friedrich „Beweisstücke aus den Dresdener Archiven" über die Angriffsvorbereitungen der andern. Aus dem erhofften Blitzkrieg wurden sieben schreckliche Kriegsjahre für Preußens Volk. Nach den schweren Niederlagen der friderizianischen Armee bei Groß-Jägersdorf und Kunersdorf zogen im Jahre 1760 russische Truppen siegreich in Berlin ein.

Friedrich war auch insofern ein Vorläufer Wilhelms II. und Hitlers, als er, wie sie nach ihm, durch seinen Weltkrieg sein Land an den Rand des Abgrundes und in die Gefahr der territorialen Auflösung gebracht hat. Nach der Besetzung Berlins durch die Russen schrieb er im Jahre 1760 an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich: „Wenn uns jetzt, wider alles Erwarten, niemand zu Hilfe kommt, so sage ich Ihnen direkt, daß ich keine Möglichkeit sehe, unsern Untergang aufzuhalten oder zu vermeiden." Der historische Zufall, der Friedrich rettete, wurde zu einer Quelle des Wun-

derglaubens an das spezielle Bündnis der Preußen mit der Vorsehung im Himmel (bis in die letzten Monate Hitlers). Der rettende Zufall für den militärisch bankrotten Friedrich, der mit einem Giftfläschchen in der Tasche zum Selbstmord bereit war wie seine nazistischen Nachfahren, wurde der Tod der Zarin Elisabeth. Der verrückte Zar Peter III., der ihr auf den russischen Thron folgte, war ein Bewunderer Friedrichs. Peter schloß mit Friedrich einen günstigen Friedensvertrag und verbündete sich mit ihm.

Wie man Friedrich in Europa einschätzte, gestand er ungewollt selbst in seiner „Geschichte meiner Zeit", durch die Erzählung einer Begebenheit aus dem Jahre 1755: „Der französische Außenminister Rouillé äußerte eines Tages zu dem Gesandten Knuphausen: ‚Schreiben Sie doch dem König von Preußen, er soll gegen Hannover ziehen! Dort gibt es genug zu plündern, und der Schatz des englischen Königs ist groß. Da braucht der König nur zuzugreifen, um einen guten Fang zu machen.' Der König ließ erwidern, daß man solche Vorschläge wohl besser mit einem Straßenräuber bespräche." Friedrich bereitete in Wirklichkeit um diese Zeit bereits sein Bündnis mit England vor. Er hat sich später in einem Brief an den Lordmarschall von Schottland über die „Lügen", die „niederträchtigen Schmähschriften und gemeinen Verleumdungen" beklagt, „die Haß und Erbitterung in ganz Europa dauernd über mich verbreiten".

Friedrich prägte für seine Armee das Prinzip: „Der Soldat muß sich vor seinem Offizier mehr fürchten als vor dem Feind." Das Spießrutenlaufen wurde gegen Deserteure grausam, oft bis zum Tod des Delinquenten angewandt. Friedrich half durch Schliß und Drill zur Verbreitung jener so lange nachhaltigen preußischen Untertanengesinnung, die das Ergebnis des Prügelstockes für die eigene ideelle Überzeugung hält. Von Friedrichs Militärprinzip führt auch, durch alle Wandlungen der Zeit und der sozialen Bedingun-

gen, eine Erblinie zu Hitlers Prinzip: „Der Soldat muß die Gestapo mehr fürchten als den Feind.“

Bei dem wahren Fridericus Rex, dem klassischen Beispiel des von Oswald Spengler propagierten „Cäsarismus“, finden wir bereits als Grundelement des „preußischen Sozialismus“: die Entrechtung und völlige Aussaugung des eigenen Volkes, übertriebenes Vertrauen auf die eigene militärische Stärke, Unterschätzung der Kriegsgegner, Bruch von feierlich eingegangenen Verträgen, tückische Überfälle auf ahnungslose Nachbarländer und — „Haß und Erbitterung in ganz Europa“.

Friedrich hat im hohen Alter ein paar Wälder pflanzen, einige Moore austrocknen lassen und sich für den Bergbau an der Ruhr zu interessieren begonnen. Gemäß den wechselnden Philosophierereien seines Lebens schrieb er nun, sich seinem Volke als „Vater des Vaterlandes“ präsentierend: „Wer seine Länder verbessert, unbebautes Land urbar macht und Sümpfe austrocknet, der gewinnt der Barbarei Eroberungen ab.“ Doch dreieinhalb Jahrzehnte hatte er der Barbarei seiner Eroberungskriege Opfer sonder Zahl dargebracht.

Friedrich war ein aggressiver Despot, der oft sonderbare Einfälle hatte und über die absolute Macht verfügte, um jede seiner krausen Launen zum Gebot für seine von ihm viel verspotteten Beamten und Untertanen machen zu können. Er gestattete sich wohl den privaten Luxus der Freundschaft mit Voltaire, der dann aber Preußen im Protest gegen die Knechtung der Wissenschaft verließ. Während in einigen kleineren deutschen Ländern um diese Zeit liberale Ideen geduldet wurden und die um die Idee der Freiheit ringende Dichtung in Hamburg, Sachsen, Württemberg, Baden und dann besonders in Weimar Stätten ihrer Entfaltung fand, mußte Gotthold Ephraim Lessing erbittert das Preußen Friedrichs II. „das sklavische Land Europas“ nennen. Die in Preußen geborenen Männern des bürgerlichen Humanismus gingen meist außer Landes.

Friedrichs Wort, jeder möge „nach seiner Façon selig werden“, war nur eine Folge seiner zynischen Grundeinstellung zu allen religiösen Fragen. Für die gutsherrlich abhängigen Bauern hatte Friedrichs „religiöse Freiheit“, die nur ein seichter Rationalismus war, keinerlei praktische Bedeutung. Für sie blieben eben die Junker die protestantischen Kirchenherren, wie sie die Richter und Inhaber der Polizeigewalt im Gutsbereich waren. In dem territorial zersplitterten Deutschland war Preußen auch der Hort der geistigen Reaktion.

Aus seiner Liebe für die französische Literatur zog Friedrich II. keinerlei Konsequenzen für ein fortschrittliches Regieren in Preußen. Es braucht nur wenige Blicke auf seine Regierungspraxis, um zu beweisen, daß dieser eigenwilligste Kopf auf Preußens Thron selbst für seine Zeit aggressiv reaktionär und nicht sozial, geschweige denn sozialistisch regierte. In der preußischen Legende wurde er dennoch schon zu Lebzeiten der „Philosoph von Sanssouci“ für die Gebildeten, der „Alte Fritz“ für das gewöhnliche Volk.

BISMARCK, RETTER UND DIKTATOR

Es gibt geschichtliche Bedingungen und in ihnen Augenblicke, die politischen Führern einmalige Gelegenheiten zum entscheidenden Handeln im guten oder bösen Sinne bieten. Hundert Jahre nach Friedrich dem Großen war es der märkische Junker Bismarck, der durch Brutalität und Schlaueit, durch Zynismus und sentimentale Anrufung Gottes als seinen Zeugen bei jedem Gewaltstreich, durch wilden Haß gegen die Revolution und die kühle Überlegung eines diplomatischen Spielers das morsch gewordene Gebäude des preußischen Staates neu zementierte. Bismarcks Stärke im Jahre 1862 bestand in der Unentschlossenheit seiner bürgerlich-liberalen Gegner und außerdem in der allgemeinen Zerfahrenheit der deutschen Zustände seit der Erwürgung der demokratischen Revolution von 1848.

Bismarck war zuerst der Repräsentant der Junker oder, wie er selbst im Vereinigten Landtag 1847 sagte, des „verketzerten Stockpreußentums“. Dieser Ausdruck mag vom altpreußischen Prügelstock kommen. Bismarck bewies jedenfalls zeitlebens an der Spitze Preußens und Deutschlands, daß er viel von Gewalt und weniger von Recht hielt, auch wenn er das ihm zugeschriebene Wort: „Gewalt geht vor Recht“ wahrscheinlich nicht geprägt hat.

Der Junker, der am 20. März 1848 die Bauern in der Umgebung seines Gutes Schönhausen bewaffnen wollte, um dem König gegen das demokratische Volk von Berlin zu Hilfe zu eilen, war ein robuster Gegenrevolutionär. Schon am Vorabend der Märzrevolution hatte er gegen einen schlesischen bäuerlichen Abgeordneten im Vereinigten Landtag gewettert und dabei von den Herren gesprochen, „die so gerne ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen“. Doch der Minister Bismarck von 1862 war nicht mehr der polternde, beschränkte Junker aus der Altmark von 1847/48. Seine diplomatische Karriere hatte ihn inzwischen als Gesandten von Frankfurt über Petersburg nach Paris geführt — und nun war er selbst jenseits der Vogesen politisch in die Schule gegangen, seit dort die bonapartistische Gegenrevolution gesiegt hatte.

In Frankreich herrschte seit dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 Louis Bonaparte, „Napoleon le Petit“ von seinem großen Gegner Victor Hugo genannt. Bismarck hatte viel von dem Bonapartismus gelernt, dessen Paarung von Gewalt und Betrug er in das Preußisch-Junkerliche übersetzte. Er brauchte nicht, wie der französische Diktator, als Stütze eine lumpenproletarische „Gesellschaft des 10. Dezember“, die französische Vorläuferin von Hitlers SA. Bismarck stützte sich auf das hohenzollernsche Königshaus und die preußische Armee, als er teils gegen die liberalen Bürger, teils gegen die feudalen Junker einige entscheidende Züge seiner Politik ausführte. Wenn der dritte Napoleon, nach

dem ersten Auftreten Bismarcks, diesen noch wegwerfend einen Narren nannte, so ahnte der zum französischen Kaiser avancierte Staatsstreichler nicht, daß der Glanz des Bonapartismus acht Jahre später unter dem tödlichen Schlag dieses „Narren“ verlöschen würde.

Bismarcks erste Schlacht ging gegen die 250 Abgeordneten der Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus. Ihrer Opposition fehlte jede Konsequenz, selbst in der Zeit des Konflikts wegen des Wehretats stützten sie die Regierung in andern Fragen. Bismarck erkannte: eine skrupellose handelnde Reaktion konnte diese ziellose Opposition leicht niederringen. Wilhelm I., ein primitiver Militarist, war eher zur Abdankung als zu Konzessionen an das Parlament bereit. Bismarck gelang es in einer Unterredung im Park von Neuhabelsberg, den König zu überzeugen, daß es „sich nicht um Konservativ oder Liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei“ (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“).

Zehn Tage später, am 30. September 1862, stand Bismarck vor der Budgetkommission des Landtags und schleuderte ihr entgegen: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht ... Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut.“ Der Machtpolitiker sprach, schüchterte ein, handelte und schuf vollendete Tatsachen. Auch der König und seine Familie, die erschreckt von einer Volksempörung und der Errichtung der Guillotine auf dem Opernplatz in Berlin träumten, folgten bald gebannt dem Manne der Gewalt.

Bismarck stellte sich auf den Standpunkt, daß der König als der Träger der Souveränität und der Staatsgewalt „berechtigt und verpflichtet ist, auch ohne Etat die Verwaltung

fortzuführen“, falls zwischen dem König, dem feudalen Herrenhaus und dem Parlament keine Übereinstimmung erzielt worden sei. Der König könne den erweiterten Wehretat allein in Kraft setzen. Das war ein Verfassungsbruch, ein Staatsstreich — und Bismarck ging über den Widerstand des Landtags einfach hinweg, indem er ihn auflöste. Dann ließ er Beamte, Richter, Bürgermeister maßregeln, die als Liberale bekannt waren, und außerordentlich verschärfte Pressegesetze einführen.

Aber es ging Bismarck nicht allein darum, durch Macht zu imponieren und einzuschüchtern, durch die Beschwörung von „Blut und Eisen“ den alten preußischen Kasernengeist zu stärken, — das war nur die eine Seite seiner Politik. Er zielte weiter. Er wollte die liberalen Strömungen kanalisieren und sich dienstbar machen, wenn er sie schon als eine unvermeidliche Erscheinung der neuen Epoche hinnehmen mußte.

Bismarcks Politik von 1862 bis 1870 steuerte darauf hin, den Deutschen Bund durch die Hinausdrängung Österreichs zu zerschlagen und dann Preußen zum Haupt von Deutschland zu machen. Bismarck setzte darauf, daß die süddeutschen Fürsten von dem waffenklirrenden Beispiel Preußens mitgerissen würden oder sich zähneknirschend seiner Vormacht würden beugen müssen. Die schwächliche liberale Opposition sollte in den Wellen der großpreußischen Begeisterung an Bismarcks Seite getrieben werden. Die militärischen Erfolge, die durch den schroffen Einsatz der gestärkten Armee erzielt werden konnten, würden so den Staatsstreich von 1862 nachträglich in den Augen weiter Schichten des Volkes rechtfertigen.

In einer andern Zeit und in einem andern Staate wäre ein Mann mit den Eigenschaften Bismarcks wahrscheinlich nach kurzer Regierung gescheitert. Dieser oft überarbeitet erregte, zornig aufbrausende, bei großen Konflikten nervös in Tränen ausbrechende, überall Verbündete suchende und oft

von seinen engsten junkerlichen Freunden verlassene Mann verkörperte keineswegs die ruhige Härte, die die preußische Legende dem „Eisernen Kanzler“ zuschreibt. Bismarcks Stärke bestand darin, daß er den Drang zur deutschen Einheit als eine unvermeidliche objektive Entwicklung erkannte, sich festen Rückhalt bei dem halb absolutistischen König verschaffte und dessen Zustimmung zu einem völlig absolutistischen Handeln in kritischen Augenblicken errang. Bismarck verstand es in einer kurzen Zeitspanne, mitreißende Erfolge durch seine Politik von Gewalt und List zu erzielen.

Die Jahre bis 1866 waren ein Hin und Her von verblüffenden Schachzügen Bismarcks, im Sommer 1863 zwang er den König Wilhelm fast gewaltsam, nicht an dem Frankfurter Fürstentag zur Beratung eines einheitlichen Reiches mit Österreich teilzunehmen — und im folgenden Jahr führte er gemeinsam mit Österreich Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein. Alles war nur Vorbereitung des großen Spielers, der vor allem jede von anderer Seite geschaffene vollendete Tatsache verhindern wollte, bevor das machtgeblähte Preußen in seiner Weise die Frage der Reichseinheit lösen konnte. Als Bismarck seinen Rücken durch Napoleon III. gedeckt wußte, Italien im Bunde gegen Österreich war und auch von Rußland keine Gefahr drohte, brach er durch die preußische Annexion der Bundesländer Schleswig-Holstein den Streit vom Zaune. Durch diesen „deutschen Bruderkrieg“ gegen Österreich und seine süddeutschen Verbündeten erklimmte Preußen nach dem Sieg in der Schlacht von Königgrätz (Sadowa) den Gipfel seines Triumphes: Österreich geschlagen und endgültig aus Deutschland getrieben; die süddeutschen Länder besiegt; der König von Hannover, der Kurfürst von Hessen, der Herzog von Nassau abgesetzt und ihre Länder zu Preußen geschlagen.

Über diese Gewaltpolitik, die Preußens Landgebiet zu einem Mammutgebilde machte und die militaristische Vor-

macht Preußens innerhalb Deutschlands erneut und endgültig begründete, schrieb Preußens Feldherr Graf Helmuth von Moltke: „Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen; er war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietsabtretung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut — für Machtstellung.“ Richtig daran ist nur, daß der Kampf um die preußische Machtstellung lange beabsichtigt und vorbereitet war. Dabei wurde jeder nur mögliche ausländische Verbündete gegen die deutschen Länder akzeptiert oder von Bismarck eifrig umworben. Bismarck hatte sich auch Napoleons Zustimmung zum Raub der nordwestdeutschen kleinen Länder durch Preußen gesichert.

Doch nach Königgrätz dachte der Besieger Österreichs sofort an eine kommende kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich; deshalb wollte er sich mit der Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland begnügen und wehrte sich gegen jede Annexion böhmischer, sächsischer und nordbayrischer Gebiete. Der König und ein Teil der Militärkamarilla dachten nur an plumpen Landraub zugunsten Preußens; sie wollten auch nach 1866 noch kein verpreußtes Deutschland, in dem der Stachel des „süddeutschen Liberalismus“ stecken würde. Da aber Bismarcks Konzeption die größere war, die dem altpreußischen Provinzialismus überlegene preußisch-deutsche, mußte er „weitherziger“ auftreten gegenüber jenen deutschen Ländern, die Preußen jetzt nicht ganz schlucken konnte, aber künftig brauchen würde.

Im Schatten dieser „Blut-und-Eisen-Politik“ vollzog sich der Aufstieg einer neuartigen deutschen Dynastie in Westdeutschland: des Hauses Krupp. Alfred Krupp, Stütze und besonderer Günstling von Wilhelm I. und Bismarck, begründete die unheilvolle Verbindung zwischen den Geschäftsinteressen der Essener Kanonenkönige und der hohen-

zollernschen Politik für ein halbes Jahrhundert. Blut und Eisen von 1866 und 1870/71 wurden zu Gold für die Friedrich Krupp A. G., die nachher auch eine der Hauptgewinnerinnen an der Schutzzollpolitik des „Eisernen Kanzlers“ von 1879 wurde.

Bismarck war in allem das Gegenteil eines geradlinigen Konservativen. Ihm galt alles erlaubt, was erfolgversprechend für sein Regime schien — und die Anwendung von Macht ohne Skrupel wurde gerade durch ihn, um Moltkes Wort zu nehmen, dem deutschen Volk als ein „ideales Gut“ gelehrt. Dieses geistige Erbe Bismarcks grub sich in die weitere Geschichte Preußen-Deutschlands ein und trug später nicht wenig zur Korruption der einfachen politischen Rechtsbegriffe im deutschen Adel und im deutschen Bürgertum bei.

Doch dazu war notwendig, was Bismarcks tiefwirkendste Leistung war: die Zerstörung des national-demokratischen Bewußtseins im deutschen Bürgertum, das zur „Konfliktzeit“ noch in breiten Kreisen vorhanden war, so philisterhaft die Fortschrittspartei auch handelte und so sehr sie in Halbheiten steckenblieb. Bismarck erreichte sein Ziel, die demokratische Bewegung durch die Erfolge seiner Machtpolitik nationalistisch zu überrunden und dann die Fortschrittspartei zu sprengen. Bismarck wurde der Geburtshelfer des Nationalliberalismus, dieses typischen Ausdrucks eines Bürgertums, das 1848 nicht verstanden hatte, seine eigene Herrschaft zu errichten und das auch kein selbständiges politisches Bewußtsein entwickelt hatte, wie es beispielsweise dem französischen Bürgertum, trotz seiner zeitweiligen Rückschläge, als Frucht seiner siegreichen Revolutionen eigen blieb. Bismarck erkannte instinktiv die Achillesferse dieses Bürgertums; es mußte den Verlockungen eines säbelrasselnden Nationalismus leicht zugänglich sein, weil seine oberen Schichten so spät zu wirtschaftlicher Stärke und politischem Interesse gelangt waren, daß sie bereits in der

Furcht vor der neuen sozialen Kraft der Arbeiterklasse lebten. Das hatte sich ja auch bereits 1848 gezeigt.

Da Bismarck keine Prinzipien hatte, sah er in seiner zehnjährigen Koalition mit den Nationalliberalen nicht mehr als ein Mittel zum Zweck. Einige Jahre nach dem Bruch mit ihnen gestand er im Reichstag (24. Februar 1881): „Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen ... Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit ...“ Er hat immer diktatorisch regiert. Die Nationalliberalen, die er nach 1866 in dem Rausch von Einheit und Macht hinter sich her führte, dienten ihm nur als erwünschte Stütze seines diktatorischen Regiments; die Scheinverfassung und das von ihm stets verächtlich gemachte Parlament waren ihm als liberale Verkleidung seines Werkes sehr genehm.

Der Zweck heiligte Bismarck die Mittel: er warb seit 1867 in persönlichen Reden um die Süddeutschen; er warb mit Reden über die Freiheit des Individuums um die Liberalen. Und seine reaktionären Freunde, die konservativen Bekämpfer der „Neuen Ära“ von 1858, seine Kampfgefährten in der „Konfliktszeit“ von 1862, sagten wie der Kriegsminister Roon am Vorabend des Krieges von 1870: „Bismarck redet mit den Konservativen konservativ und mit den Liberalen liberal“, — und der sachlich nüchterne Roon fragte erschreckt: „Die Mittel zum Zwecke — werden sie um seinetwillen geheiligt?“

Der „Zweck“ Bismarcks diente dem reaktionären Preußentum, weit über das tägliche parlamentarische Kulissenspiel zur Tarnung des Absolutismus hinaus. Die Wirkung seiner Politik war historisch eben eine viel tiefere, als Roon ahnen konnte. Sie erstickte allmählich das reale politische Denken im deutschen Bürgertum — und der Liberalismus, auch wenn er im Detail oppositionell gegen den „eisernen Mann“ auftrat, war von seiner ganzen Politik geistig abhängig. Diese

schuf jenen für Preußen-Deutschland charakteristischen nationalliberalen Bürger, der in seinem ganzen Denken wie mit Ketten an das Preußentum gebunden war. Die westeuropäischen Länder hatten starke bürgerlich-demokratische Parteien; Deutschland hatte Nationalliberale, fremd dem revolutionär-demokratischen Geiste, von Schauer vor dem Ludergeruch jeder Revolution befallen — und die Knochenerweichung ihres Liberalismus trat zunehmend in dem Mangel an „Zivilcourage“ zutage, wenn der preußische Befehl ausgegeben wurde.

Bismarcks bleibende und verhängnisvolle Leistung für sechs Jahrzehnte, bis Hitler kam, war die Zeugung dieses Bürgertyps durch die nationalistisch-militaristische Korruption der meisten deutschen Liberalen und zugleich durch die Schürung der bürgerlichen Angst vor der „roten Gefahr“, der jungen Arbeiterbewegung. Der später entstandene deutsche Imperialismus mußte in einem solchen Bürgertum eine dienstbereite Stütze finden.

Der Krieg von 1870/71, Bismarcks verwegenes Spiel, schuf die materiellen Grundlagen für diese innerdeutsche Entwicklung. Der Streit, ob Bismarck gemeinsam mit Roon und Moltke die Emser Depesche durch ihre Kürzung gefälscht oder nur ihren wesentlichen Inhalt schärfer zum Ausdruck gebracht hat, trifft nicht die historische Kernfrage jenes Krieges. Der französische Kaiser führte im Jahre 1870 keinen gerechten Verteidigungskampf gegen Preußen. Der alt gewordene Despot wollte Preußen vor den süddeutschen Ländern demütigen. Durch diese Demütigung, so rechnete er, sollten Preußen isoliert und Bismarcks Vorbereitungen zur deutschen Einheit, die nach der Gründung des Norddeutschen Bundes augenfällig waren, gesprengt werden. Deshalb begnügten sich Napoleon III. und sein Außenminister Gramont nicht damit, daß der Hohenzoller Fürst Anton seinen Verzicht auf den ihm angetragenen spanischen Thron bereits erklärt hatte, sondern sie trieben den Konflikt

weiter. Napoleon erhoffte von dem Krieg eine Steigerung der deutschen Zerklüftung, ähnlich den Zeiten seines Großonkels, des so viel größeren Napoleons I. Die süddeutschen Länder sollten durch den Ruf nach „Rache für Sadowa“ gegen Preußen gestoßen werden.

Bismarck hatte sich seit Königgrätz auf diesen Krieg zuerst als Möglichkeit, dann als Unvermeidlichkeit vorbereitet. Ihm war es nun, dank Napoleons Auftreten, gelungen, diesem die Rolle des Kriegstreibers zuzuschreiben — und Bismarck konnte den Krieg vor ganz Deutschland, und mit ganz Deutschland als einen Verteidigungskrieg führen: Napoleon hatte beleidigt. Napoleon hatte gegen die deutsche Einheit konspiriert. Napoleon hatte den Krieg erklärt. Es ist historisch längst sichtbar geworden, daß Bismarck ebenso wie der Glücksritter auf dem französischen Kaiserthron den Krieg wollte. Doch der preußische Junker an der Spree überspielte seinen zu siegessicher und plump operierenden Gegenspieler an der Seine.

Nach dem Sieg von Sedan ließ Bismarck die Maske fallen — und er führte den Krieg weiter als einen brutalen dynastischen Eroberungskrieg gegen die junge französische Republik. Die Niederlage und der Fall Napoleons genügten Bismarck nicht; er wollte auch das republikanische Frankreich entscheidend schwächen, berauben, beleidigen. In diesem Bestreben war er wieder vereint mit dem König und allen seinen preußischen Freunden, denen in seinen sonstigen politischen Winkelzügen so vieles ein Rätsel blieb.

Die Kaiserkrönung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles war — wenn überhaupt eine Wunsch Erfüllung eines Hohenzollern — nicht die des sturen Königs Wilhelm, sondern die seines Sohnes Friedrich. Die Krönung war Bismarcks Werk und eigentlich seine eigene politische Krönung. In einem fremden, tief verwundeten Land, umgeben von dem verbliebenen Glanz des französischen Königstums, empfing Wilhelm I. die deutsche Kaiserkrone. Der Preuße

empfang sie, wenige Minuten entfernt von der schmalen Ballhausgasse, wo mehr als 80 Jahre vorher der Schwur der großen französischen Revolution erklingen war. Er empfing sie widerwillig, tagelang erfüllt von Wut gegen Bismarcks Zwang. Sie wurde ihm widerwillig von den deutschen Fürsten angetragen, die von seinem Kaisertum Eingriffe in ihre Landeshoheit befürchteten. Die Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag erhielten die Erlaubnis, Bismarcks Befehl durch eine Delegation nach Versailles zu unterstützen. Nie wurde ein Volk unter unwürdigeren Umständen national geeinigt. Mit dem Kürassierstiefel auf dem zuckenden Herz Frankreichs wurde das deutsche Kaiserreich geschaffen. Die Stunden seiner Gründung prägten sein Gesicht.

Bismarck verstand den ökonomischen und politischen Drang der deutschen Länder zur Einheit besser als alle andern preußischen Politiker seiner Zeit und setzte von oben her diese geschichtliche Notwendigkeit durch. Wäre die nationale Einigung von demokratischen Führern verwirklicht worden, so hätte dieses neue Reich der Deutschen die Erfüllung ihres jahrhundertelangen Traumes sein und die gleichzeitige Vernichtung des Preußentums bedeuten können. Durch Bismarck wurde jedoch Deutschland statt zu einem modernen bürgerlichen Staat zum „Heiligen Deutschen Reich Preußischer Nation“, — zu einem Staat, in dem eine nach oben untertänige und gleichzeitig gegenüber dem einfachen Manne überhebliche Bürokratie dafür sorgte, daß der reaktionär-feudalistische Staatsapparat ausgezeichnet funktionierte und in der Zeit des modernen Hochkapitalismus weiter existierte. Die Folgen dieser falschen Erfüllung des deutschen Wunsches nach Einheit mußten zum Verhängnis für Deutschland und die Welt werden. Die Bezeichnung „Preußentum“ hörte nun auf, ein geographisch begrenzter Begriff zu sein, — sie wurde ein allgemein deutscher politischer Begriff, da die preußische Junkerclique ganz Deutsch-

land zu einer einzigen Kaserne machen und ihren Geist über das ganze Reich walten lassen konnte.

Bismarck hat sich wenige Jahre später in den „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche eingelassen — und als ein Mann, der auf vielen Instrumenten spielte, tat er es als „Erfüller einer deutschen Mission“. Er gab sich die Pose des Titanen, der nach einem Jahrtausend den alten Zwiespalt zwischen kaiserlicher und päpstlicher Gewalt in Deutschland mit hartem Zugriff löst. Es ging ihm aber darum, die katholischen Elsässer, hannoverschen Welfen und Polen zu schlagen; die sich im Reichstag um Windthorst als den Führer der neuen großen Partei der Katholiken, dem Zentrum, gesammelt hatten. Auch dieses Zwischenspiel seines Kampfes gegen den katholischen Klerus, das er im Jahre 1878 mit einem untitanischen, aber weitgehenden Rückzug beendete, war charakteristisch für Bismarcks Methode, die Probleme der deutschen Geschichte durch Gewalt zu lösen — und sich dabei den Schein des Fortschrittes selbst dort zu borgen, wo er durch sein reaktionäres Handeln demokratischen Lösungen zuvorzukommen trachtete.

Bismarck blies seinen „Kulturkampf“ in dem Augenblick ab, wo er sich mit den Liberalen überwarf und mit brutalster polizeilicher Gewalt die große Frage lösen wollte, die ihn seit 1862 bewegte. Die liberale Bewegung des Bürgertums hatte er nationalistisch korrumpieren können, mit der neuen sozialdemokratischen Bewegung der Arbeiter war es nicht so einfach. Zeitlebens hat Bismarck mit dem Problem gerungen, wie er die ihm in tiefster Seele verhaßte, stets mächtiger werdende Arbeiterbewegung, die in der starken industriellen Entwicklung heranwuchs, demagogisch überflügeln und ideell entwaffnen könnte. Solches Bemühen zeugte zwischen 1860 und 1870 bei einem Junker aus der Altmark immerhin von geistiger Beweglichkeit; es hob ihn über die provinzielle Borniertheit aller Politiker seiner Herkunft hinaus. Bismarck war jedoch auch hierbei Bismarck:

er griff gegen die Arbeiterbewegung wütend zur Gewalt, als er mit schlauem Verhandeln nicht zum Ziele kam — und er paarte dann wieder soziale Demagogie mit der Gewalt.

Auf drei Wegen rang Bismarck um und gegen die deutsche Arbeiterbewegung; durch seine Verbindung zu Ferdinand Lassalle und zu den Lassalleanern seit dem Mai 1863, durch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten von 1878 und durch die Einführung der Unfall-, Arbeiter-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung als „Lösung der sozialen Frage“ in den achtziger Jahren, indes das Sozialistengesetz weiter in Kraft blieb.

Seit dem Mai 1863 hatte Bismarck geheime Beziehungen geknüpft zu dem großen Arbeiteragitator Ferdinand Lassalle, der um diese Zeit wie ein strahlender Stern am politischen Himmel aufgestiegen war. Nur daß er jäh verlosch, als sinnloses Opfer eines edelmännischen Duells fiel, bewahrte ihn davor, später bei einer Wendung der geschichtlichen Entwicklung möglicherweise offen in Bismarcks Front hinüberzuwechseln. Es ist inzwischen aktenkundig bewiesen, daß Lassalle in seinem letzten Lebensjahr auf dem Wege war, sich in einen geheimen Agenten Bismarcks zu verwandeln. 1928 wurde im Kabinett des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun unter alten Papieren der Briefwechsel zwischen Bismarck und Lassalle aufgefunden, aus dem hervorgeht, daß Lassalle bereits vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Bismarck zu einer Unterredung „über die Arbeiterfrage“ eingeladen worden war. Bismarcks politische Absicht war in jenen Jahren, die junge Arbeiterbewegung als Waffe gegen die bürgerlich-kapitalistischen Liberalen zu benützen. Er empfing Lassalle zu stundenlangen abendlichen Gesprächen, unter vier Augen, die sich immer wieder um die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und die staatliche Subventionierung von Arbeiterproduktionsgenossenschaften drehten. Es wird sich kaum feststellen lassen, ob Bismarck jemals Lassalles soziale

Vorschläge ernsthaft erwog. Jedenfalls kam Lassalles politische Zielsetzung Bismarcks erbittertem Kampf gegen die Fortschrittspartei sehr gelegen. Selbst die Realisierung von Lassalles Ideen hätte den preußisch-militaristischen Staat unangetastet gelassen: die staatlich finanzierten Arbeitergenossenschaften als „Lösung der Arbeiterfrage“ und das allgemeine Wahlrecht als Geschenk Bismarcks mußten die Arbeiter nur stärker an die königliche Macht binden. So konnte sich Bismarck von der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechtes (er verwirklichte es 1867 zum Norddeutschen Reichstag, 1871 zum Deutschen Reichstag, während in Preußen das Dreiklassenwahlrecht bestehen blieb) sogar eine Niederlage der Liberalen versprechen. Die „staatssozialistischen“ Manöver Bismarcks mußten den Junkern, auch wenn diese sie nicht voll verstanden, zumindest lieber sein als eine demokratische Revolution.

Wie weit Ferdinand Lassalle in seinem realpolitischen Verzicht auf eine solche Revolution sich bereits dem öffentlichen Feind angenähert hatte, zeigt sein aufgefundener Brief vom 8. Juni 1863, in dem er von „der Krone“ als dem „natürlichen Träger der sozialen Diktatur“ sprach. Gerade dieser Brief erhellt den wahren politischen Hintergrund für den Empfang von notleidenden schlesischen Webern bei dem König im Frühjahr 1864, den Bismarck auf Lassalles Vorschlag als große soziale Geste durchführen ließ, und für eine königliche Zahlung von 7000 Talern, um probeweise eine solche Genossenschaft der Textilarbeiter in Schlesien zu gründen. Es blieb bei dieser einzigen Geste. Nach dem Empfang bei dem König sagte der „Staatssozialist“ Bismarck zu den Webern, den Söhnen jener Männer, die 1844 durch ihre Rebellion ganz Preußen hatten erzittern lassen, in seinem gewohnten Zynismus: „Nächsten Sonntag gibt es aber noch keinen Gänsebraten!“ Er war damit ein getreuer Schüler seines „sozialistischen“ Vorgängers Friedrich II., der den schwer geschädigten Bürgern nach dem Siebenjährigen

Krieg auf ihre Bitten um Hilfe leutselig geantwortet hatte: „Am Jüngsten Tag kriegt ein jeder alles wieder, was er in diesem Leben verloren hat.“

Der frühe Tod Lassalles am 2. September 1864 brachte Bismarck um die Chance, diesen mitreißenden Redner und volkstümlichen Helden eines Hochverratsprozesses direkt für seine Politik einzuspannen. Bismarck fand später in den Nationalliberalen eine bequemere Stütze, ohne soziale Experimente und ganz im Rahmen der aufsteigenden kapitalistischen Entwicklung Deutschlands. Doch Bismarck bemühte sich weiter, die besten Führer der jungen Arbeiterbewegung zu korrumpieren und in die Redaktion seiner „Norddeutschen Zeitung“ zu ziehen; einige Lassalleaner blieben, Wilhelm Liebknecht wandte sich entrüstet ab. Unter den später aufgefundenen Dokumenten (Nachlaß Hermann Wagener) fand man auch eine Quittung über ein „Darlehen“ von 2500 Talern, das Bismarck einem Herrn von Hofstetten, Redakteur des lassalleanischen „Sozialdemokrat“ gegeben hatte. Der ganze „Staatssozialismus“ endete in schmutziger politischer Korruption.

Nach einer Spanne von eineinhalb Jahrzehnten mit Korruption, Polizeiverfolgungen und Hochverratsprozessen gegen die sozialdemokratischen Führer war Bismarck am Ende seines Lateins gegenüber der jungen Arbeiterbewegung. Er griff zum Mittel der provokatorischen Hetze, zur unverhüllten Gewalt. Der mißglückte Mordanschlag des Anarchisten Nobiling auf den alten Kaiser Wilhelm wurde Bismarck zum sehr gelegenen Vorwand, im Reichstag das Verbot der sozialdemokratischen Partei zu fordern und durchzudrücken.

Bismarck war wieder der Mann der „eisernen Faust“, umjubelt von dem extremsten Flügel der Junker; der Zustimmung großer Schichten des deutschen Bürgertums als „Retter vor der roten Gefahr“ sicher. Im Augenblick, da er der gehafteten Sozialdemokratie das Messer an die Kehle zu setzen glaubte, führte Bismarck in einer Reichstagsrede am 17. Sep-

tember 1878 noch einen tückischen Schlag gegen die zu unterdrückende Partei: er spielte ihren Heros Lassalle gegen seinen „kümmerlichen Epigonen“ August Bebel aus. „Lassalle war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe“, sagte Bismarck, zu dem unbestechlichen Bebel gewandt — „ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung; seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt.“ Das mochte als ein geschicktes Manöver wirken; Bismarck sprach aber nur in einem machiavellistisch berechneten Augenblick die Wahrheit aus, wie sie dann 1928 dokumentarisch bestätigt wurde.

Die sprungartige industrielle Entwicklung, die Millionen neuer Arbeiter in den schnell anwachsenden Städten schuf, zwang den deutschen Kapitalismus, sich irgendwie gegen die revolutionären Arbeiterforderungen zu „sichern“. Die sozialen Versicherungsgesetze wurden von Bismarck, wie Wilhelm I. sagte, „in weiser Voraussicht“ vorgeschlagen. Soweit sie als Gesetze gegen die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterbewegung gedacht waren, erwies sich ihre Voraussicht als beschränkt. Auf fernere Sicht zeigte sich Bismarcks Rechnung, wie er sie in einem Privatgespräch mit seinem Leibjournalisten Moritz Busch aufstellte, nicht als so falsch: „Eine gute Anlage des Geldes, auch für uns: wir beugen damit einer Revolution vor . . .“ Bismarck ging mit seinem Einfall dieser Sozialversicherungsgesetze bis zu seinen Abendgesprächen über „Staatssozialismus“ mit Lassalle in den Jahren 1863/64 zurück.

Diese Gesetze halfen, Bismarck und den Kaiser mit dem Nimbus des sozialen Reformatoriums zu schmücken und der Legende vom „preußischen Sozialismus“ ein modernes Kapitel anzufügen. Das preußisch-deutsch-militaristische „soziale Kaisertum“ Wilhelms I. mit seinen Fürsorgegesetzen

wurde nun als „Fortsetzung des sozialistischen Königtums Friedrichs des Großen“ den deutschen Untertanen vorgeführt — und den westlichen Demokratien entgegengestellt, wo es „nur“ demokratische Volksrechte gab.

In seinem offenen Kampf gegen die Arbeiterbewegung erlitt Bismarck wohl die politische Niederlage seines Lebens. Nach ihrer Heldenzeit von zwölf Jahren erstand die Sozialdemokratische Partei mächtiger und begann ihren Siegeszug. Der verbitterte Greis in Friedrichsruh ahnte bis zu seinem Tod nicht, wie verhängnisvoll tief das bismarckisch-lassalleianische Gift in die deutsche sozialdemokratische Bewegung eingedrungen war — und daß es zwei Jahrzehnte später, nach der Novemberrevolution von 1918, noch helfen würde, sie zu wirklich revolutionär-demokratischem Handeln unfähig zu machen.

ERBEN DES PREUSSISCHEN ANTISOZIALISMUS

Friedrich II. und Bismarck sind die beiden großen Figuren der preußischen Gegenrevolution, des preußischen Antisozialismus. Jeder in seiner Zeit gab dem preußischen Staat die politischen Ziele und die militaristisch-bürokratische Form.

Ein Vergleich zwischen Friedrich und seinen Nachfahren Wilhelm II. und Adolf Hitler könnte — wie alle Vergleiche über das ähnliche Handeln von Menschen unter geschichtlich völlig anderen Umständen — für oberflächlich gehalten werden. Man könnte einwenden: Friedrich sei nur ein aggressiver Despot in einer mit Despoten reich gesegneten Zeit gewesen; er habe sich durch seine persönlichen geistvollen Liebhabereien, die sich augenfällig von der vulgären Kulturlosigkeit Hitlers unterschieden, sogar den aufgeklärten Despoten seines Zeitalters angenähert. Das ist richtig; natürlich war Friedrich nicht schlechthin der erste deutsche Nazi. Doch der Vergleich mit Wilhelm und mit Hitler deckt einen tiefen

inneren Zusammenhang auf zwischen dem Geist von Potsdam und dem später durch das neue Element des Monopolkapitalismus entscheidend geformten, von Machtromantik beherrschten Geist des deutschen Imperialismus.

Beide, Wilhelm und Hitler, haben sich ausdrücklich auf Friedrichs politisch-militärisches Erbe berufen. Besonders Hitler hat es in allem angetreten, was finster und heimtückisch war. An Menschenfeindlichkeit konnte er Friedrich unvergleichlich weit übertrumpfen, aber dessen militärisches Talent blieb für Hitler ein ungreifbarer Traum.

Friedrichs Erbe, legendenhaft verklärt und demagogisch entstellt, gab dem preußischen Junkerstaat den ideologischen Impuls auch im 19. Jahrhundert. Jeder Gewaltstreich von Bismarck wurde „im Geiste des großen Friedrich“ verübt. Von den Nazis schließlich geistig annektiert, wurde Friedrich folgerichtig zum erklärten Schirmherrn für ihre irrealen, mit den unmenschlichsten Kriegsmethoden angestrebten Eroberungspläne.

Bismarck hinterließ — trotz seiner gemäßigten Außenpolitik nach 1870 — ein ansehnliches politisches Erbe für jede folgende reaktionäre Regierung Deutschlands: eine Tradition von Gewalt, Betrug und Demagogie für den modernisierten Gebrauch. Doch erst ein halbes Jahrhundert später sollte Adolf Hitler, der sich zum „preußischen Sozialismus“ bekennende deklassierte Emporkömmling aus Österreich, Bismarcks Kampf gegen die Arbeiterpartei und gegen jede demokratische Bewegung vollenden. Er sollte es so grausam gründlich tun, daß bei dem rückblickenden Vergleich Bismarcks Akte der politischen Willkür verblassen, und er zwar als ein Vorläufer, aber an Hitlers Bestialität gemessen als ein Despot mit vielen liberalen Zügen erscheinen mag.

Der „preußische Sozialismus“ wurde nach 1920 auf dem Weg über die Philosophie Oswald Spenglers, die in dem Gebot „Dienen, folgen, verehren!“ gipfelte, in das Sammelurium der Naziideologie aufgenommen. Er wurde zu einem

Bestandteil dieser Ideologie, zuerst einmal als Waffe des zeitweilig geschlagenen, verfaulenden deutschen Imperialismus im innerdeutschen Kampf gegen die demokratische Revolution, gegen den marxistischen Sozialismus.

Dem Hitlerismus wurde in jener Zeit noch durch eine ganze Reihe von Philosophen der „konservativen Revolution“, die an die preußische Legende weltanschaulich anknüpften, der Weg bereitet. Einige sich liberal gebende Philosophen unserer Tage, die sich gegen Hitler als dem Verwirklicher der „antihumanistischen preußischen Revolution“ wandten, haben auch damit geholfen, der verbissensten und verlogenensten Reaktion den Glanz einer Revolution zu leihen.

V

DAS „INNERE REICH“ DER DEUTSCHEN

Die Deutschen errangen durch Meisterwerke der Musik, der Literatur und der Philosophie im 18. und anfangs des 19. Jahrhunderts ihre größte und bis heute nachhaltigste Weltwirkung. Einige Schriftsteller im Zeitalter des Hitlerismus haben daraus den Schluß gezogen: die deutsche Kultur könne nur groß sein in der politischen Zersplitterung des deutschen Staates, und ein einheitlicher Staat wirke bei einem politisch so unfähigen Volk wie dem deutschen nur lähmend auf seine geistigen Leistungen.

Unstreitig ist es ein besonderes Phänomen der deutschen Geschichte, daß die Musiker Bach, Händel und Beethoven, die Dichter und Schriftsteller Lessing, Herder, Klopstock, Goethe, Schiller und Hölderlin, die Philosophen Kant, Fichte und Hegel zu strahlenden Gipfeln deutscher Künste und deutschen Denkens inmitten der staatlichen Auflösung Deutschlands wuchsen. Aber der Lösung dieses Phänomens kommt man nahe, wenn man die deutsche Geschichte nicht isoliert von der Umwelt betrachtet — und wenn man nicht den deutschen Staat „an sich“, sondern die besondere Art der deutschen Staatsbildung von 1871 sieht.

GEIST UND STAAT

Das 18. Jahrhundert trieb mit seiner sehr ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung, dem kühnen Schwung neuer Ideen und der Formierung der politischen Kräfte in ungleichmäßiger Weise zum demokratischen Umsturz in Europa. Deutschland in seiner staatlichen Atomisierung seit dem Westfälischen Frieden erholte sich langsam von den grauenvollen Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges; da und

dort in den deutschen Landen, die nicht von den friderizianischen Kriegen verwüstet wurden, entstand wieder die materielle Grundlage für eine stärkere kulturelle Regsamkeit. Der Protestantismus hatte zwar politisch die Zersplitterung Deutschlands aufs äußerste steigern helfen, aber er begünstigte auch die Entwicklung der Philosophie und der Wissenschaften. Die wieder erstarkende Macht des deutschen geistigen Erbes der Humanisten und Bauernkämpfer von Anfang des 16. Jahrhunderts vereinte sich mit den Ideen der englischen Materialisten des 17. und der von ihnen beeinflussten französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts, mit der Nachwirkung der demokratischen Revolution in England und der neuen Aufrüttelung durch die Erhebungen in Nordamerika und in Frankreich. Diese vereinten materiellen und geistigen Triebkräfte einer Epoche — gerichtet gegen die absoluten Monarchien in Europa — schufen jene allgemeine schöpferische Atmosphäre, aus der große Künstler und Philosophen die Kraft gewinnen konnten, die Möglichkeiten ihrer Zeit voll auszuschöpfen und sich über sie hinaus zu erheben. Johann Sebastian Bachs Musik entstand nicht zufällig in Mitteldeutschland, dessen entwickelteres Bürgertum sich vom Geiste des Mittelalters löste und von dem Selbstbewußtsein der niederländischen und englischen Bürger angezogen fühlte. Beethoven erhob das Weltgefühl der großen französischen Revolution und des jungen Generals Bonaparte zu der musikalischen Macht, die ein ganzes weiteres Jahrhundert nicht übertroffen wurde.

Selbst in der Düsternis des friderizianischen Staates, der sich von dem allgemeinen Aufschwung des deutschen Geisteslebens mit preußisch-absolutistischen Mauern abzuschließen versuchte, gab es den Nicolaischen Verlag, dessen Tätigkeit zur Förderung der deutschen Literatur Heinrich Heine rühmend der negierenden Haltung Friedrichs II. entgegengestellt hat. Preußen war geistig nicht Deutschland, trotz seiner militärisch-polizeilichen Stärke. Der Import von Ideen aus den

national und staatlich einheitlichen, wirtschaftlich schon höher entwickelten Ländern führte gerade in einem Lande wie Deutschland zu einer ungewöhnlichen geistigen Anstrengung, sich auf die allgemeine europäische Höhe zu erheben. Es fanden sich dazu die Köpfe, besonders seit Lessing, Winckelmann, Wieland und Herder das humanistische Erbe griechischen Geistes, des „Wahren, Schönen und Guten“, mit einem neuen deutschen Nationalbewußtsein der Toleranz zu verbinden bestrebt waren.

Doch wenn die Köpfe nicht die Hände finden, die ihre Gedanken zur politischen Tat machen, ja wenn sie die Hände nirgends im eigenen Lande sehen, dann verfallen die Köpfe trotz ihrer Genialität der Neigung, den Fortschritt von der festen Erde des menschlichen Lebens in das Reich der philosophischen Abstraktion und Spekulation, das Ringen um die Freiheit in das „Reich der Träume“ zu verlegen oder die Förderung des politischen Freiheitskampfes durch ein abgeklärtes Weltbürgertum zu ersetzen. Für diese drei Begriffe konnte man die Namen Immanuel Kant, Friedrich Schiller und Johann Wolfgang Goethe setzen. Sie entfernten sich vom täglichen deutschen Leben in ihre Art des Denkens, weil das deutsche Leben ihrer Zeit mit seiner kleinlichen Beschränktheit und dem Fehlen eines selbstbewußt-revolutionären Bürgertums so weit hinter ihrem Denken zurückblieb.

Die staatliche Ohnmacht Deutschlands war nicht der schöpferische Grund für eine Blüte der deutschen Kultur; sie entstand aus dem materiellen und geistig-politischen Aufschwung Europas. Dieser rief allmählich, wenn auch zu schwach, den eigenen Drang der besten Deutschen hervor, eine im demokratischen Geist geeinigte deutsche Nation in einer durch demokratische Revolutionen neu gestalteten Welt zu schaffen. Die deutschen Zustände begünstigten wohl, daß Künste und Philosophie sich trotz der Herrschaft absoluter Fürsten in den einzelnen Ländern entfalten konnten, die staatliche Schwäche steigerte wohl die Macht der Ideen und der Philosophie, —

aber die deutsche Wirklichkeit, die diesen Gedanken keine politische Bestätigung zu bieten vermochte, beraubte den deutschen Geist zusehends des Wirklichkeitssinnes. Das national-einheitliche Frankreich des 18. Jahrhunderts konnte aber einen Zusammenklang zwischen dem Geist Voltaires und der Realität seines Landes schaffen, weil sich in zwei Jahrhunderten — zum Teil gefördert durch die absoluten Könige in ihrem Kampfe gegen den Adel — ein starkes Bürgertum, ein politisch fordernder „Dritter Stand“, bereits herausgebildet hatte. Voltaire und die Enzyklopädisten hatten in ihm ihren gesellschaftlichen Rückhalt.

Nicht nur eine neue Gesellschaft, die siegreich aus einer Revolution hervorgegangen ist, vermag große Kulturleistungen hervorzubringen, — es zeigt sich in der Geschichte der Menschheit immer wieder augenfällig, daß die zum Umsturz des Überlebten drängenden fortschrittlichen Klassen große geistige Führer, Meister der Kultur hervorbringen; ähnlich wie in der Renaissance.

Hätte das deutsche Bürgertum die realistische Erkenntnis und dadurch auch den politischen Willen aufgebracht, durch eigene Hand auf dem Wege der demokratischen Revolution die deutsche Nation zu vollenden, — dann wäre Bismarcks despotische Gestalt als Geburtshelfer und Former eines deutschen Kaiserreiches unmöglich geworden. Es gibt keinen geschichtlichen Beweis dagegen, daß nicht ein revolutionär geformter Staat auch in Deutschland zu Höhepunkten einer bürgerlich-demokratischen Kultur geführt hätte, ebenbürtig den Leistungen des Westens. Es war also nicht die staatliche deutsche Einheit an sich, die zu einer besonderen Art des Niederganges der bürgerlichen Kultur in Deutschland führte, sondern die bismarckisch-wilhelminische Form der Staatsgestaltung. Sie prägte dem neuen Reiche auch kulturell die häßlichen Züge der Reaktion und eines bourgeoisen Parvenütums ohne demokratische Würde.

„EDEL SEI DER MENSCH“

Zwei so verschiedene Gestalten wie Lessing und Herder stehen am Beginn der deutschen Klassik. Lessings Unglück war, sagte Heinrich Heine, „seine schaurige Einsamkeit, sein geistiges Alleinstehen“. Als ihm Weib und Kind starben, schrieb Lessing mit wirklich schaurigem Doppelsinn: „Und ich verlor ihn ungerne, diesen Sohn. Denn er hatte soviel Verstand! soviel Verstand!... War es nicht Verstand, daß man ihn mit eisernen Zangen auf die Welt ziehen mußte?, daß er so bald Unrat merkte? — War es nicht Verstand, daß er die erste Gelegenheit ergriff, sich wieder davon zu machen?“ Und Herder, obwohl er auf Männer wie Goethe und Kant stark gewirkt hatte, beklagte als Fünfzigjähriger — von den deutschen Zuständen und dem eigenen engen Dasein bedrängt — sein „verfehltes Leben“. Beide litten an Deutschland, indes sie Stein um Stein zum geistigen Bau einer Nation herantrugen, wie sie sie ersehnten, die aber für sie zeitlebens nicht mehr als eine Hoffnung sein konnte.

Keiner, der an solchem Bauen teilnahm, entging später dem Schicksal, daß sein Werk — losgelöst von den Bedingungen seiner Zeit und ihrem Streben — von den Nazis geplündert wurde; selbst Lessing wurde von ihnen zu einem Verherrlicher des Preußentums, zu einem „antifranzösischen“ Denker und Dichter verfälscht. Gewiß hat Lessing die deutsche Literatur von französischer Bevormundung zu befreien versucht, aber er tat es mit dem Ziel, die höfische Nachahmung der französischen Kultur durch die deutschen absoluten Fürsten (vor allem am preußischen Hof, wo sie seit König Friedrich I. herrschte) überwinden zu helfen. Lessing, der Diderots Werke sehr schätzte und mit Voltaire in einem persönlich begründeten Konflikt stand, wollte nicht die französischen Aufklärer treffen, sondern die feudalistische Hemmung der deutschen Literatur durch die französierenden Fürsten. Die Französelei war seit den Tagen des „Großen Kurfürsten“ und des Westfälischen

Friedens politisch identisch mit der Verewigung der deutschen Zersplitterung und mit der anschwellenden militaristischen Macht des Preußentums, das keiner mehr als Lessing gehaßt hat.

In jedem Lande ging die Entwicklung zur bürgerlichen Revolution eigene Wege — und es lag an den nationalen Verhältnissen Deutschlands seit dem Dreißigjährigen Krieg, daß zwischen Lessings Wirken und der Literatur der Nation, die selbst ihrer großen Revolution entgegenging, ein Zwiespalt bestand. Doch Lessings Werk, in seiner Humanität und in seinem Streben zur „Erziehung des Menschengeschlechts“, war durch tausend geistige Bande mit der Welt der französischen Enzyklopädisten verbunden, mit ihren menschlich-sittlichen Grundgesetzen, die gegen den Absolutismus in Frankreich und gegen den Feudalismus in Deutschland auf national verschiedenen Wegen durchgesetzt werden sollten. Frankreich stand noch vor der Revolution, als Lessing starb; England hatte jedoch schon den zweiten Akt seiner bürgerlichen Revolution hinter sich, als er sein Lebenswerk begann. So zog diesen klärenden, zum Aufbau einer deutschen Nationalliteratur drängenden Geist der Realismus im Leben, in der Philosophie und in der Dichtung Englands an. Dabei entdeckte er den mächtigen dramatischen Gestalter der Fülle des Lebens, Shakespeare, für Deutschland.

Lessing war ein geistiger Vorbereiter der deutschen bürgerlichen Revolution, indem er ein Lehrer ihrer tatsächlichen Vorbereiter wurde. Einige Jahrzehnte vor Friedrich Schiller, der in „Kabale und Liebe“ bereits die Wahl eines deutschen Schauplatzes wagte, stellte Lessing in „Emilia Galotti“ den Konflikt bürgerlicher Menschen in einer feudal beherrschten Gesellschaft auf die Bühne. Ausländische Schauplätze oder Gestalten einer fernen Vergangenheit wurden von den Dichtern aller Länder gewählt, wenn sie dem Drang zur Freiheit gegen Zensur und Bedrückung im eigenen Lande auf der Bühne Leben verleihen wollten. Bei Lessing wie bei Schiller

konnte der einzelne bürgerliche Mensch nicht die überalterte soziale Umwelt besiegen, aber die realistische Gestaltung dieses Kampfes auf der Bühne schlug schon Breschen in sie. Lessing — Freund des Gelehrten Moses Mendelssohn, des geistigen Wegbereiters der Emanzipation der deutschen Juden — hinterließ den Deutschen in „Nathan der Weise“ das Hohelied der religiösen Toleranz und in seinem echten Sinne auch der rassischen Toleranz. (In Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm“ sah Goethe nicht eine Verherrlichung Preußens, sondern ein Schauspiel der deutschen Versöhnung zwischen Preußen und Sachsen, das noch die schmerzlichen Wunden der Aggression Friedrichs II. fühlte: die „Liebenswürdigkeit der Sächsischen überwindet den Starrsinn der überstolz gewordenen Preußen“.)

Nach Lessings Tod — es war die Zeit der Verkündung der Bürgerrechte in Nordamerika und der Menschenrechte in Frankreich — begründete Herder in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“, daß alle Rassen „ein und dieselbe Gattung des Menschengeschlechts“ seien. Alexander von Humboldt bewies dann zu Beginn des neuen Jahrhunderts, als er auf seiner Forschungsreise nach Mexiko in nahem Umgang mit den Indios gekommen war, die „Einheit des Menschengeschlechts“; er setzte gegen die Lehre von den „höheren und niederen Menschenrassen“ das Bekenntnis, daß alle Volksstämme — trotz verschiedener Stufen ihrer Bildung — „gleichmäßig zur Freiheit bestimmt sind“.

Herder sprach die Erkenntnis der ganzen klassischen Schule aus: er kenne „nichts Höheres als Humanität im Menschen“. Dem menschlichen Geiste wies er die Aufgabe zu, „die Humanität und die Kultur unseres Geschlechts tiefer zu gründen und weiter zu verbreiten“. Vorkämpfer deutscher Dichter und Verehrer Shakespeares wie Lessing, setzte Herder sich selbst ein wunderbares literarisches Denkmal durch seine Bemühung um die Entdeckung der Volkslieder „vergessener“ Volksstämme, besonders der kleineren slawischen Völker, für

die Weltliteratur. Er leitete den jungen Goethe, ein deutscher Dichter zu sein und sich den Liedern anderer Völker zuzuwenden, um die Dichtung als „eine Welt- und Völkergabe“ zu verstehen. Goethe hat (in „Dichtung und Wahrheit“) selbst beschrieben, wie ihn Herder bei ihrer ersten persönlichen Begegnung in Straßburg erregte und beeindruckte. Herder, der Forscher nach einer allseitigen, über sein religiös-protestantisches Weltbild hinausgehenden Erklärung der Natur und Geschichte, lenkte auch Goethes Blick auf die Bedeutung der Wissenschaften.

In Goethe erreichte der deutsche Humanismus seinen dichterischen Höhepunkt. Deutsche Literaturhistoriker haben oft beklagt, daß Goethe als reifer Mann sich so sehr den Naturwissenschaften zuwandte. Sie verstanden nicht, daß das dichterische Genie gerade aus seiner Enttäuschung als Weimarer Minister über gescheiterte Reformpläne, aus seinen Bemühungen um den Bergbau und die Fabriken in dem kleinen Fürstentum und dann aus seinem Suchen nach einer tieferen Erkenntnis der Naturentwicklung zu dem universalen Geist wachsen konnte, der über seine ganze wirre Zeit leuchtete, um ein Jahrhundert später noch seinen Glanz in der ganzen Menschheit zu bewahren. „Sie suchen das Notwendige in der Natur“, schrieb ihm Schiller in seinem ersten Brief — „aber Sie suchen es auf dem schwersten Wege.“

Goethe war zeitlebens ein Suchender nach der Antwort auf die Fragen, die ihm entgegenstrahlten aus den Widersprüchen in der Natur, zwischen Ideen und Erfahrungen, zwischen Natur und Kunst, — und vor allem aus dem Widerspruch zwischen dem eigenen unkonventionellen Denken, Streben, Leben und dem höfischen gesellschaftlichen Sein von Weimar. Goethes pantheistisches Naturgefühl verwandelte sich allmählich in Erkennen und Wissen; er kam der vollen Erkenntnis des dialektischen Entwicklungsprozesses sehr nahe.

Man nennt den „Faust“ das „deutsche Drama“. In der Tat erblicken wir doppelt in ihm das deutsche Drama: drei Jahr-

hunderte deutschen inneren Kampfes widerspiegeln sich mit allem Dämonisch-Reaktionären und Hell-Fortschrittlichen, mit allem Rauhen und Innigen, mit der geistigen Bedrückung und dem Suchen nach wahrhafter Wissenschaft. Doch diese Kämpfe widerspiegeln sich in ihm nur; sie sind aus der Realität einer zerklüfteten Nation in die Welt der Legende verlegt, und in den Menschen als der Kampf zweier Seelen in seiner Brust. In dieser legendär-romantischen Flucht nach innen besteht das andere Drama dieses Dramas der Deutschen.

Es spricht aus ihm auch der persönliche Widerspruch in Goethes Weimarer Leben voll täglicher Kompromisse und mit seinem Selbstschutz hinter der ministerlichen Würde und der Unantastbarkeit des Olympiers: Goethe in seinen verschiedenen Erscheinungen. Goethe, der „große Heide“, der 1799 die Verjagung Fichtes wegen Atheismus von der Jenaer Universität duldet. Goethe, der als Theaterleiter den kühnsten Neuerer und Stürmer unter den Jungen, Heinrich von Kleist, zurückstieß, scheinbar aus klassizistischer Voreingenommenheit, in Wirklichkeit aber weil er die germanisch-preußische Geistesmischung in manchen Werken Kleists ablehnen mußte. Goethe, der in seinen Komödien „Der Bürgergeneral“ und „Die Aufgeregten“ die Kämpfer der großen französischen Revolution verständnislos verhöhnte, aber danach der weltgeschichtlichen Gestalt Napoleons I., dem er 1808 in Erfurt in der denkwürdigen Begegnung der beiden Mächtigsten der Epoche entgegengetreten war, auch über die Niederlage hinaus Ehre erwies. Goethe, der in seiner Hoffnungslosigkeit über den Zustand der Nation nur ein Bürger der Welt sein wollte. Alle diese Züge Goethes sind Teile des einen lebendigen Goethe, der das Leben nicht hassen wollte, auch wenn „nicht alle Blümenträume reiften“, und der dem Leben hingegeben war, „zu leiden, zu weinen, zu genießen und zu freuen sich“.

Der Meister der deutschen Lyrik und Bildner der modernen deutschen Prosa wurde mit seinen Büchern über Wilhelm

Meisters Lehr- und Wanderjahre zum Begründer der sehr deutschen eigenartigen Gattung des Bildungsromanes, der unter Goethes Nachfahren dann dahin fehlging, das Individuum aus seiner Beziehung zur realen Gesellschaft seiner Zeit zu lösen und nur den inneren Kampf des Individuums um seine höhere Bildung und Reifung zu schildern. In Goethes Lebensweg durch die deutsche Misere war es kein verwunderliches Ergebnis, daß ihn in seinen letzten Lebensjahren einige naturwissenschaftliche Studien mehr interessiert haben sollen als die französische Julirevolution von 1830. Doch er hinterließ den Deutschen, bei denen er nach hundert Jahren unter den Nazis als „unsoldatisch“ verfeimt wurde, die tiefste dichterische Erkenntnis vom Mensch-Sein, — tief, weil sie aus keiner flachen Harmonisierung des Seins, sondern aus seinem widerspruchsvollen Ringen erwuchs und allein im strebenden Bemühen der Menschen die Erlösung suchte:

„Edel sei der Mensch,
Hilfreich und gut! ...
Nur allein der Mensch
Vermag das Unmögliche:
Er unterscheidet,
Wählet und richtet;
Er kann dem Augenblick
Dauer verleihen.“

Goethe stieg im „Faust“ zur Vision auf, „ein freies Volk auf freiem Grund“ zu sehen, — dieser von ihm selbst verleugnete Wunsch brach stark aus ihm: „Zum Augenblicke möcht' ich sagen: Verweile doch, du bist so schön!“ Zu seinem Mitarbeiter Eckermann sagte Goethe darüber: „Es erscheint hier eine höhere, breitere, leidenschaftslose Welt, und wer sich nicht umgetan und einiges erlebt hat, wird nichts damit anzufangen wissen.“ Die Deutschen hatten sich zu wenig umgetan. Sie, die noch oft die Menschheit vergaßen, wenn sie glaubten, es ginge um die Nation, — sie sahen nur den Triumph des „Allgemein-Menschlichen“, wo der Dichter riet, sich umzutun,

um zu verstehen, daß er als letzte Weisheit seines Lebens den Weg zu einer freien Nation in einer freien Welt wies.

Als der zweite Teil des „Faust“ erschien, waren zwei Jahrzehnte seit der napoleonischen Bauernbefreiung und dem Oktoberedikt des Freiherrn vom Stein verflossen; das Junkertum trug wieder den Kopf erhoben. Goethe war auch Napoleons freiheitlich-deutschem Gegenspieler nur einmal im Leben begegnet, in Steins Nassau. Sie hatten sich, begleitet von Arndt, vereint auf eine Reise nach Köln begeben und dort den Dom besucht. Der adlige Reformler war bereits von Metternich und den Junkern politisch in totes Geleise abgedrängt; man schrieb das Jahr 1815.

Goethes Wissen um die Menschlichkeit und um die Menschheit war Schillers geistiger Welt überlegen, obwohl dieser das dramatischere Talent mit volkstümlicheren Wirkungen war. Goethe in seiner Größe und in seinen Schwächen, als einem universalen Geist und sinnenstarken Menschen, konnte nichts Menschliches fremd sein. Der Dramatiker Schiller war scheinbar der leidenschaftlichere, politischere Dichter der Freiheit. Fast durch sein ganzes Werk — von den „Räubern“ und dem „Fiesco“ über „Kabale und Liebe“ und „Don Carlos“ bis zu „Wilhelm Tell“ — zieht sich direkt (und indirekt durch die Verlegung des Schauplatzes in andere Länder und Zeiten) der Kampf um Freiheit, der seinem ganzen Sinne nach nur als Kampf um deutsche Freiheit gedacht sein konnte. Schillers Unterlegenheit gegenüber dem allseitigeren Goethe bestand darin, daß das ganze philosophische Denken und auch schließlich die ästhetischen Auffassungen Schillers eingezwängt waren in das System der Philosophie Kants, das Goethe als „subjektiven Idealismus“ ablehnte. Schiller interessierte sich wenig für die meisten Wissenschaften. Kants kategorischer Imperativ gab dem Dichter die hohe ideale Gesinnung; aber das sittliche Grundgesetz des Königsberger Philosophen, das im Reiche des Geistes thront, trieb Schiller auch in das Abstrakt-Gedankliche, um dort den Ersatz dafür zu finden, daß in der deut-

schon Wirklichkeit sich nirgends die Morgenröte der Revolution, die Möglichkeit zur politischen Verwirklichung des Ideals der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zeigte.

Ein Teil der Deutschen hat Schiller später richtiger verstanden als er sich selbst. Es war allerdings nur ein kleiner Teil des Bürgertums und die Arbeiterbewegung, die Schillers Erbe von den persönlichen Irrungen des Kleinstaatlers, die ihn zur Absage an die große französische Revolution getrieben hatten, befreiten — und dem Werke des Ehrenbürgers der französischen Republik huldigten. Für den Kampf der freiheitlichen Kräfte im deutschen Volke (bis in die illegalen Zeitungen, die unter der Hitlerdiktatur verbreitet waren) wurden Schillers beste Worte Fahnen. Er war und blieb der Vorkämpfer der Gedankenfreiheit, gegen die Tyrannenmacht, der völkerverbrüdernde Rufer: „Seid umschlungen, Millionen! Diesen Kuß der ganzen Welt!“, der Mahner zum Männerstolz vor Königsthronen und zum festen Mut in den schweren Leiden des Kampfes gegen die reaktionäre Lügenbrut: „Duldet mutig, Millionen, duldet für die bessere Welt!“ Und wenn dieser aufbrausende Klang des echten deutschen Humanismus, dem Beethoven die unsterbliche Macht seiner Musik in der Neunten Symphonie verliehen hat, im ursprünglichen Text nicht „Lied an die Freude“, sondern „Lied an die Freiheit“ hieß, so hat der bessere Teil der Deutschen es stets so verstanden.

Die Nazis wollten Schiller, der das deutsche Theater zur sittlichen Anstalt machen wollte, zu einem Vorläufer ihrer eigenen Unsittlichkeit, ihres Antihumanismus herabwürdigen. In den ausgetretenen Fußtapfen der wilhelminischen Reaktion verfälschten sie den „Tell“, den nationalen Freiheitskampf der Schweizer Urkantone im 14. Jahrhundert gegen die Habsburger Fronherrschaft, in eine „Deutsche Vaterländische Dichtung“. Schillers Zurückschrecken vor der französischen demokratischen Revolution, als die Verleumdungsflut gegen die Jakobiner Europa überschwemmte, und sein Unverständnis

für die geschichtliche Rolle der protestantischen deutschen Fürsten — sie lieferten den Nazis die kümmerlichen Abfallbrocken, die sie sich aus dem mächtigem dichterischen Werk Schillers als ihr Erbe aneigneten.

Schiller, der Kantianer, hatte aus seiner Abkehr von der realen Revolution in Frankreich, deren Erfahrungen nicht seinen Ideen entsprachen, niemals als Schlußfolgerung den Verzicht auf das Streben nach Freiheit gezogen. Sein Pessimismus für die Epoche ließ ihn durch alle Länder nach „der Freiheit ewig grünem Garten“ spähen — und in diesem Gedicht „Der Antritt des neuen Jahrhunderts“ (1800) fragen und antworten:

„Edler Freund, wo öffnet sich dem Frieden,
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?...

In des Herzens heilig stille Räume
Muß sie fliehen aus des Lebens Drang!
Freiheit ist nur in dem Reich der Träume
Und das Schöne blüht nur im Gesang.“

In der Gebundenheit des eigenen Lebens zwischen den Mauern des Weimarer Zwergstaates hob Schiller die Ideen der französischen Revolution in das „Reich der Träume“ empor und das Ideal der Gleichheit in das „Reich des ästhetischen Scheins“, also in die Kunst. Seine eigenen Werke zeigen aber: diese Flucht drückte nur seine zeitweilige eigene Verwirrung über die noch zu nahen französischen Ereignisse, die so anders verliefen als der niederländische Freiheitskampf, und seine unmittelbare Hoffnungslosigkeit für Deutschland aus. Eines seiner letzten Werke war der „Tell“, die Verherrlichung eines siegreichen politischen Freiheitskampfes.

DER STURM AUF DEN HIMMEL

Friedrich Engels rühmte Heinrich Heine: dieser habe entdeckt, daß sich hinter den pedantisch-dunklen Worten von schwerfälligen deutschen Professoren die Revolution ver-

steckte, mochten auch ihre Schriften anerkannte Lehrbücher geworden und die Hegelsche Philosophie „gewissermaßen zum Rang einer königlich-preußischen Staatsphilosophie erhoben worden“ sein. Heine erkannte es, — den Professoren Kant, Fichte und Hegel war es viel weniger bewußt gewesen, weil ihre Gedanken nicht auf die Erde herabstiegen und zur Fahne demokratischer Revolutionäre werden konnten. In Frankreich führten die Enzyklopädisten ihren legalen und illegalen Propagandakampf, und das absolute Königstum ließ manche von ihnen auch in die Bastille sperren. In Deutschland hat man die Gedanken der Revolution nur gedacht und schließlich als „innere Befreiung“ ausgelegt in einer Umwelt, in der die preußisch-deutschen Bastillen nicht zertrümmert wurden.

Heine*) spottete traurig über die gemäßigten Franzosen, deren Robespierre nur einem gewöhnlichen König den Kopf abschlagen ließ, während Kant den Himmel stürmte. Die Deutschen hatten weder einen Cromwell wie die Engländer noch einen Robespierre wie die Franzosen — und vielleicht wäre der junge hessische Dichter-Revolutionär Georg Büchner in der Revolution von 1848 ein deutscher Marat geworden, aber dieser „Freund des Volkes“ starb dreiundzwanzigjährig schon im Jahre 1835 als Emigrant.

Der Himmel, den der kleine Königsberger Professor Immanuel Kant mit seiner „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) stürmte, war der Himmel der dogmatischen deutschen Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts, die den Absolutismus nicht antastete. Kant war ein Zeitgenosse der Lessing, Wieland, Winckelmann, Herder, Goethe und Schiller. In seinem kleinbürgerlichen Leben in Ostpreußen gab es, außer dem Einrücken russischer Truppen in Königsberg während des Siebenjährigen Krieges, keinerlei erschütternde Ereignisse. Kants Genialität bestand darin, daß er alle hergebrachten philosophischen Vorstellungen, die für eine neue bürgerliche Welt

*) Heinrich Heine: „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ (1834).

nicht mehr ausreichen konnten, vernichtete. Er setzte die Selbstbestimmung des vernünftigen Willens an die Stelle der alten Gottbegriffe. So formulierte er den Kategorischen Imperativ als das sittliche Gesetz, das der Mensch, unabhängig von aller Erfahrung, aus Vernunft befolgen müsse.

Kant wußte nicht, weil sein antifeudalistischer Kampf rein im Reiche der Gedanken vor sich ging, daß er dem deutschen Bürgertum den Weg wies, sich von geistigen Fesseln zu befreien, sich eine neue Moral zu schaffen, Freiheit des Denkens und der Person zu erringen. Da er nicht erlebte, wie dieses Bürgertum durch eigene Taten in das Spiel auf der deutschen politischen Bühne eingriff, mußte er seinen Kategorischen Imperativ abstrakt als ein für alle Zeiten geltendes Sittengesetz verkünden — und nicht konkret als das Gesetz zum Handeln für eine demokratische deutsche Nation. Es war gewiß nicht Kants Schuld, daß seine Gedanken an eine deutsche Welt stießen, die auch ihm die Kompromisse der „praktischen Vernunft“ aufzwang. Seine Arbeit „Zum ewigen Frieden“ — ein über die Zeiten klingender Ruf nach einem friedlichen Bund der Völker — erschien 1795, als Europa nach der großen französischen Revolution in eine zwanzigjährige Ära von Kriegen eingetreten war.

Stärker und realistischer dem deutschen Leben zugewandt war Johann Gottlieb Fichte, obwohl sein philosophisches System die höchste Steigerung des subjektivistischen Idealismus war: die Anerkennung alles Seins nur durch das Bewußtsein des „Ich“, die Leugnung der objektiven Realität. Doch Fichte — in seiner humanitären Gesinnung Herders und Kants würdiger Nachfolger — wurde mehr und mehr ein geistiger Streiter seiner Zeit, als die Geister sich gegen die nationale Bedrückung durch Napoleon I. entflamten. Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ richteten sich nicht gegen die aus Frankreich kommenden Ideen, denen er selbst anhing; er hatte bei seiner Verjagung aus Jena 1799 sich selbst „einen verschrieenen Demokraten“ genannt. Fichte wollte das Tyran-

nische in Napoleon, dessen Europa unterwerfende „Universalmonarchie“, zerstören helfen. Während der junge preußische Dichter Heinrich von Kleist zeitweilig (im historischen Gewande seiner „Hermannsschlacht“) einem nationalistischen Taumel gegen den fremden Eroberer verfallen konnte, leuchtete stets durch Fichtes gewaltige Sprache sein tiefes menschenbrüderliches Gefühl für die wirkliche „Bestimmung des Menschen“.

Fichtes Utopie eines „geschlossenen Handelsstaates“, die in unseren Tagen oft als eine geistige Vorbereitung der nazistischen Autarkie bezeichnet wurde, konnte es schon deshalb nicht sein, weil Fichte den freien Austausch des Geistes und der Künste in dieser Utopie wünschte. Sie war mit gewissen sozialistischen Zügen ein Ausdruck von dem, was in Deutschland um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert unklar geträumt wurde. In Fichtes „Rede über den wahrhaften Krieg“ steht — eine wuchtige Quader im Bau des deutschen Humanismus — seine Forderung: „Und so wird von ihnen aus erst dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechtes, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt.“

Fichte starb im Jahre 1814; er erlebte nicht mehr das Verfassungsversprechen des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. und auch nicht dessen schmachvollen Bruch. Als Fichte im Strome der Zeit trieb und oft von seinen Wellen überspült wurde, mochten sich die Proportionen in seinem eigentlichen Wollen manchmal etwas verschieben, — aber die Zeit nach 1815 hätte sicherlich in ihm einen der heftigsten Streiter gegen die Allmacht der Reaktion gefunden. Dafür zeugen Fichtes Worte vor dem Ausbruch des Befreiungskrieges: „Wenn es sich nun hinterher doch zeigte, daß es

nicht ernst gewesen wäre, wenn nach Errettung im Kampfe abermals die Selbständigkeit der Nation dem Vorteile der Herrscherfamilie aufgeopfert würde, wenn sich zeigte, daß der Herrscher zwar wollte, daß für seine Herrschaft das edelste Blut seines Volkes flösse, er dagegen für die Selbständigkeit desselben seine Herrschaft nicht wagen wolle: so könnte unter einem solchen der Vernünftige durchaus nicht bleiben. Sein Wirken in der Gesellschaft könnte nur den Zweck haben, den Keim einer freien rechtlichen Verfassung in dieselbe zu legen.“

Schon zeitlich parallel zu Fichtes Wirken entfaltete sich in der deutschen Literatur die Romantik, die in Friedrich Schelling ihren philosophischen Förderer fand. Doch die deutsche klassische Philosophie schritt im Werke Georg Friedrich Wilhelm Hegels ihrem Höhepunkte zu. Mitten in der tiefsten Reaktionsperiode, von 1818 an, las Hegel an der Berliner Universität — und die „Hegelei“ sollte bis zum Vorabend der Revolution von 1848 die deutsche geistige Welt entscheidend beeinflussen. Das zwiespaltige Werk dieses Mannes, der von den preußischen Absolutisten für sich reklamiert wurde und der auch die Wegbereiter der deutschen demokratischen Revolution geistig formen half, wirkte mit seiner eigentlichen Errungenschaft, seiner Methode, auf Karl Marx und Friedrich Engels — und dann auf Lenin, den größten russischen Theoretiker des Sozialismus. Sie alle hielten das Studium der Hegelschen „Logik der Widersprüche“ für eine unerläßliche Voraussetzung, um eine wirkliche Erklärung des Entwicklungsprozesses in der Natur und in der menschlichen Gesellschaft zu finden.

Hegels Geschichtsphilosophie ging von der humanistischen Auffassung der Einheit der Menschheitsentwicklung aus. Er erkannte den ständigen widerspruchsvollen Prozeß des Werdens und Vergehens; keine Wahrheit kann endgültig sein. Der idealistische Philosoph Hegel verlegte den ganzen

dialektischen Prozeß aber allein in das Denken des Menschen. Er wandte seine Methode nicht auf das Verhältnis zwischen dem menschlichen Bewußtsein und dem materiellen Sein an, — dennoch wurde seine Denkmethode ein revolutionärer Antrieb, die Dogmen der deutschen Vergangenheit zu zerstören und die Wege zu einer ständig erweiterten Welterkenntnis zu suchen.

Da der preußische Professor Hegel seine revolutionäre Denkmethode nicht auf die ihn umgebende preußische Wirklichkeit anwandte — und er, der einstige begeisterte Anhänger der französischen Revolution, folgte damit der traurigen deutschen Tradition seit Kant —, konnte er (gegen seine eigene Methode) im Staate Friedrich Wilhelms III. die beste Verwirklichung seiner sittlichen „absoluten Idee“ verherrlichen. Das war die Konzession, die auch dieser Revolutionär nur im Reiche der Gedanken an die deutschen Verhältnisse machte: an ihre kleinbürgerliche Enge und an die in dieser Zeit festgegründete Herrschaft des Preußentums.

Die Beschränktheit der deutschen idealistischen Philosophie in reinen Gedanken führte zu der Schwäche des deutschen Liberalismus, der in jenen Jahrzehnten nicht ein wirklicher politischer Liberalismus mit klaren handgreiflichen Zielen war, sondern meist eine spekulative Schwärmerei im „Inneren Reich der Deutschen“ blieb. Die Junghegelianer, die im letzten Jahrzehnt vor der 48er Revolution mit einer lärmvollen Kühnheit nur gegen die Religion zu Felde zogen, setzten in anderer Form die Abkehr der deutschen Philosophie von ihrer eigenen sozialen Umwelt fort.

Natürlich kommt es in allen Völkern vor, daß die Gedanken fortschrittlicher Denker im Wandel der Zeiten reaktionär verfälscht werden. Die Abstraktheit des Denkens, die die deutsche Philosophie charakterisierte und die auch tief in die gesamte deutsche Literatur eindrang, begünstigte jedoch in Deutschland in besonderem Maße die Entstellung

des eigentlichen Sinnes. (Daß die Nazis Herder zu einem „Ahner und Rauner von Volksseele und Volkstum“ gemacht haben, war allerdings nur eine plumpe Zweckfälschung.)

WELT UND TRAUM

Schiller galt in dem zweiten Teil seines Lebens als der literarische Gegenpol zu der Frühromantik. Er sagte über sie: „Die Schlegel- und Tiecksche Schule erscheint immer hohler und fratzenhafter.“ Aber über alle formalen Unterschiede hinweg führte doch eine geistige Entwicklungslinie von Schillers Flucht in das „Reich der Träume“ zur allgemeinen Weltflucht der deutschen Romantik. Es war eben kein Zufall, daß diese Abirrung Schillers zeitlich zusammenfiel mit dem Erscheinen der Romantiker Ludwig Tieck, Friedrich Schlegel, Novalis und ihres Predigers Schleiermacher.

Die das reale Leben verneinende Idee der Romantik gipfelte in Novalis' Worten: „Die Welt wird Traum, der Traum wird Welt.“ Es wurde nicht mehr die Freiheit im Traume gesucht, sondern das ganze Leben mit ihm verschmolzen. Der Dichter des „Heinrich von Ofterdingen“, Träumer von der „Blauen Blume“, mit dem Todeskeim der Schwindsucht in den Lungen, war schwärmerisch dem Mittelalter der Kreuzritter zugewandt. „Ich fühle des Todes verjüngende Flut . . .“ dichtete er; aber über Goethes „Wilhelm Meister“ meinte er abfällig: „Das Buch handelt bloß von gewöhnlichen menschlichen Dingen, die Natur und der Mystizismus sind ganz vergessen.“

Die Romantik als literarische Zeitströmung war damals keine auf Deutschland beschränkte Erscheinung, sie zeigte jedoch bald ihre besonderen deutschen Merkmale. Gehörte der frühen Romantik noch eine so skurrile Dichtergestalt wie Jean Paul Richter an, der mit dem Geist der Klassik verbunden war und bis nach 1815 ein Prophet des Welt-

friedens und ein harter Kritiker der freiheitsfeindlichen Fürsten blieb, so bedeutete der Sieg des Preußentums und seine Festigung durch die „Heilige Allianz“ endgültig den Triumph aller Reaktionären in der deutschen Romantik. In Frankreich war die Romantik anfangs die konservative Tendenz gegen den bürgerlichen Fortschritt, aber die Errungenschaften der großen Revolution waren aus dem Geiste des Volkes nicht mehr völlig auszulöschen. In Deutschland erhielt die Romantik ihr Gesicht durch das reaktionäre Preußentum einerseits und durch die oppositionellen Männer um den „Turnvater“ Jahn andererseits, die in der Politik dem teutonisch-mittelalterlichen Gespreize verfallen waren. So entstand das „ekelhafte Gemisch von gotischem Wahn und modernem Lug“, wie es Heinrich Heine nannte.

Wohl am härtesten tobte das Ringen zwischen Romantik und Realismus im Werk und im Leben des Dichters Heinrich von Kleist. Er, der zuchtvolle Begründer der deutschen Kurzgeschichte, trug in sich die wirre Aufwallung eines bürgerlichen Individualismus gegen seine angestammte Adelskaste; er rüttelte im „Prinz von Homburg“ an dem preußischen Pflichtgesetz, ohne es dichterisch zu überwinden. Weil er den bürgerlich-demokratischen Freiheitsdrang seiner Epoche überhaupt nicht verstand, trieben ihn die eigenen Mißerfolge und Napoleons Siege in persönliche Hoffnungslosigkeit und politische Verzweiflung. Fast alle seine Werke enthalten nicht zufällig ihre spukhaft-romantischen Beimischungen; auch seine Novelle vom Michael Kohlhaas, dem unbeirrten einzelnen Streiter für irdische Gerechtigkeit.

Hatten sich zu Zeiten Karl Augusts, des Neffen Friedrichs II., in Weimar-Jena die besten deutschen Geister zusammengefunden, so wurde um die Jahrhundertwende Berlin zum deutschen geistigen Zentrum. In den literarischen Salons, von denen die Erinnerung an Frauengestalten wie Rahel Varnhagen und Dorothea Schlegel (die Tochter Moses Mendelssohns) geblieben ist, wandten sich die Romantiker zeit-

weilig der geistigen Vorbereitung des nationalen Befreiungskrieges zu, ohne seinen freiheitlichen Sinn im geringsten zu verstehen. Berlin blieb fortan, trotz aller Reaktion, die von den Junkern gehaßte Stätte vieler geistiger Gärungen und Strömungen.

Es ändert nichts, daß der eine oder andere Romantiker persönlich fortschrittlich dachte und handelte, — die Romantik diente der Reaktion und wurde durch diese gefördert. Mochte für Clemens Brentano das Versinken in den Katholizismus das Ende der Kunst bedeuten, — auch die Welle katholischer Religiosität nützte um diese Zeit der Metternichiade. Friedrich Gentz, einer der Ideologen der Romantik, wurde das grob-realistische Werkzeug Metternichs. Die Flucht des Bürgers in eine phantastische Welt bedeutete den Verzicht auf den Kampf um die „gewöhnliche“ irdische Freiheit, besonders wenn man die Freiheit im „Reiche des ästhetischen Scheins“ als eine viel wertvollere „höhere Freiheit“ verklärte. Ein romantisch übersteigertes Innenleben lenkte den Untertan davon ab, daß er im Alltag knechtselig das nüchterne preußische Pflichtgesetz oder das Gebot seines Fürsten einzuhalten hatte. So war romantisches Fühlen und Denken sehr nützlich für die Herrschenden, aber hemmend für das junge deutsche Bürgertum auf seinem Wege zu politischer Klarheit und zu selbstbewußten Taten.

Hätte die deutsche „Romantische Schule“ nichts anderes gebracht als die Sammlung alter deutscher Volkslieder durch den Rheinländer Clemens Brentano und den märkischen Junker Achim von Arnim in „Des Knaben Wunderhorn“, und der deutschen Märchen durch die Brüder Grimm, hätte sie nur die Anregung zu einigen schönen Dichtungen Heinrich Heines und weniger anderer Dichter gegeben, — sie wäre eine Bereicherung für die deutsche Literatur gewesen; aber die negative Wirkung war weitaus stärker. Der deutsche Kerker wurde märchenhaft vergoldet. Das Hervorzaubern von allem möglichen grausigen Spuk, die modische Be-

erbung des kurz vorher entdeckten Nibelungenliedes und die ganze dröhnende Wiederbelebung mittelalterlich-„ritterlichen“ Geistes in der Zeit der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts halfen vor allem, das Denken der Deutschen zu verdunkeln und den Hang zur Irrealität in ihrer geistigen Welt zu steigern.

Die Gegenbewegung des „Jungen Deutschland“ (Börne, Heine, Gutzkow und Laube) setzte ein, als sich die deutsche soziale Wirklichkeit schneller zu verändern begann und die bürgerlichen Kräfte erstarkten. Heinrich Heine, der größte lyrische Sprachgestalter seit Goethe und „Freund der Franzosen“, verband den Zauber seiner romantischen Ironie mit messerscharfen Stößen gegen die dünkelfaften Feinde des Dichters und des Volkes. Die Poesie stieg auf die Erde herab; sie war wieder von dieser Welt und sang kein Entsagungslied mehr:

„Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.“

In diesem „Deutschland — ein Wintermärchen“ (1844) taucht in der stillen Mondnacht zu Köln, als stummer Begleiter des Dichters, die Tat seiner Gedanken auf. Heine stand, als er diese große deutsche Dichtung schuf, mit dem jungen emigrierten Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Karl Marx, in engem Gedankenaustausch. In dem stummen Begleiter symbolisierte er die heranwachsende Kraft, die die deutsche Misere umstürzen sollte: die ersten sozialistischen Arbeiterbünde, die sich in Deutschland bildeten.

In den politischen Spottliedern des August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, in der „eisernen Lerche“ Georg Herwegh, in Ferdinand Freiligrath, dem stärksten Dichter dieser Gruppe, und in dem in Cuba (wie in der deutschen Literaturgeschichte) verschollenen Arbeiterdichter Georg Weerth er-

standen die direkten Vorbereiter und die Sänger der 48er Revolution. Sie alle waren Emigranten — und wurden es wieder nach 1849, mit Ausnahme Hoffmanns von Fallersleben. Sie hielten zwar rein dichterisch keinen Vergleich mit Heine aus, aber er selbst rühmte an Freiligrath und Herwegh, daß sie die „Heilige Allianz der Poesie mit der Sache der Völker“ geschlossen hätten. Aus ihren Gedichten sprach der Geist der fortschrittlichsten Richtung in der deutschen demokratischen Revolution. Die Lebenskraft mancher ihrer Gedichte bestärkte sich bis in das 20. Jahrhundert; ihr Ruf der Toten an die Lebenden begleitete alle Kämpfer für die Freiheit in Deutschland, bis in die Tage Hitlers.

Doch auf dem Pfade der Entwicklung von Schiller bis Freiligrath lagen die an Deutschland zugrunde gegangenen Dichter: Hölderlin, der seinen Hyperion in griechischer Verkleidung 1797 zum schärfsten Ankläger gegen die Deutschen und deren Verharren in einer Sklavenhaltung gemacht hatte, dieser seltsam dunkle und zarte Sänger der Freiheit endete wenige Jahre nach der französischen Revolution im Wahnsinn. Kleist beging im Jahre 1811 Selbstmord, und der ihm in mancher Weise ähnliche Christian Dietrich Grabbe erlag ein Vierteljahrhundert später dem Säuerwahn. Der jüngste, aber realistische Stürmer Georg Büchner, der Autor der illegalen politischen Flugschrift „Der hessische Landbote“, starb im Exil an einer Nervenentzündung.

Nach dem Sieg der Gegenrevolution fraß sich aber das romantische Erbe weiter in die deutsche Literatur ein, wenn auch auf verschiedenen Wegen. Das Nibelungenlied wurde das ständig wiederkehrende „große Thema“ der Bühne. Die deutsche Mythologie wucherte gerade in den Jahrzehnten, in denen Bismarck mit seiner „Eisen-und-Blut“-Rede der deutschen Entwicklung seine Wendung gab. Das Schwelgen im deutschen Mythos, eine Folge der fehlgeschlagenen deutschen Freiheitskämpfe, diente den neuen reaktionären Taten. In Frankreich und England waren seit dem zweiten Viertel

des Jahrhunderts ein Balzac und ein Dickens erstanden, die den realistischen Roman schufen. Der Roman, diese neue literarische Kunstform des bürgerlichen Zeitalters, kam in Deutschland im ganzen 19. Jahrhundert zu keiner großen Leistung; dagegen erreichte die romantische Strömung in den Dichtungen, die Richard Wagner selbst für seine Musik schrieb, eine Gipfelleistung. Durch sie wurde gewollt und ungewollt das politische Gefühl der Bürger des Kaiserreiches mitgeformt.

Nicht nur der Tod der Dichter, die an den deutschen Zuständen verzweifelten, war für diese charakteristisch; vielleicht waren es noch mehr die politischen Leichen derer, die wie Friedrich Hebbel, Friedrich Theodor Vischer und Richard Wagner sich seit dem Siege der Gegenrevolution von jeder demokratischen Strömung abgekehrt hatten. Der größte Realist in deutscher Sprache, der Schweizer Gottfried Keller, entfremdete sich angesichts der neuen preußisch-deutschen Herrlichkeit nach 1870 der reichsdeutschen Literatur und verstärkte sein schweizerisches demokratisches Nationalbewußtsein. In einer Literaturgeschichte aus der wilhelminischen Zeit (Eduard Engel, 1908) wird der späte Keller als „allzu schweizerisch, um Nichtschweizer zu fesseln“ abgelehnt. Auch die österreichische Dichtung, die mitklang in der deutschen 48er Revolution, entwickelte seit dem Sieg der Reaktion stärker eine nationale Eigenart.

DIE ERKENNTNISSE AUF DER ERDE

Karl Marx und Friedrich Engels haben niemals Eintritt in das geistige Reich der deutschen Bürger erhalten. Beide waren sie Feinde jener „Innerlichkeit“, die sich überheblich als tiefgründig, unerforschlich und nur den Deutschen eigen ausgab. Diese zwei Riesen an Geist und Wissen, in deren Werk sich das Beste des deutschen Humanismus vererbte und für eine neue Epoche umgestaltet wurde, standen mit

ihrem Denken auf festem Boden. Seit den revolutionären Kämpfen ihrer Jugend gegen die preußisch-hohenzollerische Reaktion galt ihr Bemühen der Schaffung einer Einheit von Theorie und Praxis.

Karl Marx hatte schon 1846 („Die deutsche Ideologie“, Sammelband) das „Innere Reich“ der Bürger jener Zeit gekennzeichnet; „Dieses Luftreich des Traumes, das ‚Reich des Wesens des Menschen‘ halten die Deutschen den andern Völkern mit gewaltigem Selbstgefühl als die Vollendung und den Zweck der ganzen Weltgeschichte entgegen; auf jedem Felde betrachten sie ihre Träumereien als schließliches Endurteil über die Taten anderer Nationen.“ Wie dieser „aufgeblasene und überschwengliche Nationalhochmut“ sich verderblich äußerte, wenn eine Tat ohne Zaudern notwendig war, zeigte drei Jahre später der alte Arndt, als er in der Frankfurter Paulskirche gegen eine einheitliche deutsche Republik sprach. Der einstige Fürstenbekämpfer, der 1803 seine literarische Tätigkeit mit einer „Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen“ begonnen und 1812 den aufwühlenden „Katechismus für deutsche Soldaten“ geschrieben hatte, deklamierte nun von der Tribüne des ersten deutschen Parlaments: „Glücklich, daß wir in Germanien geboren sind, wo man empfinden und denken kann und träumen für die ganze Welt, denn wir sind ein idealistisches Volk, und das ist unser Glück.“ Marx hielt gerade das für ein deutsches Nationalunglück.

Je mehr sich das deutsche Großbürgertum von dem Kampf für Ideen abwandte oder die Ideen seiner eigenen demokratischen Denker entstellte, desto häufiger nannte es sich „idealistisch“. Je mehr man vermehrten materiellen Wohlstand mit dem Verzicht auf politische Freiheit bezahlte, desto grimmiger focht man gegen den „öden Materialismus“ der Marxisten. Es blieb allerdings keine deutsche Besonderheit, das Gedankenwerk von Karl Marx dahin zu fälschen: es leugne die Rolle von Ideen und Idealen in der Geschichte.

Die preußisch-deutschen Professoren befanden sich in der Gemeinschaft ihrer Kollegen in allen Ländern bei dem Geschäft, den Unterschied zwischen philosophischem Idealismus und Materialismus zu „erklären“: die einen seien für und die anderen gegen Ideale.

Eine Lehre, die in ihrer Praxis nicht nur an die eigene Erkenntnis, sondern auch an den höchsten ideellen Opfermut der Arbeiter in ihrem Befreiungskampfe appellierte, konnte schon deshalb nicht die Bedeutung von Ideen und Idealen in der menschlichen Entwicklung leugnen. Was Marx tat, war die Herkunft der Ideen aus dem materiellen Sein der Menschen, aus ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu enthüllen. Marx schloß damit den seit Kant klaffenden idealistischen Zwiespalt zwischen dem Denken und dem Sein in der deutschen Philosophie.

„Meine Dialektik unterscheidet sich nicht nur grundlegend von der Hegels“, schrieb Marx im Vorwort zum „Kapital“, „sie ist ihr diametral entgegengesetzt. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg (Schöpfer, Erzeuger) des Wirklichen, das nur sein äußerer Ausdruck ist. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle ... Bei Hegel ist die Dialektik auf den Kopf gestellt. Es ist notwendig, sie auf die Füße zu stellen, um den vernünftigen Kern unter der mystischen Hülle bloßzulegen.“ Marx und Engels benützten also Hegels dialektische Methode als ihr Werkzeug, um eine wirkliche Erklärung der Entwicklung der Natur und der menschlichen Geschichte zu finden. Ihr „öder Materialismus“ begnügte sich keineswegs mit den Erkenntnissen der philosophischen Materialisten des 17. und 18. Jahrhunderts, sondern wurde in der Weiterentwicklung der Erkenntnisse aller materialistischen und idealistischen Denker zu einem dialektischen Materialismus, der gerade die Wech-

selwirkung zwischen den materiellen Bedingungen und den Wünschen, Hoffnungen, Ideen der Menschen aufdeckte.

Es bleibt das unvergängliche Verdienst der deutschen klassischen Philosophie, einer der drei Wegbereiter zu der allseitigen, die Verschiedenartigkeiten und die Widersprüche in der Entwicklung erfassenden Theorie von Marx gewesen zu sein. Engels schrieb: „Ohne deutsche Philosophie gäbe es auch keinen wissenschaftlichen Sozialismus.“ Der Marxismus — zugleich neuschöpferischer Fortsetzer der englischen politischen Ökonomie von zwei Jahrhunderten und des französischen utopischen Sozialismus — „erbte“ nicht nur die Dialektik von Hegel, sondern fußte auch auf dem humanistischen Geist, der im antifeudalistischen Kampfe der europäischen Völker erstarkt war. Marx und Engels machten die Wissenschaft zu einer revolutionär-bewegenden Kraft, die nicht nur Vergangenes erklärt, sondern die Wege in die Zukunft weist. Wie jedes ehrliche wissenschaftliche Werk gehorchte das Denken von Marx und Engels nur einem Gebot: im Ringen um Erkenntnis und Wahrheit immer näher zur absoluten Wahrheit vorzudringen und den Menschen zu dienen.

Beide starben in England. Sie wurden weder von der offiziellen deutschen Wissenschaft geehrt noch wurde ihre Lehre unverfälscht den deutschen Studenten übermittelt. Auf den wilhelminischen Universitäten war dem Marxismus der Eintritt verboten.

„Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte“, schrieb Friedrich Engels an F. A. Sorge am 15. März 1883, am Tage nach dem Tode des geliebten Freundes. Der Name des Mannes, der nach dem sorgenerfüllten Leben eines Emigranten in London die Augen geschlossen hatte, wurde der berühmteste deutsche Name bei der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Für sie verband sich fortan mit dem Namen Karl Marx

ihre Erziehung zur Tat als selbständige soziale und politische Kraft, ihr Kampf für die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit im Zeitalter des Kapitalismus.

DER FEIND IM „INNEREN REICH“

In den zwei Jahrzehnten nach 1870 fanden im wissenschaftlich klaren, humanistisch begründeten Werk des Freundespaars Marx-Engels und in der Philosophie des in Paradoxen schwelgenden, romantischen Sprachkünstlers Friedrich Nietzsche zwei Tendenzen der deutschen Entwicklung ihre schärfsten Gegenpole. Dieser Gegensatz wurde in seiner ganzen Tiefe erst erkannt, als später die „blonde Bestie“ der Hitler-Rosenberg sich des Hauptteiles des nietzscheanischen geistigen Erbes bemächtigt hatte. Zuerst ließ man sich durch das bunte Beiwerk und die undurchsichtig schillernden Sprachschönheiten Nietzsches täuschen.

Nietzsche galt lange (und bei manchen seiner liberalen Anhänger bis in unsere Zeit) als ein Oppositioneller. Er schien oppositionell und neuartig gegenüber den dürren preußisch-deutschen Historikern; er hatte über Bismarck gespottet, freundliche Worte für die Juden und heftige gegen die Deutschen gebraucht in einer Zeit, in der sich der Berliner Professor Eugen Dühring zum Verfechter eines vulgären Rassen-Antisemitismus entwickelte. Nietzsches Kritik des Parventums wurde oft als eine revolutionäre Kulturkritik aufgefaßt; sein Einfluß bezauberte eine ganze bürgerliche Generation und auch nicht wenige Schriftsteller.

Als der Widerspruch zwischen Gedanke und Tat, der fast ein Jahrhundert die Geschichte des deutschen Bürgertums beherrscht hatte, unter Bismarck seine reaktionäre Lösung fand, da wurde auch der Boden bereitet, auf dem Nietzsches Philosophie wachsen konnte. Für Nietzsches „aristokratische“ Opposition hatte das Deutschland Bismarcks noch zuviel „Kleine-Leute-Geruch“; es war ihm noch zu parvenühaft

und auch zu liberalistisch, zu wenig machtvoll und tyrannisch, zu wenig grausam und rücksichtslos. Deshalb fand er auch „Pöbel oben“ in seiner oft blendenden sogenannten „Kulturkritik“.

In Wirklichkeit steckte hinter dem romantischen Schein Nietzsches der Wunsch nach einer neuen Ordnung, die auf ein in tiefster Sklaverei gehaltenes Volk gegründet ist. Wie ein roter Faden zieht sich durch sein ganzes Werk die Bewunderung für die Sklavenordnung im Altertum, die Verachtung für das „stinkende“ Volk, das „Herdentier“, den „Sklaven“. Für die neue „Herrenmoral“, die Nietzsche verkündete, für seinen „Immoralisten“ gibt es keine Moralgesetze mehr als Hemmung, kein Wägen mehr zwischen Gut und Böse.

Hatte ein Jahrhundert vorher Kant in seinem kategorischen Imperativ dem aufsteigenden deutschen Bürgertum ein sittliches Vernunftgesetz geschenkt, von dem es wenig Gebrauch zu machen wußte, so zerfetzte und zersetzte Nietzsche alle Begriffe von Moral überhaupt. Hatte Goethe den Menschen edel, hilfreich und gut gewünscht in seinem Hymnus auf ihn, den Unterscheidenden, Wählenden und Richtenden, so lehrte Nietzsche den Menschen als „ein Gelächter oder eine schmerzliche Scham“ verachten: „Der Übermensch sei der Sinn der Erde ... Ich weihe und weise euch zu einem neuen Adel.“ Das blieb nicht erdenfern in der glanzvoll mythischen Wortflut von „Also sprach Zarathustra“; — es wurde bis zur äußersten reaktionären Konsequenz durchdacht, um „einen Teil der Menschen auf Kosten der anderen zu einer höheren Rasse zu erziehen“.

Trotz seiner direkten haßerfüllten Attacken auf die Arbeitergewerkschaften und das Wahlrecht nahm man Nietzsches irrationale Kreuzung von Dichtung und Philosophie nur für die Bemerkungen eines „individualistischen Revolutionärs“, ohne praktische Bedeutung für die politische Zukunft Deutschlands. Seine Äußerungen gegen den beschränkten Nationalismus seiner Zeit und die Hiebe, die er nach

allen Seiten führte, verleiteten dazu. Vor allem gab es damals noch keine sichtbare soziale Kraft im Kaiserreich, die sich seine Ideologie zu eigen machen und an ihre Realisierung denken konnte. Er hat sicher auch selbst keinerlei Vorstellung gehabt, wem seine Ideologie in einer nahen Zukunft dienen konnte und wer sie zynisch weiterentwickeln würde.

Nietzsche fand leicht Eintritt in das „Innere Reich“ des deutschen Bürgertums. Der Antihumanismus begab sich dort in die Gesellschaft des humanistischen Geistes, vergiftete ihn vorerst nur schleichend — und in diesem Gemisch schien Nietzsches eigener Geist liberal überlagert zu sein. Die ganze politische Entwicklung im wilhelminischen Deutschland war günstig für die Verwirrung der Begriffe auch in der subtilsten Form. Nietzsches Neuromantik wurde eine besondere und die gefährlichste Fortsetzung der romantischen Invasion im „Inneren Reich“. Das „unveräußerliche Reich des Geistes, das keine äußere Reaktion antasten kann“, wie es sich mancher deutsche Bürger bis ins 20. Jahrhundert bewahrt zu haben glaubte, existierte längst nicht mehr, — der Feind war eingedrungen. Auch dieses geistige Reich hätte eben nur durch eine aktive demokratisch-humanistische Politik in der deutschen Wirklichkeit verteidigt werden können.

Den Deutschen wurde die philologische Untersuchung, wann Nietzsches Geisteskrankheit begonnen habe, interessanter als die Untersuchung des verbrecherischen Wahnwitzes seiner Theorie. So gründlich war die deutsche Gründlichkeit nun doch nicht, diese Theorien auf ihren realen Gehalt im Zusammenhang mit dem Auftauchen der Alldeutschen zu prüfen. Die „Tiefe“ und schwer enträtselbare Dunkelheit eines Nietzsche, sein von Schopenhauer übernommener „Pessimismus“, galten bald als rühmenswerter, echt deutscher Gegensatz zum Rationalismus westlicher oder marxistischer Denker.

Die deutsche Romantik und ihre geistigen Erben haben Deutschlands jüngste Geschichte gewiß nicht allein und auch

nicht einmal vorwiegend bestimmt; der Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt ging zwischen den sozialen Kräften des deutschen Volkes vor sich. Aber der romantische Geist sollte zu zusätzlichen Irrtümern bei Entscheidungen treiben, die von einer Nation und ihren führenden Männern viel Wirklichkeitssinn erforderten.

Die Flucht in die „Innerlichkeit“ wurde für die deutschen Bürger meist eine Flucht vor der gesellschaftlichen Verantwortung und einer der ideellen Gründe für den „Mangel an Zivilcourage“. Der praktische Deutsche, mit anerzogenen romantischen Vorstellungen vom eigenen Land und der Welt, konnte als unpraktischer Politiker leichter die Beute jedes dahergelaufenen Abenteurers werden.

Dreißig Jahre nach Nietzsche hatte sich dessen Theorie vom Herrentum auch mit dem Rassen-Antisemitismus Dührings vermischt. Oswald Spengler konnte schreiben: „Nietzsches Herrenmoral ist eine Realität.“ Die deutschen Monopolkapitalisten hatten gerade den ersten Weltkrieg verloren, — sie suchten die Ideologie für den zweiten, die dann ein Goebbels als „stählerne Romantik“ etikettierte.

VI ZWEIMAL DEUTSCHER IMPERIALISMUS

Ein Volk, das in seiner Mehrheit durch feudale und militaristische Gewalt in Rückständigkeit gehalten war, schuf nicht selbst das Deutsche Reich; es erlebte 1871 seine Gründung im Siegestaumel eines Krieges, der mit der Annexion Elsaß-Lothringens endete. Die industrielle Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab den oberen Schichten des deutschen Bürgertums eine jäh anwachsende wirtschaftliche Stärke, die in einem grotesken Mißverhältnis zu ihrer politischen Unterwürfigkeit vor der ungebrochenen Macht des Feudaladels im neuen Reich stand. Deutschland unter Bismarcks Führung war — wie Karl Marx 1871 schrieb — „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“. Der neue deutsche Bundesstaat trug in allen Zügen den Stempel seiner Gründung ohne die demokratische Selbsttätigkeit des Volkes. Das deutsche Bürgertum schmückte sich mit dem Talmiglanz der Gründerjahre und begnügte sich mit der Scheinverfassung, die der Monarchie alle Gewalt und dem Reichstag kein Recht zum Sturz von kaiserlichen Ministern gab. Der nationalliberale Ersatz einer demokratischen Partei war zuerst einmal Bismarcks getreueste Gefolgschaft.

Bismarck regierte zwei Jahrzehnte dieses neue Deutschland, das in das neue Zeitalter der modernen Maschinen, des Monopolkapitalismus, des Imperialismus so viele feudale Elemente mitschleppte. Bismarck war der Kanzler des Reiches, in dem der preußische Militärapparat unter der junkerlichen Führung sich zur preußisch-deutschen Armee ausweitete. „Wir gehen zu den Preußen“, sagte seit 1871 jeder

Bayer, der einrückte, um in einem Truppenteil seine militärische Dienstpflicht zu erfüllen. Bismarck bewältigte als Diktator und als Diener seines Königs die eigenartige geschichtliche Aufgabe, die politischen Vertreter des schnell erstarkenden deutschen Kapitalismus als Juniorpartner für das Bündnis mit den Junkern zu gewinnen, — aber für ein Bündnis, in dem das königliche Haus und die feudalen Großgrundbesitzer ihre tonangebende politische Rolle nicht verlieren sollten.

BISMARCKS MASSIGUNG UND SCHULD

Bismarcks Außenpolitik hatte einige sehr unterschiedliche Grundzüge zu den späteren imperialistischen Weltoberungsplänen Wilhelms II. und ihrer erweiterten bestialisierten Fortführung durch Hitler. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand das aggressive Auftreten des deutschen Imperialismus. Bismarcks gemäßigte Außenpolitik nach 1870 aber war ähnlich der Politik aller europäischen Großmächte um diese Zeit.

Der alternde Bismarck kannte als Machtpolitiker wenig Skrupel; seine Hemmungen waren weder demokratischer noch pazifistischer Natur. Sie kamen aus seiner realistischen Erkenntnis, welche Außenpolitik für das soeben erst notdürftig zusammengebaute, sofort als Großmacht in Erscheinung tretende Deutschland die einzig erfolgreiche sein konnte. Er sah den inneren Zustand des aus widerstrebenden Bundesstaaten gebildeten Reiches; jede kriegerische Niederlage mußte Sprengpulver für seine junge Einheit sein, Sprengpulver für Bismarcks Lebenswerk. Er sah Deutschlands Lage mitten in Europa, die es früher zu dem Spielball fremder Einflüsse gemacht hatte, jetzt aber noch seine strategische Verwundbarkeit bedingte. Bismarcks ganzes außenpolitisches Denken war deshalb von dem „cauchmar de coalition“ beherrscht, der ihn dazu trieb, die ständig bedrückende Gefahr eines Zweifrontenkrieges für Deutschland zu fühlen. In sei-

ner letzten großen Rede zur Außenpolitik im Reichstag, am 6. Februar 1888, gab er diesem Leitmotiv seiner Außenpolitik klaren Ausdruck: „Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgendein anderes Volk.“

Bismarck war der größte, ja der einzige wirkliche Staatsmann, den das reaktionär geleitete Deutschland hervorgebracht hat. Er wollte das auf despotischem Weg geschaffene Reich in seinen errungenen Grenzen zu einer imponierenden militärischen und politischen Einheit zusammenschweißen. Er dachte nicht an neue Aggressionen, sondern an die imperialistische Sicherung des Eroberten. Er wachte mißtrauisch darüber, keine neuen Feindschaften zu entfachen oder groß werden zu lassen — und bewies eine meisterliche Hand, das „europäische Gleichgewicht“ zu halten.

Bismarck drängte Österreichs Politik noch mehr auf den Balkan ab, um den Bruch von 1866 noch zu vertiefen, gleichzeitig machte er aber die Donaumonarchie zum Verbündeten Deutschlands. Er störte weder England noch Frankreich in den siebziger Jahren, sich ein mächtiges Kolonialreich aus- und aufzubauen; es war ihm sogar angenehm, Frankreichs Interesse nach dem Raub von Elsaß-Lothringen vom Rhein weg und nach Übersee gelenkt zu sehen. Bismarck hielt die Behauptung, Elsaß-Lothringen sei deutsch, für eine „Professorenidee“; er bekannte, daß es ihm dort nur um die Festungen gehe. Bismarck konnte wie jeder andere nicht über seinen eigenen Schatten springen; er war und blieb allezeit ein Junker. So verstand er wohl, daß Elsaß-Lothringen sich seit der großen französischen Revolution, viel

stärker als durch das nationale Moment, durch die Kraft der demokratischen Freiheit mit Frankreich verbunden hatte. Er hat — nicht aus demokratischen Neigungen, sondern im Zuge seiner „Realpolitik“ — sicher zeitweilig erwogen, Frankreich ein Stück von Lothringen als Ansatz zur Ausöhnung zurückzugeben; doch die Junker und die Industrieherrn saßen ihm im Nacken. 1874 mußte er im Landtag grollend losdonnern, solche ihm zugeschriebenen Pläne wären „in lügenhafter gehässiger Absicht erfunden worden“. Bismarck zog Italien in seinen Dreibund mit Österreich, aber das Kernstück seiner ganzen europäischen Politik sah er in dem Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der den Alpdruck des Zweifrontenkrieges bannte.

Um jeden Konflikt mit Rußland zu vermeiden, wollte Bismarck auch nicht dulden, daß an die Stelle des von ihm gestoppten „Dranges nach Osten“ ein Drang Preußen-Deutschlands nach Südosten träte. Das führte 1876 zu jener charakteristischen Szene im Reichstag: der Führer der Fortschrittspartei Eugen Richter tritt gegen Bismarck auf und wirft ihm vor, daß er den „Schutz der deutschen Handelsinteressen“ auf dem Balkan nicht genügend betreibe. Bismarck antwortet, daß er dort kein Interesse sähe, das auch nur „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert“ sei. Richter war in diesem Augenblick faktisch der Sprecher des sich regenden, ersten Expansionswunsches des deutschen Imperialismus. Sein Gegner Bismarck jedoch witterte größere Gefahren für Deutschland bei einer Einmischung in dem Kampf Rußlands gegen die Türkei, der bald darauf zur nationalen Befreiung Bulgariens vom türkischen Joch führte. Bismarck wich diesem Konflikt aus — und selbst in den Reihen der Sozialdemokratie sah man damals nur das antirevolutionäre Bündnis des verhassten Mannes mit der zaristischen Reaktion, nicht aber die Kehrseite seiner Politik: das staatsmännische Ausweichen vor imperialistischen Abenteuern. Nachdem Bismarck auf dem Berliner

Kongreß von 1878 sich als Vermittler zwischen Rußland und England völlig in den Vordergrund der europäischen Politik gespielt hatte, schloß er den Vertrag mit Rußland.

Bismarck wollte die Früchte seines Werkes von 1871 voll ernten: das einheitliche Deutschland mit seinem atemberaubenden Aufschwung der Industrie, des Handels und des Bankwesens ging nach der Wirtschaftskrise von 1873 zur Bildung von Kartellen, von großkapitalistischen Monopolen über. Zur Kohle des Ruhrreviers, Oberschlesiens, Mitteldeutschlands und Sachsens war das eroberte lothringische Erz gekommen. Bismarck wollte dieses erstarkende Deutschland in die erste Reihe der Großmächte schieben. Weitergesteckte Ziele konnten nur Schaden bringen.

In den zwei Jahrzehnten, in denen Bismarck — zwar im Namen seines Königs und Kaisers — den Berliner Scheinparlamenten seinen eigenen Willen diktieren konnte, wurde der moderne deutsche Kapitalismus geboren, der immer mehr seinen eigenen Drang, seine eigenen Interessen, seine eigene Politik entfaltete. Bismarck konnte die Kräfte, deren Geburtshelfer er durch sein Werk von 1871 war, so lange bändigen, wie sie selbst noch in der ersten Entwicklung waren und der alte Kaiser Wilhelm I. noch lebte, der sich begnügte, im Schatten seines großen Kanzlers zu regieren und diesem alle wirkliche Macht zu garantieren. Als der junge Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 Bismarck brüsk verabschiedete, sprengten die verbündeten Junker und Industrieherrn durch ihren politischen Einfluß sofort die Konzeption Bismarcks in der deutschen Außenpolitik.

Aber schon seit 1884 war der Rahmen der Bismarckschen Politik gelockert worden, da Bismarck selbst, vorsichtig tastend, sich auf den Weg zu einer deutschen Kolonialpolitik in Afrika begeben hatte. Bismarck war sich dabei darüber klar, daß ein Wettüsten zur See mit England für Deutschland, dessen Seeverbindungen in der Nordsee leicht abgeschnitten werden konnten, ein sinn- und hoffnungsloses Be-

ginnen sein mußte. Ein solches Wettrüsten mußte die traditionelle Seemacht Englands provozieren und konnte nur mit einer Katastrophe enden. Noch knapp vor seinem Tode, 1897, war der zweiundachtzigjährige „Altreichskanzler“ zornig über Tirpitz' Plan, im Gefolge der deutschen Kolonialpolitik mit einer starken Flotte gegen England aufzutreten. Selbst aus der gefälschten Darstellung, die der damalige Marinestaatssekretär und spätere bankrotte alldeutsche Großadmiral über seinen Besuch von 1897 in Friedrichsruh gab (Alfred von Tirpitz: „Erinnerungen“, Leipzig, 1919), wird sichtbar: der als „überaltert“ und in den Begriffen von 1870 denkend abgetane Bismarck sah mit klarem Blick das Verhängnisvolle in der neuen deutschen Entwicklung; er lehnte sowohl Großkampfschiffe als auch eine starke deutsche Flotte ab, und er beharrte auf seiner Forderung eines neuen Neutralitätsvertrages mit Rußland.

Trotz alledem war Bismarck in eigentlichem und tiefem Sinne der Vorbereiter des wilhelminischen Imperialismus. Als er mit der fürstlich-militaristischen Gewalt von oben den Drang der Deutschen zu ihrer politischen und ökonomischen Einheit verwirklichte, da hatte er von dem Begriff „deutsche Nation“ die Freiheit abgesprengt, sie verhöhnt — jenen Wunsch nach Freiheit, der in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der unzertrennliche Bruder der nationalen Sehnsucht der Deutschen gewesen war. Der Geburtshelfer Gewalt bei der Entstehung des neuen Reiches — und es war antidemokratische Gewalt — war in der ganzen Innenpolitik Bismarcks glorifiziert und zur täglichen Gewalt gegen jede innere Opposition geworden. Seit den Tagen der „Eisen-und-Blut“-Rede galt er als der Retter Preußens vor der demokratischen Revolution, obwohl er doch den König nur vor der Opposition des schwankenden und allzu gemäßigten parlamentarischen Liberalismus gerettet hatte. Dem verpreußten Deutschland hatte Bismarck gesagt, daß es nicht dulden dürfe, daß „das ganze herrliche Werk unserer Nation von

1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde“.

Bismarcks Haß gegen die Kronprinzessin Victoria, die Kaiserin der düsteren „Hundert Tage“ Friedrichs III. im Jahre 1888, richtete sich zwar auch gegen die politischen antirussischen Machenschaften dieser geborenen Engländerin, aber viel mehr gegen ihren Liberalismus und ihren persönlichen Verkehr mit hervorragenden Männern, wie Virchow und Helmholtz. Der Junker Bismarck haßte instinktiv, wie achtzig Jahre vorher der Junkergeneral Yorck, den „Import aus England“: den Import von Ideen, die die Gefahr einer Parliamentsherrschaft bedeuteten. Zu spät besann sich der abgesetzte, selbst oppositionell gewordene Bismarck in den neunziger Jahren darauf, daß eine Regierung nicht beliebig mit Reichstagsauflösungen spielen dürfe.

Der „Eiserne Kanzler“ hatte durch sein politisches Werk den demokratischen Strömungen im deutschen Volk hohe Dämme entgegengestellt: weniger durch einzelne Gesetze, wie das Sozialistengesetz, als durch den ganzen junkerlich-militaristischen Bau des Deutschen Reiches. Während sich ringsum moderne Nationen auf bürgerlich-demokratischen Fundamenten formiert hatten, war Deutschland an der Schwelle des 20. Jahrhunderts von dem despotischen Preußengeist geformt, durchdrungen und verwaltet. Die Junker in den Spitzen der Regierung und der Armee bestimmten die Innenpolitik, die mit ihnen immer mehr versippten neuen Industrie- und Bankherren drückten auf die Außenpolitik, und die straff dirigierte Staatsbeamten sorgten für vorbildliche „Ordnung“ im Leben der Untertanen. Es gab, besonders seit den Befreiungskriegen und dem Wirken Wilhelm von Humboldts in der preußischen Regierung, ein weit ausgedehntes Netz von Schulen, aber in ihnen wurde der Geist der Untertänigkeit für das Regime gelehrt. Gerade daß es keine demokratische Umwälzung gegeben hatte, ließ den

deutschen Imperialismus mit dem preußischen Kürassierhelm zur Welt kommen. Preußen-Deutschland war im Grunde die territorial erweiterte, preußische Militärkolonie von einst, nur scheindemokratisch aufgeputzt.

Die letzte große Rede Bismarcks (6. Februar 1888), obwohl sie den weiteren Ausbau der Armee und die bessere Bewaffnung ihrer Reserven forderte, wurde — wegen ihrer realistischen Bemerkungen über Deutschlands Möglichkeiten und Gefahren als Land der Mitte — von der internationalen Öffentlichkeit als ein beruhigender Faktor gewertet. Diese Rede sollte die europäische Spannung beruhigen, die deutsche Nichtintervention im Kampf um den Balkan begründen — und sie sollte eine Warnung vor einem Weltkrieg sein, an dessen Ende man „kaum mehr wissen würde, warum man sich geschlagen hat“. Aber gerade in dieser Rede auf der Tribüne des Reichstages zeigte sich in einigen ausgeprägten Sätzen, wie Bismarcks „saturierte“ Mäßigung alle Keime der später entwickelten aggressiven Politik des deutschen Imperialismus bereits in sich trug. So wie er konnte in Europa nur ein preußischer Junker sprechen: „Das deutsche Offizierskorps — darin sind wir jedermann überlegen, und deshalb können sie es uns nicht nachmachen.“ Er zeichnete das Bild eines gewehrstarrenden Deutschlands von der Memel bis zum Bodensee, das zum furor teutonicus entflammt und verkündete: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“

Von Bismarcks politischem Wesen blieben vor allem diese Überheblichkeiten, dem deutschen Volk bald plump und platt zum täglichen Gebrauch von der Wiege bis zum Grabe serviert, jedem Schulkind eingetrichtert. Bismarcks alldeutsche Nachfolger fanden ein materielles und ideelles Erbgut vor, das ihnen dienen konnte, obwohl ihre erste Tat sein mußte: bei ihrem Handeln in der internationalen Politik Bismarcks Gesetzestafeln zu zerbrechen.

WILHELM II. UND DIE ALLDEUTSCHEN

Es gibt eine angeblich demokratische Geschichtsschreibung, die die Politik Deutschlands vor dem ersten Weltkrieg hauptsächlich auf die persönlichen Eigenschaften Wilhelms II. zurückführt. Das sieht so aus: Wilhelm besaß eine verkümmerte linke Hand; um diese angeborene Schwäche zu verhüllen, mußte er als junger Mensch außerordentliche Energie aufbieten — und sein Minderwertigkeitsgefühl verwandelte sich dann in ein Überwertigkeitsgefühl, aus dem sein ganzes verstiegenes Gehabe und seine verhängnisvollen Entscheidungen entsprangen, die alle eigentlich anders gemeint waren. Dazu wirkten eine Jugend mit lieblosen Eltern und besonders eine den Sohn hassende liberale Mutter in ihm nach; einige adlige Busenfreunde als seine intriganten Ratgeber taten das übrige. Wilhelm II. war psychoanalytisch und eigentlich mitleidenswert als „tragische Persönlichkeit“ dargestellt. Der nächste dieser Art konnte folgen, vielleicht kam er besser zum Ziel. (Diese Art der Geschichtsschreibung hat in Emil Ludwig ihren Meister gefunden.)

Hätte am Ausgang des 19. Jahrhunderts in Deutschland eine ausgeprägte parlamentarische Demokratie geherrscht, wie etwa in England, so wären dem Monarchen engere Grenzen für das Austoben seiner „überwertigen“ Gefühle gezogen gewesen. Der junge Wilhelm wurde jedoch Kaiser des junkerlich geführten, durch die gehorsame Bürokratie verwalteten, von der Polizei und der Armee scharf geschützten Staates Preußen-Deutschland. In seiner kaiserlichen Majestät vereinigte sich die traditionelle Allgewalt des Kriegsherrn, des willkürlichen Ernenners und Abberufers von Ministern. Dem Reichstag und dem Preußischen Landtag — seit Bismarcks Zeiten als „Quatschbuden“ verächtlich gemacht — fehlte das Recht der wirklichen Entscheidung über den Gang der Staatsgeschäfte. Das Dreiklassenwahlregime für den Preußischen Landtag, diese Frucht der siegreichen Gegenrevolution nach

1848, sicherte die politische Macht der Junker in ihrem Stammland. Im Reichstag selbst konnte der Junker von Oldenburg-Januschau unter dem Beifall seiner Freunde drohen, daß ein Leutnant und zehn Mann genügen würden, das Parlament zum Teufel zu jagen.

Doch dazu kam noch der andere wesentliche Tatbestand der deutschen Entwicklung: dieses Preußen-Deutschland, das in der Führung von Staat und Armee so starke feudale Elemente bis in unser Jahrhundert bewahrte, bemächtigte sich in seiner Wirtschaft der modernsten Technik und entwickelte sich gleichzeitig in stürmischem Wachstum zum mächtigsten Industriestaat des Festlandes. Es entstand in Deutschland, aus dem Zusammenwachsen der großen Industriekonzerne und der Großbanken, eine Finanzoligarchie mit den typischen Zügen des modernen Imperialismus; sie drängte nach mehr Rohstoffen, nach der Beherrschung von Ländern zum Absatz der anschwellenden deutschen Warenproduktion und zur Anlage deutscher Kapitalien. Aber dieser junge deutsche Imperialismus unterschied sich eben von dem Imperialismus Englands und Frankreichs dadurch, daß er nicht wie dort in einem Lande mit einer vorangegangenen demokratischen Revolution, sondern auf der preußisch-feudalistischen Basis erwuchs. Es gab keine starken Gegenkräfte im deutschen Bürgertum, die mutig und fähig genug waren, ihn zu bändigen. Der junge deutsche Imperialismus sah die beste koloniale Beute aufgeteilt unter den Großmächten; er fand sich zu spät gekommen. Aus dieser Einschätzung der Lage, die so grundverschieden von jener Bismarcks war, zogen die maßgebenden Männer des deutschen Monopolkapitals die Folgerung, dessen Expansionsdrang mit dem stählernen Keil des preußisch-deutschen Militarismus gewaltsam gegen die andern Großmächte durchzusetzen.

Das Preußentum machte in diesem neuen industriellen Zeitalter eine bedeutsame Wandlung durch: es verwandelte sich in das zusätzlich aggressive Element und in das Werk-

zeug des deutschen Imperialismus, der jetzt aber begann, sich seine eigenen Ziele zu stecken und sich seine besondere räuberische Ideologie zu schaffen. Der deutsche Imperialismus übernahm alle militaristischen und halbabsolutistischen Wesenszüge des Preußentums.

Der Große Generalstab Moltkes blieb auch unter seinen Nachfolgern Waldersee, Schlieffen und dem jüngeren Moltke ein Staat im Staate. Der Kaiser konnte zwar die Chefs des Generalstabes willkürlich ernennen und absetzen, aber diese junkerlich geführte Körperschaft bewahrte ihre traditionelle Selbständigkeit, der selbst der Kaiser immer wieder Konzessionen machen mußte. Der Generalstab hatte sich bereits 1870/71 eifersüchtig gegen Eingriffe des Ministerpräsidenten Bismarck in militärische Fragen gewehrt und ihn während des Krieges von den Militärberatungen ausgeschaltet; jetzt sträubte sich der Generalstab immer wieder heimlich gegen militärische Dilettantismen seines kaiserlichen Kriegsherrn. So selbständig die Macht der Armeespitze auf ihrem eigenen Gebiet war, so groß war aber auch ihr direkter und indirekter politischer Einfluß auf jede Regierung, bis er im ersten Weltkriege unter Ludendorff eine nahezu totale Diktatur über das zivile Leben in Deutschland erringen konnte.

In den herrschenden Klassen dieses Preußen-Deutschlands vermischten sich Junker und Trustherren, trotz dieser und jener zeitweiligen Gegensätze in Teilfragen, zu einem eigenartigen politischen Bündnis. Der Einfluß der Junker über den kaiserlichen Hof und den Großen Generalstab blieb aber in der Politik dominierender, obgleich wirtschaftlich das Monopolkapital weitaus mächtiger war.

Bismarcks mühsam verteidigte Erkenntnis, daß Deutschland als ein Land der Mitte strategisch ungeschützt sei und sich darauf beschränken müsse, defensiv seinen territorialen Bestand zu sichern und vor allem jeden gleichzeitigen Krieg

gegen Ost und West zu vermeiden, wurde von den neuen Beherrschern Deutschlands als veraltet abgetan. Wenn Deutschland militärisch und ökonomisch ein Riese unter den anderen Staaten des europäischen Festlandes geworden war und noch dazu in Österreich-Ungarn und Italien Verbündete besaß, warum sollte es nicht nach allen Seiten vorstoßen und Deutschland so zum Hegemon des Kontinents werden? Konnte es nicht im Falle des Zweifrontenkrieges militärisch den Vorteil der „innern Linie“ ausnützen, wie ihn schon Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg genützt hatte? Das Land der Mitte wurde mit dieser Einstellung zur Gefahr für alle schwächeren Völker Europas. Seine militärische Rüstung erhielt eine ausgesprochen aggressive Nuance. Ihm mußte in den sich zuspitzenden Gegensätzen zwischen den europäischen Großmächten die Rolle des Angreifers zufallen.

Hier haben wir die wirkliche historische Umwelt, in welcher der eitle, zu Abenteuern neigende Wilhelm von Anfang an regierte: das verpreußte Deutschland Bismarcks transformierte sich in das Deutschland eines beutehungrigen Imperialismus. Der junge Kaiser hatte sein Amt angetreten, reichlich versehen mit antiliberalen Vorurteilen gegen seine eigenen Eltern, die ihm von Bismarck selbst eingepflichtet worden waren. Die macchiavellistische Hand des großen Spielers hatte Wilhelm als Erbprinzen gegen den kranken Vater und die englische Mutter geschoben; dieser Zug erwies sich als ein schwerer Irrtum. Durch ihn waren die Eitelkeit und Ich-Besessenheit Wilhelms nur gesteigert worden. Sie kehrten sich gegen Bismarck, als der junge Kaiser nach zwei Jahren Regierung den Kanzlerdiktator beiseite schob: die künftigen Reichskanzler sollten den kaiserlichen Forderungen und Launen gefügiger sein, als es Bismarck war. Daß Wilhelms persönliche Eigenschaften von nun an eine schlimme Bedeutung für Deutschlands Politik gewinnen konnten, lag an dem ganzen sozialen Fundament seines Kaisertums. Bei seinem waffenklirrenden Auftreten konnte er als absoluter Souverän

des Beifalls der wirtschaftlich führenden Kreise des Reiches und der Spitzen von Armee und Marine sicher sein.

In den neunziger Jahren setzten die provozierenden Vorstöße des wilhelminischen Deutschlands ein: zuerst kam die Nichterneuerung des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages mit Rußland durch den Reichskanzler-General Caprivi und dann die Flottenrüstung gegen England. Viel zu lange (in der nur-„psychologischen“ Geschichtsschreibung sogar bis nach 1918) bewertete man sie lediglich als Handstreich und Fehlentscheidungen eines extravaganteren Kaisers. Selbst der alte Bismarck, grollend nach Friedrichsruh zurückgezogen, sah in Wilhelm einen halben Verrückten, wofür ihn dieser 1896 in einem Brief an den Zaren den „unbändigen Mann mit dem niedrigen Charakter“ nannte.

Wilhelms Auftreten in prächtiger Uniform, in „schimmern-der Wehr“, und seine Ankündigung von 1891, daß er Deutschland „herrlichen Zeiten entgegenführen“ werde, erfüllten ihre reale politische Aufgabe. Den zum Panthersprung in die Welt ansetzenden Kräften des deutschen Imperialismus kam gerade ein solcher Kaiser sehr gelegen, der mit blitzschleudernden Reden ihr Programm lancierte, ihre Ideologie in das deutsche Volk säen half. Wilhelm diente der neuen Politik Deutschlands, die sich in zweieinhalb Jahrzehnten herausbildete, bis sie im Jahre 1914 zum großen Start mit dem Ziele antrat, Europa und Vorderasien zu erobern.

Will man heute dem deutschen Übel auf den Grund gehen, so springt der Zusammenhang zwischen den sozialen Triebkräften der wilhelminischen Politik und der späteren Hitlerpolitik in das Auge: es handelt sich um den zweimaligen Versuch der gleichen Kräfte innerhalb Deutschlands, ihren Welt-herrschaftsanspruch mit brutaler Gewalt durchzusetzen. Vom ersten zum zweiten Versuch vollzogen sich allerdings große Veränderungen in Methode und Ziel.

In der wilhelminischen Staatsführung spielten natürlich die unmittelbaren Berater des Kaisers und ihre Intrigen eine

größere Rolle bei gewissen politischen Entscheidungen, als dies in einer parlamentarischen Demokratie möglich gewesen wäre. Zwei Jahrzehnte lang konnte die „graue Eminenz“ im Außenamte, Baron Fritz von Holstein, verborgen der großen Öffentlichkeit, Kenner aller politischen und personellen Zusammenhänge, die diplomatischen Fäden ziehen und sich tragisch irren. Daneben gab es in dieser Zeit zwischen Junkern und den anderen kapitalistischen Interessengruppen viele Differenzen über außenpolitische Maßnahmen. Hinzu kam der große persönliche Einfluß, den ein Mann wie der alldeutsche Admiral Alfred von Tirpitz auf den Kaiser zur Forcierung der Marinerüstung ausüben konnte. Die Summe all dieser Einflüsse und aus dem Hintergrunde das Drängen des Alldeutschen Verbandes, andererseits wieder das empörte Reagieren des Auslandes und der Widerstand der innerdeutschen Opposition gaben der wilhelminischen Außenpolitik den Anschein eines „Zickzack“-Kurses.

Es war aber ein Kurs auf „das gute deutsche Schwert“, das die Entscheidung bringen sollte. Der deutsche Imperialismus tastete erst suchend seine Möglichkeiten ab und zauderte noch vor ihren Konsequenzen. Aber die zum Eroberungskrieg treibenden Schwerindustriellen, Großbanken und junkerlichen Militaristen verstanden den realen Sinn der kaiserlichen Tiraden besser als er selbst. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ — das war der Bau der mächtigen Kriegsflotte, um gegen den englischen Seekonkurrenten den Kampf für koloniale Rohstoffe, für Absatzmärkte und Kapitalanlageplätze aufzunehmen; das bedeutete auch für die Krupps und Stumms riesige Aufträge an Panzerplatten und Kanonen. „Die gepanzerte deutsche Faust, die scharf und tüchtig gehaltenen deutschen Bajonette und Kanonen“, — wer sollte denen widerstehen, wenn der deutsche Mannesmann-Konzern das Erz Marokkos haben wollte? „Wir sind das Salz der Erde!“ — das war die Verkündung des deut-

schen Herrenanspruches über alle anderen Völker. „Von Berlin nach Bagdad“, — das war der von der Deutschen Bank und den deutschen Schwerindustriellen betriebene Bahnbau, den Wilhelm als sein eigenes Unternehmen preisen ließ; denn es war der Traum des deutschen Kolonialreichs in Vorderasien. „Unser Herrgott hätte sich niemals eine so große Mühe für unser deutsches Vaterland gegeben, wenn er uns nicht noch Großes vorbehalten hätte“, — das war, protzend mit der eigenen militärischen und industriellen Kraft, das Hinausschreien der „deutschen Mission“ in Europa. Es war nichts anderes, als was Richard Wagners Schwiegersohn, der englische philosophische Propagandist der „deutschen Herrenrasse“, Houston St. Chamberlain, im Jahre 1901 an Wilhelm II. geschrieben hatte: „Gott baut heute allein auf die Deutschen.“

Deutsche Organisiertheit breitete sich in diesen Jahrzehnten von der Maas bis an die Memel aus. Daß es in Süddeutschland immer noch etwas zwangloser und gemüthlicher zugeht, änderte nicht viel daran, daß der preußisch-militaristische Geist auch den widerstrebenden „süddeutschen Bierpatriotismus“ schleichend zu infizieren begann. Die Politik der wilhelminischen Regierung fand ihre innere Stützung durch ein Netz von nationalistischen Vereinen, die das Leben des deutschen Bürgers von der Schule bis zur Kaserne, von der Kaserne bis zum Grab oder Massengrab reglementierten. Neben den Kriegervereinen, Schützenvereinen und Turnvereinen für den kleinen Mann gab es Organisationen wie den Deutschen Flottenverein und den Deutschen Kolonialverein, in denen sich die führenden Kaders des reaktionärsten Flügels des deutschen Imperialismus formierten: Politiker, Professoren, Industrie- und Handelsherren, Bankiers, Generale, Admirale, Gouverneure und hohe Beamte der deutschen Kolonien, — der getarnte politische Generalstab des „deutschen Herrenvolkes“. Der „Flottenverein“ war gegründet und finanziert von der Firma Krupp; mit dem General a. D. Keim an der Spitze empfing er sein Geld zu dem

Zweck, Propaganda für die Beschleunigung der Kriegsschiffbauten zu machen und dadurch den Essener Kanonenkönigen zu größeren Staatsaufträgen zu verhelfen.

Die wichtigste unter diesen Organisationen — nicht an Zahl ihrer Mitglieder, sondern an ideologischer Wirkung und politischer Einflußnahme auf die Regierungspolitik bis mitten im ersten Weltkrieg — war der Alldeutsche Verband. Sein Bemühen war, den Pangermanismus zu einer politischen Realität zu machen. Justizrat Heinrich Claß, ein Rheinländer aus Mainz und seit 1907 Vorsitzender dieser Organisation, schrieb über ihre Form (in seinem Erinnerungsbuch „Wider den Strom“, 1932): „Es galt, ohne Überheblichkeit sei dies ausgesprochen, ein nationalpolitisches Offizierkorps zu schaffen, an dessen Spitze als Generalstab Hauptleitung und geschäftsführender Ausschuß stehen sollten.“ Die politische Stärke des Alldeutschen Verbandes bestand tatsächlich darin, daß er im Wechsel der Ereignisse bis zum ersten militärischen „Siegesszug“ 1914/15 in allen nationalistischen Parteien, bei den Konservativen, den Freikonservativen, den Nationalliberalen und auch im rechten Flügel der katholischen Zentrumsparterie Propagandisten seiner Eroberungsideen fand.

Die politische Konzeption der Alldeutschen war eine Absage an Bismarck, der in Preußen-Deutschland den geschlossenen Nationalstaat mit fest errungenen Grenzen gesehen hatte. Die reaktionär-mittelalterlichen Phantasien einer Nachfolge des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, die in der Reaktionsperiode nach 1815 zur Blüte gelangt waren, lebten nun als Triebkraft des modernen preußisch-deutschen Imperialismus auf. Die völkische Lehre sollte die ideelle Begründung für die deutsche Beherrschung Europas liefern: Deutschland als stärkster „germanischer Staat“ gruppiert um sich alle in Europa vorhandenen, abgesprengten deutschen Volksgruppen und Sprachinseln, einschließlich des verbündeten Staates Österreich-Ungarn, als Stützpunkte zur Schaffung eines preußisch-deutsch beherrschten Mitteleuropas.

Hierzu floß sowohl aus der alten preußischen wie aus der habsburgisch-österreichischen Praxis ein Element in die neue völkisch-imperialistische Theorie ein; die Herabdrückung der slawischen Völker zu Knächtsvölkern des deutschen Herrenvolkes. In der Schrift „Großdeutschland und Zentraleuropa im Jahre 1950“ von Thormann und Goetsch, die der Alldeutsche Verband im Jahre 1895 herausgab, wurde gesagt: „Von nun an werden nicht allein die Deutschen das sich bildende neue Deutsche Reich bevölkern; aber sie allein werden es regieren, sie allein üben politische Rechte aus, sie allein können Boden erwerben. Sie werden wie im Mittelalter das Gefühl haben, ein Herrenvolk zu sein; dessen ungeachtet werden sie zulassen, daß die untergeordneten Arbeiten von Ausländern, die ihrer Herrschaft unterworfen sind, durchgeführt werden.“*)

Diese Zielsetzung, die vierzig Jahre später Hitler mit der brutalsten Unmenschlichkeit zu realisieren versuchte, bildete zu Zeiten Wilhelms vorerst nur das ideologische Programm des reaktionären Flügels in der deutschen Schwerindustrie und im junkerlichen Beamtentum; die Nazis haben später der Hohenzollernmonarchie vorgeworfen, daß sie nur stümperhafte halbe Bemühungen zur Verwirklichung jenes Programmes gemacht hätte. Die „völkischen“ Sekten und Zeitschriften, in denen die alldeutsche Eroberungspolitik zur „Rassenlehre“ verdichtet wurde und sich mit der größten Hetze gegen den „jüdischen Liberalismus“ verband, hatten nur eine sehr begrenzte Wirkung. Dem Aufflackern der judenfeindlichen Hetze, geschürt durch den Berliner Hofprediger Adolf Stöcker nach der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre, war der übliche schleichende Antisemitismus gefolgt; ein Antisemitismus der junkerlichen Herrenkaste und gewisser Salons, doch mit wenig Anhang im einfachen Volk und Gegenwirkung durch die sozialistische Arbeiterbewegung. Wichtiger als die „völkisch“-antisemitischen Zir-

*) Rückübersetzt aus dem Englischen.

kel war der Alldeutsche Verband, hinter dem als leitende Männer Repräsentanten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie standen.

Formell gesehen war der Negerschinder in Deutschlands afrikanischen Kolonien Dr. Karl Peters, der dann als „Hänge-Peters“ berüchtigt wurde, im Jahre 1891 der Gründer des „Allgemeinen Deutschen Verbandes“, der 1894 reorganisiert und dann „Alldeutscher Verband“ genannt wurde. Vorsitzender war zuerst Professor Ernst Hasse, ein Leipziger Statistiker und Abgeordneter des Reichstages; sein Nachfolger wurde Justizrat Claß. Gründer und offizielle Leiter waren ein Hamburger, ein Sachse und ein Rheinländer; doch die wirklichen politischen Männer der alldeutschen Eroberungspolitik waren: Alfred Hugenberg, der ihren ersten Auf- ruf im Jahre 1891 schrieb, ursprünglich ein Mann der Junker, dann Referent im Preussischen Landwirtschaftsministerium, von 1909 bis 1918 Generaldirektor der Kruppwerke in Essen und schließlich mit der finanziellen Hilfe von Krupp und anderen Trustherren Begründer des Zeitungskonzerns Scherl; Geheimrat Emil Kirdorf, der Generaldirektor der Gelsen- kirchner Bergbau-A.-G. und zugleich Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats; Karl Helfferich, der von der Kolonialabteilung des Außenministeriums, über den Aufsichtsrat der Deutschen Bank, den Aufstieg zum Vize- kanzler des Reiches während des ersten Weltkrieges machte und der sogar Reichsbankdirektor in der Weimarer Republik werden konnte.

Um diese Zeit waren die Trustherren von der Ruhr, der Saar, aus Oberschlesien und aus Mitteldeutschland bereits die großen Figuren, die hinter der glänzenden Gestalt des Kaisers die Fäden der Außenpolitik zogen. Kirdorf, der Ruhr- herrscher während fünf Jahrzehnten, später Hitlers größter Gönner; August Thyssen, Herr eines großen Konzerns in Mülheim und Vater von Fritz Thyssen; Generaldirektor Zangen vom Mannesmann-Konzern, der 1911 zum provoka-

torischen „Panthersprung“ trieb: zur Entsendung des deut- schen Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir, um Frankreich zu bedrohen und ihm das Erz von Marokko abzuwingen; Hermann Röchling, Besitzer der Edelstahlwerke in Völk- lingen, der im Saargebiet sich allmählich vor die Stumms schob und im August 1914 in einem Memorandum an das deut- sche Oberkommando die Annexion des französischen Erz- beckens von Briey-Longwy forderte; Emil Georg von Stauff, Herr der Deutschen Bank, Hauptinteressent an der Bag- dadbahn, Generaldirektor der deutschen Petroleumgesell- schaften, der später einer der Vizepräsidenten des Reichs- tages unter Hitler werden sollte; die Haniels von der Guten- Hoffnungs-Hütte in Oberhausen; der katholische Trustherr Peter Klöckner; der neu aufsteigende Albert Vögler, der dann von 1914/18 einer der größten Kriegsgewinnler wurde und unter Hitler an Fritz Thyssens Stelle zum Präsidenten der Vereinigten Stahlwerke-A.-G. (Stahltrust) aufstieg; der groß- industrielle Junker Graf Henckel von Donnersmark; der Berliner Kanonenkönig von Borsig. Nicht zu vergessen: der von Wilhelm II. mit der Erbin Berta Krupp verheiratete Prinzgemahl Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Be- sitzer jenes Kruppschen „Familienkonzerns“, der später im Dezember 1943 von Hitler „in Anerkennung der außer- gewöhnlichen und in mancher Beziehung einzigartigen Ver- dienste, welche die Kruppwerke für die Verstärkung der Verteidigungskraft der deutschen Nation erworben haben“, zum „ewigen Familienkonzern erhoben“ wurde.

Der zeitliche Sprung nach vorwärts bei der Vorstellung einiger dieser Monopolherren verdeutlicht ihre verbreche- rische Rolle in zwei Kriegen. Sie waren die Interessenten an den Erzgruben Ostfrankreichs und der Ukraine, an den Koh- lengruben Nordfrankreichs, Belgiens und des Donezreviers, an dem Öl Vorderasiens, Bakus und Rumäniens. Sie waren es, als sie vor 1914 zum ersten Weltkrieg gegen ihre eng- lischen, französischen und russischen Konkurrenten trieben.

Sie blieben es, als sie im Jahre 1939 — mit erweitertem Plan und mit dem Willen, jede demokratische Freiheit in der Welt vernichten zu helfen — unter Hitlers ehrloser Fahne in den zweiten Weltkrieg zogen.

Die reale Welt Wilhelms II. war nicht die seiner romantischen Nordlandfahrten, sondern die Welt dieser Trustherren, die eng mit dem junkerlich geführten Großen Generalstab und der Marineleitung unter Tirpitz zusammenarbeiteten. Die preußischen Junker sahen in dem Krieg von 1914 auch das Mittel, gemeinsam mit der adligen deutschen Herrschaft in Lettland und Estland den alten „Drang nach Osten“ fortzusetzen, um die lettischen, estnischen, litauischen und polnischen Bauern zu ihren Sklavenarbeitern zu machen.

General Ludendorff gestand in seinen „Kriegserinnerungen“ ein, daß er in einer Sitzung des Kronrats am 11. September 1917 als deutsche Mindestforderung erhob: Annexion eines strategisch wichtigen Teils von Polen, von ganz Kurland und Litauen. „Kurland und Litauen sollten“ — so schrieb er — „unsere Verpflegungsmöglichkeiten gesünder machen und Deutschland neue Menschenkräfte zuführen, wenn wir in einem späteren Kriege noch einmal auf eigene Kräfte angewiesen wären.“ Dazu forderte er „handelspolitische Vorteile in Rumänien und der Balkanhalbinsel“, sowie das Getreide und die Rohstoffe der Ukraine für das verbündete Österreich. Die Erzbecken Oberschlesiens und Lothringens im deutschen Besitz sollten durch annektierte „strategische Schutzstreifen“ polnischen und französischen Landes geschützt werden. „Der wirtschaftliche Anschluß Belgiens an das Deutsche Reich blieb unser Ziel“ — und der flämische Bevölkerungsteil in Belgien sollte eine Stütze der deutschen imperialistischen „Protektion“ werden. Das waren Mindestforderungen zu einer Zeit, wo es mit den deutschen Siegesaussichten schon trübe bestellt war.

Röchling wurde im Krieg Reichskommissar für den gesamten ostfranzösischen Erzbau; die Beute teilte er mit den

Ruhrindustriellen, die sich auch zu Herren über die nordfranzösischen und belgischen Kohlengruben aufschwangen. Diese Schwerindustriellen ließen durch die alldeutsche Propaganda die Forderung auf Annexion ganz Nordfrankreichs starten. Dem deutschen Volk sollte diese Annexion mit der Notwendigkeit, Marinestützpunkte gegen England zu besitzen, von den Admiralen begründet werden. Im Augenblick der Niederlage im November 1918 mußte das deutsche Oberkommando — auf Wunsch der Ruhrkohlenbarone und als ein Schlag gegen ihre französische Konkurrenz — die Kohlen-schächte in Nordfrankreich durch ausgedehnte Zerstörungen zur Förderung von Kohle unfähig machen.

Am 19. April 1913 hatte der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Karl Liebknecht — in einer Rede, in der er im Preußischen Landtag die Korruption der Firma Krupp enthüllte — das Wort geprägt, daß „die Ehre des Deutschen Reiches mit der Ehre der Firma Krupp merkwürdig versippt zu sein scheint“. Die Warnung dieses kühnsten Sprechers in einem wilhelminischen Parlament war an die ganze deutsche Nation gerichtet, die von 1914 bis 1918 mit Millionen Toten und Verstümmelten dafür zahlte, daß sie seine Stimme überhört hatte. Der Warner wurde von der Firma Krupp und ihren Freunden zum Tode verurteilt. Die günstigste Gelegenheit zur Vollstreckung dieses Urteils ohne Gericht fand sich am 15. Januar 1919 im Eden-Hotel zu Berlin. Der gefangene wehrlose Karl Liebknecht wurde von der Feme faschistischer Offiziere exekutiert.

DER WILHELMINISCHE GEIST UND SEINE SAAT

Seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bildete sich die Besonderheit des deutschen Nationalismus heraus. Die wilhelminische Politik entwickelte jenen Typ des deutschen Bürgers, der seine eigene Untertänigkeit gegenüber dem Hause Hohenzollern paarte mit dem Geiste einer pronon-

cierten Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern. Die Zeit, in welcher der kosmopolitische Ludwig Börne in der Polemik gegen Deutschtümler und Franzosenfresser meinte, es sei ihre schöne Bestimmung, „daß die Deutschen für den Patriotismus gar nicht gemacht sind“, lag mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Spät und falsch entdeckten viele Deutsche den Patriotismus — als einen verstiegenen Super-nationalismus.

Bismarck hatte, trotz seiner Mäßigung, an dessen Entstehung mitgewirkt: „Wir haben die beste Armee, das beste Offizierkorps! Den preußischen Leutnant macht uns keiner nach!“ Als Reaktion auf die frühere wirtschaftliche Rückständigkeit und politische Zersplitterung Deutschlands wurden seine Bürger, gefüttert mit den kraftmeierischen Kaiserreden, leicht geneigt zur Überschätzung der neu errungenen Stärke. Von der Universität bis zur letzten Dorfschule wurde gelehrt: „Preußisch sind die größten soldatischen Taten der Geschichte, deutsch sind die größten Schöpfungen der Kunst, deutsch sind die größten Erfindungen und Wissenschaftler, deutsch die kräftigsten Turner, deutsch die beste Industrie, deutsch die tüchtigsten Arbeiter. Wo gibt es eine bessere Organisiertheit und Ordnung als in Deutschland? Warum will man uns Deutschen den Platz an der Sonne bestreiten?“ Und ringsum tauchte „die Welt von Feinden“ auf, die aus Neid und Mißgunst Deutschland diesen gewünschten Sonnenplatz nicht gewähren wolle. In diese wilhelminische Staatsideologie, die Tausende von Lehrern und Professoren in die Köpfe junger Menschen pflanzten, mischte sich als Bismarcks Erbe die Bewunderung für siegreiche Gewalt schlechthin. Die „schlappe“ parlamentarische Demokratie oder gar die Sozialdemokraten, diese „vaterlandslosen Gesellen“, konnten „nur verderben, was das deutsche Schwert errungen“.

Die Wirkung dieser schleichenden Verseuchung war in den verschiedenen Schichten des Bürgertums und der Bauernschaft unterschiedlich. Die kleinstaatliche Entwicklung der

25 deutschen Länder, beeinflusst durch die differierende Regierungsweise ihrer eigenen Könige und Fürsten, und die aufflackernden antipreußischen Stimmungen in ihnen hinderten, daß der säbelrasselnde Geist alles überschwemmte. So wurde die alldeutsche Propaganda gehemmt. Die natürlichen Interessengegensätze zwischen den süddeutschen Bauern und den norddeutschen Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen brachen immer wieder auf. In sie hinein spielten religiöse Widersprüche zwischen dem katholischen Süden und Westen Deutschlands und dem protestantischen Norden und Nordosten. Der wilhelminische deutsche Bundesstaat verfügte über keine straffe zentralistische Staatsgewalt, die der mächtigen Entwicklung seiner Industrie entsprach und aller Gegensätze Herr sein konnte.

Dennoch vollzog sich — im Ganzen gesehen — im Ablauf von einigen Jahrzehnten eine politisch-moralische Vergiftung des deutschen Bürgertums durch den Wilhelminismus, die direkt und indirekt bis in die Arbeiterschaft hineinstrahlte. Ein fleißiges und tüchtiges Volk, in seinem persönlichen Leben friedlich, durch jahrhundertelange Despotie politisch weich und mehr den Künsten als der Politik zugewandt, traditionell zu sehr an den Druck einer strengen Ordnung gewöhnt — das war das deutsche Volk; seine ganze Geschichte hat es so geformt. Die wilhelminische Erziehung war bemüht, die demokratischen Ideen zu verfemen, die Erinnerung an 1848 zu einem Kinderspott zu machen, alles Reaktionäre aus der deutschen Vergangenheit romantisch zu vergolden und den Geist der Überheblichkeit nach außen zu züchten.

Das Erbe der Romantik, das in patriotischen Dichtungen bis zum banalsten Kitsch entartete, drückte auf die ganze deutsche Literatur und konnte sich mit der neuen Machtromantik des wilhelminischen Imperialismus vermischen. Selbst die klassische deutsche Literatur wurde romantisiert, ihres humanistischen Gehaltes entseelt, formalistisch gelehrt — und bestenfalls wurden Schiller und Goethe in brave Nationalliberale ver-

wandelt. Die wenigen realistischen Romane in Deutschland entstanden (mit geringen Ausnahmen, wie der alte Fontane und der junge Thomas Mann) als Ausdruck einer anti-wilhelminischen Opposition; so die Werke Heinrich Manns und knapp vor dem Ausbruch des Weltkrieges die ersten Bücher Leonhard Franks. In der naturalistischen Bewegung der deutschen Literatur, stark beeinflusst von der französischen und russischen realistischen Literatur, glitt um die Jahrhundertwende die bedeutendste Erscheinung, Gerhart Hauptmann, bald aus dem Realismus der „Weber“ in die Mystik von „Hanneles Himmelfahrt“ und dann tiefer in dieses literarische Erbübel hinab.

Der durchschnittliche gebildete oder halbgebildete deutsche Bürger besaß ein entsprechendes „Bildungsgut“ vor 1914. Es war ein Sammelsurium von national oder kategorisch klingenden Worten klassischer deutscher Dichter und Philosophen, von schwertklirrenden Aussprüchen Friedrichs des Großen, Bismarcks und der beiden Wilhelms — und dazu vielleicht noch einige dunkel-romantische Sätze von Friedrich Nietzsche, die dem sozial höhergestellten Untertan erlaubten, sich billig das Gefühl eines „Übermenschen“ zu verschaffen.

Das „zeitlos ewige“, sittliche Gesetz Kants war unter den Fälschergriffen deutscher Professoren leicht in ein sittliches Gesetz für die wilhelminische Praxis verwandelt worden. In den „Schriften der Treitschke-Stiftung“ schrieb im Jahre 1913 ein Professor Adolph Wagner, als Einleitung zu Reden über das Preußentum vor Studenten: „Der Mann des Kategorischen Imperativs ist der geistige Bannerträger, des wahren Preußentums! Das Preußische: Du sollst! Du mußt! hat dem deutschen Volke in vielen seiner Stämme als politischer Kitt zu sehr gefehlt.“ Es war nicht ein einzelner Wagner, der so sprach, es sprach der professorale Untertan.

Die deutschen Universitäten hatten in den Jahrzehnten seit 1870 ein fachlich hohes Niveau erreicht, besonders in allen angewandten Wissenschaften, aber alle humanistischen und frei-

heitlichen Ansätze aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren verdrängt. So kam es, daß die deutschen Universitäten fachlich tüchtige, aber die reaktionärsten und geistig beschränktesten Studenten Europas aus ihren Hörsälen in das Leben der Nation entließen.

Unzweifelhaft hat diese wilhelminische Zeit bestimmte Züge im Denken und Verhalten von vielen Deutschen, die seit der Reformation und der Niederlage von 1848 vorhanden waren, einseitig weiter entwickelt und schärfer ausgeprägt. Das trug dazu bei, daß später die „Herrenrasse“-Theorie der Nazis auf einen so geringen geistigen Widerstand im deutschen Bürgertum und bei der Mehrheit seiner Intellektuellen stieß. Die Studenten stellten schon nach 1918 die Kadets für die gegenrevolutionären Freikorps, für Hitlers SA und SS.

Heinrich Mann hat in seinem 1914 beendeten Roman „Der Untertan“, dieser gültigen realistisch-satirischen Darstellung einer deutschen Kleinstadt unter Wilhelm II., den besonderen Emporkömmlingstyp seiner Epoche gestaltet. Das ist Diederich Heßling, Doktor der Chemie, Fabrikbesitzer, zeitweilig sich „durchaus liberal“ nennend, aber in jedem Zug seines Handelns untertänig und kriecherisch bewundernd vor der militaristischen Junkerkaste; brutal und „zackig“ gegen die unteren Volksklassen, den „inneren Feind“. Einen solchen „Elite“-Typ kann man sich später als einen Naziführer vorstellen. Wie Diederich Heßling als junger Student in den neunziger Jahren einen Vorbeiritt des Kaisers erlebt, ist in der rückschauenden Schilderung Heinrich Manns eine geniale Vorausahnung des nationalistischen Deliriums bei einem Auftreten Hitlers, vierzig Jahre nachher: „Ein Rausch, höher und herrlicher als der, den das Bier vermittelt, hob ihn auf die Fußspitzen, trug ihn durch die Luft. Er schwenkte den Hut hoch über allen Köpfen, in einer Sphäre der begeisterten Raserei, durch einen Himmel, wo unsere äußersten Gefühle kreisen. Auf dem Pferd dort, unter dem Tor der siegreichen Einmärsche und mit Zügen steinern und blitzend ritt die Macht! Die Macht, die über uns

hingehet und deren Hufe wir küssen! Die über Hunger, Trotz und Hohn hingehet! Gegen die wir nichts können, weil wir alle sie lieben! Die wir im Blut haben, weil wir die Unterwerfung darin haben! Ein Atom sind wir von ihr, ein verschwindendes Molekül von etwas, das sie ausgespuckt hat! Jeder einzelne ein Nichts, steigen wir in gegliederten Massen als Neuteutonen, als Militär, Beamtentum, Kirche und Wissenschaft, als Wirtschaftsorganisation und Machtverbände kegelförmig hinan, bis dort oben, wo sie selbst steht, steinern und blitzend! Leben in ihr, haben teil an ihr, unerbittlich gegen die, die ihr fern sind, und triumphierend, noch wenn sie uns zerschmetterf: denn so rechtfertigt sie unsre Liebe!“

Zur Welt dieses Typs gehörten der Kasernenhof mit dem „Kadavergehorsam“, die leuteschinderische Allmacht des Feldwebels, übertragen auf den gesamten ehrfurchtsgebietenden Staatsapparat: jeder Polizist und jeder Beamte ein ziviler Feldwebel. Und das „Alles-ist-erlaubt“ für den Kriegsfall, daß man sich in Feindesland als Angehöriger des „Herrenvolkes“ fühlen und brutal benehmen darf, wenn man schon im eigenen Lande sich zu ducken hatte und sich schikanieren lassen mußte.

Es wäre natürlich nur eine halbe Wahrheit, diesen „Untertan“ für die einzige Verkörperung der wilhelminischen Epoche zu halten; er war nicht ihre einzige, aber ihre gefährlichste Verkörperung. Dieser Untertan stand und fühlte sich immer im Widerspruch zu den fortschrittlichen Gegenkräften im deutschen Volk, die damals im Bürgertum zusehends erschlafft waren. Die kulturbewußte Minderheit in diesem Bürgertum, die seit hundert Jahren in den Traditionen der Humanität und des Kosmopolitismus lebte, mochte sich, wie Hans Castorp in Thomas Manns Roman „Der Zauberberg“, in der unverstandenen Welt der anderen Völker als „Sorgenkinder des Lebens“ fühlen; sie mochte im Luftreich ihrer Träume die Deutschen immer noch für ein besonderes Volk von Humanisten und Poeten halten, und damit der anderen Form des deutschen Nationalhochmutes hingegeben sein, im August

1914 wurden sie doch willenlos von dem Krieg mitgerissen, dessen Geheimnis ihrem verschwärmten Gemüt unenträtselbar bleiben mußte.

Das Urteil der geschlagenen deutschen Generale und Admirale nach der Niederlage von 1918, von Ludendorff bis Tirpitz, stimmte darin überein, daß die ganze politische Organisation und „staatsbürgerliche Erziehung“ des Kaiserreiches — trotz der zeitweilig breiten Wirkung der alldeutschen Propaganda in den ersten Kriegsjahren — nicht dazu ausgereicht hatten, das ganze deutsche Volk in einem Kampf auf Leben und Tod von längerer Dauer um die kaiserliche Regierung zu scharen. Die moderne industrielle Entwicklung und die Tätigkeit der Arbeiterbewegung hatten ständig die politischen Kräfte verstärkt, die gegen die Schranken des Halbabsolutismus anrannten. Die Strömungen in der deutschen Literatur und Kunst, die die wilhelminische Staatsideologie oppositionell unterwühlten, schwollen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an. Selbst die Gewährung begrenzter bürgerlicher Freiheiten erwies sich für einen imperialistischen Staat, der sich anschickte, mit überspannten Zielen die ganze Welt herauszufordern, als ein Widerspruch in sich. Diese Freiheiten konnten in einem Augenblick der Schwäche zur Vorbereitung der demokratischen Revolution ausgenutzt werden.

Deutschland war unter Wilhelm II. ein Land mit den modernen sozialen und politischen Widersprüchen, die durch das kaiserlich-junkerlich-militaristische Regime besonders zugespitzt waren. In den herrschenden Kreisen keines andern europäischen Landes, mit Ausnahme des zaristischen Rußlands, herrschte eine so panische Furcht vor der Revolution wie im Hause Hohenzollern und auf den Herrensitzen der preussischen Junker. Ob es Wilhelm oder Tirpitz war, bei jedem politischen oder militärischen Mißerfolg — so gestanden sie — tauchte vor ihnen das Gespenst der Revolution auf. Schon nach dem Fehlschlag der Marneschlacht schrieb Tirpitz verzweifelt in einem seiner Kriegsbriefe (20. September 1914):

„Mit dem bisherigen Kasten- und Klassenwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage, wir bekommen die reine Demokratie.“ Das war die schlimmste Vorstellung für einen Junker.

Doch selbst Tirpitz unterschätzte im Augenblick der revolutionären Volkserhebung, wie sehr die wilhelminische Saat auch nach dem November 1918 noch in verhältnismäßig weiten Schichten des deutschen Volkes wirksam war. Ließ die „reine Demokratie“ auf die Verjagung des Kaisers auch die Verjagung seiner Generale, die Entmachtung der Junker und der großen Diederich Heßlings folgen, so konnte die wilhelminische Ideologie auch in jenen Schichten allmählich vernichtet werden. Gesah das jedoch nicht, dann mußte Deutschland das klassische Land für einen zweiten ausgereifteren Versuch werden, die Theorie des „Herrenvolkes“ in die blutigste Praxis umzusetzen.

AUF DER SUCHE NACH DEM NEUEN PLAN

Ein Ertrinkender strebt zuerst einmal an festes Land, schöpft Atem und versucht, seine Kräfte wieder zu sammeln. In einer solchen Lage befanden sich nach dem November 1918 die deutschen Verantwortlichen für den Krieg. Da sie in den ersten Jahren der Weimarer Republik ihre entscheidenden Machtstellungen in der deutschen Monopolindustrie und die Führung in der Armee behielten, konnten sie sich bald wieder als Ziel stellen: neu erstarkt, besser gerüstet nach innen und nach außen, das große Spiel von 1914 zu wiederholen. Das Ziel war ihnen klar, der Weg dazu jedoch verbaut. Noch waren die revolutionären Kräfte innerhalb Deutschlands nicht gebündelt und geschlagen.

Die beiden herrschenden Klassen Deutschlands unter Wilhelm II. verkörperten eine Summe gegenrevolutionärer Erfahrungen: die preußischen Junker, im Besitze ihrer jahrhundertelangen Tradition in der brutal-schlauen Sicherung ihres Regiments — die deutschen Monopolkapitalisten, eine

robuste und von militärischem Geist durchdrungene Herrenschicht. Die Erfahrung der Vergangenheit war nützlich, da auch alte Unterdrückungsmethoden sich oft gegen einen zaudernden demokratischen Gegenspieler bewährt hatten; aber im Deutschland nach 1918 reichten sie nicht mehr aus. Wenn man auch dem Volke im Namen von „Ruhe und Ordnung“ so vieles abgerungen hatte — Nichtbestrafung der Kriegsverbrecher, Nichtenteignung der Kriegsgewinnler, Fortführung des Großen Generalstabes unter neuer Flagge in der Reichswehr, Nationalversammlung mit Duldung der Alldeutschen unter kaum veränderter politischer Firma —, so war die marxistische Arbeiterschaft keineswegs besiegt. Sie war nur schnell in eine Verteidigungsstellung gedrängt, aber sie besaß mächtige Gewerkschaften und Parteien. Jeder vorzeitige diletantische Versuch einer Zertrümmerung der demokratischen Republik, wie der Kapp-Putsch vom 13. März 1920, mußte elementar die revolutionären Energien in den Massen der Arbeiterschaft zum Aufflammen bringen.

Junker und Monopolherren suchten einen neuen Plan. Das war der Sinn ihres Tastens und ihrer einzelnen Vorstöße im Jahrzehnt nach dem deutschen November. Sie hatten zuerst keine realistische Vorstellung von einem solchen Plan, der alle Lehren der Niederlage verwertete, — und sie verfügten auch nicht über die Stützen in den deutschen Volksmassen, um einen neuen Plan des imperialistischen Wiederaufstiegs verwirklichen zu können. Nach außen war Deutschland durch den Versailler Vertrag vorerst militärisch und wirtschaftlich geschwächt. Daß diese Schwächung nicht dauernd sein würde, wußte niemand besser als die deutschen Monopolherren.

Wilhelminische Staatsmänner, Generale und Admirale überschwemmten das Land mit einer Flut von Memoirenbüchern, in denen die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken der siegreichen Front“ und vom „Novemberverrat 1918“ geboren wurde. Diese Bücher waren auf einen Tenor abgestimmt: die Niederlage Deutschlands wäre eigentlich nur als

ein tragischer Zufall gekommen — und bei besserer Vorbereitung werde der nächste Krieg sicher zum Siege führen. Ludendorff sprach von „dem stolzen deutschen Heer, das vier Jahre dem überlegenen Feinde siegreich widerstanden“ hatte. Tirpitz' Buch war auf den Ton abgestimmt: „Es war uns beinahe gelungen . . .“ Aus allen Büchern tönte als Losungswort für die Zukunft: „Im Felde unbesiegt!“

Tirpitz — ein ostelbischer Junkersohn und wilder Englandhasser, dessen Gesicht mit dem zweispitzigen Bart als das Bild des eigentlichen Schöpfers der deutschen Kriegsslotte während zweier Jahrzehnte dem deutschen Volk eingepägt wurde — konzentrierte sich in seinen „Erinnerungen“ auf den Nachweis, daß der „unbeschränkte Unterseebootkrieg“ gegen England ein Jahr zu spät begonnen wurde; der Kaiser habe seine und des Ruhrindustriellen Stinnes Forderung im Februar 1916 sträflicherweise nicht erfüllt: Tirpitz hatte deshalb demissioniert. Dieser Vater der „Vaterlandspartei“, der nach seiner Demission eine Volksbewegung für das brutalste alldeutsche Annexionsprogramm zu inszenieren versuchte, gab militärisch nur zwei Lehren für den nächsten Krieg: unbeschränkten Unterseebootkrieg — und keinen Krieg Deutschlands zu einem Erschöpfungskrieg ausarten zu lassen, sondern „die Sache kurz zu machen“.

Politisch erhob Tirpitz gegen das deutsche Volk den Vorwurf: „Dieses hat sich bisher immer unfähig erwiesen, ohne straffe Führung sich Wohlfahrt zu erringen. Es bedarf des preußisch-deutschen Staates. Sein Schutzengel war die Überlieferung Friedrichs des Großen und Bismarcks.“ Der Großadmiral, der in dem weltoffenen Amt eines Marinestaatssekretärs unveränderlich seine junkerliche Sturheit bewahrt hatte, dachte auch nach dem Zusammenbruch eng monarchistisch. Er hatte den Kaiser gehaßt; aus jeder Zeile seines Buches sprach verdeckt die Mißachtung des Fachmannes für den gekrönten militärischen Dilettanten, — aber dennoch sah er nur „ein neues Potsdam“ als Weg zum Aufstieg aus

den Tiefen der Niederlage und der „innerpolitischen Begehrlichkeit der Revolution“. Sein Plan einer einfachen monarchischen Restauration hatte bei dem inneren Kräfteverhältnis in Deutschland keine Aussicht auf Erfolg.

Ludendorff — als bürgerlicher General im Kriege zum Diktator über das Leben der Nation aufgestiegen, stets im Schatten des berühmteren Hindenburg handelnd — war unter den beiden Führern der wilhelminischen Waffen der härtere Kopf. Seine Kritik zielte auf das Ganze: das Diktat des Oberkommandos über das zivile Leben wäre im Krieg nicht total genug gewesen; es habe starke Reibungen mit den Regierungsämtern gegeben, die viele seiner Forderungen nicht erfüllt hätten. „In Berlin konnte man sich nicht zu unserer Auffassung der Kriegsnotwendigkeiten bekennen und nicht den eisernen Willen finden, der das ganze Volk erfaßt und sein Leben und Denken auf den einen Gedanken: Krieg und Sieg, einstellt . . . Sie haben unser Volk friedenssehnsüchtig gemacht, nicht den Feind friedenswillig.“ Hier wurde bereits kritisch für die Vergangenheit gesagt, was Ludendorff dann in einem Jahrzehnt zur Theorie vom „totalen Krieg“ der Zukunft verdichtete.

Ludendorff und Hindenburg hatten noch im Sommer 1917 die Regierung Bethmann-Hollweg gestürzt, weil der Reichskanzler der „Friedensresolution“ der Mehrheitsparteien des Reichstages und ihrer Forderung auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen zugestimmt hatte. Friedensschritte? Wahlrecht für das einfache Volk? „Beides mußte den Vernichtungswillen der Feinde ins Unermeßliche steigern“, — versicherte der Diktatorgeneral; er verhinderte es gründlich.

Der große Kriegsverlierer hatte einen sehr wunden Punkt: den Augenblick, wo er im Herbst 1918, in einer plötzlichen Panik, von dem Reichskanzler Prinz Max von Baden die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen gefordert hatte. Dieser Punkt paßte nicht zu „Dolchstoß“ und

„Im Felde unbesiegt“. Aber Ludendorff hatte nicht nur ein Gesicht, das wie der preußische Militarismus selbst aussah, — er besaß das brutal-konsequenteste Gehirn unter den Militärs, die nach 1918 davon träumten und darüber grübelten, wie die Eroberungsziele des deutschen Imperialismus doch noch zu erreichen wären. Er war besessen von seiner „Mission“. Er schuf sich allmählich die Vision von dem „Feldherrn“, der die ganze Armee, die weitverzweigte Maschinerie der Industrie und das Volk (ohne Parteien, ohne Reichstag) als blind gehorchende Masse zum „totalen Einsatz“ in den neuen Krieg führt. Kein Kaiser, kein politischer Führer, nur der „Feldherr“ sollte im „totalen Krieg“ gebieten: natürlich sah er sich selbst als diesen „Feldherrn“, der die Scharte des ersten Weltkrieges auswetzen würde. Die Schwäche von Ludendorffs Plan war, daß dem General die politische Fähigkeit mangelte, den Weg zu einem solchen allmächtigen Führertum zu finden. (So mußte er später in eine erbitterte Opposition zu dem militärischen Stümper Hitler geraten, der ihm gerade darin weit überlegen war.)

Es war kein Zufall, daß Hitler als „ein Kind der Reichswehr“ in die politische Arena trat und unter ihrer Förderung die Naziartei als Waffe gegen die Revolution schuf. An der Spitze der deutschen Reichswehr stand, mit Unterstützung der republikanischen Regierung, eine Fortsetzungsorganisation des kaiserlichen „Großen Generalstabes“. Ludendorffs Bücher waren keine leere Theorie. Wenn er auch auf Grund der inneren und äußeren Lage Deutschlands nicht persönlich als Chef der Reichswehr tragbar war, so inspirierten Ludendorffs Lehren in bedeutendem Maße die Tätigkeit des „Allgemeinen Truppenamtes“ und der „Militärhistorischen Abteilung“ im Reichswehrministerium. Dieser getarnte „Große Generalstab“ besaß eine ganze Fülle von ergänzenden Organisationen, die theoretisch und praktisch einer militärtechnisch modernisierten Kriegsvorbereitung dienten: so die „Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft“, die von der deutschen

Kriegsindustrie direkt finanziert wurde, den „Verein für Geopolitik“ um den früheren General Karl Haushofer; ein ganzes Netz der „Wehrorganisationen“, von den Freikorps der ersten Nachkriegsjahre, der Schwarzen Reichswehr mit ihrer organisierten Feme bis zu dem Stahlhelm und zu Hitlers SA und SS.

Es soll hier nicht die Geschichte der Reichswehr geschrieben werden. Gezeigt soll nur werden, daß an der Spitze der Reichswehr der alte „Große Generalstab“ Preußen-Deutschlands weiterexistierte — und zwar in seiner traditionellen Position, die er als ein Staat im Staate vom älteren Moltke bis zu Ludendorff besessen hatte. Die Tarnung und Förderung der Bestrebungen dieser Körperschaft war jene geheimnisvolle „nationale Sache“, der auch der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert und sein Parteigenosse, Preußens sozialdemokratischer Innenminister Karl Severing, bei jeder Gelegenheit Hilfe leisteten. Der „Große Generalstab“ blieb in der Republik die große Macht im Halbdunkel, deren maßgebende Rolle allein so vieles Unerklärliche in der Regierungspolitik dieser sonderbaren „Demokratie“ erklärlich macht. Der „Große Generalstab“ war durch viele Familienbande seiner nahen Mitarbeiter mit den Herren der großen Rüstungsindustrie noch enger verbunden als in der wilhelminischen Zeit. Die Republik von Weimar hatte in dieser Form das militaristisch-bonapartistische Erbe des Preußentums übernommen.

Eine der dringlichsten Sorgen für die Repräsentanten des deutschen Imperialismus war es, die jahrhundertalte preußische Militärtradition in „den Jahren des Unglücks von Weimar“ lebendig zu erhalten — und so ein neues Kampfinstrument für eine gründlich verbesserte Wiederholung der Politik Wilhelms II. vorzubereiten. Der „Große Generalstab“ blieb deshalb immun gegen alle Enthüllungen der deutschen Linkspresse. Als Hindenburg im Jahre 1925 zum Reichspräsidenten der Republik gewählt wurde, erwies sich, daß

der alte Marschall eben mehr als eine „ehrwürdige Null“ für die deutsche Reaktion sein konnte; er wurde wieder der Oberste Befehlshaber, der Sammelpunkt einer erlesenen Junkerclique rund um die Armeeführung, der Schirmherr des „Großen Generalstabes“. Man war wieder unter sich. Ein Reichskanzler wie Heinrich Brüning stand als ehemaliger Frontoffizier stramm, wenn er, das Haupt der republikanischen Regierung, von Hindenburg empfangen wurde. Die Männer des „Großen Generalstabes“ entschieden in den Krisenjahren seit 1930, durch das Haus Hindenburg, über den Sturz jeder Regierung.

Die Wurzeln dieser Entwicklung finden wir bereits in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution von 1918. Handelnde Figuren waren: Generalfeldmarschall von Hindenburg, beraten von dem General Groener und dem wendigen Major Kurt von Schleicher. Hindenburg erklärte den Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte vom 18. Dezember 1918, der die Wahl der militärischen Führer durch die Truppenteile und die beschleunigte Errichtung einer demokratischen Volkswehr forderte, einfach durch ein Rundtelegramm für null und nichtig. Der kaiserliche Feldmarschall konnte, ohne als Rebell angeklagt zu werden, einen Beschluß des höchsten demokratischen Organs der Revolution eigenmächtig außer Kraft zu setzen wagen mit der Behauptung, „daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann“. Die gegenrevolutionären Generale sprachen im Namen der Volksrechte, nur um ihre uneingeschränkte Befehlsgewalt zu retten und die exklusive Stellung des Offizierskorps unversehrt zu erhalten. Die Nationalversammlung verhinderte dann tatsächlich „eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung“, die mit der militaristischen Tradition von 200 Jahren, seit den Tagen des preußischen

„Soldatenkönigs“, gebrochen hätte. So wurde die Reichswehr als äußerlich dem Versailler Vertrag angepaßt, auf das Training für einen neuen Krieg eingestellte Kaderarmee begründet.

Gegen die „innerpolitische Begehrlichkeit der Revolution“ hatte man ebenfalls bereits anfangs 1919 die neue Parole gefunden, die auch alle neuen außenpolitischen Abenteuer tarnen sollte: „Kampf gegen den Bolschewismus“. Auf dem alten Schlachtfeld ihres Dranges nach Osten, im Baltikum, bot sich den Junkergeneralen die günstige Gelegenheit, ein Probestück zu liefern; noch mitten im allgemeinen Zusammenbruch der kaiserlichen Armee. Vielleicht konnte man den Verlust des großen Krieges wenigstens teilweise wettmachen durch eine kleinere, aber seit alten Zeiten ersehnte Beute in einem Miniaturkrieg in den baltischen Ländern — und allmählich für den künftigen Hauptschlag gegen den Westen wieder erstarken. Die kaiserlichen Generale wollten von den westlichen Siegerregierungen zuerst einmal als Gendarm gegen den Bolschewismus akzeptiert werden. Die Drahtzieher des Baltikumabenteuers hatten, seit am 10. November 1918 die Regierung Ebert-Scheidemann sich mit Hindenburg verbündet hatte, ihre sichere Rückendeckung in der neuen Berliner Regierung. Führer des Baltikumkorps war der General Graf Rüdiger von der Goltz, aus einer Junkerfamilie mit litauischem Namen, bekannt durch seinen blutigen Terror gegen die finnische Revolution im Frühjahr 1918. Das Probestück mißglückte. Die Banden des Grafen von der Goltz, die nur der hauchdünnen Oberschicht der junkerlichen Großgrundbesitzer im Baltikum dienten, wurden schließlich von den Letten und Esten mit Hilfe englischer Kriegsschiffe verjagt.

Es mußte ein anderer Ausgangspunkt für den neuen Plan gesucht werden. Doch die Parole „Kampf gegen den Bolschewismus“ als Tarnung für jegliches reaktionäres Unternehmen gehörte von nun an zum eisernen Bestand im Tornister der

deutschen Imperialisten. Hitler fand sie bereits fertig vor, als er im Jahre 1920 politisch auftauchte.

Hugo Stinnes — Deutschlands größter Konzernherr, engster Partner Ludendorffs und Vertrauensmann des „Großen Generalstabes“ im Weltkriege, Riesenverdiener an der deutschen Geldinflation von 1918 bis 1923 — lieferte ein kurzes Zwischenspiel: an der Spitze der Ruhrindustriellen trieb er zur Sabotage der Reparationslieferungen. Die Regierung Poincaré antwortete mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch die französische Armee im Januar 1923. Die englische Diplomatie sorgte damals durch ihren Berliner Botschafter Viscount D'Abernon dafür, daß sich die alldeutschen Wirtschaftskönige als inoffizielle heimliche Verbündete Englands in dessen Balance-of-Power-Politik gegen eine kontinentale Hegemonie Frankreichs fühlten. Als danach die amerikanische Finanzhilfe zur Stabilisierung der deutschen Währung und die neue englisch-französische Verständigung kamen, mußten die Monopolherren und Junker wieder einen anderen Weg zu ihrem unverrückbaren Ziel suchen.

Sie suchten einen sicheren Plan, indes die deutsche Schwerindustrie mit Hilfe der amerikanischen Kredite rationalisiert und für den nächsten Krieg modernisiert wurde. Das war die Zeit der „gemäßigten Außenpolitik“ unter Gustav Stresemann, in der sich innerhalb Deutschlands bedächtigt und konsequent die reaktionäre Aushöhlung und Entmachtung der Republik vollzog. Wilhelminische Beamte im Staatsapparat, wilhelminische Lehrer in den Schulen, wilhelminische Kommandeure in der Reichswehr, wilhelminische Richter in der Justiz — das mußte erhalten, geschützt, ausgebaut werden. Man wußte, was man tat. Es war das Fundament für alles Kommende. Man konnte ja nicht mehr tun, solange noch die demokratisch denkenden Volksmassen über starke Organisationen verfügten. Es gab zudem unter den vielen auftauchenden Plänen keinen erfolgsversprechenden Plan, auf

den sich die Dreieinheit der Trustherren, Großgrundbesitzer und Generale einigen konnte.

So wahr es ist, daß die ganze Geschichte der Weimarer Republik eine einzige, in vielen Formen getarnte, fortgesetzte Vorbereitung der Wiederkehr des deutschen Imperialismus ist, — so wahr ist auch: erst die Weltwirtschaftskrise, die im Jahre 1930 mit voller Wucht die deutsche Wirtschaft traf und bis zum Herbst 1932 die Zahl der Erwerbslosen auf mehr als 7 Millionen trieb, schuf die objektive Möglichkeit, daß die Verschwörung der alldeutschen Monopolherren, Junker und Generale Gestalt annehmen konnte.

DIE VERSCHWÖRUNG IM STAHLHAUS

Es war eine Verschwörung, die Hitler auf den Reichskanzlerstuhl hob. Die verschworenen „Weisen“ der deutschen Reaktion versammelten sich nicht an irgendeinem geheimnisvoll düsteren Ort, sondern kamen in historisch genau nachweisbaren Räumen zusammen. Ihre Verschwörung bildete sich auch erst allmählich heraus, mit großen Differenzen untereinander; besonders darüber, welche Rolle man der Nazipartei und der Person Hitlers in der künftigen Regierung zuweisen sollte.

Vor der Öffentlichkeit ging der Weg dieser Verschwörung über drei Regierungskrisen: dem Sturz des Kabinetts Brüning im Mai 1932, dem Sturz des Kabinetts Papen im November 1932 und dem Sturz des Kabinetts Schleicher am Schwarzen Tag der deutschen Geschichte, dem 30. Januar 1933. Die Versammlungsorte der Verschwörer waren: das Stahlhaus in Düsseldorf, der Sitz der Vereinigten Stahlwerke A.-G. (Vestag) am 27. Januar 1932, die Villa des Bankiers Kurt von Schröder in Köln am 7. Januar 1933, das Reichswehrministerium, der Berliner Herrenklub und das Gut Neudeck des Reichspräsidenten Hindenburg. Die Verschwörung richtete sich zuerst gegen den starken demokratischen und sozia-

listischen Teil des deutschen Volkes, der zum Opfer werden mußte, bevor die Verschwörung gegen die ganze Welt gestartet werden konnte. Diese politische Mechanik, die bei dem Machtantritt Hitlers wirksam war, hat man später im Ausland bei der Einschätzung der deutschen Entwicklung meist gerne übersehen, um die eigenen Versäumnisse von 1933 bis 1938 zu vertuschen.

Ende Januar 1932 wurde in der rheinischen Arbeiterpresse das Auftreten Hitlers vor den versammelten Industrieherrn von Rhein und Ruhr enthüllt. Diese hatten mit der Auffahrt ihrer Autos vor dem Düsseldorfer Stahlhaus die Ludwig-Knickmann-Straße und alle anliegenden Straßen verstopft — und Hitlers Auto wurde an der Nummer erkannt. Hitler, eingeführt von dem jungen Fritz Thyssen, dem Präsidenten des deutschen Stahltrasts, entwickelte vor den Industriellen den lang gesuchten Plan: Vernichtung der „marxistischen Gewerkschaften“, Rückkehr zur alten „Herr-im-Hause“-Stellung der Industriellen in ihren Werken als „schöpferische Wirtschaftsführer“, — und ein gigantisches Programm von Rüstungsaufträgen: Panzerplatten, Kanonen, Tanks, Kriegsschiffe. Hitler präsentierte das neue Instrument, das geeignet war, den Plan zu realisieren: die Nazipartei.

Diese Partei, das erschreckendste Produkt der deutschen Vergangenheit, war aufgetakelt als „sozialistische“ Partei der Zukunft. Ihre Propaganda hatte seit dem Abschluß des Versailler Friedens randalierend an alles appelliert, was dumpf im Bewußtsein des deutschen Kleinbürgers noch an supernaturalistischen Stimmungen garte. Sie vermanschte in ihrer Ideologie alles, was es an reaktionärer Ideologie je in Deutschland gegeben; aber das Irrationale wurde nun organisiert, die Zerstörung der Vernunft schlau und zweckbewußt bedacht, um einen neuen blind-aggressiven Nationalismus hochzuzüchten. Das von Heinrich Heine gebrandmarkte ekelhafte Gemisch „von gotischem Wahn und modernem Lug“ hat in der Nazipartei erst seine Vollendung

erreicht. Ihre Besonderheit bestand darin, daß sie in der Tagespolitik mit wahllosen Versprechungen an alle Volksschichten operierte, die ihren „nationalen Sozialismus“ zugkräftig machen sollten. Diese „sozialistischen“ Forderungen waren nur die dünne Hülle um ihre blutrünstige Ideenwelt: die Anbetung des preußischen Militarismus; der tierische Haß gegen die slawischen Völker und die Franzosen, von Hitler programmatisch formuliert; der Antihumanismus der Germanen, wie ihn Rosenberg sich erlogen; der Antisemitismus, von Streicher bis Goebbels zur Pogromhetze aufgepeitscht; die Lehre von der „Herrenrasse“, zusammengestoppelt aus den Theorien der reaktionären Rassentheoretiker Europas und der Deutschen bis Günther; die mittelalterliche Phantasie von dem europäischen „Reich“ aller Deutschen, nun von Kurt Moeller van den Bruck zum kommenden „Dritten Reich“ mystisch verdichtet und von den Nazis sofort als Schlagwort in ihren Dienst gestellt.

Den Industrierittern im Ruhrgebiet gefiel an der neuen Partei besonders der aggressive Nationalismus und der Schlachtruf gegen den Bolschewismus. Manches, wie der „Führer“-Mythos, war ihnen nicht ganz sympathisch; es trat gefährlich anspruchsvoll auf. Doch die Thyssen, Vögler, Stauf und Duisberg waren kühle Rechner. Die neue Partei war die politische Macht, die ihnen dienen konnte, seit sie in der politischen Verwirrung der Krisenzeit sich jäh zur Massenpartei aufgeblüht hatte. Die Stahlherren interessierte das handfeste Programm, das Hitler vortrug — und als Mittel zu diesem realen Zweck mochte man den ganzen mittelalterlichen Humbug und die soziale Demagogie dieser neuen Partei mit in Kauf nehmen, da man eben auf die früher übliche Weise das Volk nicht mehr gängeln konnte.

Es war ja nicht die erste Zusammenkunft, die Hitler mit den Leitern der rheinisch-westfälischen Industrie hatte. Seit 1923 stand er in der Gunst Kirdorfs, des einstigen Inspirators des Alldeutschen Verbandes. Seit einem Jahr bereits flossen

in Hitlers Parteikasse 50 Pfennig von jeder Tonne Kohle, die von den Zechen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats verkauft wurde. Dieser 27. Januar 1932 brachte nur Hitlers entscheidende Zusammenkunft mit seinen Finanziers: die Nazi­partei war so groß geworden, daß sie zur Regierung drängte. Hitler trug sein Regierungsprogramm vor in einem Augenblick, in dem sich Deutschland nach zwei Krisen­jahren zum Lande der schärfsten inneren Gegensätze in Europa entwickelt hatte. Aus der „antikapitalistischen Sehnsucht“, dem Suchen nach einem Ausweg aus Not und Verzweiflung, erwuchs auch bei Millionen Deutscher eine politische Entwicklung nach links. Hitlers Angebot war also doppelt verlockend: erstens, mit Hilfe der Nazi­partei endgültig die „bolschewistische Gefahr“ mit Blut und Eisen auszulöschen, und die seit 1918 bedrängende „innerpolitische Begehrlichkeit der Revolution“ zu ersticken; — zweitens, nach dieser „Aufräumungsarbeit“ im Innern auch die „Ketten von Versailles“ zu brechen und ein neu gerüstetes Deutschland zum totalen Kampf um die Weltherrschaft zu führen.

Viele der Versammelten waren noch die einstigen Einpeitscher der wilhelminischen Eroberungspolitik. Die zwei Jahrzehnte seitdem hatten einige personelle Veränderungen gebracht: der alte Thyssen und Hugo Stinnes, zwei markante Figuren, waren tot; unter den neuen Männern stachen Vögler und Flick hervor. Der Kanonenkönig Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und sein Schwager Tilo von Wilmowski saßen neben dem alten Kirdorf, dem Generaldirektor Zangen vom Mannesmann-Konzern, den Stahlherren Albert Vögler, Tengelmann, Reusch, Pönsgen, Flick, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes August von Borsig, dem Bankier Emil Georg von Stauß, dem Präsidenten des Kalikonzerns August Diehn, dem Geheimrat Carl Duisberg von der I. G. Farben A.-G. Eine Namensliste der vielen Anwesenden wäre identisch mit einem Adreßbuch der deutschen Industrie vom Jahre 1932, weit über Rhein und Ruhr hinaus. Hitlers Programm

und der Weg zu seiner Realisierung erfüllte ihre tiefsten Wünsche. Es war, was sie schon unter der „Schirmherrschaft“ Wilhelms II. unklar erstrebt; damals hatten sie es nicht erreichen können, weil der „innere Feind“ nicht hart genug geschlagen worden war und weil die Regierung keine politische Massepartei im Volk besessen hatte.

Das Kulissenspiel bis zum Januar 1933 zwischen dem Hotel Kaiserhof und der Reichskanzlei in Berlin ging im wesentlichen nur noch darum, wieviel politische Macht man dem Werkzeug, dem Emporkömmling aus Braunau, einräumen dürfe, ohne die eigene traditionelle Machtposition zu schwächen. Regierungen stürzten, das Volk wählte — aber im Halbdunkel ging das Ringen, um welchen Preis die deutsche Nation verraten und verkauft werden sollte.

Dreihundert Jahre nach der Gründung des brandenburgisch-preußischen Staates und ein halbes Jahrhundert nach der Entstehung einer deutschen Monopolindustrie entschlossen sich die Industriekönige und die Junker, die politische Vertretung ihrer eigenen Interessen in die Hände eines Gangsters und seiner Mordorganisation zu legen.

VII WEGE, DIE NICHT ZU HITLER FÜHREN MUSSTEN

Mögen einst alle Wege nach Rom geführt haben, nicht alle deutschen Wege mußten unvermeidlich zu Hitler führen. Das deutsche Volk hatte sich in den siebenzig Jahren, die dem Machtantritt Hitlers vorangingen, in der deutschen Arbeiterbewegung die Kraft geformt, die zur Überwindung und Ausmerzung des reaktionären Erbes der deutschen Geschichte berufen schien. Als die junge deutsche Sozialdemokratie Bismarcks Sozialistengesetz „mit prallen Muskeln und roten Backen“ überstanden hatte, schien sie selbst dem alten Friedrich Engels ein Vorbild für die anderen sozialistischen Parteien Europas zu sein. Die Arbeiterbewegung im halbabsolutistischen Deutschland Wilhelms II. — verwickelt in viele parlamentarische und außerparlamentarische Gefechte gegen den junkerlich-preußischen Militarismus — war eine Hoffnung der fortschrittlichen Menschheit.

Die Eigenart der deutschen Entwicklung machte die junge Arbeiterpartei zur einzigen wesentlichen demokratischen Kraft, seit Bismarck die nationalistische Verseuchung des Bürgertums weitgehend gelungen war und es keine demokratische Partei von größerem Einfluß mehr in Deutschland gab. Die tiefe Kluft zwischen den Begriffen Nation und Demokratie war Bismarcks Werk. Den sozialistischen „vaterlandslosen Gesellen“ blieb es überlassen, den eigentlich einer bürgerlich-demokratischen Partei zufallenden Kampf für die bürgerliche Freiheit zu führen, vor und mit dem Kampf für ihr weitgestecktes Ziel des Sozialismus.

Sieben Jahrzehnte der deutschen Arbeiterbewegung waren ein Weg zu manchen Höhepunkten, ein Abirren auf falsche Pfade und schließlich der Sturz unter Hitlers Gewalt. Ver-

rätereien einzelner Personen gibt es in der Geschichte aller Völker wie Sand am Meer, — hier wurde die einst am besten organisierte Arbeiterbewegung einem Feind ausgeliefert, wie sie ihn noch nie gekannt. Es war Verrat an einer geschichtlichen Aufgabe, der auch verhängnisvoll für die ganze Nation und für die Menschheit wurde. Die Quelle dieses Verrats lag in den lassalleanischen Ideen, die das spätere Eindringen der imperialistischen Ideologie in die deutsche Arbeiterklasse vorbereitet hatten. Der überragende Einfluß ihres rechten opportunistischen Flügels drängte die deutsche Arbeiterbewegung immer wieder von den Wegen ab, auf denen sie zur kraftvollen demokratischen Neugestalterin der Nation geworden wäre.

Die Fehler und Irrtümer der deutschen Arbeiterklasse ermöglichten, daß die deutsche Nation ihren Irrweg fortsetzen konnte.

DAS VORSPIEL ZWISCHEN MARX UND LASSALLE

Deutschlands fortschrittlicher Historiker Franz Mehring täuschte sich, als er die strahlende Persönlichkeit Ferdinand Lassalles gegen die Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels verteidigen zu müssen glaubte. Lassalle galt — seit er im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1864) erstmalig wieder, nach den Stürmen von 1848/49, eine legale und selbständige Arbeiterorganisation in Deutschland schuf — in der Tradition der Sozialdemokratie als ihr eigentlicher Begründer und als eine ihrer Heldenfiguren. „Der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassalle ...“ wurde lange Zeit zu einer Arbeitermarseillaise mit viel Begeisterung gesungen. Marx und Engels fanden Lassalles Bahn weder richtig noch kühn.

Im Gegensatz zu Lassalle hielten Marx und Engels im Jahre 1863 an ihrer Anschauung fest, daß die nationale Einigung Deutschlands auf dem Wege über eine demokratische Revo-

lution erstrebt werden müsse. Marx und Engels verfochten diese Politik, trotz ihrer scharfen Kritik an der Haltung des liberalen Bürgertums. Sie wollten, daß die selbständige Arbeiterbewegung für ein Kampfbündnis mit bürgerlichen und bäuerlichen Volksschichten gegen die Junkerherrschaft einträte und die bürgerlichen Parteien dort vorantreibe, wo sie mit dem preußisch-feudalen Hauptfeind in Konflikte gerieten. Dem entsprach es auch, daß Marx vor der Schlacht bei Königgrätz geradezu prophetisch an Sorge schrieb, es müsse „ohne eine Revolution, welche Habsburg und Hohenzollern beseitigt, schließlich wieder zu einem Dreißigjährigen Krieg kommen“.

Lassalle war zu seiner Zeit der scheinbare Realpolitiker: die Liberalen wichen vor Bismarcks starkem Auftreten zurück. Die erste sozialistische Arbeiterorganisation seit dem Kommunistenbund wurde eben erst gegründet und konnte die Führung einer demokratischen Revolution noch nicht übernehmen. Lassalles „Realpolitik“ — von Verachtung für das nicht genügend revolutionäre Bürgertum geleitet — hätte aber in ihrer Konsequenz die Arbeiterbewegung in eine völlige Abhängigkeit von Bismarcks Politik gebracht. Denn Lassalles Auffassung war: die nationale Einigung Deutschlands könne nur noch auf dynastisch-preußischem Wege von oben erfolgen. Die neue Arbeiterpartei müsse im vornherein mit dieser Entwicklung rechnen — und ihre Aufgabe sei es, diese Entwicklung voranzutreiben und sie zur Erringung von Arbeiterrechten auszunützen. Eine solche Anschauung der Dinge mußte dem revolutionär-demokratischen Wesen der Marxschen Politik diametral entgegenstehen.

Nach Lassalles Tod in einem Duell schrieb Engels am 4. September 1864 an Marx: „Er war für uns gegenwärtig ein sehr unsicherer Freund, zukünftig ein ziemlich sicherer Feind...“ An die Gräfin Hatzfeld schrieb Marx zwar tröstend: „Er starb jung — im Kampf — als Achilles“, aber das instinktive Mißtrauen von Marx zu Lebzeiten Lassalles erhielt

durch die wichtige Dokumentenenthüllung von 1928 seine krasse Bestätigung. Selbst das oft angezweifelte Marx-Wort erwies sich als eine einfache Wahrheit: „Lassalle hat tatsächlich die Partei verraten; er hatte einen formellen Pakt mit Bismarck geschlossen.“

In dem Brief von Lassalle an Bismarck (8. Juni 1863) wird dies sichtbar. Lassalle schrieb: „Aber es wird Ihnen aus diesem Miniaturgemälde (dem Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins) deutlich die Überzeugung hervorgehen, wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, daß dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen — oder vielmehr auf Grund derselben — in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Klassen zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem — freilich sehr unwahrscheinlichen — Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königstum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.“

In diesem Brief waren alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Der hohenzollernsche „Kartätschenprinz“ und Würger der demokratischen Revolution von 1848 als revolutionärer Volkskönig, der „Blut-und-Eisen“-Junker Bismarck als sein Paladin — und beide als mögliche Verbündete „im Gegensatz zum Egoismus der bürgerlichen Klassen“, die um diese Zeit noch mit Bismarck in das parlamentarische Handgemenge verwickelt waren.

Zu den Führern der Arbeiterbewegung, die sich dieser Politik entgegenstellten, gehörte Wilhelm Liebknecht, der wahre „Soldat der Revolution“ von 1848/49. In dem Hochverratsprozeß, der gegen ihn und August Bebel angestrengt

war, erklärte Liebknecht am 11. März 1872 in Leipzig: „Nach dem jähen Tod Lassalles geriet der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein leider in die Hände von Männern, die diesen reaktionären Bestrebungen teils durch Unfähigkeit, teils mit Absicht Vorschub leisteten. Dies zwang mich, den, hauptsächlich durch den Exredakteur der „Kreuzzeitung“, Herrn Wagner von Dummerwitz, repräsentierten Regierungssozialismus offen zu bekämpfen und darzulegen, daß ein einseitiges Vorgehen gegen die Bourgeoisie bloß dem Junkertum zugute kommen würde, daß das in Aussicht gestellte allgemeine Stimmrecht ohne freies Vereins- und Versammlungsrecht und ohne Pressefreiheit nichts anderes sei als ein Werkzeug der Reaktion, und daß „Staatshilfe“ von einer Junkerregierung bloß gewährt werden könne, um die Arbeiter zu bestechen und den Zwecken der Reaktion dienstbar zu machen. Ich wußte, was ich wagte. Die Polizeischikanen verdoppelten sich.“ Natürlich kannte Liebknecht nicht Lassalles Verhandlungen mit Bismarck.

Lassalle, so früh er fiel, starb spät genug, um der deutschen Arbeiterbewegung viele seiner Anschauungen eingepfropft zu haben. Sein ganzes Trachten war zuletzt, indes er mit seinem revolutionären Pathos die Arbeiter berauschte, auf die Verständigung mit Bismarcks „Staatssozialismus“ gerichtet gewesen. Als Nachspiel der Episode Lassalle nahmen die Abgeordneten Schweitzer und Mende im Norddeutschen Reichstag zum Krieg von 1870/71 eine bismarckisch-patriotische Haltung ein, statt eine demokratisch-deutsche und anti-bismarckische wie die Abgeordneten Liebknecht und Bebel. Doch drei Jahre nach dem Krieg vereinigten sich die Lassalleaner vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit der Gruppe der „Eisenacher“ um Liebknecht-Bebel.

Die große Gefahr für die einheitliche Sozialdemokratie blieb die Ideologie des Lassalleanismus, der die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland „umgehen“ wollte. Lassalles Geist, in welcher Veränderung er auch auftrat,

mußte eine Überschätzung des formalen Wahlrechts und eine Neigung zur Kompromisselei in die junge Partei tragen. Marx und Engels wußten, warum sie im Jahre 1874 so heftig das Vereinigungsprogramm kritisierten; es ging ihnen um mehr als um die Mängel des Programms. Sie standen von Anfang an im Kampf gegen die „theoretische Verflüchtigung“ der Partei: gegen die Strömungen, die sie verflachten, ihres revolutionären Feuers berauben und in eine direkte oder indirekte Abhängigkeit von den herrschenden Gewalten bringen wollten.

Die Heldenzeit der jungen Sozialdemokratie schien diese Gefahr zurückzudrängen. In den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes widerstand die Partei den Verfolgungen Bismarcks. Sie brachte mutige und aufopfernde Kämpfer hervor, die die illegale sozialdemokratische Literatur im ganzen Lande verbreiteten und dafür viele Jahre die Gefängnisse füllten. Die Sozialdemokratische Partei war vorübergehend zu hemmen, aber nicht zu bezwingen.

Ihre moralisch-politische Kraft bestand darin, daß sie als Partei des arbeitenden Volkes in das neue industrielle Zeitalter die beste Tradition aller früheren deutschen Freiheitsbewegungen übernahm. Auch dort, wo sie nicht direkt wirkte, führte sie durch ihren indirekten Druck eine geistige Auflockerung herbei. Hatte das bismarckisch-nationalliberale Regime die Entfaltung eines demokratisch-realistischen Geistes in der deutschen Literatur und Kunst gehemmt, so wurde die aufsteigende Arbeiterbewegung zu seinem späten Förderer. Mochte die „naturalistische“ Strömung in der Literatur oft nur grob äußerlich das „Milieu“ der neuen Welt des hochentwickelten Kapitalismus erfassen, mehr eine Mischung von anarchistischer Revoltentstimmung und kleinbürgerlichem Ruf nach Mitleid als Geist vom realistisch-dialektischen Geist des Marxismus sein, — sie war dennoch eine Widerspiegelung des mächtigen Aufschwunges der sozialistischen Arbeiterbewegung, der alle reaktionären Traditionen ins Wanken

brachte. Die Durchbrüche in literarisches Neuland gingen vor und neben dem Versuch des politischen demokratischen Durchbruches einher. Weder die Naturalisten noch die schneidend höhnische und grotesker Verzweiflung anheimfallende Gesellschaftskritik Frank Wedekinds sind aus dem widerspruchsvollen Prozeß wegzudenken, in dem eine realistische deutsche Literatur heranreifte. Sie nahm zu Beginn des Jahrhunderts in den antiwilhelminischen Romanen Heinrich Manns bleibende Gestalt an.

1889 bewies der große Streik an der Ruhr die aufsteigende Kraft der Arbeiterbewegung, mochten auch Polizei und Militär gegen sie mobilgemacht werden. Wilhelm II. scheute nun vor einer Verlängerung des Parteiverbotes zurück; er sagte zu Bismarck: „Ich will nicht gleich am Anfang meiner Regierung bis an die Knöchel im Blut waten, wie mein Großvater.“ Bismarck antwortete ihm: „Euere Majestät werden noch viel tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen.“ Hier hatte der junge Wilhelm ausnahmsweise recht gegen Bismarck, der — nach dem Scheitern all seiner politischen Korruptionsversuche — die Bekämpfung des „inneren Feindes“ als eine militärisch-polizeiliche Angelegenheit sah; sie war und blieb eine politische Frage.

Die sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen waren in der Zeit des Sozialistengesetzes, nach einem ersten Rückschlag, von 312 000 auf 1 427 000 Stimmen gestiegen. In ihre neue Legalität konnte die Partei den moralischen Triumph mitnehmen, daß mit seinem Gesetz auch der „Blut- und-Eisen“-Kanzler hinweggefegt worden war. Drei Jahre nach dem Fall des Ausnahmegesetzes (1895) stieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler auf 1 787 000, mehr als ein Viertel aller abgegebenen Stimmen.

Wilhelm II. bewies indes sehr schnell, daß er ein würdiger Erbe seines Großvaters war; auch er griff zu militärischer und polizeilicher Gewalt gegen die Arbeiterbewegung — und setzte sich selbst ein unvergeßliches Denkmal durch die

Kundmachung bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam am 23. November 1891: „Ihr habt Mir Treue geschworen, das heißt, ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben. Es gibt für euch nur einen Feind und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Unruhen kann es vorkommen, daß Ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen. Aber auch dann müßt ihr Meinen Befehl ohne Murren befolgen.“ Auch Wilhelm II. hatte keine andere Formel zur Bändigung der demokratischen Volksbewegung gefunden, als Kugeln der deutschen Soldaten für ihre Väter und Mütter.

Im Jahre 1895 schrieb Friedrich Engels ein Vorwort zu Marx' Aufsätzen über die französischen Klassenkämpfe von 1848, in dem Engels die neue Bedeutung des allgemeinen Stimmrechts für den Kampf der Arbeiterbewegung würdigte und auch zeigte, daß die Entwicklung der modernen Waffentechnik seit 1848 die Bedingungen für zivile Barrikadenkämpfe verändert und verschlechtert habe. Engels bekannte sich aber gleichzeitig zum „wirklich historischen Recht“ auf Revolution. Wilhelm Liebknecht veröffentlichte dieses Vorwort verstümmelt im Berliner „Vorwärts“. Es wurde, da Engels kurz darauf starb, als Engels' Absage an jeden Barrikadenkampf und damit natürlich an die Revolution viel zitiert, — bis der wahre Text nach mehr als dreißig Jahren veröffentlicht und der geniale Stratege des Volkskrieges von dem Verdacht einer solchen Kurzsichtigkeit befreit wurde. Engels, seit dem Tode von Karl Marx der Berater der internationalen Arbeiterbewegung, hatte sich aber bereits kurz vor seinem Tod in einem Brief an Karl Kautsky beklagt: das Vorwort sei von Liebknecht „derartig zurechtgestutzt“, daß er, Engels, „als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit um jeden Preis dastehe“, — und er forderte einen vollständigen Abdruck des Vorwortes in der theoretischen Zeitschrift „Neue Zeit“. Unter dem Eindruck der Wahlerfolge war in jenem Jahrzehnt selbst Wilhelm Liebknecht von einer Über-

schätzung der Erfolge des allgemeinen Stimmrechtes erfaßt, die sehr an lassalleanische Ideen anklang.

Als sich die Schatten des Todes über Engels legten, blieb die Sozialdemokratische Partei von nun an ohne den theoretisch lenkenden, kritisierenden, mahnenden Kopf, der in den praktischen Fragen sogar der maßgebende Berater von Karl Marx gewesen war. Aber die Gefechte der Partei gegen den junkerlichen Militarismus und den wilhelminischen Imperialismus schwächten sich nicht ab, sondern wurden erbitterter. Sie stand bald vor schwerwiegenden Entscheidungen über Weg und Ziel ihres Kampfes.

ANSTURM GEGEN DIE WILHELMINISCHE GEWALT

Die Sozialdemokratische Partei hatte sich 1893 — kaum aus der Illegalität wieder erstanden — der Heereserweiterung entgegengestellt, mit der Wilhelm II. im Innern die schwertklirrenden internationalen Vorstöße des deutschen Imperialismus vorbereitete. Die Liberalen standen nochmals in der antiwilhelminischen Front. Einer der Treiber zur Auflösung des widerspenstigen Reichstages war Wilhelms erklärter Freund Friedrich Krupp.

Die Sozialdemokratie wurde im Parlament und vor dem Volke die mutige Bekämpferin jener Dynastien, deren reale Macht in den Büros der deutschen Monopolindustrie längst größer war als die der 26 deutschen Landesfürsten, die noch mit allem Prunk des Halbabsolutismus regierten. Die sozialdemokratischen Sprecher — allen voran August Bebel, der zu einem wahren Volkstribun gewachsen war — entlarvten die Korruption und die politischen Winkelzüge dieser Interessenten an der deutschen Aufrüstung. Das Parlament wurde zur Tribüne, von der hinaus zum Volk gesprochen wurde: anklagend, warnend, aufrüttelnd. Die 100-Prozent-Profitte der Panzerplatten-Monopolisten Krupp und Stumm, die ganze Versippung von Schwerindustrie mit der Admiralität und der

Heeresleitung, die dunkeln Einflüsse auf die Außenpolitik wurden enthüllt oder angedeutet. Ein Volk wurde gewarnt — und ein Drittel des deutschen Volkes schien die Warnung vor der neuen modernen Macht des Verhängnisses, dem Monopolkapital, zu verstehen.

Die Sozialdemokratische Partei war im Frontalangriff gegen die junkerlich-militaristische Macht in Preußen, die aus der Armee ein permanentes Bürgerkriegsinstrument zu machen suchte. Das Militär wurde bei allen größeren wirtschaftlichen Kämpfen, ausgerüstet mit scharfer Munition, in Bereitschaft gestellt oder eingesetzt. Mit Hilfe der Armee war 1848/49 das Dreiklassenwahlrecht geschaffen worden — und die Junker benützten die Armee als Verstärkung der Polizei, um die Dreiklassenschmach in Preußen durch die Gewalt der Bajonette zu verewigen. „Der innere Feind ist gefährlicher als der äußere Feind“, schrieb 1907 die Berliner „Kreuzzeitung“, — „weil er die Seele unseres Volkes vergiftet und uns die Waffen aus der Hand windet, ehe wir diese noch erheben.“

Zu allen wilhelminischen Vereinen gesellte sich gegen diesen „inneren Feind“ der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“, der nach 1918 — veränderte Zeiten, veränderte Namen — als „Liga gegen den Bolschewismus“ aufstehen sollte. Als es im Jahre 1906 dem reaktionären Block von den Konservativen bis zur Fortschrittlichen Partei bei den „Hottentottenwahlen“ gelang, im Namen des deutschen Kolonialimperialismus der Sozialdemokratie vorübergehend eine Niederlage zuzufügen, empfing der Reichsverband ein Glückwunschtelegramm von Purischkewitsch, dem Führer der zaristischen Schwarzhunderter. Von diesem Führer der Pogrombanden in Rußland spannen sich enge freundschaftliche Fäden zu den Führern der junkerlichen Reaktion in Preußen, insbesondere zu dem preußischen Kammerherrn Elard von Oldenburg-Januschau, um diese Zeit ein Adjutant

des allmächtigen Führers der Junkerreaktion Heydebrandt von der Lasa, dem ungekrönten König im Preussischen Landtag. (1933 war es im Zusammenspiel mit den Industrieherrn der gleiche Oldenburg-Januschau, dieser verbissene Feind des demokratischen Parlamentarismus, der — zur Verdeckung des „Osthilfe“-Skandals — über das Haus Hindenburg half, Hitler in das Amt des Reichskanzlers „heranzuholen.“) Die Internationale der Dunkelmänner funktionierte zwischen Zar und Kaiser gegen den „inneren Feind“.

Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie schlugen in den zwei Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg manche wirtschaftliche Schlacht gegen die deutschen Monopolherren, die sich durch die militärische Drohung gegen die Streikenden in eine politische Schlacht gegen den wilhelminischen Halbabsolutismus wandelte. Im schwarzen Revier an der Ruhr, in dem konzentriertesten Bereich der deutschen Schwerindustrie, herrschte bei den großen Streiks von 1889, 1905 und 1912 die Atmosphäre des Bürgerkrieges. Hier stand die Arbeiterbewegung den „Hartköpfen“ der deutschen Monopolindustrie gegenüber, die seit Ende der siebziger Jahre im „Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Industriellen von Rheinland und Westfalen“ (Langnam-Verein genannt) organisiert waren.

Als die Sozialdemokratie dann ihren Ansturm zur Brechung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen und des reaktionären Wahlrechtes in Sachsen begann, da wüteten die wilhelminischen Polizeikosaken in den deutschen Städten gegen die Demonstranten; die Attacke gegen die Vorrechte der feudalen Herren, die sie sich noch im 20. Jahrhundert bewahrt hatten, bedrohte die „heiligsten Güter der Nation“. Das klassische Dokument dieser Zeit — in seiner Mischung von junkerlicher Arroganz und preußischem Polizeistil — waren die Maueranschläge des Berliner Polizeipräsidenten von Jagow gegen die Wahlrechtsdemonstranten: „Die Straße

dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.“

Die Sozialdemokratische Partei war in all diesen Streiks, Demonstrationen und Volksbewegungen die Vorkämpferin für die bürgerliche Freiheit. Friedrich Engels hatte in seiner Kritik des Erfurter Programms der Sozialdemokratie als Vermächtnis hinterlassen, daß die Erkämpfung einer demokratischen Republik eine entscheidende Stufe auf dem Wege zum Sozialismus sei. So wichtig der Kampf zur Erschütterung der junkerlich-militaristischen Vormacht in Preußen durch die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes war, so mußte sich die Arbeiterpartei doch darüber klar werden, daß sie im halbabsolutistischen Deutschland niemals allein durch Stimmzettel die demokratische Republik erkämpfen konnte, geschweige denn den Sozialismus.

Die preussische Verfassung gab keiner Parlamentsmehrheit das Recht, die Staatsform zu ändern; dieselbe Rechtslage war im Reiche. Ohne Zustimmung des Königs und Kaisers war jeder Beschluß der Abgeordneten des Landtages und des Reichstages nichtig. Es hieß, unbewußt oder bewußt einer Illusion zu huldigen, wenn man die einzige Hoffnung darauf setzte, das kaiserliche Regime würde freiwillig einer sozialdemokratischen Stimmenmehrheit in einem machtlosen deutschen Parlament weichen. Weder eine lebendige demokratische Partei des Bürgertums noch die Arbeiterpartei durfte übersehen, daß die „Testamentsvollstreckung von 1848“ nur mit revolutionären Mitteln erreicht werden konnte. Die Sozialdemokratie mußte darauf eingestellt sein, wenn sie auf der deutschen Erde eine demokratische Republik erringen wollte. Die außergewöhnliche Zuspitzung der politischen Kämpfe in Deutschland lehrte, daß ein so brutaler Feind wie die verbündete junkerlich-trustkapitalistische Reaktion nur durch die Vollendung der demokratischen Revolution geschlagen werden konnte.

EIN GESCHICHTLICHER ABSTURZ

Die Schwäche der so stark anwachsenden deutschen Arbeiterbewegung bestand in ihrer mangelnden Klarheit über den Weg zur Macht. Gewiß teilte sie diesen Mangel mit den westeuropäischen sozialistischen Parteien, ja sie war ihnen zeitweilig sogar an Klarheit voraus. Die großen Debatten über die neue Waffe des politischen Massenstreiks — eine Lehre der russischen Revolution von 1905 — zeigten die deutsche Sozialdemokratie auf dem Weg zur Anwendung neuer Kampfmethoden. Die deutsche Arbeiterbewegung war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts politisch viel selbständiger als die Bewegungen etwa in England oder Nordamerika. Doch dies entsprang den unterschiedlichen historischen Voraussetzungen: das französische Volk und auch das englische Volk hatten schon vorher ihre feudalen Bastillen im revolutionären Sturm bezwungen; das nordamerikanische Volk hatte seine demokratische Tradition seit der Erklärung der Bürgerrechte von 1776. Aber in Preußen-Deutschland, obwohl es der modernste Industriestaat auf dem Kontinent geworden war, ging das Ringen noch um die Sprengung der letzten feudalen Fesseln — und gerade die deutsche Arbeiterklasse übernahm selbständig diese geschichtliche Aufgabe, die das Bürgertum nicht zu erfüllen bereit war.

Durch die internationale Arbeiterbewegung ging in jenen Jahrzehnten die Auseinandersetzung zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Zwei Lager hatten sich gebildet, und zwischen ihnen wurde um die Grundfrage gerungen: durch Reform oder durch Revolution zum Sozialismus? Der Reformismus in den Ländern des Westens bedeutete eine politische Verbürgerlichung der Arbeiterklasse, deren Führer aber — abgesehen von jenen, die als Einzelpersonen zur Reaktion übergingen — weiter eine bürgerlich-demokratische Politik verfochten. Der „Revisionismus“, der unter der Füh-

rung Georg von Vollmars sich in der deutschen Sozialdemokratie ausbreitete, hatte schlimmere Folgen: er war die Fortsetzung des lassalleanischen Paktierens mit der preußisch-deutschen Reaktion. Natürlich war es notwendig, Reformen zu erkämpfen, solange die Kraft der Arbeiterbewegung nicht ausreichte, den wilhelminischen Halbabsolutismus zu stürzen, — aber ein Glaube an Reformen als Allheilmittel mußte unter den besonderen nationalen Bedingungen in Deutschland auf eine Verewigung der Pickelhaubenherrschaft, auf die Preisgabe des demokratisch-revolutionären Geistes hinauslaufen.

Eduard Bernstein, das geistige Haupt der Revisionisten, prägte das Wort: „Das Endziel ist nichts, die Bewegung ist alles“ — und gab sich damit opportunistisch ganz den kleinen Zielen des Tages hin. Gustav Noske machte seinen ersten Vorstoß für die Unterstützung der Kolonialansprüche des jungen deutschen Imperialismus; Heinrich Cunow, Paul Lensch und ähnliche Leute traten offen dafür ein, daß die deutsche Arbeiterschaft zu einer Nutznießerin der Extraprofite werde, die der moderne Imperialismus einheimen würde. Dies alles — aus dem Reich der Theorie auf den Boden der wilhelminischen Wirklichkeit gesetzt — bedeutete ein Paktieren mit einem Imperialismus, der zu Aggressionen drängte, und folgerichtig auch ein Paktieren mit seinen feudal-militaristischen Schildträgern.

August Bebel, nun weißhaarig geworden, warnte die Revisionisten auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie 1905 vor ihrem verhängnisvollen Weg. Er trat 1910 bei dem deutschen „Panthert“-Sprung nach Marokko noch einmal mit all seinem unbestechlichen Mut auf und drohte im Reichstag an die Adresse Wilhelms II. und Mannesmanns: „Macht ihr den Krieg, so machen wir Generalstreik.“ Doch der alte Bebel führte die Partei weniger durch eine theoretische Überlegenheit als durch die Macht seiner in vielen Kämpfen erprobten lauterer Persönlichkeit. Er hielt bis zu seinem Tod

die Partei zusammen, die im Jahre 1912 bei den Wahlen 4 250 000 Stimmen errang; aber er vermochte nicht mehr, die Partei für das Kommende zu wappnen.

Ein Jahr nach Babels Tod war ihre politische Katastrophe da, als der erste Weltkrieg ausbrach. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte am 4. August 1914 die Kriegskredite — dem Regime der Hohenzollern, der Krupp und Oldenburg-Januschau. Es war ein Sturz aus den Höhen der geschichtlichen Mission, Deutschland von diesen Verderbern zu befreien, in die Tiefe schimpflichen Verrats.

Wie 1907 in Stuttgart und 1910 in Kopenhagen hatten im Jahre 1912 auch die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel gelobt, den Krieg der imperialistischen Regierungen Europas zu bekämpfen und ihn in die Revolution umzuwandeln. Der Ruf aus der Schweizer Stadt entsprach den Hoffnungen von Millionen deutscher Arbeiter. Die Stunde des Krieges, wenn er nicht verhindert werden konnte, sollte die Arbeiterpartei als die wahre Sprecherin der deutschen Nation gegen die selbstsüchtigen Kriegstreiber im eigenen Lande finden und gleichzeitig als Kämpferin für die Internationale der Arbeit und des Friedens. Die Schuld, dieses Gelöbnis gebrochen zu haben, teilte die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie mit dem rechten Flügel der französischen, englischen und russischen Arbeiterbewegung. Aber da der wilhelminische Imperialismus sich schon in dem ersten Weltkrieg als Anwärter auf die imperialistische Unterdrückung ganz Europas zeigte, wurden die deutschen rechtssozialdemokratischen Führer zu Komplizen eines Imperialismus, der sich durch seinen Militarismus, seine innere Reaktion und seine Raubgier besonders auszeichnete.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Streit Marx-Lassalle bestätigte sich die Voraussicht von Marx. Die lassalleianischen Ideen hatten sich — auf mancherlei Umwegen und in neuer Erscheinungsform — schleichend in die ganze prak-

tische Politik der deutschen sozialdemokratischen Bewegung eingefressen, so daß diese in entscheidender Stunde jedes Atoms von Kühnheit beraubt war.

Die Kräfte in der Partei, die ihrer fünfzigjährigen marxistischen Opposition gegen die preußisch-deutsche Reaktion treu blieben, mußten aber bald wieder aus ihrer ersten Betätigung erwachen und offen gegen die verräterische Kriegspolitik rebellieren. Was gestern zwei Strömungen in der sozialistischen Bewegung waren, das schied sich nun wie Feuer und Wasser. Aus zweierlei Politik wuchsen unvermeidlich zwei einander in Feindschaft gegenüberstehende Fronten. Während Tod und Verderben über Europa gingen und in der vierjährigen Zerstörung auch viele überlebte Vorstellungen der Menschen zerstört wurden, vollzog sich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

KARL LIEBKNECHT, HELD UND OPFER

Der ehemalige Unterstaatssekretär im nordamerikanischen State Department Sumner Welles schrieb 1944 in seinem Buch „Time for Decision“: „Hätte es mehr Karl Liebknechts gegeben, die Zukunft Deutschlands und der Welt wäre anders gewesen.“ Der bürgerlich-demokratische Politiker eines anderen Kontinents zollte dem deutschen sozialistischen Kämpfer fünfundzwanzig Jahre nach seinem Tode diese hohe Anerkennung, obwohl Karl Liebknecht in den letzten Wochen seines Lebens zu einem der Begründer der Kommunistischen Partei geworden war. Sumner Welles — rückblickend auf den Weg des deutschen Imperialismus vom ersten Weltkrieg zu Hitlers Versuch der Weltbeherrschung und auf das unglückselige Schicksal der ersten deutschen Republik — erfaßte die wahre geschichtliche Bedeutung der Gestalt des zweiten Liebknecht. Karl, der Sohn Wilhelms, war zu seiner Zeit der kühnste und konsequenteste demokratische Kämp-

fer gegen die Mächte des Bösen, die sein Land in den ersten Weltkrieg drängten.

Der Kampf um eine deutsche Demokratie hat in den ersten zwei Dezennien unseres Jahrhunderts keinen größeren Helden hervorgebracht als diesen Sohn eines großen Vaters. Er ging unter die Arbeiterjugend, um mit ihr, die durch das wilhelminische Vereinsgesetz geknebelt war, das Krebsgeschwür des preußisch-deutschen Militarismus zu bekämpfen. Keiner hat mit solch leidenschaftlicher Kraft und ätzender Klarheit wie er von der Tribüne des Preußischen Landtages und des Reichstages die Dreiklassenschmach, den junkerlichen Hochmut, die Verfolgung der Arbeiterbewegung und die preußischen Erziehungsmethoden geißelt. Hundert Jahre nach dem Erscheinen von Ernst Moritz Arndts „Soldatenkatechismus“ war es Karl Liebknecht, der Arndts Verkündung der Menschenrechte des Soldaten in einer großen antimilitaristischen Anklagerede im Reichstag (20. Juni 1913) dem wilhelminischen Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, entgegenstellte. Keiner war so sehr der Fortsetzer des Kampfes wider die alten reaktionären Gewalten, gegen die Ulrich von Hutten, Thomas Münzer, Freiherr vom Stein, Ernst Moritz Arndt, Friedrich Hölderlin und Friedrich Schiller, Heinrich Heine und Georg Büchner, Karl Marx und Friedrich Engels zu ihrer Zeit und in verschiedener Art gerungen hatten, wie dieser zweite Liebknecht. 1909 schleuderte er im Landtag den Junkern die Kampfansage zu: „Wir werden dafür sorgen, daß, um ein Wort von Friedrich Wilhelm I. zu variieren, die Volkssouveränität stabilisiert werden wird wie ein rocher de bronze und den Junkern der Wind vom Landtage bleibt.“

Im Namen des Volkes trat er den feudalen Großagrariern und den Kanonenkönigen gegenüber. Im Namen des Volkes entlarvte er die Korruption und die politischen Pläne der selbstsüchtigen Verderber der deutschen Nation. Er, der sich als ein Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung

fühlte, brach im Namen des Sozialismus und zugleich aus Treue zur Sache der deutschen Demokratie die Disziplin der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Doch er begnügte sich nicht damit, gegen die Kriegskredite zu stimmen. Er, der von der antimilitaristischen Jugend den „Heroismus der Selbstaufopferung für die größten Ideale der Menschheit“ gefordert hatte, war ein Mann, dem die Einheit von Wort und Tat als eine moralisch-politische Notwendigkeit galt.

„Ich hab's gewagt mit Sinnen!“ konnte, wie einst Hutten, Karl Liebknecht von sich sagen, als er am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin, inmitten von knapp 10 000 Demonstranten, seine Stimme zu dem geknebelten Deutschland erhob. Und es geschah durch diese Tat das Seltene: die wenigen Worte des Deutschen wurden von den Völkern des ganzen blutenden Europas aufhorchend als der Schrei des Weltgewissens verstanden, von den internationalen Sozialisten als das Bekenntnis zum neuen Bund nach dem Absturz von 1914 aufgenommen. Henri Barbusse ließ in seinem Roman „Le Feu“, einem der gültigsten Dokumente über den einfachen Soldaten im ersten Weltkrieg, einen Poilu im Schützengraben, in einer Pause zwischen dem Morden, das einzige klingende Wort in der dunklen Nacht sagen: „Liebknecht ...“

Der deutsche Abgeordnete, der die Kriegsverlängerer und Kriegsverbrecher durch seine Kleinen Anfragen im Reichstag zu entlarven suchte, warf außerhalb des Parlaments in illegalen Flugblättern die Losung in das Volk: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Der Untersuchungsgefangene steigerte in seinen Eingaben an das Kommandanturgericht seine Anklage: „Der Landesverrat war seit je ein Privilegium der herrschenden Klassen, der Fürsten und Aristokraten, zu deren vornehmster Geschichtstradition er gehört. Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der Schwerindustrie,

der Rüstungsfirmen, der Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker; sie sitzen an der Moltkebrücke, in der Wilhelmstraße und Unter den Linden, in den Minister- und Prinzenpalais, in den Fürstenschlössern und auf den Thronen.“ Der Mann, der so furchtlos das deutsche Übel beim Namen nannte, hatte vor dem Kriegsgericht nur eine Verteidigung: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: kein General trug je eine Uniform mit soviel Ehre wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. Ich bin hier, um anzuklagen, nicht um mich zu verteidigen! ... Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Dieser Deutsche gab den Menschen seiner Generation ein tiefes Erlebnis des Mutes und der Selbstaufopferung für die Menschheit.

Ein Sitzungsbericht vom 16. März 1916 aus dem Preußischen Landtag verzeichnet die Konservative Partei, die Freikonservative Partei, die Zentrumspartei und die Nationalliberale Partei als jene Front der Alldeutschen, die dafür stimmten, daß Liebknecht das Wort bei einer Rede über die militaristische Erziehung in Preußen entzogen wurde. Doch nicht nur bis zu den Nationalliberalen und der demokratischen Fortschrittlichen Volkspartei herrschte das nationalistische Delirium, das auch im Reichstag zu Gewaltakten gegen Liebknecht führte, — selbst die Mehrheit seiner bisherigen Parteikollegen machte gegen ihn mit. „Wir gehen zu Hindenburg“, hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Ernst Heilmann 1914 geschrieben — und das hatte in jeder Hinsicht seine Konsequenzen. (Heilmann konnte natürlich nicht ahnen, daß er selbst 20 Jahre danach auf direkten Befehl eines Hitlers, den Hindenburg ins Amt gerufen hatte, in einem Konzentrationslager grausam zu Tode gequält werden würde.)

Dieses Zu-Hindenburg-Gehen bedeutete von 1914 bis 1918 für die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten ein Hinabsinken auf die Rolle von Trabanten der wilhelminischen Kriegspolitik. Der alte Bebel hatte bei all seinen Warnungen kaum die Vorstellung haben können, daß ein Philipp Scheide-

mann in einer vertraulichen Verhandlung der Budgetkommission des Reichstages (1916) erklären würde: „Selbstverständlich ist uns jedes Mittel recht, auch das grausamste, wenn es nur seinen Zweck erfüllt; wenn es den Krieg abkürzt und zum Siege führt“, — oder der später noch verhängnisvollere Gustav Noske: „Auch ich bin selbstverständlich für jede Rücksichtslosigkeit der Kriegsführung, wenn sie erfolgversprechend ist... Angesichts der Erregung im Ausland (über die Torpedierung der „Lusitania“) möchte ich empfehlen, kein zweites Schiff von solcher Größe nachzuschicken. Ein Streit darüber, ob dieser oder jener Akt der Kriegsführung moralisch gerechtfertigt ist oder nicht, kommt nicht in Frage.“ Das Gift des deutschen imperialistischen Geistes, sein Bekenntnis zur Mißachtung der Moral in Politik und Krieg hatte auch das Denken von Männern wie Noske verseucht. Wenn selbst der altpreußische Kriegsminister Roon noch 1870 vor Bismarcks Mangel an Skrupeln zurückschreckte, — Noske bekannte nun, wie einst der große Feind der Sozialdemokratie: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Und welch ein Zweck!

Neben Karl Liebknecht stand als Kampfgefährtin jene ungewöhnliche Frau, die auch seine Genossin im Tode werden sollte: Rosa Luxemburg. Der polnischen Arbeiterbewegung entstammend, war sie nicht nur durch Heirat Deutsche geworden, sondern durch zwei Jahrzehnte tiefer Verbundenheit mit den deutschen Arbeitern, ihrem Kampf und ihren Problemen. War Karl Liebknecht mehr der mit der Glorie des Volkshelden umgebene Stürmer, so war Rosa Luxemburg — kurz vor dem Krieg noch wegen einer Rede über die Soldatenmißhandlungen in den preußischen Kasernen angeklagt und verurteilt — das geistige Haupt der deutschen unterirdischen Propaganda im ersten Weltkrieg. Sie schrieb unter dem Namen Junius die berühmt gewordene Broschüre, die als erste programmatische revolutionäre Stellungnahme deutscher Sozialisten gegen die kaiserliche Kriegspolitik in die Geschichte eingegangen ist. Der Gruppe um Liebknecht und

Luxemburg, die trotz Schutzhaft und Kriegsgericht ihre „Spartakusbriefe“ in den Fabriken zirkulieren ließ und sie bis in die Schützengräben schmuggelte, gehörten solche als politische Kämpfer und als Menschen außergewöhnliche Persönlichkeiten an wie Clara Zetkin, Franz Mehring und Wilhelm Pieck. (Pieck wurde später das politische Haupt des zwölfjährigen illegalen Kampfes der deutschen Kommunisten gegen die Hitlerdiktatur.)

Liebknichts Stärke in den Jahren von 1914—18 beruhte darauf, daß er in seinem ganzen Auftreten gegen die deutschen Gewalthaber die Gefühle und das Denken von Millionen Deutscher ausdrückte, obwohl er organisatorisch nur eine kleine Gruppe vertrat. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei — von den Kriegsunterstützern im Jahre 1917 abgespalten — wurde zum politischen Sammellager für alle Sozialisten, die mehr oder weniger klar die Fahne der Opposition gegen die alldeutsche Politik erhoben. Ihr gehörten auch die Anhänger Karl Kautskys an, der in jenen Jahren noch eine unentschiedene Position zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung einnahm: er war für Ablehnung der Kriegskredite, ohne den Kampf für die Niederlage des wilhelminischen Hauptfeindes im eigenen Lande zu bejahren.

Die Ketten des militärischen Ausnahmezustandes lasteten auf dem politischen Leben in Deutschland, Kriegsgegner wurden eingekerkert oder aus den Fabriken in die vordersten Schützengräben geschickt, — aber die Opposition mußte wirksamer werden und sichtbare Gestalt annehmen, je mehr die erbarmungslose Wirklichkeit des Krieges in das Bewußtsein des Volkes drang. Ludendorff hatte von seinem militaristischen Blickpunkt aus recht, im Sommer 1917 über die „Friedensresolution“ der Mehrheitsparteien des Reichstages und über ihre Forderung auf Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen erbittert zu sein, — selbst das hörige Parlament des Halbabsolutismus hemmte allmählich Ludendorffs Politik; es wurde unvermeidlich ein gewisses Spiegelbild der

gährenden Opposition im Volke. Es konnte nicht mehr werden, denn die bürgerlichen Mittelparteien und die rechten Sozialdemokraten blieben in ihrem Friedenswunsch tatenlos und nur in ihrer Kaiserstreue bis zum schmachvollen Ende konsequent. Aber Gesten wie die „Friedensresolution“ von 1917 mußten unbeabsichtigte Wirkungen außerhalb des Parlaments haben und die beginnenden Streiks der Arbeiter entfachen helfen. Dieser Dialektik der Dinge war nicht auszuweichen.

Deutschland war mit den wilhelminischen Methoden nicht in einer Friedhofsruhe zu halten. Der Sturz von 1914 konnte kein Abschluß für die seit fünf Jahrzehnten kämpfende marxistische Arbeiterbewegung sein, sondern nur ein düsterer Tiefpunkt. Ihre Stunde mußte in dem Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt bald wieder heranreifen. Als sich die innerdeutsche Lage mit Spannungen lud, kam ein welthistorisches Ereignis, das eine tief aufwühlende Wirkung auf Millionen deutscher Arbeiter ausübte und ihren Hoffnungen ein realeres Ziel gab als die mutige Tat eines einzelnen: die sozialistische Revolution in Rußland am 7. November 1917.

Die deutsche Novemberrevolution — ein Jahr später — hatte ihre direkten Vorläufer. Ihr waren vorausgegangen im April 1917 größere Streiks in Berlin und Leipzig, im Sommer 1917 Streiks im Ruhrgebiet, im Januar 1918 der große Munitionsarbeiterstreik, der sich von Berlin bis nach Bayern ausdehnte. Das Jahr 1917 hatte auch offene Meutereien in der Marine und die Füsilierung der beiden Matrosenrebellens Reichpietsch und Koebis gesehen. All diese Ausbrüche des Volkszornes hatten nicht genügend Kraft gehabt, die Macht des kaiserlichen Imperialismus zu erschüttern oder gar einen „Dolchstoß“ gegen seine Kriegsfronten zu führen, aber sie waren Ausdruck einer starken Friedenssehnsucht in den werktätigen Schichten des deutschen Volkes und eines anwachsenden Hasses gegen die Kriegsschuldigen gewesen. Diese mußten sich in revolutionäre Energie verwandeln in dem Augenblick, da die Regierenden nicht mehr ein oder aus wußten.

Es ist historisch falsch, die Ereignisse der deutschen Novembertage 1918 mit der Formel „militärischer Zusammenbruch“ abzutun; der Zusammenbruch war nur eine Seite des Geschehens. Von der Hissung der roten Fahnen durch die aufständischen Matrosen in Kiel bis zur Ausrufung der deutschen Republik am 9. November in Berlin vollzog sich eine Revolution, die ganz Deutschland erfaßte. Alle Schwächen und Verrätereien, die sie in ihrem Laufe hemmten, konnten die Tatsache nicht mehr ändern, daß eine demokratische Volksrevolution in ihrem ersten Ansturm die morsch gewordenen Throne in Deutschland gestürzt und mit der Kaiserkrone der Hohenzollern auch die Kronen von fünfundzwanzig anderen Landesfürsten in den Staub geschleudert hatte. Gemäß den Notwendigkeiten der deutschen Geschichte hatte eine anti-hohenzollernsche, antimilitaristische, antiimperialistische Revolution begonnen.

Die Revolutionäre vom November 1918 — die Gruppe um Liebknecht, die Revolutionären Betriebsobleute von Berlin und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die die Erhebung vom 9. November organisierten — nützten gewiß die verzweifelte Lage der junkerlich-monarchistischen Regierung aus, aber so wie zu allen Zeiten die Schwächen der herrschenden Gewalten von Revolutionären ausgenutzt wurden, Die Revolution konnte keine sozialistische sein, weil es um diese Zeit keine zielklare sozialistische Massenpartei in Deutschland gab. Daß aber ihr erster Ansturm so leicht und fast operlos glückte, ohne eine offene Fronde der kaiserlichen Militärs besiegen zu müssen, wurde für die demokratische Revolution gefährlich; es wiegte die Volksmassen sogleich in die falsche Sicherheit, der volle Triumph der Demokratie sei schon erreicht. So konnten sozialdemokratische Führer wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, die vom Ausbruch der Revolution als kaiserliche Staatssekretäre im Kabinett des Prinzen Max von Baden überrascht wurden, am 11. November 1918 schon ihren neuen Pakt mit dem Generalfeldmarschall

von Hindenburg schließen: die hohen Militärs der wilhelminischen Armee wurden zu Garanten für „Ruhe und Ordnung“ gemacht.

Karl Liebknecht hatte im Frühjahr 1918 in der Zuchthauszelle darum gerungen, die Haltung des jungen Sowjetstaates zu verstehen, der unter der Führung Lenins und Stalins das imperialistische Diktat der Generale Ludendorff und Hoffmann in Brest-Litowsk akzeptierte, um eine Atempause zu gewinnen. Liebknecht war in seinem Hinundhergrübeln über das tragische Dilemma für die russischen Revolutionäre zum Schluß gekommen: „Wir wissen, daß das deutsche Proletariat die Hauptverantwortung trägt, und daß es diese Last nur abschütteln kann, wenn es sich erhebt.“ Zur sofortigen internationalen Wirkung der deutschen Novemberrevolution gehörte demnach, daß sie der russischen sozialistischen Revolution eine gewisse Entlastung während ihrer höchsten Bedrohung durch die verbündete ausländische Intervention und inländische Gegenrevolution brachte. Im Jahre 1919 verhinderten deutsche Eisenbahner und andere Arbeiter auch mehrfach die Entsendung von Freikorps ins Baltikum zum Kampf gegen das Land, das sich dreiundzwanzig Jahre später als die entscheidende Kraft zur Besiegung des Hitlerismus erwies. Doch ihre eigene nationale Gesamtaufgabe vermochten die deutschen Demokraten weder gemeinsam zu erkennen noch gemeinsam zu meistern.

Sucht man die Wurzeln des Übels, das 1933 Deutschland befallen konnte, so liegt eine schon bei dem ungestraften Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In diesen Menschen von seltenem Geist wurden zwei besonders verhaßte Garanten einer neuen Demokratie von den Banden der militaristischen Reaktion erschlagen. Als man am 15. Januar 1919 Karl Liebknechts entstellte Leiche im Tiergarten fand und Rosa Luxemburg mit zertrümmertem Schädel aus dem Landwehrkanal zog, da verstanden die meisten deutschen Demokraten bürgerlicher oder sozialistischer Gesinnung nicht

den tiefen geschichtlichen Sinn dieses Ereignisses. Da nun der zweite Weltkrieg die Mordstätte im Herzen Berlins selbst zu einer Stätte der Zerstörung und des Todes gemacht hat, ist der Sinn des 15. Januars 1919 nicht nur dem Amerikaner Sumner Welles, sondern auch vielen Deutschen spät aufgegangen.

EINE VERLORENE CHANCE

Die deutsche Arbeiterbewegung hätte im November 1918 konsequent als geschichtlicher Nachfahr des großen deutschen Bauernkrieges und der Aufständischen von 1848/49 handeln müssen, natürlich unter den neuen geschichtlichen Bedingungen des 20. Jahrhunderts. Ihre ersten Taten mußten die völlige Zerschlagung der preußischen Militär- und Staatsmaschine sowie eine grundlegende Agrarreform durch Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes unter den Millionen landarmer Bauern sein. Einige tausend Junker behielten 38 Prozent des behaubaren deutschen Bodens. Die Revolution mußte vor allem die durch vier Jahrhunderte bewahrten sozialen Grundlagen des Junkertums vernichten. Dazu kam die neu herangereifte Notwendigkeit: die Herren der Trusts und der Großbanken — die Interessenten des aggressiven deutschen Imperialismus, durch Besitz und Familie verfilzt mit dem Adel — mußten ebenfalls wirtschaftlich entmachtet werden.

Die Revolution vom November 1918 mußte kraft ihres „historischen Rechtes“ zuerst einmal diese einfachsten drängenden Forderungen der deutschen Geschichte erfüllen. Solche Taten hätten dem deutschen Volk mit eherner Sprache verkündet, daß eine neue Zeit angebrochen wäre. Die aufgewühlten, aber politisch nicht reifen, in den Stürmen der Ereignisse hin und her schwankenden Teile des Volkes und insbesondere das kleine Bürgertum hätten eine politische Kraft gespürt, zu der sie sich orientieren konnten.

Die Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und Großbanken waren bei der eigenartigen deutschen Entwicklung unerlässlich, um die Demokratie wirtschaftlich zu sichern. Das Bündnis von preußischem Militarismus, feudal-gütsherrlichem Junkertum und expansionsgierigem Monopolkapitalismus als herrschende Gewalten hatte ja in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts dem Kampf der Arbeiterbewegung seine größere Zuspitzung verliehen als in den westlichen Ländern Europas. Diese Gewalt zu brechen, war ein Erfordernis der späten demokratischen Revolution in Deutschland. Im Zeitalter des Hochkapitalismus war die wirtschaftliche Sicherung einer deutschen Demokratie nur durch Maßnahmen zu erreichen, die über das Jahr 1789 hinausgingen und nicht eine einfache Kopie demokratischer Revolutionen der früheren Jahrhunderte sein konnten.

Da hier nur ein Fazit gezogen werden soll, kann die Geschichte der Republik von Weimar nicht näher erzählt werden, die als Tragödie begann und als Tragödie endete. Ihr Ende war fürchterlicher, als viele ihrer zeitweiligen Regenten vorausahnen mochten. Es konnte so werden, gerade weil sie sich über den hohen Einsatz des politischen Spieles von 1918 bis 1933 nicht klar waren und auch nicht über die Konsequenzen, die ein Unterliegen bei einem so bestialischen Feind wie Hitler mit sich bringen mußte.

Trotz der ganzen Entwicklung des deutschen Liberalismus seit Bismarck wäre es 1918 noch möglich gewesen, eine starke bürgerlich-demokratische Partei zu formieren. Die revolutionäre Umwälzung erschütterte in ihren ersten Wochen auch in den Köpfen von Millionen Männern und Frauen im deutschen Bürgertum viele alten Vorstellungen und Ideen. Doch es war der Grundfehler der Deutschen Demokratischen Partei (gegründet von früheren Führern der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen), daß sie sich nicht als stolze Erbin des revolutionären 48er Geistes fühlte und daß sie

auch eine panische Angst vor jeder Identifizierung mit den „Novemberebrechern“ bezeugte. Ihr einziger Staatsmann von hohem politischen und menschlichen Format, Walther Rathenau, erlitt bereits 1922 das Schicksal von Liebknecht und Luxemburg. Eine Partei, die statt revolutionär-demokratisch und national auch in den Weimarer Jahren nationalistisch mit etwas liberaler Färbung blieb, mußte zu politischer Einflußlosigkeit verurteilt sein, weil die von ihr beeinflussten Mittelständler und Bauern sie nach dem Sturm der Novembertage von 1918 nur als Durchgangslager zu den extrem-nationalistischen Parteien benützen mußten. Das lehrt die Geschichte der Gegenrevolution in allen Völkern.

Die Sozialdemokratische Partei hatte — trotz ihres tiefen Falles in den Jahren 1914/18 — die historische Gelegenheit, sich in ihrer Theorie und Praxis zu erneuern und die demokratische Revolution zu Ende zu führen. Die politischen Kräfte zur Gestaltung einer deutschen Demokratie waren in der deutschen Arbeiterbewegung herangewachsen, — es kam auf die Tat an. Das „historische Recht“ der Revolution erforderte, daß zuerst einmal ein beträchtliches Quantum des ererbten reaktionären Schuttes aus dem geistigen Leben der Nation geräumt wurde, bevor man überhaupt Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung ausschreiben durfte.

Der jungen deutschen Demokratie drohte von den revolutionären Arbeitern keine Gefahr. Ein „Spartakistenputsch“ existierte nur als Legende der antibolschewistischen Propaganda im Januar 1919. Das Blutvergießen entstand in jenen Wintertagen, weil die Berliner Arbeiter in einer spontanen Erhebung eine demokratisch-revolutionäre Errungenschaft verteidigten: sie wollten die willkürliche Amtsentsetzung ihres Polizeipräsidenten, des unabhängigen Sozialdemokraten Emil Eichhorn, verhindern. Doch selbst nach der Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Kurt Eisners, Gustav Landauers und Eugen Levinés durch die Vorläufer der SS-Banden, die Gustav Noske gerufen hatte, wäre noch eine weitgehende

Annäherung und Einigung der deutschen Arbeiterschaft möglich geworden, wenn die sozialdemokratischen Führer sich zu einer entschlossenen Bekämpfung der Gegenrevolution aufgegriffen hätten. Sie mußten sofort ihren Pakt mit dem kaiserlichen Feldmarschall Hindenburg zur „Sicherung der Ordnung“ aufgeben, den alten wilhelminischen Generalstab tatsächlich auflösen und statt der Reichswehr mit monarchistischen Offizieren eine Volkswehr aus zuverlässigen Demokraten bilden. Nach solchen Taten wäre die Geschichte der Weimarer Republik von Anfang an ganz anders verlaufen. Der linke Flügel der Arbeiterbewegung — die junge Kommunistische Partei und bis 1920 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei — hätte jede energische Handlung der republikanischen Regierung zur Verteidigung der Volksfreiheiten unterstützt. Die Republik hätte sich das Vertrauen der Volksmassen erworben; sie wäre keine „Republik ohne Republikaner“ geworden.

Der Einwand, daß der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung — fußend auf den Lehren der siegreichen russischen Revolution von 1917 — die bürgerliche Demokratie überhaupt abgelehnt habe, geht an den realen Möglichkeiten der deutschen Entwicklung nach 1918 vorbei. Das Bekenntnis zu den Grundsätzen des revolutionären Sozialismus bedeutete keine Absage an die bürgerlich-demokratische Freiheit und ihre Verteidigung. Schon bei der Gründung der Kommunistischen Partei (Ende Dezember 1918) sprach diese Partei durch den Mund Rosa Luxemburgs klar aus, daß ihr ein langer Kampf für die politischen Rechte des Volkes und die wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen bevorstand, wenn sie zur einflußreichen sozialistischen Partei der Arbeiterklasse werden wollte. Der Kampf dieser Partei erhielt seine besondere Schärfe und auch seine Irrtümer dadurch, daß die Sozialdemokratische Partei zwar im April 1919 auf riesigen Plakaten verkünden ließ: „Der Sozialismus marschiert“, aber im wirklichen Leben die bürgerliche Demokratie zu einem

Schild und Schirm der allmächtigen Junker und der Trustherren werden ließ. Die revolutionär errungenen demokratischen Rechte des Volkes wurden ständig zugunsten der sozialen Träger des wilhelminischen Imperialismus verschlechtert. Die Entwaffnung der Gegenrevolution wurde auch nach dem Kapp-Putsch vom 13. März 1920 nicht durchgeführt, als sie den rheinisch-westfälischen Arbeitern im Bielefelder Abkommen zugesichert worden war. Die Arbeiter, die mit ihrem Generalstreik, in vielen Gebieten mit bewaffneter Hand, die Kappisten niedergekämpft hatten, fielen der Rache der wilhelminischen Richter in der Republik zum Opfer. Nach 1922 wurde das „Gesetz zum Schutze der Republik“, gegen die Mörder Rathenaus geschaffen, von jenen Richtern zu einem Ausnahmegesetz gegen links gemacht.

Der rückschauende Beobachter sieht, daß der politische Inhalt der Arbeiterkämpfe von 1919, 1920, 1922 und 1923, die manchmal unter der Losung des Kampfes für den Sozialismus geführt wurden, tatsächlich aus den elementarsten demokratischen Forderungen bestand: Auflösung der militaristischen und faschistischen Verbände, Reinigung der Justiz und des Staatsapparates von den reaktionären Feinden der Demokratie, Verteidigung der 1918 errungenen Volksrechte. Eine sehr geschickte Propaganda der deutschen Imperialisten stempelte solche Lebensforderungen der Demokratie zur „bolschewistischen Gefahr“ (eine Methode, die in allen Ländern üblich wurde).

Die Republik entwickelte keine neue demokratische Außenpolitik. Es gab 1922 nur einen bescheidenen Ansatz in dem Vertrag von Rapallo, durch den Walther Rathenau das politische Erbe Bismarcks, die Freundschaft mit Rußland, wieder aufnahm. Die Dirigenten der Republik machten daraus kein deutsch-russisches Freundschaftsbündnis; zu tief waren sie in die Hoffnung verstrickt, von reaktionären Gruppen in westlichen Ländern Zuspruch, Kredite und Konzessionen als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ zu erhalten. So ent-

wickelte sich auch gegenüber dem Westen keine demokratische Außenpolitik, sondern nur ein opportunistisches Sich-Anpassen an die „Realitäten“ — bis irgendwie die neue Stunde des deutschen Imperialismus kommen würde. Eine demokratische Außenpolitik hätte dem deutschen Volk schon damals klargemacht: daß Deutschland als Land der europäischen Mitte eine Möglichkeit des Gedeihens nur in friedlichen Beziehungen mit Ost und West, Nord und Süd haben könne — und daß das Erbe der Aggressionspolitik Friedrichs II. und Wilhelms II. endgültig ausgelöscht werden mußte.

Die Versäumnisse der deutschen Republik auf dem Gebiete der Erziehung zeigen augenfällig, worum es vor allem ging. Es wurden nicht die demokratischen Traditionen der eigenen Nation gepflegt. Die deutsche Republik hatte nicht den Mut — und bald durch das Eindringen von Repräsentanten des alten Imperialismus auch nicht mehr die Fähigkeit — zu einer wahrhaften Umgestaltung des Schulunterrichts. Ein paar freie „Versuchsschulen“ blieben isolierte Ausnahmen in der öden Regel, daß der wilhelminische Trott mit geringen Milderungen weiterging. Die Schüler erfuhren nichts vom jahrhundertelangen Ringen um eine deutsche Demokratie; sie lernten nicht die historischen Schriften von Marx und Engels kennen, nicht das reaktionäre Preußentum durch das Auge Franz Mehrings betrachten. Sie erhielten weiter verzerrte Darstellungen der bürgerlichen Revolutionen Englands und Frankreichs vorgesetzt. Sie wurden nicht zur Entdeckung des humanistischen Geistes von Lessing, Herder, Kant, Hölderlin, Schiller, Goethe, Fichte, Humboldt, Heine und Büchner geführt. Der Schulunterricht blieb nationalistisch, auch wenn einige der größten monarchistischen Lügen aus den Lesebüchern verschwunden waren. Nicht der stellte sich außerhalb der Schulordnung, der die deutsche Revolution von 1918 beleidigte, sondern der, der sie verteidigte. Dieser Zustand war in den „besten Jahren“ der Republik — noch bevor der Nazismus seine giftigen Blüten trieb — eine gewohnheitsmäßige Erscheinung geworden. Statt

einer Erziehung zum Bewußtsein der Menschenwürde und einem starken Gefühl für Menschenrechte wurde der reaktionäre Geist der Vergangenheit weitergepflegt — und besonders stark auf den Universitäten, die Brutstätten der Gegenrevolution und später des Nazismus wurden.

Das geistige Bild der in den Weimarer Jahren heranwachsenden Generation wäre zu einseitig gezeichnet, würde man nur auf die Reaktion in Universität und Schule, in Film und Theater weisen. Das Bild enthielt alle Widersprüche jener Zeit, in der Deutschland in halber Weise eine moderne Nation geworden war. Es gab eine ausgedehnte Tätigkeit von linken Kulturorganisationen und Abendschulen, die den beiden Arbeiterparteien nahestanden. Es gab demokratische, sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen, Zeitschriften und Buchverlage — (die kommunistischen Zeitungen allerdings ebenso häufig verboten wie erlaubt). Es gab in den ersten Jahren der Republik nicht wenige, in ihren letzten Jahren sehr wenige Theater, die fortschrittliche Stücke spielten. Deutschland stand in der ersten Reihe der europäischen Länder mit der Zahl seiner Übersetzungen russischer, amerikanischer, französischer und englischer Bücher, die ein demokratisches oder sozialistisches Weltbild vermittelten. Die deutsche Literatur selbst legte in den vierzehn Jahren von 1918 bis 1932 einen bedeutsamen Weg zurück: teils in einer freien Entfaltung, teils allerdings in einer oppositionellen Haltung zur neuen Reaktion.

Die Literaturbewegung des Expressionismus, die vor 1914 als Rebellion gegen den unerträglichen Lebensstil des wilhelminischen Bürgertums entstanden war und sich in den Kriegsjahren zu pathetischen verzweifelten Schreien gegen den Millionenmord gesteigert hatte, wurde 1918 in den Kämpfen der deutschen Revolution zum Suchen nach dem Weg zu einem neuen menschlichen Dasein. Manche Vertreter dieser im Grunde volksfremden Bewegung verloren sich (ähnlich wie in der bildenden Kunst) in reiner Zertrümmerung der alten

Formen oder in neuromantischen Spielereien, ohne den Weg zu gestalteter neuer Form mit einem neuen Inhalt zu finden. Andere Dichter — das hervorragendste Beispiel ist Johannes R. Becher — fanden den Weg zum klaren künstlerischen Ausdruck, zur großen Dichtung unserer Zeit.

Als Heinrich Mann vor dem ersten Weltkrieg die Romane des wilhelminischen Zeitalters schrieb, „Schlaraffenland“, „Professor Unrat“, „Der Untertan“ und „Die Armen“ (die letzten zwei konnten erst nach der Revolution gedruckt werden), da wurde spät begonnen, die Zurückgebliebenheit der deutschen Literatur gegenüber der russischen, französischen und englischen aufzuholen. Die Dekadenz in der Literatur wurde durch den realistischen Roman überwunden, der anfänglich mit starken satirischen Elementen gegen die wilhelminische Gesellschaft arbeitete. Es entstand diese neue Literaturgattung in Deutschland: der Roman, der nicht zufällig wie manche seiner Vorläufer, sondern bewußt und allseitig den Menschen in seinen sozialen Beziehungen darstellt und dadurch zum Bild der Gesellschaft wächst. Heinrich Manns Romane in den zwanziger Jahren, Thomas Manns „Zauberberg“ als Ausdruck seiner eigenen Wandlung zu einer Diskussion und Bejahung des demokratischen Lebens, Lion Feuchtwangers „Erfolg“, der erste große Antinaziroman, Arnold Zweigs Romanreihe über den Weltkrieg 1914/18, Alfred Döblins „Alexanderplatz“, in dem der im Grunde romantische Dichter zur Gestaltung eines Stückes Berliner Leben getrieben wurde, und Erik Regers „Union der festen Hand“, der Roman des Trustherrentums an der Ruhr, sind einige Beispiele, aber die gültigsten, für das Wachstum dieser literarischen Gattung. Eine andere Linie der deutschen Literatur führte in der knappen Frist, in der sich die durchlöchernde deutsche Demokratie am Leben hielt, von Leonhard Franks leidenschaftlichen Antikriegsnovellen „Der Mensch ist gut“ zu Theodor Plieviers dokumentarischen Romanen über die Jahre 1917/18, zu den Chroniken des Krieges von Ludwig Renn

und E. M. Remarque. Im Drama war ein neuer Anfang von Georg Kaiser, Ernst Toller, Bertolt Brecht, Friedrich Wolf bis zu Ferdinand Brückner; noch viel Suchen und Experimentieren, aber inhaltlich ging der Weg des deutschen Schauspiels allmählich zu einer allseitigeren Gestaltung der sozialen Wirklichkeit. Der deutschsprachige Prager Egon Erwin Kisch brachte in dieser Zeit die soziale Reportage als neue literarische Form nach Deutschland. (Unter Hitler überschwemmte wieder der Morast einer falschen und antihumanistischen Romantik die gesamte Literatur, indes der deutsche realistische Roman gerade als Antinaziroman im Exil mit den älteren und mit neuen jüngeren Autoren seinen Aufschwung fortsetzte.)

Die Bemühungen der linken Kulturorganisationen und die literarischen Leistungen in den Weimarer Jahren stellten eine geistige Reserve im Kampf gegen den Einbruch der Barbarei dar. Diese Reserve wäre stärker gewesen, wenn der Staat sein Erziehungswesen bis zu den Universitäten demokratisch reformiert hätte, und wenn nicht die reaktionäre Literatur weiter durch zahllose staatliche und städtische Büchereien im Volke verbreitet worden wäre, aber die fortschrittliche Literatur auf Hemmungen und Schranken stieß. Die Spaltung zwischen Staat und fortschrittlichem Geist blieb in der Republik bestehen. Das begünstigte, daß ein Teil der Literatur in eine Avantgarde-Stellung gedrängt und bis 1933 dem Volk und dem eigentlichen Kampf der Zeit fremd blieb. In seiner Aufgeschlossenheit für den Geist des Fortschritts, besonders literarisch und künstlerisch, schien Deutschland am Ende der zwanziger Jahre an der Spitze Mittel- und Westeuropas zu stehen; doch diese deutschen fortgeschrittenen Kulturzentren waren nur Berlin und einige große Städte.

In jenen Jahren stieß das Aufflammen des kämpferischen Geistes in der deutschen Arbeiterschaft auf die Barrieren einer Politik, die nur in Kompromissen mit der andern-

genden Reaktion dachte und lebte. Die Verfechter dieser Politik begriffen nicht, daß selbst das Errungene stets nur durch Festigkeit und Kühnheit zu halten ist. So glaubten die Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei an eine „Wirtschaftsdemokratie“, als die deutschen Trustherren bereits daran dachten, die ganze „Republik der Novemberverbrecher“ zu meucheln. So schwärmte man bei der Rationalisierung der deutschen Großindustrie von dem „amerikanischen Wirtschaftswunder“, das nun auf sanften Flügeln auch nach Deutschland geschweht käme, als die deutschen Trustherren mit Hilfe der amerikanischen Kredite schon ihre Industrie für den zweiten Weltkrieg zu modernisieren begannen. Es war eine irrealer Politik, die sich als besonders kluge Realpolitik gab; sie stammte direkt von der „Realpolitik“ Ferdinand Lassalles ab. Es war der Super-Lassalleanismus in der Zeit der Monopolistenverschwörung gegen die deutsche Demokratie.

Die Sozialdemokratie verletzte die Grundgesetze der parlamentarischen Demokratie, als sie 1919 zustimmte, daß in die republikanische Verfassung der Diktaturparagraph 48 eingebaut wurde, der eine beliebige Ausschaltung des Parlaments auch in Friedenszeiten gestattete. Die revisionistischen Sozialdemokraten mißachteten jene Grundgesetze doppelt, als sie ab 1930 das Budgetrecht des Reichstages zugunsten der Notverordnungsdiktatur des Reichskanzlers Brüning preisgab, auf Grund dieses Artikels 48, und damit in die wilhelminischen Zustände zurückging. Die Rolle Wilhelms II. spielte Hindenburg. Die katholische Zentrumsparterie, politisch gelenkt durch ihren monopolkapitalistischen Flügel, gab in der Brüningpolitik demokratische und soziale Traditionen aus der Zeit Kettlers und Windthorst's preis.

Die Kampfkraft demokratischer Volksmassen ist keine unveränderliche Größe. Die Verzettlung und der Nichteinsatz dieser Kraft zur Selbstverteidigung schwächte sie zusehends; die Spaltung in den Reihen der marxistischen

Arbeiterschaft vertiefte sich. Der „Bruderkampf“ führte durch seine Verbissenheit auch zu den politischen Fehlern des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung.

Der demokratische Kampf zwischen 1918 und 1933 durfte nicht den Blick dafür verlieren, daß die sozialen Stützen des wilhelminischen Imperialismus der Hauptfeind waren — und daß deren besondere Gefährlichkeit in der Stärke ihrer militaristischen Tradition und in ihren entsprechenden Organisationen bestand. Sie waren die tödliche Gefahr für die demokratische Republik. Ein Block aller demokratischen Parteien hätte schon im Jahre 1925 verhindern müssen und können, daß der kaiserliche Marschall Hindenburg den Stuhl des Reichspräsidenten einnahm. Bereits bei jener Wahl haben alle demokratischen Parteien schwere Fehler gemacht, als es darauf ankam, der junkerlichen Militärclique den Weg zum Amte des höchsten Staatsbeamten zu verammeln. Doch viel folgenschwerer mußte es sein, als im Jahre 1932 alle demokratischen Parteien — mit der alleinigen Ausnahme der Kommunistischen Partei — für den kaiserlichen Feldmarschall unter der Losung stimmten: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!“ Das war der Moment, wo die Tragödie der deutschen Republik zur Posse herabsank.

Es steht nun die Frage: Mußten — nach so vielen Fehlern seit 1918 — die Deutschen in den totalen Hitlerstaat „schlidern“, als die Nazigefahr im Jahre 1930 heranzuwachsen begann? War die alte und erneute reaktionäre „Vorbelastung“ des deutschen Volkes so stark, daß ein gemeinsamer Kampf aller demokratischen Parteien und Organisationen nur ein Opfer von Menschen in einem heroischen, aber aussichtslosen Kampf geworden wäre — also nicht mehr als eine Ehrenrettung, ein kämpfendes Untergehen?

Wäre die deutsche Demokratie im Jahre 1933 kämpfend untergegangen, der Ruhm bei allen künftigen Geschlechtern wäre ihr sicher gewesen. Die Opfer hätten gewiß nicht zahl-

reicher sein können als jene, die dann doch einen unbekannteren grausameren Tod in den Händen der Gestapo von 1933 bis 1945 erleiden mußten. Aber selbst die nüchternste Prüfung aller Versäumnisse und negativen Erscheinungen in der Republik von Weimar zeigt, daß es trotz allem im Kräfteverhältnis zwischen Reaktion und Fortschritt außerordentlich große Chancen für einen Sieg der vereinigten handelnden Kräfte der Demokratie in den Jahren von 1930 bis 1933 gegeben hätte.

Die deutschen Arbeiter besaßen ihre Parteien, Gewerkschaften und Kulturorganisationen, die jedem direkten Ansturm der Trustherren und Junker zur Vernichtung der Demokratie gewachsen sein konnten. Die Voraussetzung war ihre Einigkeit. Die Einheit der beiden Arbeiterparteien hätte sie mit 13 Millionen Wählerstimmen zum stärksten politischen Faktor gemacht. Zum Unterschied von der stimmungsmäßig aufgeblähten Nazipartei hatten die Arbeiterparteien ihren soliden Rückhalt in einer wissenschaftlich begründeten Ideenwelt und in festgefügtten Organisationen mit Millionen geschulter Anhänger. Die Arbeiterparteien konnten in dem demokratischen Flügel der katholischen Zentrumsparlei ihren natürlichen Kampfgefährten sehen. Die Deutsche Demokratische Partei hätte einen solchen Block zur Verteidigung der deutschen Demokratie unterstützen müssen. Schon beim Auftreten mit Entschlossenheit und einem aufbauenden Programm, das ähnlich wie etwa Roosevelts New-Deal-Politik in Nordamerika das deutsche Volk vor den schwersten Folgen der Wirtschaftskrise beschützte, hätte Millionen verzweifelter Nachläufer der Nazis auf die Seite der Demokratie gerissen.

Es ist keine leere Vermutung, daß der fortschrittlich gesinnte Teil des deutschen Volkes, bei einer einheitlichen Politik und einer zielbewußten Führung, in den Stunden des entscheidenden Messens seiner Kräfte mit denen der deutschen Reaktion hohen Mut und große Energie gezeigt hätte.

Eine Vorstellung davon geben: der einheitliche Generalstreik von 1920, der den Kapp-Putsch niederwarf; die Gewalt der spontanen Arbeiterdemonstrationen nach der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau in den letzten Junitagen 1922; die große Einheitsbewegung gegen die Abfindung der ehemaligen Fürsten im Jahre 1926, die Streiks ganzer Industrien zwischen 1918 und 1930 und selbst die aufflammenden antinazistischen Widerstandsbewegungen in den großen Städten wenige Monate vor Hitlers Machtantritt. Die Sozialdemokratische Partei verfügte dazu noch bis 1932/33 über einen starken Einfluß in den meisten Länderregierungen und hatte in vielen die Leitung der Polizei in den Händen.

Es gab allerdings nur einen Weg, um die antidemokratisch handelnde Reaktion zu schlagen: den Generalstreik der Arbeiter und seine Unterstützung durch die sozialdemokratisch geführten Polizeitruppen. Das Feld dieser Schlacht lag außerhalb des Parlaments. Der stimmungsmäßig günstigste Zeitpunkt im Volke war der 20. Juli 1932, als Franz von Papen seinen Staatsstreich gegen die Preußenregierung durchführte. Da die Trustherren und Junker den Weg des Rechtsbruches und der Gewalt beschritten, da es um Tod oder Leben ging, konnte nur noch mit dem Appell an die Kraft des Volkes selbst die Demokratie vor ihren Vergewaltigern gerettet werden. Sie wäre sicher gerettet worden, da das Haus Hindenburg, die Generale der Reichswehr und auch ein Teil der Großindustriellen vor einem Spiel mit solch großem Risiko zurückgewichen wären. Hitler und Goebbels zitterten im Jahre 1932 vor dieser Möglichkeit. Sie wußten (und Goebbels gestand es in seiner Schilderung „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“): die Naziartei war damals nur ein Koloss auf tönernen Füßen.

Es kam nicht so. Die Kraft der fortschrittlichen Parteien wurde nicht rechtzeitig zum Antinazibündnis vereinigt und eingesetzt. Mehr als durch eigene Kraft siegte das braune

Verhängnis durch die Gespaltenheit und das tatenlose Abwarten seiner Gegner. Es kam schleichend, scheinbar legal, verfassungsmäßig zur Macht. Es kam auf eine Weise, die den fortschrittlichen Teil des deutschen Volkes entwaffnet fand.

Das Tragische an diesem Sieg Hitlers war, daß er bei starken Arbeiterparteien möglich wurde. Die Fehler der beiden Parteien lagen natürlich auf ganz verschiedenen Ebenen. Die Sozialdemokratische Partei war ihrer Suche nach dem „kleineren Übel“ in jeder Lage so hingegeben, daß sie sich keine volle Rechenschaft über das Bevorstehende gab, trotz der blutrünstigen Propaganda der Nazis. Die Führer dieser Partei verstanden nicht die einfachste Lehre der deutschen Geschichte, daß nicht irgendein reaktionäres parlamentarisches Regime mit Hitler als Reichskanzler kommen konnte, sondern nur eine bestialische faschistische Diktatur als Grundlage für den zweiten Versuch des deutschen Imperialismus, blutiger und totaler den Kampf um die Kolonisierung Europas und die Beherrschung der Welt zu führen. So fiel die Sozialdemokratie kampflös in die Ketten Hitlers. Geführt von Irrtum und Verrat blieb sie selbst hinter der Demokratischen Partei der kleinen Bürger zurück, die 1849 noch in einer letzten Stunde zu kämpfen verstanden hatte.

Deutschlands ganze trübe Geschichte erheischte eine Erziehung der Volksmassen zu demokratischer Selbsttätigkeit, zu einem kämpferischen Demokratismus. Aber die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei hatten unter ihren Anhängern einen Organisationsfetischismus gezüchtet; der Glaube an die Macht der großen Organisation an und für sich war an die Stelle der Erkenntnis getreten, daß nur der lebendige Kampfgeist der in ihnen vereinigten Menschen solchen Organisationen Kraft verleiht. Dadurch wurde jener Teil des deutschen Volkes, der sich seit 1848 und seit dem Kampf gegen Bismarck in steigendem Maße von den geistigen Fesseln des Untertanentums befreit hatte, in eine neue Art von Passivität hineingedrängt: in das gewohnheits-

mäßige Abwarten auf den Kampfruf „von oben“, von Führern, die nicht mehr kampfbereit waren. So war ein altes Übel aus der despotischen deutschen Vergangenheit, die politische Passivität im Volke, unter veränderten Umständen und in neuer Art wieder auferstanden. Es hinderte den fortschrittlichen Teil des deutschen Volkes, aus eigenem Entschluß zu handeln. Dieses irrtümliche Verhalten der Mehrheit der deutschen sozialistischen Arbeiter — so verhängnisvoll es sich auswirkte — besagt aber in keiner Weise, daß die deutsche organisierte Arbeiterschaft in ihrer politischen Gesinnung aus preußischen Strammstehern bestand.

Die Kommunistische Partei erkannte die drohende Gefahr und appellierte gegen sie ständig an die Selbsttätigkeit des Volkes. Doch auch diese Partei zog in ihrem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine nazistischen Kampfverbände zu wenig die Lehren aus der Geschichte des eigenen Volkes seit 1848 und 1918, die die Zu-Ende-Führung der demokratischen Revolution und das Bündnis aller Antinaziparteien zur Rettung der demokratischen Republik geboten. Dieses Bündnis, das kein Aufgeben, aber ein Zurückstellen ihrer sozialistischen Ziele bedeutete, war spätestens Ende 1930 notwendig. Die Kommunistische Partei kam erst im Frühjahr 1932 zu der Erkenntnis, sich ohne Vorbehalte und Bedingungen dafür einzusetzen. Ob ein frühzeitiger Übergang der Kommunisten zu einer unmißverständlichen Politik des weitestgespannten, demokratischen Bündnisses die damaligen Führer der Sozialdemokratie hätte bewegen können, endlich und gemeinsam Front gegen die Nazigefahr zu machen, ist nach der ganzen Politik von Wels, Noske, Severing und Stampfer seit 1918 schwer zu bejahen. So brachte die Entschlossenheit und Aufopferung des linken Flügels der Arbeiterbewegung wenig Nutzen. Die Kommunistische Partei blieb in den letzten Monaten vor Hitlers Machterschleichung isoliert, zu schwach zur eigenen, die Mehrheit des Volkes mitreisenden Tat.

Es ist nach der Schilderung aller verpaßten Möglichkeiten dennoch die größte aller Geschichtslügen, zu behaupten, die Deutschen seien schnurstracks und unterschiedlos ideologisch vorbelastet aus dem altpreußischen Staat — über eine zufällig nicht verhinderte Republik — in den totalen Staat Hitlers gerutscht. Dagegen ist es eine Tatsache: nicht weil es an sozialistisch-demokratischen Kräften mangelte, sondern weil es ihnen sich zunehmend verschärfenden Kampf in Deutschland seit siebzig Jahren gegeben hatte, nützten die Monopolherren von Stahl, Chemie und Kohle die Gespaltenheit der proletarischen Bewegung und die politischen Fehler ihrer Führung aus, um in einer heillos verwirrten Lage während der Wirtschaftskrise von 1932/33 die Hitlerdiktatur zu errichten. Sie war die Vollendung der deutschen Gegenrevolution. Begünstigt wurde diese Monopolistenverschwörung durch das schwach entwickelte demokratische Bewußtsein im Bürgertum und in der Bauernschaft.

Ohne diese Klarstellung wird die Mechanik der modernsten Gegenrevolution und ihre besondere soziale Funktion nicht verständlich. Es wird auch weder die Verantwortung des deutschen Volkes in ihren historischen Rahmen gebracht noch unter den Deutschen richtig verteilt.

VIII
HITLER, TRAUM UND WIRKLICHKEIT
DER BESTIALITÄT

Hitler trat als der von einer mythischen Vorsehung gesandte Führer auf. Die „Vorsehung“, die ihn tatsächlich gesandt hatte, waltete — wie sich nach zwölf Jahren herausstellte, ohne kluge Voraussicht — in den Büros der deutschen Trusts, auf Thyssens burgartigem Schloß Landsberg an der Ruhr. Die Treiber zum zweiten Kampf um die deutsche Welt Herrschaft hatten Hitler auf das Piedestal eines allmächtigen „Führers“ gehoben.

Da Hitler etwas schuf, was es niemals ähnlich in der deutschen Geschichte vor ihm gegeben: die Herrschaft der totalen Bestialität, schien er dem deutschen Monopolkapital und seinen junkerlichen Verbündeten auch der geeignete Mann, um für alle Zeiten den Geist und die Bewegung des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland auszulöschen.

Hitlers „Mein Kampf“ und Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ waren die ausgearbeitete Theorie der Entmenschlichung, die Phantasie des Alles-ist-erlaubt für einen brutal-nüchternen Zweck. Alle Erfahrungen aus dem Scheitern der alldeutschen Eroberungspläne im Jahre 1918 sollten gezogen werden: totaler Terror gegen die Opposition im Innern, totale Aggression nach außen. Das Land der Mitte in Europa — durch die meerbeherrschenden Nationen abgeschnürt von der Möglichkeit neuer kolonialer Beute in Übersee — sollte, „geopolitisch“ vorberechnet, nach allen Seiten über die deutschen Grenzen ausbrechen und sich in den kolonialen Unterdrücker Europas verwandeln. „Wir schließen ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft“, schrieb Hitler und setzte fort: „Wenn wir heute in Europa

von neuem Grund und Boden sprechen, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Im Westen sollte mit dem „Todfeind“ Frankreich „abgerechnet“ werden — es wurde von Hitler „nicht nur das Recht, sondern die Pflicht“ proklamiert, „mit allen Mitteln, bis zur Anwendung von Waffengewalt die Entstehung jeder anderen Kontinentalmacht“ neben Deutschland zu verhindern. Durch die „entschlossene europäische Politik des kontinentalen Bodenerwerbs“ sollten die deutschen Imperialisten zum Sklavenhalter aller modernen Nationen ringsum aufsteigen; vom Atlantischen Ozean bis zum Ural sollte Hitlers Weltreich sich dehnen.

Dazu mußte man die Völker in Ost und West zu „minderwertigen“, „unschöpferischen“, „bastardisierten“ Völkern „ohne staatspolitische Fähigkeit“, also zu Sklavenvölkern stempeln. Die Germanen mußten dagegen zur „einzig schöpferischen Herrenrasse der Geschichte“ und zur „einzig staatsbildenden Herrschicht“ in den slawischen Völkern erhoben werden. Alle humanistischen Geistesströmungen in der deutschen Vergangenheit wurden als „artfremde Schwäche“ verdammt, um das „germanische Recht“ zum Antihumanismus zu begründen. So erwuchs, mit der nazistischen Rassentheorie als Waffe, der zynischste und mörderischste Räubertraum der Menschheitsgeschichte: das deutsche Kolonialreich Europa, verwirklicht mit Hilfe einer unüberwindlichen Militärmaschine und — durch die Ausrottung von Millionen Menschen der unterdrückten Völker (zur „Verminderung ihrer völkischen Substanz“, wie im Charkower Prozeß von 1944 gegen drei Massenmörder der SS ein Zeuge gestand). Der Mensch verwandelt in „völkische Substanz“, die man mit Hunger, Gas und Feuer in ein Nichts verwandeln kann, um das eroberte Land in Europa zur gesicherten Beute zu haben.

Dieser Plan der Weltüberempelung und Weltbeherrschung durch Bestialität wurde von Hitler zum politischen

Programm gemacht. Die deutschen Monopolherren akzeptierten es als zweckmäßig für ihre weit gesteckten Expansionsziele. Das war der eigentliche soziale Inhalt des Nazismus, der als die giftigste Blüte auf dem Boden eines ökonomisch sterbensreifen, politisch skrupellosen, moralisch korrupten Monopolkapitalismus erwuchs. Erst die Enthüllung dieses wahren Sinnes, der wahren Hintermänner, der wahren Nutznießer des Hitlerismus erlaubt — ohne den Blick von diesen modernen Henkern der Völker Europas und Verderbern der deutschen Nation abzulenken — sich nach rückwärts zu wenden; zu zeigen, wessen Erbe in der deutschen Geschichte Hitler antrat.

Der Nazismus war nicht allein ein modernisiertes Preußentum. So reaktionär das Preußentum war und so viele dunkle Züge es trug, so besaß es doch bestimmte Ehrbegriffe und hatte sich auch im Wandel der Jahrhunderte liberale Konzessionen und die Garantie einer begrenzten Rechtssicherheit abringen lassen. Der ehrlose Hitler übernahm in seine neue Theorie und Praxis alles Reaktionäre aus dem Preußentum als ein wichtiges Element. Er übernahm die militaristische Organisation und ihren Geist des Kadavergehorsams. Er übernahm die Legende vom „preußischen Sozialismus“. Er übernahm den „Drang nach Osten“ (Hitler: „Wir knüpfen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete“) und dazu die Sklavenhalterverachtung der Junker für die slawischen Völker. (Bei den zahlreichen Naziführern aus Österreich und Böhmen vermischte sich damit der traditionelle Slawenhaß der „Großdeutschen“ aus dem alten Habsburgerreich, dem Gefängnis der slawischen Völker.) Hitler übernahm auch die Feindschaft der altpreußischen Reaktion gegen die westlichen Länder der siegreichen demokratischen Revolutionen.

Der Nazismus hatte nicht nur deutsche und österreichische geistige Väter. Er ging bei den Theoretikern des italienischen Faschismus in die Schule und entnahm auch alles,

was ihm zweckpassend schien, direkt den reaktionären Rassentheorien des Franzosen Gobineau und dem germanischen Rassenwahn des Engländers Houston St. Chamberlain. Damit vermengten die Ideologen der Nazis die antihumanistische Strömung der deutschen Philosophie seit Friedrich Nietzsche. Die romantisch-aristokratische Philosophie vom „Übermenschen“ und dem „neuen Adel“ diente im Zeitalter eines aggressiven Imperialismus dem gewissenlosen Kult des „Herrenmenschen“ und des „neuen Blutadels“; der „Wille zur Macht und Übermacht“ wurde ein Element zur ideellen Rechtfertigung der Herrenmoral der Unterdrücker ganz Europas. Die Auflösung des wissenschaftlichen Denkens, wie sie in Nietzsche ihren hervorragendsten Repräsentanten gefunden hatte, führte zu Oswald Spenglers Philosophie und immer abwegiger zur Verneinung der wissenschaftlichen und humanistischen Erklärung der Einheit der menschlichen Entwicklung. So kam es zur „biologischen Weltanschauung“, die nur noch mit mystischen Begriffen „Blut“, „Rasse“, „Symbol“, „Führeridee“ um sich warf und bereits vorbedacht den Nazizwecken diente. Gewiß hat nicht jeder SS-Offizier, wenn er sich später als „Herrenmensch“ bei der Erschießung, Vergasung und Verbrennung von „minderwertigen“ Slawen oder „vernegerten“ Franzosen fühlte, seinen Nietzsche im Tornister mitgeführt oder ihn in Gedanken zitiert, — aber Nietzsche hat in einer bestimmten Schicht deutscher Intellektueller die ästhetische Antimoral gesät und dadurch die Hemmungen dem Eindringen des SS-Geistes gegenüber brechen helfen.

Der Nazismus knüpfte wahllos an jede Geistesströmung in der deutschen Vergangenheit an, die zu ihrer Zeit eine ganz oder teilweise andere Bedeutung hatte, wenn sie nur in der Gegenwart dazu benützt werden konnte, die brutalnüchterne Zweckpolitik des Naziimperialismus zu verhüllen oder zu verklären. In diesem Sinne wurde er auch der Erbe der deutschen Romantik: zum preußischen Kadavergehorsam mußte

noch die romantische Verschiebung und Übersteigerung aller Lebensbegriffe gesellt werden, um ein Volk für die Eroberungspolitik zu mißbrauchen. Man mußte jede realistische Weltvorstellung zerstören, jede vernunftgemäße Betrachtung des eigenen Volkes und fremder Völker vernichten, um die Jugend für eine Philosophie des Todes zu gewinnen. War der Kriegstod idealistisch-romantisch zum eigentlichen Sinn des Lebens erhoben, so lag die Nichtachtung fremden Lebens nahe.

Der Nazismus griff bis in das Mittelalter zurück, um sich das primitivste Rezept zur Ablenkung von den wahren Schuldigen an den Nöten des Volkes zu holen. Bei Hungersnöten, Pest oder anderen Seuchen ließen damals die Herrschenden einige „Hexen“ verbrennen, an deren Hexentum man das Volk glauben ließ, oder man organisierte Pogrome gegen die Juden, denen man (wie in der Mitte des 14. Jahrhunderts) die Schuld zuschob. Hitler vereinte beide Methoden: seine „Hexe“ war der „internationale Jude“, der „an allem schuld“ sei. Er mußte verbrannt werden, nachdem sein Vermögen geplündert und in die Taschen der allergetreuesten Nazis und der Monopolherren gewandert war.

Der Nazismus war wohl der raffgierige Erbe alles Finsteren der deutschen Vergangenheit, aber vor allem anderen die erweiterte bestialisierte Fortsetzung der Eroberungspolitik des alldeutschen Imperialismus. Von ihm übernahm Hitler die Auflösung des Begriffes Nation mit festen Grenzen und setzte dafür den grenzenlosen „völkischen“ Begriff. Von ihm erbte Hitler den Plan und entwickelte ihn zu totalisierter Form: mit Hilfe der „Volksdeutschen“ als Fünfter Kolonne die andern Länder Europas von innen her zu unterminieren und sie sturmreif für die Aggression von außen zu machen. Wilhelm II. war der Emporkömmling Hitler gleich in der Sucht, selber die militärischen Operationen zu leiten; aber er wollte dabei eine so starke bonapartistisch-militaristische Selbstherrschaft entfalten, daß er keine der

„Schwächen“ Wilhelms zulassen brauchte. Das politische Eigengewicht der Nazipartei sollte durch den rapiden Aufstieg Görings und anderer Naziführer in die hauchdünne Oberschicht der Monopolherren wirtschaftlich gestützt werden.

Vom alldeutschen Imperialismus übernahm Hitler auch die Mißachtung der Freundschaft mit Rußland. Als Antwort auf die Frage: „Was würde Bismarck heute tun?“ prophezeite er in „Mein Kampf“: „Er würde sich bei seiner politischen Klugheit nie mit einem Staate verbinden, der dem Untergang geweiht ist.“ Als Hitler — nach dem zeitweiligen Sieg im Westen — das Land der sozialistischen Demokratie im Osten überfiel, da bestand dessen gesellschaftliches Regime seine höchste politisch-moralische Prüfung: in der Abwehr des vereinten Ansturmes der Armeen Hitlers und seiner Satelliten, die über die Kriegsproduktion der erbeuteten Industrie von Europa kommandierten. Als Hitler in Erfüllung seiner Prophezeiung zum erstenmal den Kampf gegen ein wirklich marxistisches Regime begann, da erwies sich, daß dieses zur Abwehr über stärkere Waffen als nur über sehr starke materielle verfügte. Die Überlegenheit der sozialistischen Moral weihte Hitler dem Untergang. Die eisige russische Erde bei Stalingrad wurde zum Grab seines ganzen Räubertraumes.

Friedrich II. war 1760 durch den zufälligen Tod der Zarin Elisabeth, der zur Spaltung der großen Koalition seiner Gegner führte, knapp vor der Katastrophe gerettet worden. Wilhelm II. fand 1918 keinen solchen Retter und stürzte in die Niederlage. Hitler, der 1942 schon seine Armeen bis zum Kaukasus und bis zum Nil vorgetrieben hatte, spekulierte bis zu seinem schmachvollen Ende vergeblich auf die politische Spaltung seiner Gegner. Er wurde mit seinen Fehlspekulationen zum Organisator des größten Debakels der Militärgeschichte. Er, der geschrieben: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“, führte es mit

nachtwandlerischer Sicherheit zur größten nationalen Katastrophe. Er wurde — auf deutschem Boden — „im Felde besiegt“.

Es bleibt nun im Gedächtnis der anderen Völker haften diese Szenerie aus Hitlers Höllenreich: Kinder in Hemdchen, halb entblößte Frauen, Männer in Unterhosen — Menschen, gelähmt von irrem Entsetzen — vor langen Gräben, in die sie dann fielen, hingemäht durch die Maschinengewehre der SS-„Spezialkommandos“. Die riesigen Verbrennungsöfen und düsteren Schloten der „Todesfabriken“, in denen Millionen Menschen in Asche verwandelt wurden. Die Gaskammern mit ihren eingebauten Gucklöchern, in denen Menschen unter wissenschaftlich exakter Kontrolle erstickt wurden. Die wie Holzscheite aufgestapelten dünnen Leichen der Verhungerten. Die Lagerhäuser voll von Kleidern und Schuhen der Opfer — und darunter die vielen ganz kleinen Kinderschuhe.

Es bleibt, daß die kalte Mordlust, die diese Methoden der Menschenvernichtung im Dienste eines tollgewordenen Imperialismus ersann, selbst noch die Verwertung der letzten Habseligkeiten der gemordeten Juden, Russen, Ukrainer, Polen, Franzosen und deutschen Antifaschisten genau berechnete.

Es bleibt: dreieinhalb Jahrtausende nach der Geburt der europäischen Zivilisation am Mittelmeer hat aller Siegeszug der menschlichen Erkenntnis nicht zu verhindern vermocht, daß solches möglich ward: der Kannibalismus mit modernster Technik, betrieben von moralisch degenerierten Nazis, die sich als Exekutoren im Namen der deutschen „Herrenrasse“ fühlten, — betrieben von Menschen, die aus dem gleichen Volk hervorgingen, das ein Goethe einst gelehrt, „Glück und Unglück anderer Völker wie sein eigenes zu empfinden.“

Maïdanek, Oswiecim, Mauthausen, Buchenwald, Belsen-Bergen, Dachau und die anderen Vernichtungslager ver-

schmelzen zu einem Bild, unauslöschar aus Deutschlands Geschichte.

Das Reich der Bestialität — aus dem Traum verbrecherischer Hirne vorübergehend zur Wirklichkeit auf deutscher Erde geworden — brach erst unter den Schlägen der Armeen eines demokratischen Weltbündnisses zusammen. Die Deutschen brachten nicht selbst die Kraft auf, es zu zertrümmern. Da nun Deutschland im Jahre 1945 verwüstet von allen Schrecknissen des Krieges darniederliegt, kann die Menschheit dennoch nicht darauf verzichten, daß das deutsche Volk auch von allen Furien des eigenen Gewissens befallen wird. Seine erste Tat muß sein, die ganze Wahrheit zu erfassen: die Wahrheit über gestern, die Wahrheit über heute.

„Licht! Mehr Licht!“ verlangte der sterbende Goethe — in seinem Hause in Weimar, wenige Kilometer entfernt von dem Gelände, auf dem sich nach einem Jahrhundert die Menschenverbrennungsöfen von Buchenwald erhoben. Es ist, als ob sich der ganze innere Widerspruch der deutschen Entwicklung auf diesem schmalen Raum in Thüringen zusammengedrängt hätte: die Felder und Wälder, in denen Goethe spazierte, verwandelt in eine Stätte der entseelten Menschenfeindlichkeit, des Alles-ist-erlaubt der Nazis. Es ist, als ob die letzten Worte Goethes gerade auf diesem Raum der deutschen Erde gesprochen werden mußten — ein Vermächtnis, das der Sterbende nicht ahnte.

IX

DIE VERANTWORTUNG DER DEUTSCHEN

Die Geschichte des deutschen Volkes ist die Geschichte eines durch Gewalt politisch rückständig gemachten Volkes. Aber jedes Volk, das den Anspruch erheben will, ein mündiges und selbstbestimmendes Volk zu sein, trägt die Verantwortung für seine eigene Geschichte und ihre falsche Entwicklung.

Durch ein halbes Jahrtausend — seit dem Städtekrieg, dem „Berliner Unwillen“ und den rebellischen Bauernhaufen des „Bundschuh“ — ziehen sich zwei Tendenzen durch Deutschlands Geschichte: das Bemühen reaktionärer Gewalthaber um die Behauptung ihrer Macht — und das Ringen fortschrittlicher Volksklassen um eine freie deutsche Nation. Wiederholt gelang es den reaktionären Kräften, aus der Bedrohung ihrer Herrschaft als Sieger hervorzugehen. Aber die demokratische und dann — sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts ablösend — die sozialistisch-demokratische Bewegung wurde in Deutschland nicht schwächer, sondern stärker. Da sie nach 1918 wieder versäumte, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, vermochte die verfaulteste und antinationalste Clique deutscher Imperialisten in der großen Krise von 1930/33 — aus der schärfsten Zuspitzung der inneren Gegensätze, als Deutschlands Geschick an einem Kreuzweg stand — wieder eine „Lösung“ durch reaktionäre Gewalt zu finden. Der Höhe des Einsatzes in dieser geschichtlichen Entscheidung entsprach es, daß nur doch ein Hitler, als die Inkarnation alles Bösen und Negierung alles Guten in der deutschen Vergangenheit, zum Retter der Reaktion berufen werden konnte.

Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß es an diesem Kreuzweg sich auf die falsche Bahn drängen ließ.

Die deutschen Bürger, Kleinbürger und Bauern, in denen noch die alte Saat des wilhelminischen Geistes wirkte, erhoben sich nie zum demokratischen Nationalstolz und zur Leidenschaft, die ihre Großväter 1848 auf die Barrikaden getrieben; sie wurden immer nur, mehr passiv als leidenschaftlich, die Beute nationalistischer Aufpeitschungen „gegen Versailles“. Ihre politische Unreife und Beschränktheit trugen die größte Schuld daran, daß die deutsche Nation zum zweitenmal in einem halben Jahrhundert von ihren imperialistischen Machthabern zur Angreifer- und Unterdrückernation gemacht werden konnte. Die Kleinbürger und Bauern, die in den althergebrachten Vorstellungen ihres Patriotismus gewohnt waren, die Interessen einer Oberschicht mit den Interessen der Nation und mit ihren eigenen Lebensinteressen zu verwechseln, ließen sich wieder von der tückischen Demagogie der Nazis irreführen. Sie waren bereits vor 1933 die Hauptstütze der Hitlerpartei. Weitere Millionen Menschen aus diesen Volksschichten, die 1932 der Lockung der Nazis noch widerstanden, gingen mit fliegenden Fahnen zu ihnen über, als Hitler „alles gelang“: in der Zeit der leichten Erfolge seiner Gewaltstreiche bis 1939 und seiner schnellen Siege in den ersten Kriegsjahren 1940/41.

Gerade die Deutschen dieser sozialen Herkunft ließen sich besonders willig zur „Gefolgschaft“ hinabdrücken, tief unter die Stufe der einstigen Untertanen der deutschen Fürsten. Sie zeigten den schwächsten inneren Widerstand gegen die Ansteckung durch den „Alles-ist-erlaubt“-Geist der Nazis. Selbst wenn sie eine Ahnung des Verhängnisses befiel, übten sie weiter ihr „unpolitisches“ Sichbeugen unter den Zwang auf allen Gebieten, bis zum Tode auf dem Schlachtfeld, mit der stumpfen Devise: „Was kann man schon dagegen machen? Man muß eben mitmachen.“ Sie folgten den phantastischen Träumen einer deutschen Weltherrschaft, verseucht mit den Irrlehren vom „fehlenden Lebensraum“ und vom „Recht der Herrennation“.

Aus dem gleichen Urgrund ihrer Anschauung zerfielen die typischen deutschen „Gebildeten“ (abgesehen von der Minderheit, die sich am Untergrundkampf gegen Hitler beteiligte oder ins Exil ging) in zwei Gruppen: die einen ließen sich — manchmal trotz eines nie lebendig erfaßten und streitbar vertretenen humanistischen Bildungsgutes — ideologisch vom Hitlerismus überwältigen; sie fühlten sich gerne als „Übermenschen“ à la Nietzsche, halfen Beethoven, Schiller und Fichte in Vorläufer des Nationalsozialismus umzufälschen — und stellten selbst ein erhebliches Kontingent unter den SS-Verbrechern mittlerer und unterer Grade. Die anderen waren und blieben, da sie nie ein selbständiges kritisches Bewußtsein in politischen Fragen entwickelt hatten, auch unter Hitler „unpolitische“, aber tüchtige und in ihrem Fach gründliche Diener seines Regimes („Deutsch sein, heißt gründlich sein“ — egal wofür). Oder soweit solche Intellektuelle ein lebendiges humanistisches Bewußtsein besaßen, zogen sie sich vor dem mörderisch waltenden Antihumanismus in ihr „Inneres Reich der Deutschen“ zurück, scheuten den politischen Widerstand und paßten sich dem Zwangsleben unter der Diktatur an. Dieses Fehlen demokratischen Geistes oder demokratischen Handelns bei den deutschen Intellektuellen war besonders ausgeprägt unter Universitätsprofessoren, Ärzten, Lehrern, Wissenschaftlern und Technikern. Es gab eigentlich nur eine hervorragende Ausnahme: die meisten deutschen Schriftsteller von hohem Rang erwiesen sich als entschieden antihitlerisch; viele wählten das Exil.

Durch die Haltung seiner Mehrheit konnte das deutsche Volk von 1933 bis 1939 allmählich in ein Instrument der Weltbedrohung verwandelt werden. Das deutsche Volk kann die Verantwortung dafür nicht ablehnen, daß Deutschland — mitten in der hochentwickelten Zivilisation des 20. Jahrhunderts — zum Hort der entmenschten Theorie und Praxis Hitlers wurde. Wenn die Deutschen von der Nazidiktatur

auch selbst mörderisch unterdrückt wurden, so waren sie im Jahre 1933 doch nicht mitten im Schlaf überfallene Opfer. Einige frühere Politiker der Weimarer Republik haben im Ausland versucht, das deutsche Volk einfach als ein Opfer Hitlers darzustellen. Das ist historisch falsch und dazu ein schlechter Dienst für das deutsche Volk, wenn es künftig als ein mündiges und demokratisch verantwortliches Volk denken und handeln lernen soll.

DIE MITVERANTWORTUNG DER DEUTSCHEN HITLERGEGNER

Tragen innerhalb des deutschen Volkes die Hauptschuld am Hitlerismus die Monopolherren und die Junker als seine Auftraggeber — und dann jene Bürger, die sich seit Bismarcks und Wilhelms Zeiten von jeder Hurrapolitik mißleiten ließen, so fällt dennoch auch den deutschen Hitlergegnern ihr Teil der Verantwortung zu für die Kapitulation ihres Volkes vor Hitler im Jahre 1933. Gerade weil die Hitlergegner damals stark waren, ist ihre Mitverantwortung so groß und so bedeutsam mit ihren Lehren für die Zukunft.

Nachdem Hitler bei allen Wahlen im Jahre 1932 nicht die Mehrheit der Deutschen gewinnen konnte, obwohl auf sie die gigantische, von den Trustherren finanzierte Propaganda der Nazis herniederging, fragte fassungslos die Welt: Warum hat die damals noch hitlerfeindliche größere Hälfte des deutschen Volkes sich nicht in den entscheidenden Monaten des Jahres 1932/33 geeinigt und erhoben, um sowohl Papen als auch Hitler durch eine demokratische Volksbewegung zu schlagen? Wie konnten die deutschen Antinazis — mit Ausnahme einer kampfbereiten Minderheit — es passiv hinnehmen, unter die Hitlerdiktatur zu geraten? Hätte damals das deutsche Volk nur aus Anhängern Hitlers bestanden, so wäre die Frage nach dem Ausbleiben eines starken Widerstandes müßig. Da aber die Deutschen selbst in

der reaktionär gefesselten Demokratie von Weimar bis zuletzt mächtige demokratische Volksorganisationen und ausreichende Möglichkeiten zur politischen Orientierung besaßen, resultiert aus dieser Frage, der begründete geschichtliche Vorwurf gegen alle Deutschen, die Hitler zu jener Zeit folgten oder ihn „herankommen“ ließen.

Die deutsche Demokratie konnte damals gerettet, im Kampfe erneuert und gestärkt werden, wenn sie nicht als ein Bündel von formalen „Spielregeln“ betrachtet worden wäre, sondern als ein im Volke verankerter Organismus, wie es der nordamerikanische Präsident Abraham Lincoln sein Volk gelehrt hat: durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk. Die deutsche Demokratie konnte gerettet werden, wenn sie verstanden hätte, ihren faschistischen Feinden mit der lebendigen Macht des Volkes entgegenzutreten.

Die Mitverantwortung der deutschen Antifaschisten besteht darin, daß sie es in den Jahren von Weimar nicht verstanden, das deutsche Erbübel an der Wurzel zu packen. Die deutschen Antifaschisten fühlten sich nicht in jeder ihrer politischen Taten als ebenso entschlossene wie kühne Fortsetzer aller freiheitlichen Traditionen ihres Volkes. Sie konstituierten nicht das deutsche Volk zur demokratischen Nation. So wurden sie nicht zu kraftvollen nationalen Führern des deutschen Volkes, um Hitlers Heranwachsen im Keime zu ersticken — und sie rafften sich auch dann noch nicht zur Höhe ihrer nationalen demokratischen Mission empor, als Hitler vor den Toren des Palais Hindenburg stand und Einlaß heischte.

Warum diese Mitverantwortung der deutschen Hitlergegner sich unter ihnen mit verschiedenem Gewicht verteilt, wurde im vorletzten Kapitel bereits dargestellt. Schwerer wiegt die Schuld der Führer der rechten Sozialdemokraten, der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei, die selbst „gemäßigten“ nationalistischen und imperialistischen Ideen anhängen und dadurch den Widerstand

gegen das Vordringen des Nazigiftes paralyisierten. Geringer ist die politische Schuld des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung, der, trotz seiner sektiererischen Fehler, jederzeit aufrichtig als Rufer zum Kampf auf Leben und Tod gegen die nahende Nazigefahr auftrat.

Die Erkenntnis der folgenschweren Versäumnisse von 1932/33 bedingt auch anzuerkennen, daß es um diese Zeit starke ungebrochene Kräfte der Demokratie in Deutschland gab. Nichts war unwiderruflich durch die Geschichte Deutschlands seit dem Bauernkrieg vorbestimmt. Der Hitlerismus mußte — trotz aller historischen und ideologischen Faktoren in der Entwicklung des deutschen Volkes, die ihm den Boden günstiger gemacht hatten — keineswegs „naturnotwendig“, keineswegs „unvermeidlich“ über die ebenfalls in Jahrzehnten herangewachsenen demokratischen Volkskräfte siegen. Die eigentliche Entscheidung zugunsten Hitlers fiel erst zwischen 1930 und 1933. In den Versäumnissen und Fehlern dieser drei Jahre liegt der Schwerpunkt der Mitverantwortung der deutschen Antifaschisten.

Aber da Hitler siegte, kann sich die deutsche Selbstkritik nicht mehr auf die Jahre vor und nach 1935 beschränken. Die Enthüllung aller reaktionären Elemente in der deutschen Geschichte, Literatur und Philosophie, die zu Wegbereitern für Hitler werden und seine Herrschaft begünstigen konnten, ist zur unabdingbaren Verpflichtung geworden. Die ganze verpfuschte Geschichte der deutschen Nation steht zur Kritik in dieser Selbstprüfung, die eine tiefe Selbstreinigung erstrebt.

DIE ROLLE DES DEMOKRATISCHEN BEWUSSTSEINS

Hätte das deutsche Bürgertum über eine demokratische Tradition verfügt, wäre in ihm das demokratische Bewußtsein ausgereifter gewesen, so hätte es vor und nach 1933 dem Hitlerismus stärkeren Widerstand entgegengesetzt. Das kann

als ein Axiom gelten. Es liegt uns aber fern, die Dinge zu vereinfachen. Eine ältere demokratische Tradition ist nicht an sich ein automatisch funktionierender Selbstschutz, der ein Volk davor bewahrt, in politische Fallgruben zu stolpern, die ihm reaktionäre oder gar nazifreundliche politische Gruppen seines eigenen Landes graben. Im Zeitalter des Monopolkapitalismus, der Intrigen einer internationalen Finanzoligarchie, ist die ständige demokratische Wachsamkeit der Völker ihre einzige Garantie.

In der Geschichte des großen Nachbarvolkes der Deutschen, der Franzosen, die in Europa die glanzvollste Tradition der bürgerlichen Revolution verkörpern, finden wir von Napoleon III. bis zur pazifistischen Massenpsychose bei der Münchner Kapitulation Daladiers vor Hitler im September 1938 und zur verwirrten Weltuntergangsstimmung im Sommer 1940, die Pétain und Laval zu nützen verstanden, Augenblicke der Lähmung, des Absturzes von ihrem eigenen Niveau. Aber die durch eigenen Kampf erworbene demokratische Tradition gab dem französischen Volk eine selbsttätigere spontanere Reaktionsfähigkeit. Alfred Rosenberg mochte im Jahre 1940 von der Tribüne der Deputiertenkammer im besiegten Paris höhnen, daß „die Ideen der großen französischen Revolution in den Mülleimer der Geschichte geworfen“ seien; sie waren es weder in der Welt noch im französischen Volk. Daß die Franzosen vor 150 Jahren die bürgerlichen Menschenrechte verkündet und sie erfolgreich gegen ihre Bonapartisten, Reaktionäre und Pseudo-Hitlers verteidigt hatten, lebte so stark in ihrem Bewußtsein, daß es den demokratischen Charakter ihres nationalen Befreiungskampfes prägte. Das demokratische Bewußtsein half ihnen zumindest, sich aus der Verwirrung von 1940 schneller zu erheben und ihre eigenen Taten der amerikanisch-englischen Hilfe von außen zuzugesellen.

Wir haben dargestellt, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland vor 1933 nicht schwach, daß die Arbeiterorgani-

sationen meist stärker waren als in den demokratischen Ländern des Westens. Es stand den deutschen Demokraten aber ein innerer Feind von ungewöhnlicher materieller Stärke gegenüber: der deutsche Imperialismus. Nazifiziert, ausgerüstet mit der vollen Potenz seiner Kriegsindustrie und seiner Militärtradition, mußte ein Sieg dieses Feindes zur Weltgefahr wachsen. Darum hatte es eine so viel schlimmere Bedeutung als etwa in Frankreich, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland ihre entscheidende Kampfstunde versäumte.

Zwölf Jahre konnte Hitlers totalitärer Gewaltapparat das ganze Leben der deutschen Nation mit unbarmherzigen Fesseln umspannen. Der Terror gegen das eigene Volk nahm in einem sehr erheblichen Umfang die Form einer terroristisch betriebenen Propaganda an, die — nach der furchtbaren Wirtschaftskrise — „Arbeit und Brot“ in der industriellen Kriegsvorbereitung als „deutschen Sozialismus“ präsentierte. Viele Arbeitslose von gestern verstanden nicht, daß diese Scheinblüte der deutschen Wirtschaft nichts anderes bedeuten konnte als die Ablösung der sechs Millionen deutscher Arbeitslosen von 1932 durch die sieben Millionen deutscher Kriegsoffer von 1939/45. Von der nazistischen Verseuchung erheblicher Teile des deutschen Volkes blieben deshalb bestimmte Schichten der Arbeiterklasse nicht verschont.

So fügte sich eine Kette von Ursachen zusammen — und ihre Folge war: das deutsche Volk besaß weder die Fähigkeit, den Hitlerkrieg zu verhindern, noch ihn schnell zu beenden. Das deutsche Volk ließ sich in den Krieg zur Vernichtung der Freiheit in der ganzen Welt treiben. Viele deutsche Arbeiter, die in der Sowjetunion das Land der sozialistischen Menschenrechte erblickt und es zu verteidigen gelobt hatten, bedeckten sich mit der Schmach der gefügigen Teilnahme am Kriege gegen dieses Land.

Die Deutschen haben in den letzten Jahrzehnten nicht auf einer Insel in der Südsee gelebt, unbeeinflusst von einer

fernen Welt. Man kann deshalb nicht von der Verantwortung der Deutschen sprechen, ohne die Rolle ihrer nahen Umwelt wenigstens zu streifen. Die Vorherrschaft einer reaktionär-kapitalistischen Interessenpolitik in England und Frankreich, den Siegerländern des ersten Weltkrieges, half die deutsche Reaktion nach 1918 zu galvanisieren. Die europäischen Westmächte sahen in der jungen Sowjetrepublik im Osten den Feind, gegen den sie ein Bollwerk in Gestalt der deutschen Republik zu schaffen glaubten. Deutschland wurde das Versuchsfeld vieler antibolschewistischer Intrigen, von denen die deutschen Trustherren und Junker politisch sehr viel profitierten. Baldwin und dann Chamberlain als Vertreter der englischen Tories sahen auch in Hitlerdeutschland ein förderungswürdiges Unternehmen, solange es sich mit der zweitrangigen Rolle eines Gendarmen gegen den Bolschewismus zu begnügen schien. Frankreichs Ministerpräsident Edouard Daladier träumte noch im Winter 1939/40 von einem Wiederaufleben der Politik der Münchener Konferenz gegen die Sowjetunion.

Diese Politik machte die Welt reif, einen Hitler zum räuberischen Beherrscher Europas aufsteigen zu lassen. Aber die Hilfe und die Sympathie internationaler Kartellherren und Münchener Politiker für Hitlers faschistisches „Experiment“ in Deutschland können in keiner Weise die Hauptverantwortung der Deutschen dafür abschwächen, daß sie in Deutschland eine Regierung notorischer Verbrecher sich etablieren ließen und ihr folgten. Die Völker Englands und Frankreichs mögen selbst die Lehren ziehen, um ihre Demokratie besser zu gestalten und zu schützen, — jedes Volk trägt seine eigene Verantwortung.

UND EIN LICHT LEUCHTETE IN DER FINSTERNIS

Der Kampf der deutschen Antifaschisten, der nach 1933 im Untergrund gegen die Hitlerdiktatur weiterging, war zu

schwach, um die mächtigste Terrororganisation der Welt zu Fall zu bringen. Das vermochten nur die Kriegsanstrengungen der demokratischen Welt in fast sechs Jahren. Doch die Männer und Frauen, unbekannt und ungenannt, die illegal seit 1933 kämpften, waren das Licht in der deutschen Düsternis. Es kann niemals vergessen werden, daß das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse zu einer Zeit, da die Regierungen Westeuropas noch geruhig dem Wüten der braunen Bestialität in Deutschland zuschauten, zahlreiche Helden des Untergrundkampfes hervorbrachte: Deutsche, die in den Folterkellern der Gestapo oder beim Gang auf das Schafott eine größere Charakterstärke und mehr Standhaftigkeit zu beweisen hatten, als je von einem Soldaten im Feuer der Schlacht gefordert werden kann.

Der Autor dieses Buches kennt aus sechsjähriger Mitarbeit an der deutschen Untergrundbewegung, teils im Inland, teils im nahen Ausland, die Leistungen und Opfer der illegalen Antifaschisten bis zum Ausbruch des Krieges. Wie viele Männer und Frauen, unter ihnen nicht wenig junge Menschen, harrten auf ihrem Posten aus, auf dem es sehr oft keine Ablösung geben konnte, — „Tote auf Urlaub“! Viele, die diesen schwersten aller Kämpfe auf sich nahmen, gingen schweigend in den Tod. In vielen Bezirken Deutschlands mußte sich zehnmals die Führung der Untergrundbewegung erneuern, weil die vorherigen Führer von der Gestapo zu Tode mißhandelt oder mit dem Beil enthauptet worden waren. Im Prozeß gegen 628 Wuppertaler Gewerkschafter, die im Jahre 1935 wegen illegaler Arbeit angeklagt waren, sagte der Kriegsverletzte Hoppe: „Ich habe im Trommelfeuer vor Verdun gelegen und habe die Schrecken des Krieges miterlebt, aber der Krieg war ein Kinderspiel gegenüber dem Grauen im Gestapokeller.“

Die Bestialität begann zuerst in Deutschland: gegen deutsche Antifaschisten und deutsche Juden. Die ersten Helden

des Krieges gegen die Bestialität waren Deutsche, deutsche Hitlergegner.

In diesen Menschen verkörperte sich in seiner reinsten und konzentriertesten Gestalt alles Gute, was deutsches Denken und deutsches Wesen in Jahrhunderten geboren. Die Erben des deutschen Humanismus schrieben illegale Zeitungen, starben für die Internationale der arbeitenden Menschheit und für eine neue demokratische Nation. Zehntausende von Liebknechts, Hunderttausende von Huttens büßten ihr: „Ich hab's gewagt“ mit dem Tod oder mit qualvoller Haft. Im ersten Weltkrieg wurden zwei deutsche Matrosen, Reichpietsch und Koebis, wegen Rebellion standrechtlich erschossen, — im zweiten Weltkrieg waren bis zum 30. November 1944 (nach einem geheimen Dokument der SS, aufgefunden in der Wohnung des Generals Reinecke in Berlin) 9513 deutsche Soldaten wegen rebellischer Einzeltaten fusiliert worden.

Nach der ganzen deutschen Entwicklung von 1848 bis 1933 mußte die Arbeiterbewegung, insbesondere ihr linker Flügel, den Kern der organisierten Untergrundbewegung während der zwölf Hitlerjahre bilden. Die Marxisten blieben — auch nach der Zersprengung und Atomisierung ihrer Bewegung, durch den wütenden Terror — geeint durch ihre Erkenntnis und Moral. In den deutschen Konzentrationslagern und Zuchthäusern bestanden sie die härteste aller Prüfungen, die Menschen, ob ihrer Überzeugung auferlegt werden kann. Ein Mann wie Ernst Thälmann, der elf Jahre schwieg und litt, bis er ermordet wurde, — ein solcher Mann, der noch in der Gewalt seiner Peiniger allein durch seine unbeugsame moralische Macht eine tödliche Gefahr für sie war, — er konnte es nur sein, weil er sich als einer von hunderttausenden Seinesgleichen fühlte, Nicht irgendwelche übermenschliche Eigenschaften, sondern echte Verbundenheit mit dem eigenen Volk, tief fundierte Erkenntnis und aus ihr geborene Moral schaffen solche Heldengestalten unseres

Jahrhunderts in allen Völkern — und schufen sie auch im deutschen Volke.

Millionen antinazistisch gesinnter Deutscher begnügten sich aber im Kämpfen und Sterben ihrer Besten mit winziger solidarischer Hilfe da und dort, mit geheimer Zustimmung — und schließlich, erschreckt durch die grausame Verfolgung, mit der passiven Selbsttröstung: „Ich bleibe bei meiner alten Gesinnung, aber man kann eben nichts anderes tun als abwarten.“ Sie begünstigten damit die Zersplitterung der illegalen Bewegung und ihre Isolierung vom eigenen Volke.

Die Gestapo konnte die demokratischen Kräfte zersprengen und unfähig zu größeren Aktionen machen, aber es gelang ihr nicht, sie auszurotten und die achtzigjährige marxistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung auszulöschen. Es erwachsen in allen Kreisen der deutschen Gesellschaft und in der Armee neue Hitlergegner, die Verbindungen zu den alten Hitlergegnern suchten und manchmal fanden. Man hörte im Nationalkomitee Freies Deutschland wieder die Stimme des nationalen Gewissens, wie man sie von Politikern und Offizieren nicht mehr seit den Tagen des Freiherrn vom Stein vernommen hatte. Es entstand etwas, was 1932/33 gefehlt hatte: eine moralische Kampfgemeinschaft von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu katholischen Pfarrern und konservativen Demokraten gegen die Diktatur der Unmoral und Unmenschlichkeit. Nach der bedingungslosen Kapitulation der Nazidiktatur trat der neue Bund der demokratischen Kräfte im deutschen Volk sichtbar hervor.

Vor der Geschichte zählen die Opfer und der Heroismus der deutschen Antifaschisten. Wenn jedoch die Kräfte der Zeit gewogen werden, dann zieht die Schale mit der politischen Schuld des deutschen Volkes so viel schwerer in die Tiefe. Die eigentliche Bedeutung der Kämpfer des deutschen Untergrunds, die die Ehre Deutschlands nicht zu retten vermochten, bestand darin, daß sie die Hoffnung auf die Zu-

kunft verkörperten. Ihr Kampf und ihre Opfer repräsentierten — trotz ihrer Zersplitterung — naturgemäß Millionen Deutscher von guter Gesinnung, die die potentielle demokratische Kraft darstellten für die Zeit nach Hitlers Sturz. Sie bürgten für die Möglichkeit der Erneuerung Deutschlands, wenn erst die eiserne Klammer des Terrors und der Lüge aufgesprengt sein würde.

NEUER AUSBLICK, NEUER BEGINN

Wer es vermag, den Blick über das Schaudern der jüngsten Vergangenheit hinweg zu erheben, wird den tiefen moralischen Sturz des deutschen Volkes in seinem geschichtlichen Zusammenhang erkennen — und auch die sozialen Kräfte, die ihn hauptsächlich verschuldeten. Völker wandeln sich, wenn sie langsam oder schnell sich ihrer Verantwortung für die Duldung eines schmachvollen Regimes bewußt werden. Völker wandeln sich, wenn das Bewußtsein der Verantwortung für das Vergangene sich steigert zum vollen Bewußtsein der Verantwortung für das Kommende, zu dem Willen der Selbsterneuerung.

Zwei große Staatsmänner der Vereinten Nationen — verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Auffassung über das Wesen der Demokratie — waren während des zweiten Weltkrieges einig in ihren Erklärungen darüber, daß die Forderung auf bedingungslose Kapitulation des nazistischen Verbrecherregimes nicht ausschließen, sondern gerade ermöglichen sollte, das deutsche Volk wieder in ein nützliches respektables Mitglied der europäischen Völkerfamilie zu verwandeln. Der nordamerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt zeichnete dazu als die Voraussetzung, daß „sich die Deutschen für immer befreien von dem Nazismus, dem preußischen Militarismus und der phantastischen verhängnisvollen Idee, daß die Deutschen eine Herrenrasse der Welt darstellen“. Das sagte Roosevelt Ende 1944. Generalis-

simus Joseph Stalin, der führende Staatsmann der Sowjetunion, legte fast zwei Jahre vorher seine unzerstörbare Auffassung dar: „Es wäre unsinnig, die Hitlerbande mit dem deutschen Volke und dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrung der Geschichte lehrt: Die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.“ Diese Worte prägte ein Marxist in einem Augenblick, in dem sein Volk keine andere Aufgabe kennen durfte, als die deutschen Eindringlinge vernichtend zu schlagen und zu verjagen — und dennoch verlor er auch mitten im Kampf auf Leben und Tod nicht seine abwägende geschichtliche Weitsicht.

Der Anschauung dieser beiden Staatsmänner, des bürgerlichen Demokraten und des sozialistischen Demokraten, lag die Erkenntnis zugrunde, daß der Fall des deutschen Volkes unter den Nazismus durch klar bestimmbare, reaktionäre Kreise herbeigeführt wurde — und nicht durch eine „nazistische Seele“ des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat so wenig die Aggression seit Tacitus' und der alten Germanen Zeiten „im Blute“ wie irgendein anderes Volk. Die Seele des deutschen Volkes wird nicht durch die Trustherren und Junker repräsentiert — und auch nicht durch die entmenschten Verbrecher, die sie sich dinge konnten. So wissen wir, daß die Verwirrung des Denkens und der Gefühle im deutschen Volke überwunden werden kann, nachdem „die Hitlers“ ihr verdientes Ende gefunden haben.

In der widerspruchreichen, unglücklich verlaufenen Geschichte Deutschlands sahen wir, daß es nicht an Bewegungen und mutigen Menschen fehlte, die sich erhoben, um das Joch der Kaiser, Könige, Fürsten, Junker, Trustherren und Nazidiktatoren zu brechen. Friedrich Engels schrieb in einer Rückschau auf den deutschen Bauernkrieg: „Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Aus-

dauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte; wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern.“ Die Dialektik der Geschichte brachte gerade in der Zeit der entfesselten Bestialität des deutschen Nazismus auch aus dem deutschen Volk große Charaktere und standhafte Menschen hervor, ebenbürtig den Renaissancegestalten der Hutten, Reuchlin, Sickingen und Münzer: der kriegsverstümmelte Graf Philipp Klaus Schenk von Stauffenberg, der ein Auge und einen Arm verloren, an der Seite seiner Kameraden in der patriotischen Offiziersverschwörung von 1944 zum Galgen geschleift; — Sophie Scholl, Eva Maria Buch und Lieselotte Hermann, junge Studentinnen, die unverzagt auf das Schafott stiegen; — Edgar André, der lebenslustige Kämpfer, der den Kopf unter das Beil legte, und der Held des deutschen Geistes Carl von Ossietzky, im Konzentrationslager zu Tode geschunden, dem der Friedens-Nobelpreis zur Märtyrerkrone wurde; — der kommunistische Transportarbeiter Ernst Thälmann und der sozialdemokratische Holzarbeiter Wilhelm Leuschner, jeder in seiner Art die Überzeugungstreue der deutschen Arbeiterbewegung noch in seinem Sterben verkörpernd.

Das Buch über jene Zehntausende, die wie sie litten und fielen, wird noch geschrieben werden. Die Frauen und Männer kamen aus dem deutschen Volke, dem auch der despotische Fridericus, der „eiserne“ Bismarck, der verstiegene Kaiser Wilhelm II. und zu unserer Zeit solche Ausgeburten des Menschengeschlechts wie Hitler, Himmler, Göring, Goebbels und ihre Banden entstammten. Alle Fragen, die die deutsche Geschichte aufwirft, resultierten aus dem ungelösten Widerspruch dieser inneren Kräfte des deutschen Volkes.

Das Unheil für Deutschland bestand bis in die Gegenwart nicht darin, daß es in ihm an mutigen Kämpfern für den

Fortschritt, Gestalten echten Humanismus, Meistern der Kultur gefehlt hat. Es zog bisher wie ein Erbfeind durch die deutsche Geschichte, daß in ihr das Volk niemals — wie die Engländer unter Cromwell und die Franzosen unter Robespierre — dem Alten, Bedrückenden, Überlebten den Kopf abschlug. In den beiden Revolutionen von 1848 und 1918 vermochten die Deutschen nicht, ihre demokratischen Kräfte so zu vereinheitlichen und zu konzentrieren, daß sie die demokratische Revolution zu Ende führten. Dieser Mangel an Konsequenz und die Kapitulation des deutschen Bürgertums vor der Reaktion, aus Furcht vor der Arbeiterbewegung, wurden in der Vergangenheit stets tödlich für die deutsche Demokratie. Nicht wenige Deutsche hatten es gut verstanden, für die Freiheit zu sterben, — doch sie hatten es noch nicht erlernt, im Kampfe für die Freiheit zu siegen wie andere Völker.

Die deutsche Nation steht nun vor der Aufgabe, ihren langen Weg des Irrtums und des Verhängnisses zu verlassen. Sie ist in eine nationale Katastrophe gestürzt, wie Deutschland sie seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht erlebt hat. Aber die Umstände, Folgen und Rettungsmöglichkeiten sind ganz andere als vor dreihundert Jahren, denn das menschliche Wissen hat in dieser Zeit trotz allem einen riesigen Sprung vorwärts getan. Heute glauben nur noch ein paar reaktionäre Narren, daß man Deutschland wieder in Hunderte von kleinen Fürstentümern und Grafschaften auflösen könne; die nationale Einheit des deutschen Staates ist anerkannt. Viel schlimmer als die Zerstörung, die die Nazis in ganz Deutschland hinterließen (nicht „Pommerland“, Magdeburg und einige andere Städte allein sind abgebrannt, wie im Dreißigjährigen Krieg), ist die moralische Demütigung des deutschen Volkes vor dem eigenen Gewissen und vor allen Völkern. Das Besondere an der Lage nach dem zweiten Weltkrieg ist jedoch, daß die demokratischen Völker der Welt ihre Opfer brachten, um auch das deutsche

Volk aus seiner schwersten Verwirrung und Schuld zu seiner eigenen Befreiung zu führen. So kann jetzt die eigene Tat der Deutschen zum Prüfstein werden, ob sich die nationale Katastrophe als ein wirklicher Lehrmeister für sie erweist.

Die Deutschen müssen wiedergutmachen, was deutsche Hände verbrachen. Ohne diesen ersten und ehernen Grundsatz kann es keine moralische Erneuerung des deutschen Volkes geben. Es handelt sich nicht um Rache, nicht um biblische Schuld und Sühne, sondern — neben der materiellen Hilfe für die ausgeplünderten Völker Europas — um die Hinführung der Deutschen zu ihrem besseren Selbst, um die Voraussetzung aller Umerziehung. Denn die Vernichtung der Naziverbrecher ist nur ein Teil der deutschen Selbstreinigung.

Unter den eigenartigen Verhältnissen einer jahrelangen Besetzung durch die Armeen der Vereinten Nationen muß sich die deutsche Nation an Haupt und Gliedern erneuern. Das bedeutet, daß sie die dringendsten Lehren ihrer Geschichte im neuen Handeln realisiert und die demokratische Umwälzung von 1848 und 1918 nunmehr in einem Anlauf zu Ende führt. Die Aufteilung der Junkergüter unter kleinen Bauern und die völlige Beseitigung der imperialistischen Kapitalsmonopole in Deutschland wird — auch ohne Barrikaden — die Vollendung einer demokratischen Revolution, der Vollzug einer historischen Notwendigkeit sein. Durch solche tiefen Eingriffe in die frühere Struktur Deutschlands wird das Gesicht der Nation verändert.

Durch dieses Tun wird ein gesunder Boden für die Erneuerung der deutschen Kultur bereitet: aus dem Reinsten der Vergangenheit, aus dem Besten der Gegenwart. Die erzieherische Mühe — nach der Befreiung der Erziehung aus ihren militärischen Fesseln — wird nicht gering sein, bis die Spuren der zwölf Jahre und des falschen politischen Erbes aus den Köpfen besonders junger Menschen gelöscht sein

werden. Einer demokratischen deutschen Literatur der Gegenwart wird die große nationale Aufgabe gestellt sein, zu helfen: die deutsche Realität endlich in den deutschen Köpfen bewußt zu machen, das deutsche Gefühl humanistisch zu lenken — im Glauben an die unerschöpfliche, sich auch aus der schwersten Krankheit regenerierende Kraft des Volkes.

Die Bemühungen Johann Gottfried Herders und Goethes um die Kultur der osteuropäischen Völker, Alexander von Humboldts um den Nachweis der Gleichheit der Rassen, Gotthold Ephraim Lessings um das Lernen aus der englischen Literatur, Heinrich Heines um eine Brücke zum französischen Geist und manches mehr, vereinigt mit dem Internationalismus von Karl Marx und Friedrich Engels — das ist die Vergangenheit, die im deutschen Volke wieder zu erwecken ist. Soll sie lebendig werden, so müssen die Deutschen gerade zu den Völkern Osteuropas, die Hitler als „minderwertig“ zur Ausrottung verurteilte, in ein neues Verhältnis ohne Rassenüberheblichkeit treten — und die tiefste politische Wandlung eines Jahrhunderts verstehen, die sich darin ausdrückt, daß Fichtes Gedanke von der „Gleichheit alles dessen, was ein Menschengesicht trägt“, zur realen Grundlage des Lebens in der Sowjetunion geworden war, als Deutschland sich einem Hitler gab.

Die deutsche Arbeiterklasse, die nach ihrer ganzen Vorgeschichte auch die fortschrittlichste Kraft eines demokratischen Deutschlands zu sein berufen ist, wird mit dem „alten theoretisch-rücksichtslosen Geist“ in der Selbstkritik weit zurückgreifen müssen. Sie wird dabei keine der falschen und feindlichen Ideologien bis in die Zeit von Marx und Lassalle vergessen, die zum Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung in acht Jahrzehnten ausschlugen. Die Fahne des Sozialismus, den Händen Gemordeter entsunken, wurde, wie vor 450 Jahren, als Joß Fritz auf bloßem Leib die „Bundschuh“-Fahne durch die Zeit der Niederlage rettete,

von deutschen Arbeitern durch die Hitlerjahre bewahrt und gerettet. Es fanden sich am Ende der schmachvollsten Zeit der deutschen Geschichte — wie konnte es anders sein? — viele Deutsche, die ihrer marxistischen Erkenntnis treu geblieben waren.

Wie die Demokratie in jedem Lande durch die Besonderheiten seiner nationalen Entwicklung geformt wurde, so wird auch die künftige deutsche Demokratie durch sie bestimmt werden. Die alles überragende Aufgabe für das deutsche Volk besteht darin, die sozialen Träger der Aggression für immer aus dem Leben der Nation zu beseitigen. Die neue deutsche Demokratie wird antiimperialistisch sein. Anders als der Staat von Weimar wird sie im Volke verankert sein: in der sozialistischen Arbeiterbewegung, die den demokratischen Kampf gegen das Preußentum und den Wilhelminismus geführt hat, und in den anderen demokratisch-humanistischen Parteien und Organisationen, denen der Hitlerismus zu einer unvergeßlichen Warnung wurde. Anders als nach 1918 wird eine solche „Republik mit Republikanern“, ein deutscher Volksstaat, sich durch keinerlei Intrigen von außen in neue imperialistische Spekulationen und Abenteuer treiben lassen. Das Land der Mitte in Europa — befreit von der Knechtseligkeit im Innern und der Überheblichkeit nach außen — wird aufrichtig dahin streben können, ein friedlicher Mittler in Kultur und Handel zwischen Ost und West zu sein. Es hängt in den nächsten Jahren viel davon ab, ob alle Regierungen der Vereinten Nationen diese entschiedene demokratische Entwicklung in Deutschland fördern werden — und damit den Sinn des zweiten Weltkrieges: die Zerstörung des mörderischen Nazismus und des aggressiven deutschen Imperialismus, auch in ihrer Friedenspolitik bekräftigen.

Am Ende des Krieges haben die Staatsmänner der Vereinten Nationen, im Potsdam der Preußenkönige, dem deutschen Volke den Rückweg zu einem tätigen Leben in der

Gemeinschaft der Völker gezeigt. Nach dem Ungeheuerlichen, das durch deutsche Hände geschah, kann es nur ein harter Weg sein. Doch, in unserem „Jahrhundert des gemeinen Mannes“ weiß man genau — besonders seit der Wirtschaftskrise von 1930/33, aus der Hitlers Aufstieg erwuchs —, daß eine Freiheit ohne Brot von keinem Volke als eine wahre Freiheit empfunden werden kann. Die Möglichkeit zum Leben auch einer deutschen Demokratie zu sichern, gehört deshalb zur überlegten Stärkung des Friedens und der demokratischen Freiheit der Welt. Aber vor allem müssen die Deutschen selbst durch ihre Taten den anderen Völkern zu erkennen geben, daß sie ein zu demokratischem Bewußtsein erwachtes Volk geworden sind. Die letzte Sicherung gegen eine Auferstehung des deutschen Imperialismus kann nur das Werk der Deutschen selbst sein.

Die deutsche Nation muß ihre Geschichte neu erkennen, mitleidslos gegen sich selbst, um alles Finstere der Vergangenheit, das wie ein Alp die freie Regung jeder Generation bedrückte, zu vertreiben. Und entscheidend ist, daß die deutsche Nation lernt, auf neue Art geschichtlich zu handeln. Die eigene Erkenntnis, die eigene Selbsttätigkeit brauchen die Deutschen, um die Lehren ihrer Geschichte zu begreifen und zu erfüllen. Etwas grundlegend Neues tun — das ist die stärkste Triebkraft zur Umerziehung eines Volkes, zu seiner inneren Wandlung.

INHALT

	Seite
EINLEITUNG	5
I. UNVOLLENDETE GESTALT EINER NATION ...	7
Die innere Zerrissenheit — Mönchischer Wunderglaube und geschlagene Städte — „In Tyrannos“ — Der „Totengräber der deutschen Freiheit“	
II. DAS WESEN DES PREUSSENTUMS	30
„Gen Ostland wollen wir reiten!“ — Der Staat der Junker — Preußen gegen Deutschland	
III. ZWEI VERSUCHE DEUTSCHER FREIHEIT	63
Die Männer um Stein — Das Zwischenspiel Metternich — Barrikaden für eine deutsche Demokratie	
IV. DIE LEGENDE VOM „PREUSSISCHEN SOZIALISMUS“	105
Fridericus Rex, „preußischer Sozialist“ und Aggressor — Bismarck, Retter und Diktator — Erben des preußischen Antisozialismus	
V. DAS „INNERE REICH“ DER DEUTSCHEN	132
Geist und Staat — „Edel sei der Mensch“ — Der Sturm auf den Himmel — Welt und Traum — Die Erkenntnisse auf der Erde — Der Feind im „Inneren Reich“	
VI. ZWEIMAL DEUTSCHER IMPERIALISMUS	163
Bismarcks Mäßigung und Schuld — Wilhelm II. und die Alldeutschen — Der wilhelminische Geist und seine Saat — Auf der Suche nach dem neuen Plan — Die Verschwörung im Stahlhaus	
VII. WEGE, DIE NICHT ZU HITLER FÜHREN MUSSTEN	204
Das Vorspiel zwischen Marx und Lassalle — Ansturm gegen die wilhelminische Gewalt — Ein geschichtlicher Absturz — Karl Liebknecht, Held und Opfer — Eine verlorene Chance	
VIII. HITLER, TRAUM UND WIRKLICHKEIT DER BESTIALITÄT	244
IX. DIE VERANTWORTUNG DER DEUTSCHEN ...	252
Die Mitverantwortung der deutschen Hitlergegner — Die Rolle des demokratischen Bewußtseins — Und ein Licht leuchtete in der Finsternis — Neuer Ausblick, neuer Beginn	

GEORG REHBERG

HITLER UND DIE NSDAP IN WORT UND TAT

S W A - V E R L A G

BERLIN 1946

Einleitung.

Hitler war 12 Jahre und 3 Monate an der Macht.

Was hat nun dem deutschen Volke der Mann gebracht, den es für seinen Führer hielt?

Millionen Deutsche sind an den Fronten gefallen oder im Kampf zu Krüppeln geschossen worden; Hunderttausende Deutsche fanden im Hinterland den Tod oder wurden zu Krüppeln. Millionen vernichteter Existenzen, Millionen Waisen und Witwen, Menschen ohne Heim, Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder mit zerrütteter Gesundheit; auseinandergerissene Familien; eine verfallene Moral, zerstörte Städte, das ist der Nachlaß Hitlers. Und zu all dem kommt der glühende Haß der anderen Völker gegen die Deutschen, hervorgerufen durch die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der deutschen Behörden in den Ländern und Gebieten, in denen sie hausten. Dazu das Erbe einer völlig zerstörten Wirtschaft, die Folge der sinnlosen Weiterführung des Krieges durch Hitler, selbst dann, als schon jede Aussicht den Krieg siegreich zu beenden verschwunden war.

Wieso ist das nun alles gekommen? Sind alle diese Leiden infolge verhängnisvoller Schicksalsfügungen über das deutsche Volk gekommen, oder aber sind sie — wie das tatsächlich der Fall ist — die Folge der verbrecherischen, abenteuerlichen Politik Hitlers, der Nazipartei und des deutschen Imperialismus, der sie großgepäpelt hat?

Wer ist Hitler in Wirklichkeit? Ist er der „große Führer“ des deutschen Volkes, der, entgegen all seinen Bemühungen, einen Mißerfolg erlitt, oder aber ein Verbrecher und Abenteurer größten Stils, Kettenhund der deutschen Plutokraten und Großgrundbesitzer, deren Eroberungspolitik er in die Tat umsetzte?

Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau muß eine klare Antwort auf diese Fragen finden. Das ist notwendig, nicht nur um die Vergangenheit verstehen zu können, sondern damit das deutsche Volk wenigstens jetzt, nach dem Hereinbrechen der furchtbaren Katastrophe, endlich den richtigen Weg zur wirtschaftlichen, politischen und moralischen Erneuerung finde.

Diese Broschüre stellt sich die Aufgabe, dem deutschen Volk die wichtigsten Tatsachen der Nazipolitik in Erinnerung zu bringen, damit es selbst die richtige Antwort auf die oben gestellten Fragen, die von größter Wichtigkeit sind, geben kann. Nur wenn das deutsche Volk die notwendigen Lehren aus der Vergangenheit zieht, wird es imstande sein, sich aus dem Abgrund emporzuarbeiten, in den es Hitler gestürzt hat; nur dann wird es die Nazis und deren Helfershelfer entlarven und unschädlich machen können, wie sehr auch diese schlimmsten Feinde des deutschen Volkes und der Menschheit bemüht sein mögen, unterzutauchen oder unter den verschiedensten Masken ihr Unwesen weiter zu treiben.

Als nach der militärischen Zerschmetterung und bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ein englischer Journalist den ehemaligen Hitlerminister Graf Schwerin von Krosigk fragte, warum die Nazipartei den bereits verlorenen Krieg noch so lange weitergeführt habe, runzelte der Graf die Brauen und antwortete, es falle ihm schwer, über die Gegenwart zu sprechen, noch schwerer, etwas über die Zukunft zu sagen, und die Vergangenheit zu erwähnen sei ihm überhaupt unmöglich.

Es ist nicht schwer zu erraten, warum die ehemaligen Minister und Generale Hitlers nicht über die Vergangenheit sprechen wollen und können, und natürlich ebensowenig über die Gegenwart und Zukunft. Ist doch die Vergangenheit eine einzige Kette von Verbrechen, die jeder dieser ehemaligen Minister und Generale begangen hat; sind doch die furchtbare Gegenwart und die mühevoll und entbehrungsreiche Zukunft des deutschen Volkes nichts anderes als die Folgen dieser Verbrechen.

Doch das deutsche Volk kann nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken. Es muß sich die Vergangenheit vor Augen halten, so entsetzlich sie auch war, um zur

Gänze das Geschehene zu begreifen. Die Ausfindigmachung der wahren Schuldigen an seinem Leiden, die Erkenntnis der eigenen Schuld und Verantwortung und die Feststellung, was zu tun ist, um die furchtbaren Wunden zu heilen, die die Hitlerherrschaft und der Hitlerkrieg den anderen Völkern und dem deutschen Volk selbst zugefügt haben — soweit diese Wunden überhaupt geheilt werden können, die Rückkehr zum einzig richtigen Weg friedlicher Arbeit und friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern — das ist die dringliche Aufgabe, deren Lösung das deutsche Volk unverzüglich in Angriff nehmen muß.

Erinnern wir uns also daran, was Hitler den verschiedenen Schichten der Bevölkerung und dem ganzen deutschen Volke versprochen hat und was er ihnen brachte.

Was Hitler den deutschen Arbeitern versprochen hat.

Die Arbeiter und ihre Familien stellen die Mehrheit des deutschen Volkes dar. Nach der Volkszählung des Jahres 1939 waren 53,6 v. H. der selbständigen Bevölkerung Deutschlands im Rahmen der alten Grenzen Arbeiter und 20,4 v. H. Angestellte. Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bildete das Proletariat die hauptsächlichste Produktionskraft in der Volkswirtschaft Deutschlands. Darum entwickelte Hitler eine bis dahin nie gekannte soziale Demagogie und bemühte sich besonders, die Arbeiter auf seine Seite zu ziehen. Im Programm der NSDAP, welches am 25. 2. 1920 angenommen wurde, versprach Hitler den deutschen Arbeitern:

7. . . . Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. . .

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

Formell war dieses Programm der Nazis die ganze Zeit über in Kraft. Am 22. Mai 1926 hatte die Generalversamm-

lung der Mitglieder der NSDAP beschlossen: „Dieses Programm ist unveränderlich.“

Die Nazis erklärten den Arbeitern: „Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß unser nationaler Sozialismus das Vorrecht des Besitzes bricht und die Befreiung der deutschen Arbeiter sich auch erstrecken soll auf Anteil am Besitz und Anteil an der Leitung.“

Hitler versprach den deutschen Arbeitern, in Deutschland den „deutschen Sozialismus“ und eine „soziale Gerechtigkeit“ zu errichten.

Was Hitler den deutschen Arbeitern brachte.

Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch Vorbereitung zum Krieg.

Die Nazis haben wiederholt damit geprahlt, daß Hitler das Versprechen, die Erwerbslosigkeit in Deutschland zu beseitigen, erfüllt hat. Auf welche Weise aber geschah diese Beseitigung der Erwerbslosigkeit? Zunächst muß man hier anführen, daß die deutsche Wirtschaft, als Hitler zur Macht kam, den Tiefpunkt der damaligen Wirtschaftskrise bereits überstanden hatte, und daß sich in Deutschland, wie auch in einer Reihe anderer europäischer und überseeischer Staaten, eine wirtschaftliche Belebung bemerkbar zu machen begann. Die Hauptursache, die in den folgenden Jahren zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit in Deutschland führte, lag jedoch darin, daß die Hitler-Regierung im Interesse der deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer ein gewaltiges Rüstungsprogramm in die Tat umsetzte, dessen Ziel die Verwirklichung des verbrecherischen und abenteuerlichen Planes war, Europa und danach die ganze Welt zu unterwerfen und die Völker der eroberten Länder in Sklaven Deutschlands zu verwandeln. Zur Vorbereitung dieses Krieges setzte Hitler die deutschen Arbeitslosen ein.

Eine der Maßnahmen, die zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit durchgeführt wurden, war die sogenannte „Arbeitsdienstpflicht“. Eingeführt wurde die Arbeitsdienstpflicht auf der Grundlage scheinbarer „Freiwilligkeit“. Vom 26. Juni

1935 ab wurde sie für männliche und weibliche Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren obligatorisch. Außer der Verpflegung erhielten die zum Arbeitsdienst Eingezogenen, wie bekannt, nur ein geringfügiges Taschengeld. Die Zahl der Arbeitsdienstpflichtigen, die von Hitler gezwungen wurden, ihre Arbeitskraft fast unentgeltlich herzugeben, wuchs ununterbrochen. In den Jahren 1935/36 waren 200 000 junge Männer zum Arbeitsdienst eingezogen, im Frühjahr 1939 bereits 380 000. Von 1933 bis Ende 1939 gingen 2,8 Millionen Menschen durch die Arbeitsdienstlager, darunter mehr als 2,5 Millionen junge Männer und 300 000 Mädchen. Diese ganze Masse von Jugendlichen wurde im wesentlichen bei Arbeiten zur Vorbereitung des Krieges eingesetzt, in der OT, beim Bau des Westwalls, bei der Errichtung von Militärflugplätzen, Rollbahnen, in den Hermann Göring-Werken und anderen Rüstungsbetrieben.

Zehntausende Jugendliche wurden von den Nazis als Landarbeiter zu den Großgrundbesitzern und reichen Bauern geschickt, wobei diese obendrein noch aus Staatsmitteln Zuschüsse für den Unterhalt der Arbeiter erhielten.

Die Jugend, die zum Arbeitsdienst eingezogen wurde, machte dort militärische Übungen durch, die einen immer größeren Teil ihrer Zeit einnahmen. Alle diese, offensichtlich der Vorbereitung des Krieges dienenden Maßnahmen, hinderten die Nazis nicht, den Arbeitsdienst als eine — mit Verlaub geagt — „sozialistische“ Maßnahme hinzustellen. Das zeigt aber auch, welche niedrige Meinung die Naziführer vom gesunden Menschenverstand der deutschen Arbeiter hatten und mit welcher Frechheit sie, ohne eine Entlarvung fürchten zu müssen, auftreten konnten, wenn sie selbst die zwangsweise, unentgeltliche Arbeit von Millionen Jungarbeitern im Dienste der Vorbereitung des Eroberungskrieges als „Sozialismus“ bezeichnen konnten.

Trotz der Arbeitsdienstpflicht, trotz der im Jahre 1935 eingeführten allgemeinen Wehrpflicht und trotz des Anwachsens der Rüstungsindustrie wurde jedoch die Erwerbslosigkeit durchaus nicht sofort und mit einem Schlage beseitigt. Selbst den verlogenen offiziellen deutschen Angaben zufolge gab es im Herbst 1935 noch 1 710 000 Arbeitslose, im Herbst 1937 noch 469 000. Selbst das offizielle nazistische Handbuch „Tatsachen und Zahlen über Deutschland“ für

das Jahr 1941 mußte zugeben: „Wenn die Erwerbslosigkeit so rasch liquidiert werden konnte, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß, beginnend mit dem Jahre 1935, das Gesicht der deutschen Wirtschaft immer mehr durch die Rüstungsproduktion bestimmt wurde . . .“

Die Erwerbslosigkeit wurde somit erst 5 bis 6 Jahre nach Hitlers Machtantritt beseitigt, und auch dann nur für den Preis der Dienstbarmachung der gesamten deutschen Wirtschaft zur Vorbereitung des räuberischen und für das deutsche Volk so verhängnisvollen Hitlerkrieges.

Es konnte den deutschen Arbeitern und Angestellten natürlich nicht verborgen bleiben, daß die Erweiterung der alten Betriebe und der Bau von neuen nur ein Ziel verfolgte: die Steigerung der Rüstungsproduktion. Die Nazis waren bestrebt, die Arbeiter der wichtigsten Rüstungsbetriebe durch relativ höhere Löhne und gewisse Begünstigungen für sich und ihre Pläne zu kaufen. Um Rohstoffe für die Rüstungsindustrie einzuführen, schränkten die Nazis bewußt die Einfuhr von Lebensmitteln ein, was seinerseits zu einer Verteuerung der Lebensmittel führte. Als die Arbeiter und ihre Frauen sich dann über das Anwachsen der Teuerung beklagten, erklärten die Nazis diese damit, daß . . . Deutschland keine Kolonien habe und solche erst erobern müsse. So nützten sie einen von ihnen selbst verursachten Notstand, um in verstärktem Maße ihre räuberischen Ziele zu propagieren. Weiter versicherten die Nazis den Arbeitern, daß es Deutschland um so sicherer gelingen werde, den Frieden zu erhalten, je besser es gerüstet sei, denn die anderen Staaten würden nicht wagen, einem starken Deutschland den Krieg zu erklären. Die fieberhafte Aufrüstung Deutschlands führten die Naziführer unter der gleichzeitigen öffentlichen Erklärung durch, daß sie nur auf die Erhaltung des Friedens bedacht seien.

Von der nazistischen Propaganda irreführt, durch die Beseitigung der Erwerbslosigkeit von den ärgsten Nöten befreit, verschloß ein Teil des Proletariates Deutschlands die Augen und gab sich nicht Rechenschaft von dem eigentlichen Sinn und Zweck des Nationalsozialismus, über die Methoden, mit denen die Nazis dies erreicht hatten und auch nicht darüber, wohin sie das Land führten.

Die Beseitigung der Erwerbslosigkeit in Deutschland hätte auch auf einen anderen Wege als dem der Ankurbelung der Rüstungsindustrie erreicht werden können; durch breite Entfaltung der öffentlichen Arbeiten, des Wohnungsbaues, durch Erweiterung der Produktion von Massengebrauchsgegenständen, durch Maßnahmen zur Erhöhung des Bodenertrages usw., wie dies lange vor dem Machtantritt Hitlers die KPD gefordert hatte.

Die Durchführung eines solchen wirklich auf die Erhaltung des Friedens abgestimmten Programms hätte nur gegen den Willen der Kapitalmagnaten, und nur durch eine wahrhaftige Volksregierung verwirklicht werden können, durch eine Volksregierung, die das Wirtschaftsleben des Landes im Interesse des Volkes geleitet und die Erhaltung des Friedens gewährleistet hätte.

Beispiel eines Landes, in dem die Erwerbslosigkeit auf dem Wege friedlicher Entwicklung vollkommen beseitigt wurde, ist die Sowjetunion.

In der UdSSR ist die Erwerbslosigkeit bereits seit 1930 für immer beseitigt. Das war möglich, weil die Sowjetregierung im Interesse des Volkes ein gewaltiges Aufbauprogramm auf dem Gebiete der Industrie, der Landwirtschaft, des Transportwesens, des Wohnungsbaues, der Volksgesundheit, der Volksaufklärung und der Kunst durchgeführt hat. Allein in den 10 Jahren von 1929 bis 1938 betrugen die Kapitalinvestierungen des Staates auf allen Gebieten der Volkswirtschaft der UdSSR 223 Milliarden Rubel, das sind mehr als 475 Milliarden RM, wovon mehr als 20 Prozent auf den kulturellen Aufbau entfallen. („Sozialistischer Aufbau der Sowjetunion“ 1933—38, Bd. 1, Seite 113). Unter der Sowjetmacht sind tausende Fabriken, Dutzende Großstädte neu erstanden, zehntausende Kilometer Eisenbahnstrecken wurden gelegt, eine mächtige Zivilluftflotte erstand, hunderttausende Traktoren und andere in höchstem Maße vervollkommnete landwirtschaftliche Maschinen wurden hergestellt und der Landwirtschaft übergeben, tausende Entbindungsheime, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Sanatorien, Klubhäuser, Theater, Kulturpaläste und Stadien wurden gebaut. Die Sowjetregierung hat die Arbeitslosigkeit im Lande für immer beseitigt, und zwar nicht durch Vorbereitung zum Krieg, sondern durch die Entfaltung des

friedlichen Aufbaus und Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Massen. Gleichzeitig hat sie unausgesetzt die Wehrfähigkeit der UdSSR verstärkt, damit die Rote Armee jeden Feind zerschmettern könne, der ihre sozialistische Heimat überfallen sollte.

Die Ausplünderung der Arbeiter unter dem Mäntelchen der Sozialversicherung.

Eine der dreiesten Methoden der Ausplünderung der Arbeiter war die hitlersche Gesetzgebung über die „Erwerbslosenversicherung“. Je weniger Erwerbslose es gab, desto mehr zogen die Nazibehörden den Arbeitern für diese „Versicherung“ ab.

In den Jahren 1934 bis 1937 betrug die Summe der Versicherungsbeiträge 1 480 Millionen RM pro Jahr. Von 1938 bis 1941 stieg sie auf mehr als das Anderthalbfache und erreichte 2,3 Milliarden RM pro Jahr. 1942, als es in Deutschland nicht nur keine Erwerbslosen mehr gab, sondern bereits Millionen ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangene arbeiteten und ein ständig wachsender Mangel an Arbeitskräften sich geltend machte, stahl Hitler den deutschen Arbeitern dessen ungeachtet 2,7 Milliarden RM für „Arbeitslosenversicherung“.

Die furchtloseren unter den Arbeitern stellten von Zeit zu Zeit die Frage: „Für wen zahlen wir eigentlich Erwerbslosenbeiträge, da es doch keine Erwerbslosen mehr gibt?“ Statt einer Antwort verhafteten die Nazis diese Arbeiter und warfen sie in die Konzentrationslager. Nach Kriegsbeginn erklärten die Nazis mit dem ihnen eigenen Zynismus, daß die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeiten militärischen Charakters verwendet worden waren. Dennoch ließen es sich Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen auch weiter widerspruchslos gefallen, daß jedem von ihnen hunderte Reichsmark für die Unterstützung der nicht existierenden Erwerbslosen abgezogen wurden.

Die Nazis und die deutschen Plutokraten veränderten noch vor dem Krieg den Charakter der deutschen Sozialversicherung und verwandelten sie in ein Werkzeug zur Beraubung der Arbeiter. Das geht klar aus folgenden An-

gaben hervor, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht wurden:

Sozialversicherung in Deutschland
(In Milliarden RM)

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Fonds
1932	3,3	3,3	4,6
1933	3,3	3,1	4,8
1934	3,8	3,4	5,2
1935	4,1	3,6	5,7
1936	4,5	3,7	6,5
1937	4,7	3,8	7,4

Vor Hitler wurden die Beiträge, die den Arbeitern für Sozialversicherungen abgezogen wurden, diesen tatsächlich in Form von Unterstützungen ausgezahlt.

So war es, wie aus der Tabelle ersichtlich, auch im Jahre 1932. Im „Sozialstaat“ Hitlers jedoch änderte sich das. Allein während der ersten 5 Jahre seiner Macht wurden den Arbeitern für Sozialversicherung 20,4 Milliarden RM abgezogen, für die wahren Zwecke der Sozialversicherung wurden aber einschließlich Verwaltungsausgaben, insgesamt nur 17,6 Milliarden RM verwendet; das heißt um 2,8 Milliarden weniger, als von den Löhnen abgezogen wurde.

Diese ungeheure Summe floß in den „Fonds“ der Sozialversicherung, und dieser Fond wurde von Hitler für die Vorbereitung zum Krieg verwendet. Die Aufwendung aus diesem Fond für den Bau von Autostraßen allein betragen 3,3 Milliarden RM. Unter dem Schein der Sozialversicherung zogen die Nazis auf diese Weise den Arbeitern Milliarden Mark vom Lohne ab und verwendeten sie für die Aufrüstung.

Hitler versprach eine Altersversicherung. Tatsächlich jedoch wurden bereits im Jahre 1933 die Pensionen der Ausgedienten, Invaliden, Witwen und Waisen um 20 Prozent gekürzt. Während in den 3 Jahren vor der Machtergreifung Hitlers 397 000 neuen Pensionsgesuchen stattgegeben wurde, d. h. mehr als 132 000 pro Jahr, wurde in den ersten

6 Jahren der Hitlerherrschaft nur 280 000 neuen Gesuchen stattgegeben, d. h. 46 000 pro Jahr. Selbst aus der Nazi-zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und anderen Wirtschaftszeitschriften Deutschlands ist ersichtlich, daß die Hitlerregierung aus den Fonds der Invaliden- und Angestelltenversicherungen ca. 10 Milliarden RM für Kriegszwecke verwendete. Dabei kann angenommen werden, daß diese offiziellen Angaben nur ein Teil der Wahrheit sind, da die Nazis die Arbeiter in weit größerem Ausmaß beraubten, als sie dies in ihren offiziellen Ziffern zeigten. Zum Unterschied von den demokratischen Staaten, wo die Arbeiter mittels ihrer Organisationen die Tätigkeit der Sozialversicherungen kontrollieren, handelten die Nazis auf diesem Gebiet, wie auch auf allen anderen, vollkommen ohne jede Kontrolle.

Die deutschen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wissen aus eigener Erfahrung, wieviel Korruption, Ungerechtigkeit und Willkür es unter Hitler auf dem Gebiet der Sozialversicherung wie auch im übrigen Staats- und Verwaltungsapparate der Nazis gegeben hat.

Hitlers Lohnpolitik.

Hitler und seine Partei versprachen den deutschen Arbeitern einen „gerechten Lohn“. Was gab ihnen Hitler aber in Wirklichkeit? Vor allem hob er den 8-stündigen Arbeitstag auf und zwang die Arbeiter, 10 Stunden und während des Krieges auch 12, 14 und 16 Stunden täglich zu arbeiten. Die Antreiberei erreichte unter Hitler ein Ausmaß wie nie zuvor. Die nazistischen Unternehmer und Betriebsleiter zwangen die Arbeiter, die Arbeitsproduktivität zu steigern, ohne die Löhne zu erhöhen. Wie die Ausbeutung der Arbeiter unter Hitler schon vor dem Kriege stieg, ist aus folgenden Angaben der offiziellen deutschen Statistik ersichtlich.

Der Wert der gesamten Industrieproduktion des Landes stieg von 1929 bis 1937 um 30 Prozent; die Summe der ausgezahlten Löhne jedoch sank von 44,5 Milliarden RM im Jahre 1929 auf 34,5 Milliarden RM im Jahre 1936, d. h. um 23 Prozent. Und hier eine noch krassere Tatsache: Im Jahre 1932 arbeiteten die deutschen Arbeiter insgesamt 8 Mil-

liarden Stunden, im Jahre 1938 bis 17,2 Milliarden Stunden. Die Gesamtsumme der im Jahre 1938 ausgezahlten Löhne erhöhte sich jedoch im Vergleich zu 1932 fast nicht. Wohin also ging der Lohn für 9,2 Milliarden Arbeitsstunden, die die ehemaligen Erwerbslosen und die Arbeiter schufteten, die 10—12 Stunden arbeiteten, statt 8 Stunden wie im Jahre 1932?

Um den Monopol-Kapitalisten und Trustringen die Möglichkeit zu geben, ihre Profite nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu erhöhen, verkündete Hitler bereits im Jahre 1936, „das eiserne Prinzip der nationalsozialistischen Führung sei, keine Steigerung des Stundenlohnes zuzulassen“.

Die Nazis nahmen den Arbeitern das hart erkämpfte Recht, Tarifverträge für ganze Industriezweige abzuschließen und bestimmten, daß in jedem Unternehmen und für jeden Arbeiter der Lohn ausschließlich vom Unternehmer bestimmt wird. Das brachte den einzelnen Arbeiter in völlige Abhängigkeit vom Unternehmer. Im Jahre 1938 war die Zahl der Arbeiter, die weniger als 18 RM pro Woche verdienten, um 70 Prozent größer als im Jahre 1929!

Einige Kategorien von Arbeitern der Rüstungsbetriebe allerdings erhielten verhältnismäßig höhere Löhne. Den qualifizierten Arbeitern der neuen Rüstungsbetriebe zahlten die Unternehmer, die ungeheure Profite in die Tasche steckten, bedeutend mehr, als die Arbeiter der verschiedenen Zweige der Friedensindustrie erhielten. Dadurch erreichten die Nazis gleichzeitig zweierlei. Sie interessierten einen Teil der Arbeiter an der Herstellung von Rüstungsmaterial, und sie spalteten die Reihen der Arbeiterklasse. Um zu verhindern, daß die verhältnismäßig hohen Löhne, die in den wichtigsten Rüstungsbetrieben gezahlt wurden, zu einer Erhöhung der Löhne der Arbeiter der übrigen Fabriken führten, wurde von den Nazibehörden neben dem allgemeinen Lohnstopp den Arbeitern verboten, ohne Genehmigung der Behörden den Arbeitsplatz zu wechseln. Unternehmer, die aus dem einen oder anderen Grunde ihre Arbeiter höher bezahlten als die festgesetzten Tarife vorsahen, wurden zur Verantwortung gezogen und bestraft.

Hitler ließ den Arbeitern und Arbeiterinnen ganz bewußt nur eine einzige Möglichkeit, ihren Lohn wenigstens etwas zu erhöhen: Überstunden.

Wie groß die Senkung des Reallohnes der großen Masse der Arbeiterklasse unter Hitler war, geht daraus hervor, daß die Preise für Gebrauchsgegenstände von 1932 bis 1938 um 25—40 Prozent stiegen, die Steuern und Lohnabzüge des Arbeiters sich verdoppelten, die Nominallöhne für die große Masse aber gleich blieben.

Die 90 Milliarden RM, die Hitler, seiner eigenen Erklärung zufolge, für die Vorbereitung des Krieges verausgabte, wurden aufgebracht infolge einer weiten Senkung des Lebensniveaus und auf Kosten einer ungeheuren Steigerung der Ausbeutung der Werktätigen Deutschlands.

Während des Krieges, nach dem vertragsbrüchigen Überfall Hitlers auf die Sowjetunion, verschlechterten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen noch mehr. Trotzdem Hitler Millionen ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener zwang, für seine Kriegsmaschine zu arbeiten, verlängerte er weiter rücksichtslos die Arbeitszeit auch der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen. Der 12-stündige Arbeitstag wurde zu einer gewohnten Erscheinung. Oft wurden 14 und 16 Stunden am Tag gearbeitet.

Selbst die Nazizeitungen mußten von Zeit zu Zeit zugeben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen sind, bis zur völligen Erschöpfung zu arbeiten. So schrieb beispielsweise das Zentralorgan der NSDAP, der „Völkische Beobachter“, am 11. März 1943 in einem Artikel: „Die totale Arbeit“: „Jetzt gibt es keine Rücksichten mehr. Wir wissen jetzt, daß dem Umfang der im Kriege zu leistenden Arbeit keine Grenze mehr gesetzt werden darf. Es fragt sich für uns nicht mehr, bis zu welcher Grenze wir unsere Arbeit anspannen wollen, wir müssen die äußerste Grenze ihrer Möglichkeit erreichen.“

Und die Nazis zwangen die Werktätigen tatsächlich „bis zur äußersten Grenze ihrer Möglichkeit“ zu arbeiten. Je mehr der deutsche Arbeiter jedoch arbeitete, desto weniger vermochte er für seinen Lohn das für seine Existenz Unentbehrliche zu kaufen. Selbst die rationierten Waren wurden verteuert. Die Preise auf dem schwarzen Markt waren für die Arbeiter unerschwinglich. Die Herstellung von Gebrauchs-

gegenständen wurde im Laufe des Krieges immer mehr eingeschränkt. Immer rücksichtsloser wurden die Unternehmungen der verschiedenen Zweige der Friedensindustrie von den Nazis „durchgekämmt“, um aus diesen Betrieben die Arbeitskraft, die Rohstoffe und die Ausrüstung für die Kriegsführung zu beschlagnahmen. Im Ergebnis all dessen konnte der Arbeiter für seinen Lohn schließlich nur die rationierten Lebensmittel kaufen, und die reale Kaufkraft seines Lohnes sank auf ein Minimum. Diese schwere Lage der Arbeiter machten sich die Nazis zunutze, um die Arbeiter noch mehr auszurauben. Die Nazipresse erhob einen großen Lärm um die, wie es hieß, „überschüssige Kaufkraft“ der Arbeiter.

Im Jahre 1942 wurde das sogenannte „Eiserne Sparen“ eingeführt. Dem Arbeiter wurde, angeblich mit seiner Zustimmung, nur ein Teil des Lohnes ausgezahlt, der ihm nach Abzug aller Steuern zustand, der übrige Teil wurde einbehalten, wobei man erklärte, der Arbeiter könne ihn zurückerhalten . . . ein Jahr nach Kriegsende.

Nach der Totalmobilisierung des Jahres 1943 veröffentlichte Goebbels Zeitschrift „Das Reich“ am 14. März 1943 einen Artikel unter der Überschrift: „Der gelenkte Geldstrom“, in dem es hieß:

„Mit der Einberufung eines zusätzlichen Kreises von Frauen zum Arbeitseinsatz wird die Zahl der Lohnempfänger abermals steigen . . . Der Vermehrung der Einkommen steht auf der anderen Seite eine weitere Beschränkung der Verabgabungsmöglichkeiten gegenüber, die sich aus der Drosselung der Verbrauchsgütererzeugung und der jetzt vor sich gehenden Einschränkung von Dienstleistungen ergibt. Infolgedessen erhält das Thema der Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft besondere Aktualität.“

Die Hitlerregierung „lenkte“ den Geldstrom auf die Weise, daß der größte Teil desselben an den Arbeitern vorbeifloß, direkt in den Rachen der unersättlichen nazistischen Staatskasse!

Die Entrechtung der Arbeiter im Hitlerstaat.

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer verstanden ausgezeichnet, daß sie ihren Eroberungskrieg nur

dann vorbereiten und das deutsche Volk nur dann zum Kriegführen zwingen könnten, wenn sie, gleichgültig ob mit Gewalt oder Betrug, die Arbeiter unter ihren Einfluß bekommen würden. Hitler, der für die Interessen der deutschen Plutokraten eintrat, sagte der Demokratie von Beginn seiner politischen Tätigkeit den Kampf an und beraubte die Arbeiter sofort nach der Machtergreifung aller politischen Rechte.

Hitler und die Nazis taten alles, was in ihrer Macht stand, um die Demokratie, die demokratische Gesellschaftsordnung in den Augen des deutschen Volkes verächtlich zu machen und zu kompromittieren.

Was aber ist Demokratie? In der wörtlichen Übersetzung bedeutet dieses altgriechische Wort Volksherrschaft. Wahre Demokratie sehen wir dort, wo die politische Macht sich in den Händen des Volkes befindet.

Die Behauptungen der Feinde der Demokratie, darunter ihrer erbittertsten Feinde, der Nazis, daß das Volk, wenn es die Macht in Händen hat, sein Leben nicht in seinem eigenen Interesse zu organisieren vermöge, ist eine Verleumdung, die ihre Widerlegung in der gesamten Menschheitsgeschichte findet. Allerdings beschränkt sich in allen Ländern, ausgenommen die UdSSR, die Demokratie faktisch auf die Macht der Reichen als der Eigentümer der Produktionswerkzeuge und -mittel. Je mehr politische Rechte sich jedoch die Massen des Volkes erobert haben, desto breiter ist die Demokratie und desto größer der Einfluß der Volksmassen auf das wirtschaftliche und politische Leben des Landes.

In der Weimarer Republik war die Demokratie eine beschränkte. Und dennoch bedeutete der Sturz der wilhelminischen Monarchie und die Errichtung der Republik einen Schritt vorwärts in der Geschichte des deutschen Volkes.

Hitler und die Nazis machten sich die Schwächen der Weimarer Republik in demagogischer Weise zunutze, diskreditierten ihr politisches Leben, ihre Massenorganisationen, besonders die Arbeiterorganisationen, ihre Einrichtungen für Wissenschaft und Kunst, um letzten Endes den deutschen Arbeitern und den Massen des Volkes alle politischen Freiheiten und Rechte zu nehmen, die sich die Deutschen in der Revolution von 1918 erkämpft hatten.

Nachdem Hitler zur Macht gekommen war, beraubte er die Arbeiter der Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, nahm ihnen das Koalitionsrecht, löste die von den Massen gewählten lokalen Selbstverwaltungsorgane und Parlamente auf und machte die Reichstagswahlen zu einer Fiktion. Er vernichtete die von den Arbeitern im Laufe langer Jahre des Kampfes und der Arbeit geschaffenen proletarischen Massenorganisationen, die Gewerkschaften, verbot die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterjugendverbände sowie hunderte Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiter. Er vernichtete die in aufopfernder Arbeit von Generationen geschaffene Arbeiterpresse, die Millionenauflagen erreicht hatte. Das gesamte Vermögen aller aufgelösten Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse in Höhe von hunderten Millionen RM beschlagnahmten die Nazis für sich, d. h. sie stahlen es einfach und verwendeten es zur persönlichen Bereicherung und für ihre Organisationen. Dieser Raubzug wurde unter der Führung des Säufers und Abenteurers Robert Ley durchgeführt.

Die Avantgarde des deutschen Proletariats und die mit dieser gemeinsam marschierenden, fortschrittlichsten Teile der deutschen Intelligenz, die bewußtesten und politisch am weitesten entwickelten Arbeiter und Intellektuellen Deutschlands, wurden von Hitler ermordet, zu Krüppeln geprügelt oder vom deutschen Volk isoliert.

Jeder einzelne von ihnen war Vorbild für die ihn umgebenden Menschen und trug zur Hebung des geistigen und moralischen Niveaus seines Volkes bei. Die Schwere dieses Verlustes für die Gegenwart und Zukunft Deutschlands kann kaum überschätzt werden.

In den Jahren 1933 bis 1939 saßen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Deutschlands etwa 3 Millionen Menschen. Schon vor dem Kriege ermordeten die Nazis in diesen Lagern 200 000 Mann. Zehntausende verließen sie als Krüppel.

Während des Krieges ermordete Hitler durch seine SS und die Gestapo in den Konzentrationslagern weitere Zehntausende der besten Arbeiter und Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die den Kampf gegen den Krieg aufgenommen hatten.

Im August 1944 ermordeten die Nazis auf Befehl Hitlers in verbrecherischer Weise den Führer der deutschen Arbeiter und des deutschen Volkes, Ernst Thälmann. Elf Jahre lang ließ der Verbrecher Hitler den großen Sohn des deutschen Volkes im Gefängnis schmachten und wagte es nicht, ihm den Prozeß zu machen, denn er wußte, daß Thälmann vor diesem Gericht aus einem Angeklagten zum furchtbaren Ankläger Hitlers und der Nazis geworden wäre. Der Mord an Ernst Thälmann und die Vernichtung der Avantgarde der deutschen Arbeiter sind ein ungeheuerliches Verbrechen Hitlers gegenüber der Arbeiterklasse Deutschlands und dem deutschen Volke. Das Ziel dieses Verbrechens ist klar: Hitler wußte, daß er nur nach der Beseitigung der Führer und der besten Männer der Arbeiterklasse imstande sein würde, die Ausbeutung der Arbeiter in dem für seinen Krieg notwendigen ungeheuren Maße zu steigern und sie zu zwingen, im Interesse der deutschen Imperialisten den Raubkrieg zu unterstützen.

Mit dem gleichen Ziel nahm Hitler den Arbeitern das Recht des Streiks, welches für sie zur Verteidigung ihrer Interessen unerläßlich ist und erklärte den Streik zum Hochverrat.

Nach dem ersten Weltkrieg hatten sich die deutschen Arbeiter das Recht erkämpft, Betriebsräte zu wählen, die die Interessen der Arbeiter vertraten. In Deutschland gab es mehr als 300 000 Mitglieder derartiger Betriebsräte. Hitler löste die Betriebsräte auf und schuf seine eigene nazistische Ordnung in den Betrieben. Am 20. Januar 1934 gab er das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ aus, durch welches der Unternehmer zum „Betriebsführer“ und uneingeschränkter Herr im Hause erklärt wurde, dem sich die Arbeiter, die nun die Bezeichnung „Gefolgschaft“ erhielten, widerspruchslos zu fügen hatten. Paragraph 2 dieses Gesetzes lautete:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“

Hitler verwirklichte die reaktionärsten Bestrebungen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern und lieferte diese als rechtlose Knechte der Willkür der Unternehmer und der

Betriebsleitungen vom Direktor bis zum Meister aus. „Die Betriebe sind zur Kaserne geworden“, sagten viele Arbeiter voll Bitterkeit.

Hitler gab den Unternehmern das uneingeschränkte Recht, den Arbeitern Strafen aufzuerlegen, darunter Geldstrafen im Ausmaß eines Tagelohnes usw. Außerdem konnte der Unternehmer jeden beliebigen Arbeiter beim Reichstreuhänder verklagen, der das Recht hatte, den Arbeiter mit Geldstrafen in Höhe von 20 bis 200 RM zu belegen. Doch auch damit nicht genug. Auf die Denunziationen der Betriebsleitung hin wurden Arbeiter in die Gefängnisse oder in besondere Konzentrationslager geworfen, wo ihre Gesundheit durch schwerste Arbeit und ein Hungerregime zugrunde gerichtet wurde, und von wo sie nach Monaten völlig entkräftet und erschöpft entlassen wurden. Diese Verhaftungen von Arbeitern und Arbeiterinnen trugen einen Massencharakter.

Schon im Jahre 1935 wurden die Arbeiter an ihre Unternehmer gebunden. Am 5. November 1935 wurde zu diesem Zweck das „Gesetz zur Sicherung des Arbeitseinsatzes“ verkündet. Ihm folgten andere Gesetze der gleichen Art. Die „Verordnung über die Reichsarbeitsdienstplicht“ nahm den Arbeitern endgültig das Recht, den Arbeitsplatz zu wechseln. All das führte zu einer scharfen Senkung des Lebensniveaus des Arbeiters und seiner Familie.

Unter Hitler waren Bspitzelung, Provokation und Denunziation in den Betrieben alltägliche Erscheinungen. Die Nazis lehrten die Kinder in den Schulen und in der HJ ihre Eltern zu denunzieren. Der Arbeiter konnte sich selbst in Privatgesprächen nicht getrauen, seine Meinung zu sagen ohne fürchten zu müssen, ins KZ zu kommen.

Hitler nahm den Arbeitern und den Volksmassen in Deutschland alle persönlichen Freiheiten bis zum Recht der Familienmitglieder, gemeinsam zu leben; er nahm ihnen die Möglichkeit, selbständig nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Probleme ihres Lebens zu lösen und unterwarf sie völlig der Vormundschaft und der Willkür der korrupten braunen Bonzen.

In keinem modernen Staat waren je die Arbeiter derart unterdrückt und rechtlos wie im „Sozialstaat“ Adolf Hitlers.

Die Wahrheit über die „Volksgemeinschaft“ und den „deutschen Sozialismus“.

Hitler hat also, wie wir sehen, den Arbeitstag verlängert, den Reallohn gekürzt, die Besten aus den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter ermordet oder in Konzentrationslager geworfen, die Arbeiter rechtlos gemacht und voll und ganz der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Wie konnte er es angesichts all dessen erreichen, daß die Arbeiter ihm nicht nur weiterhin Gefolgschaft leisteten, sondern daß auch die Arbeitsproduktivität in höchstem Maße gesteigert werden konnte, besonders während des Krieges, also zu einer Zeit, da die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitermassen sich noch weiter verschlechterten?

Hitler und die Nazis arbeiteten neben ihren Gewalt- und Terrormaßnahmen ein ganzes System des Massenbetrugs und der Lügenpropaganda aus, um den Werktätigen die Augen vor der Wahrheit zu verschließen. Die schlimmsten Feinde der Arbeiter setzten die Maske von Arbeiterfreunden auf.

Die Nazis betrogen die Arbeiter mit schönklingenden Schlagworten und mit gelegentlichen Almosen. Sie beraubten die Arbeiter um Milliarden Mark und gaben ihnen dann hunderttausende in Form von großzügigen „Geschenken“ zurück.

Die Nazis wußten, daß die Mehrheit der Arbeiter Sozialisten waren oder mit dem Sozialismus sympathisierten. Hitler und die Nazis erklärten in ihrer Propaganda daher, sie seien Feinde der Plutokraten, sie bezeichneten sich als „Sozialisten“, ihre Partei als „national-sozialistisch“ und obendrein als „Arbeiterpartei“ und versprachen, den „deutschen Sozialismus“ zu verwirklichen.

Was der deutsche Sozialismus ist, haben die Nazis ungeklärt gelassen. Bald erklärten sie, er sei eine „Schicksalsgemeinschaft“, bald bezeichneten sie ihn als „Willensgemeinschaft“ oder als „Blutgemeinschaft“. Der Nazi-„Volkswirtschaftler“ Nonnenbruch, der für den „Völkischen Beobachter“ schrieb, erklärte: „Der deutsche Sozialismus ist nicht materieller, sondern seelischer, geistiger Besitz der Produktionsmittel durch das Volk.“ All das, was die Nazis selbst über ihren „deutschen Sozialismus“ erklärten, war nichts als eine

Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und des Denkvermögens des deutschen Volkes.

Das wird besonders klar, wenn wir kurz darstellen, was Sozialismus tatsächlich ist. Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der der Privatbesitz an den Produktionswerkzeugen und -mitteln aufgehoben und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Im sozialistischen Staate gibt es keine Ausbeuter fremder Arbeit, Kapitalisten und Großgrundbesitzer, sondern die gesamte Bevölkerung besteht aus Werktätigen, Arbeitern, Bauern, Handwerkern und Intellektuellen.

Es ist klar, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Hitlerdeutschlands und Sozialismus zwei unvereinbare Pole darstellen. Die gesamte Politik Hitlers war — im Gegensatz zum Sozialismus — auf die Erhaltung des Besitzes der Kapitalisten und Großgrundbesitzer an den Produktionswerkzeugen und -mitteln und auf die Vergrößerung ihrer Reichtümer gerichtet. Denn es ist doch jedem bekannt, daß die Fabriken und Betriebe in Deutschland nicht den Arbeitern gehörten, sondern Eigentum von Krupp, Göring, Frick, Röchling u. a. waren, sowie auch der größte Teil des Bodens den Großgrundbesitzern gehörte.

Hitlers Schlagwort vom deutschen Sozialismus war ein bewußter und gemeiner Betrug der Massen. Ein ebensolcher Betrug war ein anderes Hitlerschlagwort, die „Volksgemeinschaft“. Hitler behauptete, er habe im Gegensatz zum Klassenkampf, welcher vor ihm angeblich die Kräfte des deutschen Volkes verzehrt habe, die Zusammenarbeit, Freundschaft und Verbundenheit aller Deutschen untereinander erreicht und eben diese „Volksgemeinschaft“ habe das deutsche Volk unbesiegbar gemacht. Was konnte es jedoch für eine „Gemeinschaft“ geben zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, die sahen, wie die Kapitalisten und die Nazibonzen auf Kosten der Arbeit der Werktätigen in Herrlichkeit lebten, während die Arbeiter und ihre Familien immer mehr unter der Not und der kräfteverzehrenden Arbeit litten.

Eine „Volksgemeinschaft“ gab es natürlich im Hitlerdeutschland nicht und konnte es nicht geben. Aber die Nazis unternahmen eine Reihe geschickter Manöver, um die Ar-

beiter zu betrügen und bei ihnen die Illusion zu erwecken, daß diese Volksgemeinschaft existiere.

Beginnen wir mit der Maifeier. Der erste Mai war der Kampftag der Arbeiterklasse, der Tag der Mobilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampf für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, für die Erweiterung ihrer Rechte, der Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse.

Gerade deshalb führte die Bourgeoisie Deutschlands, wie auch die der übrigen Länder einen so erbitterten Kampf gegen den ersten Mai. Gerade deshalb war der erste Mai in der UdSSR unmittelbar nach dem Siege der großen sozialistischen Oktoberrevolution zum Nationalfeiertag erklärt worden.

Und was tat Hitler? Die Nazis erklärten, wie bekannt, den ersten Mai zum „nationalen Feiertag der Arbeit“ und zwar zu einem Feiertag, der vom Unternehmer bezahlt wurde.

Die Nazis organisierten am 1. Mai Arbeitermassendemonstrationen und „Kameradschaftsabende“ mit Freibier auf Kosten der Unternehmer. Entsprechend den Anweisungen der Nazipartei marschierten viele Fabrikbesitzer und Direktoren in den ersten Reihen der Demonstrationen, nahmen an den „Kameradschaftsabenden“ teil, tranken gemeinsam mit den Arbeitern Bier, unterhielten sich mit ihnen und tanzten mit den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Manchmal brachten die Direktoren auch ihre Frauen mit und diese tanzten mit den Arbeitern. In einigen Betrieben erhielten die Arbeiter zum ersten Mai ein Taschengeld in Höhe von drei RM.

Um den ersten Mai als Kampf- und Festtag der Arbeiter zu vernichten, verwandelte er den ersten Mai in einen Feiertag der Nazis, in einen Tag des Arbeiterbetrugs im Großmaßstab.

Die Demonstrationen unter Nazifahnen und Nazilosungen mit Beteiligung der Kapitalisten waren nicht nur keine Arbeiter-Maidemonstrationen, wenn sie auch am ersten Mai durchgeführt wurden, sondern ein großer Volksbetrug zur Schaffung der Illusion, daß die Arbeiter angeblich gleichberechtigt seien mit ihren erbittertesten Feinden, den Kapitalisten und den Nazis.

Und aus der Schaffung einer solchen Illusion zogen die Kapitalisten einen Nutzen, gegenüber dem die für den ersten Mai aufgewendeten Ausgaben eine lächerliche Lappalie waren. Dumm gemacht durch das Freibier, durch die Gnadengabe von drei RM und dadurch, daß der Chef ihnen auf die Schulter klopfte, bemerkte die Mehrzahl der Arbeiter nicht, wie der Kapitalist sie um weit größere Summen betrog und ihre Arbeitsbedingungen verschlechterte.

Ähnlich verhält es sich mit den Behauptungen der Nazis, die deutschen Unternehmen seien — „sozialistische Betriebe“. Um diese verlogene Behauptung glaubhaft zu machen, empfahlen die Nazibehörden den Kapitalisten die Durchführung einer Reihe demagogischer Maßnahmen und propagierten und begünstigten die Unternehmen, in denen solche durchgeführt wurden. So wurden zum Beispiel die „Total-K.-G.-Feuerwerke in Berlin, Apolda, Wien“ weit und breit als „sozialistisches Unternehmen“ angepriesen. Was ging dort vor sich? Die Arbeiter wurden dort nicht weniger ausgebeutet als in anderen Betrieben, doch wendete die Firma gewisse Geldmittel für Gemeinschaftsreisen derjenigen Facharbeiter und Angestellten auf, an denen ihr am meisten gelegen war, richtete Billardsäle ein, organisierte Weihnachtsabende für die Arbeiter und ihre Familien usw.

Eine Reihe anderer Unternehmen praktizierte ebenfalls die Ausgabe von derartigen Almosen an die Arbeiter und Angestellten und zwar besonders an diejenigen, die sie als Fachleute oder aber auch als Betriebsspitzel und Antreiber der anderen Arbeiter am dringendsten brauchten. Die Ausgaben für diese Gnadenbezeugungen wurden mit Überschuß wieder hereingebracht durch die Reklame und die Begünstigung dieser Unternehmen seitens der Nazis und durch das Wohlverhalten der Arbeiter, die sich durch diese Gaben verführen ließen.

Besonders begünstigten die Nazis solche Maßnahmen, die ihnen für die Vorbereitung zum Kriege dienen konnten. Zu diesem Zwecke wurden in allen Großbetrieben Betriebssportorganisationen geschaffen. Die Hitlerpropaganda erklärte, das Ziel dieser Organisationen sei die sportliche Stählung der Arbeiterjugend, der Kampf gegen die schädlichen Folgen schwerer körperlicher Arbeit und die Verminderung der Unglücksfälle im Betrieb durch bessere körperliche Er-

tüchtigung der Arbeiter. Die Zahl der Unglücksfälle in den Betrieben ist aber selbst nach den Angaben des offiziellen Nazi-Handbuches „Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches“ unausgesetzt gestiegen. Während der ersten 6 Jahre der Nazi-herrschaft in Deutschland ereigneten sich, offiziellen Angaben zufolge, 8924000 oder fast 9 Millionen Unglücksfälle in den Betrieben, während in den letzten 6 Jahren vor Hitlers Machtantritt die Zahl der Unfälle 7300000 betragen hatte.

Während des Krieges wurden keine Angaben über die Zahl der Arbeitsunfälle veröffentlicht, doch weiß jeder Arbeiter, daß ihre Zahl nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern von Monat zu Monat weiter anstieg. Ursachen hierfür gab es mehr als genug. Die Übermüdung und Erschöpfung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Einstellung einer großen Zahl schlecht ausgebildeter Jugendlicher in den Betrieben, die Totalmobilisierung, die mehr als 2 Millionen Frauen und Greise zwangsweise in die Fabriken warf, Menschen, die in ihrer großen Mehrzahl vorher nie in Rüstungsbetrieben gearbeitet hatten, die Abnutzung der Werkzeugausrüstung, die immer schlechter werdende Qualität der Rohstoffe, die Verlängerung des Arbeitstages, die Bombardierung der Betriebe und des Transportnetzes und deren Folgen.

So sahen die „sozialistischen“ Maßnahmen, die unter Hitler in den deutschen Betrieben durchgeführt wurden, in Wirklichkeit aus.

Mit besonderem Stimm-aufwand propagierten die Nazis eine Organisation, der sie die demagogische Bezeichnung „Kraft durch Freude“, gekürzt KdF, gegeben hatten. Dabei war KdF es vor allem, die die Ausplünderung der Arbeiter durchführte. Jedem Arbeiter wurden, wie bekannt, monatlich 30 Pfennige, d. h. 3,60 RM im Jahr, für KdF vom Lohn abgezogen. Auf Grund der Volkszählung des Jahres 1939 gab es in Deutschland 20 Millionen Arbeiter. Mit diesen scheinbar geringen Abzügen von 30 Pfennig stahl Hitler den Arbeitern Deutschlands 72 Millionen RM im Jahr. Zudem waren die Vorstellungen, Reisen und die übrigen Unterhaltungen, die von der KdF durchgeführt wurden, keineswegs unentgeltlich, sondern wurden von den Arbeitern bezahlt.

Neben den materiellen Vorteilen zogen die Nazis einen ungeheuren politischen Nutzen aus der KdF. Der Besuch

von Theatern, Konzerten und Ausstellungen, die Organisation von Gemeinschaftsreisen der Arbeiter durch Deutschland und von Seereisen ins Ausland, die Unterstützung des Betriebssports, die Durchführung von Vorträgen und Fortbildungskursen für die Arbeiter, die Propaganda um den Bau eines Badeorts auf der Insel Rügen, der übrigens unvollendet geblieben ist — all das sollte dazu dienen, daß die Arbeiter sich zur NSDAP hingezogen fühlten.

„Mit Speck fängt man Mäuse“, sagt ein deutsches Sprichwort. Die Reisen einiger tausend von den Nazis ausgewählter Arbeiter nach Madeira und Norwegen spielten die Rolle des Specks in der gigantischen Mausefalle, in der die Nazis die deutschen Arbeiter fangen wollten.

Der Hitlerschwindel mit dem „Volksauto“.

Hitler verstand es ausgezeichnet, den Arbeitern und Werk-tätigen das Geld aus der Tasche zu locken und dabei gleichzeitig den Anschein zu erwecken, als beschenke er sie. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Aktion mit dem „Volkswagen“.

Mitten in der Vorbereitung zum Krieg gab Hitler die Losung aus: „Jedem Arbeiter sein eigenes Auto.“ Angeblich sollte für eine Monatsrate von fünf Mark jeder Arbeiter nach Fertigstellung des „Volkswagenwerkes Fallersleben“ die Möglichkeit erhalten, sich ein „Volksauto“ anzuschaffen. Jedem der außerdem 750 RM in bar einzahlte, wurde eine Bestellnummer ausgegeben, die ihm das Recht gab, in erster Reihe ein Auto zu erhalten, wenn es soweit sein würde. Im ganzen waren 1000 RM zu bezahlen.

Bei oberflächlicher Betrachtung sah das alles sehr verlockend aus. Tatsächlich jedoch war es ein geschickter Volksbetrug. Als die bekannte Autofirma Opel für den Volkswagen ein billiges und nicht schlechtes Modell vorlegte, wurde es von Hitler abgelehnt. Auf seine Anordnung wurde ein ungeheures Unternehmen aufgezogen, „das Volkswagenwerk“, mit welchem die Nazis eine lärmende Propaganda betrieben. Tatsächlich jedoch war dieses Unternehmen von Anfang an auf die Erzeugung von Militärautos eingestellt. Später wies die Nazipresse selbst darauf hin, daß die Wagen

dieser Fabrik sich im Krieg in Afrika ausgezeichnet bewährt hätten. Um auch den vorsichtigeren Arbeitern, die sich aus eigener Initiative nicht an der Volkswagenaktion beteiligten, das Geld aus der Tasche zu holen, nahmen die Nazis zu folgendem Trick Zuflucht. Einige Firmen prämierten anlässlich des ersten Mais oder zu Weihnachten Arbeiter, an denen ihnen besonders gelegen war, mit Sparkarten der DAF für das Volksauto. Auf diesen Karten waren bereits 200, 300 oder gar 400 RM eingetragen. Der Arbeiter brauchte somit „nur noch“ 600—800 RM einzuzahlen, um das Recht auf Erhalt eines Volkswagens zu erwerben. Tat er dies jedoch nicht, so verlor die „Prämie“ jeden Wert. Es ist nicht zu verwundern, daß die „Prämierten“ eifrig begannen, ihre Raten zu zahlen. Während Hitler den Arbeitern das Geld für den „Volkswagen“ abnahm, wußte er von vornherein ausgezeichnet, daß die „Volkswagenwerke“ nicht Personen-, sondern Militärwagen herstellen würden. Mit der Losung „jedem Arbeiter sein eigenes Auto“ verfolgte Hitler zwei Ziele: Den Arbeitern und Werk-tätigen einige weitere hundert Millionen RM für die Vorbereitung zum Kriege abzunehmen und gleichzeitig seinen Einfluß auf die Arbeiter zu verstärken.

Hitler und die Wohnungsfrage.

Um die Arbeiter, die unter der Wohnungsnot zu leiden hatten, auf seine Seite zu ziehen, stellte Hitler vor dem Krieg ein großes Arbeiterwohnbau-Programm auf. Dieses Programm sollte die Volksmassen Deutschlands, die ausländischen Staaten und die öffentliche Meinung der Welt von den friedlichen Absichten Hitlers überzeugen.

In seiner Rolle als Pazifist erklärte Hitler in einer Rede in Karlsruhe:

„Eine Granate kostet 3000 RM. Lege ich noch 1500 RM dazu, so kann ich dafür ein Arbeiterhaus bauen. Eine Million Granaten werden kein Denkmal für mich sein, aber eine Million Arbeiterwohnungen ja.“

Ein andermal erklärte Hitler: „Ein Torpedo kostet soviel wie 7 Arbeiterhäuser“, und versicherte erneut, es sei seine Absicht, sich mit dem friedlichen Aufbau zu befassen.

Was aber tat Hitler auf dem Gebiet des Wohnungsbaus für die Arbeiter und Werktätigen in Wirklichkeit?

Zur Beantwortung dieser Frage wenden wir uns an Hitlers Reklame-Handbuch „Tatsachen und Zahlen über Deutschland“. In dem Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“ heißt es dort: „Im Altreich gab es Anfang 1939 rund 18,1 Millionen Wohnungen, von denen 4,7 Millionen nach dem Weltkrieg gebaut wurden.“ Weiter teilt das Handbuch mit, daß die Reichsregierung in den Jahren 1924 bis 1931 5 Milliarden RM für den Wohnungsbau verausgabte, die Gemeindeverwaltungen weitere 3 Milliarden RM, und daß die Finanzierung dieser Bautätigkeit damals um 50 Prozent aus Staatsmitteln erfolgte. Was aber tat Hitler bis zum Jahre 1940, d. h. in den ersten 8 Jahren seiner Macht auf dem Gebiet des Wohnungsbaues? Darüber bleibt uns das Nazi-handbuch die Zahlen schuldig. Er erklärt lediglich unerwartet bescheiden und kurz: „Der nationalsozialistische Staat verwendet ebenfalls bedeutende Mittel für den Wohnungs- und Siedlungsbau.“ Es ist klar, daß Hitler, entgegen all seinen Versprechungen, sowohl vor dem Krieg, als auch in den Jahren 1939/40 auf dem Gebiet des Wohnungsbaus für die Arbeiter und Werktätigen nichts irgendwie wesentliches geleistet hat, denn sonst hätten die Nazis zweifellos die entsprechenden Ziffern veröffentlicht.

Statt dessen versprach Hitler den Deutschen mit großem Stimmnaufwand eine grandiose Tätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus . . . nach dem Krieg. Am 15. September 1940 gab er eine eigene Verordnung heraus, in welcher er Robert Ley beauftragte, die „Lösung des Wohnbauproblems“ durchzuführen. Hitler versprach in dieser Verordnung den kinderreichen deutschen Familien geräumige und billige Wohnungen, — aber erst nach dem Krieg. Am 23. Oktober 1941 ernannte Hitler Ley zum „Reichskommissar für Wohnungsfragen“ und entzog diese Fragen der Kompetenz des Arbeitsministeriums. Das alles geschah, um der deutschen Presse und dem Rundfunk von neuem Anlaß zu der markt-schreierischen Behauptung zu geben, Hitlerdeutschland sei ein sozialer Volksstaat und Hitler beabsichtige, nach dem Kriege eine gigantische Wohnbautätigkeit zu entfalten. Um den Arbeitern noch mehr Sand in die Augen zu streuen, wurden verschiedentlich im Reich sogenannte Arbeitersied-

lungen errichtet. Der Bau dieser Siedlungen lieferte aber einen Beweis mehr, daß die Nazis gar nicht daran dachten irgendwie an eine Lösung des Wohnungsbauproblems zu gehen.

Wie sahen die Häuser in den Arbeitersiedlungen aus, die unter Hitler gebaut wurden? Der Frankfurter Arbeiter Karl Wieser von den Adlerwerken, der im Jahre 1939 seinen Kollegen, den Nationalsozialisten Wilhelm Huhn in der „Robert Ley-Siedlung“ bei Langen in Hessen an der Eisenbahnstrecke Frankfurt-Heidelberg besuchte, schreibt darüber: „In Wirklichkeit ist das Haus ein Kartenhaus. Die Außenwände sind viel zu dünn, 23 cm. Der ganze obere Stock ist zur Hälfte schräg, die Zimmer klein, so daß nur die aller-notwendigsten Möbel aufgestellt werden können.“

Für so ein Häuschen mit Garten bezahlte der Arbeiter 6000 RM und mußte sich außerdem selbst an den Bauarbeiten beteiligen. 2500 RM mußten bar eingezahlt werden, die Abzahlung der Restsumme erfolgte in Monatsraten von 30 RM. „Bis alles abbezahlt ist, ist es schon längst wieder eingestürzt“, schließt der Freund des „glücklichen Hausbesitzers“ melancholisch. Um aber so ein Haus zu erwerben und alle zusätzlichen Ausgaben zu bestreiten, die es mit sich bringt, mußte die Arbeiterfamilie sich jeden Groschen vom Munde absparen und der Arbeiter viele Überstunden im Betrieb leisten.

Solche Häuschen waren typisch für die Arbeitersiedlungen, die unter Hitler gebaut wurden. Aber selbst diese Bautätigkeit wurde von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt und 1938/39 völlig eingestellt.

Es wäre jedoch unrichtig zu behaupten, Hitler habe überhaupt keine Bautätigkeit entfaltet. Im Gegenteil, er verausgabte Milliarden RM aus dem Volksvermögen für seine Bautätigkeit. Was baute Hitler wirklich? Hitler, der sich als „Mann aus dem Volke“ zu bezeichnen liebte, ließ in Berlin die ebenso prunkvolle wie geschmacklose sogenannte „Neue Reichskanzlei“ bauen, für die er 300 Millionen RM aufwendete. Für dieses Geld wäre es bei einem Aufwand von 4500 RM für jedes Haus möglich gewesen, 67000 Arbeiterhäuser zu bauen. Ungeheure Summen wurden für Bauten in Berchtesgaden, für das Braune Haus in München, für die Parteianlagen in Nürnberg, das Gebäude des Luftfahrtministeriums und viele andere Prunkbauten verwendet, die

ausgeführt wurden, um die persönlichen Launen Hitlers und der übrigen Naziführer zu befriedigen.

Während des Krieges wurde nicht nur der Wohnungsbau ganz eingestellt, sondern auch die Renovierung von Wohnungen und später sogar die laufende Reparatur der Arbeiterwohnungen. Schon das allein führte zu einer Verringerung des Wohnungsfonds. Der mit äußerster Erbitterung von Hitler begonnene Luftkrieg gegen Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, England, Jugoslawien, Griechenland und dann gegen die Sowjetunion, führte zum Luftkrieg gegen Deutschland. Die deutschen Antifaschisten hatten voll und ganz recht, wenn sie während der Beerdigung von Luftkriegsopfern in Hannover Flugblätter verteilten, die nur wenige Worte enthielten: „Hitler ist schuld, nieder mit Hitler!“ Recht hatten auch die deutschen Arbeiter, die an den Ruinen der deutschen Städte die Aufschrift anbrachten: „Das verdanken wir dem Führer.“ Schon im Jahr 1943 schrieben deutsche Eltern voll Bitterkeit ihren Söhnen an die Front: „Bald wird man uns offenbar eine neue Wohnung graben . . .“

Indem Hitler den deutschen Truppen den Befehl erteilte, den erbitterten Kampf gegen die Rote Armee 1944 und 1945 weiter fortzusetzen, als die Niederlage Deutschlands bereits offensichtlich unvermeidbar war, verschuldete er weitere ungeheure Zerstörungen der Städte Ost- und Mitteldeutschlands und seiner Hauptstadt. Annähernde Schätzungen der ausländischen Presse besagen, daß gegen Kriegsende 2,5 Millionen Deutsche ihr Heim verloren hatten. Die Schuld daran tragen Hitler, die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die deutschen Generale und hohen Offiziere, denn sie alle haben den räuberischen, ungerechten und verbrecherischen Krieg gemeinsam vorbereitet und 6 Jahre lang geführt.

Seinerzeit feierten die Nazis Hitler als den „größten Baumeister der Welt“ und als „Städtebauer“. Tatsächlich erwies sich Hitler als der größte Zerstörer von Wohnungen, Städten und ganzen Gebieten. Deutschland war ein Land der Städte. Dank Hitler ist es jetzt ein Land der Städtetrümmern. Dank Hitler verloren Millionen deutscher Arbeiter ihr gesamtes bescheidenes Hab und Gut, welches in schwerer Arbeit mehrerer Arbeitergenerationen erworben wurde. Dank

Hitler wurden die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen aus Hüterinnen ihres bescheidenen, aber dem Herzen teuren Familienheims, zu dessen Gründung sie so viel Arbeit und Liebe aufgewendet hatten, zu heimatlosen umherirrenden Bettlerinnen. Dank Hitler hatten Millionen Kinder ihr Vaterhaus verloren und standen auf der Straße, ohne ein Dach über dem Kopf zu haben. Wieviel Arbeit, wieviel Anstrengung wird nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Generation der deutschen Arbeiter aufwenden müssen, um die deutschen Städte und Wohnungen wieder aufzubauen, deren Zerstörung sie Hitler zu verdanken haben.

Hitler versprach den Arbeitern Deutschlands friedliche Arbeit, zunehmenden Wohlstand, glückliches Familienleben, Frieden, Nutznießung der Wohltaten der Kultur, Ehre, und selbst den Sozialismus scheute er sich nicht zu versprechen.

In Wirklichkeit zwang Hitler die Arbeiter, bis zur Erschöpfung zu arbeiten, machte sie zu rechtlosen Sklaven der Kapitalisten und der Naziclique, brachte den räuberischen, verbrecherischen und abenteuerlichen Krieg über sie, ließ ihre besten Genossen hinrichten, nahm ihnen die Möglichkeit, die Wohltaten der Kultur zu genießen, vergiftete die Mehrheit von ihnen mit seiner den Menschenhaß verkündenden Propaganda und besudelte sie durch seine ungeheuerlichen Verbrechen gegenüber den anderen Völkern mit Schmach und Schande.

Was Hitler den Bauern versprochen hat.

Vor der Machtergreifung hat Hitler den deutschen Bauern die verlockendsten Versprechungen gemacht. Er versprach ihnen Land, Erhaltung und Stärkung der kleinen und mittleren Wirtschaften, Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lohnerhöhung und Verbesserung der Lebensbedingungen für die deutschen Landarbeiter, weiteste Verbreitung der landwirtschaftlichen Wissenschaften unter den Bauern, Belebung und Blüte der „Bauernkultur“. Hitler versicherte, all dies werde zum Aufhören der Flucht aus dem Dorfe führen und die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Landwirtschaft unnötig machen.

Das Programm der Nazipartei enthält folgende Forderungen, die bestimmt waren, die Bauern auf die Seite der Nazis zu ziehen:

„Punkt 11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

Punkt 17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

Bei ihren Versprechungen an die Bauern beriefen sich Hitler und die Nazipartei immer wieder vor allem auf diesen Punkt 17 ihres Programms. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten brauchten zwar nicht zu fürchten, daß Hitler diesen Programmpunkt verwirklichen und versuchen werde, ihnen ihre Güter wegzunehmen und sie den landarmen Bauern zu geben. Sie fürchteten jedoch, daß die Popularisierung von Losungen der Landkonfiskation in Deutschland die poli-

tische Aktivität der landarmen und landlosen Bauern heben und ihren Kampf gegen den deutschen Großgrundbesitz fördern könne.

In Erfüllung des Willens der Kapitalisten und Gutsbesitzer, deren Interessen die Nazipartei vertrat und mit deren Geldern sie ausgehalten wurde, veröffentlichte Hitler daher am 13. April 1928 folgende Erklärung zu seinem Programm:

„Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften.“

Im März 1930 wurde die offizielle parteiamtliche Kundgebung der NSDAP über „die Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das deutsche Volk“ veröffentlicht, in der es hieß:

„f) Bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kann es keine schematische Regelung geben.

Eine große Zahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus vor allem wichtig. Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen, notwendigen Aufgaben und ist im gesunden Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt“ (ABC des Nationalsozialismus, S. 71).

Das war eine bewußt zweideutige Formulierung. Den Bauern erklärte Hitler, er werde vor allem für die Erhaltung und Entwicklung ihrer Wirtschaften Sorge tragen und das Bestehen von Großgrundbesitz nur in beschränktem Ausmaß zulassen; und gleichzeitig gab er den Gutsbesitzern zu verstehen, daß er die Erhaltung ihrer Güter sichern werde.

In schamloser Weise schmeichelte Hitler den Bauern. In der gleichen Kundgebung hieß es, sie seien „der Hauptträger volklicher Erdgebundenheit, der Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft“ (ABC S. 67).

Zur gleichen Zeit versicherte Hitler, „der Bauernstand soll wirtschaftlich und kulturell gehoben werden“ und versprach, „Landjugendheime, Bauernhochschulen mit weitgehender Vergünstigung für mittellose, begabte Landjugend“ zu schaffen. Hitler versprach den Bauern sogar, sie zu . . . Adelligen zu erheben, sie zum ersten Stand im Staate zu machen. Darré hat hierüber bekanntlich ein ganzes verlogenes, wissenschaftlich analphabetisches Buch unter dem Titel „Der neue Adel von Blut und Boden“ geschrieben.

Keiner anderen Schicht der deutschen Bevölkerung hat Hitler in so schamloser Weise Honig um den Mund geschmiert und soviel Versprechungen gemacht wie der Bauernschaft.

Was Hitler den Bauern brachte.

Landbesitz der Gutsbesitzer und der Bauern in Hitlerdeutschland.

War Hitler der Beschützer der Bauern oder aber der Vertreter der Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten? Das trat noch vor dem Krieg deutlich in einer so entscheidenden Frage wie der der Landverteilung zutage. Genaue Angaben darüber enthalten die letzten Volkszählungen in Deutschland, die in den Jahren 1933 und 1939 stattfanden, d. h. zu Beginn von Hitlers Macht und vor Beginn seiner Eroberungskriege. Diese Volkszählungen zeigen Hitlers Politik in der Landfrage während 6½ Jahren seiner Herrschaft unter Friedensbedingungen.

Zu Beginn des Jahres 1933 verteilte sich der bestellte Boden in Deutschland folgendermaßen:

2 242 000 Kleinbauern- und Häuslerwirtschaften bearbeiteten 7 876 000 Hektar Boden und 33 843 Gutsbesitzer besaßen 14 709 000 Hektar.

Wie aus diesen offiziellen statistischen Angaben hervorgeht, besaßen die 3000 größten Gutsbesitzer fast ebensoviel Boden wie 2¼ Millionen Kleinbauern und Häusler, und weniger als 34 000 Großgrundbesitzer hatten fast dop-

pelt so viel Boden wie alle deutschen Bauern und Landarbeiter zusammen.

Die deutschen Bauern litten unter einem starken Landhunger. Selbst die winzigen Parzellen der Zwergwirtschaften bestanden zu einem Drittel, und die Grundstücke der Kleinwirtschaften zu einem Viertel aus Pachtland.

Nach der letzten Volkszählung von 1939 ist der Boden in Deutschland (einschließlich der inzwischen von Hitler ererbten Länder Österreich, die Sudeten usw.) folgendermaßen verteilt:

Bearbeitete Bodenfläche pro Wirtschaft in ha	Zahl der Wirtschaften dieser Bodengröße	In Prozenten zur Gesamtzahl der Wirtschaften	Gesamtfläche aller Wirtschaften dieser Bodengröße in ha	In Prozenten zum gesamten bearbeiteten Boden
0,5 bis 2	1 154 000	29,6	1 243 000	2,3
2 „ 5	944 000	24,2	3 128 000	5,9
5 „ 10	747 000	19,1	5 336 000	10,0
10 „ 20	597 000	15,3	8 506 000	16,0
20 „ 100	420 000	10,7	14 791 000	27,7
100 „ 1000	38 063	1,0	9 959 000	18,7
1000 und mehr	3 688	0,1	10 330 000	19,4

Die Zahl der großen Güter (über 1000 Hektar) ist unter Hitler um 891 gewachsen, der zu ihnen gehörende Boden um fast 3 Millionen Hektar. Im Jahre 1939 besaßen 3 Millionen Bauernwirtschaften, d. h. fast drei Viertel aller Wirtschaften des Landes weniger Boden als 38 000 Großgrundbesitzer, deren jeder 100 bis 1000 Hektar besaß, und um 633 000 Hektar weniger Boden, als die 3688 größten Grundbesitzer.

Mehr als 2 Millionen Klein- und Mittelbauernwirtschaften von 0,5 ha bearbeiteten im Durchschnitt zwei Hektar Boden und besaßen als Eigentum noch weniger.

Das Neue unter Hitler bestand lediglich darin, das die Reihen der Gutsbesitzer durch eine Menge brauner Bonzen aufgefüllt wurden, die sich durch alle möglichen Schwindel-maßnahmen Boden erworben oder angeeignet hatten. Die große Masse der Gutsbesitzer, besonders der größten, stellte jedoch

weiterhin der alte Landadel, die Junker. Wir erinnern an die Namen und das Ausmaß des Besitzes der 17 größten Gutsbesitzer Deutschlands im Jahre 1939:

die Hohenzollern	97 000 ha Land
Fürst Pless von Fürstenberg	50 000 „ „
Fürst Hohenlohe-Öhringen	48 000 „ „
Fürst von Sigmaringen	46 000 „ „
Fürst Solms	39 000 „ „
Graf Stolberg-Wernigerode	37 000 „ „
Fürst von Ratibor	31 000 „ „
Fürst von Anhalt-Dessau	29 000 „ „
Graf Schaffgotsch	28 000 „ „
Herzog von Arenberg-Nordkirchen . .	28 000 „ „
Graf von Arnim	27 000 „ „
Prinz Friedrich Leopold von Hessen .	25 000 „ „
Graf von Brühl	23 000 „ „
Fürst von Sachsen	22 000 „ „
Fürst Thurn und Taxis	22 000 „ „
Graf von Finkenstein	21 000 „ „
Graf Thiele-Winkler	21 000 „ „

17 Großgrundbesitzerfamilien besaßen also fast 600 000 ha Land. Das ist nach Hitler das „gesunde Verhältnis“ der Großgrundbesitzerwirtschaften zu den kleinen und mittleren Bauernwirtschaften. Das ist die „soziale Gerechtigkeit“, die Hitler den Bauern versprochen hatte, in Wirklichkeit.

Hitler hat nicht nur die den Bauern versprochene Agrarreform nicht durchgeführt und den Landhunger nicht gestillt, er hat obendrein mehr als 1 Million Hektar Boden den Bauern weggenommen und für Militärflugplätze, Rollbahnen, Befestigungsanlagen und neue Rüstungswerke benutzt. Dabei betrog Hitler die Bauern in der gemeinsten Weise. Die Nazis forderten die Bauern auf, unentgeltlich Neuland zu bearbeiten, Wald zu roden, Sümpfe zu trocknen und versprochen, der neubestellte Boden würde den Bauern als Viehweiden zur Verfügung gestellt werden. Vertrauensvoll gingen die Bauern an die Arbeit, ohne ihre Kräfte zu schonen. Als aber dann anstelle der Sümpfe und Wälder Wiesen und Felder entstanden, wurden sie entweder sofort oder nach ein, zwei Jahren in Flugplätze verwandelt.

So stand es unter Hitler um den Boden, für den die deutschen Bauern mit der Waffe in der Hand schon vor 400 Jahren, zur Zeit des großen Bauernkrieges heldenhaft gekämpft hatten. Hitler gab den Bauern kein Land, sicherte den Besitz der Gutsbesitzer, die zwei Drittel des gesamten bestellten Bodens in Deutschland innehatten und nahm den Bauern mehr als eine Million Hektar Boden. Das ist das erste Verbrechen Hitlers den Bauern gegenüber.

Hitlers Siedlungspolitik.

Daß Hitler nicht im geringsten die Absicht hatte, den Landhunger der Klein- und Mittelbauern zu befriedigen, wird unwiderlegbar auch durch seine Siedlungspolitik bewiesen. Die unten angeführte Aufstellung zeigt, wie viele neue Bauernhöfe und -siedlungen in den 14 Jahren der Weimarer Republik durchschnittlich pro Jahr errichtet wurden und wie viele in den ersten sieben Jahren der Hitlerherrschaft entstanden sind. Aus der Aufstellung geht weiter hervor, wie hoch unter den Neusiedlern der Anteil der Klein-, Mittel- und Großbauern in den Jahren 1919/1932 und 1933/1939 war.

Neue Bauernhöfe und Neusiedlerstellen nach Größenklassen:

Jahre	Gesamtzahl der Höfe und Siedlungen	Mit einer Fläche von		
		weniger als 2 ha	2—10 ha in Prozenten	10 ha und darüber
1919—1932 (Durchschnitt)	4420	29,3	25,3	45,4
1933	4914	5,3	34,1	60,6
1934	4931	4,8	24,9	70,3
1935	3905	5,7	16,2	78,1
1936	3308	5,1	15,0	79,9
1937	1894	3,4	12,5	84,1
1938	1456	5,4	16,2	78,4
1939	798	4,0	13,9	82,1

(„Wirtschaft und Statistik“ Nr. 11 1940.)

Diese Angaben zeigen, daß die Weimarer Republik zwar für die Schaffung bäuerlicher Neusiedlungen äußerst wenig, Hitler aber noch bedeutend weniger getan hat. Im Jahre 1939 war die Zahl der jährlichen Neuansiedlungen durchschnittlich um 5 $\frac{1}{2}$ mal niedriger als zur Zeit der Weimarer Republik. Die Kleinbauern, die besonders unter der Landarmut zu leiden hatten, erhielten unter Hitler fast nichts, die Mittelbauern erhielten verhältnismäßig wenig und der Hauptanteil aller Neuansiedlungen, gegen 84 Prozent, entfiel unter Hitler auf die Großbauern.

Die Nazis schufen Neusiedlungen von Großbauern, besonders in Ostdeutschland, um sich während des Krieges gegen Polen und später gegen die Sowjetunion, den Hitler vorbereitete, auf diese stützen zu können. Das Hauptziel von Hitlers Siedlungspolitik, wie seiner ganzen übrigen Politik, diente somit nur der Vorbereitung des Raubkrieges.

Die wahren Ziele des Erbhofgesetzes.

Seinem ganzen Charakter nach war das am 29. November 1933 ausgegebene „Reichsgesetz über den Erbhof“ auf den Großbauern berechnet, in welchem Hitler seine Hauptstütze auf dem Lande sah. Durch dieses Gesetz wurden die „Bauernwirtschaften“ von 7,5 bis 125 ha, deren Besitzer ihre „arische Abstammung“ bis auf das Jahr 1800 nachweisen konnten und die vom Standpunkt der Nazis politisch zuverlässig waren, zu „Erbhöfen“ erklärt und mit Sonderrechten versehen. Der „Erbhof“ konnte nicht unter den Erben aufgeteilt werden, sondern ging ganz auf den ältesten Sohn über. Er durfte auch nicht versteigert werden. An die Stelle der Verschuldung an Banken und Privatpersonen setzte das Gesetz die Verschuldung an den Hitlerstaat.

700 000 Wirtschaften wurden zu Erbhöfen erklärt. Um bei den Mittelbauern die Illusion zu erwecken, daß ihre Lage sich unter der faschistischen Herrschaft verbessert habe, erklärten die Nazis auch einige zehntausend reiche Mittelbauernwirtschaften zu Erbhöfen. Aus den Reihen der Erbhofbesitzer wurden die Führer der faschistischen Organisationen auf dem Lande ernannt, die große Möglichkeiten

zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der Bauernschaft erhielten.

Die Bezeichnung „Bauer“ beließ Hitler, wie bekannt, nur den Erbhofeigentümern und ihren Familien. Alle übrigen, d. h. die große Mehrheit der Bauernschaft, wurde von nun an als „Landwirte“ bezeichnet.

Wozu brauchte Hitler diese Umbenennung? Im gegebenen Fall handelt es sich um die Anwendung einer alten und bekannten Methode der Sklavenhalter des Römerreiches, „Divide et impera!“ (Teile und herrsche). Hitler wollte eine möglichst tiefe Spaltung der Bauernschaft herbeiführen, Feindschaft zwischen den Erbhofbesitzern und der Mehrheit der Bauernschaft säen, diese Erbhofbesitzer nicht nur durch materielle, sondern auch durch andere Privilegien korrumpieren, um sie zu einer zuverlässigen Stütze seiner Herrschaft zu machen.

Die um ihr Erbe betrogenen jüngeren Söhne der Erbhofbauern wollte Hitler als Neusiedler und Kolonisatoren der Länder benutzen, die er durch den Krieg den polnischen, ukrainischen, bjelorussischen und russischen Bauern wegzunehmen gedachte. Er rechnete damit, daß die deutschen Jungbauern des Rechtes auf das väterliche Erbe beraubt, seine Eroberungspolitik im Osten unterstützen würden und daß er aus ihnen zuverlässiges Kanonenfutter für den Krieg machen könnte, den er vorbereitete.

Vertrat aber Hitler wenigstens die Interessen der 700 000 Erbhofbesitzer? Die Ereignisse haben gezeigt, daß Hitlers Herrschaft verhängnisvoll auch für sie war. Zu Beginn von Hitlers Herrschaft allerdings waren die Erbhofbauern sehr zufrieden mit Hitler, denn sie brauchten nicht mehr die Versteigerung ihrer Wirtschaften zu fürchten und die Nazis gaben ihnen in allem den Vorzug vor den übrigen Bauern. In jenen Jahren waren die Erbhofbauern stolz auf ihren neuen Titel, traten in die Nazipartei ein und waren felsenfest davon überzeugt, daß sie für alle Zeiten unabhängige Herren ihres Landes und ihrer Erzeugnisse sein würden.

Das alles war jedoch nur ein Trugbild. Der neue Gläubiger — der Staat — forderte sehr bald die Bezahlung der Schulden innerhalb einer bestimmten Frist. Im Falle der Nichtbezahlung erwarb der Staat das Besitzrecht auf die

betreffende Wirtschaft. Die Kontrollbeamten des Reichsnährstandes zwangen die Erbhofbauern, ihre Erzeugnisse zu festen Preisen abzuliefern. Somit brachte Hitler selbst die gutgestellten Bauernwirtschaften in Abhängigkeit von den Nazibehörden.

Schwere Schläge brachte den Erbhofbauern, wie auch dem ganzen deutschen Volke, der Hitlerkrieg. Viele der ältesten Söhne der Erbhofbauern fielen an den Fronten. „Der Erbhof ist geblieben, aber weder der Besitzer noch der Erbe sind da“, sagen verzweifelt zehntausende Erbhofbäuerinnen.

Die Entrechtung der deutschen Bauernschaft unter Hitler.

Eine der demagogischsten und verlogenen Methoden Hitlers, mit denen er die große Masse der Bauernschaft auf seine Seite zu ziehen suchte, war das von ihm im Jahre 1933 erlassene Gesetz, welches den Zwangsverkauf von Bauernwirtschaften wegen nicht bezahlter Schulden untersagte.

Hunderttausende von Bauern, die am Rande des Bankrottes standen, sahen nun in Hitler ihren Retter und gaben ihm ihre Unterstützung. Dieses Gesetz widersprach jedoch den Interessen der Besitzer von Hypothekenbanken, der Wucherer und Großbauern, die Hypotheken auf den Boden der Bauern besaßen; Hitler hob daher schon am 1. Januar 1934 dieses Verbot wieder auf, und allein im Jahre 1934 stieg die Zahl der unter den Hammer gekommenen Bauernwirtschaften von 1518 auf 2270, das heißt, um das anderthalbfache.

Hitler nahm den Bauern, wie auch dem ganzen deutschen Volke, nicht nur alle politischen Rechte, darunter das Recht ihren Bürgermeister, die Mitglieder der Gemeindeverwaltung und die Leiter der Genossenschaften zu wählen; er löste nicht nur alle Bauernorganisationen auf, Schritt um Schritt nahm er den Bauern das Recht, in ihrer eigenen Wirtschaft nach Gutdünken zu walten. Tatsächlicher Beherrscher der Bauernwirtschaften wurde der Reichsnährstand, von Hitler ins Leben gerufen, um den Bauern ihre gesamten Erzeug-

nisse abzupressen, soweit sie nicht für Saat und Eigenversorgung notwendig waren. Mit diesem Ziel verbot Hitler schon lange vor dem Kriege den freien Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zwang die Bauern, ihre Erzeugnisse zu niedrigen Preisen bei den Annahmestellen abzuliefern, verbot das freie Schlachten von Vieh, führte die Zwangskontrolle über das Schlachten und für Schwarzschlachten Gefängnisstrafen ein. Er führte die „Hofkarte“ ein, in welche der gesamte landwirtschaftliche Besitz des Bauern bis zum letzten Huhn eingetragen sein mußte.

Einmischung in das wirtschaftliche und persönliche Leben des Bauern, Angeberei, Bespitzelung, erreichten unter Hitler eine nie gekannte Blüte.

Schon lange vor dem Krieg, am 4. April 1936, erklärte der „Völkische Beobachter“ in bezug auf den deutschen Bauern zynisch:

„Der Hof ist nicht mehr sein eigen, auf dem er schalten und walten kann wie er will.“

Und diesmal hatte das Zentralorgan der NSDAP ausnahmsweise die Wahrheit gesagt: Schon zwei Jahre nach dem Machtantritt nahm Hitler den Bauern das Recht, über ihre eigene Wirtschaft zu bestimmen.

Schweren Schaden fügte der Bauernschaft die Politik der Hitlerregierung auf dem Gebiete der Viehzucht zu. Der Mangel an eigenen Futtermitteln und die Weigerung der Nazis, solche aus dem Auslande einzuführen (im Zusammenhang mit der Knappheit an Valuta, die für den Erwerb von Materialien und Rohstoffen für die Rüstungsindustrie verwendet wurde), führten zu einem Ansteigen der Futtermittelpreise. Das war nur für die Großgrundbesitzer und Großbauern von Vorteil, die nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen vermochten, sondern darüber hinaus unter der Hand Futtermittel verkauften. Die große Masse der Bauern aber, die gezwungen war, Futtermittel zu kaufen, wurde in den Bankrott getrieben. Es wurde unvorteilhaft, Vieh zu halten, und die Kopfzahl desselben in den Bauernwirtschaften sank rapid. Davon zeugen deutlich die offiziellen Angaben der deutschen Statistik. Vergrößerung (+) oder Verringerung (—) der viehbesitzenden Wirtschaften und Anzahl des Viehs in ihnen im Jahre 1939, verglichen mit dem Jahre 1933 (v. H.).

Wirtschaftsgruppen	Bäuerliche Zwerg-, Klein- und Mittelwirtschaften				Großbauernwirtschaften	
	in (ha)				10-20	20-50
	0,5-1	1-2	2-5	5-10		
Wirtschaften mit Pferden	- 30,2	- 37,5	- 26,9	- 11,2	+ 5,1	+ 4,1
Zahl der Pferde	- 25,0	- 34,1	- 25,0	- 7,1	+ 16,3	+ 15,5
Wirtschaften mit Kühen	- 32,0	- 18,3	- 7,8	- 1,5	+ 6,9	+ 4,5
Zahl der Kühe	- 34,9	- 23,1	- 10,3	- 1,7	+ 8,0	+ 6,0
Wirtschaften mit Schweinen	-	- 9,3	- 8,6	-	+ 7,6	+ 4,9
Zahl der Schweine	-	- 12,5	- 10,9	- 0,8	+ 12,2	+ 7,6

Hitler hatte den Bauern „Brechung der Zinsknechtschaft“ und finanzielle Unterstützung versprochen. In Wirklichkeit gab Hitler hunderte Millionen RM. . . an die Gutsbesitzer. Schon im Jahre 1933 befreite er die Gutsbesitzer und Großbauern von den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung und schenkte ihnen auf diese Weise 40 Millionen RM. Hitler stellte den Gutsbesitzern und Großbauern die sogenannten Landhelfer als unentgeltliche Arbeitskräfte zur Verfügung und zahlte ihnen obendrein noch 35 Millionen RM aus Staatsmitteln zum Unterhalt dieser Arbeitskräfte. Den größten Gutsbesitzern und Großbauern in Ostpreußen machten die Nazis in Form der „Osthilfe“ 213 Millionen RM zum Geschenk.

Ein evangelischer Landpfarrer, Sohn des Bauern Mathias Klein, sagte sehr richtig: „Statt Enteignung der Grundbesitzer gab der Staat unerhörte Zuschüsse für die Großgrundbesitzer, die auf Kosten des darbenenden Landmannes ein Leben in Luxus und Herrlichkeit führten.“ Durch dieses Schlemmerleben gerieten sie oft in Schulden. Die Schulden dieser Herren wurden aus dem Staatssäckel, d. h. auf Kosten des Volkes bezahlt. Unter Hitler erreichte das preußische Junkertum eine neue Blüte.

Was die „Zinsknechtschaft“ der Bauern anbetrifft, so verringerte sich die Verschuldung der großen Masse der Bauern vor dem Krieg nicht nur nicht, sondern stieg sogar noch weiter, was zurückzuführen ist auf die Zwangsablieferungen der Erzeugnisse zu niedrigen Preisen, die Teuerung der Industrieerzeugnisse und die Erhöhung der Steuern, Abgaben und Sammlungen aller Art. Angaben der offiziellen Bankzeitschrift „Die Bank“ zufolge überstieg die Gesamtsumme der bäuerlichen Verschuldung zu Beginn des Jahres 1933 11 Milliarden RM und betrug am ersten Januar 1939 12 Milliarden RM. Allein die Zinsen dieser Schulden machten jährlich die ungeheure Summe von 580 Millionen RM aus.

Wie sehr sich unter Hitler die Lage der kleinen und mittleren Bauernschaft verschlechterte, geht besonders deutlich daraus hervor, daß in den Jahren 1933 bis 1939 die Zahl der selbständigen Bauernwirtschaften um 217500 abnahm. Anderthalb Millionen Bauern mit ihren Familienangehörigen waren gezwungen, ihre Heimatdörfer zu verlassen und in den Städten Arbeit zu suchen. Das deutsche Dorf jedoch verlor 11 Prozent seiner Arbeitskräfte, und das ungeachtet der Tatsache, daß die Nazis im Jahre 1937 ein Gesetz herausgaben, welches den Tagelöhnern verbot, die Dörfer zu verlassen.

Der Bauernbetrug mit dem Schlagwort „Lebensraum im Osten“.

In dem Bestreben, das deutsche Volk, und darunter auch die Bauernschaft, zur Teilnahme am Eroberungskrieg und vor allem am Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten, verkündeten die Nazis Jahre hindurch mit Nachdruck, daß die Deutschen „Lebensraum“ brauchen, da der eigene angeblich nicht ausreiche.

In seinem Buch „Mein Kampf“ schrieb Hitler im Zusammenhang mit der Kritik der deutschen Politik der Zeit Wilhelms II.:

„Für Deutschland lag demnach die einzige Möglichkeit zur Durchführung einer gesunden Bodenpolitik nur in der Erwerbung von neuem Lande in Europa selber. . . Wollte

man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“ (Mein Kampf S. 351—355.)

In dem gleichen Buch erklärte Hitler zynisch, wenn er von der Eroberung neuer Länder in Europa spreche, dann könne er natürlich in erster Linie nur an Rußland und die ihm angeschlossenen Randstaaten denken.

Mehr als 20 Jahre lang, bis zum Augenblick ihrer völligen militärischen Zerschmetterung, hämmerten Hitler und die Nazis in die Köpfe der deutschen Bauern und aller Deutschen die Behauptung, sie hätten zu wenig Land und könnten ihre Existenz nur durch einen Eroberungskrieg gegen die UdSSR sichern.

Tatsächlich hatten die Kleinbauern Deutschlands wenig Land, und die meisten Tagelöhner hatten gar keines. Aber um ihnen Land zu geben, hätte es genügt, den Tagelöhnern und Kleinbauern das Land der Grundbesitzer zu übergeben.

Die Aufteilung von 17 Millionen Hektar Land der Großgrundbesitzer unter die Kleinbauern und landlosen Landarbeiter würde jedem von ihnen eine Wirtschaft von mehr als 12 ha sichern. Allein die Aufteilung des Bodens der 17 größten Grundbesitzer Deutschlands würde gestatten, 75000 Bauernfamilien, mit Wirtschaften unter 2 ha, Wirtschaften von je 10 ha zu geben.

Man sollte meinen, die deutschen Bauern hätten sehen müssen, daß Hitlers Plan, sie durch den Raub sowjetrusischer und polnischer Gebiete mit Land zu versorgen, ein Abenteuer bedeutete, aus dem ihnen keine Vorteile, sondern furchtbare Opfer erwachsen mußten. Dennoch gingen viele deutsche Bauern der Nazilüge vom „Lebensraum im Osten“ auf den Leim.

Erst nach dem Zusammenbruch des hitlerschen „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion, nach der Niederlage der Deutschen vor Moskau und der siegreichen Winteroffensive der Roten Armee 1941/42 begannen viele Bauern sich vor der Fahrt nach dem Osten zu fürchten. Im Frühjahr 1942 konnte man bereits häufig hören: „Es ist besser, weniger Land zu haben, aber dafür in der Heimat.“ Der Bauer

Ernst Kolb aus Köln-Füllingen schrieb im Sommer 1942 seinem Freunde an die Front: „Jetzt wird wieder viel von der Ansiedlung im Osten gesprochen. Unser Bauernführer May, der hier sowieso nichts zu verlieren hat, hat bereits den Wunsch geäußert, zu fahren und erklärt, er ziehe es vor, dort im Auto zu fahren, als hier auf dem Fahrrad. Die Meinungen in dieser Frage gehen jedoch auseinander. Die Verdienstmöglichkeiten im Osten sind besser. Wir würden gerne Land dort haben, aber freiwillig mache ich diesen Tausch dennoch nicht.“

So war es in einer großen Zahl deutscher Dörfer. Die faschistischen Taugenichtse, die sich durch die Ausplünderung fremder Völker ein angenehmes Leben verschaffen wollten, fuhren bereitwillig nach dem Osten, um sich in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten anzusiedeln. Der Durchschnittsbauer war im Grunde auch nicht abgeneigt, sich im Osten „gesundzustoßen“, fürchtete jedoch, daß dieser Versuch ein böses Ende für ihn nehmen könnte und zog es daher meist vor, zu Hause zu bleiben. Das aber paßte durchaus nicht in die Pläne der Nazis, und sie überredeten die deutschen Bauern mit allen Mitteln, in die besetzten Gebiete zu fahren. Der Nachfolger Darrés und neue Tyrann der deutschen Bauern, Backe, beispielsweise schrieb am 29. November 1942 im „Völkischen Beobachter“:

„Wir müssen begreifen, daß ein Sieg in diesem Krieg zwecklos ist, wenn wir im Laufe von 20 Jahren nicht die Menschen für die Besiedlung des Neulands haben. Wir müssen aus den alten Bauernbezirken des Reiches gutes Bauernblut freimachen zur Besiedlung des Ostraumes.“

Das „gute Bauernblut“ zeigte aber offenbar keine große Neigung, sich durch diese neuen gaunerhaften Versprechungen der Nazis verlocken zu lassen.

So begann Hitler, zwangsweise deutsche Bauern aus der Heimat in die vorübergehend von ihm besetzten Sowjetgebiete zu schicken, in denen der Partisanenkrieg gegen die deutschen Okkupanten sich immer drohender entwickelte.

Womit die Ansiedlung der deutschen Bauern in den vorübergehend besetzten Sowjetgebieten und ebenso in Polen endete, ist allgemein bekannt.

Ein Korrespondent einer neutralen Zeitung erzählt, daß im Jahre 1944 die Bahnhöfe von Warschau mit deutschen Bauern überfüllt waren, die vor der angreifenden Roten Armee aus den ehemals von den Deutschen besetzten Sowjetgebieten flüchteten. In der Menge fiel ein junges Bauernmädchen auf, das laut weinte und den Umstehenden erzählte: „Alles, alles mußten wir zurücklassen: das Haus, 15 Schweine, 4 Kühe, und selbst die Koffer mit unseren Sachen, die wir aus Deutschland mitgebracht hatten, denn die Polizisten sagten uns, wir müßten unverzüglich fort, die Russen wären schon nahe.“

Dieses Mädchen hat die Dinge richtig dargestellt: Die deutschen Bauern, die Hitler Glauben geschenkt hatten und, verlockt durch die Hoffnung auf mühelose Bereicherung auf Kosten fremden Eigentums, nach dem Osten gefahren waren, verloren nicht nur, was sie dort zusammengeraubt hatten, sondern auch den eigenen Besitz, den sie aus der Heimat mitgebracht hatten, und wurden somit völlig ruiniert.

Die deutsche Bauernschaft im Schraubstock des Hitlerkrieges.

Der Raubkrieg Hitlers gegen die Sowjetunion brachte über die deutsche Bauernschaft, wie auch über das ganze deutsche Volk, ungeheure Leiden. Für die Bauern gab es keine Zurückstellung bei der Einberufung, sie wurden von den Behörden nicht als „unabkömmlich“ anerkannt. Hitler trieb alle erwachsenen Bauern und Bauernjungen, die nur irgendwie eine Waffe tragen konnten, an die Front. Das deutsche Dorf verlor an Toten etwa dreimal so viel Menschen wie während des ersten Weltkrieges.

Schon kurz nach Beginn des von Hitler entfesselten zweiten Weltkrieges, und besonders während des Krieges gegen die UdSSR, wälzten die Nazis die Hauptlast der landwirtschaftlichen Arbeiten auf die Schultern der Bäuerinnen und auf die Greise und Kinder. Die meisten Bauernpferde waren für die Wehrmacht requiriert. Wegen des Mangels an Pferden und Brennstoff mußte ein bedeutender Teil der Arbeit im Handbetrieb verrichtet werden.

Das landwirtschaftliche Gerät nutzte sich ab; neues zu kaufen war unmöglich, und selbst die Reparatur des alten mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Sogar die Hitlerpresse konnte nicht verbergen, daß die die Kräfte der Bäuerinnen übersteigende Arbeit deren Gesundheit untergrub. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ teilten am 10. Mai 1942 mit, Untersuchungen, die von der Göttinger Universität angestellt wurden, hätten ergeben, daß die Bäuerinnen 12 Stunden täglich und während der Erntezeit auch 17 und noch mehr Stunden auf den Feldern arbeiteten.

Im „Völkischen Beobachter“ vom 22. Juli 1942 wurde mitgeteilt, daß infolge der schweren Arbeit der Bäuerinnen die Fehlgeburten zugenommen hätten. Schwer hatten es auch die Greise. Schon im Herbst 1942 schrieben viele alte Bauern ihren Söhnen an die Front, daß sie unmöglich noch einen Sommer derart angespannter Arbeit überstehen würden und nur noch eines herbeisehnten: das Ende des Krieges.

Infolge des Krieges nahm die Ertragsfähigkeit der Bauernfelder immer mehr ab. Aber die Nazis zwangen die Bauern unter Androhung schwerer Strafen, dennoch die Ablieferungen in vollem Maße aufrechtzuerhalten. Die Eltern des Gefreiten Hans Baumann schrieben ihm am 16. Februar 1943 aus Buxhausen: „Franz muß noch 8 Zentner Hafer und 7½ Zentner Kartoffeln abliefern. Oft weiß man nicht, woher das alles nehmen. Aber die Menschen sind zu Wölfen geworden. Oh, wäre dieser entsetzliche Krieg schon zu Ende.“

Im Mai 1943 verboten die Behörden den Bauern jeglichen Verkauf von Obst an den Verbraucher und zwangen sie, die gesamte Obsternte zu festen Preisen abzuliefern. In der Verordnung wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß „das von den Hausgartenbesitzern geerntete Obst, das nicht erwerbsmäßig angebaut wird“, von den Bestimmungen der Anordnung ausgenommen sei.

Die Reichen konnten auf diese Weise beliebig viel Obst essen oder zu Wucherpreisen verschieben, während den Bauern die gesamte Ernte ihrer Beerenbeete und Obstgärten gewaltsam abgenommen wurde.

Die bäuerliche Viehzucht mußte infolge des Mangels an Futtermitteln immer mehr eingeschränkt werden.

Bis zu welchem Ausmaß die Nazis die wirtschaftliche Initiative des Bauern drosselten, geht beispielsweise aus dem Brief eines Bauern hervor, den dieser 1942 seinem Sohn Erwin an die Ostfront schrieb: „Wir haben kein Futter für das Geflügel mehr. Geflügel mit Korn oder Kartoffeln zu füttern, ist jedoch verboten.“

Gleichzeitig bestachen die Grundbesitzer und Großbauern die Nazibeamten, trieben ungestraft Wucher und bereicherten sich an der Not des Volkes.

Die Luftangriffe auf das Rhein- und Ruhrgebiet und andere Industriegebiete Deutschlands fügten auch tausenden der in der Nähe der Städte gelegenen Dörfer schwere Schäden zu. Die Drosselung der Herstellung von Gebrauchsgütern wirkte sich schwer auf Wirtschaft und Leben der Bauern aus. Die Massenevakuierung der ausgebombten Städter in die Dörfer und ihre Einquartierung in die Bauernhäuser bedeuteten eine peinliche Beengung der Bauernfamilie.

Je ernster sich die Lebensmittellage Deutschlands gestaltete, desto rücksichtsloser zwangen die Nazis die Bauern, ihre Viehbestände einzuschränken.

Den letzten und schwersten Schlag gegen die deutsche Vieh- und Geflügelzucht führte Hitler kurz bevor die Rote Armee das Banner ihres Sieges über Berlin hißte und das deutsche Volk von der Nazityrannie befreite. Am 12. März 1945 gab der Ministerialrat im Naziministerium für Ernährung Stock über den Rundfunk folgende Verfügung der Regierung bekannt: Alle Privatvorräte an Kartoffeln und Hafer werden beschlagnahmt. Bis zum 1. April muß alles Geflügel mit Ausnahme von Hühnern geschlachtet werden. Nach dem ersten Juni dürfen nur Familien, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, Hühner halten, und zwar nicht mehr als ein Huhn je Familienmitglied. Alle übrigen Hühner haben geschlachtet zu werden. Schweine und Kleinhornvieh haben im wesentlichen geschlachtet zu werden. Es darf nur solches Vieh gehalten werden, welches mit Abfällen gefüttert werden kann. Ein bedeutender Teil des Großhornviehs muß ebenfalls geschlachtet werden.

Diese Verordnung erfolgte, um die völlige Katastrophe in der Lebensmittelzuteilung wenigstens um einige Zeit hinauszuschieben, und um den Krieg noch einige Zeit fortsetzen zu können.

Ein furchtbares Erbe hinterließ Hitler dem deutschen Volk und besonders der deutschen Bauernschaft. Jahrzehnte angestrengtester Arbeit der Bauern werden nötig sein, um wenigstens die Wunden zu heilen, die geheilt werden können. Die Toten jedoch werden nicht auferstehen, die Krüppel werden ihre Gesundheit nicht wiedererlangen, die verwaisten Familien ihre Angehörigen nicht zurückerhalten. Wie ein vernichtender Orkan ist die grausame Herrschaft Hitlers über das deutsche Dorf hinweggegangen. Sein Name wird auf ewig von den deutschen Bauern verflucht werden.

Was Hitler den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern versprochen hat.

Mit besonderem Eifer suchten die Nazis den deutschen Mittelstand auf ihre Seite zu ziehen. Im Punkt 16 des Programms der Hitlerpartei heißt es:

„Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.“

Hitler versprach den Gewerbetreibenden, die Genossenschaften aufzulösen, die Steuern zu senken und die Lebensmittelpreise herabzusetzen.

Hitler schimpfte, was das Zeug hielt, auf die Warenhäuser. Im „ABC des Nationalsozialismus“ gibt es ein besonders marktschreierisches Kapitel unter der Überschrift: „Warum bekämpft die NSDAP die Warenhäuser?“ Die Nazis erklärten, die Warenhäuser seien „eine Schädigung für die Allgemeinheit“, sie richten mit ihrer Schmutzkonkurrenz die kleinen soliden Geschäftsleute zugrunde und schädigen die Käufer, indem sie ihnen durch verlogene Reklame Ramschwaren andrehen.

Hitler versprach dem Mittelstand, er werde ihn aus den Klauen der Wucherer und Banken befreien, die „Zinsknechtschaft brechen“ und die ständige Gefahr des Bankrotts für den Mittelstand beseitigen. Im „ABC des Nationalsozialismus“, dem Programmbuch der Nazis, heißt es: „Was wir brauchen, ist der für die Staatserhaltung und Wirtschaftsmoral unentbehrliche Mittelstand.“

Die Nazis versprachen den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern, daß die Beraubung, wirtschaftliche Ausschaltung und physische Ausrottung der jüdischen Geschäftsleute und Handwerker die Lage des deutschen Mittelstandes wesentlich verbessern werde.

Es ist bekannt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Mittelstandes Hitler fast bis zum Ende unterstützte und daß gerade aus seiner Mitte eine Menge aktiver Nationalsozialisten hervorgegangen ist.

Was Hitler den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern brachte.

Von allen Versprechungen, die Hitler den Gewerbetreibenden und Handwerkern gemacht hatte, erfüllte er nur eins: Er rottete auf bestialische Art die jüdischen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute aus, und zwar in einer Art und Weise, die die Menschen in allen Ländern des Erdballs, soweit sie nicht die Fähigkeit menschlich zu fühlen und zu denken verloren hatten, vor Entsetzen und Empörung erzittern ließ. Hitler begann mit dem Boykott der jüdischen Geschäfte und Handwerker und nahm diesen später ihren Besitz gänzlich weg. Dann folgte das Furchtbarste von allem: Die ruinierten Juden und ihre Familien, einschließlich Kinder und Greise, wurden entweder in Deutschland selbst bestialisch ermordet oder auf Befehl Hitlers in die eigens dafür eingerichteten Todeslager in Polen nach Majdanek, Auschwitz und andere verschleppt.

Über die ungeheuerliche, in der Geschichte der Menschheit beispiellose Verhöhnung der Menschenwürde, über die Massenhinrichtungen unschuldiger Kinder, Frauen, Männer und Greise in diesen Lagern wird im folgenden berichtet werden, wenn die Rede auf die furchtbare Schande kommen wird, die Hitler durch seine Verbrechen über das deutsche Volk gebracht hat. An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß die Mehrheit der deutschen Gewerbetreibenden und Handwerker, zu ihrer größten Schande, freiwillig, ja bereitwillig die von den Nazis in Umlauf gesetzte Verleumdung der Juden unterstützte, den Boykott und die Vernich-

tung ihrer jüdischen Nachbarn guthieß; so tief war der moralische Sturz vieler deutscher Kleinbürger, daß sie selbst aktiv an den Judenpogromen und an der Plünderung der jüdischen Geschäftshäuser und Wohnungen teilnahmen.

Kein einziges Warenhaus, ob es früher einem Juden gehört oder sich in Händen eines deutschen Kapitalisten befunden hatte, wurde kommunalisiert und an Kleingewerbetreibende und Handwerker vermietet. Anfangs erklärte Hitler dies damit, daß er zuerst die Arbeitslosigkeit überwinden müsse, die Schließung der Warenhäuser aber sie vergrößern würde. Dann wurde es überhaupt still um dieses Thema, und schon im Jahre 1933 löste Hitler den „nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“, der für die Schließung der Warenhäuser Propaganda machte, wieder auf, mit der Begründung, der Kampfbund „habe seine Mission erfüllt“.

Die Warenhäuser, die früher Juden gehört hatten, erfuhren nur insofern eine Änderung, als sie ihre Besitzer wechselten und zu einer Quelle der Bereicherung für die Nazibonzen wurden. Hier eines von vielen gleichartigen Beispielen: Die Organisation der Nazipartei in Bernburg-Talstadt entsandte ihren Führer, Schmidt, einen ehemaligen Kommissionär, in den Karstadt-Konzern „zur Vorbereitung der Auflösung dieses Konzerns“. Bei Karstadt wurde Schmidt zum Personalchef ernannt, bezog ein hohes Gehalt, und später wurde über die Auflösung des Konzerns nicht mehr gesprochen.

Was die Läden der Konsumgenossenschaften anbelangt, so nahm Hitler sie den Arbeiterorganisationen weg, und verfügte ihre Umbenennung in „Verbrauchergenossenschaften“. In ihnen, ebenso wie in den ehemals jüdischen Warenhäusern, führten die braunen Bonzen das große Wort und bereicherten sich.

Wie in allen bürgerlichen Ländern, wurden auch in Deutschland die Großunternehmer immer reicher und erweiterten ihre Geschäfte, die kleinen und mittleren jedoch verarmten und machten Bankrott. Der Prozeß der Verarmung und des Bankrotts des kleinen Mannes nahm unter der Hitlerherrschaft nicht nur seinen Fortgang, sondern verschärfte sich, entgegen allen Versprechungen Hitlers noch weiter.

Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft Deutschlands auf den Krieg beschleunigte und verstärkte den Prozeß der Produktionskonzentration und führte zur Verdrängung und zum Bankrott der Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Bei der Vergebung von Lieferungen, Rohstoffen, Brennstoff und Arbeitskräften gaben die Nazis immer den größten und großen Unternehmen den Vorzug. Die Großen drückten sich erfolgreich vor der Bezahlung eines bedeutenden Teils ihrer Steuern; den kleinen Geschäftsinhabern hingegen preßten die Nazis erbarmungslos die Steuern und zahllose „freiwillige Spenden“ ab, die sie in obligatorische Abgaben verwandelten.

Die Nazibehörden setzten Minimalausmaße des Warenumsatzes fest, und wenn ein Geschäfts- oder Handwerksunternehmen dieses Minimum nicht erreichte, dann wurde erklärt, seine Aufrechterhaltung „entspreche nicht den nationalen Interessen“, die Behörden entzogen ihm alle Staats- und Gemeindelieferungen und schlossen es. Diese den Interessen der Großen dienenden Methoden der Erdrosselung der Kleinbourgeoisie machten sich allseits fühlbar in einem starken Rückgang der Kleinbetriebe. Seit dem Jahre 1937 vollzog sich ihr Bankrott mit besonderer Beschleunigung.

Deutsche Statistiken zeigen, daß in den Jahren 1933 bis 1939 700 000 Handwerksunternehmen bankrott machten oder geschlossen wurden. Hunderttausende Kleinhändler erlitten das gleiche Schicksal. Allein im Jahre 1937 wurden in der Provinz Brandenburg infolge Bankrotts 10 000 oder 20 Prozent aller Kleingeschäfte geschlossen. 1938 machten in Hamburg 600 Milchläden, in München 1500 kleine Lebensmittelgeschäfte zu. Das gleiche ging auch in anderen deutschen Städten vor sich. Das war das erste „Geschenk“ Hitlers an den Mittelstand, das er ihm noch vor dem Kriege überreichte.

Der Ruin der kleinen Handels- und Industrieunternehmen durch die Nazis während des Krieges.

Zu Beginn seines Eroberungskrieges zog Hitler eine Menge Handwerker und Kleinhändler zur Wehrmacht ein. Unter ihnen gab es keine „UK Gestellten“. Sie hatten nicht die Mittel, die Nazibeamten zu bestechen und erhielten keine

Zurückstellung. Vor dem Kriege, im Jahre 1939, gab es in Deutschland 1 600 000 Handwerksbetriebe, in denen 5,2 Millionen Menschen beschäftigt waren und 833 000 Einzelhandelsgeschäfte, in denen 2,2 Millionen Menschen tätig waren. Infolge der massenweisen Einberufung ihrer Besitzer mußten Zehntausende von Werkstätten und Läden geschlossen werden. Durch die Massenverbrauchsschrumpfung und Umsatzdrosselung wurden in den Kriegsjahren weiter viele kleine Geschäfte ruiniert. So wurden nach einer Mitteilung des Reichswirtschafts-Ministeriums noch vor der Totalmobilisierung in Deutschland 10 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte, d. h. etwa 84 000 Geschäfte geschlossen. Das war das „zweite Geschenk“ Hitlers an den Mittelstand.

Einen besonders schweren Schlag gegen den Mittelstand bedeutete die Totalmobilisierung. Um seinen verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen zu können, schickte Hitler neue Hunderttausende deutscher Geschäftsleute und Handwerker an die Front.

Eine ganze Reihe von Handelszweigen wurden im Zuge dieser Aktion völlig liquidiert. Zu Beginn des Jahres 1943 schlossen die Nazis in Deutschland: 75 000 Geschäfte für Haushalt- und Wirtschaftswaren, Blumenläden, Parfümeriegeschäfte, Konditoreien, Juweliergeschäfte usw.

Außerdem wurden alle Läden geschlossen, die Teppiche, Pelze, Sportgegenstände und Musikinstrumente führten. Gleichzeitig wurden alle Speditionsfirmen und die Verkehrsbüros dieser Firmen geschlossen.

Durch die Totalmobilisierung vernichtete Hitler ganze Zweige des Handwerks und ruinierte die Besitzer der entsprechenden Werkstätten. Die Nazis schlossen alle Werkstätten, in denen Kleidung nach Maß hergestellt wurde, die Damenhüte erzeugten, Plissieranstalten, Juwelierwerkstätten usw. Auch zahlreiche Damenfriseurläden, Cafés, Restaurants und Vergnügungsunternehmen wurden geschlossen. Die Schließungsbefehle schlossen mit der stereotypen Phrase: „Gegen diese Verordnung gibt es keine Berufung.“

Aber Hitler begnügte sich nicht damit, diese Unmenge von Geschäften und Kleinunternehmen zu schließen, man benutzte die Gelegenheit, um ihre Besitzer bis aufs Hemd auszuplündern. Den Eigentümern der geschlossenen Ge-

schäfte, Werkstätten, Kaffeehäuser usw. wurde verboten, die verbliebenen Warenbestände und Einrichtungen aufzubewahren oder zu verkaufen; sie wurden unter Androhung schwerster Strafen gezwungen, den gesamten Besitz den Behörden zu einem lächerlich niedrigen Preis abzulassen. Noch nie in der Geschichte Deutschlands waren die deutschen Geschäftsleute und Handwerker einer so schamlosen Massenplünderung unterworfen worden.

Selbst die Nazipresse konnte nicht verhehlen, daß Hunderttausende von Mittelständlern im Rahmen der Totalmobilisierung vollständig zugrunde gerichtet wurden. In der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. März hieß es:

... „Daß die Stilllegung ihrer Betriebe für die Betroffenen ein außerordentlich schweres Opfer ist, darf nicht verkannt werden. Nicht nur die Besitzer, sondern auch die Räumlichkeiten, die vorhandenen Warenlager, die Organisations- und Betriebsmittel werden anderen Verwendungen zugeleitet. Die Kontingente und damit der oft mühsam und in vielen Jahren erworbene Kundenkreis werden zu anderen Betrieben verlagert. Es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es sich bei diesen Maßnahmen um einen sehr weitgehenden Eingriff handelt und daß die Inhaber der stillgelegten Betriebe ein Opfer bringen, das noch erheblich über das hinausgeht, was andere Kreise des Volkes im totalen Krieg an Belastungen und Einschränkungen auf sich nehmen müssen.“

Hitler begnügte sich nicht mit dem Ruin des Mittelstandes. Unverzüglich warf er die ihres Besitzes beraubten Frauen und Greise in die Kriegsbetriebe.

So verwandelte Hitler ehemals selbständige Männer und Frauen in rechtlose Werkzeuge seiner Kriegsmaschine.

Die wahre Einstellung Hitlers und der Nazis zum Mittelstand brachte in zynischer Weise Himmlers Organ „Das Schwarze Korps“ zum Ausdruck, welches Anfang 1943 schrieb:

„Der deutsche Mittelstand ist tot und soll nach dem Kriege nicht wieder zu neuem Leben auferstehen. ‚Mittelstand‘ — das Wort stammt aus dem Arsenal der Demokratie. Wenn wir unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege umbauen, müssen wir auf jeden Fall die alten Fehler vermeiden. Das Gespenst des Mittelstandes gehört bereits ins Archiv.“

Das war es, was den deutschen Mittelstand nach einem Siege Hitlers erwartete. Die Totalmobilisierung war das dritte Geschenk Hitlers an den Mittelstand.

Unter dem eisernen Griff Hitlers mußte der Mittelstand, wie auch das ganze deutsche Volk, furchtbare, ungeheuerliche Blutopfer bringen.

Besonders katastrophal waren für den Mittelstand die letzten drei Kriegsjahre. Die massierten Luftangriffe vernichteten das Vermögen hunderttausender Kleinhändler und Handwerker, die bis dahin noch verschont geblieben waren. Diese Menschen verloren nun alles und wurden zu heimatlosen, umherirrenden Bettlern.

Daß der Krieg durch Hitlers Schuld weitergeführt wurde, brachte für den Mittelstand neue schwere Opfer an Gut und Blut mit sich.

Die ehemaligen kleinen Besitzer überzeugten sich jetzt durch eigene furchtbare Erfahrung davon, daß weder die Ausrottung der Juden, noch die Ausplünderung von 11 Staaten, die die deutsche Armee besetzt hatte, noch die Ausbeutung von 5 Vasallenstaaten ihnen irgendwelchen Vorteil brachten.

In der ganzen Geschichte Deutschlands ist der Mittelstand nie und von niemandem so erbarmungslos zugrunde gerichtet und schließlich vernichtet worden wie von Hitler. Durch die Unterstützung, die er Hitler vor und nach der Machtergreifung leistete, grub sich der deutsche Mittelstand sein eigenes Grab.

Was Hitler den deutschen Mädchen und Frauen versprochen hat.

Während der Wahlkampagne im Jahre 1932 konnte man in den deutschen Städten an allen Mauern Bildplakate sehen: „Millionen Männer ohne Arbeit. Millionen Kinder ohne Brot. Frauen, rettet die deutsche Familie! Wählt Adolf Hitler!“

In Punkt 21 ihres Parteiprogramms erklären die Nationalsozialisten:

„Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit . . .“

Den deutschen Mädchen versprach Hitler eine glückliche Ehe, die sie von der Notwendigkeit, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten, befreien und ihnen ermöglichen würde, sich ganz und gar der Familie zu widmen.

Die Nazis erklärten: „Der Nationalsozialismus will der deutschen Frau wieder die Möglichkeit geben, ihren eigentlichen Beruf auszufüllen, den Beruf, den ihr die Natur zugewiesen hat, nämlich Gattin und Mutter zu sein! Die deutschen Frauen wollen aber auch in der Hauptsache Gattin und Mutter, sie wollen nicht Genossin sein . . . Sie haben keine Sehnsucht nach der Fabrik, keine Sehnsucht nach dem Büro und auch keine Sehnsucht nach dem Parlament. Ein trautes Heim, ein lieber Mann und eine Schar glücklicher Kinder stehen ihrem Herzen näher. Der Nationalsozialismus wird dafür sorgen, daß die deutschen Männer wieder Arbeit bekommen und eine Familie gründen und ernähren können; dann werden auch wieder die Frauen aus den ihnen durch die Zeit aufgezwungenen Berufen herauskommen.“ (ABC des Nationalsozialismus S. 198—199.)

Wiederholt hat Hitler den deutschen Müttern ein für sie besonders wertvolles Versprechen gegeben: den Frieden zu erhalten. In einer Rede in Nürnberg erklärte er feierlich, niemals werde eine deutsche Mutter durch seine Taten Anlaß haben, Tränen zu vergießen.

Die Nazis versicherten, Hitler strebe danach, die Reinheit und Sauberkeit der deutschen Frau und des ganzen Volkes zu erhalten. Sie sparten nicht mit scheinheiligen Schmeicheleien, um die deutschen Frauen für Hitler zu gewinnen; sie forderten die Frauen auf, Hitler zur Macht zu verhelfen. So lesen wir im ABC des Nationalsozialismus auf Seite 201:

„Deutsche Frau, unser Vaterland beherbergt heute in seinen Grenzen den Mann, dessen Tatkraft und Weitsichtigkeit die Welt vor dem Chaos erretten wird. Oh, hilf Dir und Deinen Kindern, hilf der menschlichen Kreatur der ganzen lichtentsprossenen Erde... unterstütze Adolf Hitler und seinen alles rettenden Nationalsozialismus!“

Wie nun erfüllte Hitler die Versprechungen, die er den Mädchen und Frauen Deutschlands gemacht hat?

Was Hitler den deutschen Mädchen und Frauen brachte.

Frauen-Zwangsarbeit für den Hitlerkrieg.

Hitler hat, wie wir bereits gezeigt haben, auch nicht im Traum daran gedacht, seinem Versprechen gemäß den Reallohn der Arbeiter zu heben und auf diese Weise die Frau von der Arbeit in den Betrieben zu befreien. Im Gegenteil: Die Kapitalisten und Nazis erzwangen eine Senkung der Reallöhne und nötigten dadurch die Frauen und Töchter der Arbeiter in noch größerer Zahl als selbst in den Jahren 1927/28, in den Betrieben zu arbeiten. Parallel damit führte Hitler bereits in den ersten Jahren seiner Herrschaft die Arbeitsdienstpflicht für Hunderttausende von Mädchen ein, und während des Krieges mobilisierte er weitere Hunderttausende Mädchen für die Wehrmacht und verschiedene Arbeiten militärischen Charakters.

1929 arbeiteten in der deutschen Industrie 2,8 Millionen Frauen, das waren mehr als 25 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten. In den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft waren 3,4 Millionen Frauen und 3,9 Millionen Männer be-

schäftigt. Insgesamt gab es in Deutschland im Jahre 1939 8,3 Millionen Arbeiterinnen und weibliche Angestellte. 1940 stieg die Zahl der in der deutschen Kriegswirtschaft beschäftigten Frauen offiziellen Angaben zufolge um 300 000 und 1941 um eine weitere Million.

Mit Hilfe der Totalmobilisierung, die zu Beginn des Jahres 1943 durchgeführt wurde, hat Hitler erneut mehr als anderthalb Millionen Frauen in die Kriegsbetriebe gepreßt. Fast die gesamte weibliche Stadtbevölkerung im Alter bis zu 55 Jahren — mit Ausnahme der Frauen und Töchter der reichen Kapitalisten und der Nazibonzen — wurde zwangsweise zur Arbeit für den Hitlerkrieg herangezogen. Die Mehrzahl der Totalmobilisierten hatte vorher nie in Rüstungsbetrieben gearbeitet, ja war meist überhaupt nicht in Betrieben gewesen und die ungewohnte Arbeit, zudem mit einem Arbeitstag von 10—12 Stunden, stellte eine außerordentliche Belastung für sie dar. Was ihre Löhne betrifft, so machten sie nur 50—80 Prozent der Löhne aus, die den Männern für die gleiche Arbeit bezahlt wurden.

Geburtensteigerung durch Sittenverderbnis.

Da Hitler den totalen Krieg vorbereitete, brauchte er Soldaten; es würde erforderlich sein, die Verluste der Bevölkerung, die jeder Krieg notwendigerweise mit sich bringt, wettzumachen. Aus diesem Grunde war Hitler bemüht, die Geburtenziffer zu erhöhen. Aus diesem Grunde führte er die Ehestandsdarlehen ein, desgleichen brachte die Geburt jedes Kindes eine gewisse Bevorrechtung bei den Siedleranleihen mit sich; ferner gab es gewisse Vergünstigungen für kinderreiche Mütter. Durch diese Almosen hofften die Nazis auch die Mädchen und Frauen aus dem Volke für sich zu gewinnen, die mit der Verlängerung des Arbeitstages und den anderen gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen Hitlers unzufrieden wären.

Es ist allgemein in Erinnerung, welch gewaltige Propaganda die Nazis anlässlich der Einführung der Ehestandsdarlehen entwickelten. Indessen war zum Erhalt eines derartigen Darlehens erforderlich, daß erstens Mann und Frau den Arier-Nachweis nicht nur für ihre Eltern, sondern auch

für ihre Großeltern erbrachten, zweitens eine Bestätigung des Vertrauensarztes darüber, daß die Braut gebärfähig ist, und drittens das Vertrauen der Nazibehörden.

Die Nazis gingen noch weiter. Sie begünstigten in jeder Weise die Geburt von unehelichen Kindern. „Nicht jedes deutsche Mädchen kann Gattin werden, aber jedes kann eine deutsche Mutter werden“, erklärten sie zynisch.

Die Führerinnen des BdM überredeten die Mädchen, möglichst bald Kinder zu bekommen und versprachen ihnen die Unterbringung in besonderen Heimen, die unter Hitler für uneheliche Mütter geschaffen wurden. Eine dieser BdM-Führerinnen in München nahm den Schülerinnen der Oberstufe den Schwur ab, daß jede von ihnen „dem Führer ein Kind noch vor Erreichung des 20. Lebensjahres schenke“.

Die Mädchen in Verhältnisse von kurzer Dauer und ohne Neigung zu treiben, war ein Verbrechen, denn das war der kürzeste Weg zur geheimen oder offenen Prostitution.

Was die männliche Jugend anbetrifft, so tötete Hitler in ihr bewußt die Liebe und Achtung zum Mädchen und zur Frau. Derartige Gefühle waren vom Standpunkt Hitlers nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich für Menschen, die er auf Jahre hinaus von der Familie und von der Heimat losreißen würde.

Die Politik Hitlers in dieser Frage zeigt mit besonderer Deutlichkeit, daß die deutsche Jugend wie auch das ganze deutsche Volk für ihn lediglich ein Instrument zur Erreichung seiner verbrecherischen Ziele waren und daß er um dieser Ziele willen bewußt und herzlos die deutsche Jugend moralisch und physisch zugrunde richtete.

Die Schändung der deutschen Familie durch Hitler.

Vor dem Krieg, im Jahre 1939, gab es in Deutschland 3581000 Witwen. Von je 7 Frauen über 20 Jahre war eine Witwe. Hunderttausende dieser Frauen waren während des ersten Weltkrieges verwitwet, und ihre Kinder waren ihnen Hoffnung und Stütze. Das Vorkriegs-Deutschland war ein Land mit verhältnismäßig kleinen Familien. Am 1. Januar 1939 gab es innerhalb der alten Reichsgrenzen einschließlich des Saargebiets 16060000 Familien, von denen 23 Pro-

zent kinderlos waren, 23 Prozent mit einem Kind und 21 Prozent mit zwei Kindern. Nur ein Drittel der deutschen Familien hatte drei und mehr Kinder. Ein großer Teil der an den Fronten gefallenen und zu Krüppeln geschossenen deutschen Männer waren einzige Söhne und oft überhaupt einzige Kinder in ihrer Familie.

Das Versprechen Hitlers, keine deutsche Mutter werde durch seine Taten gezwungen sein, Tränen zu vergießen, war ein blutiger Hohn. Während der ganzen tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes haben die deutschen Mütter nicht so viel Tränen vergossen, nicht so viel Leid durchlebt wie in den wenigen Jahren der Hitler-Herrschaft.

Hitler zerstörte das Familienleben von Millionen Deutscher. Noch vor dem Krieg führte er die Umsiedlung einer großen Zahl von Arbeitern aus einem Industriegebiet ins andere durch, und dies nicht nur aus Gründen der Verlagerung der Industrie, sondern auch um die politischen und persönlichen Verbindungen der Arbeiter, die ihnen den Widerstand gegen die Nazityrannei hätten erleichtern können, zu vernichten. Die Familien der umgesiedelten Arbeiter jedoch verblieben meist an ihren früheren Wohnorten.

Im Verlaufe des Krieges zog Hitler mindestens 17 Millionen Deutsche zur Wehrmacht ein. Das war ein furchtbarer Schlag gegen das Familienleben des Volkes. Die Frau des Soldaten Heinz Seiler, Klara, schrieb ihrem Mann im Sommer 1943: „Das Leben hat für mich keinen Wert und ist mir nichts ohne Dich. Und nun hat man uns schon drei Jahre unseres gemeinsamen Lebens gestohlen.“ Hitler hat durch seinen Raubkrieg tatsächlich Millionen deutscher Frauen und Männer lange Jahre ihres Ehelebens gestohlen und Millionen Familien für immer zerstört.

Hunderttausende deutscher Frauen haben heute Krüppel zu Männern. Und wie viele deutsche Kinder haben in diesem Krieg beide Eltern verloren! Else Schulz aus Kiel schrieb im Sommer 1942 an ihren Mann, einen Soldaten: „Unsere Nachbarin Anna Wagner, die erst vor kurzem ihren 32. Geburtstag feierte, ist bei der Geburt eines Kindes gestorben. Das Kind lebt, und die Mutter hat außerdem einen dreijährigen Sohn zurückgelassen. Der Mann, in Uniform, war dabei, ein anderer Soldat führte ihn, denn er ist blind. Schicksal, warum bist du so grausam? Überall Verzweiflung

und Leid. . .“ Grausam war nicht das unpersönliche Schicksal, grausam wie nie ein Mensch zuvor war Hitler.

Die ganze Welt weiß, was die Sitten, die die Nazis in der Wehrmacht einführten, bedeuteten: allgemeine Vergewaltigungen der Frauen und Mädchen in den besetzten Ländern, was auch ein furchtbarer Schlag gegen die deutsche Familie war.

Die Ergebnisse dieser Politik Hitlers sind bekannt: tiefe Sittenverderbnis und die Massenverbreitung von Geschlechtskrankheiten in der deutschen Wehrmacht. Es ist nicht zu verwundern, daß die Soldaten und Offiziere, die auf Urlaub in die Heimat kamen, nicht selten Geschlechtskrankheiten auf ihre Frauen übertrugen.

Die deutsche Familie wurde jedoch nicht nur durch die Sittenverderbnis zerstört, die die Nazis in der Armee einpflanzten, sondern auch durch die Sittenlosigkeit, die sich dank Hitler in Deutschland selbst verbreitete. Die Frauen der Frontkämpfer wurden von SS-Leuten, Gestapobeamten, Nazibonzen und den übrigen Etappenschweinen belästigt. Um die Soldatenfrauen zu verführen, machten die Hitlerleute weitgehend von ihrer Dienststellung, von der Not und Einsamkeit der Frauen Gebrauch. Die Frau des Soldaten Hans Kümmer aus Stuttgart schrieb ihrem Mann: „Die Belästigungen seitens der SS-Leute sind empörend. Einer von ihnen sagte mir unlängst, Du würdest sowieso nicht aus Rußland zurückkommen und es läge daher kein Grund vor, sich zu genieren“, und die Nazis „genierten“ sich tatsächlich nicht: tausende Soldatenfrauen bekamen Kinder von diesen Lumpen.

Marianne Albert schrieb im Frühjahr 1942 aus Berlin an den Unteroffizier Oswald Link: „In der Waffen-SS steht es so, daß jeder Soldat vor seiner Abfahrt an die Front für Nachkommenschaft zu sorgen hat, gleichgültig ob er verheiratet ist oder nicht.“ Und die SS-Leute „sorgten“ denn auch mit Nachdruck dafür.

Hitler brachte den deutschen Frauen nicht Glück und Achtung, sondern Unglück und oft Schande. Er rettete nicht, sondern zerstörte und zertrat Millionen deutscher Familien für immer. Millionen Witwen und mehrere Millionen Waisen, das war das erschütternde Ergebnis des von Hitler entfachten Krieges.

Was Hitler der deutschen Jugend versprochen hat.

Hitler versprach, der Jugend Bildung und Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Im Punkt 20 des Programms der NSDAP heißt es:

„Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volkswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. . .

Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern, ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.“

Hitler versprach der deutschen Jugend nicht mehr und nicht weniger, als die Herrschaft über die ganze Welt.

In schamloser Weise schmierte Hitler der Jugend Honig um den Mund. „Die deutsche Jugend, — sagte er — ist das kostbarste Gut, das wir besitzen.“

Was Hitler der deutschen Jugend brachte.

Verderbung der Jugend durch die Nazierziehung.

Tatsächlich spielte die Jugend eine große Rolle in den Plänen Hitlers, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Hitler, Göring und Goebbels, Krupp, Frick und Pönsgen, der Fürst Pleß und ähnliche brauchten ergebene junge Arbeiter und Angestellte, Gestapo- und SS-Leute, auf die sie sich verlassen konnten, und blind Gehorsam leistende Soldaten und

Offiziere. „Führer befiehl, wir folgen“, das trichterten die Nazis der Jugend ein. Hitler sagte: „In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der die Welt erbeben wird . . . eine ungestüm aktive, überlegene, unerschrockene, brutale Jugend . . . Ich möchte in ihren Augen wieder den Strahl des Stolzes und der Ungebändigkeit des Raubtieres sehen.“

Und es gelang den Nazis wirklich, Millionen deutscher Kinder und Jugendlicher geistig und moralisch zu verrohen.

Als Hitler an die Macht kam, standen die Mehrzahl der Arbeiter, nicht wenige Intellektuelle und Menschen aus allen übrigen Bevölkerungsschichten dem Nazitum feindlich gegenüber. Bei den Wahlen im Sommer 1932 erhielt die Naziartei 38 Prozent, d. h. eine Minderheit aller abgegebenen Stimmen. Außerdem war die Mehrheit der 13¼ Millionen Wähler, die damals aus dem einen oder anderen Grunde ihre Stimme für Hitler abgaben, zweifellos keine überzeugten Nationalsozialisten.

Um die deutschen Kinder und Jugendlichen in ein gefügiges Instrument zu verwandeln, rissen die Nazis sie aus der Familie heraus und nahmen den Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder gemäß ihren Überzeugungen und Ansichten zu erziehen. Hitler verkündete zynisch: „Wenn zwischen unserer Generation noch vereinzelt Menschen leben die da glauben, sie könnten sich nicht mehr umstellen, so werden wir ihnen die Kinder nehmen und sie zu dem erziehen, was für das deutsche Volk notwendig ist.“ Wem nun drohte Hitler die Kinder wegzunehmen und tat dies auch wirklich? Allen Antinationalsozialisten, d. h. der Mehrheit des deutschen Volkes.

Um eine Jugend heranzuziehen, in deren Augen er den „Strahl des Stolzes und der Ungebändigkeit des Raubtieres“ sehen könnte, schuf „der Führer“ die Hitler-Jugend und die nationalsozialistischen Findexmassenorganisationen. Er pflanzte den Faschismus in die deutschen Schulen und unterstellte sie der Hitler-Jugend. Er machte die Universitäten zu einer Brutstätte des Faschismus und unterstellte sie der Naziartei.

Schon bei den „Pimpfen“, die von eigens dazu ausgebildeten HJ-Mitgliedern geleitet wurden, trichterte man den 6- bis 10-jährigen Kindern ein, daß der Führer allein

zu befehlen habe und lehrte sie widerspruchslos, blinden Gehorsam. Als Spielzeug erhielten die Kinder Zinnsoldaten, Kanonen, Panzer und Kriegsschiffe. Die Illustrationen der Kinderbücher hatten ebenfalls Kriegsthemen zur Grundlage. Den Kindern wurden Filme aus dem Soldatenleben gezeigt. Man erzählte ihnen Wunder von den Reichtümern fremder Länder, um ihre Eroberungslust zu erwecken.

In den Jungvolk-Gruppen wurden die 10- bis 14-jährigen Jungen bereits einer vormilitärischen Ausbildung unterzogen. Als „geistige Erziehung“ predigte man den Kindern die Lehren der „Rassentheorie“ und setzte ihnen besonders die sogenannte Judenfrage auseinander. Auf diese Weise wurde den Kindern eine falsche, dumme und verbrecherische Überzeugung von der Überlegenheit der Deutschen gegenüber den anderen Völkern, Verachtung für andere Völker und ein blinder Haß gegen die Juden beigebracht. In den Heimen und Lagern des Jungvolks brachten die Nazis den Ausspruch an: „Wir sind geboren, um für Deutschland zu sterben“(!)

In der Hitler-Jugend erhielten die Jungen bereits eine richtiggehende militärische Ausbildung und machten einen sogenannten „politischen Lehrgang“ mit. Neben der Rassentheorie und der „Judenfrage“ bearbeiteten die Nazis die Jugend ständig im Sinne eines unsinnigen Nationalismus und Chauvinismus, im Sinne kolonialer Eroberungen und des Hasses gegen die Sowjetunion. Die Nazis wandten die verschiedensten Methoden an, um die deutsche Jugend für den Krieg gegen die Sowjetunion zu präparieren.

Die Führer der Hitler-Jugend lehrten die Kinder und die Jugendlichen, Vorgesetzten blind zu gehorchen und Untergebene zu treten, lehrten sie spionieren, die Eltern, Lehrer und Kameraden bespitzeln, Grausamkeiten begehen, aber sich nicht dabei kriegen lassen. Als beispielsweise einmal ein deutscher Jugendlicher bei dem Versuch gefaßt wurde, einen Polen oder Tschechen von hinten niederzustechen, befahlen die Führer der Hitler-Jugend, ihn vor den Augen des gesamten Zuges zu züchtigen, worauf sie den Jungen erklärten, daß der Betreffende nicht etwa dafür bestraft wurde, daß er einen Menschen „niederer Rasse“ töten wollte, sondern dafür, daß er ungeschickt dabei vorging und gefaßt wurde.

Hitler haßte die Wissenschaften und suchte sie auf jede Art zu kompromittieren. Mit der ihn kennzeichnenden Schamlosigkeit erklärte er, er sei dem Schicksal dankbar dafür, daß es ihm keine Bildung zuteil werden ließ. So könne er frei von zahllosen Vorurteilen handeln. Die Nazis verleumdeten die Gelehrten. Hitler erklärte, die Gelehrten besitzen keinen Willen und seien allesamt feige Pazifisten. Und Göring behauptete, daß derjenige, der viel denkt, liest und sich für besonders klug hält, der größte Feigling sei.

Warum haßten die Nazis das Wissen? Weil sie es fürchteten. Im Kreise der Naziführer gab Hitler dies offen zu. Er sagte: „Allgemeine Bildung ist ein gefährliches Gift in der Zeit des Liberalismus. Wahre Bildungsfreiheit soll das Privileg der Auserwählten und der Berufenen sein. Wir werden konsequent sein und die überwiegende Masse der unteren Schichten der Wohltat der Unwissenheit überlassen, und wir machen uns von allen Hemmungen der wissenschaftlichen und humanitären Vorurteile frei.“ Zu Rauschning sagte Hitler, je niedriger das Kulturniveau der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sei, desto größer seien die Chancen der Nazis, sich an der Macht zu halten. Und hier hat Hitler ausnahmsweise die Wahrheit gesagt, denn wirklich, je kultivierter die Arbeiter und die Volksmassen Deutschlands waren, desto weniger fügten sie sich der grausamen und verhängnisvollen Diktatur Hitlers und der Großkapitalisten. In der Furcht vor dem Anwachsen des Bewußtseins der deutschen Jugend und des ganzen Volkes führte Hitler auf dem Gebiet der Volksbildung eine Politik des Obskurantismus durch. Die Nazis waren bestrebt, die heranwachsende Generation des Wissens und der Fähigkeit zum selbständigen Denken zu berauben. Der Nazischmierfink Kriegk schrieb: im Munde eines Schülers sei das Wort „Ich denke“ ein unverzeihlicher Individualismus, dem aufs Schärfste der Kampf anzusagen sei.

Hitler schaltete alle Bildungsanstalten Deutschlands, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, gleich. Alte erfahrene Lehrer und Professoren, die aktiv gegen die Nazis auftraten, wurden hingerichtet oder in die Konzentrationslager geworfen. Pädagogen, die die heranwachsende Generation nicht im hitlerischen Geist erziehen wollten, wurden aus den Lehranstalten geworfen. An ihre Stelle traten un-

gebildete, sittlich verderbte Streber, die sich das Parteiabzeichen angesteckt hatten. Hitler verwandelte die deutschen Schulen und Universitäten aus Pflanzstätten des Wissens in Brutstätten der Nazi-propaganda. An den Schulwänden erschienen die pornographischen Judenkarikaturen aus Streichers Schmutzblatt „Der Stürmer“. In der ersten Zeit nach der Machtergreifung, als die jüdischen Kinder noch in den allgemeinen Schulen unterrichtet wurden, riefen die Nazilehrer sie zur Tafel und ließen sie von der ganzen Klasse verhöhnen. Derartige Szenen führten zu Nervenkrankheiten und nicht selten zu Selbstmorden unter den jüdischen Kindern. In den deutschen Kindern aber töteten die Nazis durch eine derartige Hetze gegen ihre Kameraden die Achtung der Menschenwürde, Menschlichkeit, Mitleid, erweckten in ihnen Grausamkeit und lehrten sie, andere Menschen quälen.

Zu den wahren Herren der Schule machten die Nazis die Führer der Hitler-Jugend. Die aufrechten Schuldirektoren und Lehrer versuchten vergeblich, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Nach all dem ist es nicht verwunderlich, daß viele Schüler, die unter den Nazis die Volksschule beendet haben, nicht einmal richtig schreiben können und im Rechnen schwach sind.

Furchtbare Verwüstungen richtete Hitler auch in den höheren Schulen und Universitäten an. Im Jahre 1913 waren in Deutschland 104 000 Studenten immatrikuliert, 1932 128 000 und 1936 nur noch 90 000. Während des Krieges standen die deutschen Hochschulen überhaupt leer. Einen besonderen Tiefstand erreichte die Qualität des Unterrichts. Statt mit wahren Wissen, wurden die Köpfe der Studenten mit den „Lehren“ der Rassentheorie und anderen verlogenen und verbrecherischen Erfindungen der Nazis vollgestopft.

Die Wissenschaft wurde von den Nazis nur soweit anerkannt, als ihre Errungenschaften für den Krieg, für die Unterdrückung, Folterung und Ausrottung von Menschen verwendet werden konnten.

Aber der Kampf der Nazis gegen die aufrechten Gelehrten, gegen den Humanismus und die Wissenschaften rächte sich furchtbar. Die Ausrottung und Vertreibung begabter Mediziner, soweit sie Juden oder Antifaschisten waren, die Verschlechterung des Lehrprozesses an den medizinischen Fa-

kultäten in den Jahren der Hitlerherrschaft kosteten einer großen Zahl deutscher Verwundeter und Kranker Leben und Gesundheit.

Durch seine Politik auf dem Gebiet der Erziehung und Volksbildung fügte Hitler dem deutschen Volk furchtbare Schäden zu, warf es in kultureller Hinsicht weit zurück. Er beraubte die deutsche Jugend jeder wahren Bildung, trichterte ihr menschenfeindliche Anschauungen und die Moral von Kannibalen ein, untergrub ihre Sittlichkeit und führte sie auf den Weg der Massenverbrechen sowohl gegen das eigene Volk als auch gegen andere Völker.

Der Einsatz der deutschen Jugend zur Vorbereitung des Krieges unter dem Schein der Jugendfürsorge.

Um Hitler die Herzen der heranwachsenden Generation zu gewinnen, machten die Nazis eine lärmende Propaganda mit seiner „Sorge“ um die Jugend. In Wirklichkeit waren die Maßnahmen Hitlers, soweit sie die Jugend betrafen, nicht von der Sorge um die Jugend, sondern direkt oder indirekt von den Interessen der deutschen Imperialisten und ihrer Vorbereitung zum Raubkrieg bestimmt.

Besonders viel Lärm machten die Nazis um das berühmte Jugendarbeitsschutzgesetz, das 1932 Hitler unmittelbar nach dem Machtantritt auszugeben versprach. In der Tat erschien es aber erst 1938. Die Nazipresse erklärte, daß durch dieses Gesetz die 48-stündige Arbeitswoche für die Jugend, die Bezahlung der beruflichen Ausbildungszeit, das Verbot der Kinderarbeit und der Sonntagsarbeit, eine genügende Nachtruhe und Erholung für die Jugend sichergestellt seien.

Selbst wenn die Nazipropaganda um das Jugendarbeitsschutzgesetz den Tatsachen entsprechen würde, so bedeutete dies noch keine besondere Sorge um die Jugend. In einer Reihe bürgerlicher demokratischer Länder gab es all das bereits früher und gibt es auch heute einen ausgebauten Jugendschutz. Bekannt ist, daß im Land des Sozialismus, der Sowjetunion, die Arbeitsbedingungen für die Jugend weitaus besser sind.

In Hitler-Deutschland gab es in Wirklichkeit gar keinen Arbeitsschutz für die Jugend. Die „Zusatzverordnungen“, die von den Nazis zum Arbeitsschutzgesetz für die Jugend erlassen wurden, kamen der Aufhebung des eigentlichen Gesetzes gleich. In einer Verordnung vom 23. Dezember 1938 hieß es: „Für die arbeitende Jugend der Metall-, Glas- und Schiffbauindustrie im Alter von über 16 Jahren ist Nachtarbeit zulässig, für Jugendliche unter 16 Jahren die Arbeit bis 12 Uhr nachts. Die Zeit der Berufsausbildung wird nicht bezahlt.“ In einer anderen Verordnung wurde bestimmt, daß der Arbeitstag der Jugendlichen verlängert werden kann, wenn „das Allgemeinwohl“ es erfordert, wobei die Jugendlichen in diesem Fall „10 bis 12 Stunden ununterbrochener Arbeitsruhe garantiert erhalten.“ Auf gut deutsch heißt das, daß die Jugendarbeiter für die Vorbereitung des Hitlerkrieges 12 bis 14 Stunden pro Tag arbeiten mußten. Jeder weiß, das dies auch der Fall war. Besonders während des Krieges wurde der Arbeitstag der Jugendlichen verlängert, und diese gezwungen, auch 14 und 16 Stunden täglich zu arbeiten.

Unter Hitler wurde in Leipzig ein eigenes riesiges Gebäude errichtet, das die Aufschrift trug „Reichsberufsberatung“. Derartige Beratungsstellen wurden auch in anderen Städten eingerichtet. Die Nazis versicherten, es sei ihr größter Wunsch, der Jugend bei der Auswahl des geeignetsten Berufs behilflich zu sein. Tatsächlich aber kümmerten sich die nationalsozialistischen Berufsberater nicht um die wirklichen Anlagen der jungen Menschen, sondern schickten sie als Lehrlinge dorthin, wo im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Aufrüstung der Arbeitermangel besonders groß war: in die Kohlengruben, in die Stahlgießereien usw.

Die Nazis konnten in ihrer Propaganda sich nicht genug tun darauf hinzuweisen, daß sie Heime und Lager für die Jugend geschaffen hätten, daß sie Ausflüge, sportliche Wettbewerbe und Reisen für sie organisierten. Mit diesen Maßnahmen verfolgten die Nazis aber nur das Ziel, die Jugend aus der Familie herauszureißen und unter ihren Einfluß zu bringen, sie militärisch auszubilden.

Hier der kennzeichnende Bericht des jungen Bergmanns Karl Faber über den Urlaub, den er im Jahre 1937 mit der Hitlerjugend auf der Insel Wangeroog verbrachte: „Ich

träumte von schönen Tagen auf der Insel, ich wollte jeden Tag schwimmen und spazieren gehen, mich braunbrennen lassen, im Strandkorb liegen usw. Was kam aber? Statt Baden, Strandkorb usw., mußten wir wie in einer Kaserne Dienst machen, Appelle, Geländeübungen in den Dünen, Schießübungen usw. Andere machten einen Kursus mit als Funker bei der Küstenbatterie. Das war mein Urlaub. Die Nazis wußten ganz genau, wozu sie uns diesen billigen Urlaub ermöglichten. Wir wurden zum Militär ausgebildet. Ich hatte nach dem Urlaub die Schnauze voll.“

Einige Jahre nach der Machtübernahme führten die Nazis eine besondere, festlich umrahmte Feier ein, die Jugendweihe. Den Eltern, die die Mittel zum Kauf der für diesen Festakt notwendigen Uniform nicht aufbringen konnten, stellten die Nazis die Uniform auf Staatskosten zur Verfügung. Das veranlaßte selbst katholische Eltern, die ihre Kinder früher zur Konfirmation geschickt hätten, sie an dem Nazifestakt teilnehmen zu lassen. Während im Jahre 1937 nur ein Teil der aus den Volksschulen zur Entlassung Kommenden an der Feier teilnahm, war die Beteiligung in den nachfolgenden Jahren eine fast vollzählige.

Es genügt, jede beliebige Maßnahme, die Hitler in bezug auf die deutsche Jugend durchgeführt hat, aufmerksam anzusehen, um festzustellen, daß alle diese Maßnahmen das gleiche Ziel verfolgten: die Verstärkung des Nazieinflusses und die Vorbereitung der Jugend für den Krieg.

Die deutsche Jugend — ein Werkzeug des Hitlerkrieges.

Statt ihnen Berufskennntnisse und friedliche Arbeit zu geben, trieb Hitler Millionen deutscher Jungens in seinen Raubkrieg.

Und mehr noch, Hitlers Jugenderziehung war darauf ausgerichtet, die deutschen Jugendlichen zu barbarischen Sklavenaufsehern und tierischen Mördern an den Angehörigen anderer Völker zu machen. Ein unbekannter junger deutscher Soldat schrieb in sein Tagebuch „Rußland 1942—43“:

„Ohne es selbst zu merken, überschritten wir die polnisch-russische Grenze. Vor mir liegt eine moderne Großstadt, Brest-Litowsk. . . Eins behielt ich in Erinnerung — einen

riesigen Trauerzug auf einer Eisenbahnbrücke in der Stadt, schmerzgebrochene Gestalten, weißhaarige Greise, ergraute Frauen, junge Mädchen, auf deren abgezehrten bleichen Gesichtern man noch die frühere Schönheit sah. Wie lebendige Leichname schwankten sie weinend und klagend zwischen Gewehren und Bajonetten dahin. Gleich darauf hörten wir das Pfeifen der todbringenden Kugeln. Zehntausende von östlichen Städten und Dörfern liegen hinter uns und sind vergessen, aber das blieb dennoch in Erinnerung, und trotz meiner nordischen Nüchternheit kommt es mir vor, als erhebe sich aus diesem Totenzug ein riesiger schwarzer Schatten und spreche: Wohin treibst Du, Deutschland? Was tust Du, oh Deutschland! Aber es kommt der Tag . . .“ Dieser Schrei aus der Seele eines jungen deutschen Menschen ist eine furchtbare Anklage gegen Hitler, der alle menschlichen Gefühle in der deutschen Jugend getötet hat, der sie lehrte, andere Völker zu hassen und zu verachten.

Hitler hat die jungen deutschen Soldaten nicht nur zum Werkzeug seiner Raubpolitik gemacht, sondern auch zu Opfern seiner abenteuerlichen und verbrecherischen Absicht, die Völker der Erde zu unterjochen.

Die Nazis und die deutschen Plutokraten nahmen der deutschen Jugend die Möglichkeit zu lernen und friedlich zu arbeiten, sie nahmen ihr Gesundheit, Liebe, Familie, das saubere Gewissen, sie zerstörten die Freundschaft und Achtung der übrigen Völker zur deutschen Jugend, Millionen junger Deutscher brachten sie den Tod.

Wessen Interessen vertrat Hitler in Wirklichkeit?

Schamlos dreist behauptete Hitler, er habe dem deutschen Volk „soziale Gerechtigkeit“ gebracht. In ihrem Parteiprogramm erklärten die Nationalsozialisten:

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschaftlichten Betriebe (Trusts).

Wie hat Hitler diese Kernpunkte des Naziprogramms in der Praxis verwirklicht? Antwort auf diese Frage gibt vor allem die offizielle deutsche Statistik. Selbst sie zeugt von dem unausgesetzten Anwachsen der kapitalistischen Profite unter Hitler.

Das Anwachsen des „arbeits- und mühelosen Einkommens“ unter Hitler, schon vor dem Kriege, ist besonders kennzeichnend, wenn man es mit der Entwicklung der Arbeiterlöhne und der Angestelltegehälter in Deutschland vergleicht.

In den ersten 5 Jahren der Hitlerherrschaft ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten fast um das

anderthalbfache angestiegen, und zwar von 12,5 Millionen im Jahre 1932 auf 18,4 Millionen im Jahre 1937. Aus Berechnungen des bekannten deutschen Wirtschaftlers Kuzcinski auf der Grundlage des „Statistischen Jahrbuchs des Deutschen Reiches“ ergibt sich jedoch, daß die Gesamtsumme der im Jahre 1937 ausgezahlten Löhne und Gehälter nur um 24 Prozent über derjenigen lag, die im Jahre 1932 ausbezahlt wurde, also zu einem Zeitpunkt, da es im Lande mehr als 6 Millionen Arbeitslose gab. Selbst der nominelle Durchschnittslohn der deutschen Proletarier ist somit in diesem Zeitraum bedeutend gesunken.

Gleichzeitig sind die Einkünfte der Kapitalisten und Gutsbesitzer in eben diesen 5 Jahren von 1932 bis 1937 um das zweieinhalbfache gestiegen. Hier sind die genauen Zahlen.

Jahr	Arbeiterlöhne und Angestelltegehälter:	Einkünfte der Kapitalisten und Grundbesitzer:
	(in ‰ zum Jahre 1932)	
1933	97	119
1934	103	154
1935	110	177
1936	117	199
1937	124	248

Außerordentlich kennzeichnend ist auch, wie sich die Zahl der Millionäre unter Hitler veränderte, die in der Zeit seiner Herrschaft besonders riesenhafte Einkommen bezogen.

Am 1. Januar gab es in Deutschland 2324 Millionäre. Jeder von ihnen zahlte Steuern für ein Vermögen von 1 Million RM oder mehr.

Das Vermögen aller zusammen wurde von den Finanzbehörden auf $5\frac{1}{4}$ Milliarden RM geschätzt, war aber tatsächlich noch größer. 39 von ihnen hatten ein Vermögen von 10 Millionen RM oder mehr. In den ersten zwei Jahren nach der Machtergreifung Hitlers erhöhte sich die Zahl der Millionäre in Deutschland auf 3563, d. h. auf mehr als das anderthalbfache.

1933 betrug das Kapital der deutschen Aktiengesellschaften im Durchschnitt 2,26 Millionen RM je Aktiengesellschaft.

Im Jahre 1941 erreichte das Durchschnittskapital einer Aktiengesellschaft die Höhe von 4,6 Millionen RM, d. h. es hatte sich verdoppelt. Wir sehen also, daß Hitler die „arbeits- und mühelosen Einkommen“ nicht nur nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil ihr ungeheures Anwachsen gefördert hat.

Die Nazis versprachen in ihrem unabänderlichen Programm die Einziehung aller Kriegsgewinne, wobei erklärt wurde, die Bereicherung durch den Krieg sei ein Verbrechen am Volke. In Wirklichkeit aber erreichten die Kriegsgewinne der Großbetriebe unter Hitler dutzende Millionen RM. Im Jahre 1933 gab es in Deutschland 174 große Aktiengesellschaften mit einem Kapital von je 20 Millionen RM und mehr. Das Aktienkapital all dieser Gesellschaften zusammen erreichte die Summe von fast 11 Milliarden RM. Im Jahre 1941 gab es bereits 230 derartige Großaktiengesellschaften, und ihr Kapital betrug 15,3 Milliarden RM, d. h. es hatte sich fast auf das anderthalbfache vermehrt.

Die größten Firmen und Betriebe heimsten enorme Kriegsgewinne ein. Hier einige Angaben über das Ansteigen ihrer Gewinne, die den von den entsprechenden Konzernen selbst herausgegebenen Berichten entnommen, d. h. nach unten entsprechend zurechtfriert sind. Der Reingewinn des Stahltrusts stieg von 8,6 Millionen RM im Jahre 1933 auf 27,6 Millionen RM im Jahre 1940 und die Amortisationsabschreibungen, in denen ein großer Teil der Gewinne versteckt ist, stiegen von 45,8 Millionen RM im Jahre 1933 auf 161,4 Millionen RM im Jahre 1940. Der Röhrenkonzern Mannesmann gab im Jahre 1933 einen Reingewinn von 2,1 Millionen RM bekannt und im Jahre 1940 einen solchen von 10,7 Millionen RM. Die Abschreibungen wuchsen in der gleichen Zeit von 8,1 auf 24 Millionen RM. Die Automobilfirma Opel gab in den Jahren 1939/40 ihren Gewinn mit 9,29 Millionen RM an, 1940/41 bereits mit 14,3 Millionen RM.

Ungeheure Kriegsgewinne steckten auch die deutschen Banken ein. Der Gewinn der Dresdener Bank stieg beispielsweise nach ihren eigenen Angaben von 1,6 Millionen RM im Jahre 1933 auf 9 Millionen RM im Jahre 1940. In Wirklichkeit wuchs das Einkommen der Bankiers in noch weit bedeutenderem Ausmaß, denn ein wesentlicher Teil ihrer Gewinne wurde von den Banken wie auch von allen übrigen

Unternehmen durch eine Reihe von Winkelzügen geschickt verheimlicht.

Das Hitlerregime förderte besonders die Macht und den Reichtum der größten Kapitalhaie. Im Jahre 1937 gab es in Deutschland 6 Monopolgesellschaften mit einem Kapital von je 200 Millionen RM und mehr. Im Jahre 1939 gab es bereits 9 derartige Gesellschaften und ihr Gesamtkapital erreichte die Summe von 2 Milliarden 951 Millionen RM. Allein während des ersten Kriegsjahres stieg dieses Kapital noch um weitere 88 Millionen RM. Die Besitzer dieser 9 Monopolgesellschaften hielten 15 Prozent des gesamten Aktienkapitals Deutschlands in Händen und kontrollierten 60 Prozent des gesamten übrigen Aktienkapitals.

Ende Mai 1942 erklärte Reichswirtschaftsminister Funk in einer Rede in Nürnberg: „Die ersten zwei Kriegsjahre brachten den Industriellen einen soliden Kriegsgewinn.“ Hier hat der Naziminister offenbar mehr ausgeplaudert als seinen Herren lieb war. Denn gewöhnlich sparte die Nazi-propaganda nicht mit Lügen und Täuschungsmanövern, um den „Beweis“ zu erbringen, daß Hitler die Kriegsgewinne aufs schärfste beschränkt habe. Ein solches Täuschungsmanöver war vor allem die Verfügung der Hitlerregierung, nach der die Aktiengesellschaften mehr als 6 Prozent Dividende nicht auszahlen durften.

Sehen wir uns aber einmal die Praxis an. Im Jahre 1934 beschränkte Hitler nicht alle Dividenden überhaupt, sondern nur die an die Aktionäre auszuzahlenden auf 6 bis 8 Prozent. Der über diese Summe hinausgehende Gewinn sollte, soweit er für die Auszahlung von Dividenden bestimmt war, in Staatspapieren angelegt werden. Die Aktionäre haben durch diese „Beschränkung“ nicht den geringsten Schaden erlitten, denn die Einkünfte aus den Staatspapieren flossen wiederum in ihre Taschen. 1937 erwarb der Staat diese Papiere von den Aktiengesellschaften zurück und gab statt ihrer Steuergutscheine aus.

Die Leiter der Aktiengesellschaften bezahlten mit diesen Steuergutscheinen ihre Steuern, während man den Aktionären die entsprechenden Summen in bar auszahlte. Die deutschen Kapitalisten erhielten somit in den Jahren 1934 bis 1937 keineswegs nur 6 Prozent Dividende, sondern restlos die ganze zur Ausschüttung vorgesehene Summe.

Die deutschen Kapitalisten erhielten unter Hitler nicht 6 Prozent Dividende, sondern praktisch das zwei-, drei-, ja oft auch das vier- und fünffache. Hinzu kommt, daß die zur Auszahlung kommende Dividende keineswegs den einzigen Gewinnanteil der Aktionäre darstellt, sondern nur einen Teil und zwar nicht selten einen unbedeutenden Teil dieses Gewinns.

Eine bedeutende Rolle bei der schwindelerregenden Bereicherung der deutschen Plutokraten spielte die erbarmungslose Ausplünderung, der sie die von der Hitlerwehrmacht besetzten Gebiete unterzogen. Im Herbst 1941 hatten die deutschen Kapitalisten bereits 60 bis 70 Prozent der Monopole in den besetzten Ländern an sich gerissen. Die Banken dieser Länder wurden von deutschen Banken verschluckt.

In den Verwaltungen und Aufsichtsräten der 24 größten Aktiengesellschaften Deutschlands saßen unter Hitler insgesamt 384 Personen, die faktisch alle ausschlaggebenden Zweige der Volkswirtschaft des Landes in der Hand hielten. 270 dieser größten Kapitalisten bekleideten ihre Posten schon vor Hitler. Von den 114 neuen Verwaltungsmitgliedern waren 4 Verwandte der alten, 32 waren schon vor 1933 Großkapitalisten und hohe Beamte und die übrigen 78, die vor allem in den Verwaltungen der Staatsbetriebe saßen, waren durch Raub und Dienstmißbrauch reichgewordene Naziführer aller Sorten und ihre Günstlinge.

Unter Hitler befand sich faktisch die gesamte Macht im Wirtschaftsleben, ebenso wie im politischen Leben Deutschlands, in der Hand der alten großen Plutokraten. Aus ihren Reihen waren lediglich die von den Nazis ausgeplünderten jüdischen Kapitalisten vertrieben worden; aber dafür füllte Hitler die Reihen der deutschen Plutokratie mit den Vertretern seiner Clique wieder auf, denen er die einträglichsten und vorteilhaftesten Posten zuschob.

Die Nazis hatten versprochen alle deutschen Truste zu verstaatlichen. Tatsächlich taten sie gerade das Gegenteil, und zwar übergaben sie zahlreiche Staatsbetriebe an Privatkapitalisten. Am 31. März 1939 gab es in Deutschland 403 Staatsbetriebe, einschließlich Eisenbahn und Post. Als Staatsbetriebe galten solche Unternehmen, von denen der Staat 75 Prozent oder mehr der Aktien besaß. In den Krisen-

jahren 1929 bis 1932 hatte die Reichsregierung eine große Menge Aktien erworben, um die Großbetriebe und Banken vor dem Bankrott zu retten. Einer Erklärung Schachts zufolge kontrollierte der Staat nach dem Bankkrach von 1931 rund 70 Prozent der deutschen Aktionärsbanken. Im Jahre 1931 gehörten dem Staat 91 Prozent der Aktien der Dresdener Bank und 79 Prozent der Aktien der Kommerzbank.

Als die Wirtschaftskrise vorüber war, gab Hitler den Betrieben und Banken eine enorme Anzahl der vom Staat erworbenen Aktien wieder zurück. Dieser Vorgang erhielt die Bezeichnung Reprivatisierung, d. h. Rückgabe an das Privatkapital. Die Deutsche Bank beispielsweise erhielt auf diese Weise vom Hitlerstaat im Jahre 1934 für 20 Millionen RM und im Jahre 1936 für 35 Millionen RM Aktien und wurde dank dieser Tatsache 1937 wieder zur reinen Privatbank. Der gleichen Politik haben es auch die Dresdener Bank, die Kommerzbank und andere Großbanken zu verdanken, daß sie wieder zu Privatbanken wurden.

Hitler führte auch bei der Hapag, dem Norddeutschen Lloyd und vielen anderen Unternehmen die Reprivatisierung durch. Er brachte es sogar fertig, zahlreiche Kommunalbetriebe, die sich niemals im Privatbesitz befunden hatten, zu reprivatisieren. Im Mai 1942 erklärte Reichswirtschaftsminister Funk in Nürnberg, daß die Regierung die Absicht habe, die Reprivatisierung auch weiterhin fortzusetzen, insbesondere die Übergabe von Betriebsgebäuden, Maschinen, Materialien an Privatunternehmen.

Ungeheure Reichtümer brachten unter dem Hitlerregime die Naziführer in ihren Besitz.

Der unersättlichste und machtgierigste der Naziplutokraten war zweifellos Hermann Göring. Er brachte es fertig, 8 der höchsten militärischen und Staatsposten an sich zu reißen, deren jeder ihm nicht nur ein Riesengehalt, sondern auch unbegrenzte Möglichkeiten der weiteren Bereicherung bot.

Göring war faktisch der Beherrscher der gigantischen Hermann-Göring-Werke, obwohl diese formell als Staatsbetrieb bezeichnet wurden. Der Göring-Konzern verschluckte die größten Betriebe in Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Frankreich und anderen von den Deutschen besetzten Ländern.

Göring war Besitzer einer stattlichen Zahl von Schlössern und Landgütern. Bereitwillig nahm er wertvolle Geschenke entgegen, die ihm von den Kapitalisten dargebracht wurden, wie z. B. ein silbernes mit Edelsteinen besetztes Schwert von Krupp. Viele Wertgegenstände aus ausländischen und deutschen Museen fanden ihren Weg in die Paläste und Landgüter Görings.

Die Größe des Reichtums und der außerordentliche Luxus, in dem Göring schwelgte, ist unbeschreiblich. Seine Hochzeit mit Emmi Sonnemann feierte Göring mit einem Luxus, den Deutschland seit den Zeiten der Monarchie nicht mehr gesehen hatte, und als Hochzeitsgeschenk überreichte er seiner Frau ein Brillantendiadem im Werte von 5 Millionen RM.

Deutschlands Oberbetrüger Goebbels häufte ungeheure Reichtümer an. Der Säufer und Dieb Ley bereicherte sich an der Ausplünderung der Gewerkschaften und der übrigen deutschen Arbeiterorganisationen. Ribbentrop verschob allein im Jahre 1939 39 Millionen RM persönliches Kapital auf dem Schmuggelwege aus Deutschland über die Grenze. Schon zu Beginn des Jahres 1940 besaßen 6 bis 7 Nazi-führer in ausländischen Banken Konten von zusammen etwa anderthalb Milliarden Franken. Als die politische Lage in Südamerika eine für die Nazis ungünstige Entwicklung einzuschlagen begann, gingen sie daran, ihre Gelder von den südamerikanischen auf Schweizer Banken zu überführen.

Das Versprechen, das Hitler dem deutschen Volke gegeben hatte, er werde niemandem erlauben, sich am Kriege zu bereichern, war somit eine gemeine Lüge.

Hitler-Deutschland war das Paradies der deutschen Plutokraten. In der Praxis vertrat Hitler nur die Interessen der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer sowie diejenigen seiner Clique. Über das ganze übrige deutsche Volk brachte er furchtbare Leiden, dergleichen die deutsche Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte.

Hitler versprach Frieden und brachte den Krieg.

Es ist eine Lüge, wenn die Nazis behaupten, Hitler habe den Krieg nicht gewollt. Im Gegenteil, der Krieg war das Hauptziel Hitlers, seiner Clique und der deutschen Plutokraten.

Den Krieg brauchten die deutschen Plutokraten, denn seine Vorbereitung, die Rüstungspolitik brachte ihnen ungeheure Profite. Sie lechzten nach Kolonien, neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen. Sie träumten von einer Monopolherrschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Den Krieg brauchten die Großgrundbesitzer, die Junker, denn von ihm versprachen sie sich neuen Grundbesitz in den eroberten Ländern, in erster Linie in den fruchtbaren Gebieten der Ukraine und Bjelorußlands. Den Krieg brauchte die Generalität und das Offizierkorps der Reichswehr, denn von ihm versprachen sie sich Beförderung, Reichtum und Ruhm. Er öffnete ihnen die Perspektiven eines „gesetzlichen“ Raubes. Den Krieg brauchten Hitler und seine Clique, denn von ihm versprachen sie sich persönliche Bereicherung, Macht und die Möglichkeit, auf Kosten der unterjochten Völker die Wechsel einzulösen, die sie dem deutschen Volke ausgestellt hatten.

Alle Erklärungen Hitlers über seine „Friedensliebe“ waren nichts als Tarnung und Betrug. Wir wollen hier nur an die hauptsächlichsten Tatsachen auf diesem Gebiet erinnern.

Am 3. Mai erklärte Hitler in seiner bekannten „Friedens“-Rede im Reichstag, er werde Deutschland niemals in einen Krieg stürzen. Am 21. Mai des gleichen Jahres erklärte er, er habe nicht die Absicht, den „Anschluß“ Österreichs durchzuführen. Am 11. März 1938 jedoch befahl er seinen Truppen, Österreich zu besetzen. In der gleichen Nacht entsandte Hitler Göring zum tschechoslowakischen Gesandten in Berlin mit der Versicherung, Deutschland habe keinerlei aggressive Absichten gegenüber der Tschechoslowakei. Am 11. März 1938 wiederholte Göring diese Versicherung öffentlich. Doch im Oktober 1938 besetzten die Hitlertruppen das Sudetengebiet. Danach erklärte Hitler, „alle seine territorialen Ansprüche seien nun befriedigt“ und er „wolle im deutschen Reich keine Tschechen“. Am 15. März 1939 besetzte Hitler die gesamte Tschechoslowakei.

Am 17. Februar 1934 gab Hitler öffentlich die Versicherung ab, er habe nicht die Absicht, Polen den Danziger Korridor zu nehmen. Am 16. Februar 1939 wiederholte Göring diese Versicherung. Im September 1939 drangen Hitlers Truppen in Polen ein, und die deutsche Luftwaffe warf

ihre Bombenlast auf die friedliche polnische Bevölkerung ab; Hitler besetzte Polen.

Die Nazis beriefen sich mit viel Lärm darauf, daß nicht Deutschland England und Frankreich den Krieg erklärt habe, sondern daß diese Staaten es waren, die Deutschland den Krieg erklärten. In Wirklichkeit war der Kriegsbrandstifter im Westen, wie auch später im Osten, Adolf Hitler. Als er den Krieg gegen Polen vom Zaun brach, wußte er genau, daß dies eine Herausforderung an England und Frankreich war, die zum Kriege mit diesen Staaten führen mußte.

Am 31. Mai 1939 schloß Hitler einen Nichtangriffspakt mit Dänemark ab, und schon im April des darauffolgenden Jahres besetzte er dieses kleine friedliebende, hochkultivierte Land.

Wiederholt gab Hitler das Versprechen ab, er werde die Unabhängigkeit aller skandinavischen Länder respektieren, wobei er jeweils hinzufügte, die skandinavischen Völker seien ja gleichfalls Vertreter der „nordischen Herrenrasse“. Das hinderte ihn jedoch nicht daran, im April 1940 in räuberischer Weise das friedliche norwegische Volk zu überfallen und das kleine Kulturland Norwegen zu besetzen.

Am 30. Januar 1937 versicherte Hitler, er habe keinerlei Ansprüche an Belgien, Holland und Frankreich. Im Mai 1940 jedoch fiel er ohne Kriegserklärung in Holland und Belgien ein; die deutsche Luftwaffe bombardierte in barbarischer Weise Rotterdam und tötete dort 30 000 friedliche Einwohner, während die Wehrmacht Tod und Verderben in die friedlichen holländischen und belgischen Städte und Dörfer trug.

Im Juni 1940 eroberte und versklavte Hitler mit Hilfe einer Schar von Verrätern aus den Reihen der Franzosen die französische Republik.

Am 1. Juni 1939 verkündete Hitler, daß er Frieden mit Jugoslawien wolle, und im April 1941 überfiel er wortbrüchig dieses friedliche Land und eroberte es.

Die Deutschen waren durch die schnellen Siege der deutschen Armeen in den Jahren 1939/40, die mit verhältnismäßig geringen Verlusten verbunden waren, und durch Millionen Pakete, die aus den besetzten Ländern eintrafen, derart berauscht, daß sie eine einfache, aber höchst wich-

tige Tatsache nicht begriffen, nämlich, daß Hitler, der den Frieden versprochen und einen ungerechten Eroberungskrieg vom Zaun gebrochen hatte, nicht nur Unglück und Not über die übrigen Völker brachte, sondern auch das deutsche Volk betrog und den Deutschen schon in naher Zukunft ein furchtbares Schicksal bereiten würde.

Der für das deutsche Volk verhängnisvollste Akt und das größte Verbrechen Hitlers war sein vertragsbrüchiger Überfall auf die Sowjetunion. Am 23. August 1939 unterzeichnete Rippentrop im Auftrage Hitlers in Moskau den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt. § 1 dieses Vertrages lautete:

„Die beiden vertragschließenden Seiten verpflichten sich, sich jeder Gewaltanwendung, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten zu enthalten.“

Im § 5 des Vertrages hieß es:

„Sollten Streitfragen oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Seiten in Fragen dieser oder jener Art entstehen, so werden beide Seiten diese Streitfragen oder Konflikte ausschließlich auf friedlichem Wege in Form eines freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Schaffung einer Kommission zur Regelung des Konfliktes bereinigen.“

Dieser Vertrag wurde für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen.

Warum hat Hitler trotz des Bestehens dieses Vertrages die Sowjetunion überfallen? Er erklärte seinen Einfall in Rußland damit, daß die Sowjetregierung angeblich die Absicht hatte, Deutschland zu überfallen. Hitler hätte jedoch entsprechend dem bestehenden Vertrag, falls er irgendwelche Ansprüche an die Sowjetregierung hatte, der UdSSR diese Ansprüche zur Kenntnis bringen und ihre Befriedigung auf friedlichem Wege anstreben müssen.

Hitler hat der Sowjetunion keine wie immer gearteten Ansprüche unterbreitet. Andererseits zeugen alle Tatsachen davon, daß die Sowjetunion nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland zu überfallen.

Die während des Nürnberger Prozesses veröffentlichten Dokumente entlarven nicht nur die lange betriebenen Vorbereitungen zum Angriff, wie es bei den anderen Ländern

der Fall war, sondern vor allem auch die mit äußerster Gründlichkeit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln planmäßig durchgeführten Vorbereitungen der rücksichtslosen wirtschaftlichen Ausplünderung und politischen Dezimierung der Sowjetunion, sehr viele Monate vor dem Überfall.

Das geht aus Aufzeichnungen von General Thomas über eine Besprechung mit Göring am 14. August 1940 hervor. Göring deutete damals an, daß deutsche Gegenlieferungen für das russische Getreide und die Rohstoffe nur bis zum Frühjahr 1941 beabsichtigt seien.

Am 12. November 1940 wird der Befehl Hitlers wiederholt, die Vorbereitungen auf einen Krieg gegen die Sowjetunion in beschleunigtem Tempo fortzusetzen. Hitler gab damals schon in Einzelheiten gehende strategische Anweisungen, die darauf hinausliefen, die Sowjetunion in einem kurzen Blitzfeldzug zu zerschlagen.

Am 18. November 1940 wird die Weisung Nr. 21 zum „Fall Barbarossa“ von Hitler unterzeichnet.

Im Jahre 1941 war die Sowjetregierung 24 Jahre an der Macht. Im Verlaufe dieser ganzen Zeit hatte sie nicht ein einziges Mal einen von ihr unterzeichneten politischen oder Wirtschaftsvertrag verletzt. Lenin und Stalin haben stets eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Entwicklung der Handels- und kulturellen Beziehungen zu allen Staaten, und in erster Linie zu den Nachbarländern durchgeführt.

Auf dem 18. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, im März 1939, wurde das Stalinsche Programm der weiteren Entwicklung des friedlichen Wirtschaftsaufbaues angenommen. Trotz der ungeheuren Aufrüstung Deutschlands und trotz der offen antisowjetischen Politik Hitlers wurden die Hauptkräfte und Mittel der Sowjetunion auch in den letzten Vorkriegsjahren für den friedlichen Aufbau eingesetzt, wenn auch die Sowjetunion gleichzeitig alle notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Landesverteidigung traf.

Dies geht klar und deutlich aus den Staatsbudgets der UdSSR in den Jahren 1938/41 hervor. Nachfolgend die wichtigsten Ziffern dieser Budgets:

	1938	1939	1940	1941	Insgesamt	1938 bis 1941
	(in Milliarden Rubel)				In Mlld. Rubel	In % zum Gesamtbudget
1. Volkswirtschaft	51,7	59,3	57,1	72,9	241,0	35,8
2. Sozial- und Kulturwesen . . .	35,3	38,6	42,9	47,8	164,6	24,4
3. Volkskommissariat für Verteidigung u. Flottenvolkskommissariat	23,2	40,9	57,1	70,9	192,1	28,5
4. Übrige Ausgaben	13,8	16,2	22,6	23,8	76,4	11,3
Zusammen	124,0	155,0	179,7	215,4	674,1	100,0

In den vier Vorkriegsjahren veranschlagte die Sowjetregierung somit mehr als ein Drittel ihres Staatsbudgets für die weitere Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Transport- und Verkehrswesens, ein Viertel des Budgets für Volksaufklärung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge und nur wenig mehr als ein Viertel des Budgets für den Ausbau der Landesverteidigung. Für die kulturelle Entwicklung und die Festigung der Volksgesundheit wurden in diesem Zeitraum nur um 4,1 Prozent weniger ausgegeben als für Verteidigungszwecke. Diese Zahlen sind ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß das Hauptziel des Sowjetvolkes und seiner Regierung die größtmögliche Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur, die Sorge um den zunehmenden Wohlstand der Volksmassen war.

Hätte die Sowjetregierung zum Kriege gegen Deutschland gerüstet, so würde sie natürlich den Löwenanteil der Staatsmittel für Rüstungszwecke verwendet haben, so wie dies Hitler tat.

Die ganze Verlogenheit der Behauptung Hitlers, die UdSSR habe die Absicht gehabt, Deutschland zu überfallen, wird mit besonderer Deutlichkeit durch den Umstand unterstrichen, daß die Rote Armee im Augenblick, da die deut-

schen Truppen in die UdSSR einfielen, noch nicht mobilisiert und an die Grenzen gebracht war.

Hitler hat den von ihm selbst abgeschlossenen Vertrag gebrochen und die UdSSR überfallen, weil er dieses freiheitsliebende außerordentlich reiche Land besetzen und unterjochen wollte, weil er die Sowjetmacht als Macht der Werktätigen vernichten wollte, weil sein Plan dahin ging, die Rohstoffe, Lebensmittel, das Kriegsgerät und die Arbeitskräfte der UdSSR für den Krieg gegen England und danach gegen Amerika einzusetzen. Es ist kein Zufall, daß die Nazis im Sommer 1941 erklärten, sie würden „London über Moskau schlagen.“

Hitlers Krieg gegen das Sowjetvolk war ein räuberischer, nach Eroberung strebender, ungerechter Krieg. Hitler, Goebbels und die Nazipresse sprachen ununterbrochen von einem „Deutschland aufgezwungenen Kriege“. Jawohl, aber nicht die Sowjetregierung, sondern die Hitlerregierung hatte dem deutschen Volke den Krieg gegen die UdSSR aufgezwungen.

Da Hitler aus eigenem Entschluß zum Zwecke der Eroberung den Krieg gegen die Sowjetunion auslöste, trägt er die Schuld für all die unzählbaren Leiden und Nöte, die dieser Krieg über das deutsche Volk gebracht hat.

Auch während des Krieges betrog Hitler das deutsche Volk fortgesetzt. Bei seinem Beginn versprach Hitler den Deutschen, es werde ein Blitzkrieg sein, der in 6 bis 8 Wochen zum Siege führen werde. Nicht ohne Ursache tauchte daher nach dem Versagen des Blitzkrieges gegen die UdSSR in Deutschland die verächtliche Bezeichnung „Achtwochenrußlandkriegsprophet“ auf. Der erste dieser „Propheten“ war Hitler.

Die Versprechungen, die Hitler den deutschen Soldaten zu Beginn des Krieges gegen die UdSSR gemacht hat, bringt uns am deutlichsten ein Heft in Erinnerung, das von der Naziregierung herausgegeben, seinerzeit in der ganzen Wehrmacht jeder deutsche Soldat neben seinem Wehrpaß führte. In diesem hieß es: „Du, deutscher Soldat bist unverletzbar. Keine Kugel, kein Bajonett können Dir etwas anhaben. Keine Macht der Welt kann dem deutschen Ansturm standhalten. Wir werden die ganze Welt in die Knie zwingen. Deutschland wird unumschränkter Herr der Welt sein. Du wirst die Schicksale Englands, Rußlands, Amerikas be-

stimmen. Deutscher, vernichte, wie es einem Deutschen geziemt, alles Lebendige, das sich Dir auf Deinem Wege entgegenstellt. Du wirst siegen. Keine Kugel, kein Bajonett können Dich aufhalten. Morgen wird die ganze Welt vor Dir auf den Knien liegen.“

Ein gesunder Menschenverstand hätte genügt, um zu sehen, daß diese Versprechungen nichts waren als gemeiner Betrug, daß im modernen Krieg der deutsche Soldat nicht „unverletzbar“ sein konnte, daß die Deutschen, ein Volk von 70 Millionen Menschen, nicht die ganze Welt in die Knie zu zwingen vermochten, sondern daß im Gegenteil die Völker sich gegen diese verbrecherische Absicht Hitler-Deutschlands, die gesamte Menschheit zu versklaven, erheben würden. Aber der gesunde Menschenverstand weitaus der meisten deutschen Soldaten und Offiziere, ebenso wie der Zivilbevölkerung Deutschlands, war von der Hitlerpropaganda und vor allem durch die Siege der deutschen Wehrmacht in Europa betäubt. Die Nazis nutzten diese Siege dazu aus, um die verlogene Legende von der „Unbesiegbarkeit der deutschen Armee“ zu schaffen. Prahlerisch erklärte Hitler:

„Wo der deutsche Soldat steht, kommt kein anderer hin.“

Lange, viel zu lange hat das deutsche Volk diesem für ihn verderblichen Unsinn Glauben geschenkt.

Als Staatsoberhaupt und oberster Befehlshaber der Wehrmacht trägt Hitler die volle Verantwortung für die Entfaltung des Weltkrieges, für alle Niederlagen der deutschen Wehrmacht und für ihre schließlich völlige militärische Zerschmetterung. Aber er trägt diese Verantwortung nicht allein.

Die deutschen Generale versuchen heute die Verantwortung und die Schuld für die Entfesselung des —, mit den barbarischsten Methoden geführten Krieges von sich abzuwälzen . . . einzig und allein Hitler und seine dilettantische Abenteuerstrategie dafür verantwortlich zu machen.

Wenn die deutschen Generale von Rundstedt, Busch, Loeb, Lindemann, Keitel, Jodl und all die anderen wahre Patrioten ihres Vaterlandes gewesen wären, so hätten sie sich weigern müssen, die verbrecherischen Befehle Hitlers auszuführen.

Aber der Wunsch, sich am Ergebnis des Krieges zu bereichern und Machtgier veranlaßten sie, Hitlers Abenteuerer-

politik mitzumachen. „Am blindesten ist derjenige, der nicht sehen will“ sagt eine Volksweisheit. Die deutschen Generale zogen es vor, bewußt Hunderttausende deutscher Soldaten in den Tod zu treiben, um nur ja nicht ihre Karriere und ihre persönliche Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Hitler hätte ohne sie nicht Krieg führen können. Er war von ihnen abhängig. Die Generale tragen neben Hitler, den führenden Nazis und den Industriekapitänen die volle Verantwortung für den Krieg, für all seine Leiden, sowohl vor dem deutschen Volk als auch vor den übrigen Völkern.

Eine Lüge ist es auch, wenn die Generale behaupten, nichts von den Todeslagern und den ungeheuerlichen Verbrechen gewußt zu haben, die dort von Offizieren und Soldaten der deutschen Wehrmacht begangen wurden (wir sagen Wehrmacht, denn die Einheiten der SS bildeten einen Teil der deutschen Wehrmacht). Solche Lager gab es in Polen und Deutschland. Täglich gingen Transporte von tausenden Menschen dorthin. Täglich kamen von dort ganze Zugladungen mit den Habseligkeiten der Ermordeten. War es möglich, daß die deutschen Generale von all dem nichts gewußt hatten? Natürlich wußten sie es, und mehr noch: entweder sie billigten es, oder sie ließen diese Freveltaten gleichgültig geschehen und leisteten auch weiter unterwürfig dem Ungeheuer, das sich Führer nannte, Gefolgschaft.

Aber auch damit nicht genug. Die Hitlergenerale waren selbst Organisatoren ungeheuerlicher Verbrechen. Auf ihren Befehl wurden Hunderttausende von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Auf ihren Befehl wurden tausende Dörfer und Städte bis auf die Grundmauern niedergebrannt, um eine Zone der „verbrannten Erde“ zu schaffen. Offen und zynisch setzten sie sich über alle Bestimmungen des internationalen Rechts hinweg, traten die elementarsten Gesetze und Gepflogenheiten der Kriegführung mit Füßen.

Der Nürnberger Prozeß brachte viele Dokumente an das Licht, die auch die deutsche Generalität schwer belasteten. So z. B. legte Rosenberg am 28. Juni 1941, also eine Woche nach dem Überfall auf Rußland, einen Bericht über seine Tätigkeit seit dem 20. April vor. Aus diesem Bericht geht hervor, wie umfassend der Kreis der Personen war, die unmittelbar mit Rosenberg bei der Durchführung seiner verbrecherischen Absichten zusammenarbeiteten. In diesem Be-

richt sind die Namen Keitel, Jodl, Raeder, Göring, Frick und Fritzsche genannt.

Feldmarschall Keitel gab einen Befehl heraus, in dem er sich auf ein Telefongespräch mit Saukel bezieht, wonach eine Million Menschen aus den Ostgebieten innerhalb von vier Monaten nach Deutschland gebracht werden sollten. In Keitels Befehl heißt es wörtlich: „Wo alle Befehle versagen, ist ein gewisser Druck erforderlich.“

Die deutschen Generale, diese Vertreter der preußischen Militärkaste und der bestialischen Traditionen des räuberischen deutschen Imperialismus tragen daher neben Hitler, Göring, Himmler und den deutschen Plutokraten für alle Untaten der deutschen Wehrmacht und der Hitlerregierung die Verantwortung.

Hitler hat das deutsche Volk in Schmach und Schande gestürzt.

Die Nazis haben dem deutschen Volk den Haß und die Verachtung aller Völker der Erde und besonders der europäischen Völker zugezogen. Das ist das furchtbarste, das schwerste Erbe, das diese Bestien Deutschland hinterlassen haben.

Auf Befehl Hitlers fiel die deutsche Wehrmacht mit räuberischen Absichten in die Staaten Zentral- und Westeuropas, in die Sowjetunion ein, störte das friedliche Leben der Völker dieser Länder und brachte die Schrecken des Krieges über sie. Auf Befehl Hitlers haben die deutschen Generale, Offiziere, Soldaten und Beamten Jahre hindurch die europäischen Völker beraubt und geknechtet, haben sie verhöhnt, ihre Kultur geschändet, ihre tapfersten Patrioten ermordet.

Mit besonderer Grausamkeit wüteten die deutschen Armeen in der Sowjetunion. Auf Befehl der Naziführer ermordeten die Verbrecher der SS und der SD die sowjetischen Kriegsgefangenen, ließen sie Hungers sterben und rotteten hunderttausende Menschen der friedlichen Bevölkerung aus. Auf Befehl der Naziführer und deutschen Generale trieben deutsche Offiziere und Soldaten Millionen friedlicher Sowjetbürger nach Deutschland; sprengten sie bei ihrem Rückzug

die Sowjetstädte und Dörfer in die Luft oder brannten sie nieder; plünderten sie die vorübergehend von ihnen besetzten Gebiete restlos aus; zerstörten sie alte russische Kulturdenkmäler, Dutzende herrlicher altertümlicher russischer Kirchen.

Ungeheuerliche Verbrechen begingen die Deutschen auf Hitlers Befehl gegenüber dem jüdischen Volk. In den Vernichtungslagern ermordeten die Deutschen mehr als 6 Millionen Juden auf bestialische Weise, darunter Millionen Frauen, Kinder und Greise. Wofür wurden diese Menschen ermordet? Mit welchem Recht wagten es die Deutschen, ihnen das wertvollste der Menschenrechte zu nehmen, das Recht auf Leben?

Von all den Bestialitäten und Grausamkeiten in den unzähligen Konzentrationslagern wollen wir nur an die Massenmorde im Todeslager Tremblinka in der Nähe von Warschau erinnern. Täglich wurden nach dort in Abteilungen zehn- bis fünfzehntausend Juden verschleppt. Auf dem Platz vor dem Bahnhof wurden sie angewiesen, ihre Sachen zurückzulassen, wie man ihnen sagte, ins Bad zu gehen. Dann wurden die Frauen und Kinder von ihren Vätern, Männern und Brüdern getrennt und in Baracken geführt. Dort erhielten sie Befehl, sich auszuziehen, den Frauen wurden die Haare geschoren und dann gesammelt. Hierauf erhielten die nackten Menschen von den SS-Leuten den Befehl, ihr Geld und ihre Wertsachen abzuliefern, in Reihen anzutreten, die Hände zu heben, um in schnellem Tempo eine 120 Meter lange Allee entlang zum Hinrichtungsplatz getrieben zu werden. Die SS-Leute nannten diese Allee zynisch den „Weg ohne Rückkehr“. Die Morde wurden in einem großen Steinhäus begangen. Wenn die Leute auf dem Platz vor dem großen Haus angelangt waren, ließen die SS-Leute besonders abgerichtete Hunde auf sie los, die die Körper der Unglücklichen zu zerfleischen begannen, während die SS-Leute mit Gewehrkolben auf ihre Opfer einhieben. Dann wurden die Todeskandidaten in Gaskammern getrieben. In zehn Kammern wurden gleichzeitig 4500 Menschen auf einmal getötet. In der ersten Zeit des Bestehens des Lagers, als die Gaskammern noch mit Unterbrechungen arbeiteten, zogen sich die Qualen der Opfer 8—10 Stunden hin. Später starben die Menschen innerhalb 10—25 Minuten einen qualvollen

Erstickungstod. Die Kinder ereilte dieser furchtbare Tod vor den Augen ihrer Mütter. Die Leichen wurden schnell aus den Gaskammern geschafft und in einen großen Graben geworfen, der von einem riesigen Bagger unausgesetzt weiter gegraben wurde, während die SS-Leute bereits den nächsten Schub ihrer Opfer in die Gaskammern trieben. Auf diese Weise wurden in Tremblinka monatlich gegen 300 000 Menschen ermordet.

Die Haare der Ermordeten wurden desinfiziert, in Säcke gepreßt und nach Deutschland geschickt. Sie wurden an das Marineministerium überwiesen, zur Verwendung für Matratzen, U-Boottaue und sonstige Zwecke. Großadmiral Dönitz, der nach der Kapitulation Deutschlands versuchte, sich von Hitler zu differenzieren, wußte sehr wohl, woher diese Haare, die seinem Ministerium überwiesen wurden, kamen. Die Sachen der Ermordeten wurden, soweit sie nicht die SS-Leute stahlen, nach Deutschland geschickt und an die Bevölkerung verkauft oder verteilt.

In einem anderen Vernichtungslager, Auschwitz, nahmen deutsche Ärzte an gesunden Häftlingen die gefährlichsten und qualvollsten Operationen vor, machten durch künstliche Befruchtung Frauen für Versuchszwecke schwanger, um sie dann zu ermorden.

Das Gebäude der medizinischen Akademie in Danzig ist der furchtbare Zeuge ungeheuerlicher Freveltaten der Nazis. Unter der Bezeichnung „Hygiene-Institut“ schufen die Nazis dort eine Versuchsfabrik für die industrielle Verwertung von Menschenleichen! Professor Spanner, Dr. Wohlmann und andere Bestien mit Arztediplom arbeiteten hier Methoden der Seifenerzeugung aus Leichen aus, sowie Methoden zur Herstellung von Lederwaren aus Menschenhaut. Professor Spanner gelang die Beseitigung des unangenehmen Geruchs dieser Seife, und er sowohl als auch seine „Kollegen“ verwendeten sie als „Toiletten“-Seife. Die „Rohstoffe“ für diese Fabrik wurden aus den Todeslagern herangebracht. Die Soldaten der Roten Armee fanden bei der Befreiung Danzigs im Hygiene-Institut 150 Leichen in der Mehrzahl Polen und Russen, denen sorgfältig die Köpfe abgeschnitten waren. Kessel, in denen das Menschenfleisch gekocht wurde, einen Stand mit Mustern gegerbter Menschenhaut.

Eine so abgründtief moralische Verderbnis, so ungeheuerliche Verbrechen hatte die Geschichte der Menschheit bis dahin nicht gekannt.

Mit welchem Ziel gaben Hitler und Himmler Befehl, Millionen unschuldiger, wehrloser Menschen bestialisch hinzumorden? Um das deutsche Volk noch tiefer ins Verderben zu reißen, es durch eine Kette furchtbarer Verbrechen mit der Naziclique zusammenzuschmieden, um die anderen Völker durch die wilde Grausamkeit der „Herrenrasse“ einzuschüchtern.

Die Vernichtungslager und die „Versuchsfabrik“ des Professor Spanner waren außerdem der Auftakt zu einer in noch größeren Ausmaßen beabsichtigten Massenausrottung von Menschen, und zwar in erster Linie von Slawen. Für diese Ausrottung wurden technische Vorrichtungen geschaffen, Meister des Massenmordes ausgebildet, unmenschliche „Versuche“ an lebendigen Menschen vorgenommen, die industrielle Verwertung der Menschenleichen in die Wege geleitet.

All dies ist allen Völkern der Welt bekannt.

Wie soll die Menschheit sich nach all dem den Deutschen gegenüber verhalten, die diese ungeheuerlichen Missetaten begangen haben? Die Antwort ist klar: Die Völker können nur glühenden Haß und tiefste Verachtung empfinden. Hitler und die Nazis haben Deutschland und das deutsche Volk mit der größten Schmach bedeckt, die es je in der Geschichte gegeben hat.

Die Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes.

Das Schicksal des deutschen Volkes in den Jahren der Nazierrschaft legt Zeugnis davon ab, daß es ein Opfer der Raffgier, Grausamkeit und Machtgier Hitlers, der Nazis, der Militaristen und der Großkapitalisten Deutschlands war.

Hitler war des deutschen Volkes schlimmster Feind. Die Jahre seiner Tyrannei stellen die schmachlichste und verhängnisvollste Periode in der Geschichte Deutschlands dar.

Aber das deutsche Volk war nicht nur Opfer, sondern auch Teilnehmer der Naziverbrechen, es ist mitschuldig an diesen Verbrechen und muß daher die Verantwortung dafür

tragen. Das ist die bittere, furchtbare Wahrheit, und das deutsche Volk muß diese Wahrheit voll und ganz erkennen und aus ihr die unumgänglichen Konsequenzen ziehen.

Worin besteht die Schuld des ganzen deutschen Volkes? Es ließ Hitler an die Macht kommen. Millionen Deutscher stimmten für die Nazis und halfen ihnen aktiv, an die Macht zu kommen. Die Millionenmassen der Arbeiter verstanden es nicht, eine Einheitsfront zu schaffen, um den braunen Mördern den Weg zur Macht zu versperren.

Sieben Jahre lang haben die Deutschen auf Befehl Hitlers gehorsam an der Vorbereitung des Krieges gearbeitet. Die einen taten es infolge politischer Stumpfheit, ohne zu verstehen, wohin das führen mußte. Andere sahen, daß Hitler mit ihren Händen den Krieg vorbereitet, fürchteten aber, sich ihm zu widersetzen. Noch andere schließlich waren selbst von der imperialistischen Raubgier angesteckt und beteiligten sich bewußt und mit Eifer an der Vorbereitung zum Kriege. Im Verlauf des Krieges führten die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk — die ganz geringfügigen Ausnahmen fielen überhaupt nicht ins Gewicht — alle Befehle Hitlers aus, selbst die bestialischsten und verbrecherischsten.

Die Deutschen führten einen Raubkrieg und wußten dies sehr wohl. Goebbels selbst erklärte im Jahre 1942 vor aller Welt, der Sinn dieses Krieges sei, daß Deutschland nicht für Ideale kämpfe, sondern für den ukrainischen Weizen, das kaukasische Erdöl, für die Reichtümer der Welt.

Die Hitlerlosung „Krieg zur Gewinnung von Lebensraum“ war eine unverhüllt räuberische Losung. Wußten doch die Deutschen, daß es in der Welt und erst recht in Eurapa keine freien Räume gab. Indem sie für die Erweiterung des Lebensraumes Deutschlands eintraten, führten sie folglich ihren Krieg ganz bewußt mit dem Ziel der Beraubung anderer Völker.

Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk haben widerspruchslos an dem größten Verbrechen Hitlers teilgenommen, dem gemeinen, treubruchigen Überfall auf die Sowjetunion am Kriege gegen das Land des Sozialismus. Und das ungeachtet der Tatsache, daß das Sowjetvolk und seine Regierung stets dem deutschen Volke gegenüber eine freundschaftliche, gut nachbarliche Haltung eingenommen haben.

Das deutsche Volk ist daher für die vielen Millionen Menschenleben verantwortlich, die die „neue Ordnung“ Hitlers den Völkern Europas abforderte: es trägt die Schuld für die Leiden von Millionen nach Deutschland verschleppter ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen.

Das deutsche Volk trägt die Schuld für noch weit ungeheuerlichere Verbrechen, die in der Geschichte beispiellos dastehen, für die Ermordung von 25 Millionen völlig unschuldiger wehrloser Menschen in den Nazi-Todeslagern.

Deutsche Ingenieure und Techniker arbeiteten die Projekte für die Gaskammern, Verbrennungsöfen und Vergasungsautos aus und deutsche Arbeiter stellten sie her. Deutsche Gelehrte erfanden das Giftgas für die Gaskammern, deutsche Arbeiter verfertigten die Ausrüstungsgegenstände für die Gaskammern, die Vergasungsautos, die modernisierten fahrbaren Galgen, die Giftgase für die Todeslager, sie sortierten und verpackten in diesen Lagern die Haare und die Sachen der Ermordeten. Deutsche Eisenbahner fuhren Millionen unschuldiger Menschen in Folterung und Tod. Deutsche Stenotypistinnen schrieben die Befehle, in denen die Massenmorde angeordnet wurden. Deutsche Professoren und Ärzte impften gesunden Menschen furchtbare Krankheiten ein, kastrierten Tausende junger Männer und machten Tausende junger Frauen unfruchtbar, deutsche Studenten und junge deutsche Ärzte lernten an lebenden Menschen. Und Millionen deutscher Frauen und Männer schließlich trugen die Sachen der Ermordeten.

Nochmals legte der Nürnberger Prozeß Beweise vor, auf was für teuflische Experimente die deutschen Ärzte kamen. So z. B. SS-Arzt Dr. Rascher: Bei seinen Experimenten warf er die ihm zur Verfügung gestellten Häftlinge in ganz kaltes Wasser und wartete solange, bis sie in diesem Wasser erfroren, um dann die Todesursache feststellen zu können.

Nach all dem zu erklären, das deutsche Volk habe von den Todeslagern „nichts gewußt“, heißt offen die Unwahrheit sagen. Millionen Deutsche haben davon gewußt. Aber sie haben geschwiegen und trotz dieses Wissens dem Ungeheuer Hitler weiter Gehorsam geleistet. Die einen haben geschwiegen, weil sie selbst jede Sittlichkeit und jedes Menschlichkeitsgefühl, weil sie ihr Gewissen verloren hatten. Andere wieder schwiegen aus Feigheit.

Nur wenn das deutsche Volk die eigene Schuld und Verantwortung voll erkennt, wird es lernen, Hitler und die Nazis aus ganzer Seele zu hassen, nicht nur als seine Unterdrücker und Henker, sondern auch als seine Verführer.

Der aufrichtige aktive Haß des deutschen Volkes gegen Hitler und die Nazis wird mithelfen, den Haß der übrigen Völker gegen Deutschland allmählich schwächer werden zu lassen und die Rückkehr der Deutschen in die Völkerfamilie ermöglichen.

Der Weg zur Wiedergeburt des deutschen Volkes.

Gibt es einen Ausweg aus der materiellen und moralischen Katastrophe, in die Hitler das deutsche Volk geführt hat? Zweifellos ja. Dieser Ausweg steht dem deutschen Volke offen, dank der Großzügigkeit der Sowjet-Union, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Nur deshalb ist dem deutschen Volk das furchtbare Schicksal erspart geblieben, in gleicher Münze zurückzuerhalten, was es den anderen getan hat. Was das deutsche Volk vor der furchtbaren Rache rettet, ist einzig und allein das hohe moralische Niveau des Sowjetvolkes und der übrigen demokratischen Völker.

Was muß das deutsche Volk tun, um festen Schrittes den Weg zu beschreiten, der zu seiner Wiedergeburt führt?

Erstens: Erkennen, wer Hitler und die Nazis in Wirklichkeit waren, rücksichtslos den Kampf gegen sie und gegen die deutschen Reaktionäre führen als die schlimmsten Feinde des Volkes; aktiv bei der Aufspürung der nazistischen Kriegsverbrecher mithelfen und sie den Besatzungsbehörden ausliefern, d. h.: Deutschland von den Naziverbrechern und von den Überresten des Naziregimes und der Nazipartei säubern.

Zweitens: Überall unermüdlich und mit allen Mitteln den Kampf gegen die Naziideologie führen, gegen Menschenhaß und Rassenlehre, gegen die Nazisitten und die Nazimoral, gegen den Judentumhaß, der von Hitler im deutschen Volke

eingepflanzt wurde, und gegen alle chauvinistischen, militaristischen und imperialistischen Theorien.

Lernen Demokratie, Humanismus und Friedensliebe zu schätzen und zu verwirklichen. Für die demokratische Erneuerung Deutschlands kämpfen.

Drittens: Mitwirken bei der Wiedergutmachung der von der deutschen Wehrmacht in der UdSSR und den anderen Ländern angerichteten Verwüstungen und verursachten Schäden; das ist Ehrenpflicht des deutschen Volkes. Dem Sowjetvolk und den übrigen Völkern durch die Tat beweisen, daß das deutsche Volk sich seiner schweren Verbrechen bewußt geworden ist, daß es den Weg der Friedensliebe, der Achtung anderer Völker und der ehrlichen Zusammenarbeit mit ihnen beschritten hat.

Viertens: Die besten fortschrittlichen Traditionen der eigenen Geschichte und der Geschichte der übrigen Völker übernehmen und Schluß machen mit den reaktionären deutschen Traditionen. Hartnäckig an der Erneuerung der Volksbildung, der Wissenschaft und der Kunst auf antifaschistischer, antichauvinistischer, fortschrittlicher und demokratischer Grundlage arbeiten.

Fünftens: Die wesentlichste Voraussetzung für die Wiedergeburt des deutschen Volkes ist eine richtige Einstellung zum Sowjetvolk und dessen Verbündeten. Das deutsche Volk soll die große Menschlichkeit zu schätzen wissen, die diese Völker ihm gegenüber an den Tag legen.

Die Siegermächte haben dem deutschen Volk den Weg zum Militarismus, Imperialismus und zu Eroberungskriegen verschlossen.

Das Sowjetvolk und seine Verbündeten haben dem deutschen Volk einen anderen Weg weit geöffnet, den Weg der Gesundung von der nationalsozialistischen Pest, den Weg friedlicher Arbeit, den Weg der Demokratie und der fortschrittlichen kulturellen Entwicklung.

Nur auf diesem Wege kann das deutsche Volk zu großen Zukunftswert besitzenden Leistungen gelangen. Dieser Weg allein führt zur Wiedergeburt und Erneuerung des deutschen Volkes.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	3
Was Hitler den deutschen Arbeitern versprochen hat	6
Was Hitler den deutschen Arbeitern brachte	7
Die Ausplünderung der Arbeiter unter dem Mäntelchen der Sozialversicherung	11
Hitlers Lohnpolitik	13
Die Entrechtung der Arbeiter im Hitlerstaat	16
Die Wahrheit über die „Volksgemeinschaft“ und den „deutschen Sozialismus“	21
Der Hitlerschwindel mit dem „Volksauto“	26
Hitler und die Wohnungsfrage	27
Was Hitler den Bauern versprochen hat	32
Was Hitler den Bauern brachte	34
Hitlers Siedlungspolitik	37
Die wahren Ziele des Erbhofgesetzes	38
Die Entrechtung der deutschen Bauernschaft unter Hitler	40
Der Bauernbetrug mit dem Schlagwort „Lebensraum im Osten“	43
Die deutsche Bauernschaft im Schraubstock des Hitlerkrieges	46
Was Hitler den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern versprochen hat	50
Was Hitler den deutschen Kleinhändlern und Handwerkern brachte	51
Der Ruin der kleinen Handels- und Industrieunternehmen durch die Nazis während des Krieges	53
Was Hitler den deutschen Mädchen und Frauen versprochen hat	57
Was Hitler den deutschen Mädchen und Frauen brachte	58
Geburtensteigerung durch Sittenverderbnis	59
Die Schändung der deutschen Familie durch Hitler	60

	Seite
Was Hitler der deutschen Jugend versprochen hat	63
Was Hitler der deutschen Jugend brachte	63
Der Einsatz der deutschen Jugend zur Vorbereitung des Krieges unter dem Schein der Jugendfürsorge	68
Die deutsche Jugend — ein Werkzeug des Hitlerkrieges	70
Wessen Interessen vertrat Hitler in Wirklichkeit?	72
Hitler versprach Frieden und brachte den Krieg	78
Hitler hat das deutsche Volk in Schmach und Schande gestürzt	87
Die Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes	90
Der Weg zur Wiedergeburt des deutschen Volkes	93

Walter Ulbricht

Die Legende vom „deutschen Sozialismus“

Ein Lehrbuch
für das schaffende Volk
über das Wesen des
deutschen Faschismus

1945

Verlag Neuer Weg G. m. b. H., Berlin

EINLEITUNG

Die 12jährige Nazi-Herrschaft hat mit Deutschlands größter Katastrophe geendet. Ruiniert und ausgeblutet liegt Deutschland danieder. Der deutsche Name ist durch die bestialischen Menschenmorde von Charkow und Lidize, von Maidanek und Dachau mit Schande bedeckt. Die Todesöfen in Maidanek und Buchenwald stehen als Wahrzeichen der Blutherrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus, der nur eine Lösung kannte:

Töten, töten, töten!

Die militärische Niederlage Deutschlands bedeutete zugleich die ideologische Niederlage des Hitlerismus. Der Lügenschleier der Nazi-propaganda wurde zerfetzt. Jedoch selbst nach der harten Lektion der militärischen Niederlage gibt es noch Deutsche, die der Meinung sind, der Nazismus habe früher doch „manches Gute“ gewollt. Solche Auffassungen sind eine Gefahr für die Nation. So lange sie bestehen bleiben, wirken sie als ständige Keime einer imperialistischen Kriegsideologie. Der Verfasser dieser Schrift hat sich deshalb zur Aufgabe gestellt, das Wesen des Hitler-Faschismus zu enthüllen und an Hand vieler Tatsachen zu beweisen, daß der „deutsche Sozialismus“ nur eine Propagandawaffe war, um das deutsche Volk kriegswillig zu machen.

AM TIEFPUNKT DER KRISE

Im 13. Jahre der Weimarer Republik wurde Deutschland von der tiefsten Krise erschüttert. 1932 waren 44,7 Prozent der Industriearbeiter voll arbeitslos, und der übrige Teil war nur bei Kurzarbeit beschäftigt. Der Rückgang des Verbrauchs hatte den Mittelstand schwer getroffen. Der Handwerksmeister, der kleine Geschäftsmann, der Fabrikant konnten kaum noch die Miete für ihre Räume aufbringen. Die werktätigen Bauern sahen mit Kummer den Rückgang ihrer Wirtschaft.

Obwohl die Warenlager leer waren und es dem schaffenden Volk an den notwendigsten Bedarfsartikeln fehlte, ließen die Konzernherren und Kartellgewaltigen die Produktion nicht anlaufen. Sie wollten die Krise bis zu Ende ausnutzen zur Beseitigung der demokratischen Volksrechte, zur vollen Beherrschung der Staatsgewalt durch die Vertreter der reaktionärsten, räuberischsten Kreise des deutschen Rüstungskapitals. Sie veranlaßten die damalige Regierung Brüning, durch Staatsgesetze die Löhne zu senken, die soziale Fürsorge zu verschlechtern und die parlamentarischen und demokratischen Volksrechte weiter abzubauen. Diese ungesetzlichen Maßnahmen konnten nur zur Durchführung gelangen, weil die Mehrheitsparteien nachträglich immer wieder ihre Zustimmung gaben und so den Abbau der Weimarer Demokratie tolerierten.

Nach 13 Jahren Weimarer Republik wurde durch die furchtbarste Krisennot dem deutschen Volke demonstriert, zu welcher verhängnisvollen Folgen es führte, daß nach dem 1. Weltkrieg nicht unmittelbar die Herren der Rüstungskonzerne, der Banken und des großen Grundbesitzes enteignet worden waren. Sie waren die Krieginteressenten des 1. Weltkrieges, sie hatten verdient an der Inflation und waren verantwortlich für die große Krise 1929/1932, denn sie stellten ihre privaten Gewinninteressen wie üblich über das Lebensinteresse des Volkes.

Während die Herren der Schwerindustrie und die Großagrarien ihre Macht einsetzten, um die reaktionärsten Kräfte in die Regierung zu bringen, bemühte sich die Sozialdemokratische Parteiführung, die bürgerlichen Mittelparteien auf dem Wege nach rechts zurückzuhalten. Das war jedoch nicht möglich durch Konzessionen, sondern nur durch den Einsatz einer Einheitsfront der Arbeiter- und Volksmassen gegen den Nazismus und gegen die reaktionären Kräfte der Schwerindustrie und ihrer Deutschnationalen Partei, die sich mit der Volkspartei verbunden hatte. Die Unentschlossenheit der Parteien der Weimarer Koalition ermunterte die Reaktionäre, ihren politischen Druck zu verstärken. Am 11. Oktober 1931 führten sie eine gemeinsame Kundgebung der „Nationalsozialisten“, Deutschnationalen, der SA, des Stahlhelms und der Vertreter des Reichslandbundes durch. General von Seeckt, Schächt und der Führer der Alldutschen waren selbstverständlich ebenfalls anwesend.

Gegen den Ansturm der faschistischen Reaktion kam es in zahlreichen Orten zu gemeinsamen Aktionen der gesamten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen. Der Vorstand der SPD konnte sich jedoch nicht zum gemeinsamen Handeln mit der KPD entschließen, denn er fürchtete eine Verschlechterung seiner Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien. So kam es, daß die Sozialdemokratie lediglich die unter ihrem Einfluß stehenden Organisationen zur „Eisernen Front“ zusammenschloß.

Die Reaktionäre hielten die Zeit für gekommen, die politische Umgruppierung beschleunigt weiterzuführen durch die völlige Ausschaltung der Sozialdemokratie, ihre Entfernung aus der preußischen Regierung und die Heranziehung der Hitlerpartei als Sturmtruppe für die Beseitigung der letzten demokratischen Rechte und Errichtung der unbeschränkten Herrschaft der räuberischen Konzernherren und reaktionärsten Großagrarien. Am 1. Juni 1932 ernannte Hindenburg Franz von Papen — Mitglied der katholischen Zentrumsparlei — zum Reichskanzler. Innenminister wurde der reaktionäre Freiherr von G a y l, das Wirtschaftsministerium übernahm das Vorstandsmitglied des IG-Farbenkonzerns, Dr. W a r m b o l d. Außerdem gehörten der Regierung an: Finanzen — G r a f Schwerin von Krosigk, der für die Subventionen an die Großgrundbesitzer sorgte; Reichswehr — General von Schleicher; Justiz — Dr. G ü r t n e r, bayerischer Justizminister; Ernährung und Landwirt-

schaft — Freiherr von Braun; Post und Verkehr — Freiherr von Eltz-Rübenach. Zunächst hoben diese Herren das SA-Verbot auf und gewährten dem Naziterror freien Spielraum. Zur gleichen Zeit betrieb Herr von Papen die Vorbereitungen zur Absetzung der preußischen Koalitionsregierung, an deren Spitze die Sozialdemokraten Braun und Severing standen. Am 20. Juli setzte Papen die preußische Regierung ab und ernannte sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Der kommandierende General von Berlin, General von Rundstedt, ließ durch einen Hauptmann und vier Mann den Berliner Polizeipräsidenten G r e s z i n s k i und den Kommandanten der Schutzpolizei absetzen. Jene reaktionären Kräfte, die durch Ebert, Noske und Severing 1919 in ihren Machtpositionen belassen und gegen die Arbeiterschaft eingesetzt worden waren, vertrieben nun die Sozialdemokraten aus ihren staatlichen Positionen. Und die sozialdemokratische Parteiführung beschloß, mit Hinsicht auf die damals bevorstehenden Reichstagswahlen auf den Aufruf zu Massenaktionen zu verzichten. Der Vorschlag der KPD zum gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Anhänger wurden aufgerufen, den Kampf „als Wahlkampf zu führen“. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun aber hatte keinen anderen Wunsch mehr, „als sich von seinem Amte in aller Stille zurückziehen zu dürfen“. (Friedrich Stampfer, „14 Jahre Republik“, Seite 577.)

Die KPD hatte Anfang Juni 1932 zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront aufgerufen, ohne irgendwelche Bedingungen als Voraussetzung des gemeinsamen Handelns zu stellen.

Auf dem antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin, am 12. Juli 1932, also kurz vor der Verjagung der preußischen Koalitionsregierung, erklärte der Führer der KPD E r n s t T h ä l m a n n :

„Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen!

Wir wollen, daß gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Zerschlagung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Presse,

Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren!“

Klar sagte damals Ernst Thälmann, was die reaktionären Machthaber wollten und was das Volk wollte:

„Die Machthaber von heute wollen Rüstungspolitik, militaristische Verseuchung der Jugend und imperialistische Kriegshetze!

Die Volksmassen wollen weder Militarismus noch imperialistischen Krieg!

Die Machthaber von heute wollen die Hungerpeitsche schwärzester kapitalistischer Scharfmacherei über die arbeitende Bevölkerung schwingen und das herrschende Elend vervielfachen.

Die Volksmassen wollen nicht länger Not, Hunger, Armut und Elend kampflos erdulden!

Die Machthaber von heute wollen beispiellose Reaktion, brutalen Terror und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, Verbote, Verbote und immer neue Verbote.

Die Volksmassen wollen sich nicht länger entrechten, unterdrücken, knechten und mit Füßen treten lassen.“

Wenn es trotz aller Bemühungen der Kommunisten zu keinen gemeinsamen Aktionen gegen den Naziterror und gegen die reaktionären Diktate Papens kam, so deshalb, weil der sozialdemokratische Parteivorstand noch nicht begriffen hatte, daß sich durch den Herauswurf aus dem preußischen Staatsapparat die Lage der Sozialdemokratie geändert hatte. Die SPD-Führung hielt es immer noch nicht für angebracht, die von ihr geschaffene „Eiserne Front“, die sie in der Hauptsache als Instrument des Wahlkampfes betrachtete, nun zum aktiven Kampf gegen den faschistischen Terror einzusetzen.

In der Zeit der Papen-Regierung entfaltete sich ein harter Kampf. Der SA-Terror war staatlich geschützt. Von Polizei und Reichswehr begünstigt, führten die SA-Kolonnen den Kampf um die Straße. Die Arbeiter schützten ihre Versammlungen, ihre Gewerkschaftshäuser und Druckereien mutig gegen die Angriffe der faschistischen Terrorgruppen. Aber ohne die umfassende Aktion der Arbeiterorganisationen konnten diese Kämpfe

nicht zur Zurückschlagung der faschistischen Reaktion führen. Man muß in diesem Zusammenhang auch sagen, daß manchem ehrlichen Hitlergegner der Weg zur antifaschistischen Einheitsfront dadurch erschwert wurde, daß die KPD, statt sich in ihren Aktionsforderungen auf den Kampf gegen den Faschismus und die demokratischen Forderungen zu beschränken, diese mit dem programmatischen Ziel der KPD, der sozialistischen Republik, verband.

Es gelang der Papen-Regierung im wesentlichen, ihre von der Schwerindustrie und dem feudalen Herrenklub gestellten Aufgaben der weiteren Einschränkung der Volksrechte und der engeren Zusammenarbeit von Reichswehr und Nazipartei zu erfüllen. Die entscheidenden Männer in der Führung der Reichswehr, die früher manche Bedenken gegen die SA hatten, erkannten nun in der SA eine Organisation zur Vorbereitung militärischer Reserven und sahen in Hitler mehr und mehr den Trommler für Aufrüstung und Krieg. Einigen Herren in der Reichswehr schien jedoch die Hitlerpartei als Massenbasis für die kommenden Ereignisse nicht zu genügen. Sie glaubten zumindest die Gewerkschaften nicht entbehren zu können. Deshalb wurde dem angeblich „sozialen“ General Schleicher die Regierung übertragen. Er sollte eine große Koalition von der Hitlerpartei bis zu den Gewerkschaften zustande bringen. Wenn dieser Versuch auch von vornherein zum Scheitern verurteilt war, so erreichten die reaktionären Hintermänner doch, daß die Gewerkschaftsführung am 31. Januar 1933 nicht zum Generalstreik gegen Hitler aufrief.

Die faschistische Machtergreifung in Deutschland hätte verhindert werden können, wenn nicht ein Teil der Arbeiterklasse durch Illusionen über „Wirtschaftsdemokratie“ und parlamentarische Verhandlungen über Arbeitsbeschaffungspläne und Hoffnungen auf den Staatsgerichtshof gelähmt gewesen wäre, wenn nicht die Demokraten die Demokratie selbst aufgegeben hätten, indem sie die faschistischen Kampforganisationen gewähren ließen und Schritt für Schritt vor ihrem Druck weiter zurückwichen.

Statt die *Rote Frontkämpfer-Organisation*, diese starke Kampforganisation gegen den Faschismus, zu verbieten, wie es der sozialdemokratische Minister Severing tat, erforderte die Bedrohung des arbeitenden Volkes durch den Nazismus den *gemeinsamen Kampf von RFB und Reichsbanner*.

Statt Arbeiterdemonstrationen zu verbieten, wäre es notwendig gewesen, die SA zu entwaffnen, die SA-Höhlen auszuräumen und die Naziführer

zu verhaften. Hätte jemals die Hitlerpartei Einfluß auf den Mittelstand und die Bauern gewinnen können, wenn die Parteien der Weimarer Koalition dem Mittelstand und den Fabrikanten durch Kredite, Miets- und Steuererleichterungen über die Krise hinweggeholfen und *nicht den Großagrariern, sondern den Bauern Krisenhilfe* gewährt hätten?

Selbst wenn noch am 30. Januar die SPD und die Gewerkschaften mit der KPD zum Generalstreik aufgerufen hätten, wäre es durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter Hitler unmöglich gemacht worden, so ungehindert den Krieg vorzubereiten wie es leider geschah. Jene sozialdemokratischen und bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die damals immer wieder auf die Schwierigkeiten und Opfer hinwiesen, können heute nicht leugnen, daß diese „Politik des kleineren Übels“ der deutschen Arbeiterschaft und unserem Volke unermessliche Leiden und Opfer gebracht hat.

DREIHUNDERT DEUTSCHE RÜSTUNGS- INDUSTRIELLE UND BANKHERREN SUCHTEN EINEN AUSWEG

Mit Fackeln und Fahnen zogen Hitler, Göring und Goebbels am 30. Januar 1933 in die Regierungsgebäude der Wilhelmstraße ein. Der Propagandalärm der Nazis hatte große Teile des Volkes glauben gemacht, eine „neue Zeit“ sei angebrochen, die „Arbeitslosigkeit werde jetzt beseitigt“, „die Wirtschaft schaffe nun für die Bedürfnisse des Volkes“ und „die Bestimmungen von Versailles würden auf friedlichem Wege außer Kraft gesetzt“.

Die Hitlergegner fragten schon damals: Wer finanziert diese riesenhafte Propaganda? Wo kommen die Gelder her für die riesigen Ausgaben der SA- und SS-Verbände?

Man brauchte nur aufmerksam hinzublicken, um einen Fingerzeig zur Beantwortung dieser Frage zu bekommen. Die Nazis schrien aus vollen Lungen: „Beschlagnahme der Kriegsgewinne!“, „Verstaatlichung der Trustbetriebe!“, „Brechung der Zinsknechtschaft!“ Solche Forderungen hätten, wenn sie ernst gemeint gewesen wären, die Herren von der Schwerindustrie aufs äußerste beunruhigen müssen. Diese zeigten sich aber durchaus nicht beunruhigt. Im Gegenteil, sie schwiegen zufrieden. Zu seinem Unglück beachtete das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit diesen Fingerzeig ebenso wenig, wie es in den Jahren vorher die Entstehung der Freundschaft zwischen Hitler und den Herren der Schwerindustrie beachtet hatte.

Das Kohlensyndikat zahlte

Jeder, der die Jahre 1930/31 miterlebte, weiß, daß gerade in diesen Jahren eine plötzliche, außerordentliche Verbreiterung der Nazitätigkeit begann. SA-Stürme wurden in schneller Folge in jedem Stadtteil und jedem Dorf aufgestellt, in allen Teilen Deutschlands wurden Zeitungen angekauft, die Aufmärsche begannen einander zu jagen.

Woher dieser plötzliche „Aufschwung“? Er war die Folge des Beschlusses, den das Ruhrkohlsyndikat, die monopolistische Vereinigung der großen Bergbauunternehmer des Ruhrkohlenreviers, unter Leitung seines Vorsitzenden, **K i r d o r f**, gefaßt hatte:

Jeder Unternehmer, der dem Ruhrkohlsyndikat angehört, ist verpflichtet, pro Tonne verkaufter Kohle 5 Pfennig zur Finanzierung der NSDAP abzugeben.

Wenn man berücksichtigt, daß die Kohlenförderung der im Kohlsyndikat vereinigten Ruhrzechen im Jahre 1929 123 Millionen Tonnen betrug, so entpuppen sich die von den Unternehmern der NSDAP geschenkten „fünf Pfennig“ als 6 150 000 RM im Jahr: Über den Empfang dieser Millionen quittierte Hitler dadurch, daß er ab 1931 in den Propagandabroschüren der NSDAP hervorheben ließ, daß „der Kohlenbergbau für die Verstaatlichung ungeeignet“ sei. (Im übrigen zahlten auch die preußischen Staatszechen als Mitglieder des Kohlsyndikats bei einer Kohlenförderung von 10,5 Millionen Tonnen jährlich 525 000 RM an Hitler. Außerdem finanzierte der preußische Staat Hitler durch die staatliche Beteiligung am Mitteldeutschen Kalisyndikat, das ebenfalls Gelder an Hitlers Parteikasse abführte.)

Die Unternehmer der Ruhr wären die letzten gewesen, die ohne genaueste Berechnung des eigenen Vorteils sich selbst besteuert hätten. Sie wußten was sie taten. Ihr Beschluß war nur die Fortführung einer alten Freundschaft, die eng mit dem schon erwähnten Namen Kirdorf verknüpft ist.

Was verband Kirdorf und Hitler?

Emil Kirdorf war der mächtigste Monopolkapitalist in Deutschland. Er war der Gründer und Beherrscher des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats, dem die großen Konzerne der Schwerindustrie angehörten, dazu Ehrenvorsitzender des Stahltrusts und Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank. Emil Kirdorf war zugleich unter den plutokratischen Konzernherren der brutalste Vertreter des „Herr im Hause“-Standpunktes.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1889 empfing Wilhelm II. eine Kommission des Zechenverbandes und eine Delegation der Streikenden. Kirdorf verurteilte aufs schärfste, daß auf diese Weise Unternehmer mit Arbeitervertretern zusammengetroffen waren, und erklärte wörtlich:

„Weder Kaiser noch Könige haben in den Betrieben etwas zu sagen. Das bestimmen wir allein.“

1905 auf der Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ war er gegen die staatliche Sozialgesetzgebung aufgetreten. Im gleichen Jahr hatte er die

Bergarbeiter ausgesperrt und es abgelehnt, überhaupt mit Arbeitervertretern zu verhandeln.

Als im Februar 1915 die Bergarbeiter Lohnforderungen geltend machten, erklärte Kirdorf auf der Generalversammlung der Gelsenkirchner Bergwerke A. G.:

„Die Regierung geht einen gefährlichen Weg, wenn sie mit den sogenannten Arbeitergewerkschaften verhandelt. In den Betrieben haben nur die Unternehmer allein zu bestimmen.“

Es ist klar, daß Kirdorf Hitlers „Führerprinzip“ gefallen mußte. Es ist nicht weniger bezeichnend, daß Hitler mit diesem reaktionären Plutokraten eng befreundet war.

Kirdorf stand, wie er selbst in einem Artikel der „Preußischen Zeitung“ vom 3. Januar 1937 mitgeteilt hat, bereits seit 1923 mit der Hitlerpartei in Fühlung. Das Jahr 1923 taucht in diesem Zusammenhang nicht zufällig auf. 1923 — das war das Jahr, in dem eine Wirtschaftskrise Deutschland erschütterte und eine revolutionäre Krise heranreifte. Der mächtige Kohlenkönig, einer der Schuldigen an der Inflation, suchte damals willige Kräfte, um sie zur Spaltung und Niederknüppelung der revolutionären Bewegung auszunützen. Mit dem Instinkt des gerissenen Konzernschiebers sah Kirdorf in der Hitlerbewegung ein brauchbares Werkzeug zum Kampf gegen die freien Arbeiterorganisationen.

Später traf Kirdorf mit Hitler persönlich zusammen. Er schrieb darüber in dem genannten Artikel der „Preußischen Zeitung“:

„Im Jahre 1927 bin ich zum erstenmal mit dem Führer zusammengelassen. Ich fuhr nach München. In viereinhalb Stunden entwickelte mir Hitler sein Programm. Ich bat ihn, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen. Diese Broschüre habe ich dann in meinem Namen in Kreisen der Industrie und der Wirtschaft verbreitet. In der Folgezeit fanden dann als Auswirkung der vom Führer verfaßten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten der Industrieviere statt.“

Die Konferenz der Dreihundert

Die wichtigste dieser Beratungen der Herren der Großindustrie mit Hitler fand am 27. Januar 1932 im Industrie-Klub in Düsseldorf statt. Hitlers Pressechef Dietrich nannte diesen Tag „einen denkwürdigen Tag in der Geschichte der NSDAP“.

Allein die Namen der Anwesenden sind das Sinnbild eines ganzen Programms.

Den Vorsitz führte Thyssen, einer der Kohlen- und Stahlkönige, dessen Raubvogelgesicht seinen Charakter treffend wiedergibt. Thyssen war mit 208 Millionen Mark Aktienkapital an den „Vereinigten Stahlwerken“ beteiligt und daher an Aufträgen für die Rüstungsindustrie besonders interessiert. Außerdem lag ihm die Eroberung Elsaß-Lothringens besonders am Herzen, da er dort große Eiseninteressen besaß.

Unter den 300 anwesenden Plutokraten saß in der ersten Reihe — neben Kirdorf — der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns und fünfzehnfache Aufsichtsrat Wilhelm Zangen. Der Mannesmann-Konzern war jener Schwerindustriellen-Konzern, dessen Hauptaktionäre sich berufsmäßig mit der Eroberung und Ausbeutung fremder Bodenschätze befaßten. Im Jahre 1911 z. B. veranlaßte der Rüstungsplutokrat Mannesmann Wilhelm II., den deutschen Kreuzer „Panther“ nach Agadir in Marokko zu schicken, um das „Recht“ auf die Ausbeutung großer marokkanischer Erzfelder zu erzwingen. Um ein Haar kam es bereits damals zum Krieg mit Frankreich.

In der Versammlung der 300 saß selbstverständlich auch der Kanonenkönig Krupp von Bohlen und Halbach. Es ist unmöglich, in diesem Rahmen die hundertjährige Geschichte der Wucherverdienste und des Landesverrats der Firma Krupp zu geben. Darum nur ein Einzelfall: Vor dem ersten Weltkrieg verkaufte Krupp seine Lizenz auf Patenzünder für Geschosse an die englische Rüstungsfirma Vickers. Dem Vertrag entsprechend bekam die Plutokratenfamilie Krupp während der ganzen Zeit des ersten Weltkrieges für jeden in England hergestellten Zünder 1 Schilling. Zehntausende deutscher Soldaten fanden an der Westfront durch Geschosse mit Krupp-Zündern den Tod. „Geschäft ist Geschäft!“

Neben Krupp saß ein Vertreter der Familie Haniel, die eines der größten und modernsten Werke der Schwerindustrie, die „Gute-Hoffnungshütte“ beherrschte.

Anwesend war ferner der Vorsitzende des Kali-Konzerns, August Diehn. Als Diehn im Januar 1942 starb, schrieb die Nazipresse offenerherzig, daß der Verstorbene ein guter Freund Hitlers war.

Es fehlte auch nicht der große Inflationsschieber Flick, der Besitzer des Mitteldeutschen Stahltrasts und einer der einflußreichsten Männer der „Vereinigten Stahlwerke“.

Der IG-Farbenkonzern war durch den Vorsitzenden seines Vorstandes, Duisberg, den damaligen Vorsitzenden des Reichsverbandes der Industrie, sowie durch Schmitz vertreten.

In der vordersten Reihe saß auch der Bankier Emil Georg von Stauff, später Vizepräsident des Hitlerreichstages. Stauff war schon vor dem ersten Weltkrieg unter dem Namen „Bagdadbahn-Gewinnler“ bekannt. Als Präsident der Anatolischen und Bagdad-Eisenbahngesellschaft und als Generaldirektor der Europäischen Petroleum-Union und der Deutschen Petroleum A. G. versuchte damals dieser Kriegsinteressent, seine Pläne zur Eroberung des rumänischen Öls und der persischen Ölquellen mit Hilfe Wilhelms II. und jetzt mit der Hitlerpartei zu verwirklichen.

Unweit von Stauff hatte sich Herr Albert Vögler vom Stahltrast plazierte, ebenfalls einer der großen Kriegsgewinnler des ersten Weltkrieges. Vögler gehörte als 29-facher Aufsichtsrat zu den Schwerstverdienern. Die deutschen Arbeiter kennen Vögler und sein nationales Gewissen seit dem Tage, an dem er während der Ruhrbesetzung den französischen General de Goutte zu Hilfe rief, damit dieser den Achtstundentag beseitigte. De Goutte lehnte ab.

In der Versammlung fehlte auch nicht v. Borsig, der Vorsitzende des „Deutschen Arbeitgeber-Verbandes“, in ganz Deutschland als grimmer Arbeiterfeind berüchtigt.

Die Textilindustrie wurde durch die Diehrigs vertreten, deren Name jeden deutschen Arbeiter an die grausame Ausbeutung der schlesischen Weber und an den Weberaufstand von 1844 erinnert. Damals wurde das Schloß der Diehrigs von den gequälten Webern völlig zerstört.

Aus den Kreisen der reaktionären Großgrundbesitzer war Graf v. Donnersmarck anwesend.

Neben ihm saß Freiherr Tilo v. Wilmowski, Rittergutsbesitzer, früher Landrat im Naumburger Gebiet. Dieser alte Feudalherr war gleichzeitig einer der mächtigsten Industrieritter: stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma Krupp A. G., Essen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Druck- und Zeitungsbetrieb A. G., Berlin und Mitglied von zehn weiteren Aufsichtsräten großer Aktiengesellschaften. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der „Deutsch-Südamerikanischen Bank A. G.“, Berlin und der „Länderbank Wien“ zeigte die Richtung seiner imperialistischen Interessen.

Das alte Programm in neuer Aufmachung

Hitler legte den Herren der Schwerindustrie das Programm vor, das sie hören wollten. Bemerkenswert dabei war die Sprache, deren er sich bediente. Er und seine Hörer verstanden diese Sprache gut. Aber sie war darauf berechnet, vom Volk nicht durchschaut zu werden.

Hitler verkündete: „Übergang von der Handelspolitik der Vergangenheit zur Bodenpolitik der Zukunft!“ Jedes dieser Worte bedarf der Übersetzung ins Deutsche. „Übergang“ — „von der Handelspolitik der Vergangenheit“ — das hieß: von der Politik friedlichen Austausches, in der man bezahlt, was man kauft, „zur Bodenpolitik der Zukunft“ — das hieß: zur Politik des Überfalls auf die Nachbarn, die man niederschlägt, um ihren Boden und was auf ihm steht, zu rauben.

Es war klar, daß die Herren der Schwerindustrie diesem Programm zustimmten; es war ja ihr Programm. Gehörten die meisten von ihnen doch zu jenen Kriegsgewinnlern, die im Jahre 1916 im Memorandum der deutschen Wirtschaftsverbände als Kriegsziel im Westen die Beherrschung des belgischen und französischen Gebiets bis zum Kanal, im Osten die Besitzergreifung der Ukraine und im Südosten die Beherrschung des Weges bis Bagdad verkündet hatten. *Hitler hatte nur das alte imperialistische Eroberungsprogramm der deutschen Schwerindustriellen zeitgemäß entwickelt.* Nur bezüglich der Durchführung hatten einige Herren „Verbesserungsvorschläge“ und Besorgnisse. Einigen der Herren gefiel nicht, daß die Führung der Nazipartei alle entscheidenden Posten im Staat für sich beanspruchte. Krupp z. B. meinte, es sei besser, wenn die Deutschnationale Partei mit in die Regierung käme und damit Herr Hugenberg, der frühere Generaldirektor des Krupp-Konzerns. Auch Silberberg, der Beherrscher der Braunkohle, und Duisberg vom IG-Farbenkonzern sahen in der Überantwortung der Staatsposten an die Hitlerpartei ein gewisses Risiko und wollten, um es zu vermindern, die Volkspartei an der Regierung teilnehmen lassen. Bedenken anderer Art hatte Herr Poensgen, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Stahltrusts und damaliger Leiter der Gruppe Nordwest des Verbandes der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Er äußerte die Befürchtung, daß die Arbeiter die demagogischen Forderungen der NSDAP auf „Abschaffung der Kriegsgewinne“ und „Abschaffung des mühelosen Einkommens“ schließlich doch wörtlich nehmen und dafür

kämpfen könnten. Aber Hitler überzeugte die Herren, daß solche Bedenken unbegründet seien.

Die Vereinbarung zwischen Rüstungsindustriellen und Hitlerpartei

Nach der Düsseldorfer Tagung stellten die 300 deutschen Plutokraten fest, daß sie den geeigneten und willfährigen „Regierungschef“ gefunden hätten. Zugleich zogen beide Teile aus der Beratung ihre Folgerungen.

Um Hitler schnell an die Macht zu bringen, beschlossen die Rüstungsplutokraten, durch weitere Verschärfung des Terrors gegen die werktätige Bevölkerung die Krise in Deutschland auf den Höhepunkt zu treiben. Es wurde zugesichert, daß neben dem Ruhrkohlsyndikat von nun ab auch die Konzernherren von „Eisen-Nordwest“ die Nazipartei finanzieren würden. Die Folge war der weitere Ausbau der SA-Formationen. Vom April 1932 ab schwammen die Mordorganisationen Hitlers im Geld. Die Beschaffung von Waffen und Ausrüstung für die SA wurde noch großzügiger gestaltet als bisher.

Hitler seinerseits beeilte sich, die letzten Zweifel der Plutokraten nicht nur in Worten, sondern durch die Tat zu zerstreuen. Der SA-Terror wurde verschärft. Goebbels und Helldorf begannen in Berlin mit der Provokation von Saalschlachten und Straßenkämpfen. Als zwei Wochen nach der Düsseldorfer Beratung im Haushaltungsausschuß des Reichstags die Frage der Gewährung von Subventionen an den Kupfertrust Mansfeld A. G. zur Abstimmung stand, stimmten die Nazis für die Zahlung von 7 Millionen Mark Subventionen an die Millionäre der Mansfeld A. G. Übrigens hatten die Naziabgeordneten schon 8 Wochen vorher, am 3. Dezember 1931, gegen den Antrag auf Einführung einer Millionär-Steuer gestimmt.

Außerdem wurde nunmehr die Programmbroschüre der Hitlerpartei in aller Stille „überarbeitet“. In dem offiziellen Buch des „Theoretikers“ der Hitlerpartei, Gottfried Feder, das das Programm der Hitlerpartei erläutert, konnte man folgende Änderungen entdecken:

6. Auflage (.....)

„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate, Trusts) werden verstaatlicht.“

7. Auflage (1932)

„Der Nationalsozialismus wird auch größte industrielle Werke, solange sie in Privatbesitz bleiben (wir denken hier an Krupp, Mannesmann,

„Der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen . . .“

Thyssen und so weiter), keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend ablehnen.“

„ . . . Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise . . . Männer wie Mannesmann, Borsig, Kraus, Waffel . . .“

Damit wurde nur bestätigt, daß Hitler sich den plutokratischen Konzernherren mit Haut und Haaren verkauft und zur Treue verpflichtet hatte. Heute wissen wir: Das Wort, das er den Rüstungsindustriellen und Bankherren gab, hat er bis zu Ende gehalten.

Die letzten Gespräche vor der Übernahme der Regierung

In späteren Zusammenkünften Hitlers mit den Herren der Schwerindustrie wurden die Fragen der Regierungsübernahme und der künftigen Maßnahmen der Regierung in engerem Kreise und eingehender besprochen.

Am 5. Januar 1933 fanden in der Villa des Bankiers *Schröder*, des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Köln, der in den Aufsichtsräten von 25 Aktiengesellschaften saß, Besprechungen zwischen Thyssen, Papen und Hitler statt, die zur Verständigung mit den reaktionären feudalen Kräften des „Herrenklub“ führten. Dieser „Herrenklub“ war die Vereinigung monarchistischer Bankherren, Industriemagnaten und feudaler Großgrundbesitzer.

Über eine Zusammenkunft am 7. Januar 1933 berichtet *Kirdorf* in dem bereits genannten Artikel in der „Preußischen Zeitung“:

„Zum letztenmal vor der Machtübernahme trafen sich dann noch einmal in meinem Hause die Führer der Wirtschaft mit Adolf Hitler, Rudolf Heß, Hermann Göring und anderen führenden Persönlichkeiten.“

(„Preußische Zeitung“ vom 3. Januar 1937)

Schließlich fanden am 27. Januar 1933 in Berlin weitere Beratungen Hitlers und Görings mit den Vertretern der Großagrarien statt, in denen vereinbart wurde, daß *Hugenberg* und *von Krosigk* als Ver-

treter der plutokratischen Großgrundbesitzerclique und der monarchistischen Kreise in die Hitlerregierung eintreten sollten.

So wurde Hitlers Machtübernahme von denselben imperialistischen Kriegstreibern vorbereitet, die Deutschland schon in das Unglück des ersten imperialistischen Weltkrieges getrieben hatten und die schuldig waren an der Inflation sowie an der Wirtschaftskrise 1929/1932. Diese alten Hochverräter an den nationalen Interessen des deutschen Volkes begannen mit Hilfe der Hitlerpartei den zweiten Weltkrieg vorzubereiten.

Die „neuen“ Männer mit den alten reaktionären Gewohnheiten

„Das ist einzigartig! Das ist noch nie dagewesen!“ So schrie Goebbels in die Welt und pries die von den Schwerindustriellen vorgeschobenen Männer als die „Erneuerer Deutschlands.“

Sie waren wirklich einzigartig und noch nie dagewesen. Angefangen von den Spitzen der „Führung“ wurde der gesamte Staatsapparat mit einem Abhub der menschlichen Gesellschaft durchsetzt, wie er tatsächlich noch nie in dem Staatsapparat irgendeines Landes Platz gefunden hat. Nicht umsonst erzählte die Goebbelspropaganda dem deutschen Volk so viel von den „arischen“ Großmüttern und Urgroßmüttern der neuen Männer; sie tat es, um deren Vergangenheit zu verschleiern.

Die Hauptattraktion war *Adolf Hitler*, der Fanatiker des Krieges. Schon in „*Mein Kampf*“ hatte Hitler geschildert, wie er am 4. August 1914 in die Knie sank und dem Himmel dafür dankte, daß es zum Krieg gekommen war. Einen solchen Mann brauchten die Kriegsinteressenten, denn ohne ein neues, noch größeres Völkermorden war der Versuch der Welteroberung nicht denkbar. Aber Hitler war nicht nur zu jedem Blutbad fähig, sondern auch dazu, das Volk in gewissenlosester Weise irrezuführen. Und das war für die Schwerindustriellen nicht weniger wichtig. Sie brauchten einen „einfachen Gefreiten des ersten Weltkrieges“, der dem Volk in phrasenreicher Sprache einreden konnte, er habe die Schrecken des Krieges durchgemacht und werde daher „bestimmt alles tun, um den Frieden zu erhalten“. Sie brauchten jemanden, der geeignet war, die Kriegsvorbereitungen hinter einem Wortschwall zu tarnen, während zu gleicher Zeit in fanatischem Welteroberungswahn alles für den Krieg ein-

gesetzt wurde, unbekümmert um das Schicksal der Nation. Hinzu kam, daß dieser „einfache Gefreite“ nicht zu den Kriegsgewinnlern des ersten Weltkrieges gehörte, also noch „unbelastet“ war. Was er inzwischen von den Herren der Schwerindustrie eingesteckt hatte, war im Volk noch nicht bekannt. Einen Größenwahnsinnigen, der gewissenlos und mit äußerster Brutalität Millionen Deutscher für die imperialistischen Weltoberungspläne der deutschen Bankiers und Konzernherren in den Tod zu jagen bereit war, einen solchen Gangster brauchten die Rüstungsindustriellen.

Übrigens war dieser „Führer“ von langer Hand und gründlich auf seine Zuverlässigkeit geprüft worden. Er war den Reaktionären im Reichswehrkommando und im Polizeipräsidium München bekannt als jener Spitzel A. Hitler, den die „Nachrichten“abteilung der Reichswehr schon im Jahre 1919 in Arbeiterversammlungen geschickt hatte. Damals erhielt Hitler den Auftrag, mit Hilfe der Federschen „Deutschen Arbeiterpartei“ die Arbeiter „von innen heraus“ gegeneinander zu hetzen. (Hitler verbarg diese seine Provokationstätigkeit unter dem Titel „Bildungsoffizier“.) Das geschah zur gleichen Zeit, als General von Epp mit seinem konterrevolutionären Freikorps in den Straßen von München Arbeiter niederschloß. Die Schwerindustriellen wußten also sehr gut, daß dieser A. Hitler weder politische noch moralische Hemmungen kannte.

Mit diesem „Führer“ marschierte eine erlesene Garde verkommener Spießgesellen auf.

Da war der beschäftigungslose G ö r i n g. Er stammte aus der Familie eines Kolonialbeamten. Sein Vater war Oberkommissar in Südwestafrika. Hermann Göring selbst, früherer Militärflieger, lebte seit 1921 hauptsächlich von Schmiergeldern der Bayrischen Motoren-Werke, deren Aktionären er sich durch bedenkenlose Erstattung günstiger Gutachten verdient gemacht hatte. Ende 1925 ging er nach Schweden. Dort sollte seine Morphiumsucht in einer Heilanstalt kuriert werden; die Behandlung blieb ohne Erfolg. 1927 kehrte er nach Deutschland zurück und machte Geschäfte in der Flugzeugmotorenbranche, bis ihn die NSDAP ganz auf ihr Konto übernahm. Die Bedenkenlosigkeit und Blutgier, die diesen Göring auf die höchsten Stellen im deutschen Staatsapparat trugen, wird durch einen Satz aus einer seiner Reden hinreichend gekennzeichnet. Am 10. März 1933 schrie er der SA zu: „Lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.“

Jawohl, schießen — auf das deutsche Volk, schießen — auf jedes andere Volk, — das war der blutige Göring, der in Deutschland das mittelalterliche Richtbeil einführte und Werk tätige zu Tausenden und Zehntausenden morden ließ. Warum? Er befahl ihre Ermordung, weil sie die Arbeiterrechte verteidigten und weil sie verhindern wollten, daß Deutschland durch ihn und seinesgleichen in den Krieg getrieben würde. Die Kette seiner Staatsverbrechen begann er mit der *Reichstagsbrandstiftung* am 27. Februar 1933.

Als berufsmäßiger Mordorganisator stand an Hitlers Seite neben Göring der Gestapochef H i m m l e r. Er gehörte zu jenen bankrotten Existenzen, die — im ersten Weltkrieg zum Offizier geworden — nach der Niederlage von 1918 ihren Lebensunterhalt weder verdienen wollten noch konnten und wurzellos dahinvegetierten, bis sie sich der deutschen Rüstungsindustrie verdient machten.

Himmler war es, der aus Hitlers früherer Schutzstaffel die SS schuf, die schwarze Mordtruppe, deren Abzeichen der Totenkopf war. Diesen berufsmäßigen Mörder Himmler ernannte Hitler nach der Machtergreifung zum Leiter der bayrischen Polizei, und Himmler erwies sich der Beförderung würdig. Er errichtete die Konzentrationslager, in denen Hunderttausende von fortschrittlichen Deutschen zu Tode gequält wurden. Er war der Organisator der bayrischen Judenpogrome. Er ließ am 30. Juni 1934 zahlreiche SA-Leute ermorden, weil sie die Erfüllung der sozialen Versprechungen Hitlers forderten. Auf diese Weise verschaffte er sich bei den Herren der Schwerindustrie den Befähigungsnachweis für den Posten des Gestapochefs. Die ganze Verworfenheit dieses Henkers aber erkannte die Welt schauernd erst während des Krieges. Himmler organisierte die Massenvernichtung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen in Polen und in den besetzten Sowjetgebieten. Er schuf die Vernichtungslager mit ihren Gaskammern, Todeswagen, Galgen, Scheiterhaufen, Massengräben, Menschenverbrennungsofen, denen Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Und es ist nur selbstverständlich, daß Hitler gerade diesen Mann auch noch zum Innenminister machte, als sein Regime in den Grundfesten zu wanken begann.

Hitlers Propagandaminister G o e b b e l s war auch einer von denen, die zu nichts zu gebrauchen waren, als in Deutschland noch Wert auf

sachliches Können gelegt wurde. Erst als die Herren der Rüstungsindustrie einen vor nichts zurückschreckenden wendigen und windigen Lügner mit eiserner Stirn brauchten, konnte Goebbels zu freilich trauriger Berühmtheit gelangen. Zugleich stieg er in die Reihen der Plutokraten auf, indem er die frühere Frau des vielfachen Aufsichtsratsmitgliedes, Multimillionärs und Waffenschiebers Günther Quandt heiratete. Als dieser 1933 wegen Schiebung verhaftet wurde, kam er — unter Beihilfe von Goebbels — gegen eine Kautions von drei Millionen Mark wieder frei. Dafür zahlte Quandt eine weitere Million seiner ehemaligen Frau, der Gattin des Propagandaministers Goebbels. Überhaupt verstand sich der „heimtückische Zwerg“ — wie Goebbels in Nazikreisen genannt wurde, auf Geschäfte. Man erinnert sich noch seiner Propagandakampagne gegen Barmat, einen üblen Schieber in Berlin. Barmat wurde wegen Korruption verhaftet, aber bald darauf machte sich im Schlosse auf der Insel Schwanenwerder, das eben diesem Barmat gehörte, der noch unverschämtere Korruptionist Goebbels breit.

Hitlers Fachmann für die Propaganda des Rassenhasses und der Kriegspolitik gegen die Sowjetunion war Rosenberg; der berufs- und stellunglose Nachkomme bankrotter baltischer Barone. Er war der typische Vertreter der alten Figuren des im Jahre 1917 für immer ausgelöschten Zarismus. Rosenbergs Freunde saßen in den Münchener Bierkneipen und den Pariser Bars und dachten zurück an die „herrlichen Zeiten“, in denen sie die Bauern prügeln, die Arbeiter ausbeuten, die Juden verfolgen und vom Schweiß des russischen Volkes leben durften. Nachdem die russische Revolution auch Herrn Rosenberg die Fortsetzung dieses parasitären Lebenswandels unmöglich gemacht hatte, zog er es vor, in Deutschland seinen „Mythos“ zu verkünden, Arbeiterverfolgungen und Judenpogrome zu organisieren und den „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ zu propagieren. Als dann die deutschen Armeen in Sowjetrußland einfielen, war Rosenberg einer der ersten, der durch ein eigenes Sonderkommando die Museen und Gemäldegalerien der Sowjetunion planmäßig plündern ließ und den „Kreuzzug“ mit einem gehörigen Fischzug zu eigenem Nutz und Frommen verband.

Ley war früher ein kleiner Angestellter des IG-Farbenkonzerns, wenig geeignet zur Arbeit. Er vertrank mehr, als er an Gehalt erhielt. Die Herren der IG-Farbenindustrie hatten bemerkt, daß die „Talente“ Leys nicht in

ruhiger Büroarbeit lagen, sondern im geräuschvollen Arbeiterbetrug. Und so gaben sie ihm 10 000 Mark zur Gründung des „Westdeutschen Beobachters“, in dem er den verzweifelten Erwerbslosen, die durch die Schuld der Konzernherren im Elend steckten, einzureden hatte, der Feind sitze in London und New York. Leys weiterer „Aufstieg“ ging rasch vor sich. 1933 beschlagnahmte er die Arbeiterbank, ließ sich einen „vorläufigen“ Vorschuß von 900 000 Mark anweisen. So begann sich Ley durch Unterschlagungen zu bereichern. Den größten Diebstahl aber beging er an den Arbeitern zur Finanzierung des Krieges. Er beschlagnahmte die Gewerkschafts- und Versicherungsgelder und ließ sie mitsamt den Erwerbslosenversicherungsbeiträgen in Hitlers Kriegskasse wandern. Mit gestohlenen Arbeitergeldern wurden Rüstungsbetriebe gebaut und Ley wurde Großaktionär. Um den alten Plutokraten gleichzustehen, ließ er sich ein herrliches Rittergut „schenken“.

In diese Galerie gehört auch der talentvolle Sektreisende von Ribbentrop, der als diplomatischer „Fachmann“ Hitlers es meisterhaft verstand, entsprechend den Anweisungen Hitlers die ganze Welt gegen Deutschland aufzubringen.

Zu den typischen Figuren der braunen Clique gehörte auch Hitlers Pressechef Otto Dietrich. Seine weitherzige Dienstfertigkeit hatte es ihn bis zum Syndikus des Rheinischen Stahlwarensyndikats bringen lassen. Dann bewies er seine Geschäftstüchtigkeit bei der Wahl des Schwiegervaters: er heiratete Elisa Reismann-Crone, die Tochter des Besitzers der von der Schwerindustrie finanzierten „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Dietrichs Schwiegervater hatte enge Beziehungen zum Vorsitzenden des Kohlensyndikats Kirdorf. Diese guten Beziehungen zu den Herren der Schwerindustrie brachten es zuwege, daß Dietrich im April 1931 zu Hitlers Pressechef ernannt wurde.

Auf die deutsche Bauernschaft ließ Hitler einen gewissen Darré los, der aus Belgrano in Argentinien stammt. Bei seinem Vater hatte er gelernt, argentinische Landarbeiter zu knechten. Im übrigen liegt der Lebensweg dieses „Bauernführers“ in jenem Dunkel, aus dem so viele Männer des Hitlerregimes urplötzlich auftauchten. Als der Bankrott von Darrés Ernährungspolitik selbst die Kriegspolitik Hitlers erschwerte, mußte Hitler diesen „Fachmann“ fallen lassen. Die Ernährungslage des deut-

schen Volkes wurde allerdings durch seinen Nachfolger noch weiter verschlechtert.

Darrés Nachfolger war der russische Weißgardist Backe, der aus Batum stammt. Daß Hitler erst Darré, den Ausbeuter argentinischer Landarbeiter, und nach ihm Backe, den gehässigen Feind der russischen Revolution und der russischen Bauern, zum „Bauernführer“ machte, kennzeichnet eindeutig die Bauernfeindlichkeit des Nationalsozialismus.

Auch die „vormals regierenden Häuser“ gehörten zu den führenden Männern der neuen Kriegspartei der NSDAP.

Prinz August Wilhelm vertrat die alte, längst abgetakelte Firma Hohenzollern. Als Eigentümer eines Grundbesitzes von 71 000 Hektar war er zugleich ein Vertreter des Nazigrundsatzes: Eigennutz geht vor Gemeinnutz. Dieser „Prinz von Geblüt“ ließ sich von Himmler zum SA-Brigadeführer ernennen.

Als weiterer Vertreter der alten wilhelminischen Hofkamarilla bekannte sich auch der Herzog von Coburg und Gotha zu Hitler. Dieser Herzog verfügte über einen Grundbesitz von 10 200 Hektar und saß im Aufsichtsrat von acht großen Aktiengesellschaften, darunter der Rheinmetall-Borsig-A. G. Er wurde Mitglied des Hitler-Reichstages, SA-Obergruppenführer und gleichzeitig Aktionär der Zentralbodenkreditanstalt A. G., deren Spezialität die Aussaugung der Bauern war.

Besonders angesehen waren in der Hitlerpartei jene Landsknechte, die nach dem 1. Weltkrieg im Dienste der Stinnes und Thyssen in den reaktionären Freikorps gegen die deutschen Arbeiter kämpften.

In München amtierte Ritter von Epp, ein alter Kolonialabenteurer. Er hatte schon vor 1933 hinlänglich bewiesen, daß Ehre und besonders Soldatenehre ihm völlig fremde Begriffe waren. Als Offizier in Südwestafrika wurde er durch die Niedermetzelung der Hereros berüchtigt; hierzu fügte er später die Schande des Mordterrors gegen die Münchener Arbeiter zur Zeit der Räterepublik und den blutigen Feldzug gegen die Ruhrarbeiter im Kapp-Putsch 1920.

Ein typischer Vertreter unter Deutschlands „Erneuerern“ war auch Manfred von Killinger. Er hatte schon 1918 zu den Söldnertruppen der Reaktion gehört, die in Berlin das arbeitende Volk niederschlugen, das mit den Kriegsverbrechern und Kriegsgewinnlern abrechnen wollte. Er hatte zu der Mordkolonne gehört, die Karl Liebknecht ermordete. Später

war er eine der Säulen der Terrororganisation „Consul“ und nahm an der Ermordung Erzbergers teil. Einen Mann mit solchen Fähigkeiten hielt Hitler für besonders geeignet für den Posten des deutschen Botschafters in Bukarest. Als die deutsche Heeresgruppe Süd zusammenbrach und Rumänien sich mit Hilfe der Sowjetunion von Hitler befreite, zog Herr von Killinger den Selbstmord der Gewißheit vor, von einem Volksgericht für eine 26jährige Verbrecherlaufbahn gerichtet zu werden.

Kurt Daluge gehörte 1919 zu dem berüchtigten konterrevolutionären Freikorps Roßbach. Die Mordtaten dieses Freikorps empfahlen ihn für die Leitung der Gestapo. Nach der Erschießung des Gestapobanden Heydrich in Prag errichtete Daluge als sein Nachfolger das fürchterliche Terrorregime, dem Tausende von tschechischen Patrioten zum Opfer fielen.

Hayler hat sich sein ganzes Leben lang als Soldknecht der Plutokraten bewährt. Als Angehöriger von Freikorps nahm er nach dem ersten Weltkrieg an der Niederschlagung der deutschen Arbeiterschaft in München, im Ruhrgebiet und in Schlesien teil und verteidigte mit Mord und Brand die Herrschaft der Stinnes und Krupp, der Vögler und Röchling. Er war ihnen auch 1923 treu und nahm am Hitlerputsch teil. Unter Hitler wurde er SS-Brigadeführer, dann Leiter der Reichsgruppe Handel, als der er die kleinen Ladengeschäfte schloß, und schließlich Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

Eine weitere Abart der braunen Spießgesellen waren jene Geschäftsmacher, die mit dem Mitgliedsbuch der NSDAP den Freibrief auf hemmungs- und straflose Groß- und Blitzschiebungen erwarben. Sie wurden in märchenhaftem Tempo reich. Vor dem deutschen Volk aber, auf dessen Kosten sie sich die Taschen stopften, spielten sie die bescheidene Rolle von „Ingenieuren“, „Fachleuten“ usw. Man braucht aber nur das amtliche „Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“ zur Hand zu nehmen, um einwandfrei festzustellen, woher diese Haifische kamen.

Der „Ingenieur“ Albert Pietzsch, wie er sich bescheiden nannte, entpuppte sich in diesem Adreßbuch als Mitglied des Vorstandes der Elektro-Chemischen Werke A. G. München, als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayrischen Lloyd Schifffahrts A. G. und Mitglied des Aufsichtsrates der Aktienbrauerei zum Löwenbräu München,

der Elektrizitäts A. G. vormals Schuckert & Co. München und der Siemens-Schuckert Werke A. G. Berlin.

Der neue Naziplutokrat Pleiger, der Generaldirektor des Göringkonzerns, der sich bescheiden „Fachmann“ nennt, war schon vorher Mitglied des Aufsichtsrates der Engelhardt-Brauerei Berlin und der Bierbrauerei Gebr. Müser A. G., Bochum-Langendreer.

Wilhelm Keppeler, Hitlers Vertrauensmann in Wirtschaftsfragen, wurde von der Nazi-Propaganda unauffällig Leiter eines „Industrieunternehmens“ genannt. Das Adreßbuch der „Direktoren und Aufsichtsräte“ aber zählt hinter seinem Namen folgende Posten auf: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Braunkohlen-Benzin A. G., Mitglied des Aufsichtsrates der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd, der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke, der Reichsbank und weiterer fünf Aktiengesellschaften.

Hans Weltzien verbarg hinter dem schlichten Titel „Finanzrat“ die Geschäftsführung der Großbank Berliner Handelsgesellschaft und die Mitgliedschaft in neun Aufsichtsräten.

Das ist nur eine kleine Auslese — sie wäre beliebig zu vergrößern — zur Illustrierung der Goebbels-Propaganda „Platz dem Arbeiter“. Während Goebbels mit dieser Losung auf den Straßen und in den Versammlungen lärmte, schafften sich die neureichen Nazimillionäre Platz in den Aufsichtsräten und an der Futterkrippe des Staates.

Die Herren der Bankwelt und der Schwerindustrie gaben zwar Hitlers Spießgesellen großzügig fette Posten; doch die entscheidenden Positionen behielten sie in der Hand.

Im Jahre 1940 — 7 Jahre nach der „Erneuerung“! — saßen von den 384 Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der 24 größten deutschen Aktiengesellschaften 240 schon seit der Zeit vor Hitler in den Vorständen und Aufsichtsräten dieser selben Gesellschaften. Von den verbleibenden 144 Posten war ein großer Teil bei den inzwischen vorgenommenen Neuwahlen mit alten Großaktionären „neu“ besetzt worden. Wie das im einzelnen Fall aussieht, soll an ein paar Beispielen gezeigt werden:

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank „erneuerte“ sich durch Aufnahme von ein paar Nazis; des ersten Mannes von Frau Goebbels, Herrn Günther Quandt, des Staatsrats Friedrich Reinhart u. a. Die überwiegende Mehrheit

verblieb aber unangetastet den alten Plutokraten, an ihrer Spitze Karl Kimmich, Wolfgang Dierig, Klöckner, dem Herzog von Sachsen Coburg-Gotha, von Siemens, dem Generaldirektor Stahl usw.

In der erneuerten Zusammensetzung des Aufsichtsrates der AEG. erhielten dieselben Günther Quandt und Staatsrat Friedrich Reinhart ihre Posten. Die Namen der übrigen Aufsichtsrats-Mitglieder zeigen aber, wer nach wie vor Herr im Hause blieb: Herr Büchner, Karl Kimmich von der Deutschen Bank, Kohlenbaron und Großgrundbesitzer Graf Henkel von Donnersmarck, die Familie Haniel, der Beherrscher des Mitteldeutschen Stahltrusts Flick, der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns Zangen usw.

Im stärkeren Umfange wurden die Aufsichtsräte der Betriebe „erneuert“, an denen staatliches Kapital beteiligt war. Hier bot sich den Handlangern der neureichen Nazibürokratie die ersehnte Möglichkeit, unter Ausnutzung des frisch erworbenen Staatspöstchens auch einen größeren „Nebenverdienst“ zu erhaschen.

Im Aufsichtsrat der Märkischen Elektrizitätswerke A. G., die hauptsächlich Berlin mit Strom versorgen, erfüllten 11 treue Gefolgsmänner Hitlers ihre Aufgabe als Kuponabschneider: drei Bürgermeister, fünf Landräte, zwei Landeshauptleute, ein Regierungspräsident.

Im Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalen hockten alte Kriegsgewinnler und neue Naziplutokraten einträchtig zusammen. Karl Kimmich (Deutsche Bank) und Eugen Bandel (Commerzbank) saßen neben dem Generaldirektor des Göring-Konzerns Pleiger sowie sechs Nazibürgermeistern und vier Landräten.

Hitler hatte schon vor 1933 erklärt, es werde eine „neue Herrenschaft“ geschaffen. Nun war sie da. Im Auftrage und im Verein mit den wahren Machthabern, den alten Konzern- und Bankherren, sog sie dem deutschen Volk das Mark aus den Knochen und steuerte auf ihr Ziel los: die Völker der ganzen Welt auszurauben.

WIE HITLER DIE ARBEITSLOSIGKEIT „BESEITIGTE“

Die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, das war der Reklameschlager, mit dem es der Nazipartei gelang, auch einen Teil der Arbeiter irrezuführen. Nie wieder wird es zu einer Krise kommen“, riefen in den Versammlungen Goebbels und Ley um die Wette.

Jetzt, zwölf Jahre später, sieht das deutsche Volk die Ergebnisse von Hitlers „Arbeitsbeschaffung“. Statt sechs Millionen Arbeitslose — weit über sechs Millionen Tote und Krüppel!

Manch junger Arbeiter in Deutschland konnte lange nicht verstehen, welcher Zusammenhang zwischen Hitlers „Arbeitsbeschaffung“ von 1933 und dem Kriegsbeginn im Jahre 1939 besteht. Aber das wird jedem klar, der untersucht, wie Hitler die Arbeitslosigkeit „beseitigt“ hat.

Nicht Hitler beseitigte die Krise!

Niemand kann bestreiten, daß am 30. Januar 1933, *dem Tage der Machtübernahme durch Hitler, der Tiefpunkt der großen Weltwirtschaftskrise bereits überschritten war.*

Im Verlauf der Krise waren die Warenlager soweit geleert worden, und der Maschinenpark bedurfte so dringend der Ergänzung, daß schon von Ende Sommer 1932 ab wieder mehr für den laufenden Bedarf hätte produziert werden müssen. *Die Krise begann schon vor Hitler langsam wieder abzuflauen.*

So war es nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen kapitalistischen Ländern. Wenn man die Produktion 1929 gleich 100 setzt, so zeigte der Produktionsindex für 1937 in Deutschland eine Steigerung auf 117,2, in Großbritannien sogar schon auf 124. Gerade der Vergleich des Produktionsanstiegs in Deutschland und in Großbritannien beweist, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise nicht etwa Hitlers Verdienst ist. Ohne Hitler wäre es rascher aufwärts gegangen.

Überdies ist es eine von Goebbels erfundene Legende, wenn gesagt wird, Hitler habe sofort nach 1933 die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt. Registrierte Erwerbslose wurden nach der amtlichen deutschen Statistik in die Betriebe eingestellt:

1933 1,25 Millionen	1934 1,57 Millionen	1935 0,57 Millionen
------------------------	------------------------	------------------------

Bis 1935/36 war also nur etwas über die Hälfte der Erwerbslosen in die Betriebe gekommen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Zahl der Erwerbslosen im Anfang durch Entlassung von Frauen aus den Betrieben vermindert wurde, dann durch die Einführung des Arbeitsdienstes für Jugendliche und schließlich durch Einziehung von 700 000 Jugendlichen zur Armee.

Arbeit für den Krieg

Was haben nun die neu eingestellten Erwerbslosen produziert? Waren es Massenverbrauchsartikel? Nein, es war Material für die Kriegsrüstung! Der Produktionsindex für Artikel des Massenverbrauchs zeigt:

1929 100	1936 98,7	1937 104,6	1938 110
-------------	--------------	---------------	-------------

Beim Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß erstens der Bevölkerungszuwachs in Deutschland in der gleichen Zeit 3,7 Millionen betrug und daß zweitens in der Produktionsziffer für 1938 das von Hitler annektierte Österreich mit inbegriffen war. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, war also die Produktion von Massenverbrauchsartikeln 1938 (ein Jahr vor Kriegsbeginn!) niedriger als 1929, im letzten Jahr der Konjunktur.

Die Industrieproduktion, die vorwiegend der Kriegsvorbereitung diente, stieg jedoch wie folgt:

1929 100	1936 106,3	1937 117,2	1938 130,8
-------------	---------------	---------------	---------------

Diese Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches“ bestätigen, daß die sogenannte Arbeitsbeschaffung Hitlers von Anfang an der Kriegsrüstung diente.

Hitlers sogenannte Arbeitsbeschaffung diente zugleich der Einführung der Zwangsarbeit und dem Lohnabbau. Im nächsten Kapitel werden wir das ausführlicher darlegen. An dieser Stelle sei nur gesagt, daß die Groß-

unternehmer mit Hitlers „Arbeitsbeschaffung“ ein besonderes Geschäft machten. Den Erwerbslosen wurde die Unterstützung entzogen, um sie zu zwingen, zu untertariflichen Bedingungen Arbeit aufzunehmen. Sie selbst wurden zum Bau von Autobahnen für den Krieg befohlen, zum Bau von Befestigungsanlagen und Ersatzstoff-Fabriken und zu Bauten, die sich aus der Standortverlegung vieler Fabriken ins Innere des Landes ergaben. Während die Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden, erhielten die Großunternehmer dagegen besondere Vergünstigungen bei der Einstellung von Arbeitskräften. Steuern wurden ihnen erlassen und besondere Subventionen gewährt.

Es war also eine Lüge, wenn die Nazipropaganda behauptete, „die deutsche Wirtschaft diene dem Volk“, nein, sie diene ausschließlich den schwerindustriellen Kriegsinteressenten. Für deren Ziel, die Eroberung fremder Länder, wurden die Kriegsrüstungen mit Staatsgeldern angekurbelt. Triumphierend schrieb der „Völkische Beobachter“:

„Der Staat ist als Großunternehmer auf dem inneren Markt aufgetreten!“

Senkung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes

Die Ankurbelung der Kriegswirtschaft war aber nur möglich auf Kosten der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. So wurde denn auch die Lebensmitteleinfuhr zugunsten der Einfuhr von Rohstoffen für den Krieg eingeschränkt. Einige Beispiele:

Die Buttereinfuhr, die 1929 136 000 Tonnen betrug, wurde schon 1936 auf 75 000 Tonnen gesenkt. In Millionen Mark wurde jährlich für die Buttereinfuhr ausgegeben:

1929	1931	1932	1934
461,4	819,8	106,6	73,6

In Tonnen ausgedrückt sank die Gesamteinfuhr von Lebensmitteln wie folgt:

1932	1934	1935
4,4	3,2	2,9

Der gesamte Eierkonsum der Bevölkerung betrug im Jahre 1935 nur

noch 7,47 Milliarden Stück, während er im schlimmsten Krisenjahr 1932 8,71 Milliarden Stück betragen hatte. Die Eiereinfuhr betrug in Tonnen:

1932	1933	1934
148 000	89 000	65 000

So war es mit allen wichtigen Lebensmitteln. Die Produktion von Margarine beispielsweise, die noch 1932 525 000 Tonnen betragen hatte, war 1934 auf 390 000 Tonnen herabgesunken. Das Schlachtkontingent wurde im Februar 1936 auf monatlich höchstens 60% der Rinderschlachtungen und Rinderfleischumsätze des Vorjahres festgesetzt. Sogar das Brot wurde gestreckt. Die Unzufriedenheit darüber war so groß, daß Göring auf dem Nürnberger Naziparteitag 1938 versprechen mußte, es würden wieder weiße Brötchen gebacken werden. Gesehen hat sie freilich keiner.

Dafür stieg die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsindustrie schon in den ersten Jahren der Hitlerherrschaft von monatlich 115 Mill. Mark im Jahre 1932 auf monatlich 155 Mill. Mark im Jahre 1936.

„Autarkie“

Die Zahlen beweisen eindeutig, daß der Lebensmittelmangel sofort nach Hitlers Machtantritt organisiert wurde. Obwohl eine größere Anzahl von Arbeitern in den Betrieben beschäftigt war, wurde im Interesse der Kriegsvorbereitungen der Lebensmittelverbrauch eingeschränkt. Das Schlagwort hierfür, das die Massen benebeln sollte, lautete: „Autarkiewirtschaft“. Hinter diesem Fremdwort verbarg sich folgende Entwicklung:

Die Rohstoffe wurden in steigendem Maße zu Kriegsmaterial verarbeitet und immer weniger zur Produktion von Maschinen und Qualitätswaren für die Ausfuhr verwandt. Daher waren die Rüstungsbetriebe überbeschäftigt und die Lager und Heeresmagazine mit Kriegsmaterial überfüllt. Dagegen fehlte es den Fabriken an Rohstoffen für Erzeugnisse des Massenverbrauchs, und auf dem Markt fehlte es an Waren des Massenbedarfs. Durch Lohnstop paßte Hitler die Kaufkraft der Arbeiter dieser Mangelwirtschaft an.

Es konnten die deutschen Werktätigen zum ersten Mal seit Jahrzehnten nicht einmal für ihr Geld kaufen, was sie wollten. Kein Wunder. Das Wesen dieser „Göringischen Planwirtschaft“ bestand ja eben darin, daß

die Arbeiter mehr arbeiten und weniger verbrauchen sollten. Als schließlich im deutschen Volk die Unzufriedenheit über die immer schlechter werdende Nahrungsmittelversorgung wuchs, hatte Goebbels die Stirn zu erklären:

„Gut, wir gestehen jetzt, wir haben seit 1933 bis zum äußersten aufgerüstet. Jawohl, gestehen wir es: wenn wir uns den Gürtel enger schnüren, so geschieht dies, weil wir nur Rohmaterial einführen für unsere Rüstung, was wichtiger ist als zu essen.“

(Rede im Sportpalast am 7. Mai 1936)

Durch den Mund von Goebbels bestätigte die Nazipartei unumwunden, daß die Kriegsproduktion die Ursache der Einschränkung des Verbrauchs, die Ursache der Not der arbeitenden Volksmassen war.

Der Friede — eine Gefahr für Hitler

Was sollte mit den angehäuften Mengen von Rüstungsmaterial geschehen? Die Antwort ist klar. Sie mußten ihrem Verwendungszweck zugeführt werden — oder eine neue, noch viel schwerere Wirtschaftskrise war unvermeidlich! *So wurde die Aufrechterhaltung des Friedens für die Hitlerherrschaft zur Gefahr.*

Von hier aus wird besonders klar, ein wie schändliches Spiel Hitler mit dem deutschen Volk trieb. „Gebt mir 4 Jahre Zeit!“ hatte er einst beschwörend ausgerufen. Viele waren auf diesen weinerlichen Schwindel hineingefallen. Sie hatten Hitler „eine Chance gegeben“. Nun nutzte er diese Chance mit aller Kraft aus, aber nicht um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, durch Arbeit für den Bedarf des Volkes, sondern um die Arbeit für die Kriegsrüstung anzukurbeln und dann den Krieg selbst in Gang zu bringen.

Dabei verhöhnte die Hitlerclique noch das deutsche Volk. Denn anders als Hohn kann man es nicht nennen, was beispielsweise der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, Nonnenbruch, in dem Buch „*Dynamik der Wirtschaft*“ dem deutschen Leser zu sagen wagte:

„Die Wirtschaft lebt von der Erzeugung, und hinter die Notwendigkeit der Erzeugung tritt die Verwendung der Güter zurück, und zwar so sehr, daß diese sogar in die Luft geknallt werden können. Das Volk hat zwar keine Steigerung seiner Lebenskraft von dieser Erzeugung, aber wenigstens Arbeit.“

Und Ley pries die Kanonen von Krupp und die Westbefestigungen als die Güter, die „für das Volk“ geschaffen wurden.

Aber auch beim Hohn blieben die Naziführer nicht stehen. Sie, die den Mangel organisiert und die Lebensmittelversorgung verschlechtert hatten, nutzten nun die Not der werktätigen Massen aus, um ihnen einzureden, der Eroberungskrieg gegen andere Völker sei notwendig, um „größeren Lebensraum“ zu sichern. Durch Entbehren und Demagogie machten sie das deutsche Volk reif zum Selbstmord für die Ziele ihrer Auftraggeber, der 300 Plutokraten.

Das Ergebnis der „Arbeitsbeschaffung“

Daß die Hitlersche „Arbeitsbeschaffung“ nur dem Kriege diene, das bestätigten am Ende der Hitlerherrschaft sogar viele Stimmen aus den Kreisen der Unternehmer. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Juni 1944 lasen wir unter dem Titel: „Das Problem unserer Zeit“:

„Es besteht kein Zweifel daran, daß sich der Krieg... immer wieder als rettende Institution darbieten wird, die geradezu automatisch alle 20—30 Jahre eingeschaltet werden will, um Überproduktion durch einen riesenhaften Staatsverbrauch abzufangen... Wo liegt der Angelpunkt des Problems? Die Produzenten (die Geldgeber gehören in diesem Zusammenhang als Interessenten in die gleiche Front) stellen die Wirtschaftsmacht dar und haben den entscheidenden wirtschaftspolitischen Einfluß auf die Regierungen... *Alle Versuche, die Überproduktion nicht durch Einschränkung der Erzeugung, sondern durch großzügig geplanten Mehrverbrauch zu heilen, mußten scheitern, weil nicht die Denkweise des Verbrauchers, als Methode und Macht organisiert, die Wirtschaft beherrschte, sondern ständig ein Produzentendenken an der Überproduktion herumdokterte.*“

Der Verfasser dieses Artikels, Herr Josef Wünsch, kommt aus dem Dinta-Institut, das sich mit der Ausarbeitung der „besten Methoden“ der Ausbeutung der Arbeiter beschäftigt. Niemand kann am kapitalistischen Denken des Herrn Wünsch zweifeln. Und doch muß auch dieser Sprecher der deutschen Großindustriellen bestätigen, daß das deutsche Monopolkapital — „Produzenten“ nennt sie Wünsch — zur Herrschaftsform der faschistischen Diktatur und zum Krieg übergang, weil es die Widersprüche der deutschen Wirtschaft nicht lösen konnte.

Statt 6 Millionen Erwerbslose — 6 Millionen Tote, das ist die Bilanz der „Arbeitsbeschaffung“ der faschistischen Machthaber.

ARBEITER ODER SKLAVE?

Es gibt heute kaum noch einen Arbeiter, der nicht tief empört ist über den unerhörten Betrug, den Hitler und die DAF an den deutschen Arbeitern begingen. Aber noch denken manche, daß die eine oder andere „nationalsozialistische“ Maßnahme zur Versklavung der Arbeiter „kriegsbedingt“ gewesen sei. Das ist ein schwerer Irrtum. Die Versklavung der Arbeiter begann nicht erst 1939, sondern bereits 1933. Und das war kein Zufall, sondern gesetzmäßig, denn die Versklavung der Arbeiter im Innern war die Grundlage für die imperialistische Eroberung nach außen.

Es ist kein Zufall, daß die Naziführer schon von 1933 ab immer wieder von der „soldatischen Gemeinschaft“ im Betrieb sprachen und das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter mit dem von Offizier und Soldat in der Armee verglichen. Damals, im Lärm des ersten „Heil-Hitler“-Geschreis, überhörten viele Arbeiter diesen neuen Ton oder belächelten ihn. Heute weiß jeder, daß unter dem faschistischen Regime der Betrieb zur preußischen Kaserne gemacht wurde.

Die Unternehmer werden zu „Betriebsführern“ ernannt

Im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 wurde die Stellung des Arbeiters in Wirtschaft und Staat festgelegt.

§ 1 dieses Hitlergesetzes bestimmt:

„Im Betrieb arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft zur Förderung des Betriebswerkes und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.“

§ 2 bestimmt:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten...“

Damit hatte die Hitlerregierung die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft diktiert. Die Herren des Kohlsyndikats, des Stahltrusts, des IG-Farbentrusts, der AEG und wie die Hochburgen des Rüstungskapitals alle heißen, hatten das Ziel ihres mehr als 50-jährigen Kampfes erreicht: Sie waren die unumschränkten „Herren im Hause“, sie bestimmten alles im Betrieb. Die Arbeiter hatten nur noch zu schufteten und zu gehorchen. Herr Ley aber schläfernte — während Hitler die mittelalterlichen Verhältnisse von Herr und Knecht wieder einführte — die deutschen Arbeiter

mit schönen Worten ein, mit der Phrase von der „Herstellung der Ehre der Arbeit“ und der Phrase von der Arbeit zum „gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“. Wie konnte vom „gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“ die Rede sein, wo die plutokratischen Führer der großen Konzerne die ganze deutsche Wirtschaft kommandierten und über die Staatsführung bestimmten?

Die Arbeiter werden entrechtet

Vergleichen wir die Rechte, die sich die Arbeiter nach fünfzigjährigem Kampf im Jahre 1918 errungen hatten, mit der Rechtlosigkeit, die durch die Hitlergesetze nach 1933 eingeführt wurde.

Recht nach 1918

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

(Artikel 165 der Weimarer Verfassung)

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.“

(Artikel 165 der Weimarer Verfassung)

Man möge uns nicht mißverstehen: Wir haben die sozialen Maßnahmen der Weimarer Republik niemals als mustergültig betrachtet, sondern im Gegenteil als unzulänglich. Aber wir sahen in ihnen demokratische Sofortmaßnahmen, die durch den Kampfwillen des Volkes zu einer echten demokratischen Ordnung in einem Staat des Friedens und des Wohlstandes hätten entwickelt werden können. Das eben fürchteten die Herren Rüstungsindustriellen. Denn zur Vorbereitung ihres Krieges brauchten

Rechtlosigkeit unter Hitler

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.“

(§ 2 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“)

An Stelle der Betriebsräte werden Vertrauensräte des Unternehmers geschaffen. „Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

(§ 5 Abs. 1 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“)

sie eine rechtlose Arbeiterschaft, das heißt eine Arbeiterschaft, die ihrer stärksten Waffe, der eigenen Organisation, beraubt war. *Hitlers sogenanntes „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ war der entscheidende Schlag zur Zertrümmerung der Organisation der Arbeiterschaft, zu ihrer völligen Versklavung.*

Im Mai-Aufruf der DAF von 1938 wurde das offen bestätigt. Frohlockend verkündeten die Büttel der „Herren im Hause“:

„Die Betriebsführer haben wieder Herrenrechte, verdienen gut und brauchen trotzdem die Löhne nicht zu steigern.“

Planmäßige Zersplitterung der Arbeiterschaft

Das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Recht der gemeinsamen Vertretung der Arbeiterinteressen war also durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ zerstört. Nun gingen die Kriegstreiber daran, die Arbeiterschaft zu zersplittern.

Um zu verhindern, daß die Arbeiter einer einzelnen Industriegruppe oder auch nur mehrerer Betriebe gemeinsam ihre berechtigten Forderungen vertraten, wurden von den sogenannten „Treuhändern der Arbeit“ immer mehr Betriebe aus dem Tarifverhältnis herausgenommen: die betriebliche und individuelle Regelung wurde üblich.

Begeistert schrieb hierzu die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die Zeitung der großen Rüstungsindustriellen, am 6. Mai 1936, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik habe sich zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für den Abschluß von Einzelarbeitsverträgen zu schaffen und schrieb wörtlich:

„Räumlich verlagerte sich das Schwergewicht von den Reichs- und Bezirkstarifen zu den Orts- und Firmenabkommen.“

Obendrein wurde diesen Tarifen der Hauptinhalt genommen. Denn die Bestimmung der Arbeitszeit wurde dem Unternehmer überlassen, der nun durch direkte Anordnung oder in Gestalt von Überstunden die Arbeitszeit willkürlich verlängern und die Betriebsordnung entsprechend seinen eigenen Interessen ändern konnte.

Es ist nur folgerichtig, daß die Hitlerregierung dem Arbeiter das Verlassen des Betriebes verbot, gleichzeitig aber dem Unternehmer das Recht gab, den Arbeiter zu bestrafen und ihn zur Aufnahme der Arbeit in einem auch noch so weit entfernten Betrieb zu zwingen.

Auf der Basis des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ be-

gann die sogenannte „Arbeitsschlacht“. Diese seltsame „Schlacht“ ging nicht etwa, wie es manchem schien, um die Wiederbesetzung der Arbeitsplätze. Die Unternehmer hätten schon längst Arbeiter einstellen können, wenn sie es gewollt hätten, denn der Bedarf an Waren war groß. *Den Konzernherren kam es aber darauf an, bei der Wiedereinstellung der Arbeiter die Not der Erwerbslosen auszunutzen, um die Tarifverträge zu durchbrechen, um den Arbeitern das Recht der gemeinsamen Interessenvertretung zu nehmen, um willkürlich die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.* Dabei halfen ihnen die Ley und Konsorten.

Den Erwerbslosen sagten sie: „Um wieder in den Betrieb zu kommen, müßt ihr auf einen Teil der tariflichen Ansprüche verzichten“.

Den Betriebsarbeitern, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden, sagten sie, dadurch würde die Einstellung der Erwerbslosen ermöglicht.

So wurden Schritt für Schritt die Tarifbestimmungen außer Kraft gesetzt. Die Konzernherren erreichten eine immer vielfältigere Staffelung der Löhne der Arbeiter im Betrieb und kamen allmählich ihrem Ziel näher: die tariflichen Grundlöhne zu beseitigen und die Löhne willkürlich durch den „Führer des Betriebes“ zu bestimmen.

Die Senkung der Reallöhne

Nach dem Bericht der DAF stieg der Wochendurchschnittslohn von 22,26 RM im letzten Vierteljahr 1932 auf 23,81 RM im zweiten Vierteljahr 1935, das heißt: um 6,9%. Die DAF selbst gab zu, daß in dieser Zeit die Preise für Bekleidung gestiegen waren und die „Nahrungsmittelpreise um 13% erhöht wurden“. Der Arbeiter konnte sich also nach den Angaben der DAF 1935 für seinen Lohn weniger kaufen als im Krisenjahr 1932. Dabei mußte er, um seinen Lohn zu verdienen, 1932 6,8 Stunden arbeiten, 1935 aber 7,4 Stunden und zusätzliche Überstunden.

Nach der frisierten Lohnstatistik im Buche von A. G. Berndt „Gebt mir 4 Jahre Zeit“ (Eher-Verlag 1937) stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 1933 bis 1937 um 45%, die Lohnsumme jedoch nur um 32%.

Als die Arbeiter berechnete Lohnforderungen stellten, wurden sie vertröstet:

„Wenn die Erwerbslosigkeit beendet ist, wird auf der ganzen Linie eine starke Lohnsteigerung eintreten.“

(„Völkischer Beobachter“, 17. Juni 1936)

Als es soweit war, hieß es: die Arbeiter sollen ihre Leistung steigern, dann werde auch der Lohn steigen. Die Leistung stieg bedeutend. Anerkennend vermerkten die „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der Deutschen Bank, es sei

„volkswirtschaftlich von höchstem Wert, daß es dem deutschen Kohlenbergbau gelungen ist, eine so außerordentliche Steigerung der Leistung zu erreichen, wie sie in der Entwicklung des Förderanteils je Schicht und Kopf der Belegschaft zum Ausdruck kommt.“

Der Freudenrausch der Grubenherren war leider nicht unberechtigt. Betrachten wir, wieviel je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues im Jahresdurchschnitt gefördert wurde:

Jahresdurchschnitt 1913	943 kg	100 %
1930	1353 „	143 %
1934	1675 „	178 %
1936	1710 „	181 %

Ähnlich im oberschlesischen Steinkohlenbergbau. Bei einer Betrachtung der dortigen Produktionsverhältnisse kam die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 19. Oktober 1937 zu der aufschlußreichen Feststellung, daß bei einem Mehreinsatz an Arbeitskräften von 9,6% eine Steigerung der Produktion um 37,6% erzielt wurde. Die Produktionssteigerung war also 3,9 mal so groß, wie der Mehreinsatz an Arbeitskräften.

„Wer leistet, soll fordern“, hatte Ley großmäulig verkündet. Aber als die Arbeiter für Mehrleistungen mehr Lohn forderten, verfügte Göring den Lohnstopp. Und derselbe Ley verhöhnnte noch obendrein die Arbeiter, indem er mitteilen ließ, er habe ein „wissenschaftliches Institut“ zur Ermittlung des „gerechten Lohnes“ geschaffen.

Über die Ergebnisse dieser Politik stellte die „Deutsche Arbeitsfront“ selbst fest,

„daß das Unternehmereinkommen einen Zugang schätzungsweise um 15, wenn nicht 20 Prozent aufweist. Das erhöhte Arbeitseinkommen ist nicht dem einzelnen Arbeiter zugute gekommen, sondern geht auf den erhöhten Beschäftigungsgrad zurück . . . Es ergibt sich also, daß sich der Unternehmer in der Arbeitsschlacht einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichern konnte als der Arbeiter.“
(„Frankfurter Zeitung“ vom 10. April 1935)

Die Naziführer nutzten nun die von ihnen selbst erzeugte Not des arbeitenden Volkes für ihre Kriegspropaganda aus: *Wollt ihr mehr Lohn, wollt*

ih'r besser leben, sagten sie den Arbeitern, so kämpft für die Eroberung fremden Bodens, für die Ausbeutung fremder Länder!

Hitlers „deutsches Arbeitssystem“

Eine besondere Methode der Versklavung des deutschen Arbeiters kam mit der Einführung des faschistischen „Leistungslohnes“.

Dieses, wie Ley sagte, „deutsche Arbeitssystem“ bestand darin, daß dem Arbeiter anstelle des Lohntarifvertrages, der früher seinem Schutz diente, Mindestleistungszeiten vorgeschrieben wurden. Ein „Reichsausschuß für Arbeitszeitstudien“ (Refa) wurde geschaffen. Sein Leiter war ein Vertreter des Rüstungskapitals, Kurt Hegner, Direktor der Löwe A. G. im AEG-Konzern. Dieser Reichsausschuß ließ in modern ausgerüsteten Betrieben bei Arbeitern mit überdurchschnittlichen Leistungen die Leistungszeiten abstoppen. Die abgestoppten Zeiten galten dann auch für die anderen Betriebe als verbindlich. Diese faschistische Methode der Ausbeutung bedeutete nicht nur, daß der Arbeiter für denselben Lohn mehr arbeiten mußte, sondern auch, daß er nicht einmal wußte, welchen Lohn er bekam. Hinzu kam die willkürliche Eingliederung der Arbeiter in die einzelnen Leistungsstufen durch den Unternehmer, die Berechnung des Lohnes nach der Leistung der Arbeitsgruppe und die Abzüge, wenn infolge schlechter Rohstoffe die Arbeit mangelhaft war. Schon diese Neuerungen allein machten den „Leistungslohn“ zu einer Ausbeutungsmethode, die alle bisherigen kapitalistischen Ausbeutungsmethoden übertraf.

Das aber genügte den Rüstungsplutokraten nicht. Durch Ley und seine Gesellen ließen sie den Arbeitern feierlichst erklären, bei höherer Leistung steige entsprechend der Lohn. Als die Arbeiter jedoch mehr geschuftet hatten, wurden die Akkordlöhne gesenkt, um die Arbeiter zu zwingen, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand noch mehr zu schaffen. Nonnenbruch nannte das im „Völkischen Beobachter“ „ein gutes Stück sozialer Revolution“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. November 1942 schrieb dazu:

„Man soll getrost ganz offen aussprechen, daß es *keine sozialen Erwägungen* sind, die den Ausgangspunkt der Angelegenheit bilden, sondern am Anfang steht die Forderung nach höherer Leistung.“

Das bestätigt nur, daß Hitler das bekannte Gesetz durchführte: „Je mehr der Arbeiter arbeitet, umso weniger Lohn erhält er.“

Der Generalstab der Arbeiterversklavung

Zur möglichst lückenlosen Durchführung der Arbeiterversklavung hatten sich die Rüstungsplutokraten auf eine mehr oder weniger einheitliche Leitung geeinigt.

Die einflußreichste Befehlsstelle war die „Reichsgruppe Industrie“ mit dem Generaldirektor Zangen vom Mannesmann-Konzern an der Spitze. Sie gab ihre Weisungen an die DAF, die DAF gab die Anweisungen Zangens an ihre Fachämter weiter. Der Leiter des wichtigsten Fachamtes „Eisen und Stahl“, Jaeosch, bestätigte seine Gemeinschaft mit den Rüstungsplutokraten im „Völkischen Beobachter“ vom 19. Juli 1943 mit den Worten:

„Die Gemeinschaftsarbeit zwischen DAF, Fachamt Eisen und Metall und der Reichsgruppe Industrie, Fachschaft Eisen- und Metallindustrie, hat sich hervorragend bewährt.“

Kaum weniger einflußreich war die „Reichsvereinigung Kohle“, an deren Spitze der Schwerindustrielle und „Staatsrat“ Paul Pleiger stand, Generaldirektor der Hermann Göring-Werke und Mitglied des Rüstungsrates. Er erteilte seine Anweisungen unmittelbar an den Leiter des DAF-Fachamtes Bergbau, Hubert Siebert. Außerdem hatte die „Reichsvereinigung Kohle“ ihren „Reichsausschuß für Leistungssteigerung“, in dem wiederum Pleiger und Siebert zusammenarbeiteten. Der „Reichsausschuß für Leistungssteigerung“ erteilte Anweisungen an die sogenannten „Arbeitskreise für Leistungssteigerung“, die auf sämtlichen Schachtanlagen gebildet wurden. Die Leitung des einzelnen „Arbeitskreises“ hatte jeweils der „Betriebsführer“, außerdem gehörten dem Arbeitskreis der Betriebsobmann der DAF, Steiger u. a. an.

So führten die Herren Rüstungsplutokraten mit Hilfe der DAF-Bürokratie aus allen Rohren den Klassenkampf von oben gegen die Arbeiterschaft. „Wahre Volksgemeinschaft“ und „Deutsche Sozialisierung“ nannten sie diese unbeschreibliche Versklavung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Es ist kein Zweifel; die Nazi-propaganda wollte durch ihre Betrugsmanöver nicht nur die Arbeiter vor ihren Kriegswagen spannen, sie wollte sie auch hindern, den wirklichen Weg zum Sozialismus zu erkennen.

DER GROSSE BETRUG

„Seelischer Sozialismus“

Das Verlangen des deutschen Arbeiters nach Entmachtung der Herren der Rüstungskonzerne und Banken sollte nicht nur „ungefährlich“ gemacht, es sollte sogar zum Vorteil eben dieser Plutokratie und zu noch größerer Knechtung der Arbeiter ausgenutzt werden. Dazu brauchten die Herren der Rüstungsindustrie den sozialen Betrug des National-„sozialismus“.

Die bisherigen Methoden des Arbeiterbetruges hatten sich abgenutzt und drohten sich gegen sie zu kehren. In der Zeit der Weimarer Republik hatten die sozialdemokratischen Märchen von der „Wirtschaftsdemokratie“, von der Möglichkeit der Verhinderung der Krisen unter der Herrschaft des „organisierten Finanzkapitals“ wohl einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gehabt, waren aber schließlich doch durch die rauhe Wirklichkeit widerlegt worden. Damit aber wuchs die Gefahr, daß die Arbeiter statt schöner Worte die Verwirklichung ihrer Lebensrechte fordern und — durchsetzen könnten.

Hier kam den Herren der Deutschen Bank, des Stahltrusts und des IG-Farbenkonzerns die „soziale Theorie“ des National-„sozialismus“ zu Hilfe. In Hitler fanden sie den Mann, der die Fähigkeit besaß, dem deutschen Volk einzureden: In Wirtschaft und Staat bestimmt jetzt das Volk.

Dieser Betrug wurde Hitler gerade dadurch erleichtert, daß Banken und Industrie immer stärker monopolisiert wurden und die Macht sich immer mehr in den Händen von einigen hundert Plutokraten konzentrierte. Früher einmal hatte jeder Arbeiter den Eigentümer des Betriebes persönlich gekannt. Jetzt arbeitete er in einer Fabrik, die zu einem Riesenkonzern gehörte, deren Eigentümer (d. h. die Inhaber der Aktienpakete) er nicht einmal bei Namen kannte. Die wahren Herren der Wirtschaft hielten sich wohlweislich im Dunkeln und blieben dem Volk unsichtbar. Das machte es Hitler möglich, dem Volke einzureden, „der Staat lenke die Wirtschaft“ und zwar „zum Nutzen des Volkes“.

Allerdings blieb die auch von Hitler nicht wegzuleugnende Tatsache sichtbar, daß die Erzeugnisse, die das Volk mit seiner Hände Arbeit schuf, nicht etwa Eigentum des Volkes waren, daß vielmehr die Konzernherren,

die die Fabriken und Maschinen besaßen, sich die Erzeugnisse des Volksschaffens aneigneten. Aber diese Ausbeutung des Volkes durch die Plutokratie verschleierte Hitler durch den großen Schwindel von der angeblichen „Gewinnbeschränkung“ und die uns schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bekannte plumpe Bauernfängerei: „Im übrigen ist auch Krupp nicht mehr Salz als der Arbeiter“. Und daraus sollte der deutsche Arbeiter schließen, daß „also“ auch die Opfer, die Hitler ihm für die Aufrüstung, für die Vorbereitung und Führung des Krieges abpreßte, nicht etwa im alleinigen Interesse der Plutokratie gebracht würden.

Unter sich redeten die Herren der Plutokratie und ihre braunen Hauslakeien aber eine viel offenere Sprache, und besonders dort, wo die Nazi-partei sich bemühte, dem Finanzkapital klar zu machen, wie erfolgreich sie das deutsche Volk betrog. Nehmen wir ein einziges Beispiel. Nonnenbruch, der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, gab im Jahre 1936 sein richtunggebendes Buch „Dynamische Wirtschaft“ heraus, das natürlich nicht für den Arbeiterleser bestimmt war. Hier legte er seinen Auftraggebern die Methode des Betruges vom „deutschen Sozialismus“ klar:

„Weil das deutsche Volk in dem vom Nationalsozialismus geschenkten Glauben die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansah, war der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, seinen sozialistischen Willen dadurch zu beweisen, daß er Experimente in der Wirtschaft veranstaltet.“ (Seite 10)

Das heißt: Wenn ihr Herren Plutokraten unangefochten die Alleinherrschaft in Staat und Wirtschaft ausübt, so habt ihr das nur eurer Nazipartei zu verdanken; die dem Volk einredete, die Wirtschaft sei bereits seine Wirtschaft.

„Das deutsche Volk hat mit seinem Glauben an den Nationalsozialismus seelisch von der Wirtschaft Besitz ergriffen.“ (Seite 11)

Das heißt: Die Hitlerpartei hat das Volk in den angenehmen Traum gewiegt, es habe auch etwas zu sagen. Tatsächlich aber herrscht ihr Plutokraten, und ihr dürft ganz unbesorgt sein, denn:

„Der Besitz der Wirtschaft durch das Volk ist keine materielle, sondern eine seelische und geistige Tatsache.“ (Seite 11)

Als aber diesem Nonnenbruch zum Trotz im Volke Zweifel an solcher Art „Sozialismus“ laut wurden, forderte Hitler 1937 „noch 4 Jahre Zeit“, damit auf der neugeschaffenen Grundlage das „Neue“ weiter aufgebaut

werden könne. Er brachte es rascher fertig. Schon nach 2 Jahren gab er dem deutschen Volk auf der „neugeschaffenen Grundlage“ des „seelischen Sozialismus“ das Ergebnis: *den Krieg*.

Hat Hitler das Proletariat abgeschafft?

Am 1. Mai 1933 verkündeten Hitler, Goebbels und Ley, von nun an sei die Arbeitskraft des Arbeiters keine Ware mehr, im Hitlerstaat gäbe es kein Proletariat. Den „Beweis“ dafür nahmen sie aus dem schon vor Hitler erschienenen Buch: „Das Dritte Reich“ von Moeller van den Bruck. Dort hieß es:

„Proletarier ist, wer Proletarier sein will.“

Das soll bedeuten, nur der Glaube, Proletarier zu sein, mache den Menschen zum Proletarier; sobald er das nicht mehr glaube, höre er auch auf, Proletarier zu sein.

Für die soziale Stellung des Menschen ist offenkundig ganz gleichgültig, was er sich einbildet. Entscheidend ist allein die Rolle, die er tatsächlich im Produktionsprozeß spielt: ist er Privateigentümer von Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.), mit deren Hilfe er fremde Arbeitskraft ausbeutet, so ist er Kapitalist. Besitzt er nichts als seine Arbeitskraft, die er dem Kapitalisten verkaufen muß, um leben zu können, so ist er Proletarier.

Hitler taufte die Kapitalisten in „Betriebsführer“ um und die Proletarier in „Gefolgschaft“. Aber die Proletarier blieben Proletarier. Noch mehr!

Unter Hitler wurden neue Schichten ins Proletariat gestoßen: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Händler und kleine Fabrikanten wurden enteignet; ihre Betriebe wurden von der Großindustrie geplündert, sie selbst wurden als Proletarier in die Rüstungsbetriebe gezwungen.

Dieses immer mehr anschwellende Proletariat wurde unter Hitler völlig verklavt. Das Neue der Hitlerherrschaft war die durch nichts mehr behinderte, durch nichts mehr beschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Unter der Behauptung, der Unternehmer könne dem Arbeiter nicht mehr den Arbeitsplatz verweigern, wurde der Arbeiter gezwungen, sich vollständig den Bedingungen des Unternehmers und der faschistischen Staatsgewalt zu unterwerfen. Das von Hitler proklamierte „Recht auf Arbeit“ erwies sich als das Recht des Konzernherren auf willkürliche Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter.

Die früheren privaten Unternehmerorganisationen wurden zur Verankerung ihrer Macht in den Staatsapparat eingegliedert; den Arbeitern jedoch wurde die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen verboten.

Der Arbeiter hatte kein Recht mehr, über den Preis seiner Arbeitskraft, d. h. über den Lohn und über die Masse der täglichen Arbeitsleistung mitzubestimmen. Die Tarife — früher Mittel zur Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen — wurden in ihr Gegenteil verkehrt. An Stelle des früher garantierten Mindestlohnes, der einen Lohndruck durch gegenseitige Unterbietung verhindern sollte, trat auf der einen Seite der Höchstlohn, das heißt das Verbot der Lohnerhöhung, auf der anderen Seite die Bestimmung der Mindestleistung durch den Lohngruppenkatalog, der dem Unternehmer alle Möglichkeiten ließ, durch willkürliche Lohnberechnung den Lohn niedrig zu halten und zu senken. Dazu erhielten die Unternehmer das „Recht“ auf unbeschränkte Verlängerung der Arbeitszeit, einschließlich Aufhebung der Sonntagsruhe, das heißt: sie brachten rücksichtslos die Gesundheit des Arbeiters, sein Familienleben, die letzte ihm für Erholung und Selbstbildung gebliebene Freizeit der Steigerung ihrer Gewinne zum Opfer. Auch bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen durfte der Arbeiter den Arbeitsplatz nicht mehr verlassen. Der Unternehmer hatte sogar das „Recht“, dem Arbeiter die Aufnahme der Arbeit in einem weit entfernten Betrieb anzubefehlen. In vielen Fällen erfolgte eine Verleihung von Arbeitern an andere Unternehmer, ohne daß der Arbeiter auch nur gefragt wurde.

Ähnlich wie im Mittelalter der Hörige seinem Herrn, war der Arbeiter dem Unternehmer verpflichtet, und die Nazipartei mit ihren „Gliederungen“ spielte die Rolle der Fronvögte. *Jene deutschen Arbeiter, die — gebildet durch das bunte Feuerwerk vom „deutschen Sozialismus“ — Hitler und sein System unterstützten, verstärkten damit nur die Macht der deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren über das deutsche Volk.*

MIT „KRAFT DURCH FREUDE“ IN DEN WELTKRIEG

„Ja, aber —“ sagen manche — „etwas hat Hitler doch für die Arbeiter getan. Nehmen Sie Kraft durch Freude...“

Sehen wir uns ein wenig genauer dieses „Etwas“ an.

In jedem noch so rückständigen Staat werden gewisse Summen für Arbeiter-Erholungsheime, Urlaubsreisen von Arbeitern usw. aufgewandt. Das geschieht nicht aus Menschenfreundlichkeit. Wenn die Arbeiter von der Luft leben könnten, würde kein Industrieller bereit sein, für ihre Arbeit Lohn zu zahlen. Er zahlt den Lohn, weil er die Arbeitskraft erhalten will, von der er reich und reicher wird. Aus dem gleichen Grunde ist er interessiert daran, ein Minimum von Ausgaben für die laufende Auffrischung der Arbeitskraft aufzuwenden. Denken wir nur an Wilhelm II., der eine konsequent arbeiterfeindliche Politik betrieb und sich gleichzeitig mit „sozialen Verbesserungsvorschlägen“ abgab.

Was ist kennzeichnend für diese Art von Aufwendungen für die Arbeiter? Kennzeichnend ist erstens: nicht die Arbeiter bestimmen den Umfang der für sie notwendigen sozialen Maßnahmen, sondern die Unternehmer bestimmen ihn, wobei sie selbstverständlich von ihren Interessen ausgehen und ein Mindestmaß nicht überschreiten; zweitens: nicht die Arbeiter bestimmen, wer von ihnen erholungsbedürftig ist, sondern die Unternehmer oder ihre Handlanger bestimmen das; drittens: nicht die Arbeiterschaft oder das Volk sind Eigentümer der erforderlichen Liegenschaften und Einrichtungen (Kulturanlagen, Sanatorien, Schiffe, Geräte usw.), sondern Eigentümer sind wiederum Unternehmer, die sogar noch aus der Erholung oder Heilung der Arbeiter Kapital schlagen.

Hinter der Fassade der drei Worte „Kraft durch Freude“ verbirgt sich nichts anderes als die Mindestaufwendung zur Erhaltung der Arbeitskraft, die der Plutokrat auch des rückständigsten Staates braucht. Insofern war „Kraft durch Freude“ nichts Neues. Wohl aber verstand Hitler, diese Minimalaufwendung zu einem erstklassigen Instrument der Irreführung des Volkes zu machen und sie außerdem in allen ihren Teilen (von Schiffen über Kraftwagen bis zu Skistöcken) in das allgemeine System seiner Kriegsvorbereitung einzubauen. Insofern wurde „Kraft durch Freude“ — gerade

wegen seiner täuschenden Verkleidung — ein gefährliches Instrument zunächst zur verschärften Ausbeutung, später des Krieges.

Es erübrigt sich, die Reklame zu schildern, mit der Hitler und Ley den deutschen Arbeitern „Kraft durch Freude“ anpriesen. Jeder hat sie miterlebt. Wohl aber muß gezeigt werden, *wie planmäßig jedes Teilstück von „Kraft durch Freude“ der Vorbereitung oder Durchführung des Krieges diente.*

Der „Volkswagen“

Im Sommer 1938 verkündete Ley, jeder deutsche Arbeiter, jeder deutsche Werk tätige werde nun die Möglichkeit haben, sich ein Automobil anzuschaffen. Einige Wochen später, am 1. August 1938, rief Ley in den Werkhallen der IG-Farbenindustrie in Leverkusen:

„Früher sagten manche: ‘Seht, da fährt der reiche Generaldirektor in seinem Wagen.’ — Heute lachen unsere Arbeiter: ‘Laß ihn nur, es dauert nicht mehr lange, dann haben wir unseren Volkswagen, der viel besser ist als der vom Generaldirektor.’“

Mit Ley verkündete die ganze Hitlerpresse, daß bereits 1940 Zehntausende von „Volkswagen“ fahren würden, und gab diesen Massenbetrug als „das neueste sozialistische Wunder“ aus.

„Die Besteller der KdF-Wagen in Berlin veranstalten einen Massensturm mit Schlangestehen. Amerika gibt sich geschlagen. Eigentlich war das nicht anders zu erwarten. *Der KdF-Wagen ist das neueste sozialistische Wunder.*“

(„Der Angriff“, 3. August 1938)

Zugleich wurden die deutschen Arbeiter aufgefordert, vom 1. August 1938 an wöchentlich fünf Mark für den „Volkswagen“ einzuzahlen. Nach Einzahlung von 750 Mark (also nach rund drei Jahren) sollten sie — nicht etwa den Wagen erhalten, sondern eine Bestellnummer, d. h. einen Wechsel auf eine unbestimmte Zukunft. Die Bestimmung darüber, ob und wann der Wagen geliefert würde, wurde der „Direktion des Volkswagenwerks“ vorbehalten.

In der Tat erreichte die Naziführung, daß nicht wenige Arbeiter und Angestellte auf einen Teil ihres Lohnes und Gehalts verzichteten und Ratenzahlungen leisteten. Die Weitsichtigen unter den Arbeitern aber sagten schon damals mit Recht: Diese Raten finanzieren den Bau eines neuen großen Werks der Rüstungsindustrie, *die „Volkswagen“ sind für Truppentransporte bestimmt.*

Tatsächlich hatte die Naziführung niemals auch nur eine Sekunde lang die Absicht, den Werk tätigen zur Anschaffung von Automobilen zu verhelfen. Der beste Beweis dafür sind die Termine, die sie für die Ratenzahlungen festsetzte. Sie, die den Krieg schon seit fünfundeinhalb Jahren vorbereitete, wußte am 1. August 1938 ganz genau, daß sie dicht vor der Vollendung der Vorbereitungen stand und bereits in allernächster Zukunft losschlagen würde, wie es ja auch geschah. Sie wußte daher, als sie am 1. August 1938 eine Frist von drei Jahren allein bis zum Empfang der „Bestellnummer“ festsetzte, daß sich Deutschland am 1. August 1941 längst im Krieg befinden und die Automobilindustrie längst für die Deckung des Heeresbedarfs arbeiten würde.

Inzwischen haben die deutschen Werk tätigen am eigenen Leibe erlebt, wie diese Rechnung der deutschen Plutokraten auf den Schlachtfeldern „aufging“. Das „Volkswagenwerk“ wurde mit den Geldern der Arbeiter gebaut, aber die Arbeiter fuhren im „Volkswagen“ nicht zur Erholung, sondern in den Tod — an der Ostfront und in der afrikanischen Sandwüste, in Frankreich, in Italien, auf dem Balkan und schließlich auf deutschen Boden.

Die „KdF-Schiffe“

Mit den Geldern der Arbeiter baute die Arbeitsfront „KdF-Schiffe“. Eine Zeitlang wurden auf diesen Schiffen Urlaubsfahrten durchgeführt, was der Nazipresse und den Nazirednern Gelegenheit gab, eine besonders geräuschvolle Propaganda zu entfalten. Aber nicht um dieser Urlaubsfahrten willen waren die Schiffe gebaut worden. Das bewies sowohl ihre Bauart wie ihre von vornherein geplante spätere Verwendung.

Die Schiffe selbst wurden teils als moderne Truppentransporter, teils als Hilfskreuzer entworfen und gebaut. Die Einrichtung der Schotten und Türen und vor allem die für die spätere Aufmontierung von Geschützen vorgesehenen Geschütz-Unterbauten bewiesen das jedem Fachmann auf den ersten Blick. Der Bau selbst wurde von Offizieren der Kriegsmarine kontrolliert. Im Krieg wurde die Mehrzahl der „KdF-Schiffe“ in der vorgesehenen Weise, das heißt als Truppentransporter oder Hilfskreuzer vornehmlich in der Ostsee eingesetzt. Wenn ihre Kriegsverwendung letzten Endes beschränkter war, als die Rüstungsplutokraten angenommen

hatten, so nur deshalb, weil die ganze deutsche Kriegsmarine eine klägliche Rolle spielte.

Fahrten und Wanderungen

Die gleiche Einordnung in das System der Kriegsvorbereitungen erfuhren Fahrten und Wanderungen der deutschen Werktätigen. Die DAF konnte sich nicht genug tun mit Anpreisungen und Schilderungen der Urlauberreisen von Werktätigen, als ob nicht von jeher Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereinigungen Urlauberreisen, Wanderungen, Wochenendfahrten usw. organisiert hätten. Zugleich aber gab die „Deutsche Arbeitsfront“ den Urlaubern, wo dies nur möglich war, die militärische „Ausrichtung“. Der Urlaub der Jugendlichen wurde mit Geländesport und Wehrsport verbunden. Skitouren wurden in großem Stil organisiert, nicht etwa, um die Werktätigen mit den Schönheiten des Gebirgswinters bekannt zu machen, wie die DAF posaunte, sondern um sie als Nachwuchs für die Gebirgsjägerdivisionen vorzuschulen, deren Einsatz damals schon geplant war und später unter maß- und nutzlosen Blutopfern in Norwegen, Finnland, Karelien und im Kaukasus erfolgte.

„Erholungsheime“

Ähnlich verhielt es sich mit dem Bau der „hochmodernen Erholungsheime“ auf der Insel Rügen, die Ley großsprecherisch ankündigte. Tatsächlich ist ein Teil dieser Gebäude mit den Geldern der „Deutschen Arbeitsfront“, d. h. der deutschen Arbeiter gebaut worden. Es wurden zwar auch eine Reihe von Werktätigen in diese Gebäude geschickt und damit der Presse-, Funk- und Fotopropaganda des Naziregimes der notwendige Stoff gegeben. Aber wiederum war die Reklame der Nebenzweck. *Der Hauptzweck war, den Bau von Riesenlazaretten und Krüppelheimen, die der Eroberungskrieg der Plutokraten notwendig machen würde, mit Arbeitergeldern zu finanzieren.* Die Opfer des Hitlerkrieges, Lahme, Blinde, Taube haben sich inzwischen von dieser Verwendung ihrer Gelder überzeugen müssen.

Bezeichnend hierbei ist, daß der Bau neuer Erholungsheime zunächst gar nicht notwendig gewesen wäre. Deutschland verfügt in den schönsten Kurorten über viele tausende der größten Sanatorien und Kurhotels, die ohne weiteres den Kranken hätten zur Verfügung gestellt werden können.

In diesen Sanatorien und Hotels aber erholten sich in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur — und zwar im Krieg wie im Frieden — die oberen Zehntausend von Nazibonzen und Großaktionären von ihrer anstrengenden Beschäftigung. Um das Wohlleben der Rüstungsplutokraten nicht anzutasten und um gleichzeitig die Lazarettkosten ihrer Eroberungskriege auf ihre Opfer „umzuschlagen“, baute die „Arbeitsfront“ mit den Geldern der Werktätigen die „hochmodernen Erholungsheime“ auf Rügen und anderswo.

„Zurück ins barbarische Zeitalter!“

Aber es ist notwendig, Leys „hochmoderne Erholungsheime“ noch in einem anderen Zusammenhang zu besehen. Nicht nur, daß die deutschen Werktätigen aus den eigenen Groschen den Bau der Lazarette bezahlen mußten, in die der Eroberungskrieg der deutschen Plutokraten sie später beförderte. Die gleichen Werktätigen, Offiziere und Soldaten, wurden von den Nazi dazu verwendet, die Sanatorien und Erholungsheime der überfallenen russischen Werktätigen zu zerstören.

Einige wenige Angaben hierüber:

Im weltberühmten Herzheilbad Kislowodsk im Kaukasus wurden sämtliche Sanatorien von deutschen Händen zerstört. Die Kesselanlagen der berühmten Narsanbäder wurden gesprengt. Das Sanatorium des Volkskommissariats für Landwirtschaft wurde in Brand gesteckt. Die gesamte medizinische Einrichtung der Sanatorien, ferner Möbel, Teppiche, Bilder, Vorhänge, ja sogar die Matratzen und die Wäsche wurden nach Deutschland geschafft.

Im Heilbad für Magen- und Darmkranke in Pjatigorsk wurden das Sanatorium der Roten Armee, das Sanatorium Nr. 5 und das Pasteur-Institut von deutschen Truppen zerstört.

In dem schönen Kurort Alushta auf der Krim wurden sämtliche Sanatorien planmäßig von Hitlers „Kulturträgern“ zerstört. Allein in den zerstörten Parksanatorien und Erholungsheimen „Kommunist“, „Eisenbahner“, „Bergarbeiter“ und „Arbeiterecke“ hatten jährlich 7 000 Werktätige Erholung gefunden.

In Jalta, dem bekanntesten Kurort der Krim, wurden zwölf Sanatorien völlig vernichtet, neunzehn weitere ausgeraubt und beschädigt.

Keiner sage, Zerstörungen seien Begleiterscheinungen des Krieges. Nein,

hier handelt es sich weder um Folgen von Kriegshandlungen noch um zufälligen Raub oder zufällige Brandstiftung. Hier wurde die planmäßige Zerstörung befohlen und durchgeführt. Warum? Die Antwort ist nicht schwer. Weildiese Sanatorien und Erholungsheime Wahrzeichen sozialistischer Kultur sind.

Erstens: In der Sowjetunion bestimmen nicht Rüstungsindustrielle (die es dort nicht gibt), sondern die Werktätigen den Umfang der Ausgaben zur Erhaltung der Volksgesundheit. Sie wenden Milliardenbeträge hierfür auf, die von Jahr zu Jahr wachsen. Das folgt aus Artikel 119 der Verfassung der Sowjetunion:

„Das Recht auf Erholung wird gewährleistet durch Festsetzung eines vollbezahlten jährlichen Urlaubs für die Arbeiter und Angestellten und durch das in den Dienst der Werktätigen gestellte umfassende Netz von Sanatorien, Erholungsheimen und Klubs.“

Zweitens: In der Sowjetunion bestimmen die Werktätigen alle Einzelheiten der Ausnutzung der Kuranlagen, und sie bestimmen darüber gerecht und in ihrem eigenen Interesse.

Drittens: In der Sowjetunion gehören den Werktätigen die Kurorte, Sanatorien und Erholungsheime als ewiges unantastbares Eigentum. Daher entfällt jede Möglichkeit der Geschäftemacherei und privaten Bereicherung.

Solche Sanatorien, solche Kurorte waren natürlich den deutschen Plutokraten bis in den Tod verhaßt. Um keinen Preis wollten sie es wahr haben, daß es in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine phrasenlose, ehrliche und durchgreifende Sorge um den Menschen gibt und daß sich die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz der Sowjetunion in den modernsten Sanatorien der Welt erholen. Die Kenntnis dieser Tatsachen allein hätte die Verbrechen der deutschen Kriegstreiber auch vor den Augen des deutschen Volkes entlarvt.

Deswegen gaben sie die Befehle zu Sprengung, Brandstiftung und Raub. Und Goebbels schrieb:

„Der Mensch tritt wieder in seiner wilden Urform in Erscheinung, und die Ereignisse sinken in das barbarische Zeitalter zurück.“

(„Das Reich“, 29. November 1943)

In der Tat übertrafen die Nazis die barbarischsten Taten, die die Geschichte jemals kannte.

Das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“

Mit dem „Volkswagen“, den „KdF-Schiffen“, den „Winterwanderungen“ und den „hochmodernen Erholungsheimen“ manövrierte Hitler das deutsche Volk in den Eroberungskrieg hinein. Als im Sommer 1940 der Eroberungskrieg die Zeit der Scheinerfolge durchschritten hatte und in der Zukunft die unvermeidliche Niederlage sichtbar wurde, versuchte Hitler das deutsche Volk durch neue, noch größere und offenkundigere Betrugsmanöver über die wahre Lage zu täuschen.

Im Jargon des Marktschreiers kündete Ley, das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“ an. Für wann? „Nach dem Kriege“, erklärte Ley, „wird dieses große Gesundungswerk in Angriff genommen werden“. Heute begreift jeder, welch höllischer Hohn in diesen Worten lag. Hitler machte täglich Tausende sinnlos zu Krüppeln, er provozierte die Bombardierung deutscher Städte, er zwang die Arbeiter, bei unzureichender Ernährung 12—14 Stunden für die Rüstungsplutokraten zu schufteten, so arbeitete er Stunde um Stunde an der Vernichtung des Volkes und versprach ihm zugleich goldene Berge für die Zeit . . . nach der Vernichtung.

Die „neue Altersversicherung“

Das erste Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war die Propaganda einer „neuen Altersversicherung“. Obwohl die Wirklichkeit inzwischen auch diesen Betrug vor dem deutschen Volk entlarvte, lohnt es sich, an ihm ein neues Mal den Schwindel vom „deutschen Sozialismus“ zu studieren.

Eine staatliche Altersversicherung gab es in Deutschland, wie in sehr vielen anderen Ländern, auch vor Hitler. Sie gehörte zu den wenigen — im übrigen unzulänglichen — Rechten, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte. In den gleichen Jahrzehnten hatten die Unternehmer unablässig darum gekämpft, die Kosten der Altersversicherung völlig auf die Schultern der Arbeiterschaft zu wälzen und die Sätze der Altersrente so tief wie möglich zu senken. Das letztere war ihnen insbesondere unter der Regierung Brüning gelungen, der durch seine berüchtigten „Notverordnungen“ die Altersrenten senkte. Im Jahre 1932 hatte Hitler aus demagogischen Gründen versprochen, er werde Brünings Rentenabbau wieder rückgängig machen. In Wirklichkeit setzte

Hitler vom Tag des Machtantritts an die „Rentenüberprüfung“, das „Rentenquetschen“, wie die Arbeiter es nannten, in verstärktem Maße fort. Zehntausenden wurde die Rente entzogen. Die Rentensätze wurden weiter gesenkt. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ vom 10. November 1934 mußte feststellen, daß die „Altersrenten zwischen 20 und 35 Mark monatlich liegen, also etwa beim Mietbedarf“.

Wenn die Rente also nur zur Bezahlung der Miete ausreichte, wovon sollte dann der Altersrentner leben? Nach der amtlichen deutschen Statistik betragen die durchschnittlichen Renten der Alters- und Invalidenversicherungen:

	1930	1938
Für Alters- und Invalidenrentner	37,40 RM	31,— RM
Für Witwen	22,48 „	19,— „
Für Waisen	15,49 „	10,50 „

Hitler hatte also selbst die mageren Sätze der Weimarer Republik und die Hungersätze der Brüningzeit im Auftrage und Interesse seiner plutokratischen Hintermänner noch herabzusetzen verstanden. Was für eine „neue“ Altersversicherung konnte nach dieser Vorgeschichte von ihm erwartet werden?

Die „Neuerungen“, die er einzuführen versprach, waren

Erstens: Während bisher *jeder* Arbeiter einen Rechtsanspruch auf Altersversicherung besaß, sollte nach dem neuen Plan nur derjenige Rente erhalten, der nicht Gegner des Nazisystems war. Mit anderen Worten: Die Rente sollte als Druckmittel benutzt werden, um die Arbeiter dem Willen der Unternehmer restlos zu unterwerfen. Wer menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen forderte, wer die gemeinsamen Interessen im Betrieb gegenüber den Unternehmern vertrat, wer ein Sterbenswörtchen von der Freiheit und dem Lebensrecht des Volkes verlauten ließ, sollte durch Drohung mit dem Entzug der Altersversorgung zum Kuschen gezwungen werden.

Zweitens: Während bisher die Unternehmer ein Drittel oder die Hälfte der Versicherungsbeiträge bezahlen mußten, sollten nach dem neuen Plan die Werktätigen die Beiträge allein aufbringen. Damit entsprach der „neue Plan“ völlig den Forderungen, die die deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer seit 1889 durchzusetzen versucht hatten und

die durchzusetzen ihnen selbst unter Bismarck, Wilhelm II. und Hindenburg nicht gelungen war! Was sie 44 Jahre lang vergeblich angestrebt hatten: nicht einen einzigen Pfennig zur Altersversicherung der Werktätigen beizutragen, das wurde ihnen im „größten sozialen Gesetzgebungswerk aller Zeiten“ von Hitler und Ley dienstfertig vor die Füße gelegt. Nicht verwunderlich, daß die Beauftragten der Arbeitsfront den empörten Arbeitern in den Betrieben mitteilten, „Diskussionen über die neue Altersversorgung sind verboten“.

Aber hinter diesen beiden „Neuerungen“ verbarg sich die wichtigste, dritte:

Hitler vertuschte durch den Lärm mit der „neuen“ Altersversicherung die Tatsache, daß er das gesamte Vermögen der Invaliden- und Angestelltenversicherung gestohlen und verpulvert hatte. Dieses Vermögen, das sich die Arbeiter und Angestellten durch jahrelange Beitragszahlungen zusammengespart hatten, betrug im Jahre 1937 8 Milliarden Mark. Wo sind sie hin? Ohne jede öffentliche Rechnungslegung wurden sie für Kriegszwecke verpulvert, ebenso natürlich die Beitragsgelder, die von den Arbeitern und Angestellten nach 1937 eingezahlt wurden. Um nicht mehr nach diesen Geldern gefragt zu werden, *um der Abrechnung über diesen Milliarden Diebstahl aus dem Wege zu gehen*, begannen Hitler, Lev den Betrug mit der neuen „Altersversicherung“.

Das „Wohnungsbauprogramm“

Das zweite Hauptstück des „größten sozialen Gesetzgebungswerks aller Zeiten“ war das nationalsozialistische „Wohnungsbauprogramm“. Es ist heute nicht leicht, ruhig darüber zu sprechen. Die Ruinenfelder in den deutschen Großstädten, die Millionenmassen Obdachloser und Zusammengepferchter zeigen, welches „Wohnungsbauprogramm“ Hitler für das deutsche Volk plante und durchführte.

Daher sei nur denen, die etwa immer noch glauben, Hitler „habe es nicht so gewollt“, eins gesagt: Er hat es so gewollt! Das wird bereits durch die Tatsache bewiesen, daß Hitler nicht nur im Kriege, sondern auch in den Friedensjahren kein Geld gehabt hat, um den Werktätigen die nötigen Wohnungen zu bauen.

Nehmen wir das günstigste Friedensjahr 1937. Sogar in diesem Jahr waren nur 5,1% aller Bauvorhaben Wohnungsbauten, 94,9% waren

Bauten „für andere Zwecke“! Selbst Ley, der hier bestimmt lieber zu wenig als zu viel sagte, gab bei der Eröffnung der Bau-Fachausstellung in Frankfurt am Main zu, daß der Wohnungsbedarf, der bei Hitlers Regierungsantritt im Jahre 1933 einundeinhalb Millionen Wohnungen betragen hatte, auf drei Millionen Wohnungen (also auf das Doppelte!) gestiegen war.

Auch Görings Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ bestätigt, daß — entgegen aller Goebbels-Propaganda — die Wohnungsnot unter der Hitlerherrschaft ständig wuchs:

„Die bisherigen Versuche zur Behebung des größten Wohnungsmangels haben zu einem Erfolg nicht führen können. Die eingesetzten Mittel waren zu gering und die für ihre Inanspruchnahme gestellten Bedingungen vielfach zu schwer.“
(„Der Vierjahresplan“, Folge 41, Jahrgang 1937)

Im Jahre 1940 aber mußte das „Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF“ schon mitteilen:

„Bei der Volkszählung 1939 waren für 19,3 Millionen Haushaltungen nur 17,8 Millionen Wohnungen vorhanden. Es fehlten also 1,5 Millionen Wohnungen. Dazu kommen 1,3 Millionen abbruchreifer Wohnungen, ein Neubedarf von 1,5 Millionen Wohnungen und zur Bekämpfung der Überfüllung 1,7 Millionen. Insgesamt also 6 Millionen.“

In Berlin waren selbst in den drei ersten Jahren der Wirtschaftskrise immer noch durchschnittlich 29 000 Wohnungen im Jahr gebaut worden. Seit Hitlers Regierungsantritt betrug der Jahresdurchschnitt nur noch 17 000. Dabei wurden in Berlin 1939/41 112 339 Ehen geschlossen!

Am 13. Oktober 1940 sagte der Provinzialverwaltungsrat Dr. Martin Peschler auf der XVII. Tagung der Deutschen Akademie für Bau-forschung:

„In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF wird die alarmierende Feststellung gemacht, daß mindestens 300 000 bis 500 000 Kinder jährlich nur deshalb nicht geboren werden, weil die Wohnungsverhältnisse den Eltern den Mut dazu nehmen.“

Bemerkenswert ist hierbei, daß der Anteil der öffentlichen Mittel an den gesamten Investitionen im Wohnungsbau unter Hitler ständig sank. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte in seinem Wochenbericht (Nr. 9, 1938) hierüber genaue Ziffern. Während im Jahre 1929 43% aller für den Wohnungsbau aufgewandten Mittel öffentliche

Mittel waren, im Krisenjahr 1932 noch 19,3%, im Jahre 1933 13,8%, waren es 1937, im Jahre der „Hitlerischen Hochkonjunktur“, nur noch ganze — 10%.

Wofür aber wurden diese geringen Mittel eingesetzt? Die amtliche Statistik zeigt, daß nach Hitlers Machtergreifung der Bau von Großwohnungen für die neureichen Nazibonzen anstieg. In den ersten fünf Jahren der Hitlerdiktatur wuchs der Bau von Wohnungen von vier bis sechs und mehr Wohnräumen von 41,9% auf 51,2% des gesamten Wohnungsneubaus an. Folgende Nazistatistik mit Angaben über fertigestellte Neubauwohnungen in den Städten mit über 50 000 Einwohnern zeigt die soziale Gesinnung dieses Regimes:

	Wohnungen mit		
	1—3 Zimmern	4—6 Zimmern	7 und mehr Zimmern einschl. Küche
1932	58,1	38,8	3,1
1937	48,8	47,3	3,9
(in Prozent zum gesamten Wohnungsneubau)			

Statt der notwendigen Wohnungen wurden Kasernen, Flughäfen, unterirdische Rüstungsbetriebe und die Prachtbauten des Regimes — das Reichs-Kriegsministerium, das Reichs-Luftfahrtministerium, die Nürnberger Parteitagbauten, Hitlers Berghof usw. mit den Geldern des Volkes erstellt. Als aus den Massen Stimmen laut wurden, die *Wohnungsbau statt Aufrüstung* forderten, erklärte Hitler heuchlerisch, er lasse „lieber Wohnhäuser bauen als Granaten drehen“. Gleichzeitig ergoß die Goebbelspresse über die deutsche Öffentlichkeit eine ganze Ladung von Schilderungen des Wohnungselends — in London. Viele Deutsche in Drei- oder Vier-Zimmerwohnungen schwätzten dieses Gerede nach, blickten nach London und sahen nicht die Lauben und Kellerlöcher der Berliner, Hamburger und Kölner oder die Landarbeiterwohnlöcher in Ostpreußen und Mecklenburg. Daher verfügte Hitler, den Wohnungsbau im Jahre 1938 so gut wie vollkommen einzustellen. Das bestätigte auch die Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ mit den Worten:

„Die meisten Bauanschläge mußten aber abgelehnt werden und Wohnungsbauten mußten liegen bleiben, weil die vordringlichen öffentlichen Bauvorhaben die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft voll in Anspruch nahm.“

Diese Vorgeschichte muß man im Auge haben, wenn man Hitlers Versprechungen von 1940 — das „Wohnungsbauprogramm für die Zeit nach dem Kriege“ — richtig beurteilen will. Hitler dachte gar nicht daran, dem deutschen Volk jemals Wohnungen zu beschaffen. Er hatte nur ein Interesse: es durch immer größere Versprechungen zur Fortführung des Krieges, das heißt zu immer größerer Selbstvernichtung zu veranlassen. Er wußte dabei: Worte kosten nichts. Und er war fest überzeugt: Das deutsche Volk ist langmütig bis zum Selbstmord.

Nach dem Betrug des Jahres 1940 führte Hitler in Deutschland das „größte Wohnungswerk aller Zeiten“ durch.

Wir wollen hier nicht aufzählen, wieviele Millionen Wohnungen in den Jahren 1940—1944 zerbombt wurden. Wir wollen nur sagen: Hitler pries seinen „Weg zum modernsten Sozialstaat der Welt“ und ging den Weg der Zerstörung Deutschlands. Hitlers Wohnungsbauprogramm endete folgerichtig damit, daß Goebbels gegen jene Unbelehrbaren wetterte, die da behaupteten, „ohne Dach über dem Kopf und ohne richtige Zimmertemperatur nicht arbeiten und ohne Bett und Tisch nicht leben“ zu können. Ihnen gab Goebbels die für diesen Plutokratenlakai typische Antwort:

„Wer vom Ballast der Zivilisation befreit ist, fühlt sich dadurch auch freier, und das wirkt sich selbstverständlich auch anspornend auf seine Arbeit aus.“

(„Das Reich“, 30. Juni 1944)

Jeder, der heute das Notwendigste entbehren muß, weiß, daß er diese „Befreiung“ von Hab und Gut den deutschen Rüstungsplutokraten und ihrer braunen Garde zu danken hat.

WER BESTIMMTE IN WIRTSCHAFT UND STAAT?

Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit durch *Arbeitsbeschaffung* für den Tod; er nahm den Arbeitern ihre in jahrzehntelangen Kämpfen eroberten Rechte, vor allem das Recht auf eigene Organisationen. Gleichzeitig wurde den Arbeitern erzählt, die Konzern- und Bankherren hätten in Deutschland nichts mehr zu sagen, denn „der Staat lenke die Wirtschaft“.

Wie diese betrügerische Propaganda als Schutzschild für die Machenschaften der Rüstungs-Plutokraten und ihrer „nationalsozialistischen“ Kumpane geschoben wurde, das möge folgendes Beispiel zeigen.

„Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“ — Beispiel Suhl

In Suhl wurde der Eigentümer eines Rüstungsbetriebes, Simson, von der Hitlerregierung enteignet, und zwar mit der Begründung, er sei Jude. Mit größtem Stimmumfang verkündete die Goebbelspropaganda, „das sei der Beginn der Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“. Die Leitung dieses Rüstungsbetriebes wurde einem Konsortium übertragen, dessen Mitglieder nicht öffentlich genannt wurden. Das Firmenschild wurde neu angestrichen. Der Betrieb bekam die Bezeichnung „Stiftungsbetrieb“ und wurde als „Musterbetrieb der Volksgemeinschaft“ verherrlicht. In der Tat war nun an Stelle des einen Rüstungsinteressenten mit Namen Simson eine Gruppe von Rüstungsaktionären getreten, darunter der neureiche Gauleiter Sauckel. Im Betrieb selbst wurde vieles geändert. Den Arbeitern wurden alle Rechte genommen, ihre Betriebsräte verhaftet, die Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen, und die Einstellung neuer Arbeiter erfolgte zu niedrigeren Löhnen.

Wer aber waren die ungenannten Mitglieder des neuen Konsortiums? Herr Vögler vom Stahltrust, die Deutsche Bank und der Gauleiter der NSDAP, Sauckel. Das war die Dreieinheit der Rüstungsindustrie, der Großbanken und ihrer braunen Kumpane.

Der „Musterbetrieb“ in Suhl ist ein Beispiel, ein Werk in einer einzigen deutschen Stadt. Die Röchling und Vögler, die Zangen und Krupp hatten sich aber ein weiteres Ziel gesteckt: die völlige Beherrschung der ganzen deutschen Wirtschaft. Und sie verwirklichten ihr Ziel.

Die Unternehmerorganisationen werden zu Staatsorganisationen erhoben

Manche Deutsche waren bisher der Meinung, die Herren der großen Rüstungskonzerne hätten erst in den letzten Jahren das Kommando über die deutsche Wirtschaft in die Hände bekommen. Solche Äußerungen zeigen nur, wie geschickt es die Nazipropaganda verstanden hat, das Volk über die Machtfülle der Röchling, Krupp, Zangen, Flick & Co. zu täuschen. In der Tat haben vom ersten Tage der Hitlerherrschaft an die großen Bank- und Konzernherren über Staat und Wirtschaft bestimmt.

Am 15. Juli 1935 berief Hitler den „Generalrat der deutschen Wirtschaft“, dem siebzehn Mitglieder angehörten; zwölf Vertreter der Großindustrie, der Großbanken und des Großhandels und fünf Angehörige der höchsten NSDAP-Bürokratie.

Am 27. Februar 1934 erschien das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“, das die bisherigen Unternehmerverbände in „Reichsgruppen“ umwandelte. Was hatte das zu bedeuten?

Bisher hatten sich die Unternehmer zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen freiwillig in privaten Verbänden zusammengeschlossen. Der einzelne Unternehmer konnte einem solchen Verband angehören oder nicht. Wenn er ihm nicht angehörte, brauchte er sich an seine Beschlüsse nicht zu halten; wenn er als Mitglied mit einem Beschluß nicht einverstanden war, konnte er ausscheiden und seine Interessen selbständig oder durch einen anderen Verband vertreten.

Ein solcher Zustand war mit den Zielen der Konzernherren unvereinbar. Sie brauchten eine Regelung, die die gesamte Unternehmerschaft ihren Bestimmungen über Art und Menge der Erzeugung, Rohstoffbeschaffung, Zuteilung von Arbeitskräften, Preisgestaltung, Auftragsverteilung, Patentverwertung usw. auslieferte. Es sollte die Konkurrenz und das „Ausder-Reihe-Tanzen“ unterbunden werden. Die Rüstungsplutokratie wollte die unumschränkte Herrschaft.

Also wurden die bisherigen privaten Unternehmerverbände in öffentlich-rechtliche Vereinigungen umgewandelt, in die Reichsgruppen Industrie, Banken, Handel usw. mit straffster Organisation in Untergruppen (z. B. die Reichsgruppe Industrie mit den Untergruppen Eisen, Kohle usw.).

Die „Reichsgruppe“ wurde vom Hitlerstaat als alleinige Interessenvertretung des betreffenden Wirtschaftszweiges anerkannt. Für alle Unternehmer bestand Beitrittswang. Der Führergrundsatz wurde eingeführt. Das heißt, die kapitalkräftigsten Kapitalherren wurden gemäß dem „Führergrundsatz“ zu unumschränkten Herrschern.

Während Hitler und Ley die Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zerschlugen und den Arbeitern erzählten, auch die Unternehmerorganisationen würden liquidiert, *wurden die Unternehmerorganisationen in Wirklichkeit zu Verbänden staatlichen Charakters, also noch mächtiger als bisher.*

Hitler förderte die großen Konzerne

Wer die Banken und die Großindustrie besitzt, der bestimmt auch im Staat. Wächst die wirtschaftliche Macht der Herren der Rüstungskonzerne, so wächst auch ihre Macht im Staat. Prüfen wir die Tatsachen, wessen wirtschaftliche Macht auf Grund der Gesetze des Nazistaates gewachsen ist. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die Zeitung der rheinischen Schwerindustriellen, schrieb über die Entwicklung der Aktiengesellschaften unter dem Hitlerregime folgendes:

„Alle diese Vorgänge, die Kämpfe um die Substanz der Unternehmen, von den Aktienaufkäufen zum Zwecke der Konzernbildung über die Selbstfinanzierung und die Arisierung wirkten sich aber letzten Endes *zugunsten der Konzerne* und zu Lasten der freien Aktionäre aus...“

Zusammenfassend ergibt sich somit folgende Situation: *Von den 30 Milliarden Eigenkapital, das in den deutschen Aktiengesellschaften gebunden ist, befinden sich etwa 20 Milliarden unter dem beherrschenden Einfluß von Konzernen* privatwirtschaftlicher und staatlicher Natur. An diesem Teil der Aktiengesellschaften sind freie Aktionäre in einer Weise beteiligt, die gemessen an ihren sehr geringen Mitbestimmungsrechten sie trotz ihrer rechtlichen Stellung als Mitbesitzer mehr zu Gläubigern dieser Unternehmungen stempelt.“

(„Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 7./8. 6. 1944)

Die Zeitung der Schwerindustrie berichtet also nicht nur über die Macht der Konzernherren, sondern gibt auch zu, daß in den Aktiengesellschaften *die großen Kapitalbesitzer allein bestimmen*. Eine besondere Erscheinung des faschistischen Systems ist es, daß die Herren der Rüstungskonzerne sich nicht beschränken auf Betriebe, an denen sie irgendwie finanziell beteiligt sind. Durch die Organisation der Unterlieferungen ist die Reichweite eines Konzerns ohne das Mittel finanzieller Beteiligung bedeutend gewachsen.

Auch die folgende offizielle Statistik bestätigt die größere Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen des Finanzkapitals.

Die Aktiengesellschaften nach Kapitalgrößenklassen	Ende des Jahres			Grundkapital in Mill.
	1927 Zahl	1931 Zahl	1941 Zahl	
5 bis 20 Millionen RM	540	578	549	4913,3
20 bis 50 Millionen RM	98	121	141	4076,7
50 Millionen RM und mehr ...	60	71	89	11209,2

Die Macht der Rüstungsplutokraten

Während des Krieges machten viele deutsche Soldaten große Augen, als ihnen bekannt wurde, welche Rüstungsplutokraten die deutsche Wirtschaft beherrschen. Sorgfältig hatte sich die Hitlerclique bemüht, in den ersten Jahren des Krieges vor dem Volke zu verschleiern, wer die großen Kriegsschieber sind, wer die großen Kriegsgewinner sind, wer die deutsche Wirtschaft kommandiert. Diese Tarnung war nach den großen Verlusten der deutschen Armee in den Winterkämpfen an der sowjetisch-deutschen Front nicht mehr aufrecht zu erhalten. Nach der Niederlage vor Moskau wurde den faschistischen Bank- und Konzernherren bewußt, daß es um Sein oder Nichtsein geht. Deshalb nahmen sie unmittelbar das Kommando der deutschen Kriegswirtschaft in ihre Hände. Die mächtigsten imperialistischen Kriegsinteressenten bildeten den „Rüstungsrat“.

Nichts kennzeichnet besser den Betrug über die sogenannte „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ als die Zusammensetzung und Aufgabenstellung dieses Rüstungsrates, der zugleich ein Kriegsrat war. Im Rüstungsrat saßen neben den alten Kriegsinteressenten, die schon aus dem ersten Weltkrieg bekannt sind, die Vertreter der neureichen Plutokratie. Dem Rüstungsrat gehörten an:

Wilhelm Zangen, erster Vorsitzender des Rüstungsrates, Leiter der Reichsgruppe Industrie, Vorsitzender des Vorstandes der Mannesmann-Röhrenwerke, Aufsichtsratsmitglied der AEG, der Deutschen Bank, der Demag, des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats usw.;

Albert Vögler, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke und weiterer elf Gesellschaften, darunter Bochumer Verein, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Hanomag, Riddergrube, Mit-

glied des Aufsichtsrats beim Flick-Konzern, bei Siemens-Halske und Siemens-Schuckert, bei den Mitteldeutschen Stahlwerken, bei den Österreichischen Alpen-Montanwerken, bei Henschel & Sohn Flugzeugbau usw.;

Hermann Röchling, Besitzer der Röchling Eisen- und Stahlwerke, von dem noch ausführlicher die Rede sein wird;

Ernst Poensgen, Leiter der Gruppe Eisenschaffende Industrie, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, stellvertretender Vorsitzender der Mannesmann-Werke, Mitglied von zwanzig Aufsichtsräten, darunter Bochumer Verein, Kali-Chemie A. G.;

Paul Pleiiger, Generaldirektor der „Reichswerke Hermann Göring“, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Sudetenländischen Bergbau A. G. Brünn usw.;

Hermann Bücher, Vorsitzender des Vorstandes der AEG, Mitglied des Aufsichtsrats bei Krupp, stellvertretender Vorsitzender der Berliner Handelsgesellschaft (einer der drei Berliner Milliardenbanken) usw.

Außerdem gehörten einige Nazigenerale zum Rüstungsrat. Diese plutokratische Clique, die Staatsfunktionen hatte, diktierte unbeschränkt, denn der Rüstungsrat hatte Verordnungsrecht und gab Anweisungen an das Wirtschaftsministerium.

Während im ersten Weltkrieg Krupp, Stinnes, Kirdorf nur ihre Beauftragten in den staatlichen Ämtern hatten, z. B. im Oberkommando der Wehrmacht, im Reichsmarineamt, im Wirtschaftsministerium und in anderen staatlichen Ämtern, saßen die Röchling, Zangen, Krupp als Mitglieder des Rüstungsrates selbst in den wichtigsten staatlichen Positionen und nutzten diese Macht, um die gewinnbringendsten Heeresaufträge an sich zu reißen und zu gleicher Zeit die ganze Last des Krieges auf die deutschen Werktätigen und auch auf den schwächeren Teil der Bourgeoisie abzuwälzen.

In dem Presse- und Rundfunkfeldzug, der der „Verordnung über die verstärkte Verantwortung der Wirtschaft“ vorausging, hatten die Goebbels-Zeitungen ziemlich unverhüllt gesagt, worum es ging. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte trocken, das Wesentliche in der Schaffung des Rüstungsrates bestehe darin,

„daß die Männer der Wirtschaft gleichzeitig Staats- und Parteiämter innehaben“.

Die „Kölnische Zeitung“ vom 18. Januar 1942 wies darauf hin, daß die „Wirtschaftler“ (d. h. die Konzernbeherrscher) Vollmacht erhalten müßten,

„um unter Umständen diktatorisch alle Teilgebiete der Wirtschaft dem großen Ziele unterzuordnen“.

Für die bevorstehende Betriebsschließung sollten sie

„Vollmacht der zivilen und militärischen Wirtschaftslenkung besitzen“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb unmißverständlich unter der Überschrift „Verlängerter Arm“:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß man weiter als bisher kommen wird, wenn den Wirtschaftlern selbst Hoheitsaufgaben übertragen werden.“

(„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 24. Februar 1942)

Seitdem die Konzernherren die Staatsmacht unmittelbar für ihre Interessen einsetzen konnten, kamen sie tatsächlich „weiter als bisher“. Jetzt hatten sie das Machtinstrument völlig in der Hand, das ihnen ermöglichte, nach dem „zentralen Gesichtspunkt höchster Rationalität“, das heißt: plutokratischer Unersättlichkeit, das ganze deutsche Volk und die ganze deutsche Wirtschaft restlos auszuplündern und in den Dienst ihrer imperialistischen Kriegspolitik zu stellen.

Wirtschaftslenkung durch wen?

Die Leitung von Wirtschaft und Staat durch die Herren der Rüstungskonzerne erfolgte im Laufe der Zeit in verschiedenen Formen. In der Zeit der Aufrüstung und während der ersten Kriegsjahre wurden Reichsstellen geschaffen. Im Dezember 1942 wurden sogenannte Lenkungs-bereiche geschaffen, in denen die Vertreter der großen Konzerne der betreffenden Industriegruppe unmittelbar die Führung in den Händen hatten. In dem Maße, wie durch die Vernichtung von Material im Kriege der Mangel wuchs, wurden die staatlichen Zwangsmaßnahmen verschärft. Im September 1943 übertrug Hitler dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Speer, die oberste Befehlsgewalt über die Rüstungsproduktion und Rohstoff-Bewirtschaftung. *Mit Hilfe sogenannter Produktions-ausschüsse und Ringe sollte auch noch die letzte Substanz der Wirtschaft in den Rachen des Krieges geworfen werden.* Viele Deutsche ließen sich durch die staatlichen Organisationsformen oder durch schöne Worte wie

„Wirtschaftslenkung“ über das Wesen der Sache täuschen. Denn Göring, Ley und andere entfalteten eine Riesenpropaganda über Wirtschaftslenkung und suchten die Grundfrage zu verschleiern: *Wer lenkt und in wessen Interesse wurde gelenkt?*

Besonders deutlich zeigt die Zusammensetzung der Reichsvereinigung Eisen und der Reichsvereinigung Kohle, wer in Deutschland lenkte. An der Spitze der „Reichsvereinigung Eisen“ stand der schon genannte deutsche Schwerindustrielle Hermann Röchling, der gleichzeitig Bevollmächtigter für die annektierte Elsaß-Lothringische Industrie war. Erster Stellvertreter war der Sohn des Kanonikönigs Krupp von Bohlen und Halbach, zweiter Stellvertreter war der neureiche Naziplutokrat Rohland, der dem Vorstand des Stahltrustes angehörte. Für jene, die daran geglaubt haben, daß „unabhängige Staatsbeamte“ die „Wirtschaft lenken“, sei erwähnt, daß die „Reichsvereinigung Eisen“ an Stelle der bisherigen „Reichsstelle Eisen“ beim Wirtschaftsministerium geschaffen wurde. Es wurde also eine staatliche Stelle, ein Reichsorgan liquidiert und dafür eine Gruppe von Monopolkapitalisten mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestattet, die vollständig das Kommando über die gesamte Eisen- und Stahlindustrie in den Händen hatten.

In den anderen verschiedenen Wirtschaftszweigen war es ähnlich. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe für das private Bankgewerbe war der bekannte Bankier Kurt Freiherr von Schröder. Im „erweiterten Beirat der Banken“ saßen: Karl Dehnel als Vertreter der Fachgruppe Börsenmakler, Dr. Hunke als Vertreter der Deutschen Bank, Dr. Rasche für die Dresdner Bank, Hans Weltzien als Vertreter der Berliner Handelsgesellschaft, Generaldirektor Wilhelm Avieny von der Metallgesellschaft Frankfurt, die zum IG-Farbenkonzern gehört und andere Vertreter des Großkapitals. Leiter für das Kraftfahrwesen war Herlin, der Direktor des großen Automobilkonzerns Daimler Benz, SS-Standartenführer. Die Reichsvereinigung „Chemische Fasern“ leitete der Vorsitzende des Vorstandes des größten Kunstseide-Konzern Europas, der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A. G., Helmut Vitz. Die Wirtschaftsstelle Kautschuk leitete Generaldirektor Könecke von der Continental-A.G. in Hannover. Es ist auch bezeichnend, daß einer der aggressivsten Vertreter der imperialistischen Politik, Dr. Weigelt, Direktor der Deutschen Bank

(Gesamtbank) wurde. Während des ersten Weltkrieges war er Mitglied des Kriegsausschusses für Öl und Fette und war besonders an den Eroberungen in Kleinasien interessiert. Unter Hitler wurde er Leiter der Gruppe Kolonial-Wirtschaftsuntersuchungen.

Und wer waren die Leiter der Hauptausschüsse beim Reichsministerium für Waffen und Munition? Den Hauptausschuß für Wehrmacht und allgemeines Gerät leitete Zangen selbst; den Hauptausschuß für Munition — Edmund Geilenberg, Direktor eines Göring-Werkes; den Hauptausschuß für Waffen — Arthur Fix, Direktor des Bochumer Vereins; den Hauptausschuß für Maschinen — Karl Lange, früherer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Eisen, Stahl und metallverarbeitende Industrie. Für Kraftfahrzeuge war verantwortlich Schaaß von der Bayerischen Motorenwerke-A.G. Generalkommissar für Sonderproduktions-Aufgaben war Philipp Keßler, Generaldirektor der Bergmann A.G.

Wie die Besetzung der Staatsfunktionen vor sich ging, das sei an einem Beispiel aus der Praxis erläutert. Der Reichswirtschaftsminister ordnete z. B. die Bildung eines Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen an. Wie aus den Veröffentlichungen in der deutschen Presse hervorging, wurden die Mitglieder dieser Körperschaft *von der Reichsgruppe Industrie, der Organisation der Konzernherren, vorgeschlagen*. Vorsitzender wurde Präsident Hans Groon, „Beauftragter für Außenwirtschaftsfragen in der Reichsgruppe Industrie“. Ständige Mitglieder waren: Freiherr Karl von Schröder (Bankhaus Stauß & Co.), einer der mächtigsten Plutokraten, Dr. Illgner vom IG-Farbenkonzern, Karl Blessing von der Continental Öl A. G. und andere Nazi-Großkapitalisten. Wer kann noch daran zweifeln, daß die mächtigsten Konzernherren im Hitlerstaat bestimmten und darüber verfügten, wer auf die wichtigsten Posten kam?

Daß die Konzernherren Wirtschaft und Staat beherrschten, das bestätigte auch die Nazipresse. Das „Hamburger Fremdenblatt“ vom 8. 4. 1944 schrieb z. B.:

„Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft (lies: der Konzernherren) sieht eine ihrer Hauptaufgaben in der ständigen Beratung der Behörden über die einzuschlagenden Wege und Maßnahmen und darüber hinaus in der Betreuung der Betriebe. Ihnen werden die staatlichen Regelungen nahegebracht und erläutert und ihnen wird auch bei der Durchführung geholfen.“

Besonderes Augenmerk wird in den Beratungen stets auf das Ziel gerichtet, die bewährte Gruppenpreisbildung zu sichern.“

Welche gewaltige, unbeschränkte Macht die Röchling, Krupp, diese Herren der Reichsvereinigungen, Hauptausschüsse usw. hatten, das zeigen ihre Vollmachten. Ihnen unterstanden: Auftragszuteilung, Rohstoff- und Brennstoffverteilung, Verteilung der Arbeitskräfte, Regelung des Handels und Bestimmung der Betriebe, die stillgelegt werden sollten. Damit konnten die Konzerngewaltigen allen jenen Unternehmern, die ihnen als Konkurrenten unbequem waren, die Gurgel zudrücken. Wer kann daran zweifeln, daß die Herren, die vollständig die Preisgestaltung in den Händen hatten, solche „bewährten Gruppenpreise“ festsetzten, daß ihnen gewaltige Rüstungsprofite sicher waren?

So ist durch die Zusammensetzung des Rüstungsrates und der Reichsvereinigungen, Hauptausschüsse usw. endgültig der Betrug entlarvt, als ob die „Plutokraten in Deutschland nichts mehr zu sagen haben“. Die „Frankfurter Zeitung“, die im Dienste der Herren des IG-Farbenkonzerns stand, bestätigte das. Sie erklärte, das Wesentliche in der Schaffung des Rüstungsrates bestehe darin, daß die „Männer der Wirtschaft“, das heißt die mächtigsten Konzern- und Bankherren, „gleichzeitig Staats- und Parteiämter innehaben“. Die Röchling, Krupp, Vögler, Zangen, Bücher und wie diese plutokratischen Konzernherren alle heißen, hatte Hitler zu Staatsbeamten ernannt. Unter dem Titel „Der deutsche Eisenkönig“ konnten wir in der Goebbels-Zeitung „Front und Heimat“ lesen:

„Hermann Röchling steuert heute nicht nur die Eisenproduktion Großdeutschlands, ihm unterstehen auch sämtliche Eisenvorkommen der unter deutschen Einfluß stehenden europäischen Staaten.“ (Nr. 10 vom Juni 1944)

Röchling, der Oberkommandierende

Wer ist nun dieser Hermann Röchling, dieser mächtige Kriegsinteressent? Die Firma Röchling im Saargebiet war schon vor dem ersten Weltkrieg den Saararbeitern bekannt als Betrieb, wo die schlechtesten Arbeitsbedingungen bestanden, wo die brutalste Willkür gegen die Arbeiter herrschte und die Arbeitszeit am längsten war. Aus dem ersten Weltkrieg ist Hermann Röchling als einer der großen Kriegsgewinnler hervorgegangen. Er hatte seinen Bruder Robert Röchling im Kriegsministerium sitzen, der mit der Überwachung der Industrie im französischen Erzbecken von Briey beauftragt war. Robert Röchling ließ als Staatsbeamter die Maschinen aus

den Betrieben des besetzten Gebietes nach Völklingen an der Saar transportieren. Dort nahm sie sein Bruder Hermann Röchling in Empfang. Für diesen Raub mußte das deutsche Volk später Reparationen zahlen.

Nach dem Versailler Vertrag gehörte Hermann Röchling zu jener Clique westdeutscher Prozentpatrioten, die sich der veränderten Situation anpaßten und gemeinsame Geschäfte mit den französischen Plutokraten machten. Damals, es war im Jahre 1920, war auf dem Briefkopf der Pariser Filiale des Röchling-Konzerns zu lesen: „Fournisseur de la Marine d'armes française“, d. h. Lieferant der französischen Kriegsmarine. Und im Jahre 1921 gründete Röchling zusammen mit den französischen Stahlwerken von Longwy eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Paris, an der Röchling zu 50 Prozent beteiligt war. Dieser Aktiengesellschaft gehörten Aktionäre der französischen Schwerindustrie, Aktionäre der französischen Regierung und der Aktionär Hermann Röchling aus Völklingen im Saargebiet an. Sie nannte sich „Société Lorraine Minière et Métallurgique“ und bekam nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ vom 20. Dezember 1932 von der französischen Regierung Rüstungsaufträge. Sie lieferte Stahl für die Maginotlinie. Und auch an diesen Lieferungen waren die Röchlingwerke im Saargebiet mit 50 Prozent der Lieferungen beteiligt. So transportierten Lastautos und Züge Panzerplatten aus den Werken des Herrn Röchling zur Maginotlinie.

Das ist das Gesicht des allgewaltigen Beherrschers der deutschen Eisenindustrie, Hermann Röchling.

„Wehrwirtschaftsführer“ Flick, der „Sammler aus Leidenschaft“

Daß die Rüstungsplutokraten die entscheidenden Kräfte im Nazistaat sind, das wird ausdrücklich von der Hitler-Clique selbst bestätigt. Wir erinnern daran, daß Hitler den großen Konzernschieber Flick zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannte. Die Zeitung von Goebbels, „Das Reich“, vom 28. 9. 1941, versuchte diese bedeutungsvolle Ernennung in einem Artikel, betitelt „Gründer aus Leidenschaft“, dem deutschen Volke wie folgt zu begründen:

„Jeder Sammler, wenn seine Leidenschaft echt ist, ist nicht nur ein Käufer, sondern ein Tauscher und oft genug ein Verkäufer. Aus kleinen Anfängen sammelt er sich hinauf, bis seine Sammlung so ist, wie sie ihm vorschwebt.“

Dann wird gesagt, daß der eine Uhren, der andere Gemälde, sammelt. Flick aber war ein Sammler von Großbetrieben. In der Inflation gehörte er zu den wenigen Großen, die viel gewonnen haben. Flick übernahm einen Teil des Stinnes-Betriebes. Er verschaffte sich Aktienpakete der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, des Bochumer Vereins, der Linke-Hoffmann-Werke in Breslau, des Lauchhammerwerkes mit seinem großen Kohlenbesitz, des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf usw. Flick war einer der Hauptmacher bei der Gründung des Stahltrusts 1926 und vereinigte einen Teil seiner Betriebe zum „Mitteldeutschen Stahlverein“. Die Goebbels-Zeitung fügt hinzu:

„Sah man die Dinge von außen an, so war Flick ... sozusagen ein Rentner mit Kuponschere.“

Und dieser Großschieber verstand es ausgezeichnet, die Gelder des Reiches auszunutzen. Als 1932 der Stahltrust in Schwierigkeiten war (der Gelsenkirchenkurs stand auf 30½) und Flick in Kreditschwierigkeiten kam, ließ er von Holland her das Gerücht verbreiten, das Ausland interessiere sich für den Flick-Besitz. Prompt übernahm der Reichsfinanzminister Gelsenkirchen-Aktien zu einem Kurs von 90% und gab damit Flick die Handlungsfreiheit für weitere Schiebungen.

„Heute verfügt Flick über eigene Rohstoffgrundlagen, Braunkohle, Steinkohle, Erz, Kalk, über Hüttenwerke, Walzwerke, Elektrizitätswerke und Gaswerke, ein Treibstoffwerk und Maschinenfabriken.“

Bereits in der ersten Zeit des Krieges gab ihm die Hitlerregierung als Kriegsgewinn die bedeutenden Rombacher Hüttenwerke. Inzwischen hat Flick sein Hauptunternehmen „Mittel-Stahl“ in eine G.m.b.H. umgewandelt, die ein Familienunternehmen darstellt. Welche Riesengewinne die Familie Flick aus ihrem Arbeiterheer herausholte, zeigt allein die Erhöhung des Grundkapitals von 28,0 auf 75,0 Millionen Reichsmark. Die 47 Millionen Reichsmark wurden den stillen Reserven, die unter der Hitlerherrschaft aufgehäuft worden waren, entnommen.

Die Hitler-Clique nannte das „Nationalsozialismus“. Der angeführte Artikel schließt:

„Die Ernennung von Flick zum Wehrwirtschaftsführer war verdient.“

Dieser verdienende Naziplutokrat gehörte zu den Großen des Nazi-staates.

Auch über die Rolle des Konzernkönigs Krupp wurde das deutsche Volk durch die Goebbels-Propaganda irregeführt. Es wurde systematisch das Gerücht verbreitet, daß Krupp gar nichts mehr zu sagen habe, bis die Meldung durch die Presse ging, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach gehöre dem Rüstungsrat an. Sein Vater gehörte zu den Rüstungsplutokraten, die Hitler an die Macht gebracht hatte.

Die Hitlerpropaganda nannte die Kruppwerke die „Waffenschmiede des Dritten Reiches“. Das Aktienkapital, das sich vollständig im Besitz der Familie Krupp befindet, beträgt 160 Millionen Mark. Dieser Rüstungskonzern wurde durch einen Erlaß Hitlers vom 19. November 1943 in ein Familienunternehmen mit einer besonders geregelten Nachfolge umgewandelt. Das war mit steuerlichen Sondervergünstigungen verbunden. Die Erbnachfolger des Rüstungsplutokraten Krupp sollten noch für weitere Kriege dem deutschen Volke gesichert werden.

Damit ist wohl zur Genüge bewiesen, wer bisher die wahren Herren im deutschen Staate waren.

Die Gauleiter als Gehilfen der Rüstungsplutokraten

Unter dem Kommando der Gauleiter der Hitlerpartei wurden in jedem Gaugebiet Gau-Wirtschaftskammern geschaffen, deren Vorsitzende gleichzeitig Gau-Wirtschaftsberater der Nazipartei waren. Auf Anweisung Hitlers waren die Gauleiter ausführende Organe der Verordnungen des Rüstungsministeriums für Waffen und Munition, d. h. der dort bestimmenden Rüstungsplutokraten. Die bisherigen Industrie- und Handelskammern, in denen vielfach kleinbürgerliche Einflüsse zur Geltung kamen, wurden in ihren Vollmachten beschränkt oder ganz liquidiert. Die aggressivsten faschistischen Großkapitalisten übernahmen das Kommando in den Gau-Wirtschaftskammern. Der Präsident der Gau-Wirtschaftskammer, der aus der Reihe einflußreicher Kapitalbesitzer genommen wurde, hatte in dieser Funktion naturgemäß die größte Macht über alle Unternehmungen im Gau.

Und wer bestimmte in den Kreiswirtschaftsräten? Zum Beispiel im „Kreiswirtschaftsrat Wuppertal“ saßen der Generaldirektor Vitz von den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, dem größten Kunstseidenkonzern in Europa; Direktor Frowein, der berüchtigte „Fritz Ley Lünenschluß“, sowie einige weniger einflußreiche Herren. Wer kann daran

zweifeln, daß in diesem sogenannten „Kreiswirtschaftsrat“ der Vertreter des mächtigsten Konzerns, Generaldirektor Vitz, bestimmte?

Hitlers Gauleiter waren besonders beauftragt, im Dienste der Rüstungsplutokraten die Zwangsarbeit der Arbeiter, Arbeiterfrauen und Jugendlichen zu organisieren. Sie trieben den Rüstungskonzernen die Arbeitsklaven zu. Wie das in der Praxis aussah, sei am Beispiel des Gau Frankfurt erläutert. Dort saß der berüchtigte Gauleiter Sprenger. „Gauwirtschaftsberater“ war kein anderer als der Generaldirektor der Nassauischen Landesbank Avieny, ein neunfacher Aufsichtsrat und Kuponabschneider. Er saß in der Frankfurter Handelsbank A.G., der Deutschen Landesbankzentrale, im Aufsichtsrat von zwei Flugzeuggesellschaften und anderen Gesellschaften, die hohe Profite abwerfen. Dieser Parasit, der sich als Kuponabschneider auf Kosten des arbeitenden Volkes bereicherte, war „Gauwirtschaftsberater“, d. h. er bestimmte, welche Klein- und Mittelbetriebe liquidiert, welche Mittelständler vollständig ruiniert werden sollten. Generaldirektor Avieny war aufs engste verbunden mit der Generaldirektion des IG-Farbentrustes am Grünburgplatz in Frankfurt. Wer sich Befehlen dieser Herren Kriegsgewinnler widersetzte, den ließ der Gauleiter Sprenger der Gestapo übergeben. So ließ der korrupte Gauleiter 18 frühere Nationalsozialisten erschießen, weil sie gegen die Herren des IG-Farbentrustes gewettert und die Lebensmittelschiebungen des Herrn Gauleiters aufgedeckt hatten.

Außerdem stand den Kriegsinteressenten noch der „Treuhänder der Arbeit“ zur Verfügung. Er hatte dafür zu sorgen, daß die Löhne niedrig gehalten werden. Der erste „Treuhänder der Arbeit“ in Frankfurt war der Präsident der Industrie- und Handelskammer für das rhein-mainische Industriegebiet und Präsident der Frankfurter Börse, Karl Luer. Als seine Adresse gibt er an: „Frankfurter Börse“. Das kennzeichnet, wessen Treuhänder dieser Millionär war. Ein anderer solcher Treuhänder war Dr. Markart. Früher war er lange Jahre Leiter des „Sozialbüros“ der IG-Farben in Wolfen bei Bitterfeld. Zugleich war er „Sachbearbeiter“ im Arbeitgeberverband der chemischen Industrie. Er brachte also schon eine bedeutende Praxis in Arbeiterentrechtung und -betrug mit, und wer kann daran zweifeln, daß solche Angestellten der Trustherren „gute Treuhänder“ waren. Wie wertvoll den Plutokraten diese Lakaien waren, die das Mitgliedsbuch der Hitlerpartei in der Tasche hatten, das geht aus

einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 16. September 1942 hervor. Dort lesen wir:

„Viele Unternehmungen haben solche Persönlichkeiten (gemeint sind Amtswalter der Hitlerpartei. Der Verf.) in ihre Leitungen hereingenommen, namentlich auch für die Aufgaben der Gefolgschaftsführung.“

So hatten unter dem Hitler-Regime die mächtigen Plutokraten erreicht, was sie seit 50 Jahren mit allen Mitteln erstrebten, aber infolge des Widerstandes der organisierten Arbeiterschaft bis zu Hitlers Regierungsantritt nicht erreichen konnten. Sie hatten die unbeschränkte Herrschaft in Wirtschaft und Staat und konnten mit Recht sagen: „Der Staat sind wir.“

Die Legende von der „Planwirtschaft“

Seit 1933 führte die Naziregierung systematisch die Umstellung der Wirtschaft auf die Geleise des Krieges durch und schränkte planmäßig die Verbrauchsgüterproduktion ein. Das waren kriegswirtschaftliche Maßnahmen, die mit Planwirtschaft nichts zu tun hatten. Von Planwirtschaft kann man nur mit vernünftigem Sinne sprechen, wenn die ganze Industrie dem Volke gehört, wenn im Staate die Vertreter des schaffenden Volkes bestimmen und auf dieser Grundlage die Wirtschaft der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und seines Staates dient. Im Hitler-Deutschland konnte es gar keine Planwirtschaft geben, weil die Wirtschaft dem Profit und den Kriegsinteressen des Großkapitals diente, nicht aber der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes. Die Zwangsbewirtschaftung geschah unter dem Kommando und im Interesse der Herren der großen Rüstungskonzerne.

Manche Deutsche glaubten, das Vorhandensein staatlicher Betriebe sei schon der Beginn einer Nationalisierung der Großindustrie. Manche glaubten, der staatliche Charakter des deutschen Eisenbahnwesens sei schon ein Element des Sozialismus. Dazu ist folgendes zu sagen: Die Verstaatlichung der Reichsbahn hatte nichts mit Sozialismus zu tun. Sie geschah aus ganz anderen Gründen. Die deutsche Industrie und auch die großen Grundbesitzer hatten ein Interesse an einem möglichst billigen Warentransport, der nicht durch widerstreitende kapitalistische Einzelinteressen gehindert wird. Außerdem lag in Deutschland ein besonderes strategisches Interesse für den Ausbau der Eisenbahn mit staatlichen Mitteln vor. Für Deutschland, als das Land im Zentrum Europas, war im Kriegsfall der

Ausbau des Eisenbahntransports von großer strategischer Bedeutung. Deshalb hatten die herrschenden Kreise in Deutschland ein Interesse an der Instandhaltung und am Ausbau der Eisenbahn durch staatliche Unterstützung und unter staatlicher Kontrolle. Dabei wurden die Interessen der großen Konzernherren besonders berücksichtigt. Indem zum Beispiel Krupp und Siemens dem Verwaltungsrat der Reichsbahn angehörten, erhielten sie bevorzugt Reichsbahnaufträge zu guten Preisen.

Erst recht wurden in Hitler-Deutschland Staatsbetriebe zur Erhöhung des Kriegspotentials geschaffen. Es wurden solche Rüstungsbetriebe erbaut, deren Errichtung im Gesamtinteresse des deutschen Finanzkapitals lag. Die Göring-Werke für Erzbau wurden z. B. gegründet, weil der für den Krieg notwendige Ausbau der Siegerländer Eisenerzvorkommen für das Privatkapital nicht rentabel war. Deshalb gab der Nazistaat die Mittel für den Ausbau dieser Industrie. Um das Rüstungspotential Deutschlands schneller zu erhöhen, wurde der Göring-Konzern geschaffen, der im Ergebnis der Kriegseroberungen zum größten Konzern Europas wurde. Göring trat damit selbst in die Reihe der größten Rüstungsplutokraten. Er hatte als Minister das tatsächliche Verfügungsrecht über alle Betriebe des Konzerns. Selbstverständlich konnte er nur einen Teil der Profite für seinen luxuriösen Lebenswandel verbrauchen. Der Hauptteil wurde verwandt für den weiteren Ausbau der Rüstungsbetriebe, also im Gesamtinteresse der herrschenden Clique der Kriegsabenteurer. So wurden auch zahlreiche Rüstungsbetriebe in anderen Industriezweigen in der Kunstfaserindustrie, in der Ölversorgung usw. mit staatlichen Mitteln geschaffen. In den Vorständen dieser Gesellschaften sah man viele neureiche Nazi-funktionäre, die am Profit beteiligt waren, die aber gleichzeitig noch andere, staatliche Posten innehatten.

Die Tatsachen beweisen, daß im Hitlerstaat die aggressivsten räuberischsten Rüstungsplutokraten die Kommandostellen in Wirtschaft und Staat beherrschten. Die Staatsgewalt war vollständig in den Dienst der Bank- und Konzernherren gestellt worden. Was die Goebbels-Propaganda als „Planmäßigkeit“ bezeichnete, war nichts anderes, als die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg und die systematische Beherrschung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Lebens durch die Rüstungsplutokraten und durch die Naziführer.

DIE SOLDATEN FIELEN, DIE GEWINNE STIEGEN

Im Auftrage der deutschen Plutokraten begann Hitler den Krieg um die Eroberung fremder Länder, und die Goebbelspropaganda schrie noch lauter von „Volksgemeinschaft“. Die Kriegsgewinne der Plutokraten stiegen ins Ungemessene, und die Goebbelspropaganda lärmte an allen Straßenecken von der „allgemeinen Beschränkung der Gewinne“. Schon im ersten Kriegsmonat — am 19. September 1939 — schilderte im „Völkischen Beobachter“ der Wirtschaftsredakteur Nonnenbruch in ergreifenden Tönen, welche Armut in den Reihen der deutschen Rüstungsindustriellen eingezogen war. Er erzählte, „die Klassenunterschiede“ wären restlos abgetragen und schilderte den Generaldirektor eines Konzerns, der in geflicktem Anzug durch das Werk ginge. Die Goebbelspropaganda hatte den Generaldirektor mit geflickten Hosen erfunden und pries ihn als den Repräsentanten des „deutschen Sozialismus“. Wie aber sah es tatsächlich mit der „Beschränkung der Gewinne“ und den „restlos abgetragenen“ Plutokratenanzügen und Klassenunterschieden aus?

Steigende Gewinne

Nach den eigenen, also viel zu niedrigen Angaben der deutschen Aktiengesellschaften stieg die Durchschnittsdividende von 2,83 % im Jahre 1932 auf 6,62 % im Jahre 1941, das heißt: allein der in Form von Dividenden sichtbare Reingewinn stieg im Vergleich zu 1932 um 134 Prozent!

Tatsächlich lag der Reingewinn der größten Konzerne viel höher, als sich aus der angeblichen Durchschnittsdividende schließen ließ. Das geht sogar aus den Bilanzen hervor. Die steuertechnisch erstklassig „frisierten“ Krupp-Bilanzen enthalten folgende Angaben über den Reingewinn:

1931/32	Verlust	9,64 Millionen RM (Deckung aus „stillen“ Reserven)
1933/34	Reingewinn	6,65 „ „
1934/35	Reingewinn	10,34 „ „
1935/36	Reingewinn	14,39 „ „
1936/37	Reingewinn	17,22 „ „
1938/39	Reingewinn	21,11 „ „
1939/40	Reingewinn	22,70 „ „

Und das war bis zum ersten Kriegsjahr: Eine nicht weniger „erfreuliche“ Entwicklung machte der Mannesmann-Konzern vom ersten Hitlerjahr bis zum ersten Hitlerkriegsjahr durch. Für 1933 hatte dessen Bilanz einen Reingewinn von 2,1 Millionen RM ausgewiesen, für 1940 wies sie schon 10,7 Millionen RM aus. Eine Steigerung um 410 Prozent!

Die Bilanzen anderer Konzerne der Schwerindustrie weisen folgende Gewinnsteigerung aus:

Vereinigte Stahlwerke

Rohgewinn 1934	120,53 Millionen RM	100 Prozent
„ 1935	225,83 Millionen RM	187 Prozent
„ 1936	248,59 Millionen RM	206 Prozent
„ 1937	257,08 Millionen RM	213 Prozent

Klöckner A.G.

Rohgewinn 1936/37	106,90 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	135,58 Millionen RM	127 Prozent
„ 1940/41	163,67 Millionen RM	153 Prozent

Hoesch A.G.

Rohgewinn 1936/37	119,91 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	139,82 Millionen RM	117 Prozent
„ 1940/41	163,57 Millionen RM	136 Prozent

Gute Hoffnungshütte

Rohgewinn 1936/37	123,11 Millionen RM	100 Prozent
„ 1938/39	148,29 Millionen RM	120 Prozent
„ 1940/41	156,29 Millionen RM	127 Prozent

Gesetzliche und andere „Rücklagen“

Diesen hohen Rohgewinnen entsprach in den meisten Bilanzen nicht der angegebene Reingewinn. Die Bilanz des IG-Farbenkonzerns für 1940 wies zum Beispiel einen Rohgewinn von 846,44 Millionen RM aus (übrigens um 179,21 Millionen RM mehr als im Jahre 1938!), aber einen Reingewinn von nur 58,76 Millionen RM. Wo die übrigen 787,68 Millionen RM geblieben sind, kann man leicht begreifen, wenn man allein

unter den Titeln „Erträge aus Beteiligungen, Rücklagen, Rückstellungen, Abschreibungen auf Anlagen“ 220,43 Millionen RM „verschleiert“ findet.

Die Wintershall A. G. der größte deutsche Kalikonzern, der schon vor 1933 Hitler reiche Geldmittel zur Verfügung stellte, wies einen Rohgewinn aus, der von 68,39 Millionen RM im Jahre 1939 auf 76,29 Millionen RM im Jahre 1940 stieg, dagegen einen Reingewinn der von — sage und schreibe — ganzen 8,06 Millionen RM im Jahre 1939 sogar auf 7,55 Millionen RM im Jahre 1940 fiel. Unter „Rückstellungen und anderen Rücklagen“ aber versteckte die Gesellschaft 114 Millionen RM!

Wie unerhört hoch die Rückstellungen und Rücklagen selbst im Verhältnis zum Aktienkapital und wie niedrig die Reingewinne im Verhältnis zu den Rückstellungen und Rücklagen ausgewiesen wurden, mögen einige Beispiele zeigen.

	Aktienkapital Mill.	Rücklage Mill.	Rückstellungen Mill.	zus. Mill.	Reingewinn Mill.
Roddergrube	18	10	19,96	29,96	4,62
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Sächsische Werke A. G., Dresden	30	12	21,18	33,18	2,416
	120	79,75	25	104,75	9,73

Es wäre ein großer Irrtum, wenn man nun annehmen wollte, daß die Konzerne, deren Bilanzen ein stärkeres Ansteigen des Reingewinns zeigten, in der Gewinnverschleierung „ungeschickter“ gewesen wären. In der Kruppbilanz für 1939/40 wurde ein Reingewinn von 22,70 Millionen RM zugegeben, aber gleichzeitig wies dieselbe Bilanz noch aus:

„gesetzliche Rücklagen“	16 000 000 RM
„andere Rücklagen“	56 365 000 RM
Rückstellungen	68 053 000 RM
	<hr/>
	140 418 000 RM

Es handelte sich nicht darum, daß die einen „geschickter“, die anderen „ungeschickter“, waren. Sie waren alle gerissen genug und „frisierten“ ihre Bilanzen so, wie sie es gerade für ihre Zwecke brauchten.

Die Aktionäre gehen stempeln

Selbst nach allen Rücklagen und Rückstellungen, „gesetzlichen“ und „anderen“, verblieb ein Reingewinn, der sich in einer von Jahr zu Jahr steigenden Dividende ausdrücken mußte. Die Plutokratie war aber gerade während des Krieges mehr als je daran interessiert, im Volke die Legende aufrechtzuerhalten, daß die Dividenden sechs Prozent nicht übersteigen durften. Die Hitlerregierung fand den Ausweg, der erlaubte, auch bei einer „Begrenzung“ auf sechs Prozent eine beliebig hohe Dividende und noch dazu steuerfrei auszuschütten. Sie erließ eine Verordnung, nach der ein Teil der Gewinne den Aktionären in Form von „Kapitalberichtigungen“ gutgeschrieben werden konnte.

Die Aktien wurden auf einen entsprechend höheren Betrag „aufgestempelt“, ohne daß die Aktionäre auch nur einen Pfennig neues Kapital einzuzahlen hatten. Sie bekamen Dividende nun auf den höheren „Nennwert“ ihrer Aktien. Sie steckten also auch einen doppelten oder dreifachen Gewinn in die Tasche, ohne daß der Prozentsatz der Dividenden das „zulässige Maß“ überstieg, und sparten obendrein die Steuern.

Nach der amtlichen Hitlerstatistik erhöhten auf diese Weise schon bis zum 30. November 1941 302 Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital um 65,5 Prozent. Nehmen wir einen der „bescheidensten“ Fälle: Die Sächsischen Werke A. G. Dresden „berichtigte“ ihr Aktienkapital um 25 Prozent und zahlte die alte Dividende von 6 Prozent „unverändert“ weiter, das heißt: Der Aktionär bekam auf seinen tatsächlichen Anteil eine Dividende von 7,5 Prozent und noch ein Geschenk in Höhe eines Viertels des Nennwertes seiner Aktien. Generaldirektor Stahl von der Mansfeld A. G. stellte sachlich fest:

„Diese Maßnahme ermöglichte es, den Aktionären den Ausschüttungsbetrag weiterhin unverkürzt zukommen zu lassen, ohne eine Dividendenabgabe in Kauf nehmen zu müssen.“

(„Kölnische Zeitung“, 23. September 1941)

Mehr als 10 fache Aufsichtsräte

Die Nazipropaganda hatte dem deutschen Volke erzählt, daß in Zukunft kein Großaktionär mehr als 10 Vorständen oder Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften angehören dürfe. Aus dem amtlichen Material des „Handbuches der Aktiengesellschaften“ geht jedoch hervor, daß 449 Kriegs-

gewinnler in den Vorständen oder Aufsichtsräten von mehr als 10 Aktiengesellschaften saßen.

Zunächst wollen wir am Beispiel einiger deutscher Nazitrustgewinnler zeigen, wieviel leitenden Organen großer Aktiengesellschaften und staatlichen Organen sie angehören, damit der Leser ermessen kann, welche Macht sie im faschistischen Staat in ihren Händen hatten:

von Schröder, Kurt, Freiherr,

Präsident:

Industrie- und Handelskammer zu Köln.

Wirtschaftskammer für das Rheinland, Köln.

Mitglied:

Reichsverkehrsrat, Berlin.

Vizepräsident:

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern.

Vizepräsident des Verwaltungsrats:

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin.

Mitglied des Verwaltungsrats:

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel.

Mitglied des Beirates:

Deutsche Reichsbahn.

Deutsche Reichspost.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A. G., Berlin.

Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen A. G., Berlin.

Rheinische Zellwolle A. G., Köln (Rhein).

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.

Boswau & Knauer Aktiengesellschaft, Berlin.

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten „Oeffa“, Berlin.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Ambi-Budd Preßwerk, Berlin.

Colonia, Kölnische Feuer- und Kölnische Unfallversicherungs A. G., Köln.

Concordia, Lebens-Versicherungs A. G., Köln.

Felten & Guillaume, Carlswerk A. G., Köln-Mülheim.

Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau, Köln a. Rh.

Guano-Werke A. G. (vormals Ohlendorff'sche und Merck'sche Werke), Hamburg.

Flick, Friedrich,

persönlich haftender Gesellschafter:

Friedrich Flick Kom.-Gesellschaft, Düsseldorf.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte.

Essener Steinkohlenbergwerke A. G., Essen.

Harpener Bergbau A. G., Dortmund.

Mitteldeutsche Stahlwerke A. G., Riesa (Elbe).

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Siegener Maschinenbau A. G., Siegen.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A. G., Frankfurt a. M.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.

Allianz- und Stuttgarter Verein, Versicherungen A. G., Berlin.

Dresdner Bank, Berlin.

Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg.

Linke-Hoffmann-Werke A. G., Breslau.

Niederschlesische Bergbau A. G., Neu-Weißstein

Rheinische A. G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln.

Schering A. G., Berlin.

Vereinigte Stahlwerke A. G., Düsseldorf.

Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch, Bautzen.

Mitglied des Verwaltungsrats:

Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhlf-Friedenshoffnung, Hermsdorf.

Rheinisch-Westf. Elektrizitätswerk A. G., Essen.

Stellvertretender Vorsitzender des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Mont-Cenis, Herne-Solingen.

Mitglied des Gruppenvorstandes:

Gewerkschaft des Steinkohlen- und Eisenstein-Bergwerks „Siebenplaneten“ Dortmund.

Gewerkschaft Victoria-Lünen, Lünen (Lippe).

Quandt, Günther, Wehrwirtschaftsführer,

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Akkumulatorenfabrik A. G., Berlin-Hagen i. W.

A. G. für Industriebeteiligungen, Berlin.

Concordia Elektrizitäts A. G., Dortmund.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken A. G., Berlin-Wittenau.

Deutsche Wollwaren-Manufaktur A. G., Grünberg i. Schles.

Dürener Metallwerke Aktien-Gesellschaft, Düren.

Hermann Herzog & Co. A. G., Neugersdorf i. Sa.

Pertrix Chem. Fabrik A. G., Berlin.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Mauserwerke Aktiengesellschaft, Oberndorf a. N.

Wintershall A. G., Kassel.

Mitglied des Aufsichtsrats:

Aktiengesellschaft für Verkehrswesen, Berlin.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.

Bergbau A. G., Lothringen, Bochum.

Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Pels & Co. A. G., Berlin.

Braunkohlenwerke Bruckdorf A. G., Halle (Saale).

Busch-Jäger, Lüdenscheider Metallwerke A. G., Lüdenscheid.

Concordia Spinnerei A. G., Marklissa und Bunzlau.

Gerling-Konzern, Allgemeine Versicherungs A. G., Köln.
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Köln-Berliner Versicherungs A. G., Berlin.
Maschinenfabrik Sangerhausen A. G., Sangerhausen.
Thüringer Erdöl A. G., Sondershausen.
Vereinigte Kugellagerfabriken A. G., Schweinfurt.
Westfalenbank A. G., Bochum (Westfalen).

Vorsitzender des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft Wintershall, Heringen.

Mitglied des Gruben-Vorstandes:

Bruckdorf-Nietlebener Bergwerks-Verein, Halle (Saale).

Mitglied des Berlin-Brandenburger Beirats:

Deutsche Bank, Berlin.

Knepper, Gustav, Bergwerksdirektor,

Vorsitzender des Vorstands:

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Essen.

Mitglied des Vorstandes:

Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation A. G., Bochum.

Dortmund-Hörder Hütten-Verein, Dortmund.

Berggewerkschaftskasse, Bochum.

Betriebsunterstützungskasse für höhere und obere Werksbeamte, Bochum.

Gemeinsame Beamtenruhegehaltskasse, Bochum.

Unfallchadensverband für Zechenbeamte, Bochum.

Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen (Ruhr).

Verein zur Überwachung der Kraftwirtschaft der Ruhrzechen, Essen.

Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet.

Ruhralsperrenverein, Essen.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Gelsenberg-Benzin A. G., Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen Bergbau A. G., Gelsenkirchen.

Rheinisch-Westfälische Wohnstätten A. G., Essen.

Ruhrbenzin A. G., Oberhausen-Olten.

Ruhrchemie A. G., Oberhausen-Sterkrade.

Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen.

Westdeutsche Wohnhäuser A. G., Düsseldorf.

Mitglied des Aufsichtsrats:

August Thyssenhütte A. G., Duisburg-Hamborn.

Bergbau A. G., Ewald König Ludwig, Herten i. Westf.

Concordia-Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Oberhausen.

Dortmunder Union-Brückenbau, A. G., Dortmund.

Dynamit A. G. vorm. A. Nobel, Köln a. Rh.

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte.

Essener Steinkohlenbergwerke A. G., Essen.

Harpener Bergbau A. G., Dortmund.

Schering A. G., Berlin.

Preußische Bergwerks- und Hütten A. G., Berlin.

Ruhrstahl A. G., Witten.

Siegener Maschinenbau Aktiengesellschaft, Siegen.

Westfälische Transport A. G., Dortmund.

Benzol-Verband G. m. b. H., Bochum.

Bergwerksverband zur Verwertung von Schutzrechten der Gesellschaft für Kohlentechnik G. m. b. H.

Cumaronherz Verband G. m. b. H., Bochum.

Deutsche Ammoniak Verkaufsvereinigung G. m. b. H., Bochum.

Feuerschaden Verband G. m. b. H., Bochum.

Gesellschaft für Kohlentechnik G. m. b. H., Dortmund-Eving.

Gesellschaft für Teerverwertung G. m. b. H., Dbg.-Meiderich.

Kaiserhof-Hotel-Gesellschaft m. b. H.

Nordische Holzhandelsgesellschaft m. b. H., Essen.

Rhein.-Westf. Bergwerksgesellschaft m. b. H., Mülheim (Ruhr).

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Essen.

Verbandswasserwerk G. m. b. H., Bochum.

Verkaufsvereinigung für Teer-Erzeugnisse G. m. b. H., Essen.

Mitglied des Grubenvorstandes:

Gewerkschaft Nürthenberg, Hermühlheim.

Vorsitzender des Beirats:

Kohlenhandelsgesellschaft „Glückauf“, Abt. Beck & Co., Kassel.

Ver. Holzgesellschaften m. b. H., Essen.

Mitglied des Beirats:

Ruhrgas A. G., Essen (Ruhr).

Kohlenhandelsgesellschaft „Mark“, Siepmann, Schrader & Co., Hagen.

Kohlenscheidungsgesellschaft m. b. H., Berlin.

Kohlenkontor Wayhenmeyer, Mannheim.

Raab Karcher G. m. b. H., Karlsruhe.

Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft Lüders, Meantzen & Co., Bremen.

Glückauf Bau A. G., Dortmund.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen.

Westfälische Kohlenverkaufsgesellschaft Vollrath, Weck & Co., Berlin.

N. V. Maatschappij, Algemeen Echser, Utrecht.

Stickstoffsyndikat, Berlin.

Vorsitzender:

Ruhrbergbau-Revisionsgesellschaft, Essen.

Sonstige Nebenämter:

Emschergenossenschaft, Mitglied des Berufungsausschusses.

Industrie- und Handelskammer, Essen, Ausschuß für Wirtschaftsfragen.

Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks, Abgeordneter, Essen.

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin.

Haus der Technik, Essen, Kuratorium.

Lippeverband, stellvertr. Mitglied des Berufungsausschusses.

Aus Raumgründen müssen wir uns darauf beschränken, nur noch *einige solcher großen Kriegsinteressenten und Kriegsgewinnler* zu nennen, die

mehr als zehn Vorständen und Aufsichtsräten großer Aktiengesellschaften angehören:

Abs, Hermann J., Bankier, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 14 Aktiengesellschaften.

Bandel, Eugen, Mitglied des Vorstandes der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 24 Aktiengesellschaften.

Brecht, Gustav, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Rhein A. G., für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Buskühl, Ernst, Generaldirektor der Harpener Bergbau A. G., Dortmund, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 15 Aktiengesellschaften.

Carp, Werner, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Franz Haniel & Cie. G.m.b.H., Duisburg-Ruhrort, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Fischer, Otto Christian, Bankdirektor, Leiter der Reichsgruppe IV, Banken, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrates von 24 Aktiengesellschaften.

von Flotow, Hans, Dr., Geh. Oberregierungsrat, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gebrüder Stumm G. m. b. H., Neunkirchen a. d. Saar, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 14 Aktiengesellschaften.

Fürstenberg, Hans, Mitglied des Verwaltungsrats der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 17 Aktiengesellschaften.

Goetz, Carl, Bankdirektor, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Haniel, Karl, Dr., Landrat a. D., Geschäftsführer der Gute-Hoffnungshütte vorm. Haniel & Lueg G.m.b.H., Düsseldorf-Grafenberg, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 15 Aktiengesellschaften.

Knaeet, Herbert, Bergwerksdirektor, Mitglied des Vorstandes der Gelsenkirchner Bergwerke A. G., Essen, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 26 Aktiengesellschaften.

Keppler, Wilhelm, Generalsachverständiger für deutsche Roh- und Werkstoffe im „Vierjahresplan“, Leiter der „Zentralstelle für die wirtschaftspolitischen Organisationen der NSDAP“, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 10 Aktiengesellschaften.

Lüer, Wilhelm, Dr.-Ing., Direktor, Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen - Ludwig Löwe & Co., A. G., Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 11 Aktiengesellschaften.

Pferdemenges, Robert, Bankier, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gladbacher Wollindustrie A. G., vorm. L. Josten, M.-Gladbach, sowie Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 22 Aktiengesellschaften.

Poensgen, Ernst, Generaldirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 19 Aktiengesellschaften.

Pott, Alfred, Generaldirektor, Mitglied der Direktion und Generalbevollmächtigter der Gewerkschaft Mathias Stinnes, Essen-Karnap, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Quandt, Günther, Wehrwirtschaftsführer, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken A. G., Berlin-Wittenau, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Rasche, Karl, Bankdirektor, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 27 Aktiengesellschaften.

Röchling, Hermann, Hüttenbesitzer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke G.m.b.H., Völklingen, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 10 Aktiengesellschaften.

Schippel, Hans, Reichsbankdirektor a. D., Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 22 Aktiengesellschaften.

Sippel, Karl Ernst, Dr., Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 17 Aktiengesellschaften.

Springorum, Fritz, Dr.-Ing., Vorsitzender des Aufsichtsrats der Baroper Walzwerk Aktiengesellschaft, Dortmund-Barop, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Stahl, Rudolf, Gerichtsassessor a. D., General-Direktor d. Mansfeld Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetriebe in Eisleben, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 9 Aktiengesellschaften.

von Stauß, Emil Georg, Staatsrat, Vorsitz der Aufsichtsrats d. Bayrischen Motoren-Werke A. G., München, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 23 Aktiengesellschaften.

von Stein, Heinrich, Bankier, Mitglied des Zentral-Ausschusses d. Reichsbank zu Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrates von 21 Aktiengesellschaften.

Stinnes, Hugo, Geschäftsführer d. Hugo Stinnes GmbH, Mülheim/Ruhr — Stettin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 25 Aktiengesellschaften.

Vögler, Albert, Generaldirektor, Vorsitz der Aufsichtsrats d. Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation A. G., Bochum, stellvertr. Vorsitz der Aufsichtsrats d. Vereinigten Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 27 Aktiengesellschaften.

Weltzien, Hans, Staatsfinanzrat a. D., Geschäftsinhaber d. Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 9 Aktiengesellschaften.

Wessig, Max, Generaldirektor, Vorsitzender des Vorstandes d. Rheinmetall Borsig A. G., Werk Berlin, Werk Düsseldorf, Werk Sömmerda, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 19 Aktiengesellschaften.

von Wilmowsky, Tilo, Freiherr, Landrat a. D., Rittergutsbesitzer, Vorsitz der Aufsichtsrats d. Berliner Druck- und Zeitungsbetriebe A. G., Berlin, stellvertr. Vorsitz der Aufsichtsrats d. Friedrich Krupp A. G., Essen, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 11 Aktiengesellschaften.

Wintermantel, Fritz, Mitglied des Vorstandes d. Deutschen Bank, Berlin, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 21 Aktiengesellschaften.

Zangen, Wilhelm, Generaldirektor, Vorsitz der Vorstandes d. Mannesmann-Röhren-Werke, Düsseldorf, sowie des Vorstandes oder Aufsichtsrats von 13 Aktiengesellschaften.

Der Betrug der „Gewinnbeschränkung“

Prüft man in den Bilanzen der Aktiengesellschaften die verschleierte Gewinne (Rückstellungen, Sonderabschreibungen usw.), so stellt man fest, daß sich das Verhältnis des angegebenen Gewinns zum tatsächlichen Gewinn unter der Hitlerherrschaft wie folgt änderte:

1928/29 84 Prozent	1935 54 Prozent	1936 43 Prozent	1940/41 10—15 Prozent
-----------------------	--------------------	--------------------	--------------------------

Das heißt: im Kriegsjahr 1940/41 betrug der ausgewiesene Reingewinn höchstens ein Siebentel des wirklichen Reingewinns; mindestens sechs Siebentel wurden verschleiert. Und selbst die in den Bilanzen zugegebenen Reingewinne überstiegen noch bei weitem die Reingewinne aus der Zeit vor Hitler, wie die oben angeführten Beispiele beweisen.

Es hat sich erwiesen, daß die Hitlerclique, die vor 1933 in ihrem Programm die Beschlagnahme der Kriegsgewinne versprochen und nach ihrer Machtübernahme das Märchen von der „Gewinnbeschränkung“ verbreitet hatte, lediglich eine besondere Kunst in der Verschleierung der Kriegsgewinne entwickelt hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. September 1941 sagt dazu:

„Worum es sich handelt, das ist das psychologisch-politische Problem; es muß auf alle Fälle der Eindruck vermieden werden, und zwar auch der Schein, als ob Gewinne, die im Kriege gemacht werden, auf dem Wege über den Aktienmarkt zu neuen gewinnbringenden Transaktionen verwendet würden.“

DER RAUB IN FREMDEN LÄNDERN

Die größte Kriegsbeute raubten jedoch die deutschen Bankherren, Plutokraten und Nazibonzen aus den okkupierten Ländern. Ley, Spezialist für Arbeiterbetrug, hatte zu Beginn des Krieges demagogisch erklärt: „Dem deutschen Soldaten folgt der Sozialismus auf dem Fuße.“ Sehen wir uns auf Grund der Erfahrungen des Krieges näher an, wer dem deutschen Soldaten auf dem Fuß gefolgt ist.

Spanien

Spanien war die Generalprobe. Als Hitler 1936 deutsche Truppen, vor allem die deutsche Luftwaffe, gegen das spanische Volk einsetzte, folgten ihnen auf dem Fuß die Vertreter des Mannesmann-Konzerns und der Frankfurter Metallgesellschaft A. G., einer Gesellschaft des IG-Farbenkonzerns. Sie brachten die wichtigsten Rohstoffquellen Spaniens an sich. Mit Hilfe der deutschen Truppen wurden spanische Arbeiter geknechtet und mit Gewalt in die Bergwerke getrieben.

Österreich

Hitler ließ Österreich besetzen. Goebbels schrie, der „Anschluß“ — das heißt: die imperialistische Eroberung Österreichs sei eine Sache des deutschen Volkes; in Wahrheit aber ging es der deutschen Rüstungsplutokratie um den Besitz der österreichischen Industrie, um das Eisen aus Steiermark, um die Rüstungsbetriebe und um das österreichische Land als Sprungbrett für weitere Eroberungen, besonders im Donaubecken und auf dem Balkan.

Zunächst einmal ließen die Herren Plutokraten die gesamten Bestände der Österreichischen Nationalbank an Gold, Valuta und Effekten wagonweise nach Berlin bringen; damit kamen sie in den Besitz von großen Aktienpaketen kriegswichtiger Unternehmungen in den Balkanländern. Die deutschen Großbanken „übernahmen“ den Wiener-Kredit-Anstalt-Bankverein, der fast 90 Prozent der österreichischen Industrie und des Großhandels kontrollierte. Der Göring-Konzern gliederte sich die Alpine-Montan-Gesellschaft an, die Steyerischen Gußstahlwerke, die Simmeringer Waggonfabrik, die Steyer-Daimler-Puch A. G., die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und eine Reihe anderer Unternehmungen. Hentschel & Co., Kassel, ergatterte die Wiener Lokomotivfabrik A. G., Krupp die

Montan-Union-Gesellschaft, IG-Farben die österreichische Dynamit Nobel A. G. usw. usw.

Tschechoslowakei

Danach befahl Hitler den Überfall auf die Tschechoslowakei. Diesmal erzählte Goebbels dem deutschen Volke das Märchen, Deutschland sei durch die bloße Existenz der Tschechoslowakei „bedroht“. In Wahrheit handelte es sich um den Besitz der modernen Schwerindustrie und der reichen Kohlenbergwerke der Tschechoslowakei und um die wichtige strategische Position gegen Ungarn und den Balkan, die Hitler für den geplanten Überfall auf die Sowjetunion brauchte. Den deutschen Truppen folgten die Vertreter der größten deutschen Banken und Konzerne auf dem Fuß.

Die deutschen Großbanken machten hier einen fetten Raub. Die Deutsche Bank gliederte sich die Böhmisches Unionsbank an mit der Unionsbank in Bratislava, der Slowakischen Allgemeinen Kreditbank und der Böhmisches-Mährischen Bank. Außerdem brachte sie die Aktienmehrheit des größten Textilkonzerns im Sudetengebiet, des Kreibich-Konzerns, und der Schicht A. G. in ihren Besitz. Die Dresdner Bank setzte ihre Vertreter in die Živno-Bank, die entscheidenden Einfluß auf die Textilindustrie, das Zuckerkartell und verschiedene Werke der Fertigungsindustrie ausübte. Außerdem nahmen sie sich die Deutsche Handels- und Kreditbank A. G. in Bratislava.

Göring ernannte Wilhelm Voß, Mitglied des Vorstandes der Reichswerke Hermann Göring zum Präsidenten der Škoda-Werke und zum Vorsitzenden der Prager Kreditbank, der die Prager Fleischer- und Selcherbank angegliedert wurde. Neben den Škoda-Werken beschlagnahmte er die Brünnener-Waffenfabriken, die Metallbetriebe der Böhmisches-Mährischen-Kolben-Danek Prag, die Mährisch-Ostrauer Eisenwerke und die Kohlengruben in Nordböhmen.

Selbstverständlich war auch der IG-Farbenkonzern wieder mit beim Geschäft. Er gliederte sich die Chemischen Werke in Außig an, die Dynamit-Nobel A. G., Bratislava und die Apollo-Mineralöl-Raffinerie A. G., Bratislava.

Der Mannesmann-Konzern nahm sich die bedeutenden Hahnschen Eisenwerke in Oberschlesien und die Zechen Oskar und Anselm bei Witkowitz.

Polen

1939 begann Hitler den Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen. Goebbels schwätzte von der „Befreiung“ Danzigs. Den deutschen Plutokraten kam es aber in Wirklichkeit auf die Rückensicherung für den Krieg gegen Frankreich und auf das Aufmarschgebiet zum Überfall auf die Sowjetunion an.

Daß „nebenbei“ die feudalen Kohlenbarone und Großgrundbesitzer Schlesiens und Oberschlesiens ihr Schäfchen ins Trockene brachten, versteht sich am Rande. Und wiederum folgten Göring und die alten feudalen Kohlenbarone und Großagrarien, aus Schlesien und Oberschlesien den deutschen Soldaten auf dem Fuß. Graf Ballestrem eignete sich die Steinkohlegewerkschaft Ruda an, Graf Schaffgotsch die Gruben der Sodulla A. G., Graf Henkel von Donnersmarck die Radzionka-Gruben. Die Antonienhütte-Gruben teilten sie sich brüderlich; 50 Prozent nahm Graf Schaffgotsch, 30 Prozent Graf Ballestrem und 20 Prozent Fürst Donnersmarck.

Das größte Geschäft aber machte Göring, der seinem Konzern die Mehrzahl der polnischen Eisen- und Stahlwerke angliederte, darunter das Eisenwerk Starchowice und die Hütten- und Eisenwerke Ostrowice, und überdies einen neuen schwerindustriellen Konzern schuf, die Berg- und Hüttenwerke A. G. Teschen.

Besonders interessierten sich die deutschen Plutokraten für die polnische Sprengstoffindustrie, denn dort winkten außerordentliche Kriegsgewinne. Diese Betriebe wurden zusammengefaßt zu der Sprengstoffwerke Oberschlesien GmbH, Kattowitz. An ihnen waren beteiligt die Dynamit-Nobel A. G. (IG-Farbenkonzern), die Bergwerksverwaltung Oberschlesien der Reichswerke Hermann Göring, die Borsig A. G., der Ballestrem-Konzern, der Fürst von Donnersmarck, Graf Henkel von Donnersmarck und die Aktiengesellschaft von Gießsche Erben.

Der deutsche Glanzstoffkonzern — der Vorsitzende des Aufsichtsrates war der Vizepräsident des Hitlerreichstages Emil Georg von Stauß, Mitglied des Aufsichtsrats von weiteren elf Aktiengesellschaften — „erbeutete“ die Tomaschower und Chodakower Kunstseidenfabrik.

Der IG-Farbenkonzern eignete sich die Teerfarbenwerke der Gesellschaft Bohuta bei Sgierz an.

Im Westen

Der ungeheure Raub, der mit der Besetzung Hollands, Belgiens und Frankreichs begann, ist im Rahmen dieser Schrift nicht annähernd zu schildern. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß einzelne deutsche Konzerne sich im besetzten und unbesetzten Westen ganze Industriezweige aneigneten. Der IG-Farbenkonzern steckte die gesamte chemische Industrie Frankreichs ein. Göring machte die Schneider-Creuzot-Werke, den größten französischen Rüstungskonzern, zu einem Zweigbetrieb einer Reichswerke. In den leitenden Organen aller großen belgischen Industrieunternehmungen saßen neureiche Nazibonzen.

Jugoslawien

In Jugoslawien erschien sofort die Deutsche Bank auf dem Plane, gliederte sich über den von ihr beim „Anschluß“ Österreichs geschluckten Wiener Kredit-Anstalt-Bankverein die Allgemeine Jugoslawische Bankverein A. G. an und machte sich zur Beherrscherin des Bankvereins Belgrad. Dieser Bankverein „lieh“ übrigens im Rechnungsjahr 1942/43 einem von Görings Unternehmen, der Bergbau- und Hüttenindustrie, 45,6 Millionen Dinar. Die Mansfeld A. G. machte ihren Generaldirektor Stahl zum Vorsitzenden der Kupferminengesellschaft in Bor.

Die Dresdner Bank holte sich die Kroatische Landesbank A. G. Der Dynamit-Nobel-Konzern (IG-Farben), der Otto-Wolff-Konzern, die Mitteldeutsche Spinnhütte und viele andere deutsche Unternehmungen eigneten sich große jugoslawische Betriebe an.

So raubten und stahlen die deutschen Plutokraten von Polen bis Frankreich und von Norwegen bis Griechenland. Die „höhere Rasse“ der deutschen faschistischen Plutokraten, diese Parasiten und imperialistischen Räuber plünderten die Länder aus, um sich zu bereichern und weitere Mittel für den Krieg gegen die Sowjetunion zu bekommen. So rüsteten sie zum Überfall auf die Sowjetunion, zur Plünderung des Landes und zur Zerstörung dessen, was sich das Sowjetvolk in angestrengter Arbeit geschaffen hatte.

Sowjetunion

Auf Sowjetboden wollten alle auf ihre Kosten kommen, die ganz Großen, die sich im Westen, Süden und Norden überfressen hatten, und die weniger Großen, die bisher „zu kurz gekommen“ waren, die Pluto-

kraten, die kleineren Haifische und die braunen Handlanger, die sich bezahlt gemacht hatten und nun auch bezahlt werden wollten.

Der Mannesmann-Konzern gründete die Mannesmann-Röhren- und Eisenhandels-Ukraine GmbH., Kiew, mit einer Niederlassung in Dnjepropetrowsk, der Siemens-Konzern die Siemens-Ukraine GmbH., Kiew, mit drei Zweigstellen, Hermann Göring die Eisen- und Stahl GmbH. Ukraine, Dnjepropetrowsk, Krupp die Friedrich Krupp A. G. Hauptstelle Ukraine usw. usw.

Die Großkaufleute der Wasserkante, denen Hitler mit seiner Kriegspolitik den Übersee-Handel zerschlagen hatte, benutzten die Gelegenheit, um sich im Osten schadlos zu halten. Sie verfuhrten nach dem Beispiel der Robert Krämer GmbH. Bremen, die die Hanseatische Krim-Handelsgesellschaft gründete.

Die unter Hitler reich gewordenen Krippenjäger der NSDAP machten sich gleichfalls in Rußland an den Diebstahl im Großen nach dem Muster der Neue Wirtschaftseinsatz Ost GmbH., deren Leiter der SS-Gruppenführer Franz Hayler war.

Nach den Mitteilungen der staatlichen Kommission, die vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR. eingesetzt worden war, haben die deutschen Truppen in den besetzten Sowjetgebieten 32 000 Industrieunternehmungen zerstört, 98 000 Kollektivwirtschaften vollkommen ruiniert und 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht. Die Hitler-Regierung gab besonders geheime „Richtlinien zur Leitung der Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten“ heraus. In diesen Richtlinien wurden genaue Weisungen gegeben zur planmäßigen Ausraubung der Sowjetgebiete, zur Ausfuhr von Industrieeinrichtungen, von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Nach den Angaben der staatlichen Kommission befaßten sich mit der Ausraubung des Eigentums der Sowjet-Union besonders aktiv die deutschen Firmen:

Friedrich Krupp & Co.,
Hermann Göring,
Siemens-Schuckert,
Berg- und Hüttenbau-Ges. „Ost“,
Aktiengesellschaft Gruppe „Nord“,
Heinrich Lantz, Landmaschinenbau-Industrie,
IG-Farben-Industrie,
und viele andere.

Die Gewinner

Das Kapital, das die deutsche Plutokratie in Hitlers NSDAP gesteckt und mit dem sie ihm zur Macht verholfen hatte, brachte ihr reichen Gewinn. Was die Hitler und Goebbels im Auftrage ihrer Geldgeber „europäische Revolution“ nannten, war die schamlose Ausraubung Europas durch die deutschen Rüstungsindustriellen, Bankherren und Naziführer. Was die deutsche Propaganda als „neue Ordnung Europas“ bezeichnete, war die grausamste Versklavung der europäischen Völker, die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und der Raub ihres Vermögens. Die plutokratischen Kriegsgewinnler folgten überall hin den deutschen Soldaten auf dem Fuße. Für die deutschen Rüstungsindustriellen, die deutschen Bankiers, die neu-reichen Nazibonzen, für sie, nur für sie kämpfte, blutete und starb der deutsche Soldat.

DAS WESEN DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Der Faschismus ist der Todfeind der deutschen Nation, denn Faschismus das heißt Krieg. Der Hitlerfaschismus war die offene Terrorherrschaft der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des deutschen Finanzkapitals. Die Hitlerpartei erwies sich als die Kriegspartei der deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren. Sie hat ihr Programm bis zu Ende, bis zur Katastrophe Deutschlands durchgeführt.

Der Hitlerimperialismus erwies sich politisch als schwärzeste Reaktion. Das Volk wurde zur Gefolgschaft der reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie und des Bankkapitals herabgewürdigt. Ein gewaltiger Polizei- und bürokratischer Apparat wurde zur Niederhaltung des Volkes geschaffen. *Für Hitler und seine Hintermänner war der Krieg gegen andere Völker gleichzeitig die Waffe zur völligen Versklavung der deutschen Arbeiter und des deutschen Volkes.* Er gab einem Teil der Werktätigen Brosamen vom Tische der in anderen Ländern geraubten Schätze, um die Arbeiterschaft für seine Kriegspolitik gefügig zu machen.

Der faschistische deutsche Imperialismus hinderte die wirtschaftliche Entwicklung, indem er einseitig die Rüstungsindustrie förderte und zum Schaden des Volkes die Verbrauchsgüterindustrie einschränkte.

Der faschistische deutsche Imperialismus führte zum tiefsten kulturellen Niedergang, indem er alles reaktionäre, antidemokratische in der Geschichte unseres Volkes zum deutschen Wesen machte und alles Fortschrittliche unterdrückte.

Die Bestialität und Verfaultheit des deutschen Imperialismus fand ihren Ausdruck in der Vernichtungswut, mit der fremde Länder zerstört wurden, wie in der kaltblütigen Zerstörung der deutschen Heimat, in der Ausrottung Angehöriger anderer Völker und in der Vernichtung der fortschrittlichen Kräfte im eigenen Volk. Vernichtung der Menschen in Marterhöhlen und Gaswagen, durch Lustmorde und in Gasöfen, das charakterisiert den verfaulenden deutschen Imperialismus.

AUSBLICK

So hat sich der Hitlerfaschismus als die Ausgeburt aller Reaktionären erwiesen. Es ist das alte Unglück der deutschen Nation, daß die reaktionären Kräfte immer wieder ihre Machtpositionen in Staat und Wirtschaft halten konnten, bis sie nun unter der Hitlerherrschaft Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt haben.

Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte übernehmen eine schwere Erbschaft. Berge von Trümmern gibt es und Berge von Arbeit. Auf vieles wird verzichtet werden müssen. Aber Deutschland ist nicht verloren, wenn wir selbst es nicht verloren geben. Neues Leben wird aus den Ruinen blüh'n, wenn wir alles Faschistische rücksichtslos ausmerzen und durch ehrliche Arbeit, Gerechtigkeit und friedliche Beziehungen die Grundlagen für die Herrschaft des Volkes schaffen. Möge unser Volk die so teuer bezahlte geschichtliche Lehre ziehen:

Die Lebensfragen unseres Volkes können nur auf dem deutschen Boden gelöst werden. Die glückliche Zukunft unseres Volkes hat ihre Grundlage in einer wahren Demokratie. Wenn die Macht der Konzern- und Bankherren und der Großagrarien gebrochen ist, wenn die gesunden Kräfte unseres Volkes sich in friedlicher Arbeit entsalten können, erst dann kann es besser werden.

Unser Volk kann glücklich leben, wenn die Wirtschaft nicht mehr den Interessen der Konzern- und Bankherren, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dient, wenn ehrlich gearbeitet wird für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten. Besinnen wir uns wieder auf die großen wirtschaftlichen Werte in unserer Heimat, auf die Qualitätsarbeit der deutschen Industrie. Durch sie können wir alles, was wir an Rohstoffen und Lebensmitteln benötigen, erhalten.

Wir glauben an unser deutsches Volk. Wir sind zutiefst überzeugt, daß unser Volk nach der Katastrophe in zwei Eroberungskriegen die Lehre zieht, daß ein für allemal Schluß gemacht werden muß mit der kriegslüsternden Reaktion. Möge unser Volk, das bisher seine Kraft für die schlechteste Sache der Welt eingesetzt hat, seine Kräfte anspannen für den Wiederaufbau, für den demokratischen Fortschritt. Gehen wir gemeinsam mutig ans Werk, ein neues Deutschland aufzubauen, in dem die Volksherrschaft im Innern die Grundlage ist für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zum großen Sowjetvolk und zu den anderen Völkern.

ANHANG

Literaturangabe:

- W. I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
W. I. Lenin: „Staat und Revolution“
Fr. Engels: „Gewalt und Ökonomie bei der Gründung des Reiches“
Fr. Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“
Fr. Engels: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“
K. Marx: „Lohnarbeit und Kapital“
J. I. Stalin: „Über dialektischen und historischen Materialismus“
Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften

BIOGRAPHIE DES VERFASSERS

Walter Ulbricht wurde 1893 in Leipzig als Sohn eines Schneiders geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk. Bereits im Jahre 1908 trat er der Arbeiterjugendorganisation bei, 1910 wurde er Mitglied des Holzarbeiterverbandes und 1912 Mitglied der Sozialdemokratie. Nach Kriegsausbruch 1914 gehörte er der Opposition gegen den imperialistischen Krieg an und nahm an der Verbreitung der Flugblätter und Briefe Karl Liebknechts teil. Ulbricht gehörte dem Spartakusbund an und trat mit der Leipziger sozialdemokratischen Organisation zur USPD über. Als 1918 die SPD und USPD nicht die elementarsten Maßnahmen im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher und den Militarismus durchführten, nahm Ulbricht teil an der Gründung der KPD, und gehörte seitdem zu den leitenden Funktionären der Partei. 1923 wurde er in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Er war sächsischer Landtagsabgeordneter und seit 1928 Mitglied des deutschen Reichstages. Als Bezirkssekretär von Berlin-Brandenburg führte Ulbricht aktiv den Kampf gegen den Faschismus. Auf seine Initiative kam es zu einer Reihe von Einheitsaktionen in Berlin gegen den SA-Terror.

Ulbricht lebte seit Januar 1933 in Berlin illegal und mußte Deutschland verlassen und die antifaschistische Arbeit von der Grenze aus führen. 1938 reiste er in die Sowjetunion und nahm während des Krieges an der Aufklärungsarbeit unter den deutschen Truppen von Stalingrad teil.

Als die Kämpfe in Berlin zu Ende gingen, half Walter Ulbricht mit am Aufbau der Selbstverwaltungsorgane in Berlin und leitete die Besprechungen zur Schaffung einer einheitlichen freien Gewerkschaftsorganisation in Berlin.

INHALT

	Seite
Einleitung	3
Am Tiefpunkt der Krise	5
Dreihundert deutsche Rüstungsindustrielle und Bankherren suchten einen Ausweg	11
Das Kohlensyndikat zahlte	11
Was verband Kirdorf und Hitler?	12
Die Konferenz der Dreihundert	13
Das alte Programm in neuer Aufmachung	16
Die Vereinbarung zwischen Rüstungsindustriellen und Hitlerpartei	17
Die letzten Gespräche vor der Übernahme der Regierung	18
Die „neuen“ Männer mit den alten reaktionären Gewohnheiten	19
Wie Hitler die Arbeitslosigkeit „beseitigte“	28
Nicht Hitler beseitigte die Krise	28
Arbeit für den Krieg	29
Senkung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes	30
„Autarkie“	31
Der Friede — eine Gefahr für Hitler	32
Das Ergebnis der „Arbeitsbeschaffung“	33
Arbeiter oder Sklave?	34
Die Unternehmer werden zu „Betriebsführern“ ernannt	34
Die Arbeiter werden entrechtet	35
Planmäßige Zersplitterung der Arbeiterschaft	36
Die Senkung der Reallöhne	37
Hitlers „deutsches Arbeitssystem“	39
Der Generalstab der Arbeiterversklavung	40
Der große Betrug	41
„Seelischer Sozialismus“	41
Hat Hitler das Proletariat abgeschafft?	43
Mit „Kraft durch Freude“ in den Weltkrieg	45
Der „Volkswagen“	46
Die „KdF-Schiffe“	47
Fahrten und Wanderungen	48

	Seite
„Erholungsheime“	48
„Zurück ins barbarische Zeitalter!“	49
Das „größte soziale Gesetzgebungswerk aller Zeiten“	51
Die „neue Altersversicherung“	51
Das „Wohnungsbauprogramm“	53
Wer bestimmte in Wirtschaft und Staat?	57
„Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern“ — Beispiel Suhl	57
Die Unternehmerorganisationen werden zu Staatsorganisationen erhoben ..	58
Hitler förderte die großen Konzerne	59
Die Macht der Rüstungsplutokraten	60
Wirtschaftslenkung durch wen?	62
Röchling, der Oberkommandierende	65
„Wehrwirtschaftsführer“ Flick, der „Sammler aus Leidenschaft“	66
Die Gauleiter als Gehilfen der Rüstungsplutokraten	68
Die Legende von der „Planwirtschaft“	70
Die Soldaten fielen, die Gewinne stiegen	72
Steigende Gewinne	72
Gesetzliche und andere „Rücklagen“	73
Die Aktionäre gehen stempeln	75
Mehr als 10fache Aufsichtsräte	75
Der Betrug der „Gewinnbeschränkung“	83
Der Raub in fremden Ländern	84
Spanien	84
Österreich	84
Tschechoslowakei	85
Polen	86
Im Westen	87
Jugoslawien	87
Sowjetunion	87
Die Gewinner	89
Das Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus	90
Ausblick	91
Anhang	92
Literaturangabe	92
Biographie des Verfassers	93

